

Badische Heimat

September
3/1997

Zeitschrift für Landes- und Volkskunde
Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz



Oa

OZA 41

Wir machen den Weg frei ...mit unserem Umzugs-Service



Wenn Sie Ihren Wohnsitz verlegen, zieht Ihr Konto mit um. Wir übertragen Ihre Bankverbindung zur Genossenschaftsbank am neuen Wohnort und unterstützen Sie mit Tips und Formularen. Fragen Sie uns nach dem Umzugs-Service.

**Die freundlichen
Banken mit
Kompetenz vor Ort**
<http://www.vrnet.de>

 **Volksbanken Raiffeisenbanken Spar- und Kreditbanken**



Badische
Beamtenbank

Unser FinanzVerbund:

SGZ-Bank
KARTENGESELLSCHAFT

Karlsruhe,
Frankfurt



Bausparkasse
Schwäbisch Hall



R+V
Versicherung



Süddeutsche
Krankenversicherung



Deutsche
Genossenschaftliche
Hypothekbank



Münchener
Hypothekbank



DIFA
Deutsche
Immobilien Fonds



Union
Investment



VR-Leasing

Badische Heimat

MEIN HEIMATLAND

ISSN 0930-7001

Herausgeber:

Landesverein Badische Heimat e.V.

für Heimatkunde und Heimatpflege, Natur- und Denkmalschutz,
Volkskunde und Volkskunst, Familienforschung

Präsident:

Ludwig Vögely

Schriftleitung und Redaktion:

Heinrich Hauß

Weißdornweg 39, 76149 Karlsruhe

Fax 07 21-2 07 82

Geschäftsstelle:

Haus Badische Heimat,

Hansjakobstr. 12, 79117 Freiburg

Tel. (07 61) 7 37 24

Fax (07 61) 7 37 24

Geschäftszeiten:

Mo. 14.00–18.00 Uhr,

Di. 8.00–12.00Uhr,

Do. 8.00–12.00 Uhr

Diese Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliederbeitrag abgegolten. Jahrespreis für Einzelmitglieder 50,00 DM; Preis des Heftes für Nichtmitglieder 12,00 DM.

Für den Inhalt der einzelnen Beiträge sind ausschließlich deren Verfasser verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte, Bildmaterial und Besprechungsstücke wird keine Haftung übernommen. Rücksendung bei unangeforderten Manuskripten erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte der Vervielfältigung und Verbreitung behält sich der Landesverein vor. Veröffentlichte Manuskripte gehen in das Eigentum des Landesvereins über.

Zahlstellen des Landesvereins:

Postbank Karlsruhe,

Konto-Nr. 16468-751, BLZ 660 100 75

Sparkasse Freiburg,

Konto-Nr. 20 032 01, BLZ 680 501 01

Spenden bitte an das

Konto der Stadt Freiburg

Nr. 2010012 bei der Sparkasse Freiburg

Vermerk „Spende Badische Heimat“

bitte nicht vergessen

Gesamtherstellung:

G. Braun Printconsult GmbH

Anzeigenverwaltung: Rolf Dambach

Karl-Friedrich-Str. 14–18

76133 Karlsruhe

Tel. (07 21) 1 65-2 59, Fax (07 21) 1 65-8 38

Zur Zeit Anzeigenpreisliste Nr. 6 gültig

Reproduktionen: G. Braun GmbH

Inhalt

I. Die Revolution in Baden 1848/49	
„Die Komplexität von 1848“	
Heinrich Hauß, Karlsruhe	331
„Hoch die Preßfreiheit“	
Heinz Schmitt, Karlsruhe	337
<i>Revolution und Pressefreiheit</i>	
Wolfgang Piereth, München	358
<i>Die Rolle der Eisenbahn in der Badischen Revolution von 1848/49</i>	
Norbert Möller, Freiburg	359
„Die Badische Revolution hat einen betäubenden Einblick in unseren Stand eröffnet“	
<i>Ärzte und die 48er Revolution</i>	
Marga Burkhardt, Freiburg	365
<i>Deutschlands Einheit-Krieg in Europa?</i>	
Leonhard Müller, Karlsruhe	377
<i>Die Revolutionsergebnisse in Karlsruhe Augenzeugenbericht des großherzoglichen Finanzrats Jakob Georg Schmidt</i>	
Rosemarie Stratmann-Döhler, Karlsruhe	383
<i>Drei Weinheimer Schlaglichter auf 1848</i>	
Rainer Gutjahr, Karlsruhe	391
<i>Baden-Baden in der Revolution 1848/49</i>	
Dieter Baeuerle, Baden-Baden	421
<i>Lorenz Brentano, Christoph Wolff und die Baden-Badener Mairevolution von 1849</i>	
Dieter Baeuerle, Baden-Baden	449
<i>Leben und Wirken des Revolutionärs und mehrfachen Bürgermeisters Philipp Thiebauth (1811–1877) im alten, nahe der jungen Residenz gelegenen Landstädtchen Ettlingen</i>	
Robert Albiez, Ettlingen	473
<i>Ein „Hort der politischen Wühlereien“ Das Dreisamtal in der Revolution von 1848/49</i>	
Claudius Heitz, Kirchzarten	489
<i>Die Jahre 1848/49 im Kraichgau</i>	
Michael Ertz, Bretten	503
<i>Georg Herwegh, die Pariser deutsch- demokratische Legion und ihr Zug im badischen Oberland im April 1848</i>	
Ludwig Vögely, Karlsruhe	517
<i>Amand Goegg – Revolutionär mit kühlem Kopf und heißem Herzen</i>	
Wolfgang Hug, Freiburg	539
<i>Spendenaufruf</i>	549
II. Landesverein	
<i>Medaille für Verdienste um die Heimat für Björn Kommer</i>	
Helmut E. Gräßlin, Mannheim	552
<i>Für Freiheit und Demokratie – Badische Parlamentsgeschichte 1818–1933 auf CD-Rom</i>	
Stadtarchiv Karlsruhe	553
III. Buchbesprechungen	555



Heinrich Hauß

„Die Komplexität von 1848“

I. „KEINE VERBINDLICHEN EMPFEHLUNGEN AN DIE NACHGEBORENEN“*

Der Monopolanspruch der ehemaligen DDR, die wirkliche und alleinige Erbin von 1848 zu sein, hat sich im Jahre 1989 erledigt, es haben sich aber auch mit diesem Datum die parallel dazu verlaufenden Anstrengungen von bundesrepublikanischer Seite erledigt, „ein positives historisches Erbgut“¹ ihrerseits zu sichern. So gesehen, sind wir 1998 zur 150. Jahrfeier der 48er Revolution in der entspannten Lage, nichts mehr beweisen zu müssen, nichts mehr mit den Ereignissen von 1848 beweisen zu müssen. Gustav Heinemann hat noch 1974 bei der Eröffnung der Erinnerungsstätte in Rastatt davon gesprochen, daß es im Kontrast zu den bewußt gepflegten revolutionären Überlieferungen in der DDR darum gehe, auf die Frage, „wer mit mehr Recht auf die Freiheitsbewegung in der deutschen Geschichte sich berufen könne, eine Antwort zu finden sei.“ 1998, so habe ich den Eindruck, ist 1848/49 weitgehend entpolitisiert, durch die Ergebnisse der Forschung allzu einfachen aktuellen politischen Verwendungszusammenhängen entzogen: „Zu komplex für bündige Identifikationen“, urteilte schon 1985 Wolfram Siemann². Geblieben ist als Ertrag der wissenschaftlichen Forschung seit etwa 35 Jahren die „Komplexität von 1848“, wie das Dieter Lange wiesche treffend in einer Kurzformel ausgedrückt hat³.

„Komplexität von 1848“ meint in erster Linie, daß die historische Forschung keine „eindimensionale Zielstrebigkeit“⁴ für das revolutionäre Geschehen von 1848/49 mehr reklamiert. „Spontan und ohne Plan, aber nicht zufällig brach die Revolution aus“⁵. „Keinem

war 1848 gegenwärtig, was gleichzeitig in der Provinz, in der Residenz, in konkurrierenden Parlamentsfraktionen, in der publizistischen Öffentlichkeit, beim Militär und auf den Volksversammlungen vor sich ging, und wo die jeweils maßgeblichen Handlungsträger am Werke waren“⁶. Zur Komplexität von 1848 gehört auch im Außenfeld, daß das Geschehen aus der „Perspektive der nationalen Isolierung“⁷ zunehmend herausgelöst wurde und nun als „Teil eines gemeineuropäischen Wandlungsprozesses“ gesehen wird. Wolfram Siemann schreibt in seiner Analyse „Die deutsche Revolution von 1848/49“: „Es bedarf vieler Perspektiven, um dem gerecht zu werden, was sich 1848 tat. Der Blick muß sich richten auf die widersprüchlichen Formen kollektiven Protests, auf die Spannungen der Sozial-, Agrar- und Gewerbeverfassung, auf den Charakter vormärzlicher Krisenzyklen, auf das Entwicklungsgefälle zwischen einzelnen deutschen Territorien, auf regionale Schwerpunkte der Industrialisierung und Politisierung“⁸. Komplexität von 1848 heißt schließlich auch, „übergreifende Problemlagen“ mit ihren „Entwicklungs- und Emanzipationskrisen“ in den Vordergrund der Forschung zu stellen. Unter dieser Perspektive relativiert sich auch „das Scheitern oder die Erfolglosigkeit“⁹ der Revolution. Der revolutionäre Prozeß ist unter diesen Perspektiven wieder dem Leben zurückgegeben: Seiner Vielgestaltigkeit, Widersprüchlichkeit, Ungleichzeitigkeit, ja auch Zusammenhangslosigkeit. „Die Revolutionsdynamik zeigt nämlich bei genauerem Hinsehen die Ungleichheit ihrer Bewegungen, die Unterschiede nach Region, Zeitpunkt, Motiven und Intentionen, nach Formen und Symbolen“. „Vieles geschah zeitlich parallel, aber isoliert voneinander. Gleichlaufende Aktionen folgen widersprüchlichen

Revolutionskalender

12. September 1847

Volksversammlung im Salmen in Offenburg.
Formulierung der Forderungen an die Badische Regierung.

12. Februar 1848

Antrag des Abgeordneten Bassermann im Badischen Landtag:
der Bundestag soll veranlaßt werden, ein deutsches
Parlament zu berufen

22. Februar 1848

Februar-Revolution in Paris.
Frankreich wird zur Republik erklärt.

27. Februar 1848

Bürgerversammlung in Mannheim.
Formuliert Petition an den Badischen Landtag:
„Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Klassen der
Gesellschaft ohne Unterschied der Geburt und des Standes“

1. März 1848

Übergabe der Petition in Karlsruhe

8. März 1848

8.000 deutsche Emigranten demonstrieren in Paris für ein
freies Deutschland.

31. März 1848

Vorparlament in Frankfurt ordnet die Einberufung einer
Nationalversammlung an zur Erstellung einer Reichsverfassung

13. April 1848

Aufbruch des Heckerzugs in Konstanz.

20. April 1848

Gewaltsame Zerschlagung des Heckerzugs bei Kandern.
Hecker flieht in die Schweiz.

18. Mai 1848

Eröffnung der Nationalversammlung in der Frankfurter
Päulskirche.

21. September 1848

Struve verkündet in Lörrach die „Deutsche Republik“.

24. September 1848

Gefecht zwischen den Aufständischen und dem
Badischen Heer bei Staufen.
Die Aufstandsbewegung des Jahres 1848 ist beendet.

Landesausstellung 1998



1848/49

Revolution
der deutschen Demokraten
in Baden

Badisches
Landesmuseum
Karlsruhe



Seite 2 - Revolutionskalender

28. März 1849

Nationalversammlung wählt Friedrich Wilhelm IV zum Kaiser, der jedoch die Kaiserkrone aus der Hand des Volkes ablehnt

29. März 1849

Verkündigung der Reichsverfassung

April/ Mai 1849

Breite Protestbewegung im deutschen Südwesten, um die Anwendung der Reichsverfassung durchzusetzen.

11./12. Mai 1849

Meuterei der Soldaten in Rastatt

12./13. Mai 1849

Versammlungen in Offenburg, Rastatt, Karlsruhe beraten über die Durchsetzung der demokratischen Forderungen

13. Mai 1849

Aufstand des Leibregiments des Großherzogs
Flucht des Großherzogs

1. Juni 1849

Provisorische Regierung in Karlsruhe verkündet

3. Juni 1849

Erste demokratische wahlen in Baden. Alle Männer (!) haben mit Vollendung des 21. Lebensjahrs Wahlrecht.

5. Juni 1849

Provisorische Regierung versetzt das Land von der hessischen Grenze bis zur Murg in den Kriegszustand

Juni 1849

- Einmarsch der Preußen in die Pfalz
- Kriegszustand in ganz Baden
- Gefechte in ganz Baden
- Deutsche Nationalversammlung zieht nach Stuttgart um
Die meisten Abgeordneten treten aus, das verbleibende Rumpfparlament wird von der württembergischen Regierung aufgelöst

25. Juni 1849

Der Prinz von Preußen zieht in Karlsruhe ein

23. Juli 1849

Aufgabe der Festung Rastatt

18. August 1849

Großherzog Leopold zieht wieder in Karlsruhe ein

Landesausstellung 1998




1848/49

Revolution
der deutschen Demokraten
in Baden

**Badisches
Landesmuseum**
Karlsruhe





Revolutions-Almanach

**Baden-Württemberg
feiert die Revolution
1848/49**

**Badisches
Landesmuseum
Karlsruhe**



Veranstaltungen in den Jahren 1997 – 1999

„Revolutionsalmanach“ – herausgegeben vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg. Der Almanach gibt einen Überblick über alle Aktivitäten, die im Lande stattfinden.

Bestellschrift: Badisches Landesmuseum, Karlsruhe, Schloß, 76133 Karlsruhe,
Tel. 07 21/9 26-48 49, Fax 07 21/9 26-68 01



„Hoch die Preßfreiheit“

Ein verfrühtes Freudenfest der freien Presse in Weinheim 1832

Am 12. Januar 1832 verkündete Großherzog Leopold im „Regierungsblatt des Großherzogthums Baden“ das am 28. Dezember 1831 „mit Zustimmung Unserer getreuen Stände“ beschlossene „Gesetz über die Polizei der Presse und über die Bestrafung der Preßvergehen“. Der § 1 dieses Gesetzes lautete: „Alle Censur der Druckschriften, welche im Großherzogthum herauskommen, oder verbreitet werden, ist aufgehoben.“

Obwohl das insgesamt 89 Paragraphen umfassende Gesetz vorwiegend Bestimmungen über die Behandlung von „durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen“ enthält, so löste die damit zum 1. März 1832 in Baden eingeführte Pressefreiheit doch einen ungeheuren Jubel aus. Zwar hatte schon die Bundesakte von 1815, insbesondere deren Artikel 18, Verfügungen über „Preßfreiheit“ zugesichert, doch führte die Karlsbader Konferenz vom 20. September 1819 die vorgängige Zensur allgemein ein. Widerstand dagegen wurde unterdrückt, doch führte die Pariser Julirevolution von 1830 zu dessen erneutem Aufflammen. Vor diesem Hintergrund ist die Verkündung der Pressefreiheit in Baden durch den liberalen und bürgerfreundlichen Großherzog Leopold zu sehen. Mit dem neuen Gesetz hatte er gegen die Karlsbader Beschlüsse verstoßen. Die Reaktion des Deutschen Bundes ließ nicht lange auf sich warten. Nach gerade einem halben Jahr mußte der Großherzog auf dessen Druck hin das Gesetz über die Pressefreiheit für unwirksam erklären.¹ Darauf wird noch später einzugehen sein.

Zunächst feierten die liberalen Kräfte in Baden und darüber hinaus die neugewonnene Pressefreiheit als großen Fortschritt und Großherzog Leopold als vorbildlichen Fürsten. Das kam exemplarisch zum Ausdruck in einem „Fest der freien Presse“, das am 1. April 1832 in

Weinheim an der Bergstraße begangen wurde. Dieses war zwar nicht das erste derartige Fest, Heidelberg und Freiburg waren beispielsweise am 1. März vorausgegangen, aber es hatte eine weit größere Bedeutung als andere, weil es Männer aus fünf deutschen Bundesstaaten, Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Rheinbayern und Frankfurt, zusammenführte und außerdem eine Anzahl polnischer und griechischer Gäste zählte. Die geographische Lage Weinheims eignete sich dafür besonders gut. Hinzu kam sicher auch die Attraktivität der Bergstraße zur Zeit der Baumblüte. In der Rückschau weniger Wochen erschien einem Teil der Presse – nach dem Hambacher Fest vom 27. Mai 1832 – das Weinheimer Treffen als „erstes deutsches Nationalfest“.²

Es ist nicht eindeutig festzustellen, wer nach Weinheim eingeladen hat und wie dies geschehen ist. So wurde in Presseorganen vereinzelt darauf hingewiesen wie, allerdings verspätet, in der in Augsburg erscheinenden „Allgemeinen Zeitung“ vom 3. April 1832, wo in einer Meldung „Vom Main, 30. März“, die sich mit der Pressegesetzgebung beschäftigte, zu lesen war, daß „Freunde der Preßfreiheit aus Baden, Nassau, Hessen, Frankfurt und andern benachbarten Ländern eine große festliche Zusammenkunft auf künftigen Sonntag in der badischen Provinzialstadt Weinheim an der Bergstraße“ veranstalten wollten. Bei dem beabsichtigten „Bankett von mehreren hundert Gedeken“ wolle man „die große Angelegenheit der freien deutschen Presse“ verhandeln. Außerdem wurde vermutlich durch gedruckte Einladungen das Fest im nördlichen Baden und den angrenzenden Bundesstaaten bekannt gemacht. Ein Bericht des badischen Ministeriums des Innern vom 13. August 1832 an den badischen Bundestagsgesandten in Frankfurt am Main läßt darauf schließen.³



Großherzog Leopold von Baden (1830-1852)

(Foto: Stadtarchiv Karlsruhe)



Gebäude des ehemaligen Karmeliterklosters in Weinheim um 1900

(Foto: Stadtarchiv Weinheim, Rep. 32 Nr. 97)

Ende Mai 1832 erschien in Heidelberg eine Broschüre, die ausführlich über den Festverlauf berichtet und den Wortlaut sämtlicher Reden enthält.⁴ In der darin abgedruckten Festordnung werden als Organisatoren des Festes der Amtsphysikus Dr. August Wilhelm Stein und der Kandidat der Theologie Karl Bender aus Weinheim, Philipp Schlink aus Bensheim und Justizrat Buchner aus Darmstadt genannt. Philipp Schlink war auch der Verfasser von vier Liedertexten, die beim Fest verteilt und nach bekannten Melodien gesungen wurden.⁵

Die Zahl der Festteilnehmer betrug zwischen 250 und 300. Laut Festbericht saßen an den Tafeln 230 Männer, aber viele konnten wegen Platzmangel an dem Mittagmahl, der eigentlichen Festversammlung, nicht teilnehmen. Allein aus dem angrenzenden Großherzogtum Hessen-Darmstadt sollen über hundert

Personen, davon mehr als fünfzig aus Darmstadt, nach Weinheim gekommen sein.⁶ Ehren Gäste waren sieben Abgeordnete der Zweiten badischen Kammer aus der Umgebung von Weinheim, die sich im badischen Ständehaus zu Karlsruhe für die Pressefreiheit eingesetzt hatten und zwar Professor Karl Mittermaier und der Verleger und spätere Bürgermeister Christian Friedrich Winter aus Heidelberg, Johann Adam von Itzstein, Christian Wilhelm Gerbel und Georg Sigmund Mohr aus Mannheim, Johann Philipp Körner aus Seckenheim und Albert Ludwig Grimm aus Weinheim. Letzterer war zugleich Weinheimer Bürgermeister.

Eine Gruppe von Studenten war aus Heidelberg gekommen. Außerdem nahmen elf Polen, mehrheitlich Offiziere, aber auch einige Professoren, an der Versammlung teil. Ob außer dem als Redner aufgetretenen Griechen Georgios weitere Landsleute von ihm anwesend waren,



Johann Adam Itzstein (1775-1855) Jurist in Mannheim, mehrfach Abgeordneter der 2. badischen Kammer
(Foto: Stadtarchiv Karlsruhe)

ist nicht ersichtlich. Ebensowenig ist feststellbar, wer von den Teilnehmern aus England stammte.⁷

Schon die Zusammensetzung der Festgesellschaft läßt erkennen, daß die neu errungene Pressefreiheit nicht nur als badische Angelegenheit gefeiert, sondern für alle deutsche Staaten herbeigesehnt wurde. Durch die ausländischen Teilnehmer, deren Freiheitskampf man bewunderte, erhielt das Fest eine europäische Dimension wie sie wenig später auch beim Hambacher Fest zum Vorschein kam. Im übrigen ging es nicht allein um die „Preßfreiheit“, sondern um weitere Rechte und letztendlich um die Einheit Deutschlands, was aus einigen Reden deutlich wurde. Die Veranstalter waren allerdings bemüht, nicht gegen die bestehende staatliche Ordnung zu verstoßen und den Blick immer wieder auf den eigentlichen Zweck des Festes zu lenken.

Als Festlokal dienten die Räume des ehemaligen Karmeliterklosters neben der katholischen Stadtkirche am Marktplatz.⁸ Ein größerer Saal war in Weinheim um diese Zeit sonst nicht verfügbar. Man hatte den Raum mit Fichtenkränzen verziert und an der Stirnseite ein Transparent angebracht, das einen griechischen Tempel mit den Statuen der Kraft und der Weisheit zeigte, über dem die Sonne aufging. Die beigefügte Inschrift lautete:

*„Allen deutschen Fürsten,
die Leopolden gleichen;
der geistigen Einheit Deutschlands;
dem freien Worte!“*

Damit war zugleich die Programmatik des Festes bekanntgegeben, wie sie in den meisten Reden und Liedern zum Ausdruck kam.

Jeder Festteilnehmer war gebeten, sich nach seiner Ankunft in die im Gasthaus zum schwarzen Ochsen (unten am Marktplatz) ausliegende Anwesenheitsliste einzutragen. Wenigstens ein Mitglied des Festausschusses war dort von 10 Uhr ab anwesend, um auch „Anträge und Wünsche in Bezug auf das Fest“ entgegenzunehmen. Auf ein Uhr war der Beginn des Festmahles festgesetzt. Dazu sollte sich jeder Teilnehmer seinen Platz frei wählen und durch einen Zettel bezeichnen. Es war ausdrücklich erwünscht, „daß die Theilnehmer

aus den verschiedenen Gegenden sich möglichst gemischt an einander reihten.“

„Um Ein Uhr verkündeten die Böller von der Schloß-Ruine Windeck herab den Beginn des Mittagmahles. Die auf den Höhen des zerfallenen Bergschlosses aufgefanzte badische Fahne erinnerte die Festgenossen, welchem deutschen Stamme wir die erste Feier der Preßfreiheit verdanken.“ Ob die Böllerschüsse von der Windeck wirklich abgefeuert wurden, wie in den Festberichten vermerkt, ist zweifelhaft. Jedenfalls war dem Ochsenwirt Reichert ein entsprechender Antrag vom Oberamt abgelehnt worden.⁹ Über das Essen selbst ist nichts überliefert. Es handelte sich aber um ein für die damalige Zeit typisches „Zweckessen“, mit dem Festmähler bezeichnet wurden, bei denen politische Reden zur Einheit und Freiheit Deutschlands gehalten wurden. Karl Gottfried Nadler, der Klassiker der pfälzischen Mundartliteratur hat solche Veranstaltungen verspottet und die „deutschen Zweckesser“ aufgefordert:

*„Ich bidd euch, eßt euch satt, trinkt euern
Wei;
Nor loßt eur weingrün Hoch uf Deutschland
sei!“*

Und er unterstellt ihnen:

*„Der Disch, mit Gflüchel, Fisch un Wei,
Der volle Disch soll Unser Deutschland sei!“¹⁰*

Es darf aber angenommen werden, daß den Teilnehmern am Weinheimer Fest es durchaus ernsthaft um die Sache zu tun war.

Durch Zuruf wurde der Abgeordnete von Itzstein zum Präsidenten des Festes gewählt. „Den ersten Toast brachte der Physikus Dr. Stein aus Weinheim aus.“ Er ließ den „edlen, volksfreundlichen Großherzog Leopold von Baden, . . . der dem Volk das Recht des freien Worts zurückgab“, hochleben. Stein war der einzige Weinheimer, der überhaupt das Wort ergriff. Der Abgeordnete und Weinheimer Bürgermeister Albert Ludwig Grimm sprach nicht zu den Festgästen, was etwas verwundert, denn das Treffen war für das damals noch nicht einmal 5000 Einwohner zählende Städtchen ganz sicher ein ungewöhnliches Ereignis; aber



Karl Anton Joseph Mittermaier (1787-1867) Professor in Heidelberg, 1833-1840 Präsident der 2. badischen Kammer, 1848 Mitglied und Vorsitzender des Vorparlaments und Mitglied der Nationalversammlung
(Foto: Staatliche Kunsthalle Karlsruhe)

es war eben kein Fest für die Einheimischen. Seinem Inhalt nach hätte es an jedem anderen Ort stattfinden können.

In dem 32-seitigen gedruckten Bericht sind alle Reden, die im offiziellen Teil des Festes gehalten wurden, im Wortlaut enthalten. Später ausgebrachte Trinksprüche wurden nicht aufgenommen.

Nach Dr. Stein sprach der Festpräsident und Abgeordnete von Itzstein. Er wünschte allen deutschen Staaten die „Preßfreiheit“. Die Badener forderte er auf, ihr Recht „mit würdevoller Mäßigung und mit Kraft“ zu üben. „Nicht das Drängen nach gewaltsamem Umsturze sei das Ziel“ der Pressefreiheit, aber die „furchtlose Aufdeckung aller Mängel und Gebrechen der Verwaltung“. Der hier angeschlagene mäßigende Ton kennzeichnete die meisten Reden, doch fielen gelegentlich auch härtere Worte.

Nach dem Toast eines „Festgenossen aus Hanau“ auf die II. badische Kammer, welche die Pressefreiheit errungen hatte und dem Wunsch, daß diese bald auch für Hessen und ganz Deutschland gelten möge und nach der Rede des Abgeordneten Mittermaier, der sich für die Unabhängigkeit der Gerichte aussprach, meldete sich der Frankfurter Advokat Dr. Maximilian Reinganum zu Wort. Dieser befaßte sich in einer längeren Rede mit dem Rechtszustand der Presse in Deutschland. Er äußerte die Befürchtung, daß die badische Pressefreiheit bereits wieder bedroht sein könnte, eine Auffassung, die später auch Dr. Wilhelm Schulz aus Darmstadt vertrat, und warf dem Deutschen Bund Rechtsverletzung vor, da dieser vor zwölf Jahren die durch die Bundesakte zugesagte Pressefreiheit abgeschafft habe. Er rief zu einem „Kampf des Geistes“ auf. Als Reinganum aber eine von ihm mitgebrachte „Protestation deutscher Bürger für Preßfreiheit in Deutschland“, die sich an den Deutschen Bund richten sollte, vorlesen wollte, unterbrach ihn von Itzstein unter anderem mit der Begründung, daß eine solche „Rechtsverwahrung“ „mit der Absicht des Festes nicht wohl übereinstimme“.

Man erkennt hier das Bemühen, dem Weinheimer Fest auch nicht den Anschein einer radikalen Veranstaltung zu geben.

Reinganum fügte sich unwillig, doch äußer-

te der Abgeordnete Winter von Heidelberg den beifällig aufgenommenen Wunsch, die Resolution demnächst im Druck zu erhalten.

Ein weiterer Redner, nämlich der „Acce-sist“ Küchler aus Heidelberg erntete gleichfalls Widerspruch, als er den Griff zum Schwert als letztes Mittel pries, um „die höchsten Güter des Menschen zu vertheidigen und wieder zu erringen“. Erkennend, daß er wohl zu weit gegangen war, bat er die Versammlung am Schluß seiner Rede „um Nachsicht und Verzeihung“.

Die Hoffnung auf die Übertragung der badischen Lösung auf ganz Deutschland und schließlich auf die Erringung der Freiheit und Einheit für das ganze große Vaterland sprachen mehrere Redner aus, so der Oberappellationsrat Höpfner aus Darmstadt, Dr. Eder aus Frankfurt und Dr. Strecker aus Mainz.

Von den anwesenden Ausländern sprachen drei zu den Festteilnehmern. Der Grieche Georgios dankte den Deutschen für ihre Sympathie und die Hilfe, die sie den Griechen bei ihrem Freiheitskampf zuteil werden ließen. Der polnische Professor Zatwarnicki brachte einen Toast auf die deutschen Frauen aus und einen weiteren auf Kurhessen, den deutschen Staat, in dem sich niemand für das Amt des Zensors bereitfand.

Am meisten beachtet wurde die Rede des polnischen Offiziers und Literaten Franz Grzymala. „Nur schwach der deutschen Sprache, aber noch weniger seiner schmerzlichen Gefühle mächtig“¹¹ bedankte er sich für die Einladung und erinnerte an den Kampf der Polen für „Bürgerfreiheit und also auch Preßfreiheit“. Die polnische Verfassung sei nie vollzogen worden. Grzymala lobte vor allem die badischen Abgeordneten, „die mit Bürgermuth das Recht der freien Presse errangen“. Die deutsche Jugend rief er auf, das begonnene Werk zu vollenden. Abschließend gedachte er der polnischen Siege bei Wawer und Dembe Wielke und der dort gefallenen Polen. „Rauschender Beifall und allgemeiner Ausruf, es leben die Polen! es leben die Vertheidiger der Freiheit! Die Rede dieses Polen rührte viele Anwesende zu Thränen“, vermerkt der Festbericht, und weiter: „Die Musik wurde aufgefordert das Lied zu spielen: ‚Noch ist Polen nicht verloren.‘ Mit Enthusiasmus sang es die Versammlung. Die Mauern des alten Klosters wi-

derhalten von diesem herrlichen Nationallied.“ Grzymala nahm noch einmal das Wort und bezeichnete Polen „als Bollwerk der europäischen Freiheit,“ das nicht verlorengehen dürfe. Es hoffe jetzt auf die „brüderliche Sympathie der Nationen“.

Der aus Westfalen stammende Heidelberger Student Karl Heinrich Brüggemann, der übrigens wenige Wochen später auf dem Hambacher Schloß recht radikal auftrat, fühlte sich als Angehöriger der jungen Generation von Grzymala angesprochen, meinte aber, daß jetzt vor allem „besonnene unbeugsame Männer“ gebraucht würden, die dem Volk „Recht verschaffen, und so dem revolutionären Geiste die Waffe entreißen“.

Der offizielle Teil des Festes wurde beendet mit einem Trinkspruch, den der Pole Grzymala auf den Heidelberger Abgeordneten Winter ausbrachte. „Später wurden noch mehrere andere Trinksprüche ausgebracht und fanden allgemeinen Anklang.“

Insgesamt hatten sich während des Festes 17 Redner zu Wort gemeldet, darunter sieben Badener und genau so viele Hessen und Frankfurter. Aus Rheinbayern, dem späteren bayerischen Regierungsbezirk Pfalz, trat niemand auf.

Im Großherzogtum Baden war man indessen allenthalben bemüht, die Bedeutung von Veranstaltungen und Verlautbarungen freiheitlicher Art herunterzuspielen. Das tat auch der Amtmann Beck zu Weinheim, welcher dem Innenministerium auf Anforderung am 7. April 1832 über das Fest der freien Presse Bericht erstattete.¹² Er selbst sei an fraglichem Tag verreist gewesen und wisse nichts aus eigener Anschauung. Er könne auch nicht sagen, wer Veranstalter, wer die Hauptteilnehmer und was der Zweck der Veranstaltung gewesen sei. Offensichtlich „sollte das Fest blos ein Dank- und Freudenfest für das dem Großherzogthum Baden gegebene Geschenk der Freyheit der Preße sein“. Das Einladungsschreiben habe der Wirt zum schwarzen Ochsen in Umlauf gesetzt, so daß wohl dessen geschäftliche Interessen im Vordergrund gestanden wären. Im anderen Falle hätte man „unverzüglich Anzeige davon höheren Orts“ erstattet. Allerdings sei um eine Genehmigung der Veranstaltung „bey Amt nicht nachgesucht“ worden. Die erbetene Er-

laubnis, „mit Böllern schießen zu dürfen“ sei abgelehnt worden.

Die Unwissenheit des Amtmannes Beck erscheint nicht glaubhaft, was auch vom badischen Innenministerium so gesehen worden sein mag. Man wollte aber Unruhen vermeiden, die durch ausführlichere Untersuchungen sicher entstanden wären.

Das Fest der freien Presse in Weinheim fand seinen Widerhall in mehreren einschlägigen Zeitungen, die damals neu gegründet worden waren. So berichtete beispielsweise der in Mannheim erscheinende „Wächter am Rhein“ darüber¹³ oder „Der Freisinnige“ in Freiburg.¹⁴ Beide Zeitungen, die eine mehr im nördlichen, die andere im südlichen Teil Badens, waren Sprachrohr der damaligen freiheitlichen Bestrebungen in ganz Deutschland, wobei der Schwerpunkt des „Wächters am Rhein“ in Baden, Rheinbayern, Hessen und Nassau lag. Als Hauptfeinde eines freiheitlichen und einigen deutschen Vaterlandes benannte er immer wieder Preußen und Österreich. Im Deutschen Bundestag waren diese imstande, die Politik zu bestimmen, obzwar sie gleichzeitig miteinander rivalisierten. Was die Hochschätzung der polnischen Freiheitskämpfer angeht, waren beide, insbesondere Preußen, sehr zurückhaltend, weil sie ja auch von den polnischen Teilungen profitiert hatten. „Der Wächter am Rhein“ malte ständig den Teufel des von ihm als barbarisch charakterisierten Rußland an die Wand, das Druck auf den Deutschen Bund auszuüben versuche.

In der liberalen Presse läßt sich recht gut die Stimmung erkennen, die in einem großen Teil der Bevölkerung herrschte.

Schon sehr bald nach der Einführung der Pressefreiheit in Baden wurden, nicht nur auf dem Weinheimer Fest, sondern auch in den einschlägigen Zeitungen Befürchtungen um den Bestand der neu errungenen Freiheit geäußert. Sie waren durchaus berechtigt, war doch schon vor der einstimmigen Beschlußfassung beider Kammern im Karlsruher Ständehaus „von Frankfurt ein lauter Donner“ ertönt.¹⁵ Anfang Mai überreichte der österreichische Bundestagsgesandte von Buel-Schauenstein der badischen Regierung eine Note seines Hofes, in der die Zurücknahme der Pressefreiheit gefordert wurde. Im Weigerungsfalle drohte



Christian Friedrich Winter (1773-1858) Verleger, 1845-1849 Oberbürgermeister von Heidelberg, Abgeordneter der 2. badischen Kammer

(Foto: Stadtarchiv Karlsruhe)

Österreich die Rücknahme der Integritätsgarantie für den badischen Staat an. Dies hätte bedeutet, daß unter Umständen Teile des Großherzogtums wieder in anderen Besitz hätten übergehen können. Bayern erhob ohnehin wiederholt Ansprüche auf die rechtsrheinischen früher pfälzischen Gebiete. Diese schwierige Situation führte zu einer geteilten Einstellung im badischen Staatsministerium, doch lehnte der Großherzog für's erste das Ansinnen Österreichs ab.

Versammlungen wegen der Bedrohung der Pressefreiheit fanden in ganz Baden statt. Überall wurde betont, daß der Deutsche Bund nicht in Badens Souveränität eingreifen dürfe. Man versicherte den Großherzog der Loyalität des gesamten Volkes und erklärte in vielerlei „Adressen“, daß man bereit sei, die badischen Rechte mit der Waffe zu verteidigen. Dabei erhoffte man sich auch Hilfe aus anderen Bundesstaaten.

Allerdings wurde vom badischen Ministerium des Innern darauf hingewiesen, daß solche Zusammenkünfte und das Sammeln von Unterschriften verboten seien.¹⁶ Daran hielt sich aber niemand, selbst als der Großherzog die Annahme der an ihn gerichteten Adressen verweigerte und erklärte, daß sie gesetzwidrig und unnötig seien, und man ihn nicht an seine Pflichten erinnern müsse.¹⁷

Allmählich wurde die Position Badens immer schwieriger. Immer neue Zugeständnisse mußten gemacht werden. So verbot die Regierung Anfang Juni 1832 sogar die schwarz-rot-goldenen Farben und ließ Bänder und Kokarden beschlagnahmen.

Am 5. Juli 1832 gab es einen „Beschluß hoher Bundes-Versammlung“ in Frankfurt am Main, der die Karlsbader Beschlüsse erneuerte und verschärfte. Dadurch wurde die Zensur, das Verbot politischer Vereine und Volksfeste, der allgemeinen Burschenschaft und freiheitlicher Embleme für alle Bundesstaaten bekräftigt. Baden mußte sich diesem Beschluß beugen, wollte es nicht Sanktionen des Bundes auf sich ziehen.

So erklärte Großherzog Leopold am 28. Juli 1832 das Pressegesetz vom 28. Dezember

1831 mit sofortigem Vollzug für unwirksam.¹⁸ Damit war das Ende der viel umjubelten Pressefreiheit in Baden gekommen.

Ein Nachspiel zum Ganzen war der Bericht vom 13. August 1832 über die Feste in Badenweiler und Weinheim, um den der badische Bundestagsgesandte in Frankfurt ersucht hatte.¹⁹ Hier wird deutlich, wie auch das badische Ministerium des Innern die Bedeutung des Weinheimer Festes herabzumindern versuchte, um den Anschein zu vermeiden, als ob es in Baden bedenkliche aufrührerische Bestrebungen gäbe. Auch hier wird der Wirt Reichert als der eigentliche Veranlasser des Festes bezeichnet, der „um die Zahl seiner Gäste zu vermehren“ die Pressefreiheit als Schild ausgehängt habe. Seine Einladungsschreiben habe er nach Mannheim und Heidelberg und an einige hessische Beamte gegeben, die sie schließlich nach Darmstadt und Frankfurt weiterspedit hätten. Es seien so erheblich mehr Fremde als Einheimische bei dem Fest gewesen. Es wäre ja auch alles ganz ruhig vorbeigegangen, hätte nicht der Frankfurter Rechtsanwalt Reinganum eine Adresse „um Bewilligung der Pressefreiheit“ an den Bundestag verabschieden lassen wollen. „Darüber gab es Streit namentlich zwischen den Badischen und den Fremden ... Nach einigem Wortwechsel trennte man sich in Unfrieden. Die Adresse durfte nicht vorgelesen werden.“

Natürlich entspricht diese verharmlosende Darstellung des Ministeriums, die den Schwarzen Peter möglichst noch auswärtigen Gästen zuschieben möchte, nicht ganz den Tatsachen. Es mag schon eher so gewesen sein wie die Festbroschüre in ihrem Schlußsatz schreibt.²⁰

„Spät am Abend schieden die Festgenossen unter freundschaftlichem Händedruck, preisend den Tag als einen der schönsten ihres Lebens, überzeugt, daß das heutige Fest nicht fruchtlos gewesen sein könne, mit dem Wunsche, daß es allen deutschen Gauen bald glücken möge, ein gleiches Fest zu feiern, und in der festen Hoffnung, daß bald kommen werde der Tag, wo wir vereint feiern:

Deutsche Pressefreiheit.“

Anmerkungen

- 1 Regierungsblatt des Großherzogtums Baden vom 30. Juli 1832.
- 2 Der Freisinnige – Freiburger politische Blätter vom 2. 6. 1832.
- 3 GLA 236/8158.
- 4 Das Fest der freien Presse zu Weinheim an der Bergstraße gefeiert von Männern aus Baden, aus den beiden Hessen, Baiern, Frankfurt und von einigen Polen und Griechen, am 1. April 1832. Beschrieben von einem Augenzeugen. Heidelberg 1832. – Der Reinertrag aus dem Verkauf der Broschüre war sinnigerweise für das Gutenberg-Denkmal in Mainz bestimmt. – Soweit keine anderen angegeben sind, dient dieser Festbericht als Quelle für die vorliegende Darstellung.
- 5 Ebenda S. 28–32.
- 6 Der Freisinnige vom 5. 4. 1832.
- 7 Das Fest der freien Presse (wie Anm. 4), S. 5. Dort heißt es u. a.: „... und neben dem Deutschen saß in herrlicher Eintracht, der Pole, Grieche und Engländer theilnehmend an diesem deutschen Feste“.
- 8 Der Karmeliterorden hatte in Weinheim von 1293 an mit Unterbrechungen eine Niederlassung. 1797 wurde mit einem stattlichen Neubau begonnen, doch schon 1802 hob Kurfürst Max Josef das Kloster auf. Seitdem dient das viel zu groß dimensionierte Gebäude als katholisches Pfarrhaus.
- 9 Bescheid des Oberamts vom 30. März 1832 – GLA 236/8158.
- 10 Karl Gottfried Nadler: Fröhlich Palz, Gott erhalts! Gedichte in Pfälzer Mundart. Leipzig o. J., S. 122.
- 11 Der Freisinnige (wie Anm. 6).
- 12 GLA 236/8158.
- 13 Der Wächter am Rhein vom 5. 4. 1832.
- 14 Der Freisinnige vom 5. 4. und vom 2. 6. 1832.
- 15 Der Wächter am Rhein vom 3. 4. 1832. Auch das folgende orientiert sich an den Darstellungen in dieser Zeitung.
- 16 GLA 236/8158.
- 17 Regierungsblatt des Großherzogtums Baden vom 28. 5. 1832.
- 18 Ebenda 30. 7. 1832.
- 19 GLA 236/8158.
- 20 Das Fest der freien Presse (wie Anm. 4), S. 32.

Anschrift des Autors
Dr. Heinz Schmitt
Rittnertstraße 71
76227 Karlsruhe

*14. Europäische Kulturtage
Karlsruhe 1998*

“ 1848 “

*Europäische Aspekte der
Badischen Revolution*

Bildende Kunst - Theater - Musik - Literatur - Film

25. April - 17. Mai 1998

*Stadt Karlsruhe
Badisches Staatstheater Karlsruhe*



Revolution und Pressefreiheit

Vom schwierigen Umgang mit einem neuen Grundrecht in Baden 1848/49

Am 1. März 1848 erreichte die Revolution die badische Residenzstadt Karlsruhe. An die 3000 Demonstranten waren aus allen Teilen des Landes zusammengeströmt, um jenen vier *Märzforderungen* Nachdruck zu verleihen, die eine Volksversammlung in Mannheim nur wenige Tage davor, am 27. Februar, unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Frankreich formuliert hatte: Volksbewaffnung mit freier Offizierswahl, Schwurgerichte nach englischem Vorbild, ein allgemeines deutsches Parlament sowie die Gewähr unbedingter „Preßfreiheit“. Angesichts der aufgebrachten Menge und drohender Tumulte entschloß sich die Regierung zu raschem Einlenken. Noch am selben Tag kündigte Innenminister Johann Baptist Bekk vor der Zweiten Kammer das Ende der bisher geübten Pressezensur an. Tatsächlich entspannte sich die Lage. Die Nachricht löste bei den Demonstranten Jubel aus, und sogar das nüchtern gehaltene Landtagsprotokoll verzeichnet „donnerndes dreimaliges Bravo, und dreimaliges: Leopold lebe hoch, Erhebung der Abgeordneten von ihren Sitzen.“

Die Begeisterung ist verständlich, deutete das Zugeständnis der Regierung doch auf den lange erhofften, grundlegenden politischen Systemwandel hin. Eine von amtlicher Kontrolle und Bevormundung freie Presse gab es bis dahin weder in Baden noch im übrigen Deutschen Bund. Seit 1819 galten vielmehr in allen Mitgliedsstaaten die vom österreichischen Staatskanzler Klemens v. Metternich veranlaßten *Karlsbader Beschlüsse*. Danach mußten Druckwerke mit einem Umfang bis zu 20 Bogen – das sind 320 Oktavseiten – vor der Veröffentlichung dem Zensor vorgelegt werden. Diese *Vor-* oder *Präventivzensur* wurde nach 1830 noch verschärft und zählt bis heute zu den prägenden Kennzeichen des deutschen

Vormärz. Immer wieder erschienen Zeitungen und Zeitschriften mit immensen Zensurlücken, wurden Journale ganz unterdrückt und Bücher verboten. Die Repressionspolitik verfolgte vor allem ein Ziel: Sie sollte den fürstlich-bürokratischen Obrigkeiten das Politik-, Informations- und Meinungsmonopol sichern, jede kritische öffentliche Meinungsbildung und überhaupt das Entstehen einer autonomen politischen Öffentlichkeit verhindern.

Die Vertreter der sich entfaltenden bürgerlichen Gesellschaft empfanden diese staatsabsolutistische Bevormundung in zunehmendem Maße als unerträglich, denn sie drängten auf politische Teilhabe und Mitsprache. Die Presse hatte in diesem Emanzipationsprozeß eine Schlüsselfunktion: Sie war das bedeutendste Medium der damaligen Zeit; nur mit ihr ließ sich rasch und wirkungsvoll eine breite und überregionale Öffentlichkeit erreichen, nur über sie waren Austausch und Meinungsbildung, Kontrolle und Kritik, Bildung und Aufklärung möglich, ja, erst eine freie Presse garantierte aus dieser Perspektive alle anderen Freiheitsrechte. Gerade badische Liberale setzten sich vehement für die Gewähr von Pressefreiheit ein und erlangten dadurch überregionale Popularität. Karl Theodor Welcker, Rechtsprofessor in Freiburg, nannte in seinem gemeinsam mit Karl v. Rotteck herausgegebenen berühmten *Staats-Lexikon* „die Censur und die Zerstörung der Preßfreiheit, insbesondere die der Zeit- und Flugschriften über die täglichen Ereignisse [...] die größte Verletzung der staatsbürgerlichen oder politischen Freiheit.“ „Die freie Presse“ zählte er unter die „wichtigsten aller Werkzeuge der Cultur und der Freiheit“, sie galt ihm als Menschenrecht und Grundlage jeder freien Staatsverfassung.

Als Abgeordnete der Zweiten Kammer standen die beiden Freiburger Professoren auch im

Brüder, Soldaten!

Ein Wort an euch, verehrte Brüder, gesprochen der göttlichen Wahrheit gemäß.

Fragen.

Hat euch der gute Geist, seit den unglücklichen Ereignissen im April, in euren müßigen Stunden noch nicht eines bessern belehrt? —

Sind die Gefallenen, die eingekerkerten und mißhandelten Flüchtlinge, verfolgt von falter Fürsten- und Beamtenrache, nicht eure Brüder? —

Seid ihr nicht die Söhne und Brüder derer, die sich von dem Joch der Beamtenherrschaft und den nicht mehr aufzubringenden Lasten und Abgaben losreißen möchten? —

Seid ihr nicht jene Söhne, welche von euren Vätern und achtbaren Bürgern so lange ihr zu denken vermöget, höret, und immer wiederholt höret: es ist keine Erlösung für uns zu hoffen, als durch die Mittel der Gewalt? — Seid ihr nicht jene Ueberzeugten, daß der badische Landtag immer nur mit großen Kosten verbunden war, und uach der Ermühung der edelsten Männer, jedesmal der Großherzog wieder machte, was er wollte und somit der Landtag nur ein Wochenmärkt vorstellte?

Seid ihr nicht jene, welche dem Parawillen, unter dem Vorwand für's Vaterland, den Großherzog und jetzt bald den Erzherzog Johann, eure Obersten, Hauptmänner, Offiziere, sogar die Unteroffiziere, sowie alle Beamten, durch eure Waffen, denselben ihre Throne und gut bezahlten Plätze, in jüngster Zeit mit Aufopferung eures eigenen Lebens vertheidigten und besetzten sollten?

Seid ihr nicht jene Söhne, von denen man, aus Furcht des Sturzes der großen und kleinen Tyrannen, den dreifachen Eid abdringt, dem Großherzog, der Verfassung, dem Erzherzog Johann, weil man euren religiösen braven Charakter zum Werkzeug machen will, womit die Rechte der Menschheit zernichtet werden sollten? —

Seid ihr nicht jene Söhne, welche aus dem 20ten Lebensjahre, in welcher Laufbahn euch eure Zukunft blühen möchte, herausgerissen, um 6 Jahre willensunfähig werden? —

Seid ihr nicht jene Rechte, die fortwährend auf den ersten Ruf 20, 30 bis 40 Stunden weit hereinüberufen werden, um mit Manoeuvres, Paraden die Lust der fürstlichen Augen zu sättigen? — und für was? —

Seid ihr nicht jene, die den letzten Kreuzer, welchen sie verdient haben, mitnehmen und aufzehren, euren Vater, Schwester oder Bruder preßt, und den oft letzten Gulden im Hause mitnimmt, und sobald bald wieder um neues Geld zu schreiben benöthigt sind? — Denn ich stelle die Frage: könnt ihr euch ohne Darben durchbringen beim Re-

giment, wenn keine Unterstützung von andern Seiten einfließt? —

Wie seid ihr behandelt von Euren Obern, wenn dieselben nicht zu befürchten haben? — wie Hunde — und nicht wie junge, kräftige Leute, welche der Kern des Volkes sind. Wie die Fürsten in Gefahr kommen, ihre gläublich privilegierten Tyrannensitze zu verlieren, so werdet ihr mißbraucht. man sagt euch: „das Vaterland ist in Gefahr;“ „das Gefindel (eure Väter und Brüder) will Obhand nehmen;“ „sie wollen theilen“ u. s. f.

Seid ihr nicht jene Söhne, die sogar fanatisirt werden: ihr müßt, wenn der Fürst ruft, weder Vater noch Mutter, noch Schwester noch Bruder verschonen? Ist ein Thier in der Welt, das diese Grausamkeit verüben könnte? — Durchgeht die Naturgeschichte, ob ihr ein Beispiel aufzuweisen vermögt?

Ueberlegt, ihr Söhne des Vaterlandes, daß diese Wortplauderei eurer Obersten, Hauptmänner, Offiziere, nur weltens adeliche Leute sind, die euch, Vater und Mutter, nur als vertheerte Menschen betrachten, geschaffen, ihre gut bezahlten Plätze, ihr müßig schlechter Lebenswandel, den Genuß aller Laster, unter dem Schleier das Vaterland zu vertheidigen. Wer muß diese Herren erhalten, als der Fleiß eurer Väter und Brüder?

Seid ihr nicht jene Söhne, welche das ganze Jahr helfen arbeiten, wenn ihr zu Hause seid, bis alle Steuern, Zehnten und Abgaben bezahlt sind? Und wenn das Jahr herum ist, für wen habt ihr geschafft? für den Großherzog und seine bezahlten übermüthigen Herren.

Habt ihr vergessen, daß alle Kriege nur wegen Eigensinn und Ehrgeiz der Könige geführt und das Leben der kräftigen Menschheit mit Hohn aufgeopfert wurde? — Habt ihr vergessen eure Väter zu fragen, was die Fürsten bei der Schlacht bei Leipzig versprochen haben, als ihre Throne durch Napoleon auf dem Spiel waren? — Freiheit der Völker, Constitutionen etc. mit Schwurgerichten, — geben wir euch, sagten sie, als selbe in der Noth waren. Was haben sie gethan dafür, seit 32 Jahren? nichts!

Bedenket, daß wenn die Fürsten 32 Jahre gelogen und betrogen haben, daß man denselben mit Recht nichts mehr glauben kann, und freiwillig von ihnen nichts bekommt.

Seht ihr, wie dieselben die Freiheiten, die uns im März zugesichert wurden, wieder zurück neh-

men und der Menschheit im grassesten Sinne ein neues Joch auflegen.

Seht hin auf die blühende Schweiz, wo der Reiche wie der Arme Soldat ist; dort seht die ächten Vertheidiger des Vaterlandes; ihr aber seid nur die Vertheidiger der Fürsten und ihres Anhangs.

Seht hin auf die französischen und Schweizer-Offiziere in freien Ländern, wie selbe ihre Untergebenen behandeln und den wahren Werth eines Soldaten kennen.

Habt ihr die Fürstenangst nicht wahrgenommen, als sie Würtemberg, Baiern, Hessen, Kurhessen, Nassauer zur gegenseitigen Hülfe gerufen hat, um (das Gefindel) eure Väter und Brüder todzuschießen, und warum? — nicht wegen dem Vaterland, sondern wegen ihren wankenden Thronen und um das Volk in der Slaverei zu erhalten; dieses war die Gefahr.

Ist es nicht eine Schande der Fürsten, daß fünf fremde Staaten zu Hülfe gerufen werden, in dem kleinen Baden, um das sogenannte Gefindel zu unterdrücken? Ist es nicht eine Schande von euren adelichen Kommandanten, daß sie diesen euren Sieg loben und euch dafür Sträuße auf die Hüte stecken, um somit schmachvoll ihr ruchloses Spiel mit euch, lieben Brüder, zu treiben?

Ist denn euch noch nicht zu Ohren gekommen, wer das vermeinte Gefindel ist, wißt ihr nicht, welche Menschen im Kerker schmachten, welche Flüchtlinge sind? Ist es nicht eine ganze Verbindung der ehrlichsten Familien in Baden?

Ist es denn euch noch nicht eingefallen, daß es Gottes weise Regierung will, daß jetzt der heilige Augenblick ruft, daß sich der Mensch um jeden Preis freischlagen soll? Ist es nicht ein Glück für unser Land, daß sich solche Menschen vorfinden, die ihr Leben und Vermögen aufopfern der guten Sache willen? Seht im Gegentheil hin, auf Mauthy und Consorten, wie dieselben das Volk, das Land und alles an die Russen und Fürsten verkaufen, um Ministerstellen in Frankfurt zu bekommen? Jene Verräther sind unsere Feinde, die wir bestezgen müssen.

Seht hin auf's Frankfurter Parlament, wovon $\frac{2}{3}$ Fürstendiener, die um gute Stellen dort und

bei ihren Fürsten hühlen! — Jene bilden dort die Mehrheit, welche Beschlüsse fassen, abermal mehr Militär wollen, und in den mißbrauchten Soldaten suchen sie ihre Existenz und ihr Heil!

Wie lange wirds gehen, bis man euch bald nach Osten, bald nach Westen, bald nach Süden, bald nach Norden jagt, ohne euch zu fragen, ohne euch zu sagen warum? Bloß durch Lug und Betrug wird man euch aufklären. — Dieses ist die deutsche Einheit, die man dort bildet, Verkauf und Verrath an dem gutmüthigen deutschen Volke.

Ist dieses der Willens-Ausdruck des betrogenen Volkes, welches im Vertrauen Männer hinsendet, die Interessen der Völker zu bewahren? — Es sind Abgeordnete des Fürstenbundes, und Seelenverkäufer ist unter dem Namen der Volkvertreter dort ihr Handwerk.

Berathet euch schriftlich und mündlich mit rechtschaffenen Ehrenmännern, mit euren Eltern u. und horcht nicht auf das verlogene perfide Geschwäg eurer adeligen Ruben, der Offiziere; jene werden euch sagen, was eure Schuldigkeit ist. Seht hin auf Wien; wie die Studenten, Bürger, Soldaten und Arbeiter einig sind.

Vergesst nie, wenn euch jemand das Gegentheil sagt, sei es wer es wolle, Soldat oder Bürger, sogar Unteroffiziere (mit Einstand), zu erwägen wer sie sind in ihren eigenen Verhältnissen, d. h.; fallet immer ein richtiges Urtheil, daß jene Heuchler die falschen Pharisäer spielen und ihr eignes Interesse im Auge haben. Nur brave aufgeklärte Bürger, die den Muth haben, die sollen euch Rath ertheilen.

Seid ihr noch gesonnen, auf eure Väter und Brüder zu schießen, wenn dieselben ihr und euer Joch abzuwerfen suchen, was ohne Gewalt nicht geschehen kann? —

Wenn ihr diese Fragen beherzigt, so werdet ihr mit reinem Gemüth der Vergangenheit gedenken, und den Euvigen mittheilen, daß es besser ist, im Einverständnis mit ihnen, wenn es sein muß, für die Befreiung vom Fürstendruck zu sterben, als auf Befehl der Tyrannen, wo tausend und tausend, ohne zu wissen warum, schon gefallen sind und noch fallen würden, vom Volke verachtet und gehaßt sein Leben zu verlieren.

Ein Vater von vier badischen Soldaten.

Vertreibung der Fürsten und gewaltsame Einführung der Republik). Die Broschüre begründete damit nach amtlicher Ansicht „Tendenzen, welche in öffentlichem Interesse von Amts wegen unterdrückt werden müssen“.

Zentrum jener spektakulären Initiative, mit der Baden nach der französischen Julirevolution (1830) versuchte, die restaurative Pressepolitik des Bundes zu sprengen. Auf Druck der Stände erließ Großherzog Leopold am 28. Dezember 1831 ein Pressegesetz, das die bislang geübte Vorzensur im Großherzogtum weitestgehend aufhob und durch das wesentlich freiheitlichere *Justizsystem* ersetzte: Die Presse war nun grundsätzlich frei; ob eine Publikation strafwürdig war, durften erst nach dem Erscheinen, meist auf eine Anzeige hin, die Gerichte entscheiden. Gewissermaßen als Gegengewicht zum nun gewährten Freiraum führte man auch zwei wegweisende Regelungen ein, die uns noch heute vertraut sind: die Pflicht der Presse zur „Berichtigung“ (§ 10) – heute „Gegendarstellung“ genannt – sowie zur Angabe eines „verantwortlichen Redakteurs“ (§ 6). Trotz dieser Vorgaben war das Gesetz in der damaligen Situation nicht haltbar. Die konservativen Vormächte des Bundes, Preußen und Österreich, verwiesen auf den Widerspruch zu den bundesrechtlichen Normen und drohten unverhohlen mit gewaltsamem Eingreifen. Auf ihren Druck hin zog der Großherzog das Gesetz schon im Juli 1832 durch eine – an sich rechtswidrige – Verordnung wieder zurück, der kurze *badische Pressefrühling* war vorbei.

Die Forderungen nach Restitution jenes Gesetzes rissen seitdem nicht mehr ab. Der liberal dominierte Landtag rief die Regierung nach 1840 mehrfach auf, Pressefreiheit zu gewähren. Da sie kein Recht zur Gesetzesinitiative hatten, verlegten sich die Abgeordneten auf sogenannte *Motionen*, also formelle Anträge, die freilich bis 1848 vergeblich blieben. Auch außerhalb des Parlaments vereinte der prinzipielle Anspruch auf Pressefreiheit die ansonsten mehr und mehr divergierenden politischen Kräfte. Die Demokraten um Friedrich Hecker und Gustav v. Struve verlangten im September 1847 auf ihrer *Offenburger Versammlung* genauso Pressefreiheit wie die gemäßigten Liberalen um Friedrich Daniel Bassermann, Karl Mathy und Karl Theodor Welcker einen Monat später auf der *Heppenheimersammlung*. Anfang 1848 gingen 129 entsprechende Petitionen badischer Bürger und ganzer Gemeinden bei der Zweiten Kammer ein.

Im revolutionären März 1848 konnte und wollte Badens Führung diesem heftigen öffentlichen Druck nicht länger standhalten. Noch am Tag von Bekks umjubelter Ankündigung vor dem Landtag trat das Pressegesetz von 1831 wieder in Kraft. Sein erster Paragraph lautete kurz und bedeutsam zugleich: „Alle Zensur der Druckschriften, welche im Großherzogthum herauskommen, oder verbreitet werden, ist aufgehoben.“ Sanktionen des Bundes waren angesichts der sich rasch ausbreitenden Revolution diesmal nicht zu befürchten. Tatsächlich folgte die Bundesversammlung dem badischen Vorstoß nur zwei Tage später: Am 3. März 1848 stellte sie den Mitgliedsstaaten frei, die seit 1819 verbindlichen Zensurbestimmungen aufzuheben und durch eigene Regelungen zu ersetzen.

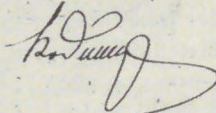
Die badische Öffentlichkeit begrüßte das lange geforderte Gesetz hoffnungsvoll und enthusiastisch. Unter dem programmatischen Motto „Es werde Licht“ verhiess etwa der in Villingen erscheinende *Schwarzwälder* den Anbruch einer neuen Epoche. Mit der Pressefreiheit sei „uns das kräftigste Mittel gegeben, wenn auch nicht die Uebel des Leibes, doch die viel gefährlicheren der Seele zu heilen, die da heißen Dummheit und Unwissenheit. Diese sind die giftigen Quellen des Aberglaubens, der Ungerechtigkeit, des Hasses und der Verfolgungswuth. Mit der freien Presse ist uns das Gegengewicht gegen jeden Druck, die Bedingung jeder Freiheit und jedes Rechtes, jeder Selbständigkeit und des bürgerlichen Lebens in die Hand gegeben.“ (28. März 1848). Tatsächlich belebte sich die badische Presselandschaft merklich, die öffentliche Kommunikation verdichtete sich. Nach den Berechnungen von Hanno Tauschwitz wuchs allein die Zahl der in Baden erscheinenden Tageszeitungen innerhalb weniger Monate um knapp die Hälfte, von 36 auf 57, an. Damit kamen nun auf jedes Blatt rund 21 000 Einwohner, was Baden zu einer der in dieser Hinsicht am besten versorgten Regionen in Deutschland machte; in Preußen waren es statistisch besehen über 30 000 und in Bayern sogar über 40 000 Einwohner je Zeitung. Hinzu traten eine Fülle weiterer Publikationsformen, wie Wochen- und Monatsschriften, Flugblätter, Broschüren und Maueranschläge. Auch das Spektrum der darin

N^o. 6976 u. 6977.

Die Nummern 2 u. 6. des „Freischärlers“ wurde heute mit Beschlag belegt.

Kork, den 30^{ten} Juli 1848

Großherzogl. Bezirks-Amt.



Bescheid für die Beschlagnahme der Nummern 2 und 6 des Freischärlers vom 30. Juli 1848. Da man mit anhaltenden Konfiszierungen rechnete, war zur Arbeitserleichterung und -beschleunigung ein Formular gedruckt worden. Der Beamte des für die Überwachung zentral zuständigen Bezirksamts Kork mußte nur noch die aktuelle Nummer und das Datum eintragen; die Bescheide gingen anschließend an die übrigen badischen Bezirks- und Stadtämter.

vertretenen politischen Ansichten war breit gefächert, denn die „öffentliche Meinung“ spaltete sich in mehrere rivalisierende Lager auf. Reformersiche und gemäßigt liberale, konservative und radikaldemokratisch-republikanische Blätter warben in bislang nicht gekanntem Ausmaß um Leser und Anhänger.

Diese Entwicklung verlief deutschlandweit, war aber in Baden besonders ausgeprägt. Vor allem entstand hier in Konkurrenz zu den regierenden Liberalen eine kräftige, gut organisierte und entschlossene radikaldemokratische

Partei, die nicht bereit war, sich mit den Reformen des bürgerlichen Märzministeriums Hoffmann-Bekk-Dusch abzufinden. Sie strebte vielmehr einen grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Wandel an. Der Heckerzug vom April 1848, der Struveputsch im September desselben Jahres und die revolutionären Auseinandersetzungen im Frühjahr und Sommer 1849 bildeten die dramatischen Höhepunkte dieser anhaltenden Konfrontation, die sich auch auf das hochsensible Feld der Pressepolitik auswirken mußte. Gewiß, das Gesetz

vom März 1848 hatte die Zensur beseitigt. Aber wie frei war die badische Presse während der Revolution wirklich? Herrschte nun tatsächlich uneingeschränkte Pressefreiheit, wie gängige Handbücher und Überblickswerke nicht selten suggerieren? Ein Blick auf die pressepolitische Praxis kann zeigen, mit welchen Vorgaben und in welchem Rahmen sich die damals Handelnden bewegten.

Dabei wird deutlich, daß die Verantwortlichen jene Ideale von unbedingter „Preßfreiheit“, die sie während der Vormärzjahre theoretisch-akademisch entwickelt hatten, in der politischen Praxis der turbulenten Revolutionszeit nicht durchhalten konnten. Schon nach wenigen Wochen mochten die regierenden Liberalen der radikaldemokratischen Opposition das so lange geforderte Recht der freien Meinungsäußerung nur noch begrenzt zubilligen. Eine Mitteilung des Innenministeriums an alle Kreisregierungen vom 20. April 1848 – also während des *Heckerzugs* – spiegelt die Unduldsamkeit der Regierenden gegenüber der oppositionellen Presse trefflich wider. Unwillig mußte man feststellen, daß „einige Blätter im Unterrhein- und im Seekreise“ nicht aufhörten, „offen den Umsturz zu predigen, zu gewaltsamer Einführung republikanischer Einrichtungen oder anderer Verfassungsänderungen, also zu hochverrätherischen Unternehmungen aufzureizen“. Obgleich, hieß es fast bedauernd weiter, „in der jezigen Lage der Dinge der Presse die möglichst freie Bewegung gelassen werden muß“, dürfe „dies doch nicht soweit gehen, offenbare schwere Verbrechen ungestraft vorüber zu lassen, wodurch die Autorität der Gesetze zerfällt, und der verbrecherische Geist genährt wird“.

Damit war der Weg gewiesen, wie regierungskritische Blätter trotz des eigentlich freiheitlichen Pressegesetzes vom März 1848 zu knebeln waren: Er führte über das Strafrecht, das rasch zum wichtigsten Instrument obrigkeitlicher Pressepolitik avancierte. Zwar durfte nun jedermann ohne *vorherige* Kontrolle publizieren, doch hatte er *im nachhinein* für den Inhalt seines Druckwerkes gerade zu stehen. An die Stelle des Zensors traten Polizei, Verwaltung und Gerichte. Ob im Einzelfall Kritik an der Regierung von der „Preßfreiheit“ gedeckt war oder als strafrechtlich relevantes

Verbrechen zu werten sei, war nicht selten Auslegungssache. Das galt insbesondere bei Strafrechtsparagrafen, die politisch interpretierbar und inhaltlich entsprechend dehnbar waren. Ein kleiner Katalog, den das Innenministerium am 25. Juni 1848 zusammenstellte, sollte auch bislang zögernde Staatsanwälte auf die richtige Spur führen: Verfolgungswürdig waren danach namentlich die Verunglimpfung von öffentlichen Behörden und Beamten, die Verunglimpfung fremder Regenten, Majestätsbeleidigung sowie die Aufforderung zum Hochverrat. Begründet wurde der Verstoß nicht anders als die Repressionspolitik der zurückliegenden Vormärzjahre: „Die Strafflosigkeit der so vielen auffallend verbrecherischen Artikel demoralisirt, verdirbt den Rechtssinn, verwirrt die Begriffe von Recht und Unrecht und reizt Andere zu gleicher Schlechtigkeit“.

Verletzte eine Publikation in den Augen der Obrigkeit die bestehende Rechtsordnung, wurde sie beschlagnahmt und ihr Verfasser – im Zweifel der verantwortliche Redakteur – hatte sich vor Gericht zu verantworten. Beide Sanktionsmöglichkeiten schöpften die Regierenden in ihrem Kampf gegen die republikanische Opposition voll aus. Allein ein kurzer Streifzug durch die Aktenbestände des Staatsarchivs Freiburg verdeutlicht die Fülle der schon im Frühjahr und Sommer 1848 konfiszierten Flugschriften. Am 24. Mai 1848 beschlagnahmten die Behörden den *Aufruf des Centralausschusses der deutschen Republikaner* und *Die Schilderhebung der deutschen Republikaner im April 1848*, am 30. Mai einen Appell *An die Männer des gesunden Menschenverstandes*, am 2. Juni einen *Aufruf an die deutschen Truppen*, am 2. Juli eine *An das ausgesogene Volk in Deutschland* gerichtete Broschüre, am 23. Juli den von Struve und Karl Heinzen verfaßten *Plan für Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands*, welcher nach amtlichem Urteil nicht nur „sehr terroristische allgemeine Verhaltensmaßregeln“ verbreitete, „sondern auch die unsittliche Lehre, daß [. . .] alle Mittel, die zur Sicherung einer gerechten Sache nothwendig sind, auch gerecht seien“. Am 9. August folgten die aus der angrenzenden Schweiz eingesickerten Broschüren *Fürstenspiegel für den deutschen Michel*, *Die Männer der That und ihre Gegner*, *Die*

per 30 Juli 1848

Nr. 19456

Die Nummer 8 des Hecker'schen Volksfreunds
mündlich mit Befehl besetzt
Lörrach den 28. Juli 1848.

Groß-Lörrach Amt
Kauf

Bescheid über die Beschlagnahme der Nummer 8 des Heckerschen Volksfreunds vom 28. Juli 1848. Für die Überwachung zentral zuständig war das Bezirksamt Lörrach. Von 41 Ausgaben wurden auf diese Weise 30 konfisziert, noch bevor sie die Abonnenten erreichten.

deutschen Revolutionen im Jahr 1848, *Zehn republikanische Lieder* und Gustav v. Struves *Grundrechte des deutschen Volkes*, am 20. September das Flugblatt *Brüder Soldaten!*, das sich an die während Heckers Zug ins Land gerückten Invasionsarmeen richtete (siehe Abbildung 1). Die Liste derartiger Beschlagnahmen ließe sich noch lange fortsetzen, ihre genaue Zusammensetzung harrt bis heute der historischen Aufarbeitung.

Ähnlich verfahren die Behörden mit periodisch erscheinenden Oppositionsblättern, wie den *Seebältern* (Konstanz), der *Republik* (Heidelberg) und der *Mannheimer Abendzeitung*. Immer wieder wurden Verstöße gegen das Strafrecht geltend gemacht und ganze Ausgaben beschlagnahmt. Auch hier waren die Vorwürfe äußerst dehnbar, die Toleranz der Regierung gegenüber Kritik schwand mehr und mehr. So geriet etwa die Nummer 152 der *Seebältern* am 27. Juni 1848 nur deswegen ins Visier von Polizei und Staatsanwalt, weil darin der Regierung vorgeworfen wurde, „einen großen Theil des Landes zu Grunde zu richten“ und „aus glücklichen Bürgern Bettler“ zu machen.

Besonders aufmerksam überwachte man zwei außerhalb Badens hergestellte Zeitungen: den in Straßburg erscheinenden *Freischärler* und Heckers Rheinfeldener *Volksfreund*. Beide Blätter mußten noch vor der Auslieferung an die Abonnenten dem jeweils zuständigen Bezirksamt vorgelegt werden, das bei „strafbarem Inhalt“ die sofortige Beschlagnahme anordnen konnte. Damit war die eigentlich abgeschaffte Zensur durch die Hintertür wieder eingeführt. Seit 4. Juli 1848 prüften zentral für ganz Baden das Bezirksamt in Lörrach Heckers *Volksfreund* und das Bezirksamt in Kork den *Freischärler*. Verfügten die dort zuständigen Beamten die Konfiskation einer Ausgabe, galt dies für das gesamte Großherzogtum; die einzelnen Ämter wurden über Meldezettel informiert, die im Falle des *Freischärlers* sogar schon gedruckt vorgefertigt waren (siehe Abbildungen 2 und 3). Von 41 erschienenen Exemplaren des *Volksfreunds* wurden auf diese Weise 30 beschlagnahmt.

Der in Heidelberg erscheinende, kurzlebige *Volksführer* vermutete hinter den anhaltenden Konfiskationen republikanischer Blätter wohl nicht zu Unrecht eine ausgefeilte behördliche

Taktik. Er stellte fest, daß „die Polizei in der Regel mit dem Ende eines Vierteljahres recht verfolgungssüchtig wird, um die Leser eines Blattes zu ermüden“ (28. März 1849). Gerade dann hatten sich die Abonnenten für oder gegen den Weiterbezug ihrer Zeitung zu entscheiden. Ein Blatt, das immer wieder wegen Konfiszierung ausfiel, drohte Leser und damit zahlende Kunden zu verlieren. Dieser Aspekt verweist zugleich auf die ökonomische Dimension der Repressionspolitik, die auch noch eine weitere, neuartige Komponente hatte: Während in Zeiten der Vorzensur schlimmstenfalls das Manuskript oder die Druckfahnen vom Zensor zurückgewiesen wurden, beschlagnahmten die Behörden nun die weitaus kostspieligere komplette Auflage einer Publikation – das wirtschaftliche Risiko für Verleger, Drucker und Autoren war also immens gestiegen.

Jede Konfiskation zog zudem ein Gerichtsverfahren nach sich. Das neue Pressegesetz richtete sich also nicht nur gegen die inkriminierte Publikation, sondern stets auch gegen den oder die dafür Verantwortlichen. Ein kurzer Auszug aus Heckers Prozeßverzeichnis vom September 1848 kann Art und Ausmaß des Vorgehens verdeutlichen: 16. September: 1 Jahr Arbeitshaus wegen Herabwürdigung der Regierung; 1 Jahr wegen Aufforderung zum Hochverrat und Majestätsbeleidigung; 18 Monate wegen Aufforderung zum Hochverrat, Majestätsbeleidigung und Herabwürdigung der Regierung. 20. September: 4 Monate Arbeitshaus wegen Majestätsbeleidigung. 27. September: 1 Jahr Arbeitshaus wegen Majestätsbeleidigung; 4 Monate Gefängnis wegen Herabwürdigung der Regierung; 3 Monate Arbeitshaus wegen Herabwürdigung der Regierung.

Aber auch andere radikaldemokratische und republikanische Journalisten sahen sich mit „Preßprozessen“ konfrontiert oder saßen in Haft. Dazu zählten etwa Johann Hofer vom Lahrer *Schutterboten* (März 1849 bis Mai 1849 inhaftiert, dann befreit) und der später in Rastatt hingerichtete Ernst Elsenhans von der Heidelberger *Republik* (Oktober 1848 bis Mai 1849 in Haft, dann befreit). Von den Konstanzer *Seebältern* waren zur Jahreswende 1848/49 gleich drei Redakteure im Gefängnis: der von Karl Mathy am Karlsruher Bahnhof rechtswidrig verhaftete Joseph Fickler sowie seine

Kollegen Franz Josef Egenter und Johann Nepomuk Letour. Auch hier ließe sich die Liste noch um einiges fortführen.

Die „täglich wachsende Zahl der Preßprozesse“ erregte Ende Juni 1848 selbst im Justizministerium „erhebliche Bedenken, indem durch allzuhäufige Strafverfolgung das Ansehen des Strafgesetzes Noth leidet und Verdacht erweckt wird, daß durch planmäßige Verfolgung der Tagespresse die ertheilte Preßfreiheit factisch wieder aufgehoben werden solle.“ Das angesprochene Innenministerium antwortete, es sei nicht zu bezweifeln „daß die revolutionäre Preße, wenn gegen sie Gesetze in Anwendung gebracht werden, über Verfolgung klagt“. Dies dürfe aber „unter den jetzigen Umständen nicht berücksichtigt werden“. Die „jetzigen Umstände“ — das war der anhaltende revolutionäre Druck der radikalen Demokraten, die in den Augen der Karlsruher Führung und des gesamten liberal-konstitutionellen Bürgertums für „kommunistische Anarchie“ und „rote Republik“ standen. Heckers Zug, Struves Aufstand und die auch danach andauernde politische Gährung im Land bedrohten jene staatliche und gesellschaftliche Ordnung, welche die regierenden Liberalen unbedingt erhalten wollten. Revolutionsabwehr und Staatsschutz entwickelten sich unter diesen Umständen zu den bestimmenden Kriterien ihrer Pressepolitik, auf sie berief man sich, um den schärfsten politischen Kontrahenten das Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit beschneiden zu können.

Indes lehrt die weitere Entwicklung in Baden, daß die liberalen Kräfte mit ihrer Politik einer eingeschränkten Pressefreiheit nicht alleine standen. Nach dem Soldatenaufstand in der Festung Rastatt übernahm im Mai 1849 der republikanische *Landesausschuß der Volksvereine* mit Lorenz Brentano an der Spitze die Macht im Großherzogtum. Rasch sollte sich zeigen, daß die Republikaner nicht weniger stark dazu neigten, das Recht auf „Preßfreiheit“ ganz in ihrem Sinne auszulegen. Ob man gleich „journalistischen Terrorismus“ (Ludwig Häusser) konstatieren muß, sei dahingestellt; der prinzipielle Anspruch der Regierung Brentano auf das Meinungsmonopol im Land ist jedoch unverkennbar. So konfiszierte der Zivilkommissär des Amtsbezirks Heiligenberg (See-

kreis), Franz Rolle, im Juni 1849 den *Schwäbischen Merkur* und das *Deutsche Volksblatt* mit dem schon vertraut anmutenden Argument, daß diese „als Organe regierungsfeindlicher Machinationen u. zur Verbreitung falscher, beunruhigender Gerüchte dienen, das Gebiet einer politischen Zeitschrift überschreiten u. bloß als Lügenblätter, ja als Flugblätter erscheinen, dem Bürger die Mehrheit der Tagesbegebenheiten vorenthalten und mit frecher Zunge absichtliche Entstellungen u. Erdichtungen verbreiten, u. so das Selbstbewußtsein des großen Tages-Zwekes trüben.“ Selbst Organe der republikanischen Presse, wie die *Freiburger Oberrheinische Zeitung* sowie die in Heidelberg erscheinenden Blätter *Republik* und *Volksführer* standen unter obrigkeitlichem Druck.

Neben repressiven Maßnahmen setzten die Republikaner vor allem auf offensive Eingriffe in die bestehende Presselandschaft. Nach dem Urteil von Tauschwitz waren in jenen Wochen „fast alle badischen Zeitungen gezwungen, republikanische Propaganda im Sinne der Brentano-Partei zu verbreiten“. Besonders zu spüren bekamen dies die Blätter am jeweiligen Sitz der Regierung. Struve, der Exponent der revolutionären Linken, schrieb rückblickend in seiner *Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden*: „Die Presse, wenn nicht des Landes, so doch der Residenzstadt Karlsruhe wurde geknebelt [. . .]. Kein Drucker wagte es, am Sitze der Regierung gegen Brentano und seine Regierungsweise etwas zu drucken.“ Als sich die Revolutionsregierung in ihren letzten Tagen im Juni 1849 nach Freiburg flüchtete, versuchte sie die dortige Presse auf ihre Linie zu zwingen. Der Redakteur der konstitutionellen *Neuen Freiburger Zeitung* wurde auf das herrschende „Standrecht“ verwiesen, um das Blatt auf republikanischen Kurs zu bringen. Als er sich weigerte, übernahm ein Mitglied der Regierung seinen Posten. Es überrascht daher nicht, daß die Zeitung in der Rückschau hart über die republikanische Pressepolitik urteilte. In der Nummer vom 10. Juli 1849 heißt es: „Niemand durfte andere oder gar entgegengesetzte Ansichten als die der regierenden Häupter haben, Niemand eine Aeußerung machen, die der Sache der Revolution nicht vortheilhaft klang. [. . .] So lange Baden besteht hat viel-

leicht noch niemals so viel Preßzwang bestanden.“

Als Fazit bleibt daher festzuhalten, daß weder die gemäßigt liberalen noch die radikal-demokratischen Kräfte in Baden während der Revolution bereit waren, ihren jeweiligen politischen Widersachern uneingeschränkte Presse- und damit Meinungsfreiheit zuzugestehen – ein Grundrecht, auf dessen Verwirklichung Vertreter beider Lager während der Vormärzzeit immer wieder vehement gedrängt hatten. Die Liberalen setzten dabei besonders auf inhaltlich dehnbare Strafrechtsbestimmungen, mit denen sich das eigentlich freiheitliche Presseggesetz vom 1. März 1848 unterdrückend anwenden ließ. Die im Frühsommer 1849 nur wenige Wochen herrschenden Republikaner übten hingegen vor allem unmittelbaren „revolutionären“ Druck auf opponierende Blätter und Journalisten aus. Der stürmische Verlauf der badischen Revolution und die ausgeprägte Konfrontation zwischen Liberalen und Demokraten machte es den Verantwortlichen zweifellos nicht leicht, die in der Vormärzzeit entwickelten Ideale umzusetzen. Freilich mag – umgekehrt besehen – der eigenwillige Umgang beider Seiten mit der Pressefreiheit die Konflikte zwischen den Parteien noch zusätzlich verschärft haben.

Über all dem darf freilich nicht vergessen werden, daß trotz dieser Einschränkungen die Presse während der Revolutionszeit außergewöhnlich frei war. Das zeigte sich nach dem endgültigen Niederschlagen der Revolution im Juli 1849, als die Ära der *Reaktion* begann. Die wieder erstarkten fürstlich-bürokratischen Obrigkeiten traten der eingeleiteten gesellschaftlichen und politischen Emanzipation vehement entgegen. Schon im Sommer 1849 wurden zahlreiche Redakteure, Verleger und Drucker, soweit sie nicht geflohen waren, verhaftet und zu teilweise langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Die Zeitungen der radikaldemokratischen Partei wurden verboten.

Von den 57 in den Jahren 1848/49 registrierten badischen Zeitungen bestanden Ende 1849 nur noch 29, darunter waren lediglich sieben überregionale Blätter. Zur Vorzensur kehrten die Herrschenden allerdings nicht mehr zurück. Sie perfektionierten vielmehr die polizeilichen, bürokratischen und strafrechtlichen Repressionsinstrumente, die die Regierungen der Revolutionszeit aufzubauen begonnen hatten.

Quellen und Literatur

- Staatsarchiv Freiburg, B 702/6, Nr. 83–87.
Großherzoglich Badisches (Staats- und) Regierungs-Blatt. 1832, 1848.
Häusser, Ludwig: Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution. Heidelberg 1851.
Struve, Gustav v.: Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden. Bern 1849.
Deuchert, Norbert: Vom Hambacher Fest zur badischen Revolution. Politische Presse und die Anfänge deutscher Demokratie 1832–1848/49. Stuttgart 1983.
Müller, Hildegard: Liberale Presse im badischen Vormärz. Die Presse der Kammerliberalen und ihre Zentralfigur Karl Mathy 1840–1848. Heidelberg 1986.
Naujoks, Eberhard: Der badische Liberalismus im Vormärz im Kampf für Pressefreiheit und gegen Zensur (1832/47). In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 131 (1983), S. 347–389.
Siemann, Wolfram: Von der offenen zur mittelbaren Kontrolle. Der Wandel in der deutschen Preßgesetzgebung und Zensurpraxis des 19. Jahrhunderts. In: Herbert G. Göpfert und Erdmann Weyrauch (Hg.): „Unmoralisch an sich . . .“. Zensur im 18. und 19. Jahrhundert. Wiesbaden 1988, S. 293–308.
Tauschwitz, Hanno: Presse und Revolution 1848/49 in Baden. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der periodischen Literatur und zu ihrem Einfluß auf die Geschichte der badischen Revolution 1848/49. Heidelberg 1981.
Vollmer, Franz Xaver: Der Traum von der Freiheit. Vormärz und 48er Revolution in Süddeutschland in zeitgenössischen Bildern. Stuttgart 1983.

Anschrift des Autors:
Wolfgang Piereth
Döbereinerstraße 11B
81247 München



Die Rolle der Eisenbahn in der Badischen Revolution von 1848/49

Im Gegensatz zu den Verhältnissen in anderen deutschen Staaten setzte man in Baden von Anfang an auf den Staat als Bauherrn und Betreiber der Eisenbahn. Dieser müsse „Herr und Meister des Unternehmens für jetzt und alle Zukunft“ bleiben.¹ Diese angestrebte Kontrolle schien auch in militärischer Hinsicht wichtig, und tatsächlich: Weniger als ein Jahrzehnt, nachdem die erste badische Eisenbahnstrecke zwischen Heidelberg und Mannheim am 12. September 1840 um sechs Uhr morgens mit dem ersten planmäßigen Frühzug dem Verkehr übergeben worden war, spielte das neue Verkehrsmittel in der Badischen Revolution eine bedeutende Rolle für die Logistik der beteiligten Parteien. Dem soll hier auf verschiedenen Ebenen nachgegangen werden.

Zu Beginn des Jahres 1848 waren in Baden 261,8 km Eisenbahnstrecken in Betrieb, neben der von Mannheim bis Schliengen geführten Rheinlinie noch die Seitenbahnen zwischen Appenweier und Kehl sowie zwischen Oos und Baden-Baden. Die von Friedrich List, dem unermüdlichen Propagandisten eines deutschen Eisenbahnnetzes, bereits 1835 betonten Vorteile der Eisenbahn gerade für das junge und langgestreckte Großherzogtum Baden „in administrativer, militärischer und gesellschaftlicher Beziehung“² machten sich durchaus schon bemerkbar, allerdings war das im ersten Artikel des Eisenbahngesetzes von 1838 beschlossene Vorhaben, die Eisenbahn von Mannheim bis zur Schweizer Grenze zu führen, noch nicht vollständig umgesetzt. Der Anschluß nach Basel ließ aus finanziellen, bautechnischen und auch diplomatischen Gründen auf sich warten. Am 8. November 1848 erfolgte die Eröffnung des Abschnitts Schliengen-Efrin-

gen, die Strecke von Efringen bis Haltingen wurde erst am 20. 1. 1851 dem Verkehr übergeben.

DAS REVOLUTIONÄRE SUBJEKT IST ENTLASSEN

Bei den für den Eisenbahnbau notwendigen Erdarbeiten waren seinerzeit bedeutende Massen von Arbeitern im Einsatz. Von ihnen wissen wir nur wenig. Die ersten – marxistisch geprägten – Untersuchungen wollten bei diesen Männern ein aus „spontanen, sozialökonomischen Kämpfen“ gewachsenes „Bewußtsein der Klassensolidarität“ entdecken.³ Und auch im „Staatslexikon“, dem literarischen Ausfluß des badischen Liberalismus, konnte man 1846 lesen, daß gerade bei öffentlichen Bauten die Eisenbahnarbeiter durch kollektive Aktionen ihre Entlohnung steigern würden.⁴ Aber an Badens Baustellen blieb es, soweit wir wissen, über die gesamte Bauperiode hinweg weitgehend ruhig. Eine intensive Ursachenforschung kann und soll hier nicht betrieben werden. Was die Revolutionszeit im engeren Sinne angeht, so kommt eine Untersuchung für die Region südlich Nürnbergs zu dem Ergebnis, daß die fremden Arbeiter bei lokalen Unruhen im März 1848 als willkommene Sündenböcke dienten.⁵

Für die Badische Revolution ist das Ausbleiben von Arbeiterunruhen jedoch nach den vorliegenden Quellen viel prosaischer zu erklären: Es fehlte schlichtweg das revolutionäre Subjekt, was auf den ersten Blick überraschen mag. Grundsätzlich ist auch für das vormärzliche Baden die beschäftigungspolitische Bedeutung des Eisenbahnbaus nicht zu vernachlässigen, wie schon die Diskussionen vor Verab-

scheidung des Eisenbahngesetzes bewiesen. Als sich die Auswirkungen der Not- und Hungerkrise von 1846/47 in Baden bemerkbar machten, gab es an der Rheinstalstrecke für unqualifizierte Handarbeit jedoch gar nicht mehr so viel zu tun. Seit Sommer 1845 war die Verbindung von Mannheim bis Freiburg hergestellt; gegen Ende der 1840er Jahre ging es hauptsächlich um die Einrichtung des zweiten Gleises. Hierfür war der Bahndamm aber bereits ausgelegt. Größere Erdbewegungen waren nur noch südlich Freiburgs notwendig, wo insbesondere am Isteiner Klotz unvorhergesehene Probleme mit den geologischen Gegebenheiten und auch dem Wetter zu einer Verlangsamung des Bautempos führten. Dies blieb auch den Abgeordneten der Ständeversammlung nicht verborgen, und am 16. Februar 1848 brachte Carl Mez vor: „An Aufsehern in jener Gegend fehlt es nicht, wohl aber an Arbeitern, und es ist mir aus ganz zuverlässiger Quelle zugekommen, daß sich in der Gegend von Istein über 90 Aufseher aufhalten, aber den ganzen Winter über seyen beinahe keine Arbeiter beschäftigt worden.“⁶ Auslöser für diese Debatte in der Zweiten Kammer war allerdings nicht die Sorge um brotlose Arbeiter, sondern man befürchtete ohne baldigen Anschluß nach Basel insbesondere im Gütersektor Verluste an die auf französischem Boden verlaufende linksrheinische Bahn.

Zum Frühjahr 1848 scheinen die Arbeiten wieder aufgenommen worden zu sein, um bald erneut zu stocken. Ein Korrespondent der „Obernheinischen Zeitung“ berichtet in der Ausgabe vom 19. Juni, daß die staatlichen Behörden beschlossen hätten, die Strecke „vorerst“ nicht über Efringen hinauszuführen. Auch die Arbeiten am Bauabschnitt Schliengen-Efringen seien weitgehend eingestellt worden. Die Bahnarbeiter, „von denen ein beträchtlicher Theil dem Schwarzwalde angehört“ und deren Zahl mit 500 bis 600 angegeben wird, seien schon „vor einiger Zeit“ entlassen worden. Der Korrespondent vermutet, daß „die außerordentliche Geldverlegenheit, die sich auch auf die öffentlichen Cassen erstreckt,“ der Grund für diese Maßnahme sei, „die unter den Arbeitern natürlich eine große Verstimmung erzeugt.“⁷ Wieviel Arbeiter in den folgenden Monaten am Endausbau der Strecke Schliengen-Efringen beteiligt

waren, läßt sich nicht mehr ermitteln. Bis zum Frühjahr 1850 ruhten danach offenbar alle Baumaßnahmen.⁸

EISENBAHNANGESTELLTE ALS „REVOLUTIONÄRE“

Was bei den kurzfristig Beschäftigten an revolutionärem Potential ausfiel, brachte die Stammbelagschaft dafür in besonderem Maße mit. So sahen es im Rückblick zumindest die großherzoglichen Behörden. Noch im Mai 1851 sorgte man sich im Karlsruher Staatsministerium um die politische Einstellung der Post- und Eisenbahnbediensteten, zumal um die des „Eisenbahnfahrpersonals“, bei dem 1848/49 „die Sache der Anarchisten Anklang gefunden“ habe und forderte die zuständigen Vorgesetzten dringend auf, das Verhalten der Eisenbahner zu überwachen.⁹ Grund genug, uns dieser Gruppe zuzuwenden.

Über die an den Ereignissen des Jahres 1849 beteiligten Staatsdiener wurde ein gesondertes Verzeichnis angelegt, so daß einige summarische Aussagen über ihr Verhalten möglich sind. In dieser wahrscheinlich noch 1849 angefertigten Aufstellung werden 43 Eisenbahner genannt, gegen die ermittelt wurde. Hierbei ist zu beachten, daß weder der Eid auf die provisorische Regierung noch „das gezwungene Nachgeben gegen die Gewalt“ verfolgt wurden. Erst wenn „ein williges Eingehen auf die Absichten der Empörer und ein gewissenloses oder doch allzu kleinmüthiges Verläugnen der durch Verfassung und Dienstpflicht gebotenen Treue gegen die rechtmäßige Regierung“ dazukamen, wurden Untersuchungen angestellt. Die Vorwürfe können hier nicht im Einzelnen referiert werden, sie reichen von „strafwürdigen Äußerungen über die badischen Offiziere“, über das Vorlesen revolutionärer Schriften im Kollegenkreis bis zur Durchführung von Erkundungsfahrten gegen die preußischen Truppen.¹⁰ Die Zahl von 43 „Gravirten“, wie es in der Sprache der Zeit hieß, ist tatsächlich recht hoch, wenn man sie in Beziehung zur Grundgesamtheit setzt.

1849 waren bei der Großherzoglich Badischen Eisenbahn insgesamt 757 Angestellte beschäftigt, wovon 48 in der allgemeinen Verwaltung und 127 in der Personen- und Güterab-

fertigung tätig waren; 22 Männer befaßten sich mit der Wartung von Lokomotiven und Wagen. Rund die Hälfte des Personals bestand aus Bahnwärtern bzw. Bahnhofswärtern. Im Fahrdienst waren 169 Eisenbahner tätig, was 22,3% der Gesamtzahl entspricht.¹¹ Tatsächlich wurde überdurchschnittlich oft gegen Angehörige des fahrenden Personals ermittelt, sie machen 21 der 43 Personen auf der erwähnten Liste aus.

Wohl gemerkt, die Rede war von der Beteiligung an der Mairevolution, aber dieser revolutionäre Eifer kam für manchen Vorgesetzten sicherlich nicht überraschend. So soll im Februar 1849 nach Angaben der demokratisch eingestellten „Oberrheinischen Zeitung“ der Ingenieur Ruth in Emmendingen den bei der Eisenbahn angestellten Arbeitern für den Fall ihres Beitritts zum Märzverein mit Entlassung gedroht haben.¹²

1848: REVOLUTIONÄRE IM ZUG

Bereits als die ersten deutschen Eisenbahnen geplant wurden, gab es konservative Stimmen, die vor einer Benutzung des neuen Verkehrsmittels durch „Demagogen“ warnten. Ihnen hielt 1838 der bedeutende Liberale Karl Theodor Welcker in den Sitzungen der Zweiten Kammer der badischen Ständeversammlung entgegen: „Wenn die Demagogen sich der Wagen auf den Eisenbahnen bedienen, so können auch die Gens'darmen, die Polizeidiener und Exekutionstruppen auf solche aufsitzen, und so wird sich die Sache wieder ausgleichen.“¹³

Ein massiver Gebrauch der Eisenbahn ist bereits für die Offenburger Versammlung vom 19. März 1848 nachzuweisen. An diesem Tag kamen auch mehrere Sonderzüge zum Einsatz. In den Augen eines Teilnehmers ließ der Service allerdings stark zu wünschen übrig. In seiner Schilderung der Offenburger Versammlung lesen wir: „Um fünf Uhr sollten in kurzer Entfernung von einander zwei Züge ins Oberland abgehen, später ein Extrazug folgen. Beide Fünf-Uhr-Züge waren voll besetzt, aber nur der eine fuhr ab, der andere, mit schon vorgespannter Locomotive mußte noch eine volle halbe Stunde warten, bis der Unmuth der Hunderte von Passagiren sich ernstlich Luft brach. Nun war aber für etwa 20 Wagen nur ein einziger Conducteur beigegeben, so daß an

jeder Station fast eine Viertelstunde verging, bis alle Wagenthüren geöffnet waren. In Kenzingen wurde eine volle halbe Stunde gehalten, um frische Kohlen zu laden. Hätte man nicht in Offenburg sich mit Kohlen wenigstens nach Freiburg versehen können? Auf den ersten zwei Stationen war gar kein Conducteur an meinem und andern Wagen zu sehen. Wer aussteigen wollte, mußte über die geschlossenen Wagenthüren hinaussteigen. Auf diese Weise brauchte der Zug so viele Zeit, daß man mit raschen Pferden fast in der nämlichen Zeit den Weg zurückgelegt hätte.“¹⁴ Wenn wir die Zahl der in Offenburg pro Monat abgefertigten Fahrgäste betrachten, so läßt sich im März 1848 tatsächlich eine Sonderkonjunktur ausmachen. Während 1846, 1847 und 1849 die Zahl der im April abgefertigten Passagiere jeweils etwa 10% über den Märzwerten lag, bestiegen im März 1848 12 413 Personen in Offenburg den Zug, fast doppelt so viel wie im April.¹⁵

Doch abgesehen von solchen außergewöhnlichen Ereignissen waren die Züge im Verlauf des Jahres 1848 eher leer, so daß die Badische Eisenbahndirektion „mit Rücksicht auf den geringeren Umfang des Eisenbahntransportes in diesem Sommer“ bereits zum 1. September den – reduzierten – Winterbetrieb aufnahm.¹⁶ Auch der im Fahrplan durch einen längeren Halt in Offenburg berücksichtigte gastronomische Service des dortigen Fortunawirts war nicht mehr rentabel. Am 29. Juni 1848 meldete das Offenburger Post- und Eisenbahnamt nach Karlsruhe: „Die gegenwärtigen mißlichen Zeitverhältnisse haben jedoch einen so nachtheiligen Einfluß auf die Frequenz der Eisenbahnreisenden ausgeübt, daß eines Theils der Unternehmer nicht mehr bestehen kann, wenn er die wenigen Reisenden vorschriftsgemäß bewirthen soll, andern Theils auch durch die verminderte Frequenz von Reisenden der bessern Platzclassen das Bedürfniß eines completeen Mittagessens wie es bisher verabreicht wurde, wirklich nicht mehr in dem Maaße vorhanden ist als es früher war, und unter andern Verhältnissen auch sein würde.“¹⁷

Wie anders die Verhältnisse waren, zeigte sich bald darauf erneut. Während des Septemberaufstands wurden laut Bericht des Bezirksamts Ettlingen in den Wagen „in Masse“ Handzettel verteilt. Auf diesen habe es geheißen, die

„Vaterlandsverräter“ Lichnowsky und Auerswald seien vom Volk standrechtlich gerichtet worden. Zudem würden die Verräter Bassermann und Mathy gesucht. Das Schreiben mündete in den Ausruf: „Volk erhebe dich, die Zeit ist gekommen, deine Rechte zu erringen.“ Aber nicht nur als Ort, sondern auch als Hilfsmittel für die Verbreitung revolutionärer Propaganda eignete sich die Eisenbahn. So heißt es in demselben Bericht: „Gestern Abend sind mit dem von Kalsruhe u dem Oberland kommenden Eisenbahnzug mehrere vornehme gebildete Herren hieher gekommen, an deren ganzen Benehmen man erkennen konnte, daß ihr Erscheinen hier keinen anderen Zweck hat, als sich mit den hiesigen Republikanern in Verbindung zu setzen, und gemeinsames Handeln zu verabreden.“¹⁸ Wieviel Wahrheit in dieser Verschwörungstheorie steckt, kann hier nicht erörtert werden. Fakt ist: Zwischen der Ankunft dieser verdächtigen „gebildeten Herren“ und dem am Tag darauf verfaßten Bericht des Amtmanns liegt eine ganze Serie von Sabotageakten.

ANSCHLÄGE AUF DEN SCHIENENSTRANG

Bereits während des Aprilaufstands unter Hecker waren offenbar bei Emmendingen und Achern zwei Anschläge auf den Bahnbetrieb erfolgt, von denen allerdings nicht mehr viel bekannt ist.¹⁹ Doch dies war nur ein kleiner Vorgeschmack. Zwischen dem 22. und 24. September unterbrachen die Revolutionäre an mehreren Stellen gleichzeitig den Zugverkehr, um die zur Niederschlagung des von Struve angeführten Aufstandsversuchs anrückenden Reichstruppen aufzuhalten. Den zumindest temporären Erfolg dieser Unternehmungen bestätigt ein noch vor Ort verfaßter Bericht des Ministerialkommissärs von Reizenstein, der den Kriegsminister bei der Truppenverlegung nach Süden begleitete: „Orschweier den 23 September 1848 Morgens 5 Uhr. Ich beeile mich, anzuzeigen, daß General Hoffmann mit den beiden Bataillons, die er in Appenweier zu erwarten für nothwendig hielt, endlich gegen 4 Uhr hier eingetroffen ist, nachdem bei Friesenheim lange gehalten werden mußte, um die herausgerissenen Schienen wieder zu befesti-

gen. Der Angriff war von ungefähr 30 Bewaffneten geschehen, die das Bahnpersonal mit Erschießen bedrohten, so oft dasselbe sich dem Platze näherte um die Ausbesserung wieder vorzunehmen. Erst bei dem Herannahen unseres Zuges zerstreute sich die Rotte. Eine augenblickliche Verfolgung war vergeblich.

Hier ist die Zerstörung so bedeutend, daß wir mehrere Stunden liegen bleiben müssen. Eine Holzbrücke oberhalb Orschweiers ist beinahe gänzlich demolirt, Schienen samt der Schwellen weggeschleppt. Es soll eine gegen 200 Mann starke Rotte gewesen sein, aber nicht bewaffnet und von Führern commandirt. Diese Rotte arbeitete an dem Zerstörungswerke über 3 Stunden, und zog sich kurz vor unserem Eintreffen zurück.

Die Artillerie hätte längst hier sein müssen, wenn die Bahn frei gewesen wäre; wahrscheinlich hat hinter uns die Zerstörung wieder begonnen. Ich hätte gerne sogleich die nächsten Orte mit Detaschements besucht um vielleicht Arretirungen vorzunehmen, da mir von dem Bahnpersonal mehrere Personen die sehr thätigen Antheil an der Zerstörung genommen, namhaft gemacht worden sind.“²⁰

Der Kriegsminister hatte mit seinen Mannen jedoch Wichtigeres vor, und so unterblieb die Verfolgung der Beteiligten einstweilen. Von insgesamt neun Sabotageakten wird berichtet, nämlich:

Zeit	Ort	Beteiligte
22. 9. 1848, 22 Uhr	Orschweier	200–300
22. 9. 1848, 22 Uhr	Köndringen	15–20
22. 9. 1848, 24 Uhr	Achern	etwa 40
22./23. 9. 1848	Friesenheim	bis zu 100 ²¹
22./23. 9. 1848	Ettlingen	50–60
? 9. 1848	Schliengen	? ²²
23. 9. 1848 15 Uhr	Heitersheim	15–20 ²³
23./24. 9. 1848	Heidelberg	eine „Rotte“
23./24. 9. 1848	Weinheim	über 100 ²⁴

Wie gravierend der von den Angreifern angerichtete Schaden ausfiel, war nicht nur von der reinen Zahl der Beteiligten abhängig, sondern auch von deren Ausrüstung und Ent-

schlossenheit. Aus Achern und Orschweier wird berichtet, daß die an den Zerstörungen beteiligten Personen die Bahnwärter unter Gewaltandrohung zur Herausgabe von Werkzeug benötigten. Während in Orschweier mit Hilfe des Werkzeugs immerhin eine Holzbrücke demoliert werden konnte, gab die Frau des Bahnwärters bei Achern den Schlüssel zum „Geschirrmagazin“ nicht heraus, das Werk der Zerstörung war denn auch eher bescheiden. Dramatische Folgen hatte dagegen der Anschlag auf die Main-Neckar-Bahn bei Weinheim, wo ein leer aus Heidelberg nach Frankfurt fahrender Zug zum Entgleisen gebracht wurde. Zwei Lokomotiven und drei Wagen stürzten vom Bahndamm herab. Personen kamen allerdings nicht zu Schaden.²⁵

Die offiziellen Stellen ließen in den folgenden Wochen die Bahnlinie militärisch bewachen, und dies nach Ansicht des Bezirksamtes Achern mit Grund. Am 7. Oktober schrieb dieses nach Karlsruhe: „Wir haben heute von der Gendarmerie die Anzeige erhalten, daß die zur Bewachung der Eisenbahn aufgestellte Militairwache heute Nacht von 1 bis gegen 2 Uhr ein fürchterliches Geschrei in der Gegend von Fautenbach vernommen habe, und daß sie als sie an den 2ten Übergang zwischen hier und Fautenbach kamen, 6 bis 7 Menschen auf dem Felde stehen gesehen, welche aber, als sie die Wache, die darauf zuging bemerkte, davon liefen.“ Einen Tag darauf gab derselbe Beamte allerdings Entwarnung, offenbar sahen sich die Truppen seinerzeit immer und überall von Revolutionären umstellt. Diese waren allerdings von der harmloseren Sorte: „Es sind nämlich auf dem Felde wo die Patrouille Menschen bemerkt haben will Hanfstengel in Pyramidenform aufgestellt – und das Geschrei soll von dem Gesang der mit dem Keltern der Trauben beschäftigten Einwohner von Fautenbach hergerührt haben.“²⁶

1849: REVOLUTIONÄRE AM ZUG

Während der Mairevolution war die revolutionäre Regierung in besonderem Maße auf die Eisenbahner angewiesen, deren Gunst sie sich durch Geldgeschenke zu sichern versuchte. Schon am 17. Mai 1849 beschloß der Landesausschuß, denjenigen Zugfahrern und Conduk-

teuren „welche in den letzten vier Tagen die auf der badischen Eisenbahn mit außerordentlichen Anstrengungen verbundenen Dienste leisteten“ eine Belohnung von bis zu 20 Gulden zukommen zu lassen. Für Lokomotivführer waren sogar bis zu 40 Gulden vorgesehen. In der selben Sitzung wurde ein Personenkreis bestimmt, der künftig „unendgeldlich auf der Eisenbahn befördert werden“ solle. Hierunter fielen: „Geordnete Züge vom 1. 2. u 3t Aufgebote, letzere [sic] wenn sie in nächster Zeit in die Heimath zurückkehren, nachdem sie die Waffen für das Unterland ergriffen haben, ebenso Deputationen von Gemeinden, wenn sie an den Landes Ausschuß abgesendet wurden, u endlich politische deutsche Flüchtlinge, welche sich als solche glaubwürdig ausweisen.“²⁷

Bei dieser großzügigen Regelung kann uns nicht verwundern, daß die Direktion der Großherzoglichen Eisenbahnen und Posten am 18. Dezember 1849 rückblickend feststellte: „Während der jüngstvergangenen Revolutionszeit war es natürlich, daß die Eisenbahn als Transportanstalt zu den verschiedenen Zwecken der revolutionären Regierung in vollstem Maße in Benützung genommen wurden [sic]. Es verging fast kein Tag, an welchem nicht Extrazüge zum Transport von Volkswehr oder Militär landauf- und landabwärts ausgerüstet und Personen jeglicher Art mittelst der gewöhnlichen Bahnzüge befördert werden mußten. Daß für alle diese Leistungen, welche entweder auf Anordnung der Mitglieder der sogenannten provisorischen Regierung oder der Zivilkommissäre und Militärcommandanten geschehen, der diesseitigen Verwaltung keine Vergütung geleistet wurde, versteht sich von selbst. Die betreffenden Weisungen wurden bei Ausrüstung von Extrazügen durch Verabfolgung einer schriftlichen Verfügung an das betreffende Eisenbahnamt, beim Transport mit den gewöhnlichen Zügen dagegen durch Abgabe eines Freischeines an das Fahrpersonale ertheilt.“ Aus den vorliegenden Belegen errechnete sich ein Betrag von 56 653 Gulden und 3 Kreuzern, etwa zu 60% durch „Extrazüge“ verursacht.²⁸

In den „gewöhnlichen Zügen“ waren permanent Abgesandte der Gemeinden und Bürgerwehrangehörige unterwegs, und so dürfte es im Sommer 1849 auf der Bahn recht revolu-

tionär zugegangen sein. Aus der Beschuldigung gegen einen Eisenbahner aus Freiburg läßt sich jedenfalls entnehmen, daß während des Sommers 1849 für enttarnte Anhänger der großherzoglichen Regierung eine Eisenbahnfahrt schnell ungemütlich werden konnte. Der Conducteur Dreyer habe „durch gethane Äußerungen und durch Denuncirung eines gutgesinnten Reisenden bei seinen Mitreisenden, wodurch derselbe grober Verunglimpfung ausgesetzt wurde, seine Hinneigung zur Revolutionspartei“ kundgetan.²⁹

Anmerkungen

- 1 Enzweiler, Hans-Jürgen: Staat und Eisenbahn. Bürokratie, Parlament und Arbeiterschaft beim badischen Eisenbahnbau 1833–1855, Frankfurt a. M. usw. 1995, S. 99. Aus der umfangreichen Literatur zur badischen Eisenbahn eignet sich zur Einführung besonders der Sammelband: Hippel, Wolfgang von u. a.: Eisenbahn-Fieber. Badens Aufbruch ins Eisenbahnzeitalter, Ubstadt-Weiher 1990. In der Folge wird für Hintergrundinformationen auf Einzelnachweise weitgehend verzichtet.
- 2 Zitat nach: Enzweiler, S. 111.
- 3 Wolfram, Eberhard u. a.: Die sozialökonomischen Kämpfe der Eisenbahnarbeiter in Sachsen 1844–1848. In: Aus der Frühgeschichte der deutsche Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1964, hier S. 100 f.
- 4 Oppenheimer: Artikel „Arbeiterunruhen“. In: Rotteck/Welcker: Staatslexikon, 2. Auflage, Band 1, Altona 1845, S. 612 ff.
- 5 Ringsdorf, Ulrich-Otto: Der Eisenbahnbau südlich Nürnbergs 1841–1849. Organisatorische, technische und soziale Probleme, Nürnberg 1978, S. 276.
- 6 Verhandlungen der Ständeversammlung (1847/49), II. Kammer, 2. Protokollheft, S. 165.
- 7 Oberrheinische Zeitung vom 19. 6. 1848.
- 8 Verhandlungen der Ständeversammlung (1849/50), II. Kammer, 6. Beilagenheft, S. 224.
- 9 GLA 233/611, S. 83 verte. (Schreiben an die Post- und Eisenbahndirektion vom 6. 5. 1851).
- 10 GLA 233/611, S. 27–33 (Liste der Beteiligten); ebd., S. 6 verte. (Schreiben des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses an die Post- und Eisenbahndirektion vom 10. 7. 1849).

- 11 Nachweisung über den Betrieb der Großherzoglich Badischen Eisenbahn für 1849, S. 18 f.
- 12 Oberrheinische Zeitung vom 24. 2. 1849. In der Ausgabe vom 28. Februar bestreitet Ruth dies allerdings. Was wir uns unter „Arbeitern“ vorzustellen haben, bleibt unklar.
- 13 Verhandlungen der Ständeversammlung (1838), II. Kammer, S. 185.
- 14 Oberrheinische Zeitung vom 22. 3. 1848.
- 15 Nachweisung über den Betrieb . . . der entsprechenden Jahre.
- 16 Verordnungs-Blatt der Direktion der Großherzoglichen Posten und Eisenbahnen; 12/1848, S. 137.
- 17 GLA 421 Zugang 1993/90, Nr. 777.
- 18 GLA 236/8528, S. 21.
- 19 GLA 236/8521, S. 98. (Briefentwurf Innenministerium an die beiden Bezirksämter vom 27. 4. 1848).
- 20 GLA 236/8528. Nach diesem Faszikel, wenn nicht anders vermerkt, auch die Angaben der folgenden Tabelle.
- 21 Vgl.: Wiedemann, Hermann: Friesenheimer Revolutionäre. In: Geroldsecker Land 13 (1970), S. 180–188, hier S. 185.
- 22 Nach: Stephan, Joachim: Aller Anfang ist schwer: Die Anfänge des Eisenbahnbetriebs in den 1840er und 1850er Jahren. In: Eisenbahn-Fieber, a. a. O., S. 131. In den gesammelten Berichten der Amtmänner ist von diesem Ereignis allerdings nicht die Rede.
- 23 GLA 236/8528, S. 70 verte. (Bezirksamt Staufen an Innenministerium, 8. 10. 1848). Bei diesem Ereignis dürfte es sich um den von Joachim Stephan in Seefeldern lokalisierten Anschlag handeln.
- 24 Vgl.: Gutjahr, Rainer: Die Republik ist unser Glück: Weinheim in der Revolution von 1848/49, Weinheim 1987, S. 111 ff.
- 25 Ebd.
- 26 GLA 236/8528.
- 27 GLA 48/5476. (Verhandlungen des Landesausschusses vom 17. 5. 1849).
- 28 GLA 237/2793, S. 7 f.
- 29 GLA 233/611, S. 31.

Anschrift des Autors:
 Norbert Möller, M. A.
 Hindenburgstr. 12
 D-79102 Freiburg



„Die Badische Revolution hat einen betrübenden Einblick in unseren Stand eröffnet“

Ärzte und die 1848er Revolution

„Die badische Revolution hat einen betrübenden Einblick in unseren Stand eröffnet. Es ist nicht übertrieben, wenn wir aussprechen, daß kein Stand, so viel man nach Ständen rechnen kann, in solch starkem Verhältnis dabei beteiligt war, als die Ärzte, selbst die Advokaten und Schullehrer nicht ausgenommen. (...) Wenn wir nur diejenigen Ärzte und Chirurgen zählen, deren Namen uns in öffentlichen Blättern bekannt geworden, als steckbrieflich verfolgt, flüchtig, gefangen, beteiligt, so sind es über 40, Apotheker 20¹.

In seiner Bilanz vom November 1849 rechnet das Vereinsblatt des badischen Ärztevereins ein Fünftel der 300 nicht angestellten Ärzte zu den Revolutionären². Zusammen mit den angestellten Ärzten gab es nach den statistischen Berichten 1849 in Baden 439 Ärzte³. Namentlich werden in den Jahrgängen 1849 und 1850 der „Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins“ 45 praktische Ärzte und Wundärzte im Zusammenhang mit Flucht und Strafverfahren aufgelistet. Nach anderen Quellen und aus der Literatur kamen zu diesen noch die Ärzte Emmerich Barth, Heinrich Schaible, Adolf Hexamer⁴ und Ernst Bär sowie die beiden Physici Bauhofer und Fischer⁵ hinzu, so daß die Gesamtzahl der Ärzte, denen diese Untersuchung nachgeht, 50 beträgt. Warum die Letztgenannten nicht in der Rubrik „Nachrichten“ der Ärztezeitschrift aufgelistet wurden und welche Auswahlkriterien bei den Genannten angelegt wurden, läßt sich nicht nachvollziehen⁶. Die Vermutung, daß nur die strafverfolgten Vereinsmitglieder⁷ Erwähnung

fanden, kann weder bestätigt noch verworfen werden. Warum infizierte der „morbus democraticus“⁸ bzw. die „Seuche“⁹ Revolution besonders die Ärzte? Welche Ärzte wurden von ihr angesteckt? Mit welchen Mitteln hätte diese Ansteckung verhindert werden können?

Diesen Fragen soll im Folgenden zunächst anhand der Darstellung der Ausbildung der Mediziner und der Struktur des badischen Gesundheitswesens nachgegangen werden. Anschließend soll gezeigt werden, in welchen Bereichen sich Ärzte während der Revolution engagierten und welche Folgen dieses Engagement für sie hatte.

I. AUSBILDUNG UND BERUF

Im Gegensatz zum heutigen Medizinstudium dauerte die universitäre Ausbildung Mitte des 19. Jahrhunderts nur 4 Jahre; diese konnte im Großherzogtum Baden an beiden Landesuniversitäten Heidelberg und Freiburg¹⁰ absolviert werden. Bekanntester Revolutionär unter den Medizinstudenten in Freiburg war Georg von Langsdorff, Mitbegründer der Freiburger Turnerschaft (1846) und Anführer der Freiburger Freischaren¹¹.

Von den 50 Ärzten, gegen die im Zusammenhang mit der Revolution ermittelt wurde, hatten 26 an der Universität Heidelberg studiert. Ihre Einschreibedaten reichen von 1808 bis zum Sommersemester 1845. Am 5. November 1808 nahm Carl Brodhag, der Sohn des Kanderner Medizinalraths, sein Studium auf¹². Als letzte Revolutionäre immatrikulierten sich Carl Süpfle und Carl Schaible an der Ruperto-Carola. Die meisten (18) studierten allerdings

in den 30er Jahren¹³ in Heidelberg. In den Jahren zwischen 1830 und 1840 schrieben sich Eduard Bronner und Gallus Maier (1830), Heinrich Nadler (1832), Heinrich Tiedemann (1833), Xaver Faller und Carl Frech (1834), Eduard Lumpp und Karl Senn (1835), Karl Habich (1836), Franz Herr und Wilhelm Nötling (1837), Anton Dienst und Karl Hönig (1838), Simon Flehinger, Anton Reidel und Joseph Janzer (1839) und schließlich 1840 Franz Kaucher ein. Fast alle der hier aufgeführten sind im Großherzogtum Baden geboren, 11 gehörten der evangelischen und 13 der katholischen Kirche an, einer ist Jude¹⁴. Analysieren wir die soziale Herkunft der Studierenden, so stammen 4 aus Handwerkerfamilien, weitere 4 haben Väter, die ebenfalls im Gesundheitsbereich arbeiten, 2 sind Lehrersöhne¹⁵. 14 der 26 Studenten begannen ihr Studium zunächst in Freiburg und wechselten dann nach Heidelberg. Carl Schaible beschrieb die Stimmung während seiner Studienjahre wie folgt:

*„Was herrschte damals in Baden überhaupt, besonders aber unter den Studenten der Universität Heidelberg, ein reges politisches Leben. Eine Anzahl neuer Studentenverbindungen entstanden mit mehr oder weniger politischen Tendenzen. Ein aus 400 Mitgliedern, darunter eine Anzahl Professoren, bestehender Turnverein schwärmte für die deutsche Einheit und Freiheit (. . .). Flugschriften aller Arten, darunter die radikalen von Karl Heinzen, zirkulierten in Masse“*¹⁶

Es ist davon auszugehen, daß nicht nur Schaible, sondern viele andere revolutionäre Ärzte während ihres Studium politisch sozialisiert wurden.

*„Ich trieb wie alle anderen, neben dem Fachstudium auch noch Politik, war Korrespondent freisinniger Blätter, wie die Mannheimer Abendzeitung, ferner Struves Zuschauer und die Konstanzer Seeblätter von Fickler“*¹⁷.

Da die Studienjahrgänge zu jener Zeit klein und überschaubar waren, ist davon auszugehen, daß sich die Studenten nicht nur im jeweiligen Studienjahr kannten.¹⁸ An der Universität Heidelberg waren 1830 133 Studenten

im Fach Medizin eingeschrieben. Im Wintersemester 1849 studierten nach Angaben der Mitteilungen insgesamt 115 Studenten Medizin in Baden: 44 in Heidelberg und 72 in Freiburg¹⁹.

Nachdem der angehende Arzt alle Scheine erworben hatte, konnte er sich zur Prüfung für die badische Lizenz in den Bereichen Innere Medizin, Chirurgie mit Augenheilkunde und Geburtshilfe anmelden²⁰. Die Prüflinge „büffelten“ in der Regel nicht mehr an der Universität, sondern kehrten zum Lernen nach Hause zurück. Das staatliche Examen, das 2mal im Jahr jeweils im April und September abgehalten wurde, fand zentral vor der Karlsruher Sanitätskommission statt und wurde in der Regel in zwei Abschnitten absolviert, zunächst meist Innere Medizin und anschließend Chirurgie/Wundarzneykunde oder Geburtshilfe. Erst 1846 wurde eine „kleine“ praktische Prüfung am Krankenbett eingeführt²¹. Von der gesamten Untersuchungsgruppe erwarben 39 eine Zulassung als praktischer Arzt (Innere Medizin), 3 als Wundarzt, die restlichen 8 werden in den Quellen nur als Arzt bezeichnet, ohne daß ein genaues Tätigkeitsfeld genannt wird. Die Prüfungen wurden in den Jahren von 1821 (Carl Brodhag aus Lörrach) bis 1848 (Carl Schaible, Theodor Nerlinger und Emmerich Barth alle aus Offenburg) absolviert; bei 44% liegt die Prüfung in den Jahren von 1830–1840 und bei 33% in den 40er Jahren bis zur Revolution²².

Mit der Promotion konnte keine Zulassung erwirkt werden und so wurde auf sie meistens – auch wegen des finanziellen Mehraufwandes – verzichtet. Friedrich Tiedemann (1781–1861), Professor für Anatomie an der medizinischen Fakultät Heidelberg, beschrieb die Haltung der badischen Verwaltung wie folgt:

*„Das Heidelberger Doktordiplom wird allenthalben respektiert, nur nicht in der Türkei und im Großherzogtum Baden“*²³

Nur die staatliche Lizenz berechnete den akademischen Arzt im Großherzogtum Baden – und nur im badischen Staatsgebiet – eine Praxis²⁴ zu eröffnen. In der Regel lagen die Niederlassungsorte ganz in der Nähe des Geburtsorts bzw. des Wohnortes der Familie. Es ist also davon auszugehen, daß die frisch ge-

backenen Ärzte hofften auf den „Ruf“ ihrer Familie aufbauen zu können und damit Patienten für ihre Praxis zu gewinnen. Allerdings eröffnete kaum einer seine Praxis direkt in seinem Heimatort. Nur Eduard Vanotti ließ sich in seinem Geburtsort Konstanz nieder und Emmerich Barth sowie Eduard Bronner praktizierten an ihren Geburtsorten Offenburg bzw. Wiesloch. In den Mittheilungen vom November 1849 wird diese besondere gesellschaftliche Position des niedergelassenen Arztes, die nach Ansicht des Autors „einen Mangel an gesellschaftlichem Halt“ zur Folge hatte, wie folgt charakterisiert:

„Der Arzt ist, wie jeder Andere, ein einzelstehender Tagewerker, er arbeitet für sich und allein (. . .) der Gemeinde gehört er auch nicht an, denn selten ist er dort Bürger, wo er praktiziert; seinen eigenen Stand kennt er nicht, er kennt seinen Physikus und seine Nachbarn; kein anderes Band als das der Wissenschaft verbindet ihn mit seinen Kollegen, und wenn dieses fehlt, tritt an seine Stelle der Brotneid“²⁵

Der Status als ortsfremde (ohne Bürgerrecht) und doch überall bekannte Persönlichkeit dürfte auch Auswirkungen auf die politischen Aktivitäten der Mediziner gehabt haben.

In weiterer Entfernung zu ihrem Geburtsort bzw. dem Wohnort ihrer Familie ließen sich innerhalb der untersuchten Gruppe Lorenz Erhardt, Samuel Kreuzer, Franz Kürzel, Josef Lahief, Gallus Maier, Karl Höning und Ferdinand Krauth nieder. Damian Wagner (Heidelberg) wurde zum Assistenzarzt auf der Insel Reichenau ernannt, drei Ärzte (Adolf Hexamer²⁶, Heinrich Tiedemann und Wilhelm Wetzels) wurden im deutschsprachigen Ausland geboren kamen dann nach Baden und übten hier ihren Beruf aus. Allerdings studierte Heinrich Tiedemann, der Schwager von Friedrich Hecker, bereits in Heidelberg Medizin²⁷.

II. MEDIZINALREFORM UND DER ÄRZTLICHE VEREIN

Mit der Neugestaltung durch die nachnapoleonischen Verwaltungsreformen wurde im Großherzogtum ein hierarchisch strukturiertes Gesundheitswesen aufgebaut. Oberste Institu-

tion des Medizinalwesens wurde die Sanitätskommission, die hauptsächlich durch Ärzte besetzt und dem Innenministerium unterstellt war. Die staatlichen Gesundheitsverwaltung war in Physikate strukturiert, 1840 bestanden 75 Physikate²⁸, in welchen je ein angestellter Physikus und ein Landchirurg seinen Dienst versehen sollten. Der Physikus hatte die Aufsicht über alle „ausübende Ärzte seines Bezirks in wissenschaftlicher und sittlicher Hinsicht“ sowie die Kontrolle über die Hebammen, Apotheken und alle Krankeneinrichtungen in seinem Bezirk²⁹. Die angestellten Physikatärzte verfolgten mit den frei praktizierenden Ärzten – eine hauptamtliche Anstellung in Krankeneinrichtungen³⁰ gab es kaum – bis Mitte des 19. Jahrhunderts kaum gemeinsame Interessen. Erst 1844 initiierte Robert Volz den ärztlichen Verein des Großherzogtums Baden, der sich in den nächsten Jahren in regionale Zusammenschlüssen (Kreis- und Bezirksvereine in den einzelnen Kreisen des Großherzogtums)³¹ organisierte. Ziel war es „Verhältnisse und Interessen des ärztlichen Standes“ zu vertreten, angestrebt wurde zudem die Gründung einer ärztlichen Witwenkasse für die finanzielle Absicherung der Familien. 1847 gründete der Verein eine eigene Zeitschrift, die zum einen der Verbesserung der internen Kommunikation, wie etwa Berichte über Vereinssitzungen, dienen sollte, zum anderen der Verbreitung berufsspezifischer Informationen, z. B. Regierungsverordnungen, Personalnotizen. und Stellenanzeigen.

„Freier Platz. Die Gemeinde Kilsheim, Amt Tauberbischofsheim, 2074 Seelen stark, sucht einen dreifach lizenzierten (d. h. für Innere Medizin, Geburtshilfe und Chirurgie; M. B.) Arzt, und sichert demselben außer seiner Praxis jährlich 180 fl. zu.“

Das Hauptthema neben der Witwenkasse war in den Jahren unmittelbar vor der Revolution die Auseinandersetzung um die Medizinalreform. Diese war – nach Robert Volz eine der Ursachen für „unbehagliche Stellung des Arztes“:

„Die Schuld hiervon trägt: 1) die große Theilung der Arbeit und des Verdienstes durch Uebersetzung des Standes; 2) die daraus entspringende Unkollegialität, Un-

ehrenhaftigkeit, dadurch Herabsetzung des Standes und geringere Anerkennung von Seiten des Publikums; 3) endlich auch die Stellung des Arztes im Staate, indem dieser dem Arzte Beschränkungen auferlegt, und Leistungen von ihm verlangt, ohne ihm dafür entsprechende Rechte, ohne ihm Gegenleistungen zu geben⁴³².

Es gab unterschiedliche Vorschläge zur Behebung der „Ärztenschwemme“: Beschränkung der Ärztezahl und Beschränkung der Zulassung für Wundärzte auf diejenigen mit Lizenz für „Innere Medizin“, Zuweisung eines Bezirkes³³, Anstellung als Staatsangestellte oder Armentaxen. Einig waren sich die Mitglieder des ärztlichen Vereins, daß die Verpflichtung zur Versorgung der armen Kranken – zu welcher der Arzt nach der Medizinalverfassung verpflichtet war – bezahlt werden sollte³⁴.

Der Ärzteverein machte auch Lobbyarbeit und versuchte durch Petitionen an die Abgeordneten der Zweiten Kammer des Landtags eine Novellierung der Medizinalreform zu erreichen. Auch ein Zusammenhang zwischen dem revolutionären Engagement und den Mängeln des badischen Medizinalwesens sei, so das Mittheilungsblatt nach der Niederschlagung der Revolution, nicht ausschließen:

„Die ärztlichen Verhältnisse haben den Arzt nicht zur Revolution getrieben, aber sie haben ihn nicht davon abgehalten“⁴³⁵.

Jedoch sei keiner der „flüchtigen Freiheitskämpfer“ ein besonders engagiertes Mitglied des ärztlichen Vereins gewesen. Zudem hätte, so betont der Autor, „ächte Wissenschaftlichkeit und eine feste Standeseinrichtung“ auch die revolutionierenden Ärzte davor bewahren können „sich der Umsturzpartei anzuschließen“. Dennoch waren fast 50%, d. h. 23 der nach der Niederschlagung der Revolution strafrechtlich verfolgte Ärzte³⁶ Mitglied des ärztlichen Vereines, einen Vorstandsposten bekleidete – soweit dies aus den Vereinsmeldungen der Mittheilungen ersichtlich ist – jedoch keiner der Revolutionsteilnehmer.

Inwieweit diese Darstellung das Verhalten der Arztrevolutionäre vor und während der Revolution und ihr Verhalten im Verein wiedergibt, sei dahingestellt, könnte diese Argumen-

tation doch auch eine Rechtsfertigungsstrategie sein, um wenigstens noch mit „leiser Stimme“ für eine Medizinalreform eintreten zu können.

III. ÄRZTE IN DER REVOLUTION

Wie wir gesehen haben, schlossen sich Ärzte bereits vor der Revolution in einem Verein zusammen und begannen als Kollektiv ihre beruflichen Interessen zu vertreten. Wie engagierten sich Ärzte in der Revolution? In welchen Funktionen?

Für die Behörden begann die Laufbahn als Revolutionär retrospektiv bereits mit dem Abonnement einer der republikanischen Zeitschriften wie „Der Volksführer“, „Die Republik“ und „Der Verkündiger“. Noch 1852 erstellte das Innenministerium eine Liste mit denjenigen Abonnenten, die als Ärzte, Apotheker, Pfarrer und Lehrer tätig waren³⁷. Allerdings tauchen hier auch Ärzte auf, die – zumindest nach den Angaben in den Mittheilungen – später entweder nicht aktiv für die Revolution eintraten oder deren Verhalten nicht strafrechtlich verfolgt wurde, z. B. der Arzt Mammel (Durmersheim), die Wundärzte Weng (Riechen) und Wiggenhausen (Zell). Andererseits sind von den später geflüchteten und verurteilten nur Fridolin Ill aus Überlingen, Ludwig Küchlin aus Kehl, Friedrich Tissot aus Möhringen und Joseph Schilling aus Neustadt aufgeführt³⁸.

Als nächste Stufe der Beteiligung an der Revolution könnte die Mitarbeit in politischen Vereinen in den Jahren 1848/49 bezeichnet werden. Der Grad der Organisierung unter den 50 strafverfolgten Ärzten war enorm, 39 gehörten einem lokalen Volksverein an. Darüber hinaus arbeiteten von diesen $\frac{2}{3}$ als Ausschußmitglied, Beigeordneter oder Schriftführer aktiv im Verein mit, 18 Ärzte wurden als Vorstand gewählt³⁹. Vier wurden in den Listen über die Volksvereine als Hauptteilnehmer⁴⁰ bezeichnet. Karl Arnold hielten die Justizbehörden für den Gründer des Volksvereins in Friesenheim⁴¹.

Ärzte nahmen nicht nur an den zahlreichen Volksversammlungen der Revolutionszeit teil, sondern traten dort auch als Redner auf, dies dürfte ihnen durch ihre Ausbildung und ihre

privilegierte Stellung leichter gefallen sein als vielen anderen Dorfbewohnern. In seiner Auseinandersetzung mit der badischen Revolution und der Beteiligung der Ärzte kommentierte der Ärzteverein im November 1849 das Auftreten der ärztlichen Kollegen in der Öffentlichkeit nicht ohne einen gewissen Zynismus:

„Man bearbeitet, man belehrt die Umgebung, man wird Volksredner. Seine Stellung hilft dem Arzte häufig dazu. Er ist in mancher Gemeinde außer dem Pfarrer der einzige Studierte, vielleicht auch außer dem Schullehrer oder Notar der einzige Halbstudierte. Es ist so verführerisch sich, als Orakel anstauen zu lassen, Volkstribun zu sein, sei es auf dem Forum in Rom oder in einer Dorfschenke.“⁴²

Die Schilderungen Adolf Kußmauls (1850 Landarzt in Kandern) über die Rede Carl Brodhags, Arzt in Lörrach, auf einer Volksversammlung, scheinen diese Sichtweise zu betätigen:

„In der Medizin, wie in der Politik, hielt er nichts von halben Mitteln. Bei einer Volksversammlung in den Revolutionsjahren schwang er auf der Rednerbühne eine Sense, die nach seiner Angabe zur Kriegswaffe geschmiedet worden war, und schwur, so wahr er Brodhag heiße, dem Menschen, dem sie durch den Leib fahre, helfe kein Doktor mehr. ‚Gott straf mich, schrie er, wollt ihr die Freiheit erringen, so greift zur Sense‘“⁴³

Brodhag wurde u. a. für diese Rede im Winter 1850 wegen Majestätsbeleidigung zum einen Jahr Arbeitshaus verurteilt. Durch ihre berufliche Tätigkeit kamen die Ärzte mit vielen Menschen in persönlichen Kontakt und waren damit in allen Gemeinden des näheren Umlandes – zumindest durch Erzählungen anderer – bekannt. Dies dürfte zusammen mit ihrer Geübtheit, sich sprachlich zu äußern, einer der Gründe für ihre Wahl in die konstituierende Versammlung in Karlsruhe gewesen sein. Gewählt wurden Karl Hoffmann (Villingen), Robert Roßwoog (Herbolzheim), Eduard Bronner (Wiesloch) und Heinrich Tiedemann (Schwetzingen) sowie der Chirurg Gallus Maier (Heidelberg). Im Mai 1849 wurden in 12 Amtsbezirken Ärzte vom Landesausschuß als Zivilkom-

missäre ernannt, diese sollten mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet die Verteidigung gegen den erwarteten Angriff der Bundesstruppen vorbereiten.

Am 31. Mai und 18. Juni 1849 veröffentlicht der Ärzteverein eine Liste mit den Ernannten und der jeweiligen Amtsbezirke: Friedrich Tissot aus Möhringen im Amtsbezirk Engen, Karl Hoffmann für Villingen, Anselm Neumeyer (oder Neumeier) aus Krotzingen für Staufen, Karl Habich für Achern, Jacob Reinhardt für Durlach, Ludwig Kückling für Kork, Gallus Meyer für Heidelberg, Samuel Kreuzer für Bretten, Fridolin III für Überlingen, Xaver Fallner für Lahr, Johann Müller für Aglasterhausen und Anton Reidel für Buchen⁴. Angepaßt an den revolutionären Sprachgebrauch werden die Ärzte jeweils als „Bürger“ vorgestellt. Nach der Niederschlagung der Revolution wird die Meldung, daß der Arzt Anton Reidel in Buchen die Funktion des Zivilkommissars bekleidet hätte, durch die Herausgeber der Mittheilungen widerrufen und der Betroffene um Entschuldigung gebeten.

Die Medizinhistoriker Paul Diepgen, Erwin Ackerknecht und Kurt Finkenrath erklären das Engagement der Ärzte in den 48er Revolution durch den alltägliche Umgang mit sozialen Mißständen⁴⁵. Wie folgendes Zitat aus dem Aufsatz „Unsere Aufgaben in neuem Jahr“ von 1849 zeigt, hielt auch der ärztliche Verein in Baden die Verbesserung der medizinischen Versorgung für arme Kranken für ein dringend zu lösendes Problem.

„Aber wir Aerzte werden uns am Wenigsten über die Bedeutung dieses Gegenstandes täuschen, in welchem die Lösung der wichtigsten Frage des Tages, des Armenwesens oder des Proletariats, verborgen liegt. Denn wenn wir die Objekte unserer Thätigkeit prüfen, so lehren uns die Zahlen, daß mit überwiegender Mehrheit die Klasse der Armen unsere Tagebücher anfüllt, da sie nicht die Mittel hat, die auf sie einstürmenden Schädlichkeiten zu vermeiden oder auszugleichen, so lehren uns unsere Totentabellen, wie zahlreich auch wieder hierin der Arme vertreten ist, wie zumal seine Kinder in größerer Menge sterben, wie endlich selbst der Erwachsene lange nicht so häufig als der Wohlhabende das hohe Lebensziel

erreicht, welches die Natur dem Menschen gesteckt hat. In dieser Aristokratie der Gesundheit, in dieser Möglichkeit, den Tod hinauszuschieben und das Leben zu strecken, liegt eine ernste Mahnung für die ärztliche Thätigkeit⁴⁶.

Allerdings sollte die Lösung nach offizieller Vereinsmeinung über die Reform des Gesundheitswesens angestrebt werden. Nahziel war noch im laufenden Jahr (1849) in allen deutschen Staaten Ärztekongresse einzuberufen, um sich auf diesen über die ärztlichen Forderungen zu verständigen.

Ob der Eindruck der sozialen Misere im Vormärz und in der Zeit unmittelbar vor der Revolution aber tatsächlich der Anstoß für das Engagement des Einzelnen in der Revolution war, läßt sich aufgrund des momentanen Forschungsstandes weder verifizieren noch verwerfen. Die Akten eröffnen uns keine Einblicke in die persönliche Haltung der Revolutionäre. Ihre Sicht ist diejenige der Verwaltung und der Strafjustiz, die einen politischen Täter ermittelt und aburteilt. In den bisher veröffentlichten biographischen Aufzeichnungen der in Baden lebenden Ärzte reflektieren die Autoren nicht über ihre damalige Motivation, für oder gegen die Revolution zu Partei zu ergreifen. Die badische Revolution von 1848/49 taucht zwar in allen Berichten als Lebensepisode auf, einen ungleich größeren Raum nehmen jedoch die berufliche Tätigkeit als Arzt und die Forschung ein⁴⁷.

Bereits 1849 sieht die Ursachenanalyse in der Mittheilungen soziale Notlagen wie „über große Konkurrenz, Mangel an Beschäftigung und körperliche Noth“ als Antriebsfedern für revolutionäres Engagement. Für die Ärzte unter den Revolutionsteilnehmer trafen diese Kausalitäten dagegen nur im untergeordneten Maße oder gar nicht zu.

Die gesichteten Quellen lassen zwar keine Rückschlüsse auf die finanzielle Situation des einzelnen Arztes zu. Auffällig ist jedoch, daß nur vier angestellte Ärzte sich in irgendeiner Form an der Revolution beteiligen: die beiden Physicis Bauhofer und Fischer, der Assistenzarzt Damian Wagner und der Regimentsarzt Wilhelm Wetzel. Offensichtlich fühlten sich die Angestellten zu größerer Loyalität ihrem Brotgeber, dem Staat, gegenüber verpflichtet als

ihre freiberuflichen Kollegen. Die Altersverteilung innerhalb der Gruppe zeigte, daß die Altersgruppe der 40–50jährigen mit 18% genau so stark wie diejenige der unter 30 jährigen vertreten war; knapp über 50% der an der Revolution beteiligten Ärzte waren 1848/49 unter 40 Jahre alt. So waren es nicht überwiegend Berufseinsteiger, die gegen den Staat und damit gegen ihre etablierten Berufskollegen rebellierten. Denn 21 Ärzte – von insgesamt 42 liegen Prüfungsdaten vor – erlangten ihre Arztlizenz vor 1840, so daß jeder von ihnen mindestens 8 Jahre gearbeitet hatte⁴⁸. Betrachten wir die regionale Verteilung der strafverfolgten Ärzte, so wohnten und arbeiteten 9 in Seekreis, 12 im Oberrhein-, 13 im Unterrhein- und 16 im Mittelrheinkreis. Kein strafverfolgter Arzt findet sich in den abgelegeneren Schwarzwaldtälern; allerdings war hier die Versorgung der Bevölkerung mit Ärzten noch sehr gering, viele Gemeinden waren ganz ohne Arzt.

IV. REVOLUTIONSFOLGEN

1. Die Diskussion um Arztbeteiligung und medizinische Forschung

Natürlich gab es unter den Ärzten nicht nur Revolutionsbefürworter, 1849 war die badische Ärzteschaft gespalten wie die gesamte Gesellschaft. Die Mittheilungen und damit auch der Ärzteverein schlugen sich in ihren Stellungnahmen im Sommer 1849 auf die Seite der Reaktion:

„Auch wir aber sollten billig, wenn auch aus unseren Gründen, uns die Frage stellen, ob unser Vornehmen [die Herausgabe der Zeitschrift; M. Burkhardt] noch seine Stunde habe, wenn wir sehen, wie der ärztliche Stand, für den wir uns abmühen, sich in Freischaarenbanden (sic! M. Burkhardt) auflöst“⁴⁹.

Dennoch verurteilt der Ärzteverein die Bestrafung von Ärzten auf Grund ihrer ärztlichen Dienstleistungen und betont, daß Ärzte wie andere Revolutionsteilnehmer wegen ihrer Beteiligung an spezifisch revolutionären Aktionen bestraft werden sollten.

„Doch wird die Ausübung der ärztlichen Funktionen deshalb wohl nie der Gegenstand

eines Verbrechens sein können, selbst unter ungesetzlichen Verhältnissen. In diesem Gefühl gehen auch Ärzte, welche Duellen beiwohnen, gewöhnlich straflos aus⁵⁰.

Aus diesem Grund lehnte der Verein die Urteilsbegründung im Standgerichtsprozeß gegen den Heidelberger Arzt Franz Kaucher ab; dieser dürfe nicht wegen ärztlicher Tätigkeiten bestraft werden, sondern nur weil er sich am „Aufstande besonders dadurch beteiligte, daß er die Stelle eines Arztes beim Insurgentenheere bekleidete“. Kaucher, der nicht fliehen konnte, wird übrigens im Sommer 1851 „unter der Bedingung seiner Auswanderung“ amnestiert⁵¹. Eine analoge Argumentation vertritt der Staatsrechtler Carl Welcker in seiner Stellungnahme zum Hochverratsprozeß gegen seinen Sohn Rudolph. Dieser sei als Leiter der Militärsanitätskommission nur seiner ärztlichen Verpflichtung nachgekommen, deshalb dürfe diese nicht als Verstoß gegen die Strafgesetze gewertet werden.

Auch die medizinische Forschung beschäftigte sich mit der Revolution und deren Auswirkungen. Im Januar 1850 publizierte der Schriftführer der Mittheilungen Robert Volz einen wissenschaftlichen Beitrag über „*Chirurgische Ergebnisse der badischen Revolution*“, in welchem er sich mit den von ihm behandelten Schußverletzungen und deren Heilung befaßte. Für die zeitgenössische Chirurgie sei die Revolution die Möglichkeit gewesen, ihr Können im größeren Maßstab anzuwenden⁵².

Konservative Ärzte, wie der Direktor der badischen Irrenanstalt Illenau, Christian F. W. Roller, vertraten die Ansicht, daß die Revolution in Baden – wie auch in Frankreich 1789 – „mit ihren ungewöhnlich schrecklichen Ereignissen“ Geisteskrankheiten ausgelöst habe. In der Heil- und Pflegeanstalt Illenau seien seit 1848 bereits 61 Patienten, 43 Männer und 18 Frauen, eingeliefert worden, bei welchen die revolutionären Ereignisse von 1848 zur Entstehung der Seelenstörung beigetragen hätten. Zwar wollte Roller nicht so weit gehen, das „Demokratenthum“ selbst als Geisteskrankheit zu bezeichnen, wie dies in einem Artikel in der Allgemeinen Zeitschrift für Psychiatrie geschah⁵³, aber eine Annäherung glaubte er durchaus festmachen zu können:

„Man hat die Frage aufgeworfen, ob die ganze unbegreifliche Verblendung der Gemüther, wie sie an und in uns vorüberging, die weitstanzartige Bewegung, die sinnlose Raserei, die Ansteckung, welcher so viele unterlegen sind, nicht selbst Zeichen einer Krankheit waren. Das tolle Treiben sieht allerdings aus wie Krankheit und kann zur Krankheit führen, ist aber nicht selbst eine solche und gehört nicht in das Gebiet der Aerzte, sondern bedarf der Heilmittel, welche gegen sittliches Verderben wirksam sind“⁵⁴.

2. Der Fall Robert Roßwoog

Robert Roßwoog aus Endingen, 31 Jahre alt, praktischer Arzt in Herbolzheim, im Ausschuß des dortigen Volksvereins und Mitglied der konstituierenden Versammlung in Karlsruhe war nach der Niederschlagung der Revolution in die Schweiz geflohen und wurde in Abwesenheit in erster und zweiter Instanz zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt⁵⁵. Roßwoog hatte sich am 8. November 1850 den badischen Behörden gestellt, nachdem ihm zugesichert worden war, er bleibe gegen die Stellung einer Kautions von 2000 fl. bis zum Abschluß einer erneuten Untersuchung und der Entscheidung über sein Gnadengesuch auf freien Fuß⁵⁶. In diesem Gesuch leugnete Roßwoog, wo immer es möglich schien, seine Beteiligung an revolutionären Aktionen, wie z. B. seine Wahl in die konstituierende Versammlung 1849:

„Seine Wahl in solchen fand in dem aus den Ämtern Kenzingen, Emmendingen und Waldkirch gebildeten Wahlbezirk statt. Veranlassung hierzu scheint seine Anwesenheit bei der in gedruckten Circularien angesagten Versammlung in Emmendingen gewesen zu sein, da er vorher weder an einem Volksvereine noch an einer Volksversammlung Theil genommen, auch sonst durch eine besondere politische Thätigkeit sich bemerklich gemacht, sondern war auch durch die Untersuchung gegen ihn hergestellt ist, vollständig zurückgezogen, lediglich seinem Berufe gelebt hat. Der Zweck der erwähnten Versammlung war zunächst Vorschläge über die betreffende Wahl zu vernehmen, und den Geist und die politi-

*sche Richtung der Wähler zu erforschen, und schien daher dem Angeschuldigten, der, wie Jedermann durch die Ereignisse der Zeit ebenfalls sehr besorgt war, durch die Nothwendigkeit geboten, dieser Versammlung persönlich anzuwohnen, und selbst den Gang der Dinge in dem Wahlbezirk zu beobachten*⁶⁵⁷.

In seinem Gesuch entwickelte Roßwoog als Verteidigungsstrategie, sich als unpolitischen Menschen zu charakterisieren, der nur zufällig und unbeabsichtigt in das Revolutionsgeschehen hineingezogen worden war. Bei heutiger Lektüre wirkt dies doch sehr unglaubwürdig. Ob die Justizbehörden keine Beweise fanden, diese Darstellung, die überdies durch Stellungnahmen aus seiner Exilgemeinde Sursee (Schweiz)⁵⁸ unterstützt wurde, zu widerlegen, oder ob für die radikale Senkung des Strafmaßes nicht doch eher die Fürbitte des aus Herbolzheim stammenden Fürstbischofs Galura von Brixen⁵⁹ beim Großherzog ausschlaggebend war, sei dahingestellt. Nur drei Monate peinliche Gefängnisstrafe mußte Roßwoog schließlich verbüßen. Major Walz aus Freiburg schilderte in seinem Bericht vom 6. Januar 1851, daß diese Entscheidung einen „*üblen Eindruck gemacht*“ habe, nun müsse der „*Hauptwühler*“, der am Unglück vieler Familien schuld sei, eine viel geringe Strafe verbüßen als viele andere, die sich nur wenig an der Revolution beteiligt hätten. Als sich Roßwoog nach seiner Gefängnisstrafe wieder in Herbolzheim niederlassen will, intervenierten die Gemeinden Tutschfelden, Broggingen, Bleichheim und Wagenstadt beim Bezirksamt, um dies zu verhindern. Noch 1854 wandte Roßwoog sich an den Großherzog, mit der Bitte nach Herbolzheim zurückkehren zu dürfen; wie er angab, führte er seit drei Jahren eine Praxis in Schliengen/Amt Müllheim. Seine Staatsbürgerschaft bekam Roßwoog übrigens 1855 wieder.

3. Folgen für die Revolutionäre

Die meisten (41 von 50), der an der Revolution beteiligten Ärzte, flohen nach deren Niederschlagung – zumindest für kurze Zeit – ins Ausland. Rund die Hälfte wurden daraufhin von der Gendarmerie zur Fahndung ausge-

schrieben. Die Ausführlichkeit der Angaben in den Fahndungsbüchern waren sehr unterschiedlich. Zum Teil waren Personenbeschreibungen beigefügt, mit denen der jeweilige Polizist befähigt werden sollte, den Flüchtigen zu erkennen. Müller aus Aglasterhausen trug „einen schwarzer Filzhut mit schmaler Krempe“ und ein „schwarzseidenes Halstuch“. Joseph Schilling hatte in seiner Charakterisierung noch den „Heckerhut“⁶⁰ auf, als besonderes Kennzeichen für Rudolf Welcker und Anselm Neumeier wurden ihre Brillen genannt, Welcker war zudem mit „ein(em) schwarzer Rock und ein(em) schwarzer Hut“⁶¹ bekleidet.

Eine längere unerlaubte Abwesenheit im Ausland hatte, zumal wenn ein Strafverfahren anhängig war, den Entzug der Staatsbürgerschaft zur Folge: 16 Ärzten waren von dieser Maßnahme betroffen⁶². Wie anhand der Ärzteliste der Mittheilungen überprüft werden kann, kehrte bis Ende 1850 fünfzehn, nach mehr oder weniger langem Aufenthalt im Ausland wieder Großherzogtum Baden zurück⁶³. Heimkehrer waren natürlich zunächst diejenigen, die in Abwesenheit aus Mangel an Beweisen im Vorfeld oder im Prozeß ohne Anklage blieben oder freigesprochen wurden (Emmerich Barth, Damian Wagner, Wilhelm Götz und Eduard Vanotti) sowie diejenigen, die für „verdachtslos“ erklärt wurden (Simon Flehinger)⁶⁴.

Die Gerichte warfen den Angeklagten in der Regel Teilnahme an hochverrätherischen Unternehmungen vor, nur Carl Brodhag wurde wegen Majestätsbeleidigung bestraft, allerdings fehlen bei 16 die Angaben, welcher Verbrechen sie bezichtigt wurden.

Andere wurden zu Dauerexilanten, wie z. B. Eduard Bronner und Carl Schaible. Bronner lebte und praktizierte in Bradford/England als Augenarzt, wo er 1885 verstarb⁶⁵. Schaible kam erst nach 35 Jahren Immigration heim nach Baden⁶⁶.

36 Ärzte wurden – oft in Abwesenheit – zu zusammen 142 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus, 2 Jahren Arbeitshaus und 2 Monaten peinlicher Gefängnisstrafe verurteilt⁶⁷. Die niedrigste Strafe belief sich auf sechs Monate Arbeitshaus, die höchste auf 12 Jahre Zuchthaus⁶⁸. Bei 14 Ärzten fanden sich keine Angaben zum Strafmaß. Gegen fünf weitere erging kein Urteil. Für Wilhelm Wetzler und Damian

Wagner hatte ihre Beteiligung an der Revolution auch ohne Verurteilung Konsequenzen: Wetzel wurde als Regimentsarzt und Wagner als Assistenzarzt auf der Reichenau entlassen. Daraufhin zog Wagner 1850 nach Heidelberg und ließ sich dort als praktischer Arzt nieder. Zweitinstanzliche Urteile wurden nur für 7 Ärzte veröffentlicht, ob die anderen nicht in Berufung gingen, läßt sich nicht feststellen. In fünf Fällen (Rudolph Welcker, Karl Habich, Anselm Neumeier, Karl Frech und Robert Roßwoog) wurden die Urteile der ersten Instanz vor den Oberhofgerichten bestätigt. Samuel Kreuzer, Rudolf Welcker und Franz Kaucher⁶⁹ wurden zur Auswanderung nach Amerika begnadigt. Kreuzer blieb trotzdem und praktizierte mindestens bis Ende 1850 in Bretten⁷⁰.

V. SCHLUSS

In der badischen Revolution engagierten sich – auch nach Einschätzung der Zeitgenossen – auffallend viele Ärzte. Die Auswertung der „Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereines“ zeigt, daß die Haltung der Berufsständischen Organsation auf eine evolutionäre Veränderung des Gesundheitswesen und Medizinalreform abzielte und die Arztfunktionäre dem revolutionären Engagement der Kollegen skeptisch bis ablehnend gegenüber standen. Allerdings reflektierte die Ärztezeitschrift bereits unmittelbar nach deren Niederschlagung über die Ursachen der revolutionären Bewegung.

Anhand der eruierten Sozialdaten kann festgestellt werden, daß der typische revolutionäre Arzt freiberuflich tätig war. Er beteiligte sich im hohen Maße in den lokalen politischen Vereinen, wobei er sich nicht auf passive Mitgliedschaft beschränkte, sondern oft den Vorsitz führte oder andere Aufgaben im Vereinsauschuß wahrnahm. Nach der Niederschlagung immigrierte er zunächst ins Ausland und wurde in der Regel mit einer mehrjährigen Zuchthausstrafe belegt, nur jeder Dritte arbeitete 1850 wieder als Arzt in Baden.

Anmerkungen

- 1 In: Ein Wort über die Beteiligung der Aerzte an der Revolution. In: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 3 (1849) Heft 20. S. 149–156. Zitat: S. 149 und S. 151. Dieser Artikel erschien anonym, Autor war aber vermutlich der Schriftführer des Ärztevereins Robert Volz (1802–1882).
- 2 Vergl.: Finkenrath, Kurt: Die Medizinalreform. In: Studien zur Geschichte der Medizin. Heft 17 (1925). S. 1–64. Zahlen S. 57.
- 3 Statistik der inneren Verwaltung, Bd. 3, S. 184. In dieser Statistik wurde die Gesamtzahl aller Ärzte erfaßt, also auch diejenigen die bei der staatlichen Verwaltung angestellt waren.
- 4 Siehe in: Franz X. Vollmer: Offenburg 1848/49. Karlsruhe 1997 zu Barth, S. 327–330, zu Schaible, S. 363–370 und zu Hexamer, S. 507f.
- 5 Ernst Bär, Bauhöfer und Fischer werden in der Liste „Hauptbeteiligte bei den beiden Aufständen“ des Ministerium des Innern aufgeführt. In: Generalandesarchiv Karlsruhe (= GLA) 236/8510. Bär (Nr. 445, auf Blatt 445) und Bauhöfer (Nr. 608, auf Blatt 11).
- 6 Frank Fassnacht ermittelte in seiner Magisterarbeit 52 Ärzte (11,8%) gegen die nach der Niederschlagung der Revolution eine Untersuchung eingeleitet und 31 (7%), welche von den badischen Gerichten verurteilt worden sind. Auf Grund des quantitativen Ansatzes seiner Forschungsarbeit erhalten wir allerdings keine Namen der strafverfolgten oder verurteilten Mediziner. Vergl.: Fassnacht, Frank: Die Revolution in Baden 1849: Volksvereine und Verfolgte. Untersuchungen zur sozialen und regionalen Struktur der demokratisch-republikanischen Bewegung Badens. Unveröffentl. Magisterarbeit Freiburg 1996. S. 95.
- 7 Zur Mitgliedschaft im Ärzteverein siehe unter Punkt „Gesundheitswesen und Medizinalreform“.
- 8 Mit dem Titel „de morbo democratico“ (= Demokratenkrankheit) wurde 1850 an der medizinischen Fakultät der Universität Berlin eine medizinische Dissertation angenommen. Siehe: Dörner, Klaus: Bürger und Irre. Zur Sozialgeschichte und Wissenschaftssoziologie der Psychiatrie. Überarbeitete Neuauflage Frankfurt a. M. 1984. S. 285.
- 9 Die Metapher von der Seuche Revolution entstammt dem Artikel „Ein Wort über die Beteiligung der Aerzte an der Revolution“. In: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 3 (1849) Heft 20. S. 149.
- 10 Sowohl die Universität Freiburg als auch die Universität Heidelberg verfügten über eine medizinische Fakultät. Vergl. zu Freiburg: Nauck, Ernst Theodor: Studenten und Assistenten der Freiburger Medizinischen Fakultät. Ein geschichtlicher Rückblick. Freiburg 1955. Zu Heidelberg: Stübler, Eberhard: Geschichte der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg 1386–1925. Heidelberg 1926.

- 11 Zu Langsdorff siehe: Wegner, Gunda: Georg von Langsdorff (1822–1921). Med. Diss. Freiburg 1989. Langsdorff floh nach der Niederschlagung der Revolution über das Elsaß in die USA und kehrte nach der Amnestie von 1862 nach Baden zurück.
- 12 Siehe: Die Matrikel der Universität Heidelberg, bearbeitet von Gustav Toepke. Hg. von Paul Hinkelmann. Heidelberg 1904, Bd. 5, S. 605.
- 13 Siehe: Die Matrikel der Universität Heidelberg, 5 Bde. bearbeitet von Gustav Toepke. Hg. von Paul Hinkelmann. Heidelberg 1904.
- 14 Außerhalb des Großherzogtums Baden sind Heinrich Tiedemann (Marburg) und Wilhelm Wetzel (Zwingenberg) geboren. Alle Angaben stammen aus dem Matrikelbuch der Universität Heidelberg. (vergl. Fußnote 12).
- 15 Weitere Berufe der Väter waren: Major, Kammerdiener, Landmann, Geheimerath, Gastwirt, Kammerdiener, Domänenverwalter, Ökonom, Handelsmann, Kaufmann, Hofrath, Privatmann, Advokat, Forstmeister, Professor und Regimentsquartiermeister.
- 16 Schaible, Karl Heinrich: Siebenunddreißig Jahre aus dem Leben eines Exilierten. Ein flüchtiges Lebensbild von Karl Heinrich Schaible zum Andenken für deutsche und englische Freunde. Stuttgart 1895. Hier S. 4.
- 17 Karl Heinrich Schaible (1824 in Offenburg; gestorben 1899 in Heidelberg), immatrikulierte sich an der Universität Heidelberg: Herbst 1844/45–April 1847; 1849 Zivilkommissar für das Amt Offenburg.
- 18 Vergl. Nauck, Ernst Theodor: Studenten und Assistenten der Freiburger Medizinischen Fakultät. Freiburg 1955. S. 47.
- 19 Angabe zu Heidelberg 1830. In: Stübler, Eberhard: Geschichte der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg 1386–1925. Heidelberg 1926. S. 273.
- 20 Siehe: Schaible, Karl Heinrich: Siebenunddreißig Jahre aus dem Leben eines Exilierten. Stuttgart 1895. S. 3.
- 21 Sie dauerten für Innere Medizin 8 Tage, Wundartzkunde/Chirurgie 5 Tage, für Geburtshilfe 4 Tage. Für die Zulassung zur Geburtshilfe/Hebarzt konnte sich nur bewerben, wer bereits ½ Jahr in einer Entbindungsanstalt gearbeitet hatte und zudem die Zulassung als Wundarzt hatte.
- 22 Sämtliche Angaben zu den Prüfungsdaten stammen aus dem Handbuch für Baden und seine Diener oder Verzeichniß aller badischer Diener vom Jahr 1790 bis 1840. Nebst Nachtrag bis 1845. Heidelberg 1846.
- 23 Professor Tiedemann, Medizinischen Fakultät Heidelberg. Zitiert nach Kußmaul, Adolf: Aus den Jugenderinnerungen eines alten Arztes. Waldkirch 1985. S. 71.
- 24 Spitäler spielten in der Krankenversorgung Mitte des 19. Jahrhunderts nur eine untergeordnete Rolle; sie versorgten in der Regel allein stehende Arme und Kranke.
- 25 Aus: Ein Wort über die Betheiligung der Ärzte an der Revolution. In: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins. Nr. 20 (24. November 1849). S. 154.
- 26 Kurzinformation zu Adolf Hexamer. In: Bauer, Sonja-Maria: Die verfassungsgebende Versammlung in der Badischen Revolution von 1849. Düsseldorf 1991. S. 340 (Anhang: Kurzbiographien).
- 27 zu Heinrich Tiedemann. In: Bauer, Sonja-Maria: Verfassungsgebende Versammlung. S. 352
- 28 GLA 236/15026. Zitiert nach: Hesse, Ariane: Ärztliche Vereine und Standesorganisationen in Freiburg i. Br. Entwicklung und Struktur. Freiburg 1978. S. 16.
- 29 Zur medizinischen Infrastruktur. Siehe: Loetz, Franziska: Vom Kranken S. 172–201.
- 30 Diese Einrichtungen waren auch Mitte des 19. Jahrhundert noch sehr klein, so versorgten 40% nur zwischen 21 und 50 Kranken. Hierzu siehe ebenfalls: Loetz. S. 194 ff.
- 31 Siehe: Rechenschaftsbericht. In: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 1 (1847). Heft 1 vom 1. 3. 1847. S. 3. Die Organisation war regional unterschiedlich. Im Unterrhein- bzw. Seekreis bestand nur ein Bezirksverein, während im Mittelrheinkreis drei und im Oberrheinkreis 4 Bezirksvereine gegründet wurden.
- 32 Volz, Robert: Die Bestrebungen des ärztlichen Vereins. In: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 1 (1847). Heft 5 vom 31. 5. 1847. S. 33–36. Zitat S. 33 f.
- 33 Die Zuweisung von Zuständigkeitsbereichen für einzelne Ärzte wird übrigens heute wieder unter dem Vorzeichen der Maßnahmen der Kostendämpfung im Gesundheitswesen diskutiert.
- 34 Die Medizinalverfassung – d. h. die staatlichen Verschritten und Verordnungen zum badischen Gesundheitswesen – wurde 1840 reformiert. Die unentgeltliche Armenversorgung in einer Ministerialverordnung vom 27. Juni 1843 erneut angewiesen.
- 35 Ein Wort über die Betheiligung der Aerzte an der Revolution. In: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 3 (1849). Nr. 20 (24. 11.). S. 153.
- 36 Elsässer, Adrian aus Neuthardt; Flehinger, Simon aus Neckarbischofsheim; Götz, Wilhelm aus Lichtenau; Habich aus Achern; Hoffmann, Karl aus Villingen; Hönig, Karl aus Willstett; Janzer Philippsburg; Kaucher, Franz Heidelberg; Kiefer, Philipp aus Rotweil; Kreuzer, Samuel aus Bretten; Küchlin aus Kehl; Kürzel aus Gernsbach; Lahief, Josef aus Donaueschingen; Lump, Eduard aus Hardheim; Nadler aus Bretten; Neumeier, Anselm aus Krotzingen; Reidel, Anton aus Buchen; Roßwoog, Robert aus Herbolzheim; Senn, Karl aus Kandern; Tiedemann aus Schwetzingen; Tissot, Friedrich aus Möhringen; Vanotti, Eduard aus Konstanz; Welcker, Rudolph aus Waldkirch; Wetzel aus Baden. Angaben aus den Mittheilungen der Jahrgänge 1847 und 1848
- 37 Vergl. Ministerium des Inneren, Verzeichniß der Ärzte, Wund- und Thierärzte und Apotheker, welche vor Ausbruch der Revolution Abonnennten des Volksführers, der Republic oder des Verkünders

- waren. GLA 236/16007. Zitiert nach: Baden. Land – Staat – Volk 1806 – 1871. Karlsruhe 1980. S. 143. Und Großherzogliches Generalcomißariat. Special Fascikel anno 1849 1850, Verzeichniß der Lehrer, Geistlichen, Ärzte, Apotheker und Notare und Schreiber, welche den Volksführer, Verkündiger oder die Republic gehalten haben. GLA 236/8568.
- 38 Fridolin Ill war seit 1842 praktischer Arzt, Wund- und Hebarzt. Ludwig Küchlin(g) war ab 1831 Wund- und Hebarzt in Kehl. Friedrich Tissot aus Konstanz war ab 1836 praktischer Arzt in Möhringen.
- 39 Grundlage zur Feststellung der Vereinsmitgliedschaft waren in der Regel die Vereinslisten, die heute im Generallandesarchiv unter GLA 236/8509 und GLA 236/8208 erhalten sind. Ausnahme ist Josef Lahief aus Donaueschingen, dessen Vereinsmitgliedschaft aus den Fahndungsbüchern der Gendarmerie entnommen wurde. Siehe: Fahndungsbuch 1849. Bd. 2. Fahndung vom 30. Juli 1849.
- 40 Karl Höinig (Willstätt), Joseph Janzer (Philippsburg), Ferdinand Krauth (Bruchsal), Jacob Reinhard (Durlach). In: GLA 236/8509 und GLA 236/8208.
- 41 Siehe Fahndungsbuch 1849. 3. Bd. Fahndungsaufwurf vom 29. 9. 1849.
- 42 Zitat aus: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 3 (1849) Nr. 20 (24. November 1849). S. 152.
- 43 Kußmaul, Adolf: Aus den Jugenderinnerungen eines alten Arztes. Waldkirch 1985. S. 135.
- 44 Vergl.: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 3 (1849) Nr. 10 und 11.
- 45 Allerdings beziehen sich ihre Untersuchung in erster Linie auf Preußen und Rudolf Virchow. Siehe: Ackerknecht, Erwin: Beiträge zur Geschichte der Medizinalreform von 1848. In: Sudhoffs Archiv für Geschichte der Medizin. 25 (1932) S. 61–109 und S. 113–183. Diepgen, Paul: Die Revolution 1848–1849 und der deutsche Ärztestand. In: Klinische Wochenschrift 12 (1931). S. 1577–1580. Finkenrath, Kurt: Die Medizinalreform. Die Geschichte der ersten deutschen ärztlichen Standesbewegung von 1800–1850. Studien zur Geschichte der Medizin Heft 17. Leipzig 1929. Es ist sicher kein Zufall, daß sich Medizinhistoriker, in der Endphase der Weimarer Republik mit den demokratischen Vorbilder ihrer Großvätergeneration beschäftigten.
- 46 Unsere Aufgabe im neuen Jahr. In: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 3 (1849). Heft vom 1. 1. 1849. S. 1f.
- 47 Mir lagen folgende Lebenserinnerungen und autobiographische Schriften vor: Kußmaul, Adolf: Jugenderinnerungen eines alten Arztes. Waldkirch 1985; Schaible, Karl Heinrich: Siebenunddreißig Jahre aus dem Leben eines Exilierten. Stuttgart 1895; Kaiser, Eduard: Aus alten Tagen. Lebenserinnerungen eines Markgräflers 1815–1875. Lörrach 1911; Stromeyer, Georg Friedrich Louis: Erinnerungen eines deutschen Arztes. 2 Bde Hannover 1875; Ecker, Alexander: Hundert Jahre einer Freiburger Professorenfamilie. Freiburg 1886.
- 48 Von 8 Ärzten lag mir kein Prüfungsdatum für die Arztlizenz bzw. von 15 keine Altersangabe bzw. auch keine Möglichkeit zu deren Errechnung vor.
- 49 Periodische Reformliteratur. In: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 3 (1849). Nr. 14 (vom 23. 7. 1849) S. 107.
- 50 Vergl.: Punkt 3 „Vergütung für geleistete Volkswehrarztendienste“, Anfrage des Dr. Kauffmann, Eppingen und (Kraichgauer Bezirksverein) vom 7. 8. 1849 und Erwiderung der Redaktion, abgedruckt in den Mittheilungen Antwort des badischen ärztlichen Vereins am 7. 12. 1849. S. 160.
- 51 Mittheilungen vom 30. Juli 1851. S. 64.
- 52 Siehe: Dr. Volz: Chirurgische Ergebnisse der badischen Revolution. In: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins. Nr. 1 (15. Januar 1850). S. 1–7. Ein weiterer Bericht aus der Praxis der Kriegschirurgie folgt in Heft 2 (13. März 1850).
- 53 Vergl.: Kieser, Von den Leidenschaften. In: Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie. 7. Jahrgang (1850). S. 251ff.
- 54 Illenau. Die Großherzogliche Heil- und Pflegeanstalt: Statut, Hausordnung, Krankendienst, Bemerkungen, Nachrichten. Karlsruhe 1852. S. 240.
- 55 GLA 237/3922, Bl. 16.
- 56 Siehe GLA 234/1932.
- 57 Gnadengesuch Roßwoog vom 11. 11. 1849. In: GLA 236/1932.
- 58 Pfarramtliches Zeugnis vom 4. November 1850 und Stellungnahme des Wund-, Heb- und Augenarztes Dr. Meyer vom 5. November 1850. In: GLA 236/1932.
- 59 Siehe: Brandl, Manfred: Die Deutschen katholischen Theologen der Neuzeit. Ein Reportium. Bd. 2: Aufklärung. Salzburg 1978. S. 76 f.
- 60 Siehe: Fahndungsaufwurf vom 20. Juli 1849. In: Fahndungsbuch Gendarmerie, 1849. Bd. 2. S. 789.
- 61 Fahndung vom 26. Juli 1849. Ebenda S. 834.
- 62 Angaben aus den Mittheilungen Jahrgänge 1850 und 1851: Karl Höinig (Willstätt), Friedrich Tissot (Möhringen), Lorenz Erhardt (Durbach), Nägele (St. Georgen/Freiburg), Robert Roßwoog (Herbolzheim), Xaver Faller (Lahr), Karl Habich (Achern), Ludwig Küchling (Kehl), Johann Müller (Aglasterhausen), Anselm Neumeier (Heitersheim), Joseph Janzer (Philippsburg), Eduard Bronner (Wiesloch), Reinhard (Durlach), Joseph Schilling (Neustadt), Karl Hoffmann (Villingen). Heinrich Tiedemann (Schwetzingen), Wilhelm Götz (Lichtenau).
- 63 Hier wurden folgende strafverfolgte Ärzte, die 1850 wieder in Baden praktizierten, aufgelistet: W. A. Lahief, (Donaueschingen), Eduard Vanotti, (Konstanz), Ernst Bär (Markdorf), Joh. Georg Gegauf (Stießlingen), Philipp Kiefer (Ihringen, vorher Endingen), Anton Dienst (Endingen), Karl Arnold (Herbolzheim, vorher Friesenheim), Adrian Elsässer (Auggen), Samuel Kreuzer (Bretten), Wilm Götz (Bischofsheim, vorher Lichtenau), Wilhelm Nötling (Königshofen), Anton Reidel (Buchen), Simon Flehinger (Neckarbischofsheim), Eduard Lupp

- (Hardheim). In: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 4. Jahrgang (1850). Nr. 23 u. 24 (31. Dezember). S. 177–192.
- 64 Siehe: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 5. Jahrgang (1851). Nr. 7 (8. Juli 1850). S. 56.
- 65 Zu Bronner. In: Badische Biographien. 4 Band. Karlsruhe 1891. S. 57–59.
- 66 Schaible, Karl Heinrich: Siebenunddreißig Jahre aus dem Leben eines Exilierten. Stuttgart 1895.
- 67 Die Verteilung sah wie folgt aus: einer zu 9 Monaten, jeweils 3 wurden zu 1, 2 und 3 Jahren verurteilt, bei 6 belief sich die Strafe 6 Jahre, 2 zu 8 Jahren, 4 zu 9 Jahren, 2 zu 10 Jahren, 1 zu 12 Jahren. Zu einem Aufenthalt im Arbeitshaus wurden 3 Ärzte verurteilt: 2 zu 6 Monaten und einer zu 1 Jahr und 6 Monaten. Einer zu einer 2monatigen Gefängnisstrafe.
- 68 Anton Dienst aus Endingen wurde zu 6 Monaten Arbeitshaus verurteilt und Gallus Maier aus Bräunlingen, wohnhaft in Heidelberg zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.
- 69 Zur Begnadigung von Rudolph Welcker. Siehe in: Verbrechen Hochverrath und Aufruhr gegen den praktischen Arzt Rudolph Welcker. In: GLA 226/669. Bl. 131ff. Zu Kaucher und Kreuzer. Vergl.: Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 5. Jahrgang (1851). Nr. 8 (30. Juli). S. 64 und Nr. 15 (18. 10.). S. 120.
- 70 Mittheilungen des badischen ärztlichen Vereins 4. Jahrgang (1850). Nr. 23 und 24. (31. Dezember). S. 184.

Anschrift der Verfasserin:
Marga Burkhardt
Sedanstraße 30
79098 Freiburg



Deutschlands Einheit — Krieg in Europa?

Das außenpolitische Umfeld der Revolution 1848/49

Hätte die Bildung eines neuen deutschen Staates, wie er der Nationalversammlung in der Paulskirche vorschwebte, zu einem europäischen Krieg geführt? Dies wurde in den zwanziger Jahren, noch unter dem Eindruck der „Einkreisung“ vor dem I. Weltkrieg von deutschen Geschichtswissenschaftlern bejaht. Noch 1948 schrieb der Freiburger Historiker Gerhard Ritter, „Die deutsche Revolution von 1848 erlag dem Druck einer Mächtekonstellation, die immer ungünstiger wurde, je mehr der erste Schock der Aufstände in Paris, Berlin und Wien in seiner Nachwirkung verebte.“ Und auch Franz Schnabel meinte, Europas Mächte hätten nur widerwillig die Bildung eines neuen Nationalstaates in ihrer Mitte hingenommen. In einer auflagenstarken „Deutschen Geschichte“ von Wilhelm Treue wird 1958 Hermann Oncken zitiert: „Fast auf allen Seiten erlebte die öffentliche Meinung Deutschlands, daß sie auf Reibungsflächen mit den nationalen Aspirationen stieß . . . Auch jeder Lösung im kleindeutschen Sinne, wie sie an sich nur aus einer Machtprobe zwischen Österreich und Preußen aus einem deutschen Bürgerkrieg emporsteigen konnte, saß Europa abwartend in der Hinterhand des Spieles, um das letzte Wort zu sprechen“ Wie verhielten sich also die außerdeutschen Großmächte in diesen Jahren?

Mit der Februar-Revolution 1848 in Paris war der Funke von Frankreich aus auf Europa gesprungen. Von Frankreichs Revolutionären konnten die deutschen Liberalen Verständnis für ihre Anliegen erwarten, wenn man nicht, wie bei Napoleon I., einen neuen Imperialismus hätte befürchten müssen. Lamartine, der erste Außenminister der neuen Republik, nicht nur

Literat und Historiker, sondern auch gelernter Diplomat, wehrte sogleich solchen Vorstellungen. „Die Bajonette haben die Ideen in Mißkredit gebracht“ urteilte er über die „Revolte der Nationalitäten“ und betonte, die Republik habe „die Stellung Frankreichs in Europa nicht geändert.“ Später, 1871, wird freilich Adolphe Thiers, der erste Präsident der III. Republik behaupten, Frankreichs Grenzen wären bis zum Rhein ausgedehnt worden, wenn man ihn 1848 nur hätte gewähren lassen. Und in der Tat erschütterte Ende März 1848 Südwestdeutschland „blinder Franzosenlärm“, hatten doch Baden und Württemberg genug französische Einfälle erlebt.

Aber die Friedensversicherungen Lamartines blieben gültig, und das deutsche Mißtrauen legte sich. Der französische Außenminister war freilich auch nicht gewillt, die aufständischen Polen gegen Rußland zu unterstützen, weil er lieber mit dem autokratischen Zaren sich zu verständigen gedachte als kriegerische Unruhen zu unterstützen. So wollte man auch nicht in die unitarischen Beschlüsse der Paulskirchenversammlung eingreifen. Bourgoing, Frankreichs Gesandter in München, schrieb zum Beispiel: „Je weiter die neue Organisation des deutschen Staatskörpers voranschreitet, um so mehr Möglichkeiten und um so mehr Vorteile werden wir finden, wenn wir mit Deutschland eine dauerhafte Freundschaft gründen.“ Noch entschiedener als Diplomaten und Minister begrüßten französische Zeitungen die deutsche Einheitsbewegung. Am 21. Mai 1848, am Fest der Eintracht, wurde in Paris die schwarz-rot-goldene Fahne mit Jubel begrüßt. Die Abgeordneten erhoben sich auf der Tribüne und riefen: „Es lebe Deutschland.“

Es leben unsere Brüder, die Deutschen!“ Solche und andere Äußerungen fanden in der Paulskirche ein lebhaftes Echo. Beim Verlesen einer französischen Proklamation am 24. Mai erhob sich die Nationalversammlung „mit stürmischen Beifallsrufen . . . zum Zeichen der Aklamation.“

Neben diesen deutschfreundlichen Stimmungen der Linken gab es freilich auch jene französischen Konservativen, denen das linke Rheinufer eh und je politisches Ziel war, und die in Deutschlands Schwäche zugleich Frankreichs Stärke sahen.

In Rußland war Zar Nikolaus I. über den Ausbruch der Revolution entsetzt. Einen Ball im Winterpalais in St. Petersburg unterbrach er mit dem dramatischen Befehl „Meine Herren, satteln Sie Ihre Pferde! Frankreich ist Republik!“ Gemäß seines legitimistischen Prinzips verteidigte er mit der Aufrechterhaltung der Fürstenherrschaft im alten Deutschland zugleich seine europäische Machtstellung. Diese schien ihm unter anderem durch die aufständischen Polen tangiert, ja der „Völkerfrühling“ sorgte auch an anderen russischen Grenzen für Unruhe. So reagierte der Zar auf den „Polenrausch“ der deutschen Revolutionäre besonders abweisend.

Großbritannien betrachtete die europäische Revolutionsbewegung abwartend. Seine Außenpolitik war nach Jahrzehnten verlustreicher Kriege mit Napoleon I. maßgeblich auf den Erhalt des Friedens innerhalb eines europäischen Gleichgewichts bestimmt. So konnte es angesichts einer beginnenden Industrialisierung den wachsenden Handel in einem ständig größer werdenden Empire gesichert sehen. Die Verbindung der britischen Krone mit dem Deutschen Bund war besonders eng, da die englischen Könige zugleich Könige von Hannover waren. Die Trennung der Personalunion durch die Thronbesteigung der Königin Viktoria 1837 minderte nicht das Interesse des englischen Hofes, zumal Viktoria mit Prinz Albert von Sachsen-Koburg-Gotha einen Deutschen geheiratet hatte. Durch ihn verstärkte sich am Hof die Auffassung, daß angesichts der revolutionären öffentlichen Meinung in Deutschland „die Ausbildung volkstümlicher Regierungsformen und die Herstellung eines einigen Reiches . . . am dringendsten“ zu fordern sei.

Ohne Österreich herauszudrängen, müsse Preußen die Reformbewegung in die Hand nehmen.

Die britische Regierung, Parlament und Presse nahmen unterschiedliche Standpunkte ein. Besonders die Konservativen sahen in einem deutschen Nationalstaat den europäischen Frieden gefährdet. Benjamin Disraeli, später Premierminister in den 60er und 70er Jahren, meinte: „that dreamy and dangerous nonsense called german nationality“. In der „Times“ hieß es am 29. Juni 1848: „Die Deutschen haben . . . nicht das richtige geschichtliche Verständnis. Obwohl man den nationalen Geist und die Verehrung für traditionelle Einrichtungen, die die deutsche Bewegung begleitet haben, anerkennen muß, so ist doch der Glaube, daß die Deutschen etwas zustande bringen, durch die weitere Bekanntschaft mit dem Charakter der in Frage kommenden Männer nicht gewachsen. Wahrscheinlich sind die praktischen Schwierigkeiten, eine Zentralgewalt zu schaffen, den politischen Philosophen nicht in voller Größe aufgegangen. Das Verlangen nach einer deutschen Einheit ist indessen viel weniger stark als die nationale Leidenschaft, welche eng damit verbunden ist. Hieraus erwächst für Europa eine große Kriegsgefahr. Wenn daher das Deutsche Reich auf der Grundlage der nationalen Einheit und Unabhängigkeit errichtet werden soll, so muß es entweder mit Eroberungen und Einfällen in fremde Nachbarländer aufhören, oder es muß sich für einen Kampf von der verhängnisvollen Art rüsten. Wenn man den Wunsch hat, Deutschland fest in seinen Grenzen gegründet zu sehen, so kann man seine Versuche, über diese Grenzen hinauszugreifen und für sehr zweifelhaftes Recht zu streiten, keineswegs billigen.“

In der Regierung bestimmte Lord Palmerston, der bei den Wählern wie im Parlament großen Rückhalt fand, die Außenpolitik sehr eigenwillig, ja selbstherrlich. Er begrüßte den Sturz Metternichs und den Zusammenbruch dessen Systems. Einem österreichischen Diplomaten erklärte er: „Fürst Metternich hält sich für einen Konservativen, wenn er sich starr an den Status quo in Europa klammert; wir dagegen halten uns für konservativ, wenn wir überall Konzessionen, Reformen und Verbesserungen predigen und empfehlen, wo die öffentli-



“THERE IS NO PLACE LIKE HOME.”

Die Zeichnung unter dem Motto „Es gibt keinen Platz wie daheim“ in der Zeitschrift „Punch“ von 1849 charakterisiert das vorherrschende Selbstverständnis der Engländer. Das zufriedene Ehepaar mit neun Kindern wärmt sich am Kamin. Ein Bild der jugendlichen Königin Victoria leuchtet über der behaglichen Atmosphäre. Der Vater hat die Zeitung abgelegt, in der von den Staaten Europas berichtet wird, und die Randzeichnungen deuten auf die Unruhen: (von oben) Aufstände in Italien, Beschießung des revolutionären Wiens durch kaiserliche Truppen, Verehrung napoleonischer Insignien in Paris, Barrikadenkämpfe in Frankreich mit Parolen des Sozialismus und der Frauenrechte, wobei der Anarchist Proudhon die Fahne schwingt mit seiner Parole „Eigentum ist Diebstahl“, Barrikadenkämpfe auch in Deutschland, ein fliehender Fürst, der seine Krone verliert, die Erschießung Robert Blums vor Wien, das Spiel mit einer neuen deutschen Kaiserkrone zwischen Konservativen, Liberalen und Radikalen, schließlich militärische Auseinandersetzungen, die in Italien, aber auch in Schleswig-Holstein stattfinden könnten.

che Meinung danach verlangt.“ Er verachtete Demokraten und Republikaner samt ihrer Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht und hielt einen milden Liberalismus für die sinnvollste Regierungsform. Einen Krieg freilich für liberale und konstitutionelle Maxime zu führen, erschien ihm abwegig. Aber hätte eine Umwandlung eines Staatenbundes in einen deutschen Bundesstaat nicht handelspolitische Vorteile gebracht und zugleich einen Garanten gegen den Einfluß Rußlands bedeutet? Ein starkes liberales Deutschland hätte den Bannkreis des bisherigen „Heiligen Allianz“ eines Zaren Nikolaus und Metternichs

verlassen und wäre auf Seiten der Westmächte getreten, wobei für den Prinzgemahl freilich Voraussetzung war, daß die Monarchie erhalten blieb und nicht Beute des demokratischen Radikalismus werde. Großbritanniens Außenpolitik wurde aber sehr rasch durch den Konflikt um Schleswig und Holstein in eine neue Position gerückt.

Seit dem 17. Jahrhundert war Schleswig dänisches Lehen, zugleich aber in Realunion mit Holstein „up ewig ungedeeft“. 1848 veröffentlichte die dänische Krone auf Drängen der Nationalliberalen und der „Eiderdänen“, die sich mit der Eider auf den Grenzfluß zwischen

den Herzogtümern bezogen, eine Gesamtstaatsverfassung mit Einschluß Schleswig-Holsteins. Beide Herzogtümer versuchten sich nun von Dänemark zu lösen, und das Frankfurter Vorparlament beschloß, Schleswig „unverzüglich in den Deutschen Bund aufzunehmen“, in dem sich Holstein bereits befand. In den Herzogtümern bildete sich eine provisorische Regierung, deren Truppen freilich den Dänen weit unterlegen waren. Darum bat man den preußischen König um Hilfe, der alsbald Garderegimenter unter General Wrangel entsandte, welcher das 10. Armeekorps des Deutschen Bundes führte; die provisorische Regierung wurde anerkannt. In der Paulskirche fand der Widerstand in Schleswig-Holstein einen starken Wiederhall, ja man wollte darin ein Exempel für den künftigen Rang eines vereinten Deutschlands erkennen. Die Dänen erhielten durch Schweden diplomatische Unterstützung, und Rußlands absolutistische Legitimisten sahen nur eine „Rebellion“ in den Herzogtümern gegen eine rechtmäßige Krone. Palmerston votierte für „nonintervention“ und strebte Verhandlungen an. Man stand zunächst auf dänischer Seite als dem schwächeren Teil, unabhängig, ob es Verträge gebrochen habe und Deutsche „dänisiere“, und man fragte sich, wie der „Times“-Artikel andeutet, ob Deutschland ein besseres Recht auf Schleswig habe als auf andere Regionen, in denen auch Deutsch gesprochen werde, wie Elsaß-Lothringen, Teile der Schweiz und die russischen Ostseeprovinzen.

Auf Drängen der Großmächte, aber auch aus eigenen legitimistischen Skrupeln schloß der preußische König Friedrich Wilhelm IV. am 26. 8. 1848 einen Waffenstillstand zu Malmö, nachdem Wrangel schon Teile Jütlands besetzt hatte. Dies führte in der Paulskirche zu einer Krise, denn man erkannte die Ohnmacht der neuen Reichsregierung und des Parlaments, die doch Preußen nicht zwingen konnte, den Krieg fortzuführen. In den Straßen Frankfurts kam es zu einem Volksaufstand, bei dem zwei Mitglieder der Nationalversammlung getötet wurden.

Auf den Friedensverhandlungen in London entsprachen die künftigen allgemeinen Vorstellungen zwar nicht den weitergehenden der Dänen, die zudem in ihrer Propaganda immer

wieder betonten, Deutschland wolle sich eine Flotte schaffen, ein Argument, das doch die führende Seemacht Großbritannien und ihre Interessen am „Bosporus der Ostsee“ berühren müsse. Aber mittlerweile hatte Friedrich Wilhelm IV. die ihm angebotene Kaiserkrone abgelehnt, was der britischen Regierung nun willkommen erschien, hätte man doch sonst Spannungen zwischen Österreich und Preußen befürchten müssen. Gleichzeitig begegnete man der preußischen Politik nach dem Scheitern der Nationalversammlung mit großer Skepsis. Obwohl völlig konträr in der gesellschaftlichen Ausrichtung war die Annäherung zu Rußland nun größer geworden, wo Zar Nikolaus I. die unbedingte Lösung Preußens von den „Rebellen“ Schleswig-Holsteins forderte. Nach erneutem Ausbruch der Kampfhandlungen schloß Preußen trotz Erfolge seiner Truppen einen zweiten Waffenstillstand, der im Frieden von Berlin besiegelt wurde. Schleswig blieb bei Dänemark, jedoch mit eigener Verfassung. Die starke Vermittlerposition Großbritanniens kam hier wie im Mai 1852 im Londoner Protokoll zum Ausdruck, in dem unter anderem die Integrität des dänischen Gesamtstaats gesichert, aber keine Inkorporation Schlesiens beschlossen wurde, wie es die Eiderdänen gefordert hatten. Erst zwölf Jahre später sollte es eine neue Konfrontation geben.

Der englische Historiker J. P. Taylor beurteilte 1954 die Haltung Großbritanniens in diesen Jahren auf solche Weise. „Die Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges, die Palmerston beschwor, um den Waffenstillstand von Malmö zu rechtfertigen, war in Wirklichkeit ein harmloser Kinderschreck, und manche der Frankfurter Liberalen erkannten, daß – was die auswärtigen Mächte betraf – Großbritannien ihnen eine Demütigung aufzwang, nicht Frankreich oder Rußland. . . . Doch wie Lord Cowley, der britische Vertreter in Frankfurt, argumentierte: Die Einigung Deutschlands unter einem liberalen Preußen war der ‚sicherste und problemloseste Weg‘. Die Schaffung eines ‚Kleindeutschland‘ hätte Großbritannien einen Ersatz für die ‚natürliche Allianz‘ mit Österreich geliefert – einen Verbündeten, der nicht nur geistesverwandter, sondern auch stärker war. Die britische Politik trug in der Schleswig-Holsteinischen Frage dazu bei, die-



Zu den verbreiteten Karikaturen aus Vormärz und Revolution gehört das Thema „Das Erwachen des deutschen Michel“, ein Begriff, der schon um 1525 existiert, der aber jetzt häufig gebraucht wird.

Ein kraftvoller Mann ist von seinem hölzernen Sessel samt Kissen mit Medusenhaupt aufgesprungen, ein Latz mit der Karte deutscher Kleinstaaten flattert, der Mantel ist abgeworfen und mit der Rechten schwingt er eine gewaltige Keule, die den europäischen Mächten die neue Stellung Deutschlands verdeutlichen soll. Russen (links) und Franzosen (rechts) erschrecken, Metternich ist mit zerissenen Stamm bäumen gestürzt, die englische Bulldogge flieht. Ein Mauschloß liegt auf dem Boden, der Flecken auf dem Stiefel mit preußischen Adler ist aufgerissen und soll auf diese Macht hinweisen, die an Bedeutung gewinnen muß. Im Hintergrund flieht der Papst, die Tiara verlierend, vor den Unruhen in Italien in die Engelsburg, Soldaten der Bundestruppen warten auf neue Befehle, aber ein Offizier ist gestürzt. Aus dem vom Kopf des Michel fallenden Schlafmütze quellen seine Träume: der Kölner Dom (Projekt seiner Fertigstellung), der von den Franzosen zu verteidigende Rhein, der Sänger des Rheinlieds und sein Ehrenpokal, das preußische Königspaar, Stamm bäume und Wagen voller Orden, eine kirchliche Prozession mit Steckenpferden als Reit- und Zugtiere.

Mit der Federlithographie von W. Winckler, Königsberg 1843, sollen die Wunschkvorstellungen und politischen Träume der Deutschen dieser Jahre charakterisiert werden.

ses Ergebnis zu verhindern; sie arbeitete für Frankreich und Rußland, ohne daß diese Mächte auch nur einen Finger rührten. Die dunkle Ahnung dieses Widerspruchs erregte bei Palmerston und anderen britischen Politi-

kern Verärgerung über den ‚Haufen von Kindern‘ in Frankfurt. Als Palmerston ein wenig späte Bunsen, dem preußischen Gesandten in London, erklärte. ‚Gegen die Idee eines Deutschen Reiches läßt sich nichts sagen, außer

daß niemand fähig zu sein scheint, sie zu verwirklichen', übte er in Wirklichkeit Kritik an denen, die Schleswig für einen unerläßlichen Bestandteil eines vereinigten Deutschland hielten.

Dahinter steckt eine grundsätzliche Überlegung. Die Einigung Deutschlands gehörte nicht zur radikalen Mythologie, die Befreiung Schlesiens am allerwenigstens. Die deutsche Frage überraschte – in all ihren Aspekten – die Staatsmänner Europas, und man behandelte sie beiläufig, nicht als dringende Angelegenheit. Sogar bei Palmerston ist kaum anzunehmen, daß er die Gefahr eines aus dem dänisch-preussischen Konflikt anstehenden allgemeinen Krieges ernst nahm.“

„Krieg“ war im 19. Jahrhundert aber immer noch eine Form der Politik „mit anderen Mitteln“. Es gehört zu Bismarcks Leistung, neben den innerdeutschen Einigungsbemühungen 1871 die Kontakte zu Großbritannien und Rußland so zu pflegen, daß es bei dieser Reichsgründung außer dem Krieg gegen Frankreich zu keinem weiteren Konflikt in Europa kam.

Nach dem Erlebnis zweier Weltkriege zweifelte niemand daran, daß eine Vereinigung des geteilten Deutschlands niemals zu militärischen Konflikten hätte führen dürfen. 1990 konnte die Einbindung in europäische Bündnissysteme und der Einfluß der nun führenden Weltmacht USA diesmal die Sorge Frankreichs und Großbritanniens mindern, ein mitteleuropäischer Staat mit mehr als 70 Millionen Einwohnern würde zu einer Vorherrschaft führen. Vor 150 Jahren hatten das offenbar nur wenige befürchtet, sodaß man sich abwartend verhalten konnte. Es lag an den Deutschen, daß eine nationale Einheit, getragen vom Parlament, scheiterte und sie dafür später mit einem Fürstenbund in Form der Bismarckschen Reichsgründung und seinen stark autoritären Zügen vorlieb nehmen mußten.

Anschrift des Autors:
Dr. Leonhard Müller
Reinhold-Schneider-Straße 10
76199 Karlsruhe



Die Revolutionsergebnisse in Karlsruhe

Augenzeugenbericht des großherzoglichen Finanzrats
Jakob Georg Schmidt.

Über die Ereignisse von Mai bis Juni 1849 in Karlsruhe wurde schon viel geschrieben. Eine sehr persönliche, bislang unbekannte Schilderung der aufregenden Wochen findet sich in der Familienchronik der Karlsruher Uhrmachersdynastie Schmidt-Staub¹. Ein Mitglied dieser Familie, Georg Schmidt hatte allerdings die Beamtenlaufbahn eingeschlagen². Als Domänenrat und Mitglied des Oberverwaltungsrats erwarb er sich das Vertrauen von Großherzog Leopold. Nach dessen überstürzter Flucht aus Karlsruhe am 13. Mai sah er sich unversehens mit der Obhut des Schlosses betraut. Die nach seinen ausführlichen Aufzeichnungen verfaßte Passage der Familienchronik ist ein Augenzeugenbericht und somit ein Zeitdokument von unschätzbarem Wert, denn die lebendige Schilderung enthält manchen bislang unbekanntem Vorfall.

Der Stammvater der Familie, Schlosser und Uhrmacher Johann Jakob Schmidt (1723–1788) aus Lauterbach in Hessen, hatte sich 1747 in Durlach niedergelassen. Sein Sohn, Johann Jakob Schmidt II (1770–1846) übersiedelte 1794 von Durlach nach Karlsruhe. In zweiter Ehe heiratete er 1797 Elisabeth Sophie Fellmeth, die einer alteingesessenen Karlsruher Familie entstammte³.

1799 wurde dem Paar als zweiter Sohn Jakob Georg, der Berichterstatte der Ereignisse, geboren. 1820 trat Georg in den badischen Staatsdienst ein, und zwar bei der Domänenverwaltung in Lörrach. Am 26. Oktober 1823 bezog er die Universität Heidelberg, um für die höhere Beamtenlaufbahn Kameralistik zu studieren. 1827 wurde er Kameralpraktikant, und 1829 erhielt er die Stelle eines Revisoratsgehil-

fen in Karlsruhe mit einem Gehalt von 600 Gulden pro Jahr. 1833 wurde er zum Revisor und 1837 zum Domänenrat ernannt. 1844 berief ihn der Großherzog in den Verwaltungsrat des Lyceums und des Theaters, und 1847 wurde er Vorstand der Hofrechnungskontrollkammer. Dieses Amt vertiefte die Beziehungen zu seinem Fürsten, den er sehr verehrte; der Großherzog seinerseits schätzte die fachliche Kompetenz und das Engagement seines Finanzrats. Wie hoch das Ansehen war, zeigt ein Vorfall, der sich Anfang 1849 abspielte. Im Zuge der revolutionären Ereignisse kam es in Karlsruhe mehrfach zu Brandstiftungen, unter anderem im Ministerium des Äußeren, im Ministerium der großherzoglichen Angelegenheiten sowie bei Beamten, so auch bei Georg Schmidt, der damals am Spitalplatz⁴ wohnte. Der Dachstuhl des Hauses brannte völlig aus. Offenbar hatte man wichtige Akten dort vermutet. „Am nächsten Tag erschien unerwartet Großherzog Leopold mit den Prinzen Ludwig und Friedrich in eigener Person zur Besichtigung der Brandstätte und da er den trostlosen Zustand der Wohnung sah, lud er Georg ein, bis zur Herstellung der Zimmer im Schloß Wohnung zu nehmen. So wohnte Georg mit seiner Frau drei Wochen lang oberhalb der Hofküche und erhielt auch aus der letzteren die volle Verköstigung“. Der Verfasser der Familienchronik fährt fort: „Bald darauf sollte Georg Gelegenheit haben, diesen Liebesdienst durch treue Pflichterfüllung unter besonders schwierigen Umständen zu vergelten“.

Folgen wir seinen Ausführungen⁵: „Unter der Karlsruher Garnison stand es schon seit einiger Zeit schlimm um die Disziplin. Den

Demokraten war es gelungen, das Militär mit aufreizenden Reden und Freibier für sich zu gewinnen, so daß die Soldaten abends nicht mehr in die Kasernen zurückkehrten sondern betrunken und singend die Straßen durchzogen und an den Verbrüderungsfesten teilnahmen. Als nun gar mit den Zügen vom Oberland die aufgeregten Volksvereiner, untermischt mit allerlei zweifelhaftem Gesindel, ankamen, brach am 13. Mai 1849 in Karlsruhe der helle Aufstand aus. Die unbeliebten Offiziere wurden tätlich angegriffen und ihre Wohnungen teilweise demoliert; auch Prinz Friedrich, der damals als junger Leutnant beim Grenadierregiment stand, geriet in Lebensgefahr und mußte durch ein Fenster aus der Kaserne flüchten.

Die Regierung, der die Sache unerwartet gekommen war, stand rat- und machtlos der Bewegung gegenüber, nur die Karlsruher Bürgerwehr hielt sich noch brav und leistete unter ihrem Kommandanten, Oberst Gerber, gute Dienste zur Aufrechterhaltung der Ordnung, besonders auch durch die Verteidigung des Zeughauses beim Durlacher Tor, welches der Mob stürmen wollte, um sich zu bewaffnen. Die 7. und 8. Kompanie hatte dasselbe besetzt und behauptete es mit Erfolg gegen die in großer Zahl andrängende Menge, wobei es eine Anzahl Toter und Verwundeter gab.

Großherzog Leopold war nach 10 Uhr abends aus dem Ministerium⁶ ins Schloß zurückgekehrt und da der Ausgang des Sturms auf das Zeughaus noch ungewiß und ein Angriff auf das Schloß sehr wahrscheinlich war, beschloß er abzureisen und durch den Fasanengarten und Gottesaue den Bahnhof zu gewinnen. Der Weg dahin war jedoch schon unsicher geworden und so wandte sich der Großherzog mit seiner Familie unter dem Schutz einer treugebliebenen Abteilung Dragoner und der reitenden Batterie unter General Hoffmann vom Fasanengarten aus nach dem Rhein und fand zunächst in Germersheim Aufnahme. Da aber auch die Pfalz von der revolutionären Bewegung ergriffen wurde, begab sich die großherzogliche Familie am 15. Mai nach dem damals französischen Lauterburg, wo sie in der Mairie Unterkunft fand, und von da nach Straßburg.

Das Schloß war ganz plötzlich ohne Schutz und ohne Bergung der Wertsachen und Kunst-

schätze verlassen worden und nun war es an Georg Schmidt, mit Hilfe einiger treugebliebener Diener zu retten, zu schützen und zu verteidigen, was möglich war . . . Zunächst wurden allen Kassen die vorhandenen Bestände entnommen, zusammen fl. (Gulden) 27 960.-, das Geld verpackt und durch zwei zuverlässige Beamte, Rev(isor). Gehilfe Hacker und Kassier Keller, nach Lauterburg geschickt. Zuvor wurden den Hofbeamten noch die Gehälter für Mai ausbezahlt. Dann wurden den Schreibtischen die wichtigsten Papiere und Korrespondenzen entnommen und beiseite geschafft. Einen Teil davon verbrachten seine Frau und Töchter nach Weingarten, ein anderer Teil wurde verbrannt. Als Blind und Steinmetz von der provisorischen Regierung mit zwei Bürgerwehrehauptleuten erschienen und die Pulte im Geheimen Cabinet erbrechen ließen, war nicht mehr viel für sie zu holen.

Georg ließ immerhin seinen Protest gegen dieses Vorgehen in das Protokoll aufnehmen und die Pulte darauf versiegeln. An den folgenden Tagen wurden die wertvollen Gegenstände, die kostbaren Gewehre und alten Waffen, sowie die Goldmünzen des Münzkabinetts weggeschafft und durch den Schloßinspektor verborgen. Den Park und Hardtwald ließ Georg von Wilderern säubern, dann fuhr er am 20. rasch nach Weingarten und überzeugte sich von der Verwahrung der Papiere. Da ihm jedoch nicht alles sicher genug erschien, schickte er seinen Sohn Gustav am 22. nach Weingarten, ließ einen Teil der Papiere zurückholen und verbrannte dieselben gemeinsam mit ihm, so daß die ganze Nacht der Ofen glühte. Am 23. Mai schickte Georg Herrn Expedient Hacker zum Großherzog, um Weisungen bezüglich der Papiere entgegenzunehmen und über die Ereignisse zu berichten. Dieser brachte am Abend des folgenden Tages für Georg die mündliche Vollmacht, die Hofverwaltung nach bestem Wissen zu leiten und die Papiere nach seinem Vorschlag zu verwahren oder zu verbrennen. In der Folge wurden die Kostbarkeiten teils im Schloß, teils im Hause des Prof. Eisenlohr eingemauert oder anderen zuverlässigen Beamten anvertraut. Auch die Bilder wurden aus den Rahmen genommen und in der Bildergalerie verwahrt.

Inzwischen wurden die Zustände in der Residenz immer schlimmer. Soldaten aller Waf-

fengattungen durchzogen die Straßen. Viele davon begaben sich in ihre Heimat, verschossen vor den Toren ihre Patronen oder verkauften ihre Waffen und Ausrüstung. Zahlreiche „Freischärler“ in den abenteuerlichsten Kostümen, Revolutionäre aus aller Herren Länder, Schweizer Legionäre, Polaken und Franzosen fanden sich ein und trieben sich auf den Straßen und Wirtschäften herum. Besonders beim „Affenmüller“, Wirt zum „Römischen Kaiser“ in der Zähringer Straße . . . , der selbst ein großer Demagoge und Maulheld war, ging es stets hoch her. Dagegen ergriffen eine Menge der begüterten Familien die Flucht, was allerdings nur unter Aufwendung beträchtlicher Kosten möglich war.

Am 15. Mai nachmittags war der Landesausschuß, die provisorische Regierung, von Rastatt angekommen und hatte mit klingendem Spiel seinen Einzug in Karlsruhe gehalten. Seine Mitglieder, vor allem Brentano und der Kameralpraktikant Goegg, jetzt Finanzminister, gehörten vorwiegend der gemäßigten Richtung an. Goegg ließ sich dann auch von Georg eine Aufstellung über die notwendigen Hofausgaben fertigen, wies die Gehälter an und da er hörte, daß die groß(h)erzoglichen Herrschaften in ihren Mitteln beschränkt seien, ließ er die Civilliste und Apanagen für den Monat Juni vollständig bezahlen.

Es regnete nun hochtönende Erlasse und Kundgebungen, es wurde organisiert, dekretiert und debattiert, aber eine richtige Ordnung kam nicht in die Bewegung. Bald traten tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Führern der revolutionären Partei zu Tage. Extreme Elemente, wie Struwe, Schlöffel usw., bereiteten der Regierung Schwierigkeiten und auch die fremden Hilfstruppen, die den Radikalen zuneigten, wurden von Tag zu Tag lästiger. Brentano hatte der Schweizer Legion unter Becker und dem alten Böning, einer Landsknechtsfigur mit langen weißen Locken – als griechischer Freiheitskämpfer geriet er einmal in die Hände der Türken, welche ihm die Ohren abschnitten – befohlen, zur Nekarkarmee zu marschieren, aber diese leistete dem Befehl keine Folge, sondern nahm schließlich eine drohende Haltung an. Auf die Nachricht, daß sich Struwe an ihrer Spitze des Schlosses bemächtigen wolle, rückte daher am

6. Juni die Bürgerwehr in voller Stärke aus und besetzte, verstärkt durch eine Anzahl Freiwilliger aus Stadt und Umgebung, den Schloßplatz. Acht Geschütze, mit Schrapnells und Kartätschen geladen, wurden so aufgestellt, daß man die Fächerstraßen damit bestreichen konnte; die Hinterseite des Schlosses wurde durch Hofjäger, Gendarmen und Scharfschützen unter Herrn von Schönau gedeckt. Nach 1½ stündigem Warten mit Gewehr bei Fuß rückte dann auch die ca. 700 Mann starke Schweizergarde mit ihren blauen Blusen und schwarzen Schlapphüten heran. Sie kamen bis zum Karl Friedrich-Denkmal, da ritt der Bürgerwehroberst Gerber vor und kommandierte der feindlichen Abteilung: „Bataillon halt“, worauf sie stehenblieb. Es entspann sich nun nach homerischem Muster zunächst eine Debatte von Linie zu Linie, wobei Struwe und der alte Böning das Wort ergriffen. Kein Teil wollte weichen und die Lage wurde immer bedrohlicher. Da wurde der Bürgerwehr-Adjutant Koelle in das Ständehaus, den Sitz der provisorischen Regierung, gesandt und alsdann erschienen die Mitglieder derselben mit ihren Schwarz-rot-goldenen Schärpen, um den drohenden Streit zu schlichten. Sie brachten auch gleich ein Bataillon Linientruppen mit, welches sie im Rücken der Schweizer aufmarschieren ließen und durch dieses wohl mehr als durch Brentano's Worte wurden die Schweizer soweit gebracht, daß sie ihren Zug als Mißverständnis erklärten und abzogen. Die Gefahr war damit noch nicht ganz abgewendet. Noch ein zweites Mal versuchten die Extremen, sich zu Herren der Situation zu machen. Da verhaftete man die Führer der Legion und erreichte unter der Bedingung ihrer Wiederfreilassung den Abzug der Schweizer. In Karlsruhe aber atmete man frei auf, als man diese Brüder los hatte. Der Höhepunkt der revolutionären Bewegung war damit erreicht und verschiedene Anzeichen deuteten darauf hin, daß ein rascher Rückgang derselben zu erwarten war. Großherzog Leopold, der mit seinen Ministern von Lauterburg nach Ehrenbreitstein und dann nach Frankfurt gereist war, hatte am 2. Juni eine Proklamation erlassen, in welcher er alle Handlungen des sogenannten Landesausschusses für nichtig erklärte und denen, welche sich bei Zeiten freiwillig unterwürfen,

Amnestie zusagte. Der Aufruf, dessen Verbreitung nach Möglichkeit durch die Revolutionäre unterdrückt wurde, hatte jedoch wenig Wirkung. Von der Zentralgewalt des Deutschen Bundes in Frankfurt am Main war bei der damaligen politischen Lage auch keine Hilfe zu erlangen; der Großherzog begab sich daher nach Mainz, ernannte den Geh.Rat Klüber zum Minister des Großh. Hauses und dessen Unterhandlungen mit der preußischen Regierung führten dahin, daß eine „Reichsarmee“, zusammengesetzt aus Truppenteilen Preußens und anderer Bundesstaaten, gegen die Aufständischen in Baden und der Pfalz entsandt wurde. Den Oberbefehl führte Prinz Wilhelm, der Bruder des Königs von Preußen und spätere Kaiser.

Am 15. Juni begannen die Feindseligkeiten am Neckar und obgleich die Aufständischen unter dem Oberbefehl des Polen Mieroslawsky mit Mut und Hartnäckigkeit kämpften, konnten sie den regulären Truppen doch nicht lange Widerstand leisten, sondern wurden gezwungen, sich nach den Gefechten bei Heppenheim, Ladenburg, Waghäusel und Käfertal dem Gebirge entlang nach Süden zurückzuziehen.

Damit wurde Georg's Lage noch schwieriger und gefährlicher. Die neue Regierung unter Brentano hatte sich bemüht, die Ordnung aufrecht zu erhalten und ohne Gewaltstreiche auszukommen. Nun kam mit den Niederlagen die Unbotmäßigkeit und die Erbitterung, welche sich in erster Linie gegen das „Hofgesindel“ richtete. Auch stellte sich in erhöhtem Maße Bedarf an Lebensmitteln und Waffen ein, wovon man im Schloß Vorrat wußte. Vorstellungen Georgs bei Brentano, welche zu Anfang Erfolg hatten, blieben jetzt meistens ohne Wirkung und er mußte wiederholt Wein aus dem Schloßkeller abgeben, um nicht die Wut der Revolutionäre herauszufordern und die gewaltsame Entfernung von seinem Posten zu riskieren. Auch die Abführung der Pferde aus dem Marstall und der Raub des Viehes aus den Domänen Stutensee und Scheibhardt konnte nicht verhindert werden, denn bis Georg davon erfuhr, war es schon zu spät. Verschiedene Male wurde versucht, die Waffenkammer im Schloß zu öffnen. Zunächst gelang es zwar die Angriffe mit List oder Beharrlichkeit abzuweisen; aber schließlich bemächtigte sich der

Kriegsminister-Stellvertreter Doll mit Volkswehren aus dem Amt Offenburg doch des Inhaltes und schleppte denselben auf das Kriegsministerium. Georg wurde dabei das Standrecht angekündigt und zu seiner Arretierung im Falle weiteren Widerstandes 12 Mann Bürgerwehr aufgestellt (s. Regierungsblatt vom 20. Juni Nr. 17). Glücklicherweise waren die wertvollsten Waffen vorher schon in Sicherheit gebracht worden; sie bilden noch heute eine Zierde der Großh. Sammlungen.

Inzwischen ließ die Regierung das Mobiliar des Schlosses aufnehmen, vermutlich um es zu Geld zu machen und die Lage wurde schwieriger je näher die Preußen heranrückten. Am 18. Juni war die rheinpfälzische Armee über die Knielinger Brücke gerückt, um sich mit der Neckararmee zu vereinigen. Aber welch kläglicher Anblick bot diese ca. 10 000 Mann starke Schar von Volkswehren, Soldaten, Studenten und abenteuerlichen Gestalten, die, schon einige Male geschlagen, mehr auf Rettung vor den Preußen als auf Kriegstaten bedacht war! Die Mannschaften wurden meist in der Umgebung von Karlsruhe untergebracht und erreichten durch die früher schon hier lagernden Abteilungen am 22. Juni eine ungefähre Stärke von 38 000 Mann, welche unter dem Befehl des Polaken „Generals“ Szneida standen. Am 23. Juni⁷ fand das blutige, für die Aufständischen ungünstige Gefecht bei Waghäusel statt und in endlosem, ungeordnetem Zuge strömten die geschlagenen Abteilungen nach Karlsruhe hinein. Am Morgen des 24. Juni war der ganze Marktplatz bedeckt mit Soldaten und Freischärlern in zerrissenen, teilweise blutigen Uniformen, mit vernachlässigten Waffen und vertauschten Ausrüstungsgegenständen. Viele fanden keine Unterkunft und lagen auf den Straßen, den Tornister unter dem Kopf. Geschütze, Munitions- und Bagage-Wagen standen umher und dazwischen drängten sich Soldaten und Fuhrleute mit brennenden Pfeifen und Cigarren, so daß die Bürgerwehr energisch einschreiten mußte, um einer Explosion vorzubeugen. Am 25. Juni zog die Armee weiter, Rastatz zu.

Mit dem geschlagenen Heer war auch Schlöffel, seinem Charakter und Benehmen nach einer der schlimmsten Revolutionäre, wieder nach Karlsruhe gekommen. Dieser hatte es

auf die Weinvorräte des Schlosses abgesehen und so marschierte er in der Nacht zum 25. mit einer Abteilung nach dem Schloß, ließ Georg um 12¼ Uhr morgens wecken und kündigte die Beschlagnahme sämtlicher Weinvorräte an, um sie auf Befehl Mieroslawskys nach Rastatt zu bringen. Georg wehrte sich dagegen mit allen Mitteln, er wurde jedoch schließlich mit Erschießen bedroht und mußte es geschehen lassen, daß um 5½ Uhr morgens mit dem Ausfüllen begonnen wurde. Tags zuvor hatten Treffen bei Bruchsal, Büchenau und Weingarten stattgefunden; man wußte, die Preußen näherten sich Durlach: die Hilfe war also nicht mehr fern. Um 5 Uhr eilte Georg nach Durlach, um sich selbst von dem Stand der Dinge zu überzeugen, aber noch war es zu früh. Bis 12 Uhr waren 4 Wagen abgefahren: ca 7–8 Fuder Gesindewein; die Zugänge zu den besseren Weinen waren früher schon vermauert worden. Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt und im letzten Augenblick versuchte Schlöffel nochmals, die Bürgerwehr zu entwerfen. Wieder wie am 6. Juni standen sich die bewaffneten Abteilungen drohend auf dem Schloßplatz gegenüber; als aber Schlöffels Reden ohne Wirkung blieben, zog er ab ohne Gewalt zu brauchen. Da vernahm man plötzlich Kanonendonner von Durlach her. Man wußte, daß die Nachhut der Aufständischen dort gegen die anrückenden Preußen kämpfte und war sich klar, welchen Ausgang man zu erwarten hatte. Aufatmend eilte die Einwohnerschaft auf die Straßen und bereitete sich vor, die Befreier zu empfangen, während die Revolutionäre, deren Häupter schon lange ihre Koffer gepackt hatten, ja teilweise schon früher ausgerückt waren, schnell das Weite suchten. In mancher stillen Ecke lag Bluse, Schlapput und Uniform, während die gutmütigen Bürger ihre Kleiderschränke öffneten, um aus den wilden Kriegern wieder friedliche Bürger zu machen, damit sie unbehelligt ins Oberland entkommen konnten. Auch Georg half Verschiedenen fort, z. B. Dänzel aus Singen und Ebertag aus Kenzingen, welche er noch aus der Zeit, da er im Oberland tätig war, kannte.

Als das Gefecht bei Durlach in Gang kam, hatte Georg den Schloßturm bestiegen, um den Verlauf zu beobachten. Allmählich sah man auf der Durlacher Allee erst die Freischaren, dann

die Preußen gegen Karlsruhe ziehen. Letztere sandten, ungewiß, welcher Empfang ihnen zu Teil würde, erst einige Vollkugeln in die Stadt. Nachdem aber der Bürgermeister und der Kommandant der Bürgerwehr (Oberst Gerber) dem Prinzen von Preußen vor das Durlacher Tor entgegen geritten waren und ihn von der Lage unterrichtet hatten, vollzog sich gegen 2¼ Uhr der Einzug ohne Störung. Die Sieger zogen unter lebhafter Begrüßung der Einwohnerschaft durch die Langestraße (Kaiserstraße) und die Karl Friedrichstraße nach dem Schloß wo rasch die Fensterläden geöffnet worden waren und die Lakaien geschäftig hin und her eilten. Um 3 Uhr konnte Georg den Prinzen Wilhelm mit dem Prinzen Friedrich Karl und Gefolge in die schnell bereitgestellten Gemächer führen.

Am folgenden Tag, den 26. Juni, hatte Georg zunächst Unterredungen mit dem Fürsten Pückler und dem Grafen von der Goltz. Um 1 Uhr wurde er von Prinz Wilhelm in Audienz empfangen, der ihm seine volle Anerkennung für sein treues Ausharren und tatkräftiges Handeln in so schwieriger Lage aussprach. Unter anderem sagt er auch: „ich war in ruhigen Zeiten hier in diesem Schlosse als Freund; ich komme wieder als Freund in traurigen Verhältnissen.“ Georg nahm dann Veranlassung auf die Gefährdung der Schlösser Baden, Favorite und Ebersteinburg, welche ihm auch unterstellt waren, hinzuweisen und erhielt bezüglich dieser beruhigende Versicherungen . . . Seine Sorge galt nun dem Schutze der genannten Schlösser und ihrer Kunstschätze, wozu er seine Unterbeamten fortwährend in Bewegung hielt. Dann mußten die Räume des Schlosses wieder in Stand gesetzt, gereinigt und ausgebessert werden, die verborgen gewesenen Kostbarkeiten und Waffen wieder herbeigeschafft und die Bilder kamen wieder in ihre Rahmen. Was abgegeben oder geraubt worden war, wurde sorgfältig auf Listen zusammengestellt. Georg hatte die Anführer und Zeugen bei diesen Vorkommnissen jeweils notiert und so konnte dem Verbleib nachgeforscht oder die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Am 29. Juni zog die Hauptmacht der Bundestruppen weiter gegen Rastatt, welches regelrecht belagert wurde. In Karlsruhe, welches

schon vorher in Kriegszustand erklärt worden war, verblieb eine Garnison. Auch Georg hatte sieben Mann im Quartier. Alle Waffen mußten abgeliefert werden, jeder Fremde mußte sich durch einen Paß ausweisen können, die Polizeistunde wurde auf 11 Uhr, später auf 10 Uhr festgesetzt und außerdem eine Menge Verordnungen erlassen, welche den Bürgern wenig erfreulich waren, ja sogar verbitternd wirkten. Dann begannen die Kriegsgerichtsverhandlungen gegen die zahlreich eingebrachten Gefangenen; Fahndungen und Steckbriefe wurden erlassen und als gar am 23. Juni Rastatt gefallen war, wurde die Stimmung immer düsterer, denn die Zeitungen brachten täglich Berichte über verhängte Kerkerhaft und die Vollstreckung von Todesstrafen an ergriffenen Aufständischen. Mancher war dabei, der noch vor kurzem bei der Regierung in Karlsruhe eine Rolle gespielt hatte.

Am 27. und 28. Juli brachte Georg in Begleitung des Oberrevisors Forstmeyer die Silberkammer von Straßburg wieder ins Schloß zurück.

Am 15. Juli wurde er zum Großherzog nach Mainz gerufen, um demselben persönlichen Bericht zu erstatten . . .

Indessen waren die Vorbereitungen zur Rückfahrt des Großherzogs in seine Residenz im Gange. Am 11. August abends kam der Prinz von Preußen wieder nach Karlsruhe zurück und Samstag, den 18. August hielt Großherzog Leopold seinen feierlichen Einzug in Karlsruhe. Bis Mayau (wohl Maxau) war er im Dampfschiff gefahren, wurde dort von den früher eingetroffenen Mitgliedern seiner Familie und dem Prinzen von Preußen begrüßt und zog dann über Knielingen und Mühlburg in die festlich geschmückte, von dem Jubel der Einwohner erfüllte Stadt ein. Nach und nach gewann diese wieder ihr altes Aussehen – Das Geschäftsleben allerdings hatte durch den Aufstand sehr notgelitten. Es kamen massenhaft Ganten vor, die Einwohnerzahl sank in Karlsruhe auf 25 402 und ähnlich verhielt es sich in den anderen badischen Stadt- und Landgemeinden. Der Wert der Grundstücke fiel teilweise bis auf ein Drittel des wirklichen Wertes und viele Badener wanderten nach Amerika aus; man schätzt die Zahl derselben auf ⁸ Bürger.

Teilweise gaben Staat und Gemeinden Zuschüsse, um die zahlreichen Arbeitslosen und Bettler durch Auswanderung loszuwerden. Erst nach und nach entstanden wieder Arbeitsgelegenheiten, die Krisis in Handel und Wandel währte aber noch lange, bis in die Mitte der sechziger Jahre, um dann wieder aufs neue einzusetzen durch die Kriege gegen Dänemark 1864 und gegen Österreich 1866“.

Aus dem Vorstehenden wird deutlich, welche wichtige Funktion dem Domänenrat Georg Schmidt in jenen Tagen zugefallen war. Ohne Rücksprache nehmen zu können, mußte er oft wichtige Entscheidungen treffen. Dank seiner Umsicht und Besonnenheit gelang es ihm, so manches Unheil vom Schloß abzuwenden. Noch vor der Rückkehr nach Karlsruhe verlieh ihm Großherzog Leopold den Orden vom Zähringer Löwen, verbunden mit einem Dankschreiben:

„Mein lieber geheimer Finanzrat Schmidt!

Durch die ausgezeichneten Verdienste, welche Sie mir seither, besonders aber in den letzten drei Monaten unter den schwierigsten Verhältnissen mit seltener Hingebung und Treue geleistet haben, finde ich mich veranlaßt, Ihnen meine dankbare Anerkennung auch durch ein öffentliches Merkmal an den Tag zu legen. Empfangen Sie in dem beifolgenden Ritterkreuze Meines Ordens vom Zähringer Löwen ein wohlverdientes Ehrenzeichen und seien Sie stets der vorzüglichen Achtung und Wertschätzung versichert, womit ich verbleibe

Ihr wohlgeneigter

Leopold

Mainz, 16. August 1849.“

Ein weiteres Zeichen des guten Verhältnisses der beiden Männer war die Ernennung zum Mitglied des Oberhofverwaltungsrates und der Hofdomänenintendanz, was noch einen engeren Umgang der beiden zur Folge hatte. Nach dem Tod des Großherzogs im April 1852 verlor jedoch Georg Schmidt seine Vertrauensposition. Neider der großherzoglichen Gunst traten nun auf, und der junge Prinzregent, später Großherzog Friedrich I., berief jüngere Beamte in seine unmittelbare Umgebung. Nach einigen unerquicklichen Vorkommnissen ließ sich

Georg im Dezember 1852 als Geheimer Finanzrat zur Hofdomänenkammer zurückversetzen. Noch immer im aktiven Dienst, inzwischen aber mit der Leitung der Behörde betraut, starb er mit 69 Jahren am 1. Mai 1868.

Seine Schilderungen, gesehen von der Seite eines Hofbeamten, bleiben ein beredtes und lebendiges Zeugnis von den unruhigen Tagen im Frühsommer 1849.

Anmerkungen

1. Die Familienchronik wurde vor dem Ersten Weltkrieg und in den Dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts von Hermann Schmidt-Staub aus Pforzheim nach Tagebuchaufzeichnungen, sonstigem umfangreichem Material der Familie sowie nach Erzählungen noch lebender Familienmitglieder, unter anderem der Witwe Georg Schmidts, zusammengestellt. Werkstatt und Ladengeschäft der Uhrmacherfamilie Schmidt, von denen Gustav Schmidt 1872 den Mädchennamen seiner Frau Luise Staub, anfügte, wechselten im Laufe des 19. Jahrhunderts mehrfach die Lage. Das Geschäft, damals gegenüber der Hauptpost, wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegeben.

2. Eine Kopie der Chronik gelangte vor einigen Jahren zusammen mit Uhren verschiedener Mitglieder der Familie in das Badische Landesmuseum.
3. Das Badische Landesmuseum konnte vor einigen Jahren die Porträts des Paares sowie einen Birnkrug mit ihren Namen und einem Uhrschild als Berufselement des Ehemannes erwerben.
4. Der Spitalplatz ist der heutige Lidellplatz.
5. Der Text ist ohne Veränderung übernommen; ausgelassen wurden lediglich zwei kurze, unwichtige Passagen.
6. Gemeint ist wohl das Staatsministerium.
7. Die Schlacht fand am 21. Juni statt.
8. Die Zahl ist in der Chronik offen geblieben. Laut einer Statistik wanderten zwischen 1850–1855 allein aus Baden 86 410 Personen aus, davon die meisten nach Nordamerika (s. Begleitband zur Ausstellung Baden, Land – Stadt – Volk, 1806–1871, veranstaltet vom Generallandesarchiv Karlsruhe, Schriftenreihe der Gesellschaft für kulturhistorische Dokumentation, Band 3, Karlsruhe 1980, S. 121).

Anschrift der Autorin:
Dr. Rosemarie Stratmann-Döhler
Bismarckstraße 9
76133 Karlsruhe

Revolution Revolution

KARL MOERSCH



GEDICHTE
UND DOKUMENTE
ZU DEN JAHREN
1848/1849

DRW

Drei Weinheimer Schlaglichter auf 1848/49

1. FRIEDRICH HECKER UND SEINE WEINHEIMER

Unter den Orten Badens, deren Bewohner Friedrich Hecker quasi als einen der Ihren beanspruchen konnten, gehört nicht zuletzt Weinheim an der Bergstraße¹. Warum dies so ist, sollen diese Zeilen darlegen, die der reichhaltigen Literatur über den Heckermythos oder Heckerkult noch eine Miniatur hinzufügen.²

1865 veröffentlichte Gustav Struve in der „Gartenlaube“³ einen Brief Friedrich Heckers vom Dezember 1863, in dem der damalige Colonel und Kommandeur einer Brigade der Nordstaaten über die Schlacht bei Chattanooga (23.–25. November 1863) berichtet, die nach dreitägigem Ringen die Konföderierten zu einem ungeordneten Rückzug zwang. Heckers Siegesfreude über diese „süperbe Action“ des Generals Grant wurde gedämpft durch die Verluste, die damit verbunden waren: „Hier fiel



Inschrifftafel an der Gartenhalle „Zur Burg Windeck“ mit der Erwähnung Heckers; Weinheim, Müllheimer Talstr. 100; Zustand vor dem Abriß, um 1995

(Foto: W. Titze/Stadtarchiv Weinheim)

mancher unserer Braven. Darunter auch Fritz Keßler, Sohn meines alten Weinheimer Wahlmannes . . .“ Der „Weinheimer Wahlmann“ war der Kupferschmied Peter Keßler, der 1840 zusammen mit anderen „dahier bekannten politischen Umtreibern“ durch seine Teilnahme an einem Weinheimer „Hambacher Fest im Kleinen“, so Oberamtmann Gockel, polizeilich aktenkundig wurde. 1843, bei der Wiederwahl des Friedrich Hecker zum Abgeordneten der Zweiten Kammer für den Wahlkreis Weinheim-Ladenburg, war Keßler unter den Weinheimer Wahlmännern, die Hecker ihre Stimme gegeben haben dürften.

1848 war er auch Wahlmann für die Wahl zur Nationalversammlung und beteiligte sich an einem Komitee für die Gründung einer Weinheimer Bürgerwehr, die allerdings u. a. deswegen nicht zustandekam, da eine mögliche Beteiligung von Staatsdienern „bei diesem bürgerlichen Institute“ auf Ablehnung stieß. Im Frühjahr 1849 wanderte er mit Ehefrau und 5 Kindern in die Vereinigten Staaten aus. Das liegenschaftliche Vermögen der Familie wurde zum Zeitpunkt der Auswanderung auf ca. 11 000 Gulden geschätzt, womit Keßler zum vermögenderen Teil der Weinheimer Kleinbürgergesellschaft zu zählen ist. Unter den 5 Kindern, die das Ehepaar Keßler mit in die USA nahm, befand sich auch der oben genannte Sohn Fritz (Friedrich), geboren am 13. April 1842. Sein Taufpate war Gastwirt Friedrich Härter, der als Ehemann der Elisabeth, geb. Keßler, gleichzeitig sein Onkel war. Härters Bedeutung als Führer der Weinheimer Demokraten ist unten ausgeführt, es sei nur daran erinnert, daß es über ihn heißt, „politische Aufhetzer wie Hecker“ hätten ihm den Kopf verdreht und ihn zum fanatischen Anhänger der revolutionären Ideen werden lassen. Damit schließt sich sozusagen ein Kreis, in den sich die wechselseitigen Beziehungen Heckers zu „seinen“ Weinheimern einbeschreiben lassen.

Diese Beziehungen waren nicht nur politischer Natur. Erinnert sei hier daran, daß Friedrich Hecker insofern familiäre Wurzeln in Weinheim besaß, als eine seiner Großmütter aus Weinheim stammte und zwar die am 19. Juni 1738 in Weinheim geborene Johanna Susanna Salome Ruprecht, Ehefrau seines Großvaters Johann Georg Hecker⁴. Daneben bestan-

den auch berufliche Beziehungen. Heckers Vater, Hofrat Josef Hecker vertrat bekanntlich als „Familienconsulent“ die Interessen der Familie von Venningen, die über eine Erbschaft in den Besitz der ehemaligen Ulnerschen Grundherrschaft in Weinheim, in benachbarten Orten an der Bergstraße, im Odenwald und am unteren Neckar gelangt war. Der Advokat Dr. Friedrich Hecker hatte diese Interessensvertretung zumindest teilweise übernommen und so gelangte seine Unterschrift in die Grundbücher der betreffenden Orte, als 1837 die einstige Ulnersche Grundherrschaft aus den Händen des Barons Carl Theodor von Venningen an die Gräfin Auguste von Waldner-Freundstein überging⁵.

Von ungleich größerer Bedeutung war aber die politische Ebene, auf der Friedrich Hecker seine Beziehungen nach Weinheim pflegte und dies vor allem, seit ihm ab 1842 das Mandat in der Zweiten Kammer für Weinheim-Ladenburg als Nachfolger von Karl Theodor Welcker zugefallen war. In dieser Eigenschaft hatte Hecker einen großen Auftritt bei der Weinheimer Verfassungsfeier vom 22. August 1843. In der Rede, die er aus diesem Anlaß auf dem Weinheimer Marktplatz hielt, sprach er wohl so richtig den Weinheimer Kleinbürgern – Handwerkern, Ladenbesitzern, Landwirten und Tagelöhnern – aus dem Herz. Zitiert sei hier nur die Stelle, in der es hieß: „Jeder soll steuern nach Vermögen, darum müssen wir ein gerechteres Besteuerungssystem erringen. Nicht fürder soll der Landmann von der verpfändeten Hütte mehr steuern als der reiche Rentner, der vielleicht nur von 500 Gulden die Steuern gibt. Ebenso soll jeder Bürger die Waffen tragen müssen für das Vaterland und nicht der Sohn des Armen allein dazu verdammt sein, weil der Sohn des Reichen sich loskaufen kann.“ Als dann an der abendlichen Festtafel im Weinheimer „Pfälzer Hof“ sich Amtmann Gockel kritisch zu den Ausführungen Heckers äußerte, löste er damit einen Eklat aus, der zum vorzeitigen Ende der Feier führte. Amtmann Gockel mußte selbst feststellen, daß er mit seinem Ausfall gegen Hecker „unter Hunderten so ziemlich allein“ stand. Angriffe auf Hecker ließen sich seine Weinheimer Wähler und Anhänger nicht bieten! Nur wenige Wochen nach der Verfassungsfeier hatten die Weinheimer

erneut Gelegenheit, ihrem Abgeordneten zuzujubeln, als er am 24. September zusammen mit Adam von Itzstein und Alexander von Soiron den bei ihm zu Gast weilenden Heinrich Hoffmann von Fallersleben nach Weinheim geleitete, wo in Härters Gastwirtschaft den „Volksfreunden“ ein großer Empfang bereitet wurde. Am 20. November dieses Jahres fand schließlich zur Feier der Wiederwahl Heckers ein Fest in Weinheim statt, bei dem der aus Weinheim stammende Georg Friedrich Schlatter, damals Pfarrer in Heddeshheim, 1849 Alterspräsident der Konstituierenden Versammlung, in einer Ansprache Heckers Wiederwahl feierte. Der in der Rede zwar nicht namentlich, aber doch für alle Anwesenden erkennbar angegriffene Oberamtmann Gockel führte in einem Bericht aus, Schlatter sei vor der Wahl Heckers fast jeden Tag in Weinheim gewesen und habe dort „in verschiedenen Wirtshäusern politische Reden gehalten“ und anlässlich des Festes wiederum „mehrere aufreizende“ Trinksprüche ausgebracht.

Welche bemerkenswerte Blüten die Verehrung, derer sich Hecker bei seinen Anhängern sicher sein konnte, schon 1844 trieb, spricht aus einem Eingesandt von „Bürgern aus dem Weinheim-Ladenburger Wahlbezirk“ in der Mannheimer Abendzeitung vom 7. Februar 1844, worin wiederum Bezug genommen wurde auf einen Artikel aus Weinheim im Mannheimer Morgenblatt. Die genannten Bürger legten Wert auf die Feststellung: „daß, wenn unser rühriger und freimüthiger Deputirter, Dr. Hecker, nach einem ehrenvollen Abmühen genöthigt würde, sich schon im kräftigen Mannesalter auf eine Pensionsstreu zu legen, wir ihn aus Erkenntlichkeit mit recht weichen und erquickenden Kissen begaben würden; einem Manne, der als ehrenhafter Bürger, liebevoller Vater und treuer Gatte allgemein geachtet ist, würden sich aber auch Jungfrauen ohne Unehre und Gefahr zur sorglichen Pflege erbiehen können,“ nutze Hecker doch seine Stellung „nur zu rein patriotischen und ehrenvollen Zwecken“.

Am 27. Oktober 1844 trafen sich Hecker und Teile seiner Weinheimer Anhängerschaft – die „ehrenfesten Weinheimer“ – erneut zu einer politischen Demonstration. An diesem Tage wurde Pfarrer Schlatter in Heddeshheim

verabschiedet; der kirchlichen und weltlichen Obrigkeit längst unbequem geworden, mußte er seine Heddeshheimer Pfarrstelle räumen, um auf die „Strafpfarrei“ Mühlbach im Kraichgau überzusiedeln. Hecker würdigte in einem Trinkspruch beim Abschiedessen den „Freimut“, die „Furchtlosigkeit“ und die „Charakterfestigkeit“ seines Gesinnungsfreundes und Wahlhelfers von 1843.

Als sich Hecker 1847 mit Plänen zu einer Auswanderung nach Algerien befaßte und sein Landtagsmandat niederlegte, begründete er diesen Schritt in einer Erklärung vom 6. März 1847 „An die verehrlichen Wähler und Wahlmänner des fünfunddreißigsten Ämterwahlbezirks Weinheim und Ladenburg“. Hecker konnte hier die Artigkeiten, die ihm von seinen Anhängern zuteil geworden waren, öffentlich erwidern: „Mein Herz bewahrt in dankbarer Erinnerung, daß Sie, meine Mitbürger es waren, welche mir die Bahn politischer Thätigkeit eröffneten, auf welcher ich das Wissen erweitern, die richtigen Ansichten über Staat und Gesellschaft von höherem Standpunkte aus gewinnen konnte und große Ehre und Dank ärtete. [. . .] Genehmigen Sie die Versicherung der dankbaren Freundschaft und der aufrichtigsten Hochachtung, mit der ich immerdar bin“ [. . .]. Der endgültige Abschied Heckers von seinen Weinheimern war freilich noch nicht gekommen, da Hecker seine Auswanderungspläne fallen ließ und im Herbst des Jahres von seinen Wählern erneut mit einem Mandat für die Zweite Kammer betraut wurde.

Mit der Offenburger Volksversammlung und den hier verkündeten „Forderungen des Volkes“ vom 12. September 1847 gewann die politische Entwicklung in Baden eine neue Qualität und erfuhr zugleich eine spürbare Beschleunigung. Die unter der Beteiligung Heckers formulierten „Forderungen“ fanden auch in Weinheim Unterstützung, was sich an zwei Petitionen belegen läßt. In ihrer Petition vom 21. Januar 1848 stellten sich die Weinheimer Handwerker eindeutig auf den Boden der Offenburger Forderungen, wenn sie die „immer steigende Macht des Geldes“ und den „Einfluß des Kapitals“ beklagten und eine Minderung der Steuerlast verlangten. Vom 27. Januar 1848 datiert eine weitere Petition „vieler Bürger aus Weinheim, die Einführung von

Schwur- und Vergleichsgerichten betreffend“, die einmal ebenfalls an die Offenburger Forderungen anknüpft, zum anderen wiederholt, was Friedrich Hecker bereits 1843 vor seinem Weinheimer Publikum in seiner Rede anlässlich der Verfassungsfeier ausgeführt hatte. Als schließlich am 1. März 1848 Gustav von Struve unter der Tür des Sitzungssaales der Zweiten Kammer im Ständehaus zu Karlsruhe dem Abgeordneten Hecker das Bündel von Petitionen zur Unterstützung der berühmten Mannheimer Forderungen vom 27. Februar übergab, dürfte darunter auch die „Petition vieler Bürger und Einwohner der Stadt Weinheim die endliche Erfüllung der gerechten Forderungen des Volkes betreffend“ vom 29. Februar gelegen haben.

Ende März, Anfang April tagte das Frankfurter Vorparlament; Hecker war Mitglied dieser Versammlung, deren Debatten in Weinheim aufmerksam verfolgt wurden. Am 2. April kam es zu der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der demokratisch-republikanischen Richtung um Hecker und Struve und den Gemäßigten, zu deren führenden Repräsentanten Karl Mathy zählte. Hecker, der für seine Positionen keine Mehrheit fand, beantwortete dies mit seinem Auszug aus der Versammlung. In einem Brief schilderte Karl Mathy diesen Vorgang: „Hier [in Frankfurt] haben wir Gelegenheit, noch weit tiefere Blicke in die Herzen zu thun als in Karlsruhe. Die Nation ist für uns. Ein Abgesandter von 200 Weinheimer Bürgern kam bei Tische zu uns, um uns zu erklären, sie seien über das Betragen ihres Deputierten Hecker entrüstet.“ Als die Nachricht von dieser Erklärung kurz darauf durch die Presse ging, löste sie Empörung bei den Weinheimer Demokraten aus. Sie entsandten ihrerseits am 6. April eine Delegation zu Friedrich Hecker nach Mannheim, wohin dieser nach seinem endgültigen Bruch mit dem Vorparlament zurückgekehrt war. Die Mannheimer Abendzeitung vom 7. April schrieb darüber: „Mannheim, 6. April. Das ‚Frankfurter‘, das ‚Mannheimer‘ und andere ‚Journale‘ berichten von einer Deputation von Weinheimern, welche in Frankfurt die Sympathien der Bürgerschaft von Weinheim mit der Mehrheit des ‚Vorparlament‘ ausgesprochen und angekündigt hätten, daß 200 bewaffnete

Weinheimer zum Schutze jener Versammlung bereitstünden. Diese Nachricht entbehrt aller Wahrheit und hat in Weinheim die größte Entrüstung hervorgerufen. Mehrere angesehene Bürger dieser Stadt haben sich sofort heute hierher begeben, um dem Abgeordneten Hecker dieß darzulegen und um ihre und die Zustimmung der meisten ihrer Mitbürger mit seinem Auftreten in Frankfurt kund zu tun. Jene Männer haben uns persönlich ihren Unmuth über die schmachliche Verleumdung ausgedrückt und uns ersucht, die Sache öffentlich dafür zu erklären. Das Ganze erscheint ihnen als eine Darmstädter Evolutionserfindung, zu deren Anhaltspunkt ein Weinheimer Schwachkopf gedient habe.“

Leider verschweigt uns die Mannheimer Abendzeitung die Namen der „angesehenen Bürger“ Weinheims, die zu Besuch bei Friedrich Hecker erschienen, wenige Tage bevor dieser den Versuch unternahm, die deutsche Republik mit Gewalt zu erzwingen. Möglich wäre es aber, daß es sich hierbei um den Gastwirt Friedrich Härter, Altbürgermeister Philipp Kraft und den Adlerwirt Philipp Adam Scheuermann handelte. Über diese drei Weinheimer Demokraten berichtete nämlich Amtmann Dominik Herterich, der zweite Beamte des Bezirksamtes, sie hätten Hecker in Mannheim aufgesucht, und es sei nach ihrer Rückkehr mit „Sensenschmieden“ und „Draufschlagen“ gedroht worden.

Ob Friedrich Hecker die Abgesandten der Weinheimer Demokraten in seine Pläne eingeweiht hatte, läßt sich nicht sagen. Sicher ist, daß die Nachrichten vom Heckerzug in Weinheim große Spannung auslösten. Der unbekannte Beobachter der Lage in Weinheim schreibt, daß am Ostersonntag – also noch nach dem Gefecht bei Kandern – die „Hauptleute der Partei“ den Bahnhof besetzt hatten, um „von Zug zu Zug wahrscheinlich auf Angriffs-Ordre“ zu warten; „alles lief durcheinander mit Gewehr und rüstete sich, und den Gesichter nach war ihre Zuversicht hochgeschwollen.“

Heckers Scheitern dürfte auch bei seinen Weinheimer Anhängern große Enttäuschung ausgelöst haben; wie es scheint, suchte man sich in einer Art von Trotzhaltung über die Niederlage hinwegzutrusten. Amtmann Herte-

rich wenigstens berichtet, daß nach dem Mißlingen des Heckerzuges mit einem „anderen Überfall“ gedroht worden sei.

Wie anderwärts, so hatte auch in Weinheim Heckers Scheitern seiner Popularität keinen Abbruch getan. Im Gegenteil: seine Flucht ins Schweizer Exil und schließlich sein Abzug in die USA machten ihn erst recht zum Mythos. Im erwähnten Bericht des Amtmannes Hertelich heißt es, man habe fortan in Weinheim Tag und Nacht „Hecker“ und „Republik“ gerufen und das Heckerlied gesungen. In einem Brief vom 24. Mai 1848 richtete Adam von Itzstein dem in Muttenz in der Schweiz weilenden Friedrich Hecker „Herzliche Grüße von deinen wahren Wählern in Weinheim und Landenburg“ aus⁶.

Anfang Juni kam es dann in Weinheim zu einem Eklat, der ein weiteres bezeichnendes Licht auf die Weinheimer Heckerverehrung wirft. Laut einer Meldung in der Mannheimer Abendzeitung vom 8. Juni 1848 sprachen der Polizeiwachtmeister, zwei Gendarmen und der Amtsdieners des Bezirksamtes in einem Weinheimer Gasthaus, in dem ein Bild Heckers hing, dem Alkohol offenbar mehr zu, als ihnen zuträglich war; dabei nannten sie Hecker einen „Spitzbuben, Räuber und Mordbrenner“. Außerdem „mißhandelten sie zuletzt Heckers Portrait und beschmutzten dasselbe mit den Worten: ‚Da, Kerl, freiß, Ihr werdet doch jetzt Hunger haben.‘“ Als einige Anwesende gegen diesen Ausfall protestierten, wurden sie von den Vertretern der Obrigkeit als „Rebellen“ bezeichnet unter dem Hinzufügen, die Stadt müsse in den Kriegszustand versetzt werden. Bevor es zu Schlimmerem kam, erschien der von Augenzeugen der Szene herbeigerufene Amtmann von Krafft-Ebing, dem es gelang, die Wogen zu glätten. Von einem ähnlichen Vorfall im Spätjahr 1848 berichtet unser bereits zitierter unbekannter Weinheimer Beobachter. Seinen „Notizen“ zufolge zerschlugen hessische Soldaten, die auf ihrem Rückmarsch nach der Bekämpfung des Struve-Putsches in Weinheim Quartier nahmen, ein Hecker-Portrait; ein „arger Skandal von Seiten der Radicalen“ sei die Antwort gewesen. Nur die Anwesenheit von 1200 Hessen habe eine weitergehende Reaktion verhindert⁷.

Als Heckers Vorhaben, in die USA zu gehen, in Weinheim bekannt wurde, richtete am 12. August 1848 eine Anzahl Weinheimer Bürger ein ziemlich ungelenktes Schreiben an ihr Idol, um Hecker zum Bleiben zu veranlassen⁸. Ein bezeichnendes Licht auf die Entstehung des Heckermythos wirft der Brief insofern, als Hecker hier nicht nur als der Mann des Wortes bezeichnet wird – als solchen hatten ihn die Weinheimer selbst mehrfach aus nächster Nähe erlebt –, sondern als Mann der Tat „von eisenfester Konsequenz“.

„Edler deutscher Mann!!!

Mit tiefem Betrübten haben wir die Kunde vernommen, daß Sie Sich entschlossen hätten, Deutschland zu verlassen und Ihren künftigen Wohnsitz in Nordamerika nehmen wollten. So sehr wir es achten müssen, daß [von anderer Hand am Rand eingefügt: Sie] Ihre Thaten beweisen und Ihre Worte aufrichtig waren; nemlich daß Sie die Freiheit des Volkes ernstlich lieben und in derselben leben wollen, so schmerzlich muß uns der Gedanke ergreifen, den Vorkämpfer und Führer für deutsche Freiheit für uns, und wenn auch nur auf eine kürzere Zeit, entrückt zu sehen. Unsere Zeitumstände gehören durch und durch geordnet, das fühlen nicht nur die entschiedeneren Fortschrittsmänner, sondern auch die Wakler, Fackelhanzen, die s. g. Parlamentirer, die, endlich aus ihrer Lethargie erwacht, zu ihrer Selbstbeschämung einsehen, daß sie zu ihrem Nachtheile als Kinder am Gängelbände herumgeführt werden.

Zur Ordnung unserer Undinge, ist es aber nothwendig, einen Mann von tiefen Kenntnissen, noblen [unleserlich] und eisenfester Konsequenz an der Spitze zu haben, und dieser Mann ‚Verehrtester‘ – ist Ihre Person, die durch Wort und That das Vertrauen des Volkes sich auf das Unzweideutigste erworben hat. Wir führen, ohne Ihnen Vorwürfe machen zu wollen, Ihnen Ihre eigene Worte vor, die Sie bei einem Besuche bei uns im Wirthshause zum Lamm aussprachen, als das Gerücht verbreitet war, Hofmann von Fallersleben wolle nach Texas übersiedeln: ‚Hofmann der Volks-sänger ist dem deutschen Volke unentbehrlich; man unterstütze und veranlasse ihn, in Deutschland zu verbleiben.‘

Wir rufen Ihnen aber zu: Hecker, der Mann des Volkes, ist Deutschland der unentbehrlichste und Er soll uns nicht verlassen. —!

Mögen auch die Schicksalstücke Ihnen bis daher verfolgt haben, die Volksliebe und das Volksvertrauen, der schönste Preiß des menschlichen Wirkens ist Ihnen geblieben, und ehe der letzte Abend Ihrer Tage sich neigt, werden Sie Lohn finden für Ihre uneigennützig-e Aufopferung, das Volkswohl zu erzielen.

Uns Unterzeichnete sind Sie tief in unsere Brust eingepägt, und wir sind bereit, für Sie selbst unser Theuerstes in die Schanze zu schlagen, und erwarten auch von Ihnen die Zutagelegung der Gegengefühle, die ganz allein nur darin bestehen können, daß Sie bei uns verbleiben.

Wir sehen einer demnächstigen gefälligen Antwort entgegen und zeichnen unter brüderlichem Gruß und deutschem Handschlag . . .“

Der Brief trägt die Unterschrift von 10 Weinheimern; unter den leserlichen Unterschriften sind die des Gerbers und Altbürgermeisters Philipp Kraft, Bürgermeister von 1838–1844, der zu den Weinheimer Oppositionellen der ersten Stunde zu rechnen ist und auch in den Anschlag auf die Main-Neckar-Bahn von September 1848 verwickelt war. Ferner unterzeichnete der Tagelöhner und Arbeiter bei Philipp Kraft Johannes Eberhard; er wird wie sein Arbeitgeber als Mitglied im Volksverein genannt und war ebenfalls an der Vorbereitung des Eisenbahnanschlags beteiligt. Dies gilt auch für den Unterzeichner Schuhmachermeister Valentin Leonhard, der für seine Beteiligung an der Revolution nach mehrfacher Untersuchungshaft zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, dank eines Gnadenerlasses durch Großherzog Friedrich jedoch nur weniger als 1 Jahr in Bruchsal absitzen mußte. Der Unterzeichner Michael Fild ist vermutlich der Pflugwirt und damit identisch mit jenem Michael Fild, der 1851 wegen Singen des Heckerliedes vom Bezirksamt mit einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen belegt wurde! Pflugwirt Fild folgte noch 1851 dem Beispiel des Friedrich Hecker und wanderte mit seiner Familie in die Vereinigten Staaten aus⁹. Sein Bruder Jakob Fild, Küfer und Gastwirt, hatte diesen Schritt schon 1850 vollzogen; er war Mitglied im

Volksverein; seine Gastwirtschaft am Weinheimer Bahnhof diente am 23. September 1848 als Sammelpunkt für die Teilnehmer am Anschlag auf die Main-Neckar-Bahn. Die anderen Unterzeichner: Friedrich Knebel, der Arzt Friedrich Leist und der Uhrmacher Philipp Leist sind im Umfeld der Jahre 1848/49 weiter nicht gerichtsnotorisch hervorgetreten. Es wäre denkbar, daß der Brief an einem Tisch in Michael Filds Gastwirtschaft „Zum Pflug“ am Roßmarkt entstanden ist, wo die Unterzeichner in einer politisierenden Runde zusammensaßen.

Ob Friedrich Hecker auf den Brief aus Weinheim antwortete, ist unbekannt. Sicher ist nur, daß auch dieser Brief, gleich einer Reihe anderer Schreiben¹⁰, ihn von seinem Entschluß, Europa den Rücken zu kehren, nicht abhalten konnte. Unter diesen Umständen konnte auch die Weinheimer Volksversammlung vom 3. September 1848 nur eine Huldigung für den abwesenden Hecker sein. Professor Karl Hagen, der den Wahlkreis Wiesloch–Heidelberg–Weinheim in der Paulskirche vertrat, schmeichelte in seiner Rede den „Männern von Weinheim“ als den Wählern „unseres Hecker (vielfältiges Hoch!)“. „Es lebe unser Hecker“, hieß eine der Parolen, die an diesem Tag die Weinheimer Hauswände schmückten; neben den Bildern von Struve und Schöninger waren Hecker-Bilder an den Häusern angebracht; ein Weinheimer Zimmermeister hatte ein Wachsbildnis Heckers „in Trauer“ in einem Glasgehäuse ausgehängt. Die Gastwirtschaft „Zum goldenen Schwanen“ wurde zu diesem Tag in unfreiwilliger Komik umbenannt in: „Zum goldenen Hecker“. In der Beschreibung des Festzuges hieß es: „Der Zug brauchte etwas lange Zeit, indem er an jedem Haus, wo unseres Heckers Bildniß hing, einen kleinen Halt machte und ein großes Hoch ertönen ließ. — Aber für jeden wackern Republikaner, und etwas Anderes gab es kaum, war es eine freudige Überraschung, an einem Balkon, der zugleich geschmackvoll verziert, zur Rednerbühne diente, mit rothen Blumenblättern ‚Hecker!‘ prangen zu sehen.“ Von einer bezeichnenden konkreten Erwartung, die sich mit dem Namen Heckers verbinden konnte, spricht die Äußerung eines „älteren Mannes aus dem hessischen Odenwald“, der als Teilnehmer des Weinheimer Volksfestes in der Karlsruher Zeitung

vom 7. September 1848 mit den Worten zitiert wird: „wenn doch der Hecker da wäre, damit ich wieder zu meinen Liegenschaften käme, die mir im Jahr 1823 so widerrechtlich entzogen worden sind.“

Hecker aber war und blieb fort. Als die Weinheimer Demokraten am 23. September 1848 mit ihrem Anschlag auf die Main-Neckar-Bahn den Umsturzversuch des Gustav von Struve nachhaltig zu unterstützen hofften, mochten sie glauben, auch im Sinne „ihres“ Hecker zu handeln und Bedingungen zu schaffen, die seine Rückkehr in ein gewandeltes Deutschland erlaubten. Auch diese Hoffnung wurde freilich enttäuscht, und – schlimmer noch – brachte die Beteiligung an dem Anschlag eine ganze Reihe von Weinheimer Demokraten in eine Situation, die mit Haft, Vermögensverlusten, Ruin der Existenz, Krankheit und vorzeitigem Tod verbunden sein konnte. Mehrere Beteiligte entzogen sich durch Flucht ins benachbarte Ausland oder gar in die USA vorübergehend oder für immer dem Zugriff der Strafjustiz. Einige hielten sich zunächst in Straßburg oder Umgebung auf, unter ihnen auch der Weinheimer Bezirkstierarzt Karl Heinrich Lydtin, zeitweiliges Vorstandsmitglied im Weinheimer Volksverein, der dann nach Weißenburg weiterzog. Von dieser Weinheimer Exilantengruppe berichtete Theodor Mögling am 2. November 1848 in einem Brief an Friedrich Hecker in die USA¹¹: „Deine Weinheimer schließen sich scheinbar auf deine Re(kommen)dition sehr an mich an, so wie einer hierher kommt, sucht er mich auf, u. sind meist brave tüchtige (. . .). Namentlich kam mehrmals ein Doktor aus Weinheim [Lydtin], der seit der letzten Affäre auch flüch(tig) ist, und in Weissenburg wohnt, zu mir. Er läßt Dich herzlich grüßen. Er meint, er würde (. . .) nach Amerika gehen, aber vorher müsse er sich rächen.“ Bemerkenswert an diesen Zeilen ist der Hinweis auf das Fortbestehen einer gewissen Kommunikation zwischen Friedrich Hecker und „seinen“ Weinheimern trotz der ungünstigen Bedingungen, die durch Heckers Weggang und die Folgen des Struve-Putsches geschaffen waren. Tierarzt Lydtin übrigens kreuzte während des Aufstandes von 1849 tatsächlich noch einmal in Weinheim auf, in der Hoffnung, seine alte Stelle wieder einneh-

men zu können. Von einer besonders aktiven Beteiligung Lydtins am Aufstand, also von der angekündigten Rache, war freilich nicht viel zu spüren. Nach dem Scheitern des Aufstandes zog sich Lydtin wieder ins Elsaß zurück, wo er in Selz praktizierte und von den badischen Behörden mißtrauisch beobachtet wurde.

Ebenfalls Anfang November berichtete der Weinheimer Amtmann über die Lage in Weinheim an das Innenministerium. Weinheim, so der Amtmann, sei die „durchwühlteste Gemeinde von ganz Deutschland“. Die Verworfenheit habe hier einen Höhepunkt erreicht, wie ihn selbst die Geschichte Frankreichs kaum aufzuweisen vermöge. Statt Beten, Lesen und Schreiben zu lehren, pflanze man hier den Kindern das Heckerlied und den Ruf „Es lebe die Freiheit, es lebe die Republik“ ein¹². Dies kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß durch die Strafverfolgung gegen die Weinheimer Eisenbahndemolierer die Organisation der Weinheimer Demokraten einen herben Schlag erlitten hatte, von dem sie sich bis in den Maiaufstand von 1849 nicht wieder so recht erholte. Statt dessen versuchten die Konstitutionellen in Weinheim nunmehr ihr Glück mit der Gründung des Vaterländischen Vereins und eines bewaffneten Korps „zum gegenseitigen Schutz von Leben und Eigentum“. Diese Bürgerwehr der Honoratioren wurde im demokratischen Lager als „Angstgarde“ verspottet; in diesem Zusammenhang dürfte ein Vers entstanden sein, den vor einigen Jahren noch ein betagter Weinheimer dem Verfasser mit der Bemerkung zitierte, er habe diesen Spruch vielfach von seinem Vater gehört: „Hecker unn Blum – schmeißt mit'm Struwel die Angstgard um!“

Derart bewahrten sich die Weinheimer ihren Friedrich Hecker im Gedächtnis, während die Hecker-Porträts spätestens mit dem Einzug der Interventionstruppen Mitte Juni 1849 aus den Weinheimer Wirts- und Wohnstuben verschwunden sein dürften. Daß ab und zu auch noch das Heckerlied gesungen wurde, wenn Vertreter der Obrigkeit gerade nicht zuhörten, darf angenommen werden; der oben genannte Michael Fild war da offenbar zu unvorsichtig gewesen. Eine gewisse Enttäuschung oder Ernüchterung bezüglich des Idols Friedrich Hecker spricht aus einem Brief, den der einstige

Landwirt und Tagelöhner Jakob Bernhard 1852 aus Buffalo im Staate New York an seine Weinheimer Angehörigen schrieb. Bernhard hatte sich nach dem Anschlag auf die Main-Neckar-Bahn abgesetzt und war in die USA weitergegangen. Nun schrieb er: „Ich bin nicht entschlossen, in Deutschland in Knechtschaft zu bleiben, sondern will die Luft rein und mein freier Herr sein.“ Amerika sei groß, und jeder, der arbeiten wolle, bekomme zu tun. „Vom Hecker hört man wenig, ist nahe bei Sanct Luis im Süden auf einem Landgut und wird sich wenig um die Freiheit bekümmern.“ Ob diese Äußerung bei den Weinheimern Verbreitung fand, ist freilich ungewiß, da das Schreiben Bernhards vermutlich seinen Adressaten erst gar nicht erreichte, sondern gleich bei den Akten landete, die das Bezirksamt über den landesflüchtigen Eisenbahnattentäter führte.

Allerdings war Hecker mitnichten vom rastlosen, entschiedenen Vorkämpfer für Demokratie und soziale Gerechtigkeit zum privatisierenden Farmer geworden, der sich nur noch um sein häusliches Glück kümmerte. Er blieb auch in den USA politisch aktiv bis hin zur Bereitschaft, sein eigenes Leben für die Sache der Union in die Schanze zu schlagen. Das Schicksal des Fritz Keßler, der im amerikanischen Bürgerkrieg sozusagen Seite an Seite mit Friedrich Hecker kämpfte, konnte in Weinheim nicht unbekannt bleiben und belebte damit wohl erneut auch das Bild Heckers als eines Mannes, der „für die Freiheit (zu) sterben“ bereit war, wie es im bekannten Lied lautet. Daß Hecker in Weinheim nicht so schnell in Vergessenheit geriet, läßt sich belegen. Ab 1863 erschien in Weinheim der „Weinheimer Anzeiger“. Verleger, Herausgeber und Drucker war Wilhelm Diesbach, Sohn des entschiedenen Weinheimer Demokraten Friedrich Diesbach, der zur Führungsgruppe der Demokraten in Weinheim gehört hatte und als politischer Flüchtling seit 1849 bis zum Jahreswechsel 1860/61 in der Schweiz lebte; er war in Abwesenheit zu einer Zuchthausstrafe von 6 Jahren verurteilt worden. Sohn Wilhelm hatte sich als Halbwaise nach seiner Schulentlassung 1851 gegen den Willen des Weinheimer Amtmannes ebenfalls in die Schweiz aufgemacht und dort in Solothurn und Genf das Druckerhandwerk erlernt. 1862 kehrte er nach

Weinheim zurück. In seiner Zeitung bot er nun ab 1863 dem abwesenden Friedrich Hecker sozusagen ein Podium.

So war es 1865 dem Herausgeber möglich, dank „der Güte eines Freundes“ einen Brief Heckers über die amerikanischen Verhältnisse nach dem Ende des Sezessionskrieges abzu drucken, in dem Hecker die „Kraft und Machtentfaltung unserer [nordstaatlichen] republikanischen Institutionen“ feierte¹³. 1866 kam „unser Freund Hecker“ (!) erneut mit zwei Briefen zu Wort, in denen er u. a. mit den „fulminanten Schwätzern“ abrechnete und die „Erbärmlichkeit dieser Kraft-Hasen“ anklagte, die er für das Scheitern der großen „Exaltation“ von 1848 verantwortlich machte. Noch immer könne er in Deutschland „nicht ein Jota ernstgewillter Kraft zu Thaten“ entdecken. Nach dem Sieg Preußens über Österreich plagte ihn weiter die Ahnung, daß der Name „Deutschland“ dem Namen „Preußen“ weichen müssen und warnte vor dem Despotismus eines Bismarck¹⁴.

1873, nach 25jähriger Abwesenheit, betrat Friedrich Hecker nochmals deutschen Boden, um seine Heimat wiederzusehen. Der Weinheimer Anzeiger berichtete seinen Lesern in mehreren Beiträgen darüber. So meldete er in einer Ausgabe vom 24. Mai, daß drei Mannheimer Jugendfreunde Heckers nach Bremen gereist seien, um Hecker dort bei seiner Ankunft zu begrüßen. Auf seiner Eisenbahnfahrt in die alte Heimat ist Hecker möglicherweise durch Weinheim gekommen, heißt es doch im Weinheimer Anzeiger vom 29. Mai, daß es Hecker, „vermuthlich um Ovationen zu vermeiden“, vorgezogen habe, „in Begleitung der drei ihm nach Bremen entgegengereisten Jugendfreunde und Landsleute schon in Ladenburg die Bahn zu verlassen und zu Wagen seiner Vaterstadt zuzueilen.“ Den „Ovationen“ entging er aber nicht; am 31. Mai berichtete der Weinheimer Anzeiger wie folgt über Heckers „Einzug“ in Mannheim vom 27. Mai 1873: „Herzlicher, wärmer, allgemeiner und ungeschminkter konnte der Empfang nicht sein, dessen sich Friedrich Hecker gestern Abend bei seinem ‚Einzuge‘ in Mannheim von der hiesigen Bevölkerung zu erfreuen hatte. Nach fast fünf und zwanzigjähriger Abwesenheit unter gänzlich veränderten Verhältnissen heimgekehrt, hielt hier Friedrich

Hecker in der Abenddämmerung vom Wagen aus an die lautlose Menge eine dankende Ansprache, so kernig kräftig, warm und aufrichtig, so innig und herzlich, wie es nur ein Mann von seiner Denk- und Sinnesart beim Wiedererblicken seines engeren Vaterlandes, umbraust von dem Jubel der Menge, gefeiert von den Gesinnungsgenossen aller Schattirungen, hochgeehrt von jedermann vermag. Dieselbe lautete dem Sinne nach ungefähr: Er sei in hohem Grade überrascht worden von dem glänzenden Empfang, welchen er in der Stadt Mannheim gefunden, aber weder erwartet, noch verdient habe. In seinen politischen Grundsätzen sei er noch derselbe wie vor 25 Jahren, wo er genöthigt worden, die hiesige Stadt und sein Vaterland zu verlassen. Er sei nicht gekommen, um Aufregung zu verursachen, fühle sich vielmehr veranlaßt, das Volk an die Pflicht der Achtung vor dem Gesetze zu erinnern. Der Zweck seiner Reise sei, das Grab seines Vaters aufzusuchen, seine Angehörigen wiederzusehen und zur Herstellung seiner im Kriege geschädigten Gesundheit eine Badecur zu gebrauchen. Für die ihm gewordene Theilnahme sage er dem Volke seinen herzlichen Dank. – Alle, welche das Glück hatten, mit ihm zusammenzukommen, sind erfreut über das frische, markige Aussehen Hecker's und noch mehr erwärmt von dem innigen, lebendigen Interesse, das den lange Abwesenden für das alte Vaterland erfüllt. Er wird mehrere Monate in Deutschland zubringen und seine Reise über den Ocean gilt nicht nur dem Wiedersehen von Freunden und Verwandten, sondern auch dem Zwecke, sich durch eigene Anschauung mit dem Wandel der Dinge in Deutschland vertraut zu machen.“

Leider läßt sich der Berichterstattung im Weinheimer Anzeiger nicht entnehmen, ob sich auch Weinheimer zum Empfang ihres einstigen Abgeordneten und Idols in Mannheim eingefunden hatten. Einige seiner Weinheimer Wähler und politischen Weggefährten waren bereits tot: Friedrich Härter starb 1867, Friedrich Diesbach 1869. Auch gab sich 1873 „der Wandel der Dinge in Deutschland“ insofern zu erkennen, als der Weinheimer Anzeiger erkennbar im nationalliberalen Fahrwasser schwamm. Ein wohl aus einer Stuttgarter Zeitung übernommener Kommentar zu Heckers

Stuttgarter Rede anläßlich des Unabhängigkeitstages kritisierte, daß Hecker der „glorreiche deutsche Krieg“ nur als Anlaß für kritische Bemerkungen über Dotationen und Dekorationen gedient habe¹⁵.

1875, vor dem Hintergrund des Kulturkampfes, druckte der Weinheimer Anzeiger einen Brief des alten Deutschkatholiken Hecker an Johannes Ronge ab, in dem Hecker Klage führte, daß seine republikanisch und demokratisch gesinnten Freunde in Deutschland sich im „Kampf mit Rom“, im Kampf mit ihrem eigentlichen „Ur- und Erzfeinde“ passiv, schadenfroh oder gar „liebäugelnd“ verhielten¹⁶, weil sie ihren anderen Feind, die weltliche Monarchie, durch den Kulturkampf in Bedrängnis geraten sahen. „Diese unschuldigen Herren sollten wissen, daß wenn morgen Rom und der weltliche Staat sich vertragen, nur Einer Hiebe und Haupthiebe bekommt und – das ist der *Demokrat*.“ Nur wenige Monate nach der Veröffentlichung dieses Briefes im Weinheimer Anzeiger starb erneut einer der unbeugsamsten Weggefährten und einstiger „Wahlhelfer“ Heckers: der frühere Pfarrer Georg Friedrich Schlatter. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus zu Bruchsal im Jahre 1855 fristete der Alterspräsident der badischen Konstituierenden Versammlung von 1849 sein Leben mehr schlecht als recht als Publizist und kam dabei erneut in Konflikt mit der Obrigkeit; seine „Kerkerblüten“ trugen ihm Festungshaft in Rastatt ein. Dies konnte ihn nicht davon abbringen, seinen alten Idealen weiterhin die Treue zu halten. Er starb am 3. November 1875 in seiner Heimatstadt Weinheim. Franz Sigel veranlaßte „auf die Nachricht aus Deutschland von dem Tode des bewährten und edeln Vorkämpfers der Freiheit“ einen ehrenden Nachruf durch den New Yorker „Verein der deutschen Patrioten von 1848/49“¹⁷.

Hecker selbst starb am 24. März 1881. Der Weinheimer Anzeiger gab seinen Lesern am 29. März in einer Meldung von ganzen zwei Zeilen Heckers Tod bekannt: „Friedrich Hecker ist 70 Jahre alt in Louisville gestorben“. Immerhin sah der Redakteur nicht die Notwendigkeit, erklären zu müssen, wer denn dieser Friedrich Hecker sei; zu einer größeren Würdigung fühl-

te er sich aber auch nicht veranlaßt. Er füllte statt dessen die Spalten seiner Zeitung mit ausführlichen Berichten über den Kampf Bismarcks gegen die Sozialdemokratie. Die Zeiten hatten sich grundlegend gewandelt; dies mußten sich auch die eingestehen, die, wie der Mannheimer Demokrat Daniel Krebs, dem wir auch im Weinheimer Zusammenhang begegnen, eigentlich auf eine größere Teilnahme an Heckers Gedächtnis gehofft hatten¹⁸.

2. „NOTIZEN“ EINES WEINHEIMERS ZUR REVOLUTION VON 1848/49

Vorbemerkung.

Die hier publizierte Handschrift aus dem Stadtarchiv Weinheim¹⁹ umfaßt auf 22 gezählten Seiten einen Text, in dessen Kern sich der Verfasser vor allem auf selbsterlebte oder ihm zugetragene Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 in Weinheim und Umgebung bezieht. Dieser Kern gliedert sich wieder in 2 Teile, der erste Teil befaßt sich mit der Zeit von 1848 bis zum 15. Mai 1849. Der zweite Teil reicht, teilweise mit Überschneidungen, vom 13. Mai 1849 bis zum 5. Juni 1849, dem Tag des Überfalls auf Weinheim durch die hessische Brigade des Neckarkorps. Beide Teile des Kerntextes kommen hier zum Abdruck. Um die ersten Seiten des Kerns ranken sich im buchstäblichen Sinne auf den Texträndern Bemerkungen über den Verlauf des Hecker-Putsches vom April und des Struve-Putsches vom September 1848. Auf eine Wiedergabe dieser Bemerkungen sei hier verzichtet, da der Autor der „Notizen“ in dieser Beziehung nur das zu Papier bringen konnte, was er aus ihm und anderen zugänglichen Quellen schöpfte. Immerhin zeigen die Aufzeichnungen über Hecker- und Struve-Putsch das allgemeine Interesse des Autors an dem zeitgenössischen Geschehen. Teilweise ist die Handschrift von Karl Zinkgräf bereits 1928, also zum 80. „Jubiläum“ der Revolution von 1848/49 veröffentlicht worden, allerdings stark überarbeitet, zudem mit einigen Irrtümern und Auslassungen, so daß eine erneute Publikation der Quelle gerechtfertigt erscheint²⁰.

Unklar ist, wann und wie die Handschrift in den Besitz des Stadtarchivs gekommen ist. Auch die Person des Autors ließ sich nicht identifizieren. Offenbar ist dies schon Zinkgräf nicht gelungen, der den Ereignissen und Personen, von denen im Text gehandelt wird, zeitlich so viel näher stand und der als Sammler von Materialien und Traditionen zur Weinheimer Geschichte ein wichtiger Gewährsmann war und bleibt. Immerhin geht aus dem Text hervor, daß der Autor ein Haus in der Nähe des Weinheimer Marktplatzes bewohnte, wohl im Mittel- oder Kesselviertel zwischen Marktplatz und Müllheimer Tor, in der Hauptstraße oder Mittelgasse. Die an ihn gerichtete Aufforderung, Amputationswerkzeuge herauszurücken, könnte darauf hinweisen, daß er den Beruf eines Baders oder „Chirurgen“ ausübte. Ein gewisses Maß an Bildung oder zumindest der Anspruch darauf wird aus dem Gebrauch der zum Teil freilich stark entstellten Fremdwörter sichtbar. Überhaupt sind Orthographie und Syntax unsicher und unregelmäßig. Eine Normierung des Textes ist von daher nur schwer möglich und auch wenig sinnvoll, weshalb er ohne Retuschen dargeboten wird. Der Nachteil der schwereren Lesbarkeit muß aus diesen Gründen in Kauf genommen werden. Hinzu kommt, daß der Autor – und evtl. eine weitere Person – ein Reihe von Nachträgen und Zusätzen anfügte, die sich nicht in jedem Fall in einen zweifelsfreien Sinnzusammenhang einreihen ließen. Es wurde darauf verzichtet, allgemein bekannte Größen der Revolutionsjahre wie etwa Hecker, Struve oder Peter im Anhang vorzustellen²¹. In [] steht die Seitenzählung der Handschrift.

Politisch stand der Autor auf Seiten der Gegner der Revolution, bedrohte sie doch in seinen Augen Religion, Moral und Eigentum. Sich selbst sah er denunziert als Reaktionär und Fürstenknecht und verstand sich als Opfer einer falsch verstandenen Nachgiebigkeit gegenüber den auf Umsturz bedachten „Linken“, wie sie sogar von der Rechten in der Zweiten Kammer der badischen Landstände gepflegt worden sei. Schuldzuweisungen richtet er auch an die Adresse der Regierung Bekk, die den braven Bürger schutzlos gelassen habe, sowie an die Justiz, die bei der Bestrafung der

Teilnehmer am Hecker-Putsch zu nachlässig gewesen sei.

Text

Notizen aus den Ereignissen und Revolution [!] der Jahre 1848–1849

Es kann nur wenige, ja fast keinem Deutschen entgangen sein, wie eine gewisse Partei sich angelegen sein ließ, durch Zeitungszügellosigkeit, öffentliche Volksversammlungen, Vereinen, Zweck- und Mittellosen, Bürgerkronen, Pokale, kurz ein großer Theil der Bürger wurde so für das Reich eingenommen, das bei solchen Festlichkeiten als das herrlichste der Welt gerühmt wurde, daß heute noch viele nicht davon abzubringen sind.

Besonders war die neue Lehre: weg mit Religion, Wahrheit und einem Jenseits, es gibt kein Eigenthum, sonder solches ist Diebstahl, mußte influirende besonders bei denen, die nächstens einen schönen Morgen erwarteten, wo das herrliche Reich damit seinen glorreichen Anfang nehmen sollte, daß an allen Pfandarchiven mit großen Buchstaben zu lesen sei:

Von heute keine Schulden mehr,
Die Pfandbücher sollen von Blätter leer,
Alles, arm und reich,
sei im Besitz einander gleich.

In einer solchen Täumerei und Schwindelei brachte man von den 30iger Jahren es bis zum Jahr 1848 dahin, daß in den letzten Jahren die Frechheit und Brutalität der Führer der Umsturzpartei der Regierung gegenüber ihren höchsten Glanzpunkt erreichen mußte, war vorauszu sehen. Die Rechte in der Kammer, die den Linken aus Libäugelei, falscher Popularität Concessionen machte und dem Umsturz beförderlich waren, sind meines Erachtens gerade zu betrachten wie die Freischärler, weil letztere dadurch in Stand gesetzt wurden, ihre schlechte Principien auszuführen. [1]

So trat das verhängnisvolle Jahr 1848 ein, das den Anfang machen sollte, das Parlament war zusammengerufen, Heckers Ehrgeiz und Herrschsucht wurde beleidigt, vielleicht, weil man ihn nicht in den ersten Tagen schon in Frankfurt als Deutschen Kaiser ausrief; was thut nicht Verblendheit und Hochmuth. Er

resolvirte sich daher schnell, zu dieser Krone die Bahn schneller zu brechen. Seine Anhänger rithen ihm überall, nur loszuschlagen, es ginge durch wie eine Holderbüchse²².

Wer in selbiger Zeit seinen Geschäften nachging und ökonomisch lebte, seinen Verdienst nicht gerade den Wirthshöhlen brachte, denn darunter waren wirklich Höllen, die in viele Familien ihren Pfuhl gegossen und vergiftet, für immer vergiftet haben, der wurde als ein Reactionair, Fürstenknecht, Landesverräter verachtet, verhöhnt und endlich verfolgt.

Nur wer einigermaßen aufmerksam war, brauchte keine hohe Weisheit dazu, ein jeder konnte ein solch tagdibisch verschwenderisches, alle Geseze verachtendes Treiben beurtheilen und voraussehen, wohin es führen müße; es führte auch in der That dahin, wo viele unserer Bürger und unser Land gekommen sind, und so jetzt die Regierung und Reichen anklagen, daß die Geschäfte stoken.

Ich bin etwas abgeschweift und komme wieder zu Hecker, auch hier soll er im Vorbeifahren auf der Eisenbahn Ermunterung erhalten haben und so kam er am 11ten April 1848 von Mannheim nach Konstanz, am 15ten erließ er eine Proklamation von Geißlingen²³ aus, worin er ganz Deutschland zur Revolution aufforderte. Am 17ten trat der heuchlersche Peter das Statthalteramt in Konstanz an, mußte es aber den andern Tag schon wieder niederlegen, [2] weil württemb. Truppen in die Nähe kamen. Hecker et consorten hoffeten damals ganz auf den Übergang der Truppen, bis er zwei Tag später am grünen Donnerstag, 20. Ap., bei Kandern sehend gemacht wurde, damit er noch rechtzeitig den Weg nach der Schweiz fand.

Struve führte einen Freischarenhaufen und wurde bei Säckingen gefangen und der großherzogliche Amtmann Schei²⁴ läßt ihn wieder frei. Struve, aus Dankbarkeit, stellt sich sogleich wieder an die Spitze seiner Freischaar und zog gegen Freiburg, wurde aber bei Güntersthal von General Hofman am 23. April geschlagen. Die von Freischaaren besetzte Stadt Freiburg wurde am 24ten von badisch, hessisch und Nassauer Truppen erstürmt. Daß der Übergang der Truppen dem Hecker versprochen, glaube ich aus dem Grund: Itens, weil die Hessen und andere ihre Drohungen hörten gegen den, der aufs Volk schiße, so daß sie bei

Freiburg zwischen gemischt worden sein sollen, und 2tens, weil sie 1849 wirklich so ehrlos und schlecht waren, sich dem bürgerquälenden fremden Lumpengesindel und Beutelschneidern anzuschließen.

Die französische Legion unter Herwegh und Schimmelpfening²⁵ stieß auf eine tapfere Compagnie Würtemberger unter Hauptmann Lipp, welcher den einen Führer Schimmelpfening im Zweikampf tödtete, die Schaar, an 800, zersprengte, viele Todten und 370 Gefangene erbeutete.

Bauern hielten Herwegh versteckt, bis die Lanzen der Würtemberger Reiter nicht mehr so lästig waren, dann setzte er sich mit seiner sauberen Gemahlin in ein sog. Bernerwägelchen, verkroch sich unters Sprizleder / ich hörte aber für bestimmt, als die Wache visitiren wollte, stak Struve in der Rokweite seiner Frau²⁶ und so pasirten sie die Rheinbrücke.

Und dennoch Heker Hoch – Hoch –
ach armes Volk. [3]

Von all diesem konnte man so schnell natürlich hier nichts erfahren, aber am Oster Samstag, da konnte es nicht mehr einerlei sein, man war überzeugt, daß etwas aufgeführt werden soll. Die Hauptleute der Partei und viele Odenwälder hielten hier die Eisenbahn besetzt und warteten von Zug zu Zug wahrscheinlich auf Angriffs-Ordre, alles lief durcheinander mit Gewehr und rüstete sich, und den Gesichtern nach war ihre Zuversicht hochgeschwollen. Von Mannheim erwartete man ebenfalls mit jeder Stunde den Losbruch, ebenso in Heidelberg.

Auf einmal kam die Nachricht von Mannheim, daß dort eine Revoulte ausgebrochen sei auf den Ostersonntag, nassauische Truppen wurden hart gedrängt und an der Rheinbrücke wurden mehrere bairisch Militair von Mannheimer aus erschossen. Die Baiern rückten am 1. Mai in Mannheim ein, diese und Freiburgs Bürger entwaffnete man.

Heidelberg wurde am Ostermontag von den Sinzheimer²⁷ beglückt, diese Schaar bewegte sich auf Wagen, und das ganze Weegs schlossen sich dem Zug überall freiwillig oder gezwungen an. Vor Heidelberg in Schlirbach angekommen, wurden die Wagentrain einseits längs der Chause aufgefahren, die Mannschaft,

jeder einen leeren Sak über die Schulter, mit Flinden, Säbeln, Pistolen, Sensen, Gabeln pp bewaffnet, marschirten gegen die Stadt; unterdessen war es der Heidelberger Bürgerwehr doch nicht einerlei, obgleich sie um diesen Visit wissen mußten, das Hauptmotiv mag aber gewesen sein, daß sie sich diesen Sakrittern widersetzten, daß Hekers [4] und Struves Niederlagen bekannt waren, aber den Zug vor der Thüre nicht mehr ohngeschehen machen konnten. Deßhalb wollten die Sinzheimer, weil ihnen eine Sakbelohnung vielleicht versprochen war, nicht nur so gespeißt und getränkt wieder abziehen und die Heidelberger hatten das Vergnügen, ihre warscheinlich geladene Gäste mit den Waffen in der Hand und nicht ohne Blut zum Thor hinauszutreiben, und zwar mit ihren leeren Säken um den Leib, ohne eine Beute mit nach Haus bringen zu können.

Heidelberger Kavalleristen, die mit einigen Männern des Fortschritts zusammenkamen, und den Rückschritt nicht gutwillig antreten wollten, erbittert setzten einige dieser Sakritter so zu, daß sie im vollen Lauf das Thor pasirten und so eins jagts ihren noch weilenden Kameraden und Fuhrleuten zuliefen, als diese eben noch im Begriff waren, nach der Stadt zu sidelen, und ihnen zurufen: *geschwind rum! rum! nach Haus zu, sonst sind wir alle gefangen*; eine bebende Angst ergriff alle und vermehrte sie noch mehr, als man ganze Haufen der Stadt entlaufene ohne Gewehr und mancher sogar auch ohne den verhängnißvollen Sak in vollem Ausreis der Wagenburg zueilen sah mit dem Rufe: *rum! fort! geschwind, geschwind!!*

Jez riß die Ordnung ganz in Stücken, die dortige Chause wäre allerdings breit genug zum Wenden, die die Vordersten genannt im Retirait, die Vordersten in der Angst, weil sie die Lezten waren, nicht die Ersten zu sein, in der Flucht warfen durch zu heftigem Umdrehen der Thire und Wagen mehrere derselben quer über das Defile, es scheint, daß selbst den Pferden schauderte ob der vielen leeren Säken. [5] Mehrere sprengten mit einzeln Pferden voraus, verkündeten die mißlungene Sak-Expedition, welches die Bewohner der an der Straße nach Sinzheim ligenden Dörfer so in Schrecken versetzte, daß die Angehörigen weinend sich um ihre mitgezogene Verwand-

ten, die sie nun verloren glaubten, auf dem Boden wälzten.

Als später die ersten Wagen ankamen und Nachricht erhielten, wurden sie ruhiger, und als die Helden ankamen, wollt man ihnen zujauchen, aber sie wehrten gewaltig *bst, bst* und schlichen hinterm Dorf einer nach dem andern durch Schlupfwinkel mit oder ohne leeren Sak in ihre Wohnung.

So erzählten es zwei Schwestern, die in einem an der Chause ligenden Dorf wohnen, ihrem abwesenden Bruder, den Hergang, weil sie auch ihr Conigent dabei hatten.

Ungeachtet, daß Mannheim besetzt, entwaffnet, wurde doch fort und fort gehezt und mit der Polizei gehadert, aber die Baiern verstanden keinen entwürdigenden Spaß, aber vielmehr die Wichtigkeit ihres Dinstes. Ein bekannter „Atta“ wollte seine Spötterei, die er mit manchem, ja mit Gott getrieben, auch da zum Besten geben. Eine baierische Dosis war hinreichend, im zufrieden zu stellen ✠ für immer! Wie wurde geschrien, so mordet man die Bürger, man läßt sie im Kerker verschmachten, andere hat man der Heimath beraubt und so weiter. Es war schauderhaft, wie der miserabelste Kerl den Grosherzog, Regierung, Religion offen vor Polizei und Beamten schimpfen und herabwürdigen durfte, andre ruhige Bürger wurden hart bedroht, beschimpft, kurz, es war eine harte Zeit, wo man von der Regierung nicht abfallen will und doch kein Schutz von ihr hatte. [6]

Mann hat oft gehört, der oder jener Beamtenstand schiebe sich zu, daß es nicht ärger geworden sei; ich behaupte, es gab eine Bürgerklasse, die stand und steht heute noch der Umsturzpartei am schroffsten gegenüber. Schmerzlich war es für einen treuen Bürger, zu sehen, wie Staats-, bürgerliche Beamte, Amts- und andere Schreiber die Koriphäen von weitem huldigten und grüßten, häufig ihre Partei-Abzeichen nachäfften und ihre Ansichten mit Minen gut hiesien, um, wenn der jüngste Tag zum neuen Himmelreich kommt, auf den Posaunen-Schall mit einer besseren und höhern Stelle auferstehn zu können. Das Beste, was man an solchen Menschen hat, ist das: daß keine Partei auf solche rechnen kann [Textvariante: daß solche keine Partei nuzen, nur schaden]. Auch nicht ein Bürger wurde vor der Gewaltthätigkeit der Meuterer geschützt,

wenigstens in Amts-Autoriteet nicht, so war es bei vielen Staats- und Zivilbeamten.

Als die Hessen vom Struve-Putsch hir auf dem Rückmarsch im Quatir einen Hekers-Portrait zerschlugen, war arger Skandal von Seiten der Radicalen. Wenn es ein Mißlibiger gethan hätte, wäre warscheinlich eingestekt worden, aber an 1200 Hessen wagte man sich doch nicht.

So verstrich die Zeit, bis man den Malmöer Waffenstillstand als Motiv zu einer Empörung fand, was schon lange vorbereitet war.

August, Sept.

Um diese Zeit war eine Volksversammlung hir [Textvariante: Am 3ten September 1848 war die Volksversammlung, Nauwerk²⁸, Vater Winter²⁹, Lezeiser³⁰, Mördes³¹, Wiesner³² pp.], wo unter andern der wüthende Mördes so heftig *herunter! herunter!! herunter müssen sie / er* meinte die Regenten / so heftig, daß auf einem nahen Nußbaum, der ganz voll Zuhörer saß, ein Mann von dem tobenden *herunter* so ergriffen ward, sich in seinem Sitz etwas sich neigen zu müssen glaubte, der Ast brach und fiel mit seiner Bürde der unten dicht gedrängten Menge auf die Köpfe, diese nahmen aber den plötzlich und unangenehmen Besuch übel auf und statteten mit ihren Stöken demselben sogleich ihre Gegenvisite ab [Textvariante: daß der Ast brach und seine Bürde auf die Köpfe dicht gedrängte Menge beförderte, die Betroffenen wahren übel berührt, statteten dem kuriösen Besuch mit ihren Stöken sogleich ihre Gegenvisite ab]. [7]

Also, der Malmöer Vertrag wurde als Verath am Volk betrachtet, Barikaden wurden in Frankfurt gebaut, Raub- und Mordgesindel zogen durch die Straßen, ermordeten die Parlaments-Mitglieder Lichnowski und Auerswald, bis die tapferen Hessen heraneilten und die Meuterer mitsamt ihren Baricaden über den Haufen warfen.

In Mannheim, Heidelberg, hir, überall wollte Volk nach Frankfurt zu Hülfe ziehen, man wollte Nachricht, auf einmal kam sie, aber eine niederschlagende, die Hessen hatten wieder alles verdorben. Nun hieß es, es müsse an einem andern Platz loßgehen, aber nur, wo die Hessen nicht so nahe sind.

Daß wirklich etwas im Anzuge sei, hatte man an der Geschäftigkeit der Partei hand-

greiflich und die Gesichter war der beste Thermometer. Die Mißachtung, drohende Blicke und Begegnungen zeigten immer ganz richtig, welche Auspicien sie haben müssen pp.

So kam es, daß auf einmal an vielen Theilen der Stadt ein Placat zu lesen war, welches lautete ungefehr:

*Heute Mittwoch den 21ten Mittags
4 od. 5 Uhr soll jeder waffenfähige
Bürger auf dem Marktplatz erscheinen.
Unterschrift: ist mir entfallen*

Es kamen an 40 Mann zusammen, Regierungsgewehre waren zur Sicherheit der Stadt auf dem Rathaus aufbewahrt, diese wurden ertrutzt, ausmarschirt, wohin, weis ich nicht, wahrscheinlich an einen Ort, wo man sich verständigen konnte.

Samstag am 24ten Septbr. hieß es, die Eisenbahn wolle man demoliren³³, aber nie, wer? Gut. Die Behörden wurden benachrichtigt, aber keine Schritte gethan, bei den ruhigen, aber befeindeten Einwohner war der Zeitpunkt der möglichsten Vorsicht gekommen. [8]

Daß eine Proscriptions-Liste vorhanden war, hörte man allgemein, worauf die meisten vom Cassino³⁴ und die mißlichen Bürger gestanden haben sollen. Da die Aufregung so groß war, so wurde unter Vorsitz der beiden Beamten die Honoration und Bürger zu einem gegenseitigen Schutzbündniß eingeladen, Statuten wurden errichtet und ein bewaffnetes Schützen-Corps sollte errichtet werden, wozu auch sogleich von mehreren Herrn namhafte freiwillige Beiträge zu Bestreitung der nöthigen Waffen für Unbemittelte.

Die Nacht vom Samstag kam, nachts nach 12 Uhr hörte man schon, die Eisenbahn sei wirklich beschädigt, so daß ein Train mit 2 Maschinen über die 15' hohe Böschung in die Tiefe stürzte.

Auf den Gesichtern hätte man recht gut sehen können, wer Antheil und keinen hatte, zumal als der Bahninspector Leute zum Arbeiten gegen gute Bezahlung aufforderte und diese immer bedroht wurden und nicht zu unterstehen Hülfe zu leisten. Als sie aber ein Detachement von 50 M. Bad. Infanterie und eine Schaar Eisenbahnarbeiter kommen und innerhalb zwei Stunden die Verbindung hergestellt sahen,

wollten die ganz Extremen bersten vor Ingram. Da hieß es nun: gut, heute nacht von Sonntag auf Montag, es war viel Trinkens, Lärmens, aber ein vorgehabter Handstreich wurde nicht ausgeführt, auch sagte man an der Eisenbahn von 3000 Preußen, und diese Neuigkeit nahmen die Odenwälder Spione mit, regnet furchbar, und so hatte man sich im Cassino bewaffnet concentrirt und als man nichts mehr fürchtete, ging alles nach Hauß. Dinstag morgens laas man an mehreren Gassenmündungen *Baricad N. 1, 2, 3* und s.w. Es war gerade diesen Dinstag Jahrmarkt. Die Kremer glaubten erst, sie müßten ihre Stände und Kisten hergeben zu Baricaden; auch diß war nichts, aber abens 9 Uhr kamen 1 Batt. vom 27. Rgmt. Preusche Infanterie an; das war aber was, dann konnte man wieder Athem holen. [9]

Während alles diß vorging und vorher, wuste man nicht recht, warum die Partei auf einmal so stolz und drohend wurde, jezt erfuhr man folgendes:

In der Nähe der Hessen keinen Aufstand zu machen, beschloß Struve es anderst und brach mit einer bedeutenden Schaar am 21ten, an eben dem Tag, als das Plakat hir zu den Waffen rief, bei Lörrach ins Badische ein, proklamirte die Republik, Freiheit, Wohlstand, Bildung für alle und zog mit derselben landabwärts, es eilten aber auch sogleich wieder Truppen herbei, General Hoffmann mit 800 Badenser zerstreute das Gesindel am 24ten bei Staufen.

Struve mit seiner schönen Frau, Düsar³⁵ und Blind wurden von Schopfheimer Bürger in Wehr gefangen und vom löblichen geschworen Gericht in Freiburg so gut wie frei gesprochen, damit die an dem künftigen Putsch zu machen, den Muth nicht verlieren; wie gesagt, die Beteiligten eingezogen, begnadigt, Straf erlassen, alle diese schlechte Heilmittel machten diese Partei mit all ihren Niederlagen mit jeder Stunde frecher.

Es musste ein Detachement vom 4ten Bad. Rgmt. hirher verlegt werden, um in dem schlechten Treiben recht praktisch zu werden und zeichneten sich auch dafür aus.

Daß keine Ruhe und Sicherheit vorhanden war, wuste jedermann, deshalb wurde die am 22ten Septembr. proponirte Schützengesellschaft geordnet, etwas exerzirt und im Laden und Schiesen geübt, was eine unbeschreibliche

Erbitterung der Umsturzpartei gegen die Mitglieder herbeiführte. Drohungen. Schmähungen wurden nach allen Möglichkeiten angewandt, um die Haltbarkeit der Gesellschaft zu verkümmern, was auch theilweis gelang, man durfte nur zu manchem in der Fortschritts-Zeit sagen: *Und Sie sind noch so dumm?* Diß war bei vielen hinreichend, seine Grundsätze fallen zu lassen, die andern zum Unheil aufnehmen, nur daß man unter die Licht- und Verstandsmänner [10] gezählt ward, und so kam es, daß die Gesellschaft, die zum Motto führte: *Zum gegenseitigen Schutz für Leben und Eigenthum* kaum noch 40 Mann zu finden waren, die sich getraut, diesen Namen zu führen.

Endlich kam der verhängnisvolle 14. Mai 1849, als man hörte, das Militair sei mein eidig geworden, so war natürlich nicht mehr an einen Schutz von Seiten dieser Gesellschaft zu denken, und wollen uns jetzt mit den Tagesbegebenheiten befassen.

Im wunderschönen Mai, wo alle Knospen sprangen,
haben eitle, arme Tröpf die Revoulution angefangen

[Textvariante: haben hirnverbrannte Köpfe eine unselige Revoulution angefangen]

Mai im Zeichen der Zwillinge,
kann hier eine alte und neue Regierung bedeuten.

[Textvariante: Mai sollte uns eine]

Interregnum. Zwischenregierung

Mai 13

Brach die Militair Emeute in Rastatt und Karlsruh öffentlich loß, der Grosherzog flüchtete sich, und am 14ten liefen die badischen Soldaten auseinander und kamen in der Heimath an, wie? – wie bewaffnete Bande.

14ter

Heute kamen die ersten Soldaten bei uns an, welche viel wichtiges zu erzählen hatten, aber es machte auch gleich seine Wirkung, daß man kaum ohne Insulte nach Hause gehen konnte. Nachts groser Lärm am Aresthaus³⁶, man schafte einen Mörder durch Lügerei in Freiheit.

15)

Kamen die Gefangenen, die in Bruchsal saßen wegen der Eisenbahn, vom Militair und Volk befreit, hir an, sie wurden von ihren Freunde an der Eisenbahn abgeholt, mit begrenzten Wagen, Musik und Jubel hir eingeführt; wer nicht aplaudiren konnte oder wollte, that wohl, sich aus dem Gesichtskreis von dannen zu scheren.

Civilcomissair Krebs³⁷, mit einem mächtigen Band um seinen kümmerlichen Körper, zog, nachdem sie sich ordentlich erfrischt hatten, mit seinem Stabe aufs Rathaus, um dort das neue Regiment einzuführen, es lief so weit gut ab, und da keine Veränderung eintraten, muste man glauben, [11] die neue Executife müste mit dem alten Regiment zufrieden sein. Die Gemeinde wurde über nichts gefragt, was man verlangte, wurde gegeben, und so blieb es auf dem Gemeindehause Friede.

Aber nicht so sollte es bei allen Bürgern bleiben, die zwar mit keinem Amte betraut, sondern nur sich nicht zu den frevelhaften Unternehmungen hergaben und nicht einstimmen wollten. [12]

Der 13te Mai 1849

Am 13ten brach die Militair Emeute in Karlsruhe aus und von da an habe ich folgende Notizen von meinen eigenen Erlebnissen und denen hir in Weinheim gemacht.

Im wunderschönen Mai, als alle Knospen sprangen,

Hat in unserm Land, die unselige Revoulution angefangen.

Das Himmels-Zeichen im Mai, die Zwillinge, konnte die zweifache Regierung bedeuten.

Am 14ten Mai kamen schon viele Soldaten, von ihren Corps entlaufen, hir an, welches eine große Bewegung machte, und sogleich Brutalität und Verhönungen gegen sogenannte Mißliebige im Gefolg hatte.

Nachts großer Lärm vor dem Aresthaus.

Am 15ten M. kamen die hiesigen Gefangenen, die in Bruchsal saßen, durchs Militair und Volk dort befreit, auf begränzten Wagen mit Musik und unter grosem Jubel der Gesinnungstüchtigen hir an.

Wer nicht aplaudiren mochte, konnte sich von der Straße scheeren.

Civil-Comissair Krebs zog in Begleitung damals hochstehender Leute auf das Rathaus, um

die neue Ordnung, wie man es hieß, einzurichten.

16ten d. Heute wurde von Militairbewegung auf der hessischen Seite gesprochen, die man bemerkt haben will.

Mehrere hiesige Bürger hatten sich schon und flüchteten sich noch.

Am 17ten ebenso. [13]

Am 18ten morgens 4 Uhr wurde die Eisenbahn demolirt und das Material fortgeführt, und wurden alle Bahnzüge genau visitirt.

Heute kamen circa 100 Gewehre, welche mit Sehnsucht erwartet und mit Begirde ergriffen wurden, an.

19ten fiel gerade nichts vor, aber mit Schauern gewährte man, daß Tumultanten die Oberhand bekommen möchten.

Heute erschien das erste Regirungsblatt.

Abens sollen wieder 500 Gewehre angekommen und vertheilt worden sein. Auch wurde bekanntgemacht, von 18–30 Jahren zum Gewehr zu greifen. Sogleich wurde eröffnet, wer nicht erscheint, wird mit Execution dazu gezwungen /: oder sein gutes Geld :/.

20ten. Ausrücken zum Exerciren, da aber sehr viele zurückblieben, wurde mit Aretirung und nach Heidelberg transportiren gedroht.

21ten wurde die Drohung wiederholt.

22ten Wer heute nicht erscheint, dem wird das Gewehr abgenommen und dem Gericht und zur Übung nach Heidelberg gebracht.

Mittag 4 Uhr kommen vom Iten Garde Battalion, woran ich 3 Mann erhielt.

23ten. Plötzlich mußte die II. Compagnie nach Laudenbach aufbrechen, wo meine 3 Mann auch dabei waren.

Neu gegossene Kanonenkugel und Kartätschen wurden [Ergänzung, in Bleistift: von dem Müllheimer Thor her im offenen Kasten wie Karthoffel] nach dem Bahnhof gefahren, alles ist rührig, als wenn es heute entschieden werden sollte.

Um diese Zeit war hir Markt, ich hörte unweit meinem Hause mehrere Schuhmacher aus dem Hessischen Odenwald zu, die sagten: daß man eben [14] in den hessischen Garnisonen durch Beredung, Geld, Essen und Trinken an dem hess. Militair sei, es herüber zu bringen, und es sei schon die beste Hoffnung, daß es gelinge. Ein Mann lehnte am Hausek, hörte ruhig der sanguinischen Hoffnung zu und end-

lich sagte derselbe: *Wißt ihr was, i glab, sie gebene Geld und z' esse und z' trinke, und wenns dra kommt, schießen de Lumpabuba doch.*

Ja, und ich dachte schon oft daran, der Mann hatte recht, denn irre ich nicht, so war am 24ten eine Volksversammlung an der badischen Grenze in dem hessischen Orte Oberlaudenbach angesagt und sollte abgehalten werden, wozu warscheinlich auch das bad. Militair dahin abmarschirt war. Das Volk versammelte sich und ging so weit, daß sie im Angesicht des hessischen Militairs ihren Kreis-Beamten³⁸ töteten oder ermordeten, worauf das Militair auf die Versammlung Feuer gab und die Fliehenden verfolgten und es sollen 16–24 geblieben und verwundet worden sein.

Mehrere hiesige Fortschrittmänner, die gerade nicht so nahe mögen dabei gewesen sein und zeitig genug den Fortschritt nicht nur in Rückschritt, sondern in einen Reisaus übergingen, kamen noch sprachlos und mit Bestürzung zurück.

Ganze Truppen dieser Leute kamen hierher, weinten und sahen selbst wie Todte aus, die aus ihrer Familie Todte, Verwundet hatten oder selbst verwundet waren.

[Zusatz: 24ten Morgens 3 Mann Leibgard 4te Compagnie. Abens 6 Uhr kamen Dragoner und 1000 Mann oberländische und wer weiß woher Bürgerwehr, wenig beruhigende Gestalten, ebenso bunt ihr Kostüm und Waffen. Sie mußten auf dem Markt campiren, wir mußten auch nach dorthin Essen und Trinken schaffen, Stroh pp.]

25ten Allgemeine Consternation, Gruppen sprechen geheimnißvoll miteinander, manchmal hört man die Worte „Verrath, Aristokraten, Bestechung, Geldsäke pp.“ [15]

26ten Wurden Patronen ausgepakt und kamen andere an.

27. Ebenfalls, Murren über Exerciren und nichts verdienen, welches dahin ging, daß die Unzufriedenen hir einquartirt sein wollten, um unbekümmert leben zu können, was endlich dadurch beschwichtigt werden konnte, daß man die hiesige Bürgerwehr in den badischen Odenwald einquartirte, welches ebenfalls nicht behagte, und als es an ein Abmarschiren gegen den Nekar kam, wollten selbst die Extremsten nicht fort, und viele wurden von ihren Eltern

durch allerlei Vorwand bei den Commandanten frei gebracht.

Heute hatte ich 4 Mann, 3 Mann von der 4ten und 1 M. von der 5ten Compagnie, welcher eiligst nach Hemsbach mit der 5ten Cpn abging.

28ten Umquartirt.

29ten erhielt ich noch ein Mann und bald darauf unsern früher gehabtens Regiments-Schneider Dürr auch wieder. Ersterer mußte eiligst abmarschiren, weil man in der Richtung gegen Worms Kanonendonner gehört haben will. [Zusatz: Die Hessen trieben die Freischaren aus Worms, konnten aber keine Besatzung wegen Gefahr und Mangel an Truppen an der Bergstraße zurücklassen; deshalb zogen die Meuterer den andern Tag in gedachte Stadt wieder ein.]

Abens 9 Uhr kam Artillerie an, um 12 Uhr Dragoner, wovon ich 3 Mann von Letztern bekam. [Zusatz: Ludwig Wessbächer aus Steinmauern bei Rastadt.]

Man spricht allenthalben, es müße ein Angriff auf Hessen stattfinden, wenn die *gute* Sache gefördert werden solle. 14 St. Geschütze, worunter mehrere Haubizen, standen auf dem Markt.

[Zusatz: Beim 4ten Rgt hatte ich einen Soldaten als guten Bekannten. Er besuchte mich, ich sagte: *Nun, Lui, der Grosherzog hat doch die Reichsverfassung genehmigt, was soll denn eigentlich sein?* Ant.: *Wir ziehen jetzt nach Darmstadt, Frankfurt und dann greifen wir den Preuß an.* Foli]

30ter Morgens 1 M. Infanterie und 3 M. Kavallerie ab nach der hessischen Gränze samt Artillerie. Nachmittags 4 Uhr kam das 4te Regiment an, woran ich 6 M. bekam. 4½ Uhr Generalmarsch, gleich darauf sah ich aus dem Kräzerschen Garten³⁹ den ersten, 2 + 3 und so weiter hessischen Kanonschuß. [16]

Da wurde gestritten in dem Garten, viele sahen und deuteten mit dem Finger: *Seht, eben ziehen unsere Leute zum Heppenheimer Thor hinein.* Der eine freute sich, der andere hatte Leibweh, aber auf einmal zog sich der Kampf über Laudenbach gegen Hemsbach und in den Ort, da krachte nicht nur ein volles Gewehrfeuer, sondern die Kanonen ließen auch kräftig ihre Stimme hören.

[Zusatz: Der Einzug verwandelte sich in eine mächtige Staubwolke, die durch das Abrei-

ten der B. Infanterie und Musik herzurühren schien.]

Auf einmal kam in der Luft ein Brausen und Gerassel, daß wirklich jedem unheimlich wurde, und ein Schrei aus aller Kehlen: *Ach Gott, die unsrigen retiriren, die Hessen kommen!!!* In einem Augenblick war der Garten leer und ebenso die Straßen, da ging es an ein Laufen, mit Habseligkeiten auf dem Rücken dem Walde zu, und mitunter sonst heroischen Leute für die Sache.

[Zusatz: Soldaten, die so lieb- und ehrlos waren, in Carlsruh auf ihre berittnen Kameraden zu schiesen, wo der Edle Laroch⁴⁰ fiel, flüchteten vor den Hessen in solchem Respect hirher, daß sich einer soll unter einen Laubhaufen mitsamt Armatur habe begraben lassen, bis er Gewisheit hatte, sicher zu sein.]

Comissair Krebs jagte an meinem Hauße vorbei, vom Müllheimer Thor kommend, daß das Feuer davonstob, auf einem 2spännigen Wagen sitzend. Von dem Thor hätte man ihm gern einen Gruß nachgeschickt.

Auf diese Catastrophe wars die ganze Nacht unruhig, um 11 Uhr speißte ich noch von meinen, sich durch Wald und Gebirg geretteten Soldaten.

[Zusatz: Nachts wurde das Arresthausthor eingeschlagen.]

18–20 Verwundete kamen ins Spital. Morgens 3 Uhr klopfte es heftig an meiner Thüre und Laden, ich öffnete letztern. Hir stand ein Freischärl und Civilmann, ein Dr. seiner Profession – denn er sagte barsch: *Wir haben mehrere Amputation vorzunehmen, und sie geben, sagte er zu mir, sogleich die Amputationswerkzeuge heraus.* Zum Glück, daß ich ihn gleich verstand, erwiderte ich ihm, ich hätte nur Schreiner Säge, womit sie keinen Knochen abschneiden konnten, ohne Splitter zu geben. [17] Eine solche Säge müste von Stahl und eigens gezahnt sein, da herrschte er mich fürchterlich an! Er wisse schon, was ich für einer sey, wenn ich nicht gleich Folge leiste, werde er mich lehren. Ich lief nach der Vorstadt, holte eine Handsäge, sogenannten Fuchsschwanz, und gab die heiligste Versicherung, sonst nichts derartiges zu besizen. Drohend, mit größerer Macht wieder zu kommen, Durchsuchung zu halten, gingen beide fort.

3lter. Auch ich ging nach dem Orte Hemsbach, wo eigentlich der Kampf geendet, und die Dinge eine andere unverhoffte Wendung zu nehmen schienen, hir fand ich 2 todte Hessen, 4 Badenser und ein blesirter Hauptmann, der später hir starb.

[Zusatz: Allgemeine Consternation und mitunter recht unwillig der Führer. 19 Blesirte.]

Das Pferd des Hessischen Offizirs hatte gewiß gegen 15 Kugel, an 5 Stük im Hals und Augen, und in diesem Verhältnis wird auch der Reiter sein Todt gehabt haben.

Keine Fensterscheibe war mehr an der Straße zu sehen, Kartättschen hatten an Wänden, Läden pp. übel gehaußt. Armatur-Stüke wurden zusammengetragen, Patronen und dergleichen gefunden, [Zusatz: Patronen lagen an der ganzen Straße entlang] Tournister die Menge, denn die Flucht war so total, wären die Hessen nach, sie konnten ohne Schuß nach Heidelberg gehen. So wie hier Leute mit Bettzüge-Bündel auf dem Rücken über Berge und Wälder flohen, so war es in Mannheim, Ladenburg und sehr arg in Heidelberg, die ihr Gewissen nicht frei wusten. Eine Anzahl von Männer aus allen Ständen bewaffnete sich, um sich gerade nicht Sanc Fasong [sans façon] plündern oder töden zu lassen, diese belegte mann mit dem Namen *Angstgard*. Wie muß mann diese Bündelgarde eigentlich nennen?

Sigel hatte hir kein Meisterstük aufgeführt. Allgemeine Bestürtzung, und es kostete den Wortführern nicht wenig Mühe, Schreckens-Gespenst einigermaßen zu verscheuchen, und die Leute wieder aufzurichten.

Da wir nun erst im Juni in das Himmelszeichen des Kreb[s]es kommen, so scheint Commissair Krebs, der schon im halben Mai auftrat, seiner Gestalt nach etwas zu früh auf die Welt gekommen zu sein. [18]

Juni

Thust du was Gutes, so wirf es ins Meer, sieht es der Fisch nicht, so sieht es der Herr

[Zusatz: Eigenes Bewusstsein, stets recht gehandelt zu haben, und makellooses Gewissen kann viel Trübsal versüßen.]

[Zusatz: In das Zeichen des Krebs kommen wir,

Im Lauf so verkehrt wie dieses Thier,
Ein großer Theil kehrt sich nicht dran
Und stellt ein Krebs zum Führer an.]

lter. Armaturstüke werden gesammelt und zum Depot gesendet.

2ter. Zimmlich ruhig, es hieß, jetzt will mann es mit den blinden Hessen anderst anfangen, daß ihnen der Muth vergehen wird.

3. Allgemein mann will mit größerer Macht an die Hessen rüken, auch weil dieselbe in den nächsten Dörfern Wein und Brod sollen geholt haben.

4ter. Morgens kamen Offenburger⁴¹ und Heidelberger Bürgerwehr ohngefehr 5 bis 600 Mann und das 2te Infantri Rgm. 12 Comp. an, woran ich 6 Mann erhilt und bei mir 8 Krüge Wein und 12 Krüge Bier tranken, bis sie kaum mehr kriechen konnten. Vormittags 9 Uhr wurde der bei Hemsbach blesirte Hauptmann begraben. Soldaten und Bürgerwehr begleiteten den Zug. Als der katholische Geistliche seine Functionen beendet hatte, fragte Krebs, ob er sprechen könne, was ihm bejaht wurde. Der Redner hatte eine gute Schwarte. Er sagte, daß eben ein edler Kämpfer, der für die Freiheit gefallen, beerdigt worden und vielleicht noch mancher fallen werde, denn nur durch Blut könte die Freiheit der Tiranei abgezwungen werden, und schon biete ein Champanier betrunkenener Bluttirann⁴² seine unfreien Horden auf, um das schöne Werk, welches in einigen Tagen schon so mächtig und wie durch einen Zauber hervorgerufen dastehe und die schönste Freiheit biete, niderzuschmettern, *aber es wird diesem Bluthunde nicht gelingen, denn hir /:* auf die Soldaten und Waffengemengsel deutend *:/ stehn unsere Bürger in Soldatenröken, sie haben die Zeit und Noth begriffen [19] und in allen teutschen Gauen werden sie Beifall und Nachahmung finden* und so weiter.

Nun wurden die Truppen einquatirt, und wie bemerkt, sie tranken eine schöne Handschrift.

Der Tag verging; meine Einquartirung kam erst gegen 12 Uhr Nachts zu Haus und in einem unerquiklichen Zustande.

Morgens, am 5ten Juni. Kaum zu Bette, hörte mann gegen 1½ Uhr Generalmarsch, ich machte auch auf, und als der Allarm am Haus vorbei kam, fragte der bei mir ligende Corporal die Tromler: *Für wen ist das?* Antwort: *Für alle, die Hessen kommen.* Nach einer kleinen Pause rief derselbe Corporal zum Fenster herunter: *Wirth! was hat der gesagt? Die Hessen kämen?*

Glauben Sie das? Ich antwortete, ich hätte diß nicht verstanden und glaube es auch nicht. Überdiß lif einer, was er konnte, die Straße, diesem rif er wieder zu, was denn los sei, in halbem Athem: *Die He- Hessen kommen.* Diß wirkte so plötzlich zum Aufbruch, daß sie halb angekleidet, Armatur und Montur unterm Arm, das Quatir verließen und nach der Heidelberger Straße zu eilten, daß 100 Tromler und Hornisten diß nicht vermocht hätten.

Als diese Subjecte von Militair fort waren, fiel ein Kanonen-Schuß, bald darauf ein, zwei Flindenschüsse, und imer mehr, und mann hörte, daß sich die Jagdt von der Eisenbahn nach dem Oberthor und Prankelstraße ziehe.

Unserer mehrere wollten sehen, was denn eigentlich da vorgehe, gingen auch zum Oberthor hinaus, da stellte sich 3 Compang. Bürgerwehr an dem Schützischen Gartenhaus auf dem Lützelsachser Weeg auf. [20]

Die Hessen glaubten, die Bürgerwehr steke noch in den Weinbergen zwischen dem Baadhaus und Prankel, zu diesem Behuf stellte sich hessisches Militair als wie zu einer Teibjagdt auf, fanden sie aber oben an der Lützelsachser Straße aufgestellt und griffen dieselbe so schnell, als die Soldaten nur springen konnten, an. Die Freischärler feuerten, fanden aber keine Zeit mehr zum Laden, und so kam es, daß diese 3 Compangnien gänzlich zersprengt, neun auf dem Platz bliben und so hart blesirt, daß der letzte nach einem halben Jahr im Heidelberger Spital wegen Amputtation des Fuß starb.

Hessischerseits waren zwei Soldaten verwundet.

In meiner Nähe, daß ich ganz gut das hess. Comando verstand und Kugeln in verschiedenen Richtungen an uns vorbeipfeifen; kam eine doch an meiner linken Wange so nahe vorbei, daß ich den kühlen Luftschnitt, den sie verursachte, recht deutlich fühlte und sehr erschrak. Als ich mich erholt, machte ich mich schnell von dannen.

Als ich zu Haus ankam, war ich freudig, glaubte, es bliebe jetzt eine Besatzung hir und brauche sich nicht mehr zu fürchten. Meine Frau verwiß mir meinen Vorwitz arg; ich sagte: *Mache, daß der Kaffe fertig wird,* und sagte so ganz ohne Arg zu meiner Frau: *kannst heute par Kaffebohnen mehr nehmen;* dießer Aus-

druk wurde mir von der Gegenpartei sehr übel ausgelegt. Als die Hessen sogleich wieder abzogen, war ich und noch mehrere getäuscht. Als die Hessen von Milheim⁴³ unten an der Straße zurückkehrten, führten sie den Civilcomissair Fridrich Härter⁴⁴ und mehrere Freischärler mit sich. [Zusatz, in Bleistift nachgetragen: Härter wurde in Zwingenberg⁴⁵ gegen Bürgermeister Münch von Viernheim ausgetauscht, welchen man in Mannheim gepackt hatte. Härter und Münch waren gute Freunde zusammen.]

Als die Hessen Brod und Wein genossen hatten, zogen sie ihrer Heimath zu, wobei General Schäfer⁴⁶ noch die Trostworte gebraucht oder gesprochen haben soll: [21] *Ich werde von nun an nicht mehr dulden, daß sich in meiner Nähe in Weinheim so viel bewaffnetes Lumpengesindel herumtreibt und den Bürger belästigt und aussaugt.*

[Zusatz, noch auf S. 21, in Bleistift nachgetragen – von anderer Hand? –: die Hessen haben Leib Brod ausgeschnitten und Schweinerei hinein gemacht und dann in die We-schnitz geworfen.]

Mittags wurden die Todten, neun an der Zahl, auf begränzte Wagen geladen und nach Heidelberg geführt.

[Zusatz, in Bleistift nachgetragen – von anderer Hand? –: Die Hessen waren Raubmörder, haben den Todten die Finger abgeschnitten, um die Ringe zu bekommen, und die Uhren und das Geld geraubt. Die Erschossenen waren sehr ordentliche Bürgersöhne von Heidelberg, einer davon hieß Behagel⁴⁷.]

Laut wurde geschrien: *Dafür sollen die blinden Hessen, die Barbaren pp. büßen, wir werden unsere Brüder, die für die edle Freiheit gefallen sind, großartig, aber blutig rächen.*

Mann glaubte, es wäre vielleicht jetzt wieder leidlicher zu leben nach einer solchen Lection, dem war aber nicht so.

Nachmittag ging ich vor das Oberthor, wollte etwas ins Freie, als ich grade dort mit der hiesigen Bürgerwehr /: die morgens ebenfalls mit andern ausgerissen :/ und eben wieder zurückkehrte, zusammentraf, die Hauptsupjekten waren dabei. Ich ging meinen Weeg weiter.

Als mir auch drausen es nicht behagte, kehrte um, wollte wieder zu Haus. Nächst dem Thore des Herrn Hofraths Grimm⁴⁸ wurde ich jetzt erst eine bewaffnete Rotte, wenigstens

18 Mann stark unter Anführung eines abscheulich verdorbenen Menschen und ehemaligen Soldaten Hardt⁴⁹, gewahr. Alle betrunken, hielten ihre Gewehre in gefällter Richtung und so ganz in Unordnung nahmen sie die ganze Breite der Straße nach dem Oberthor ein. Einsehend, daß ich hier nicht ohne Calamität durchkommen werde, ging ich gewöhnlichen Schritts, um kein Aufsehen zu erregen, durchs Thor des Herrn Hofrath Grimm [22].

3. VOM UMGANG DER OBRIGKEIT MIT EINEM UNBEQUEMEN UNTERTAN. — DER FALL DES WEINHEIMER GASTWIRTS UND DEMOKRATEN FRIEDRICH HÄRTER —

Der Untertan

Die wichtigste Persönlichkeit unter den Weinheimer Demokraten war Friedrich Härter (22. 8. 1802–28. 4. 1867), Sohn eines Weinheimer Schneidermeisters und Gastwirts. Als Gastwirt „Zur Burg Windeck“, Holzhändler und Eigentümer landwirtschaftlicher Liegenschaften gehörte zu den Wohlhabenden in der Weinheimer Kleinbürgergesellschaft; im Wählerverzeichnis von 1849 rangiert er in der Klasse der Höchstbesteuerten. Aus der Sicht von Behörden- und Kirchenvertretern heißt es über ihn: „Politische Aufhetzer wie Hecker u. a., die häufig von Mannheim und Heidelberg“ nach Weinheim gekommen seien, hätten ihm „den Kopf verdreht“ und ihn zum „fanatischen Anhänger der revolutionären Ideen“ gemacht; darüber hinaus „habe er mit an der Spitze der aufrührerischen Bewegung hieselbst gestanden.“ Er sei nicht nur „der bewegende Hebel aller politischen Wühlereien“ seit den Jahren nach 1845 gewesen, sondern bereits in den Jahren 1835 und 1840 als „Anhänger der politischen Propaganda“ erschienen. „Parthei des Härter“ war schließlich im Weinheimer Sprachgebrauch Sammelbegriff für die Weinheimer Demokraten.

Seit Ende der 1830er Jahre erscheint Härters Gastwirtschaft immer wieder als Versammlungs- und Veranstaltungsort für die liberale bzw. demokratische Bewegung. Er selbst gerät

1840 in den Verdacht der Zugehörigkeit zum Bund der Geächteten. Hier werden gleichzeitig seine Beziehungen zu den Demokraten im hessischen Odenwald sichtbar. Von behördlicher Seite wird ihm später der Vorwurf gemacht, durch sein Wirken so manchen Landwirt aus dem Odenwald in den Ruin getrieben zu haben. Seit 1843 fungiert er nachweislich als Wahlmann zur Zweiten Kammer der Landstände. Als Obmann des Großen Bürgerausschusses (1843–1845) gehört er zum Vorbereitungskomitee der Weinheimer Verfassungsfeier von 1843. Gleichzeitig führt er die Opposition gegen den als „Pietist“ verschrieenen evangelischen Weinheimer Dekan Johann Ludwig Hörner an.

1848 ist er Wahlmann zur Wahl der Nationalversammlung; persönliche Kontakte zu Prof. Karl Hagen, dem Abgeordneten des Wahlkreises Heidelberg–Wiesloch–Weinheim sind nachweisbar. Im Demokratischen oder Volksverein ist er Kassenverwalter, „leitete das Ganze, obwohl er nie Vorstand war“. Im September 1848 steht er an der Spitze des bewaffneten Korps der Weinheimer Demokraten. Struve bindet ihn in die Vorbereitung seines Aufstandes ein. Bei der unmittelbaren Planung und Durchführung des Weinheimer Anschlags auf die Main-Neckar-Bahn vom 23. September 1848 spielt er eine leitende Rolle. Von Anfang Oktober 1848 an sitzt er als Untersuchungshäftling im Gefängnis; gegen eine Kautionsleistung von 10 000 Gulden kommt er Ende Januar 1849 wieder frei.

Mit dem Ausbruch des Volksaufstandes versichert sich der Weinheimer Amtmann der Unterstützung Härters im „Sicherheitskomitee“ zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Am 18. Mai 1849 wird Härter von der Provisorischen Regierung zum Zivilkommissär im Amtsbezirk Weinheim ernannt; er nimmt das Amt nur widerstrebend an und macht von den ihm übertragenen Vollmachten nur zurückhaltend Gebrauch. In der Frühe des 5. Juni überfallen hessische Truppen Weinheim und nehmen, offenbar gezielt, Friedrich Härter gefangen. Er wird am nächsten Tag wieder entlassen, möglicherweise, um in der gespannten Situation mitzuhelfen, Ausschreitungen zu verhindern. Härter, der das Amt des Zivilkommissärs nicht wieder übernimmt, wirkt mit seiner



Gartenhalle „Zur Burg Windeck“; Weinheim, Müllheimer Talstr. 100; Zustand vor dem Abriß, um 1995

(Foto: W. Titze/Stadtarchiv Weinheim)

Autorität tatsächlich in den folgenden Tagen mäßigend auf das Geschehen in Weinheim ein; er verhindert z. B. den Bau einer Barrikade und die Amtsenthebung des Bürgermeisters.

Mit der Besetzung Weinheims durch die Interventionstruppen am 15. Juni 1849 setzt sich Friedrich Härter ab, um sich in der Schweiz in Sicherheit zu bringen. Wegen seiner Teilnahme am Volksaufstand von 1849, Vorwurf: Hochverrat, vom Mannheimer Hofgericht in Abwesenheit zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt, stellt sich Härter im März 1851 den Behörden, um eine Wiederaufnahme seines Verfahrens zu erreichen und erlangt, dank entlastender Aussagen von Seiten konstitutioneller Weinheimer Honoratioren, 1852 eine Aufhebung des Urteils. Seine Gastwirtschaft wird indessen 1852 auf Anweisung des Innenministeriums geschlossen, da sie „den Anhängern der Umsturzparthei zu Weinheim“ als „Sammelplatz“ diene.

Aufgrund der wieder in Gang gesetzten Untersuchung gegen die Teilnehmer am Anschlag auf die Main-Neckar-Bahn wandert Härter im September 1853 erneut für 5 Monate in Untersuchungshaft. Das Urteil des Hofgerichts von Ende Dezember 1854 lautet für Härter auf 8 Jahre Zuchthaus bzw. 5 Jahre und 4 Monate Einzelhaft. Nach einer Bestätigung des Urteils durch das Oberhofgericht tritt Härter seine Strafe im Zuchthaus zu Bruchsal am 1. Dezember 1855 an, erreicht jedoch seine Begnadigung durch den Großherzog zum 20. September 1856.

Härter's bürgerliche Wiedereingliederung bzw. die Behauptung seines Platzes als angesehener Weinheimer Bürger und eine erneute politische Aktivität lassen sich an einigen Daten zeigen: Frühjahr 1859 Wiedermehrzulassung zu den staatsbürgerlichen Rechten; Oktober 1860 Erlaubnis zur Wiedereröffnung seiner Gastwirtschaft nach entsprechender Intervention aus dem Kreis der Weinheimer Honoratioren; 1863 Neu- bzw. Umbau seiner Gastwirtschaft; ebenfalls 1863 Mitglied des „provisorischen Ausschusses für Schleswig-Holstein“ – Veranstalter einer Vortragsveranstaltung mit Professor Wilhelm Wattenbach; 1864 Wahl in den Großen Bürgerausschuß; um 1865 Wahl in den Kirchengemeinderat. 1867 Grabrede durch Stadtpfarrer Julius Zäringer; als Anhänger und

Propagandist der nationalliberalen Richtung charakterisiert er Härter als vorbildliches Familienoberhaupt, als treuen Freund, als Ratgeber und Helfer, als tatkräftigen Mann mit unbeugsamem Willen und nicht zuletzt als politisch tätigen Patrioten⁵⁰.

Maßnahmen der Obrigkeit

Im Folgenden soll nicht die strafrechtliche Würdigung der Aktivitäten Härter's durch die badische Justiz geschildert werden; dies ist in Umrissen oben bereits geschehen. Es geht hier vielmehr darum, an einem konkreten Fall zu zeigen, wie durch das Handeln der Behörden ein 1848er, außerhalb der eigentlichen Strafverfolgung, in seiner bürgerlichen Existenz getroffen wurde⁵¹. Daß die langjährige behördliche Schließung seiner Gastwirtschaft Friedrich Härter nicht in den wirtschaftlichen Ruin trieb, verdankte er seinem landwirtschaftlichen Grundbesitz und seiner Tätigkeit als Händler mit Holz und Landwirtschaftsprodukten. Manchen anderen führte das politische Engagement in den Jahren 1848 und 1849 in die Vernichtung seiner Existenz, so etwa den Weinheimer Müller Jakob Weisbrod⁵².

Am 20. August 1851 verfaßte der Weinheimer Gendarmerie-Brigadier Groß eine „gehorsamste Meldung“ an das ihm vorgesetzte Kommando der Gendarmeriedivision des Unter rheinkreises zu Mannheim. In dieser Meldung ging es um eine Beobachtung, die der Gendarm am vorangegangenen Montag, dem 18. August 1851, in der Gastwirtschaft des Friedrich Härter gemacht hatte. Das Verhältnis zwischen Friedrich Härter und den Gendarmen, die das Haus des politisch verdächtigen Mannes schon seit Jahren mißtrauisch observierten, war zweifellos gespannt. Eine Äußerung Härter's aus den Tagen des badischen Volksaufstandes von 1849 macht dies deutlich: anlässlich der Verhaftung des Großsachsener Gendarmen Roth und seiner Festsetzung im Weinheimer Amtsgefängnis durch Parteigänger der Revolution im Juni 1849 soll sich Härter gegen eine Freilassung mit den Worten ausgesprochen haben: „Ach was, wenn so ein Gendarm 6 Wochen sitzt, ich war auch 6 Wochen gesessen.“ Einen weiteren bei diesem Vorgang anwesenden Gendarmen habe er mit den Worten angefahren: „Sie haben mich nach Mannheim verbracht,

wissen Sie das noch?“⁵³ Nun sah Gendarm Groß wohl die Gelegenheit gekommen, dem ungeliebten Hochverräter Härter einen Denktzettel zu verpassen.

Es heißt in der Meldung, daß am vergangenen Montag, „an welchem Tag früher der Kirchweihmontag dahier abgehalten wurde“, die Wirtschaft des wegen Hochverrats in Untersuchung stehenden Friedrich Härter außerordentlich stark besucht gewesen sei; so hätten die Gäste „die gewöhnliche Wirtsstube und Gartenwirtschaft sowie das nebenstehende Wirtschaftslokal bei der Gartenwirtschaft“ gefüllt. Unter diesen Gästen, so der Brigadier, waren einige Fremde, „ohne Zweifel Republikaner aus der Umgegend“; die meisten indessen waren Weinheimer Einwohner, unter ihnen „viele dahier in Arbeit stehende Handwerks-purschen“. Alle einheimischen Gäste aber seien „als entschiedene Anhänger Härters und eingefleischte Republikaner“ bekannt. Konkretere Anschuldigungen gegen die Versammelten konnte Groß zu seinem Leidwesen freilich nicht vorbringen; er habe zwar das Treiben überraschen wollen, wegen der Lage der Gastwirtschaft sei aber sein Kommen von allen Seiten zu bemerken gewesen. Auch habe er gegen das sogenannte Blaue-Montag-Machen der Handwerksge-sellen nicht einschreiten können, da die Meister selbst ihren Gesellen dazu die Erlaubnis erteilt hätten, „und die meisten Meister selbst an diesem Tag Wirtshäuser besuchten, von welchen man auch viele in der Härterischen Wirtschaft bemerkt hat.“ Weiter heißt es: „Bei dieser Gelegenheit hat sich der republikanische Geist der Weinheimer Einwohner noch ganz klar gezeigt, und daß der Anhang von Härter noch nicht im geringsten abgenommen hat, da die anderen Wirtshäuser nur unbedeutend und wie gewöhnlich besucht waren.“ Im Vorjahr, als Härter noch flüchtig war, habe am Kirchweihmontag niemand seine Wirtschaft besucht. Der Gendarm schloß seine Meldung mit dem nochmaligen Hinweis darauf, „daß die Wirtschaft Härters der Wühlerei und revolutionären Umtrieben Vorschub“ leiste und damit eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit darstelle. Da die Wirtschaft außerdem aufgrund ihres abgelegenen Standortes unmöglich gehörig beaufsichtigt werden könne, stellte Gendarm Groß das wiederholte

Ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß Härters Gastwirtschaft geschlossen werde.

Tatsächlich kam der Stein, wie von dem Gendarmen gewünscht, ins Rollen. Seine Meldung wanderte vom Divisionskommando zu Mannheim an das Korpskommando der Gendarmerie nach Karlsruhe und von dort bereits am 22. August zum Innenministerium. Dieses forderte am 25. August den außerordentlichen Landeskommissär für den Unterrheinkreis zu Mannheim, Regierungsdirektor Boehme, zu einem entsprechenden Bericht auf. Boehme wiederum veranlaßte das Bezirksamt Weinheim zur Berichterstattung. Oberamtmann August von Teuffel, eher kein Freund der Demokraten, äußerte sich am 2. September dahingehend, daß er Härter bei dessen Haftentlassung – am 12. Mai 1851 – eingeschärft habe, sich aller Umtriebe zu enthalten; Härter habe dies versprochen und tatsächlich sei bisher von ihm, dem Oberamtmann, Verdächtiges nicht wahrgenommen worden; daß Härters Wirtschaft von früheren Gesinnungsgenossen in besonderem Maße aufgesucht werde, sei nur erklärlich. Aufgrund dieses Berichtes kam Regierungsdirektor Boehme in seiner Stellungnahme vom 17. September an das Innenministerium zu der Auffassung, daß das Verhalten Härters bislang zu weitergehendem Einschreiten keinen Anlaß geboten habe. Dem Amt Weinheim sei Weisung zu erteilen, Wirt und Wirtschaft schärfstens zu überwachen, „da in der Stadt Weinheim die radikale Parthei noch viele Anhänger zählt, die in Härter ihren Führer erblicken und leicht diese Wirthschaft zu ferneren Wühlereien benutzt werden könnte.“ Mit dem deutlichen Unterton der Mißbilligung kam dann am 23. September vom Innenministerium die Antwort, daß Härters Wirtschaft geschlossen werden müsse. Härter sei das Haupt der demokratischen Partei in Weinheim gewesen; auch sei „nichts natürlicher, als daß die Anhänger der Umsturzparthei zu Weinheim in dieser Wirthschaft ihren Sammelplatz“ hätten.

Der Landeskommissär ließ sich indessen Zeit mit seinem weiteren Vorgehen in dieser Sache – er hatte wohl Wichtigeres zu tun. Immerhin räumte Boehme in einem Schreiben an das Innenministerium vom 7. Januar 1852 ein, daß es ein offensichtliches Versehen gewe-



Friedrich Härter (1802–1867)

(Foto: Stadtarchiv Weinheim)

sen sei, Härters Wirtschaft nicht gleich mit dem Einrücken der Reichstruppen nach Weinheim – 15. Juni 1849 – zu schließen, sondern der Ehefrau des landflüchtigen Härter die Fortführung der Gastwirtschaft stillschweigend zu gestatten. Tatsächlich hatte das Bezirksamt der Ehefrau des Gastwirthes das Weiterbetreiben der Wirtschaft gegen Gestellung einer Kaution erlaubt. Sollte Härter tatsächlich verurteilt werden und seine Strafe abbüßen müssen, so werde die Ehefrau wahrscheinlich erneut ein Gesuch auf Fortführung stellen. Für diesen Fall erbat das Bezirksamt nähere Instruktion. Nach geschehener Vergewisserung, daß Härter als zeitweiligem Landesflüchtling das Staatsbürgerrecht entzogen worden war, verfügte das Innenministerium am 16. Januar 1852 erneut die sofortige Schließung der Gastwirtschaft mit dem Hinweis, es dürfe kein Präzedenzfall geschaffen werden.

Nun ließ sich die Schließung der Wirtschaft nicht länger verhindern. Der Landeskommisär wies das Bezirksamt Weinheim entsprechend an und verlangte gleichzeitig „bei Vermeidung schärfsten Einschreitens, . . . alle diejenigen Bewohner des Bezirks in Vollzug zu setzen, welche sich mit Härter in der gleichen Lage“ befänden.

Damit war der Fall für die Behörden noch nicht ausgestanden. Unmittelbar nach der amtlichen Schließung seiner Gastwirtschaft legte Härter ein Gesuch zur Fortführung seines Betriebes vor. Zur Unterstützung des Gesuchs bat er den Weinheimer Gemeinderat um ein entsprechendes „Zeugnis“. Der Gemeinderat beschloß unter dem 30. Januar 1852, Härter zu beurkunden, daß er Vater von 6 unversorgten Kindern sei, daß sein Anwesen im Falle der Schließung der Wirtschaft an Wert verliere und daß sich Härter seit seiner Rückkehr aus der Schweiz gut verhalten habe⁵⁴. Dies wiederum rief den Brigadier Groß erneut auf den Plan; in einem Bericht an sein vorgesetztes Kommando sprach er sich gegen eine mögliche Wiedereröffnung der Härterschen Gastwirtschaft aus. Härter, so der Gendarm, habe seine Gesinnung nicht im mindesten geändert; er werde vom Volk immer noch „vergöttert und verehrt“; sein Einfluß auf das Volk sei ungebrochen. Wahrscheinlich stehe er immer noch in Verbindung zu den Führern der Umsturzpartei.

Auf der Grundlage dieses Berichtes empfahl der Landeskommisär dem Innenministerium eine Ablehnung des Gesuchs; auch eine Übertragung der Gastwirtschaft auf die Ehefrau sei abzulehnen: „So lange ihr Mann bei ihr lebt, wäre dies gerade so, als ob ihm, und nicht der Frau, die Wirthschaftsführung erlaubt würde.“ Brigadier Groß konnte sich also bestätigt fühlen; um so größer war seine Enttäuschung darüber, daß Friedrich Härter aus dem gegen ihn anhängigen Verfahren wegen Hochverrats zwar nicht als freigesprochen, aber doch als klagfrei gestellt hervorging, was einem Freispruch minderen Ranges gleichkam. Friedrich Härter wurde das für ihn günstige Urteil des Hofgerichts am 1. April 1852 verkündet. Die ganze Enttäuschung des Brigadiers Groß über dieses Urteil spricht aus einem Bericht, den er noch am gleichen Tag an das Kommando der Gendarmerie des Unterrheinkreises richtete: „Dieses Urtheil hat bei der gutgesinnten Bürgerschaft das größte Mißfallen erregt, weil man die moralische Überzeugung hat, daß Friedrich Härter schon so viele Jahre sich mit der Wühlerei abgegeben, wozu ihm seine frühere Wirthschaft trefflich zustatten kam. Auch wird insbesondere hervorgehoben, daß in der letzten Revolution [Mai/Juni 1849] kaum in einem Orte solche Gewaltthätigkeiten durch Verhaftung und Mißhandlung gutgesinnter Personen in solcher Menge in einem Orte des Großherzogthums vorgekommen sind wie hier, welche Gewaltthätigkeiten unter den Augen des Friedrich Härter [geschahen], welcher damals die Stelle eines Civil-Commissär vertreten hat. Man hat daher auch schon öfters die Äußerung vernommen, daß, wenn Härter ohne Strafe ausgehe, man wohl alle Zuchthäuser den politischen Gefangenen aufmachen müßte, da keiner *mehr* an der letzten Revolution gearbeitet habe als dieser.“

Immerhin blieb Härters Gastwirtschaft geschlossen, und dies noch auf Jahre. Wie oben bereits erwähnt, wurde gegen Härter wegen seiner Beteiligung am Anschlag auf die Main-Neckar-Bahn von 23. September 1848 ab 1853 wieder ermittelt und er schließlich zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein Gnadenakt des Großherzogs gab ihm zum 20. September 1856 die Freiheit wieder.

Aus dem Zuchthaus entlassen, bemühte sich Härter um die Wiederzuerkennung des Staatsbürgerrechts und um die Erlaubnis zur Wiedereröffnung seiner Gastwirtschaft. Aufgrund des Amnestiedekrets vom 7. Juli 1857 verfügte das Innenministerium am 5. Februar 1859 die Wiederverleihung des Staatsbürgerrechtes an Friedrich Härter, bestimmte aber zugleich, daß das Wirtschaftsrecht weiterhin entzogen bleibe.

Eine Wende trat 1860 ein. Unter dem Datum vom 6. August 1860 richtete eine Reihe von Angehörigen der Weinheimer Honoratiorenschicht die „gehorsamste Bitte um Wiederverleihung der Wirtschaftsgerechtigkeit an Friedrich Härter“ an das Innenministerium. Das Gesuch trägt über 50 Unterschriften, darunter die der Fabrikanten Leopold Heintze, Carl Johann Freudenberg, Eduard Michel und Wilhelm Platz, die der Apotheker bzw. Fabrikanten Albert Klein, Ludwig Klein jun. und Ludwig Klein sen., des Apothekers Jakob Pfander, des Posthalters und Abgeordneten der 2. Kammer Karl Ludwig Hübsch, des Leiters des Benderschen Erziehungsinstitutes Karl Bender, des an diesem Institut als Musiklehrer tätigen Josef Engesser, Begründer, Dirigent und Vorstand des Weinheimer Singvereins von 1842. Besonders bemerkenswert an der Unterschriftenliste ist die Tatsache, daß ein Teil der Unterzeichner 1848/49 Angriffen aus dem demokratisch-republikanischen Lager, der „Parthei des Härter“, ausgesetzt war; einige Unterzeichner lassen sich auch als Mitglieder des Weinheimer Vaterlandsvereins von 1849 festmachen, der die Anhänger der konstitutionellen Richtung in seinen Reihen sammelte.

Die Bittsteller dankten in ihrem Gesuch einleitend dem „hochverehrten“ Ministerium dafür, daß es diejenigen Juristen, „welche in die Verwirrungen der Jahre 1848 und 1849“ verwickelt gewesen seien, reaktiviert und damit einen Beitrag dazu geleistet habe, „daß jene unselige Zeit der Vergessenheit anheimfalle“. Nun sei es aber auch an der Zeit, dem früheren Wirt Friedrich Härter die völlige Begnadigung zuteil werden zu lassen. „Die gehorsamst Unterzeichneten, sämmtlich der Bewegung jener unglücklichen Zeit fern- und entgegenstehend, können mit gutem Gewissen dem Friedrich Härter, welcher damals Civil-

commissair war, das Zeugnis geben, daß er sich keinerlei Handlungen persönlichen Hasses zu Schulden kommen ließ, im Gegentheile viele Unbilden von Weinheim und dessen Bewohnern abwandte, wie auch daß derselbe seit seiner Rückkehr in stiller Zurückgezogenheit im Kreise seiner achtbaren Familie lebt. Die Erlaubnis zur Wiedereröffnung der Wirthschaft zur Burg Windeck wird aber nicht nur Friedrich Härter und seiner Familie ein Gnadengeschenk sein, das ihn zur größten Dankbarkeit verpflichtet, sondern es wird auch dadurch einem wirklichen Bedürfnis des Weinheim und seine schöne Umgebung besuchenden Publikums abgeholfen. Die Wirthschaft ist an dem Ende Weinheims im Gorbheimer Thale gelegen und bietet für alle, welche das Thal mit seinen Höhen besuchen, den einzigen Erholungsort auf badischem Gebiete. Auch können wir aus eigener Erfahrung dem Friedrich Härter das weitere Zeugnis geben, daß er seine Wirthschaft stets auf musterhafte Weise geführt hat. Ein hohes Ministerium möge diesen in größter Ergebenheit ausgesprochenen Wunsch erfüllen und eine sonst so geachtete Familie wieder in ihre Nahrungsquelle einsetzen.“

Mit diesem Gesuch unterstützten die Weinheimer Honoratioren die „Gehorsamste Vorstellung und Bitte des Friedrich Härter von Weinheim um Erlaubnis zum Wiederbetriebe seiner Wirthschaft“ vom 30. Juli 1860; Härters „Vorstellung und Bitte“ waren ebenfalls an das Innenministerium gerichtet. Der Bittsteller wies darauf hin, daß der Wirtschaftsbetrieb einen wesentlichen Teil des Nahrungszweiges für sich und seine Familie darstelle. Hinzu komme, daß der projektierte Chausseebau durch das Gorbheimer Tal eine Gastwirtschaft am Ausgang der Stadt zu einem absoluten Bedürfnis mache. Sein Wirtschaftsbetrieb habe niemals Anlaß zu Klagen gegeben; die Wirthschaft sei vor allem von Fremden besucht worden, weshalb er seinerzeit mit bedeutenden Kosten eine Gartenwirtschaft samt Saal eingerichtet habe. „Durch fortwährendes Wohlverhalten, durch bewiesene Treue für Fürst und Vaterland, durch mein fortgesetztes Streben für Gesetzlichkeit und Ordnung im öffentlichen Verkehre sowie in meinem Hauswesen und in meiner Familie dürfte der Moment

eingetreten sein, mir die Wiedereröffnung meiner Wirthschaft als Nahrungszweig meiner Familie und als ein Bedürfnis des Publikums hochgeneigtest zu gestatten.“

Die Regierung des Unterrheinckreises, die wohl vom Innenministerium zur Stellungnahme auf beide Gesuche veranlaßt worden war, zeigte sich formaljuristisch kleinlich. In einem Schreiben vom 19. September 1860 wies sie das Innenministerium darauf hin, daß laut eines Berichtes des Gemeinderates zu Weinheim vom 19. Mai 1837 der Vater des Friedrich Härter, Michael Härter, auf sein persönliches Wirtschaftsrecht verzichtet hatte; zwar habe das Bezirksamt Weinheim mit Verfügung vom 20. Mai 1837 das Wirtschaftsrecht auf den Sohn Friedrich Härter übertragen, doch sei diese Übertragung als rechtsunwirksam zu betrachten, da der Gemeinde ein persönliches Wirtschaftsrecht nicht bewilligt gewesen sei. Friedrich Härter habe also, genaugenommen, ohne Recht gewirtschaftet. Es könne damit von der Wiederverleihung eines entzogenen Rechtes an den Bittsteller keine Rede sein. Es sei vielmehr dem Friedrich Härter zu überlassen, „als Bewerber um ein Wirthschaftsrecht aufzutreten, wenn zuvor ein solches von der Gemeinde Weinheim nachgesucht und von der zuständigen Behörde ihr bewilligt worden sein wird.“

Das Innenministerium schloß sich diesen Bedenken nicht an. In der Sitzung vom 5. Oktober 1860 wurde vielmehr beschlossen, der Regierung des Unterrheinckreises zur weiteren Eröffnung zu erwidern, daß man sich veranlaßt sehe, die diesseitige Verfügung vom 16. Januar 1852, durch die der Schluß der Härterschen Wirtschaft angeordnet worden war, zurückzuziehen „und demnach dem Bittsteller die Wiederausübung des früher ingehabten persönlichen Wirthschaftsrechtes zu gestatten.“

Man wird nicht fehlgehen, Friedrich Härter somit als einen frühen Nutznießer der „Neuen Ära“ in Baden zu bezeichnen, in der 1860 die Liberalen zur „regierenden Partei“ aufstiegen; an der Spitze des Innenministeriums, das die Wiederübertragung des Wirtschaftsrechtes an Friedrich Härter verfügte, stand seit diesem Jahr der Liberale August Lamey⁵⁵.

Nach der Wiedereröffnung seiner Gastwirtschaft ging Friedrich Härter an den Um- bzw.

Neubau seines Wirtschaftsankwesens auf der seiner „Gartenhalle“ gegenüberliegenden Straßenseite; laut Bauinschrift wurde diese Baumaßnahme „1863“ vollendet. Vier Jahre später starb Friedrich Härter im Alter von 65 Jahren. Ein Zeugnis dafür, daß er auch unter den veränderten Verhältnissen seine politische Grundorientierung nicht verleugnete, mag darin gesehen werden, daß in der Gastwirtschaft, so lange Härter lebte, das Bild des Heinrich Hoffmann von Fallersleben hing, woran 1874, im Todesjahr des Dichters, im „Weinheimer Anzeiger“ erinnert wurde⁵⁶. 1843 war Hoffmann von Fallersleben in Härters Gartenhalle mit großem Jubel empfangen worden. Eine 1933 angebrachte Inschrifttafel hielt die Erinnerung an dieses Ereignis mit den Worten fest „In diesem Hause /– früher Gartenhalle zur Burg Windeck -/ weilten 1843 zum Besuche ihrer Weinheimer Freunde /– Hecker – Itzstein – Soiron –/ und der Dichter des Deutschlandliedes / Hoffmann von Fallersleben“. Das Gebäude, das, wie kaum ein anderes in Weinheim, Zeuge demokratischer Tradition war, wurde vor kurzem unbeachtet abgerissen . . . !

Anmerkungen

- 1 Sofern nicht anders vermerkt, alle Belege in: Rainer Gutjahr: Die Republik ist unser Glück. Weinheim in der Revolution von 1848/49. Weinheim 1987 (Weinheimer Geschichtsblatt 32).
- 2 Stellvertretend seien hier nur genannt: Peter Assion: Der Heckerkult. Ein Volksheld von 1848 im Wandel seiner geschichtlichen Präsenz. In: Zeitschrift für Volkskunde, Jg. 87 (1991) S. 53–76. Alfred G. Frei (Hrsg.): Friedrich Hecker in den USA. Eine deutsch-amerikanische Spurensicherung. Konstanz 1993 (Umfangreiche Bibliographie).
- 3 Gustav Struve: Friedrich Hecker in Amerika. In: Die Gartenlaube 1865, Nr. 4, S. 56 ff. Hier zitiert nach einer Abschrift, die + Peter Assion dem Verfasser 1991 zur Verfügung stellte.
- 4 Paul Strack: Friedrich Heckers Herkunft. In: Beiträge zur Familien- und Heimatkunde in Baden, Heft 2 1959, S. 16 f.
- 5 Philipp Pflästerer: Weinheimer Rathäuser. Weinheim 1952, S. 52 f (Weinheimer Geschichtsblatt 22).
- 6 Franz X. Vollmer: Der Hecker-Nachlaß von St. Louis/USA. In: ZGO 136, 1988, S. 363.
- 7 StA Weinheim Rep. 36 Nr. 119 Lage I/5, S. 7.

- 8 Hecker Papers, University of Missouri, St. Louis. Kopie aus der Verfilmung im StA Singen im StA Weinheim; zitiert wird hier die Transskription durch Frau A. Rößler, StA Weinheim, der für ihre Hilfe bei der Beschaffung des Textes herzlich gedankt sei.
- 9 Anzeigblatt für den Unterrheinkreis 42, 1851, S. 241. Hans Peter Herpel: Weinheims historische Gastwirtschaften. Weinheim 1990 (Weinheimer Geschichtsblatt 36), S. 86f.
- 10 Vgl. hierzu: Roland Paul: „Freie Erde und freies Vaterland“ – Friedrich Hecker in den USA. In: Alfred G. Frei, wie Anm. 2, S. 19f.
- 11 Franz X. Vollmer (wie Anm. 6) S. 390.
- 12 GLA 236/8528. Hier zitiert nach: Paul Nolte: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800–1850. Göttingen 1994, S. 3.
- 13 Weinheimer Anzeiger, 22. 6. 1866.
- 14 Ebd., 1., 3., 6., 8., 10. und 13. 11. 1866.
- 15 Weinheimer Anzeiger, 12. 7. 1873.
- 16 Ebd., 1. 6. 1875.
- 17 Karl Dettling: Georg Friedrich Schlatter aus Weinheim 1799–1875. Eppingen 1980, S. 136f. (Mühlbacher Jahrbuch 1980).
- 18 Jörg Schadt: Alles für das Volk – Alles durch das Volk. Dokumente zur demokratischen Bewegung in Mannheim 1848–1948. Stuttgart u. Aalen 1977, S. 78f. (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim Nr. 1).
- 19 StA Weinheim Rep. 36 Nr. 119 Lage I/5.
- 20 Karl Zinkgräf: Aufzeichnungen eines Weinheimer Bürgers während der Revolutionsjahre 1848 und 1849. In: Die Windeck. Blätter für Heimatgeschichte und Volkskunde 2 u. 3 1928 (Beilage zum Weinheimer Anzeiger).
Für Hilfe bei der Transskription sei Frau A. Rößler, StA Weinheim, sehr herzlich gedankt.
- 21 Die Revolutionsereignisse in Weinheim, die den Hintergrund der „Notizen“ bilden, sind dargelegt bei Gutjahr; wie Anm. 1; hier finden sich auch die Belege zum Großteil der unten folgenden Anmerkungen.
- 22 Holderbüchse: aus einem ausgehöhlten Holunderzweig gefertigte Knallbüchse.
- 23 Richtig: Geisingen.
- 24 Dr. Johann Schey.
- 25 Reinhart Schimmelpennig oder Schimmelpenninck. Ehem. preuß. Offizier; Angehöriger Herweghs Deutscher Legion.
- 26 Vgl. hierzu: Franz X. Vollmer: Der Traum von der Freiheit. Stuttgart 1983, S. 135.
- 27 Richtig: Sinsheimer.
- 28 Carl Nauwerck (1810–1891). Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Fraktion Deutscher Hof.
- 29 Christian Friedrich Winter (1773–1858). Buchhändler, Abgeordneter der Zweiten Kammer, Bürgermeister der Stadt Heidelberg 1845–1849.
- 30 Franz Willigis Letzeiser (1802–?). Aus Weinheim gebürtiger Lehrer, 1848 zeitweiliger Vorsitzender des Heidelberger Arbeitervereins. 1849 gefangenegenommen und wegen Hochverrats verurteilt, erhält er 1851 die Genehmigung zur Auswanderung.
- 31 Florian Mördes (ca. 1825–1850). Rechtspraktikant aus Mannheim. Publizist.Vorsitzender des Mannheimer Volksvereins. 1849 u. a. Mitglied der Provisorischen Regierung.
- 32 Adolph Wiesner (1807–1867). Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Fraktion Deutscher Hof/Donnersberg.
- 33 Der Anschlag auf die Main-Neckar-Bahn fand in der Nacht vom 23. auf den 24. September 1848 statt.
- 34 Gesellschaft der Weinheimer Honoratioren, vermutlich hervorgegangen aus der Lesegesellschaft von 1812.
- 35 Pedro Düsar. Als Bruder der Amalie von Struve Schwager des Gustav von Struve.
- 36 Amtsgefängnis.
- 37 Daniel Krebs (1827–1901). Aus Mannheim stammender Student der Mathematik; als Angehöriger von Herweghs Deutscher Legion Teilnahme am Gefecht bei Dossenbach am 27. April 1848. Während des Volksaufstandes von 1849 Zivilkommissär der Provisorischen Regierung. 1850 in Abwesenheit zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Nach der Begnadigung von 1860 Rückkehr nach Mannheim, Gymnasialprofessor, Leiter einer Privatschule, 1873/74 Abgeordneter der Zweiten Kammer, Demokratische Partei.
- 38 Provinzialkommissär Johann Christian Prinz, Erster Beamter des Regierungsbezirkes Heppenheim.
- 39 Kratzerscher Garten: Wirtsgarten an der heutigen Roten Turmstraße in Weinheim mit Ausblick auf die Bergstraßeengegend nördlich von Weinheim bis gegen Heppenheim.
- 40 Dragonerrittmeister von Laroche fiel am 13. Mai in Karlsruhe bei einem Zusammenstoß mit Soldaten des meuternden Leibregimentes.
- 41 Zum Einsatz des Offenburger Aufgebots an der Bergstraße vgl. Franz X. Vollmer: Offenburg 1848/49. Karlsruhe 1997. S. 192ff.
- 42 König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.
- 43 Weinheimer Stadtviertel „Müll“; ursprünglich Müllheim.
- 44 Friedrich Härter; vgl. unten Beitrag 3.
- 45 Zwingenberg an der Bergstraße. Eine andere Variante besagt, Härter sei wieder auf freien Fuß gesetzt worden, um seinen mäßigenden Einfluß in Weinheim ausüben zu können, wo nach dem Hesenüberfall die Gegner der Revolution Übergriffen ausgesetzt waren.
- 46 Friedrich Ferdinand Wilhelm Frhr. Schäffer von Bernstein (1789–1861), Generalleutnant, Führer der hessischen Interventionskräfte im Feldzug von 1849.
- 47 Dieser Name erscheint nicht unter der Liste der 9 gefallenen Badener; evtl. Verwechslung mit dem gefallenen Franz Wilhelm Kohlhagen von Heidelberg; vgl. Hans Martin Mumm: Der Heidelberger Arbeiterverein 1848/49. Heidelberg 1988, S. 177.

- 48 Albert Ludwig Grimm (1786–1872) Rektor der Weinheimer Lateinschule, Abgeordneter des Wahlkreises Weinheim-Ladenburg in der Zweiten Kammer 1825–1837, Oberbürgermeister der Stadt Weinheim 1829–1838, Schriftsteller, Bearbeiter und Herausgeber von Märchen („der Weinheimer Grimm“), Verfasser landeskundlicher und landesgeschichtlicher Werke, z. B. „Die malerischen und romantischen Stellen der Bergstraße, des Odenwaldes und der Neckargegenden in ihrer Vorzeit und Gegenwart geschildert“. Grimm bewohnte die ehemalige kurpfälzische Kellerei am Weinheimer Ober-
tor.
- 49 Leonhard Har(d)t, Korporal, Befehlshaber des I. Aufgebotes der Weinheimer Volkswehr.
- 50 Belege bei: Gutjahr; wie Anm. 1.
- 51 Generallandesarchiv Karlsruhe 236/7666.
- 52 Gutjahr, wie Anm. 1, S. 255 ff.
- 53 Gutjahr, wie Anm. 1, S. 213.
- 54 Stadtarchiv Weinheim, Ratsprotokoll Bd. 90, S. 226.
- 55 Bernd Otnad in: Badische Geschichte. Hg. v. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart 1979, S. 70.
- 56 125 Jahre Weinheimer Zeitung. Weinheim 1988, S. 27.

Anschrift des Autors:
Rainer Gutjahr
Kösliner Straße 41

1848/49

Revolution der deutschen Demokraten in Baden

Landesausstellung 1998
vom 28. 2. bis 2. 8. 1998
im Karlsruher Schloß



Badisches
Landesmuseum
Karlsruhe

*„Wir müssen in der Geschichte
unseres Volkes nach jenen
Männern spüren und ihnen
Gerechtigkeit widerfahren lassen,
die dafür gelebt und gekämpft
haben, damit das deutsche Volk
politisch und moralisch verant-
wortlich sein Leben und seine
Ordnung selbst gestalten kann.“*

Gustav Heinemann



Diese Forderung des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann erfüllt das Badische Landesmuseum vom 28. Februar bis 2. August 1998. Es würdigt mit einer großen Landesausstellung im Karlsruher Schloß die Verdienste der Frauen und Männer, die 1848/49 mit Entschlossenheit und Zivilcourage der Unterdrückung durch die Fürsten ein Ende bereiten und eine Demokratie schaffen wollten. Obwohl ihrem mutigen Einsatz für den „Traum von der Freiheit“ nach kurzem Erfolg von den preußischen Truppen ein blutiges Ende bereitet wurde, setzte er doch Maßstäbe. Widerstand gegen Willkür und Machtmißbrauch, persönlicher Einsatz und politisches Engagement. Handeln statt Hoffen sind unverändert aktuelle Themen. Die Ausstellung will dies lebendig und unterhaltsam darstellen und so dazu beitragen, daß die Revolution im deutschen Südwesten als Wurzel der deutschen Demokratie verstanden wird.

Die Revolution kommt

1998 ins Museum



Baden-Baden in der Revolution 1848/49

Die Stadt Baden-Baden (hieß damals „Baden“ mit dem sie umgebenden gleichnamigen Amtsbezirk) und das heute eingemeindete Oos, Schauplatz des letzten offenen Gefechts der Badischen Revolution, waren Zeuge einiger freiheitlicher und revolutionärer Ereignisse mit zum Teil überregionaler Bedeutung. Die allgemeinen Forderungen nach nationaler Einheit und einer oft unterschiedlich definierten Freiheit förderten ein breites demokratisches Bewußtsein, das seinen lokalen Höhepunkt in der ersten freien und demokratischen Wahl des Bürgermeisters Christoph Wolff am 11. Juni 1849 fand.

Nach dem „Adreßbuch für das Jahr 1848“ befanden sich nachfolgende, zum Teil großherzogliche Staatsbehörden und „Anstalten“ in der 7000 Einwohner und über 32 000 länger verweilenden Kurgästen (1847) zählenden Stadt: Großherzogliches Bezirksamt mit Gericht, Polizei, Amtsrevisorat und Badeanstalten=Comission, Domainen=Verwaltung, Post- und Eisenbahnamt, Steuer- und Forstämter, Bezirksschulvisitatur, Physicat, Katholisches und Evangelisches Stadtpfarramt und Englischer Episcopalgottesdienst, Volks-, Höhere Bürger- und Gewerbeschule mit Pensionat Frauenkloster, Hospital=Comission und Stiftungs=Verwaltung, Schloßverwaltung und Hofgärtnerei sowie das Palais von Stephanie und das Schlößchen von Marie.

An städtischen Behörden und Anstalten sind aufgeführt: Bürgermeisteramt, Gemeinderath, Engerer und Größerer Bürgerausschuß, Waisengericht, Stadtrentmeisterei, Aufseher von Magazinen und kleineren städtischen Ämtern, Städtische Bezirksförsterei, Stadtbauamt, Eich- und Justirungsanstalt, Feldtaxatoren,

Feuerschau=Comission, Mehl- und Fruchtwaage, Sparcasse, Armen=Comission, Wohltätigkeits=Anstalten, besondere Stiftungen und das Bürgermilitär.

Weiter prägten das damalige gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben: Badeanstalten, Conversationshaus mit Leseanstalt und Leihbibliothek, Lesegesellschaft und Casino, Bürgerverein und Lesegesellschaft, Bürger=Kranz, Schützengesellschaft, Turn- und Gesangsvereine, Altertumsverein, Wohltätigkeitsanstalten wie Milde Stiftungen, Herrschaftliches Spital, Städtisches Gutleuthaus und Sterbekassenverein, Agenturen, Advokaten und Schriftverfasser, praktische Ärzte, Hebammen, Tierärzte, Schriftsteller und Künstler, Dienstbotenmakler, Privatlehrer und Privatlehrerinnen für die Sprachen. „Handelsleute und Professionisten“, insgesamt 112 verschiedene Berufe mit alphabetisch geordneten Namen in deutsch und französisch ergänzen das Bild.

1848

Die Politisierung der Einwohner begann am 1. 3. 1848 mit einer Petition des Gemeinderats und Bürgerausschusses zur „Erfüllung der gerechten Forderungen des Volkes“ an die II. Kammer: Pressefreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere und Beedigung der Linientruppen auf die Verfassung. Deren sofortige teilweise Erfüllung wurde am 9. März mit einem großen feierlichen Festmahl in der Tradition des Vormärzes im „Holländischen Hof“ gedacht, an der sich „Alle“, vom großherzoglichen Amtsdirektor und Bürgermeister bis zum später als Verbrecher Verurteilten, mit Reden und z. T. euphori-

schen Trinksprüchen beteiligten. Die liberale Bewegung wuchs, „die verführerische Sonne ließ auch in den Menschen etwas Ungeahntes aufblühen: sie sammelten sich und sprachen, sie forderten und erreichten alles; sie bekränzten sich, sie tranken sich zu und feierten“ (Veit Valentin). Die von der Offenburger Volksversammlung vom 19. März zurückkehrenden Teilnehmer wurden von einer „ungewöhnlich großen Zahl hiesiger Einwohner“ mit Turnermusik und Fahnen am Bahnhof empfangen, „wo sich der Zug unter ungeheuren Menschenzudränge und einem Jubel, wie man ihn hier noch nicht leicht vernommen, durch mehrere Straßen bewegte“. Am Rathaus verkündete der Baden-Badener Rechtsanwalt Christoph Wolff die Beschlüsse der Offenburger Versammlung zur Gründung vaterländischer Vereine für die politische und soziale Bildung des Volkes, für Bewaffnung und für die Verwirklichung aller Rechte.

Am 29. April forderten 100 Bürger alle Gleichgesinnten zum Beitritt in den „Politischen Bürgerverein“ auf, „um vereint mit uns zu wirken für Freiheit und Ordnung, für Gott und Vaterland“. In den Jahren zuvor hatten sich schon die freiheitlich gesinnten Turner und Sänger (Aurelia), aber auch die Arbeiter und Gehilfen organisiert. Die für Ordnung wie Repräsentation zuständige Bürgerwehr wurde in Erfüllung des Bürgerwehrgesetzes eine wichtige Institution im Ort. Unter ihrem Hauptmann Franz Großholz bezog sie Wache im Gasthaus „Luchs“, als am Ostermontag 1848 eine zum Teil mit Sensen und Gewehren bewaffnete Schar weitere Waffen forderte. Politische Auseinandersetzungen finden sich nunmehr öfters in den Zeitungen und die Neuorganisation der Bürgerwehr sorgte für viele Diskussionen in der Stadt. Im Vorfeld der Wahlen zum Frankfurter Parlament wurde bereits die grundlegende Diskussion über „Constitutionalismus oder Republikanismus“ geführt, in die parlamentarische Entwicklung setzte man große Hoffnungen. Die Männer des „entschiedenen Fortschritts“ sammelten sich in einem demokratischeren Verein, der im November anlässlich einer „Petition wegen Einführung einer constituirenden Versammlung in Baden“ (300 Unterschriften) als Gegner des Bürgervereins bezeichnet wurde.

Am 15. Mai wurde der liberale Professor für Privatrecht Karl Joseph Mittermaier mit 73 gegen 60 Stimmen für den linken Oppositionellen Adam von Itzstein in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt. Er war bereits Präsident der badischen II. Kammer in Karlsruhe, der auch der Abgeordnete des Amtsbezirkes Baden(-Baden), Christoph Wolff angehörte. Die Wahl Mittermaier's und die Eröffnung der Paulskirche wurde feierlich mit Fahnen, Kränzen, Festessen und einer Feuersäule am Hardberg begangen.

Neben den Wahlen von Wolff und Mittermaier ist die Robert Blum Gedenkfeier am 24. November 1848 mit 1200 Beteiligten (bei 6660 Einwohnern, davon 900 wahlberechtigten Männern) der Höhepunkt des an neuen Ereignissen in Stadt und Land reichen Jahres 1848. Ein auswärtiger, deutsch-katholischer Geistlicher aus Heidelberg hielt die Trauerrede für den in Wien erschossenen Frankfurter Abgeordneten Blum, da sich Stadtpfarrer Grosholz weigerte, für den aus der Kirche ausgetretenen Blum das Traueramt zu halten. Die gemäßigten Liberalen waren gegenüber den Demokraten oder gar Republikanern 1848 in der Mehrheit, wenn auch die Symbolfigur des deutschen demokratischen Liberalismus, Adam von Itzstein, nur knapp Karl Joseph Mittermaier unterlegen war. Auch die Quartiernahme von Karl Marx beim Sternwirt Karl Göhringer am 8. August stellt weitergehende Fragen: Göhringer war Mitglied des „Bundes der Kommunisten“, die in „Baden“ einen Hauptsitz hatten.

1849

Zu Beginn des Jahres 1849 ist eine zunehmende Dynamik der Ereignisse festzustellen: Der vaterländisch gesinnte politische Bürgerverein unter Bürgermeister Joseph Jörger (200 Mitglieder 1848) erhielt parteipolitische Konkurrenz vom demokratischen Volksverein (Baden-Baden 114, Steinbach 117 Mitglieder im Frühjahr 1849 nach Gründung), Christoph Wolff wurde nun offensichtlicher Gegenspieler der Gemäßigten. Die Polemiken gewannen an Schärfe, nicht zuletzt durch die arrogante Ablehnung der Kaiserkrone durch den preussischen König.

Nach der Verbrüderung der Rastatter Bürgerwehr mit den Soldaten der nahen, noch im Bau befindlichen Festung am 9. Mai und weiteren Garnisonsaufständen markiert die Offenburger Versammlung der Badischen Volksvereine (12. und 13. Mai) den Beginn der revolutionären Epoche in unserer Stadt und dem Land: Lorenz Brentano hielt sich Anfang Mai zur Kur beim Volksvereiner Siefert im Gasthaus Geist („Esprit“) auf. Der Vorsitzende des Landesauschusses der Volksvereine und nach Hecker's Auswanderung populärste und einflußreichste Mann der Bewegung war nicht vor Ort! So suchten am Morgen des 14. Mai die „Bürger“ Rehmann, Metternich, und die gerade aus dem Bruchsaler Gefängnis befreiten Blind und Gustav (von) Struve an der Spitze eines Demonstrationzuges Brentano auf: „Trotz meines körperlichen Zustandes. . . wollte ich die heilige Sache nicht schänden lassen durch verabscheuungswürdige Handlung“ schrieb im Nachhinein Brentano. Vom „Geist“ zog er über Rastatt nach Karlsruhe zur Regierungsübernahme, ohne jedoch die Republik auszurufen. Den Republikaner Struve ernannte er zum Ortskommandanten von Oos und Umgebung, was diesen jedoch nur kurze Zeit zufriedenstellte. Die ersten Befehle zur „Bewirkung einer allgemeinen Volkserhebung (Struve)“ wurden hier erlassen. Nun galt es, die auch vom Baden-Badener Frankfurter Abgeordneten Karl Mittermaier und dem in Baden-Baden geborenen Karl Damm unterzeichnete Reichsverfassung, die „Volksouveränität auf breiter Ebene“ (Wolff), zu realisieren.

Die Sommerhauptstadt Europas, 1848 kamen schon 15 000 Kurgäste weniger als 1847 (33 000), stellte sich zu Beginn der Sommersaison eindeutig auf die Seite der Volksforderungen: Noch am Morgen des 14. Mai sprachen sich Gemeinderat und Engerer Bürgerschaft für die Prinzipien und Beschlüsse der Offenburger Versammlung aus, Wolff wurde am 18. Mai „Civilcommissair“ und am 3. Juni mit überwältigender Mehrheit in die neue, constitutionelle Landesversammlung gewählt. Das 1. Aufgebot der Baden-Badener Bürgerwehr unter Anton Hippmann zog als eines der ersten Ende Mai zum Kampf an die hessische Grenze, ein Teil meinte es Ernst mit der Volksbewaffnung und den neu errungenen Freiheiten. In

Bezug auf die Fremden, von denen die ganze Stadt lebte war man sich trotz unterschiedlichster Auffassungen stets einig: „Ruhe ist für hiesige Stadt eine Lebensfrage“. Garanten dafür waren Rechtsanwalt Wolff, seit dem 11. Juni neu gewählter Bürgermeister Baden-Badens, der Sicherheitsausschuß sowie die Bürgerwehr mit ihren verschiedenen Abteilungen unter dem Oberkommando des gemäßigten Kaufmannes Franz Grosholz.

Die Errichtung einer „revolutionären“ Zivilverwaltung im damaligen Amtsbezirk Baden im Auftrag der neuen Landesregierung aber auch die strikte Einhaltung von „Gesetzlichkeit und Ordnung“ im internationalen Kurort war Wolff's Zwiespalt im neu entstanden Machtvakuum. Er war unbestritten für grundlegende politische Veränderungen, gewaltsamen Aktionen Einheimischer wie Fremder trat er stets energisch entgegen. Den großherzoglichen Amtsdirektor von Theobald forderte er auf, an seinem Platz zu bleiben und „fortan nach Pflicht und Gewissen sein Amt zu versehen“. Der erste demokratisch gewählte Bürgermeister der Sommerresidenz von Großherzog Leopold, der das Neue Schloß in den Jahren 1843 bis 1847 für 185 803 Gulden renovieren ließ, war keine 10 Tage im Amt, als die vom geflohenen Großherzog gerufenen Bundestruppen unter preußischer Führung am 20. Juni über den Rhein nach Baden eindrangen. Als die Rückzugsbewegung gegen Süden einsetzte gab man im Theater die erste Vorstellung in der Sommersaison: „Ein deutscher Krieger“.

Baden-Baden wurde zu diesem Zeitpunkt sogar Schauplatz von nationaler Bedeutung: Seit dem 20. Juni befanden sich über 40 Mitglieder der gewaltsam gesprengten Nationalversammlung in der Stadt, darunter alle 5 Mitglieder der deutschen Reichsregentschaft, die ihr Hauptquartier im „Zähringer Hof“ (heute Kaufhaus Wagener/Post) bis zum 23. Juni 1849 hatten. Die fortschrittliche Lokalzeitung Muhl's kommentierte das Ende des ersten deutschen Parlaments in Baden-Baden mit „tiefgefühlter Wehmut“, während ein anderes Blatt vom Kurhaus als potentiellen Parlamentsitz witzelte . . .

Mit dem Anrücken der Bundestruppen über das Murg- bzw. Rheintal wurde der Amtsbezirk durch die durchziehenden Freischaren

und Reste der aufständischen Armee Zeuge des letzten offenen Gefechts des pfälzisch-badischen Aufstandes. Um und in Oos gelang es, die heranrückenden Truppen bis zum 30. Juni hinzuhalten, so daß ein Rückzug mit einer in Oos erbeuteten Haubitze möglich war. Unter den ca. 40 Toten befanden sich die Erschossenen „Insurgentenmajor“ Greiner und der junge Dichter Alfred Michel mit der Reichsverfassung unter der Bluse. Die benachbarte Festung Rastatt war bis zu ihrem Fall am 23. Juli von einem Einschließungsring umgeben. Am 1. Juli besichtigte der Prinz von Preußen seine Truppen im Oostal und der Stadt, die am Abend durch die noch hinzukommenden Reservetruppen wie der Proviantkolonne überfüllt war. Zwei „Einmarschberichte“ verdeutlichen die damalige Situation: Der ehemalige „kais. kön. österreichische Offizier und Capitän im Generalstaabe der badischen Volkswehr“ Wiesner schrieb in seinem Tagebuch: „Wir sind heute früh um 6 Uhr (27. Juni 1849, D.B.) unter dem Jubel der Einwohnerschaft hier eingerückt. Von allen Städten und Orten, durch welche wir bisher marschirt waren, kam uns Baden unzweifelhaft mit der ungeschminktesten und wärmsten Theilnahme entgegen, was wohl immerhin aus dem Grunde bemerkenswerth sein dürfte, weil dieser größte Kurort Deutschlands fast ausschließlich der reaktionären Geldbourgeoisie und Aristokratie seine Wohlhabenheit zu verdanken hat“. Ein Teilnehmer des Nekarcorps, Teil der Bundestruppen unter Führung des sog. Kartätschenprinzen Wilhelm von Preußen bestätigt seine Eindrücke: „Am 30. (30. Juni 1849, D.B.) rückten wir durch Baden, wo der Empfang, wie überall, ohne das leiseste Zeichen von Freude stattfand; nicht einmal ein einziger Lappen weißes Tuch, welches doch, wenn auch sichtbar gezwungen, hier und da in einem Dorfe, dahinter ein trauerndes altes Mütterchen, sichtbar war.“

Der Kurort war nun Lazarett, die gefangenen Freischärler konnten nur mühsam untergebracht werden, von den Einheimischen floh ein Teil, über 40 wurden inhaftiert. Insgesamt 70 Baden-Badener „Individuen“ wurden als Hochverräter oder Rebellen angeklagt und zum Teil abgeurteilt. Nach der Amnestie kamen die meisten wieder zurück, Wolff wurde sogar Gemeinderat.

Bis heute tun wir uns schwer, die damaligen Vorgänge, die nur aus jener Epoche heraus verstehbar sind, zu würdigen. Die Zeit war reif für Veränderungen, darin waren sich alle in der Stadt einig. Die große Frage war das Wie und Wann. Die Ablehnung der Kaiserkrone und die Flucht des Großherzogs ließen ein Machtvakuum entstehen, das durch umsichtig handelnde Männer wie Lorenz Brentano auf Landes- und seinen Schulfreund Christoph Wolff auf kommunaler Ebene ausgefüllt wurde. Ein eindeutiges Urteil ist nicht möglich, standrechtliche Erschießungen und zahlreiche Verurteilungen für Bürger, die für eine Reichsverfassung gekämpft hatten, die den preußischen König sogar als Kaiser vorsah, symbolisieren dies. Auch die Baden-Badener mußten erfahren, daß Freiheit niemanden als Geschenk zuteil wird.

Heines Gedicht „Im Oktober 1849“ endet:

*„Nur manchmal knallt's – ist das ein Schuß? –
es ist vielleicht ein Freund, den man erschossen . . .“.*

CHRONOLOGIE REVOLUTION IN BADEN-BADEN:

22. 8. 1818	Badische Verfassung verkündigt
1832	Hambacher Fest, Börne in Baden-Baden
1837	Handwerkeraufstand
22. 8. 1843	Verfassungsfeier
Sommer 1843	Affäre Haber
1847	Gründung Gesangverein Aurelia und Turner
24. 2. 1848	Februarrevolution in Frankreich
1. 3. 1848	Petition
9. 3. 1848	Festmahl Holländischer Hof zur Pressefreiheit
19. 3. 1848	2. Offenburger Versammlung mit Triumphzug
1. 4. 1848	Bürgerwehrgesetz
2. 4. 1848	Volksversammlung in Achern mit Dr. Frech
April 1848	Heckerzug
15. 4. 1848	Christoph Wolff einstimmig in II. Kammer gewählt

24. 4. 1848	„Putschversuch einiger Bethörter“ am Ostermontag	20. 5. 1849	Christoph Wolff wird Zivilkommissar im Amt Baden
29. 4. 1848	Gründung Politischer Bürgerverein	Ende Mai 49	Das 1. Aufgebot der Bürgerwehr kämpft an der Hessischen Grenze unter Anton Hippmann
18. 5. 1848	Eröffnung der deutschen Nationalversammlung	30. 5. 1849	Letzte Sitzung in der Frankfurter Paulskirche
8. 8. 1848	Karl Marx im Gasthaus Stern	3. 6. 1849	Wolff wird mit überwältigender Mehrheit in die verfassungsgebende Versammlung gewählt
Sept. 1848	Struveputsch	11. 6. 1849	Wolff wird erster demokratisch gewählter Bürgermeister von Baden-Baden
Nov. 1848	Petition für constituierende Versammlung	18. 6. 1849	„Sprengung“ des Rumpfparlaments in Stuttgart
24. 11. 1848	Robert-Blum- Gedenkfeier mit 1200 Teilnehmern	20. 6. 1849	Bundesheer überschreitet Rhein bei Germersheim, Revolutionstruppen ziehen sich auf Murglinie zurück
21. 12. 1848	Verabschiedung der Grundrechte des deutschen Volkes	21. 6. 1849	Die letzten Nationalversammlungsabgeordneten treffen sich in Baden-Baden, darunter alle 5 Mitglieder der deutschen Reichsregentschaft
1849		24. 6. 1849	5 Gegner der neuen Landesregierung werden verhaftet
24. 2. 1849	Generalversammlung des neu gegründeten Volksverein	30. 6. 1849	Letztes offene Gefecht der Volkserhebung in und um Oos, Einrücken der Bundestruppen, Flucht von Demokraten wie Wolff, Muhl, Dr. Frech, Göringer und Hippmann
28. 2. 1849	Pol. Bürgerverein wird Vaterländischer Verein	1. 7. 1849	Truppenparade der Bundestruppen im Oostal vor Prinz Wilhelm
28. 3. 1849	Verkündung der Reichsverfassung	18. 7. 1849	Leopold kehrt nach Karlsruhe zurück
11. 4. 1849	Wolff tritt aus der II. Kammer aus	22. 7. 1849	Fahndung nach Wolff und weiteren „Individuen“
3. 4. 1849	Friedrich Wilhelm IV. lehnt Kaiserkrone ab		
1. 5. 1849	Rheinpfalz löst sich von Bayern		
9. 5. 1849	Baden anerkennt Reichsverfassung im Gesetzblatt		
Mai 1849	Lorenz Brenatano in Baden-Baden zur Kur		
11. 5. 1849	Soldatenaufstand in der Festung Rastatt		
12. 5. 1849	Offenburger Landeskongreß der badischen Volksvereine		
13. 5. 1849	3. Offenburger Versammlung		
13./14. Mai	Flucht von Großherzog Leopold		
14. 5. 1849	Brentano übernimmt in Baden-Baden die Regierung, G. Struve wird Ortskommandant in Oos, dem Sammelpunkt der Volksheere, Gemeinderat und Bürgerausschüsse stimmen den Offenburger Forderungen zu		

Anschrift der Autors:
Dieter Baeuerle
Stephanienstraße 52
75630 Baden-Baden

Adressbuch

für die

Großh. Stadt Baden.

Behnter Jahrgang. — 1848.

Baden.

Buchhandlung und Buchdruckerei Scotzniovsky.

Die Bibliothek
der Stadtgeschichtlichen
Sammlungen
in Baden-Baden.
Ostern 1917.

ALMANACH
DU COMMERCE, DE L'INDUSTRIE,
des Sciences,
DES ARTS ET DES METIERS
DE BADE-BADEN.

ANNÉE 1848.

BADEN.

IMPRIMERIE ET LIBRAIRIE SCOTZNOVSKY.

STEPHANIENSTRASSE 373.

Adressbuch

für das Jahr 1848.

I. Großh. Staatsbehörden und Anstalten.

1) Bezirksamt.

Ganzlei im Amthause, Grabenallee.
Amtstage: Mittwoch und Samstag (Vormittags). — Ganzleistunden: Morgens von 8—12, Nachmittags von 2—6 Uhr.

(Vom Christabend bis zum Dreifönigstag treten die Gerichts-Ferien ein, während welcher Zeit, dringende Fälle ausgenommen, keine Civilprozeß-Angelegenheiten bei den großh. Bezirksämtern betrieben werden dürfen.)

Amtsvorstand: Hr. Oberamtmann v. Theobald, im Amthause, neue Promenade, Sophienstraße.

Amtmann: Hr. Bilharz, Lichten-thaler Straße 337.

Assessor: Freiherr v. Rüd't (Rettig-strasse 348).

Rechtspraktikanten: Hr. Dr. Chelius, Stephanienstraße 321 $\frac{1}{2}$; Hr. v. Zech, lange Straße 129.

Sportelextrahent und Registrator: Hr. Wagner, Steingasse 488.

Actuare: Hr. Schneider, Amalienstr. 262; Hr. Stoll, Höllengasse 512;

Hr. Wingerter, Steingasse 489;

Hr. Sulzer, Lichten-thaler Straße;

Hr. Steinhilper, Büttengasse 120.

Amtsdiener: Ul. Göpf, Gernsbacher Straße 433.

Gefangenwärter: Lasch, Markt-platz 532.

Amtserequent und Gerichtsboten: Alois Göpf, Gernsbacher Str. 433;

Franz Eisen, Rettigstraße 351;

Alois Damm, Scheibengasse 370.

Hofgerichtsbote: Franz Eisen.

Beeidigte Dolmetscher u. Uebersetzer:

Für die französische Sprache: Hr. Polizeicommissär Wolfrom, Sophienstraße 379.

Für die englische Sprache: Hr. Hof-rath Dr. Muhl, Rettigstraße 349.

Großherz. Bezirksbaumeister: Hr. Weinbrenner in Rastatt.

Großh. Wasser- u. Straßenbau-In-spector: Hr. Strohmayer in Rastatt.

ALMANACH

DU COMMERCE, DE L'INDUSTRIE,
DES SCIENCES, etc.

I. AUTORITÉS PUBLIQUES. LISTE DES FONCTIONNAIRES, etc.

1° Bailliage.

Bureau de Justice: Nouvelle Promenade.

Jours d'audience: les Mercredi et Samedi (avant-midi). Les bureaux sont ouverts de 8 heures à midi, et de 2 à 6 heures du soir.

Vacances: Depuis la veille de Noël jusqu'à la fête des Rois, pendant lesquelles aucune cause n'est reçue, excepté les cas argents).

Directeur en chef: Grand-bailli M. de Théobald, palais de justice, nouvelle promenade.

Bailli: M. Bilharz, rue Lichten-thal 337.

Assesseur: M. le baron de Rüd't, Rettigstrasse 348.

Licenciés en droit: M. le Dr. Chelius, Stephanienstrasse 321 $\frac{1}{2}$; M. de Zech, grand' rue 129.

Premier greffier et enregistreur: M. Wagner, Steingasse 488.

Greffiers: M. Schneider, Amalienstrasse 262; M. Stoll; M. Wingerter. Steingasse 489; M. Sulzer, Lichten-thaler Strasse; M. Steinhilper, Büttengasse 120.

Huissier audiencier: Aloyse Gœpf, Gernsbacher Strasse 433.

Concierge de la prison: Lasch, place du marché 532.

Huissiers: Aloyse Gœpf, Gernsbacher Strasse 433; Franç. Eisen, Rettigstrasse 351; Aloyse Damm.

Huissier de la cour d'Appel: François Eisen.

Interprètes jurés:

Pour la langue française: M. Wolfrom, Commissaire de police, Sophienstrasse 379.

Pour la langue anglaise: M. le cons. aul. Dr. Muhl, Rettigstrasse 349.

Architecte de l'arrondissement: M. Weinbrenner (à Rastatt).

Inspecteur de ponts et chaussées: M. Strohmayer (à Rastatt).

II. Städtische Behörden und Anstalten. II. AUTORITÉS ET INSTITUTIONS MUNICIPALES.

1) Bürgermeisteramt.

Bürgermeister: Hr. J. Jörger.
Rathschreiber: Hr. Nesselhauf.

2) Gemeinderath.

Hält seine gewöhnlichen Sitzungen jeden Dienstag und jeden Freitag von 9 bis 12 Uhr im städtischen Rathhause, auf dem Marktplatz 532.

Gemeinderathsmitglieder.

(Mit dem Bürgermeister, als Präsidenten, zwölf Mitglieder zählend.)

- Hr. Degler, Ferdinand, Stabhalter.
in Baden-Scheuern.
Hr. Ehinger, Fidel, Seilermeister.
" Ganz, Baumeister.
" Guggert, X., Bäcker.
" Heck, Alois, Handelsmann.
" Heidinger, Franz, Müller.
" Hoffmann, Alois, zur Blume.
" Leile, Ignaz, Wagner.
" Matzenauer, Karl, jun.
" Schneider, Georg, Müller.
" Seiler, Kaufmann.

3) Engerer Bürgerschaft.

Classe der Höchstbesteuerten.

- Hr. Graser, Jos., Vorstand.
" Gaus, August, Kaufmann.
" Kah, Valentin, zur Traube.
" Maier, Mathias, Gastwirth.
" Schmidt, Rom., z. Darmst. Hof.
" Zachmann, Aug., z. Hof v. Holl.

Classe der Mittelstbesteuerten.

- Hr. Buhl, Anton, Restaurateur.
" Dietrich, Ant., von Scheuern.
" Hoffmann, Al., Nagelschmied.
" Lang, Christian, Tapezier.
" Loppert, Wilb., Goldarbeiter.
" Zerr, Carl, Musikus.

Classe der Niederstbesteuerten.

- Hr. Autin, Eugen.
" Nesselhauf, Rathschreiber.
" Schlund, Frz. Fav.
" Schrauder, Carl, Arzt.
" Schreiber, H., Literat.
" Sulzer, Jos., kath. Pfarrmessen

1° Mairie.

Maire: M. J. Jörger.
Secrétaire: M. Nesselhauf.

2° Conseil municipal.

Tient ses sessions ordinaires les Mardi et Vendredi de 9 heures du matin à midi, à la maison de ville, place du marché 532.

Membres du conseil.

- M. Degler, Ferdinand, à Baden-Scheuern.
" Ehinger, Fidel, cordier.
" Ganz, architecte.
" Guggert, X., boulanger.
" Heck, Alois, négociant.
" Heidinger, François, meunier.
" Hoffmann, Alois, à la fleur.
" Leile, Ignace, charron.
" Matzenauer, Charles, jun.
" Schneider, Georges, meunier.
" Seiler, négociant.

3° Petite députation.

Première classe des contribuables.

- M. Graser, Joseph, président.
" Gaus, Auguste, nég.
" Kah, Valentin, au raisin d'otr.
" Maier, Mathias, aubergiste.
" Schmidt, R., à la C. de Darmst.
" Zachmann, Aug., à la C. de Holl.

Deuxième classe des contribuables.

- M. Buhl, Antoine, restaurateur.
" Frank, Antoine, de Scheuern.
" Hoffmann, Alois, cloutier.
" Lang, Chrétien, tapissier.
" Loppert, Guillaume, bijoutier.
" Zerr, Charles, musicien.

Troisième classe des contribuables.

- M. Autin, Eugène.
" Nesselhauf, greffier.
" Schlund, Fr.-Xav.
" Schrauder, Charles, médec.
" Schreiber, H., auteur.
" Sulzer, Joseph, sacristain.

Allgemeine Badzeitung.

Tagblatt für politische, literarische und gesellige Unterhaltung.

☞ Anwärts beliebe man die Zeitung bei der zunächst gelegenen Postkassette oder dem Postboten zu bestellen.

No. 52.

Baden-Baden, Freitag den 3. März.

1848.

Wir haben Pressfreiheit! Das Pressgesetz vom Jahre 1831 besteht provisorisch wieder in voller Wirksamkeit. Die Ordonnanz, welche dasselbe 1832 aufgehoben hat, ist am 1. März 1848 zurückgenommen. Unser Blatt erscheint heute zum erstenmal ohne Censur!

Heil unserm hochherzigen Fürsten, Großherzog Leopold! Heil unserer freisinnigen Verwaltung, Ministerium Best! welches die Pressfreiheit auf allerhöchsten Befehl gegeben hat. Heil unserer patriotischen Volkskammer, Heil unserem biederen, treuen Volke, welche die Pressfreiheit entschieden und mit Beharrlichkeit, aber auf gesetzlichem Wege gefordert und erlangt haben.

Das höchste Gut politischer Mündigkeit, wonach wir mehr als drei Jahrzehend gerungen haben: wir besitzen es. Zeigen wir jetzt durch Mäßigung und weisen Gebrauch, daß wir dieses Kleinods würdig sind; daß wir reif sind für den ungeschmälernten Gebrauch dieser edelsten aller Gaben. Es heiße, unseren Lesern einen geringen Grad politischer Mündigkeit zutrauen, wollten wir ihnen auseinanderlegen, wie ernst und feierlich die Zeit, wie drohend die Verhältnisse sind. Aber der Ruf der Mäßigung sey uns gestattet, daß wir ihn allen aufrichtigen und wahren Freunden geselliger Freiheit und des Fortschrittes zurufen. Wir werden wie bisher ohne Ansehen der Person wader, ehrlich und offen für alle Fragen des geselligen Fortschrittes und der Civilisation in Worten und Werken kämpfen: aber wir werden uns nicht beirren lassen durch das Geschrei des Hausens, wir werden kein Haar breit abweichen von dem Wege des Rechtes und des Gesetzes, und wir werden, wie schwierig sich die Verhältnisse immerhin gestalten mögen, — denn wer weiß, was im Schooße der Zeit verborgen schlummert, — nie vergessen, daß die wahre Freiheit besteht in der Ehrfurcht vor dem Gesetze und in der Mäßigung im Gebrauch desselben.

Wir verkennen keinen Augenblick, daß in so bewegten Zeiten, wie die jetzigen sind, mehr Muth und Stärke dazu gehört, ehrlich und offen zu erklären und zu bewähren, „die gewährte Freiheit mit Mäßigung zu gebrauchen,“ als vielmehr ein willenloses Echo zu seyn der Bestrebungen der wogenden Menge, welche sich wenig um den Ausgang kümmert. Wir haben den Muth dazu. Aber wir fordern alle wahren Freunde des Fortschrittes und der geselligen Freiheit auf, uns auf diesem Wege zur Seite zu gehen und uns zu unterstützen mit Rath und That, mit Worten und Werken, denn nur dadurch sichern wir uns dauernd die gewährte Freiheit. Wir haben den Muth, unsere Ueberzeugung aufrichtig und offen auszusprechen, daß die Agitation in Gefahr steht, einen Charakter und eine Wendung zu neh-

men, welche statt der Freiheit den Despotismus zur Herrschaft zu bringen droht; welche, statt der Freiheit zu dienen, sie vielmehr untergraben würde; welche an die Stelle des Fortschrittes und der Civilisation den Rückschritt und die rohe Gewalt der Massen zu setzen in Gefahr steht. Solchen Bestrebungen entschieden entgegen zu treten ist Pflicht und Schuldigkeit jedes freisinnigen Mannes, jedes wahren Vaterlandsfreundes, jedes Bürgers, der den Fortschritt will, der seinen hochherzigen und edlen Fürsten, der sein Volk und sein Vaterland aufrichtig liebt. Wer weiter geht, will den Umsturz. Wir werden unter allen Verhältnissen unsere Pflicht und Schuldigkeit thun: wir werden unter allen Verhältnissen nicht weichen von dem Wege des Gesetzes, des Fortschrittes, der Freiheit und der Mäßigung.

Wir werden den Ereignissen mit ungetheilter Aufmerksamkeit und in dieser Richtung folgen. Neue Abonnenten können fortwährend eintreten. Sie wollen ihre Bestellungen auswärts bei der Post, in Baden im Bureau oder beim Austräger baldigst machen.

Der Abonnementspreis ist bekannt; in Baden jährlich 2 Kronenthaler, unbeschadet, ob der Eintritt jetzt oder zu Neujahr geschehen ist.

* Baden, den 1. März. (Abends.) Die Ereignisse in unserm eigenen Lande, und zunächst in der Residenz, sind von solcher Wichtigkeit, daß sie unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Wir berichten weiter aus eigener Anschauung. Am heutigen Tage wurden die gestern besprochenen Adressen aus vielen Städten des Ober- und Unterlandes, namentlich aus Mannheim, Heidelberg u. s. w. in gemeinsamer Erscheinung der Bürger, der Kammer überreicht. Der Heidelberg-Mannheimer Bahnzug war so zahlreich besetzt, daß er von zwei Locomotiven gezogen werden mußte. Alle Vorzeichen zu einer großen Bewegung waren vorhanden. Aus dem Mittelbeirkreise, zumal aus Lahr, würden die Bürger weitaus zahlreicher erscheinen seyn, wenn nicht noch am Abende des 29. in einzelnen Bezirken, z. B. in Lahr, die betreffenden Abgeordneten unversehrt erschienen, zur Mäßigung und Ruhe gerathen und die Agitation in ein ruhiges Bett zurückzudrängen sich bemüht hätten.

Schon Morgens 9 Uhr war der Zubrang des Publikums zum Ständehause ungeheuer. Noch vor Eröffnung der Sitzung fand eine jener Scenen in den Vorhöfen, Hallen und der nächsten Umgebung des Ständehauses statt, welche, nach der



Karl Damm 5. 1. 1812 Baden-Baden. „Erzdemokrat“, Präsident der verfassungsgebenden Versammlung

Abonnements-Einladung

auf die in Baden von Dr. G. Muhl redigirte und verlegte

Allgemeine Badzeitung.

Eine täglich erscheinende politische Zeitung.

Zur Nachricht!

Die Badzeitung ist eine rein politische Zeitung. Da wir aber unsere politische Meinung seit dem 10jährigen Bestehen des Blattes nicht verändert haben, so mögen wir auch den Titel desselben nicht verändern.

Die Zeitereignisse werden in der Badzeitung in unabhängiger, freisinniger Richtung schnell und gedrängt mitgetheilt. Wichtige Tagesfragen werden in derselben Richtung in ausführlichen, raisonnirenden Aufsätzen erörtert und besprochen. Der Leser wird auf diese Weise nicht allein im Zusammenhange mit den Vorkommnissen des Tages erhalten, sondern ihm zugleich auch der rothe Faden gezeigt, der sich als Ursache und Wirkung durch alle Ereignisse hindurch zieht.

Die meisten Zeitungen sind leider! einseitige Parteiblätter geworden, voll von absichtlichen Uebertreibungen und Entstellungen der Thatfachen. Die Einen tadeln alles Bestehende aus Grundsatz, um einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen, und den gesunkenen Wohlstand gänzlich zu Grunde zu richten; die Andern loben und beschönigen, wo Nichts zu loben und zu beschönigen ist, wofür es nur von den Gewaltthabern und Regierungen ausgeht.

Wir unsererseits erkennen das Gute, wo es sich findet, unbekümmert ob es von den Regierungen, von der Rechten oder von der Linken ausgeht. Mit derselben Gerechtigkeit und Unparteilichkeit decken wir Mängel auf, wo wir sie finden, und streben dahin, ihnen abzuhelpen, und nach besten Kräften die vielen Gebrechen der Zeit zu lindern und zu heilen.

Aber wir streben nur mit den ehrlichen Waffen des Geistes, der Wahrheit und der Ueberzeugung. Wir wollen durch Gesinnung, Wort und Belehrung, durch Warnung und Zuruf beitragen zur friedlichen Lösung aller verwickelten Fragen, welche die Zukunft Deutschlands, seine Größe, seinen Ruhm, seine Freiheit und Einheit bedingen.

Durch diesen eingeschlagenen Weg hat sich die Badzeitung in ihren bisherigen Kreisen viel Popularität zu gewinnen gewußt. Dadurch ermuthigt, sucht sie nunmehr auch ihren Weg in weitere Kreise. Es ergeht darum an gleichgesinnte andere deutsche Männer von gleicher unabhängiger, freisinniger, nationaler Richtung hiermit unser ehrlicher Zuruf, uns zu unterstützen in diesem Unternehmen durch möglichste Verbreitung des Blattes.

☞ Mit dem **1. Januar 1849** können neue Abonnenten eintreten auf ein halbes Jahr. Der Preis für 6 Monate — Januar bis Ende Juni — beträgt **2 fl. 48 kr.** nebst 30 kr. Trägerlohn für den Brief- oder Postboten.

Die Bestellungen müssen bei dem **Postboten** oder der nächsten **Postanstalt** gemacht werden.

Die Expedition.

Zur Beurtheilung der selbsterigen Richtung der Badzeitung haben wir nebenstehenden Aufsatz aus einer der früher erschienenen Nummern abgedruckt.

Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr. 659

Die politischen Parteien in der Reichsversammlung und im Volke.

Ein Abgeordneter, zur Linken der Reichsversammlung gehörend, schrieb jüngst sehr wahr in einem Briefe an seine Wähler (vergl. Nr. 259. der Badzeitung): „Es gehört zur Schlaueit einer gewissen Partei, jeden Freund des Fortschrittes, der nicht Alles unbedingt billigt, was von den Regierungen ausgeht, mit den Anarchisten in eine Classe zu werfen und zu verdächtigen.“

Diese Klage ist in und außer der Reichs-Versammlung leider! nur zu begründet. Solche Verdächtigungen geschehen zumeist von jenen Renegaten, welche vor der Märzrevolution liberal, nach ihr zuerst die breiteste schwarz-roth-goldene Cocarde ansetzten, und jetzt schon mit vollen Segeln der guten alten Zeit des fetten Polizeistaates zusteuern. —

Wir gestatten jedem seine Meinung; er mag sie offen aussprechen und ehrlich verteidigen: aber die Verdächtigung Andersgesinnter ist keine erfreuliche Errungenschaft der Neuzeit.

Dem Terrorismus der Anarchisten sind die Verdächtigungen der Reaction und der Conservativen gefolgt. Die Einen nicht besser, als die Andern, das ist eine traurige Wahrheit.

Dieser Meinungsterrorismus zeigte sich auffallend bei den Ereignissen in Wien. Wer da wünschte oder der Ansicht war, daß die deutsche Sache in Wien siege, d. h. die Sache der Freiheit und des Fortschrittes siege, der galt jenen als Terrorist, als Anarchist, als rother Republikaner. Und doch war, soweit sich die Wiener Revolution aus der Ferne beurtheilen läßt, sie nur ein Kampf der Demokratie gegen die Privilegirten, der Kampf der Freiheit gegen die Reaction.

Und wem verdankt denn das Volk seine Freiheiten, die Gewährung seiner Jahrhundertlang mit Füßen getretenen Rechte? Etwa der conservativen Rechten?

Wer anders säet die Saat des Mißtrauens fortwährend aus, als die Leute der Reaction und des alten Systems? Wer vermöchte Zutrauen zu fassen, wenn man so zu sagen, mit der Luth es einathmet, daß, in demselben Maße, wie die Anarchie wütht, die Reaction ihr Panier aufhängt? Welcher freidenkende Mann konnte — beispielsweise in den österröichischen Wirren Zutrauen fassen, wenn er sah, daß Hof, Camarilla und Reaction ihr finstres Spiel trieben hinter dem Rücken constitutioneller Minister?

Aber warum so weit gehen? Ist's nicht ein öffentliches Geheimniß, daß fürstliche Personen Tausende von Gulden aufwenden, die reactionäre Presse zu unterstützen oder neue Organe dieser Richtung zu gründen?

Liegt da nicht die Gewißheit nahe: daß, wie sie wieder zur Macht gelangen, das alte Spiel wieder da ist. Und Ihr wollt nicht sehen, was um Euch vorgeht?

Aber das ist die Halbheit aller unserer Zustände, daß, während man die offenen Gefahren der Anarchie allenthalben sieht, man blind ist gegen die geheimen Ränke der Reaction und der Finsterlinge. Macht Front gegen Beide — und Deutschland und die Freiheit werden siegreich aus dem Zwiespalt der Meinungen hervorgehen.

Wer trägt denn die Schuld, daß die Wählerreien und Agitationen nicht enden wollen? Sind's nicht allenthalben die halben Maßregeln, denen man's auf den ersten Anblick ansieht, daß es nirgends Ernst ist mit den wirklichen Volksfreiheiten? Säge man, daß es wirklich ernstlich und redlich gemeint ist, bei Gott, alle Ehrenmänner würden auf der Seite der Regierungen und der gesetzlichen Gewalten stehen. Nur ehrlich und offen, aber kein verdecktes, trügerisches Spiel!

Unbestreitbare Thatsache bleibt, daß das Volk alle Eigenschaften der Neuzeit, alle seine Volksfreiheiten den Freunden des Fortschrittes, d. h. der Linken, verdankt. Unbestreitbare Thatsache ist, daß aller Druck, alle Bevormundung, alle Mißstände im Volk und Staat das Produkt des Metternich-Blittersdorff-Louis-Philipp'schen Systems sind. Auf Druck folgt Gegenruck: Das liegt in der Natur aller Dinge. Was Wunder also, wenn auch die Männer des Fortschrittes, die Linke, in und außer der Reichsversammlung viele häßliche Auswüchse, Pestbeulen und Schmeißfliegen in ihrem Gefolge zählt! Wer wollte Dies leugnen? Wer wollte jenen unvermeidlichen Anhängsel das Wort reden! Aber man darf die Freunde des Fortschrittes, die eigentliche Linke, nicht mit ihren Auswüchsen über einen Kamm scheeren. —

Und die conservative Rechte, besteht sie etwa aus lauter unfehlbaren Engeln, hat sie etwa keine Auswüchse? Haben diese Auswüchse dem Volke und Vaterlande in 33jähriger Knechtung nicht etwa tiefere Wunden geschlagen, als die Auswüchse der Linken es in der jüngsten Neuzeit leider gethan haben. Wir verteidigen auf keiner Seite das Schlechte und Verdammungswürdige, aber wir fordern Unparteilichkeit und Gerechtigkeit für Alle, für Freunde und Feinde.

Wir brauchen nicht zu unterschreiben, was die Herren Zitz, Schlüssel, Ruge, Reichenbach und Consorten für ein Evangelium ausgeben: aber gewiß ist, daß die Zukunft Deutschlands, seine Größe, seine Einheit, seine Macht und sein Ruhm, daß die Freiheiten des Volkes nur von den Männern des Fortschrittes, also von der Linken wirklich und dauerhaft begründet werden, und daß vorausichtlich Aufstandversuche und Revolutionen solange im Hintergrunde lauern werden, solange nicht die politischen Gesichte Deutschlands im wahren volksthümlichen Geiste, im Geiste des Rechtes und der Freiheit für Alle geordnet und begründet seyn werden. Wer sich nicht absichtlich täuschen will, kann dies täglich aus tausend Erscheinungen wahrnehmen. Das Volk ringt nach Freiheiten; die conservativen Doctrinäre suchen sie ihm vorzuenthalten oder zu verflümmern: sie möchten mit der einen Hand nehmen, was sie mit der andern gewährt haben; sie weichen zurück vor jedem „kühnen Griff“, sie haben Worte, aber es mangelt ihnen die That.

Deutschlands Genius ist der Genius des Fortschrittes und der Freiheit: Despotismus auf der einen und Anarchie auf der andern Seite ist sein Unstern. Nur die ächte, lautere, gesetzliche Freiheit wird seine Wiedergeburt vollbringen. Darum vergagen wir nicht in so vielem Trübsal.

34 N. 659.

Bürger der Stadt Baden?

Der ungewöhnlich zahlreiche Fremdenbesuch hat auch zu Euerem großen Vortheil den sprechendsten Beweis geliefert, daß Ruhe und Ordnung für unseren Kurort besonders wohlthätig wirken; sie sind das Element, der Lebensodem unserer Stadt; wer sie verachtet oder zu stören trachtet, ist der Feind Eures Wohlstandes, Eurer Existenz. Schaart Euch deshalb um uns, um dasjenige, was Euch zum Wohl dient, zu erhalten, und dasjenige, was Euch zum Schaden gereicht, zu verhindern!

Jetzt ist der entscheidende Augenblick gekommen, wo sich Jeder ohne Rückhalt aussprechen muß zu welcher Partei er gehören will. Jetzt gilt der Wahlspruch: „wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns!“

Last es Euch, Mitbürger, nicht anfechten, wenn man die Mitglieder der Vaterlandsvereine schmählt und ihnen falsche Absichten unterstellt. Solche Angriffe und Verdächtigungen können dem ächten wahren Patrioten nur zur Ehre gereichen. Das erhebende Bewußtsein trägt ihn darüber hinweg, daß er in zwei Dingen Keinem, nenne er sich Monarchist, Demokrat oder Republikaner, nachsteht, und diese zwei Dinge sind: Muth und Aufopferung, wo es das Heiligste gilt, und treue unerschütterliche Liebe für unser schönes deutsches Vaterland.

Baden, am 23. Februar 1849.

Der Vorstand und Ausschuf
des politischen Bürger-Vereins in Baden.



Verzeichniß

der

Mitglieder des Sicherheitsausschusses.

- | | | |
|--------------------------|--------------------------|-------------------------------|
| • Amend, Simon. | • Hoffmann, Alois. | • Riedel, Georg. |
| • Amend, Johann. | • Hilger, Julius. | • Ritzinger, Anton. |
| • Beck, Daniel. | • Hagemeister, Franz. | • Roth, Ignaz. |
| • Bayer, Ferdinand. | • Haaf, Alois. | • Rheinboldt, Heinrich. |
| • Birg, Ignaz. | • Haaf, Joseph. | • Rößler, Wilhelm. |
| • Bischoff, Bäcker. | • Hof, Ludwig. | • Siefert, Joseph. |
| • Damm, Adam. | • Heß, Friedrich. | • Schnöringer, Schnbr. |
| • Damm, Friedrich. | • Heß, Ignaz. | • Spörlein, Leonhard. |
| • Billmann, G. | • Heß, Karl. | • Schnepf, Jakob. |
| • Degler, Karl, Hutm. | • Hilger, Georg. | • Schwarz, Wilhelm. |
| • Degler, K., Schneider. | • Hilger, Ambros. | • Scogniovsky, Joseph. |
| • Dieterle, Melchior. | • Kappler, Stephan. | • Söhnlein, Fr., alt. |
| • Dieterle, Karl. | • Lambrecht, Georg. | • Söhnlein, Theodor. |
| • Dieß, G. | • Lethen, Schreiner. | • Weber, Franz. |
| • Eisen, Joseph. | • Müller, G., Schreiner. | • Weiblin, Georg. |
| • Ernst, Andreas. | • Muhl, Georg. | • Wäldele, Metzger. |
| • Frank, Chirurg. | • Dylhauser, Heinrich. | • Wagner, Instrumentenmacher. |
| • Groß, Nikolaus. | • Peter, Lorenz. | |
| • Heinesetter, Maler. | • Ruckebrod, Blasius. | |

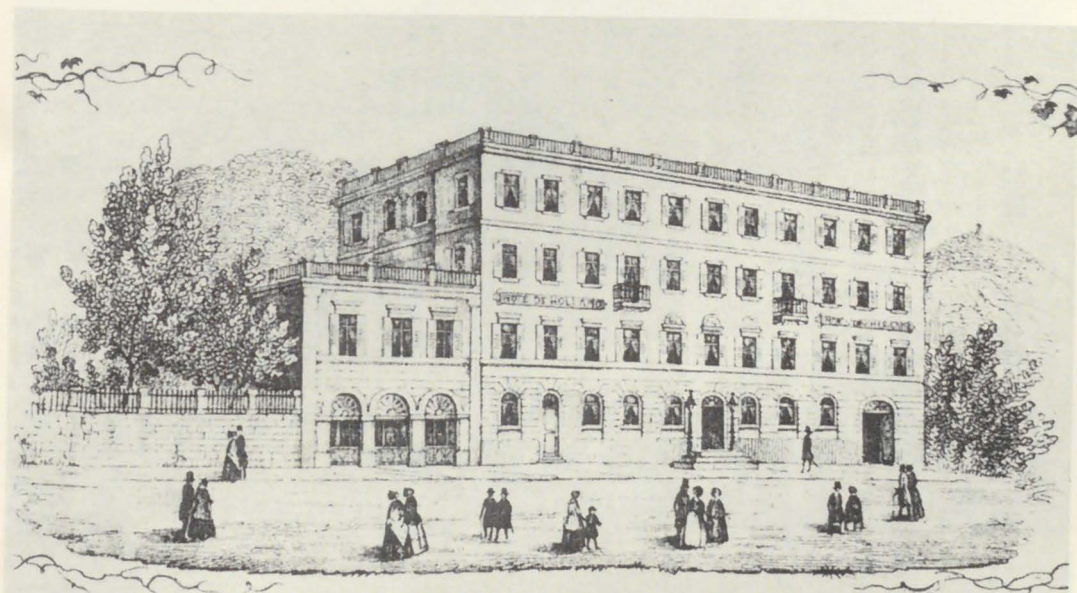
Engerer Ausschuß.

- | | | |
|--------------------|--------------------------|---------------------|
| • Damm, Friedrich. | • Heß, Ignaz. | • Schwarz, Wilhelm. |
| • Damm, Adam. | • Muhl, Georg. | • Siefert, Joseph. |
| • Eisen, Joseph. | • Müller, G., Schreiner. | • Schnepf, Jakob. |



Gasthaus zum Sternen

Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr. 82/169



*Hôtel de Hollande
Baden Baden*

Hotel zum Hof von Holland

Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr. 3970



Zähringer Hof

Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr. 82/169



Gast- und Badhaus zum Zähringer Hof
von Anton Meixel Wittwe in Baden.

VUES DE BADE

ET

DES ENVIRONS,

ACCOMPAGNÉES

D'UN PRÉCIS HISTORIQUE ET D'UNE DESCRIPTION DE LA VILLE DE BADE.

AVEC UNE CARTE DES ENVIRONS, UN PLAN DES CHEMINS DE FER,
ET DES NOTICES POUR LES ÉTRANGERS.

BADEN,
CHEZ D. R. MARX.

L'ÉTÉ A BADE

PAR M. EUGÈNE GUINOT

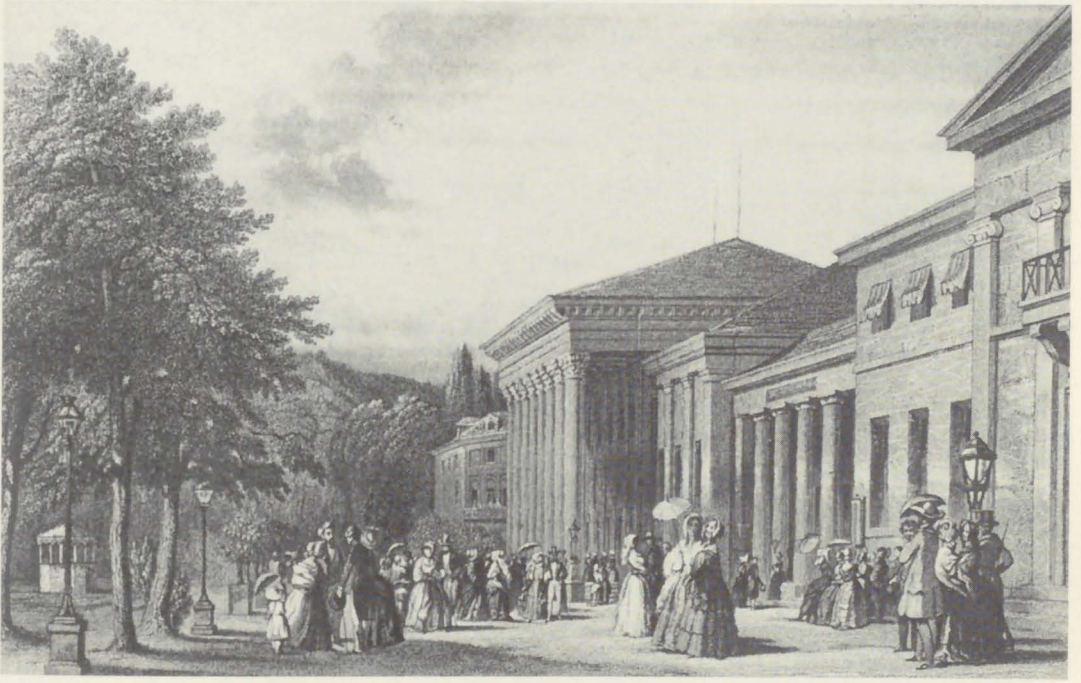
Stadtmuseum Baden-Baden



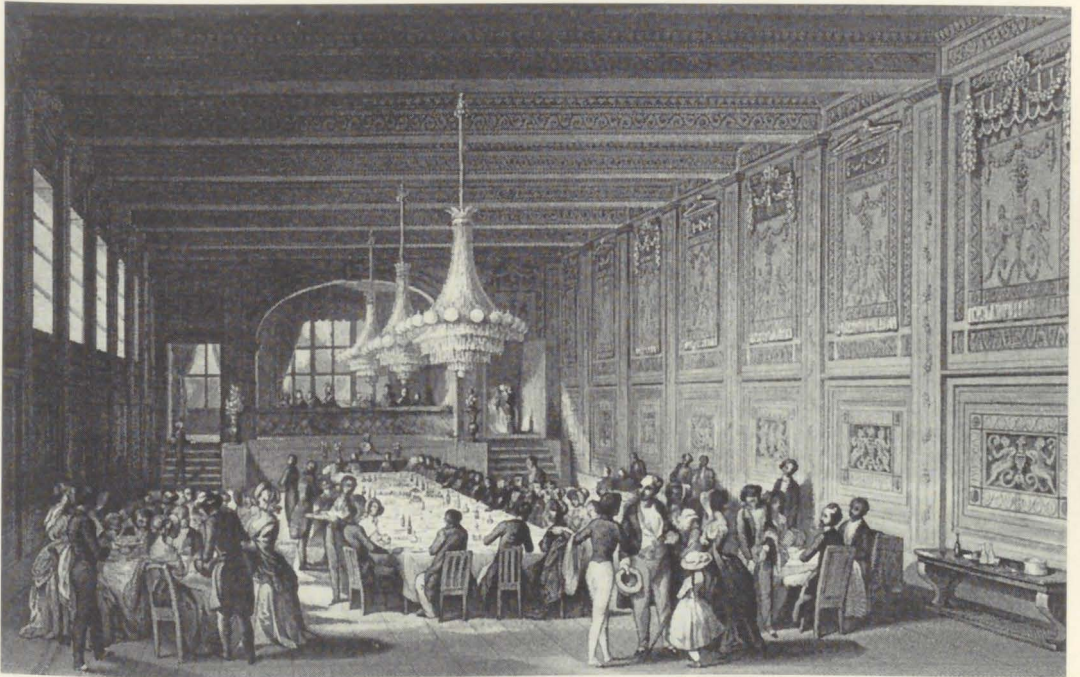
Allee de Lichtenthal.



L'été a Bade



L'été a Bade



Conversationshaus in: L'été a Bade



Die

Main-Neckar- und Bad. Eisenbahn.

Erläuternder Text

zu

G. Lambert's Panorama dieser Eisenbahnen.

THE MAIN-NECKAR- AND BADEN-RAILWAY

OR

EXPLANATION TO

G. LAMBERT'S PANORAMA OF THE TWO LINES.

LES CHEMINS DE FER MAIN-NECKER ET BADOIS

SERVANT DE TEXTE

AU PANORAMA DE G. LAMBERT.

Verlag und Eigenthum

von

Guido Zeiler in Mannheim.

PUBLISHED

by

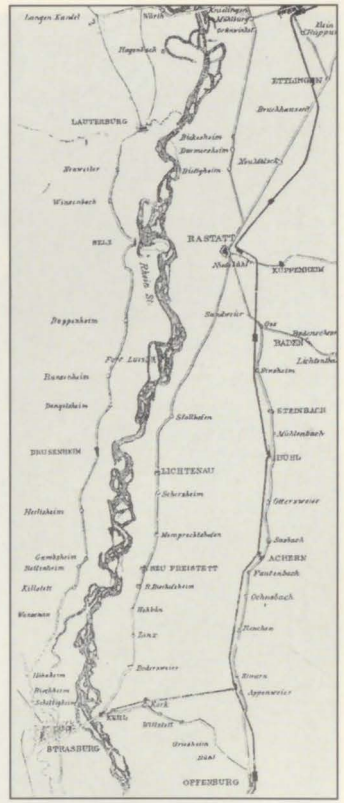
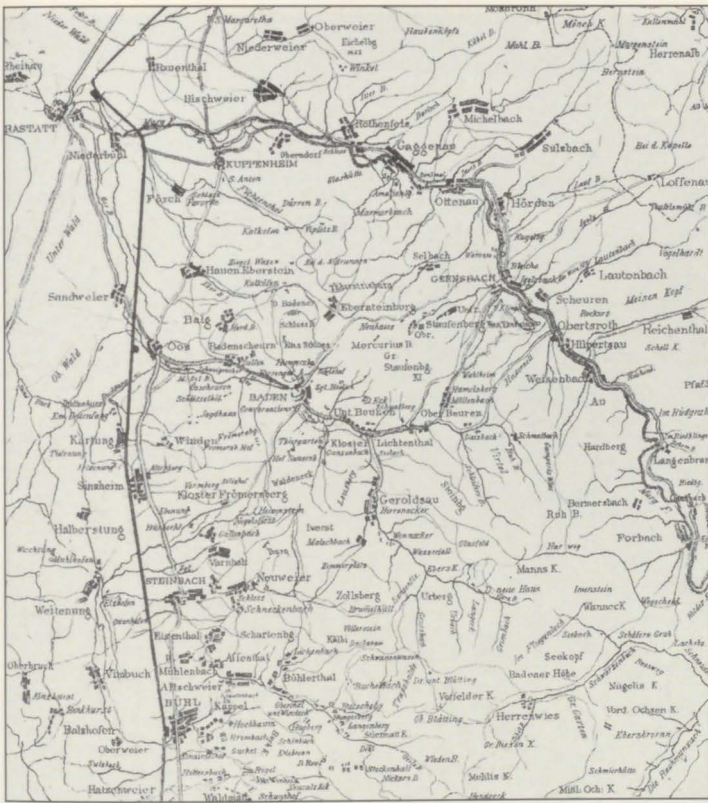
* Guido Zeiler — Mannheim.

DÉPÔT ET POSSESSION

DE

Guido Zeiler à Mannheim.

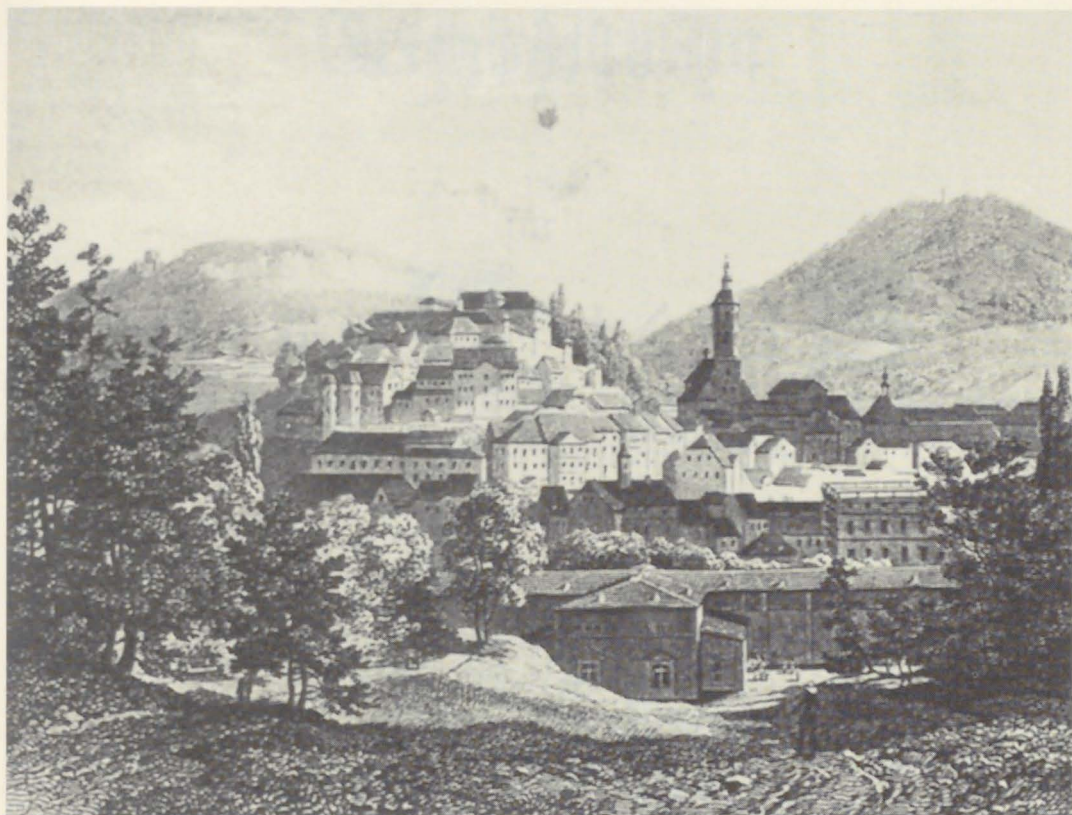
1840 in Jafa.



Trinkhalle in: Vues de Bade



Vues de Bade



Vues de Bade



Bürger-Kavallerie-Garde und Bürger-Infanterie-Corps der Stadt Baden im Jahre 1833 aus: J. Loeser, Geschichte der Stadt Baden. 1891

Geschichte

der

S t a d t B a d e n

von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart

von

J. Loeser.

Mit Plänen und Abbildungen.



Stadtarchiv
Baden-Baden
Bibliothek

Inv. Nr. 364

Baden-Baden.

Verlag von Emil Sommermeyer

1891.

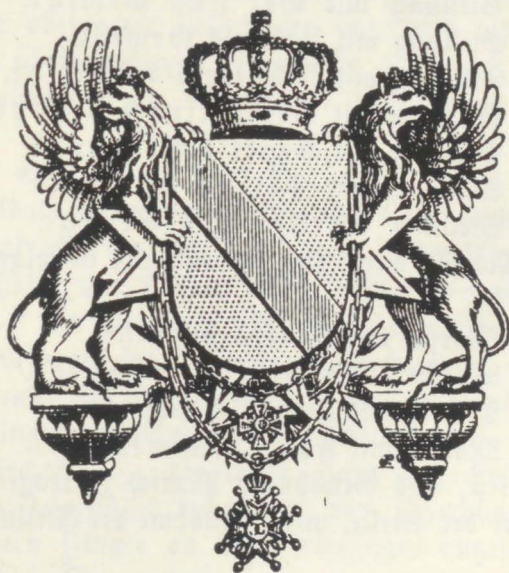


June 10 3232

Greuzirbüchlein

für

Badische Wehrmänner.



Zweite Auflage.

Städtische Sammlungen
BADEN-BADEN.

2) Hierauf darf der Mann von seiner Stelle wegtreten, darf sich aber ohne besondere Erlaubniß nicht weit entfernen.

Capitel 2.

Unterricht des einzelnen Mannes mit dem Gewehr.

A. Stellungen unter dem Gewehr.

§. 31. Allgemeine Bestimmungen.

1) Die Arten, das Gewehr auf der Stelle zu tragen — die Stellungen unter dem Gewehr — sind folgende:

- I. Stellung mit Bei Fuß Gewehr.
- II. Stellung mit Ueber's Gewehr.
- III. Stellung mit Schultert's Gewehr.
- IV. Stellung mit Präsentirt's Gewehr.
- V. Stellung mit Senkt's Gewehr.
- VI. Stellung mit Fällt's Gewehr.
- VII. Stellung mit Fertigt's Gewehr.

2) Im Marsch wird das Gewehr nur in folgenden Arten getragen:

- II. Marsch mit Ueber's Gewehr.
- III. Marsch mit Schultert's Gewehr.
- V. Marsch mit Senkt's Gewehr.
- VI. Marsch mit Fällt's Gewehr.

Diese Arten, das Gewehr im Marsch zu tragen, sind dieselben, wie auf der Stelle, mit Ausnahme der Stellung Fällt's Gewehr.

§. 32. Stellung mit Bei Fuß Gewehr.

(Grundstellung unter dem Gewehr.)

Der Soldat steht in der Grundstellung ohne Gewehr (§. 1). Das Gewehr senkrecht neben dem rechten Fuß; — der Lauf rückwärts, der Gewehrriemen vorwärts; — das Ende des Kolbens mit der rechten Fußspitze in gleicher Linie; — der Lauf oben zwei Zoll von der Schulter ab; — der rechte Arm natürlich ausgestreckt; die rechte Hand den Lauf mit Zeigefinger und Daumen umfassend, die übrigen Finger an den Zeigefinger angeschlossen.

§. 33. Stellung mit Über's Gewehr.

(Grundstellung im Marsch.)

Der Soldat in der Grundstellung ohne Gewehr (§. 1). Das Seitenblech des Gewehrs auf der rechten Schulter; — der Lauf nach außen; — der Kolben etwa acht Zoll von der rechten Brust; — die rechte Hand oben auf dem Kolben, der Daumen um das hintere Ende des Kolbens gebogen, die vier übrigen Finger das untere Ende des Kolbens von oben nach unten umfassend; — der rechte Arm gebogen, der Elbogen gegen den Leib herunter und etwa sechs Zoll vom Leib abstehend.

§. 34. Stellung mit Schultert's Gewehr.

Der Soldat in der Grundstellung ohne Gewehr (§. 1). Der rechte Arm natürlich ausgestreckt; — die rechte Hand das Gewehr um den Oberbügel und Kolbenhals so umfassend, daß der Daumen ober-, der Zeigefinger unterhalb des Oberbügels, und die drei übrigen Finger hinter dem Hahn sich befinden; — der Lauf senkrecht, der obere Theil desselben an die Schulter angelegt.

§. 35. Stellung mit Präsentirt's Gewehr.

Der Soldat in der Grundstellung ohne Gewehr (§. 1). Der Lauf senkrecht vor dem Leib, dem linken Auge gegenüber, so daß der Hahn den Körper leicht berührt, der Gewehrriemen vorwärts; — das Gewehr in beiden Händen; der linke Elbogen an den Leib angelegt; — die linke Hand in der Höhe des linken Elbogens, das Gewehr um den Gewehrriemen umfassend, der kleine Finger am Anfang des Schloßblattes, der Daumen längs dem Schaft; — die rechte Hand den Kolbenhals mit Daumen und Zeigefinger dicht unter dem Oberbügel umfassend, die drei andern Finger an den Zeigefinger angeschlossen; der rechte Elbogen nahe am Leib.

§. 36. Stellung mit Senkt's Gewehr.

Der Soldat in der Grundstellung ohne Gewehr (§. 1). Der rechte Arm natürlich ausgestreckt; die rechte Hand das Gewehr mit Daumen und Zeigefinger umfassend, der Daumen an den rechten Schenkel angelegt, die drei andern Finger an den Zeigefinger angeschlossen; — das Gewehr oben vorwärts geneigt, die Mündung einen Fuß von der Schulter ab; der Kolben rückwärts und je nach der Größe des Mannes vom Boden abstehend.

§. 37. Stellung mit Fällt's Gewehr.

DAS BADEN 1848 REVOLUTIONS- PROJEKT



Musik Poesie Hörspiel Gespräch Reportage
12. September – 12. Oktober 1997

SÜDWESTFUNK Landesstudio Freiburg



Dieter Baeuerle



Lorenz Brentano, Christoph Wolff

und die Baden-Badener Mairevolution von 1849

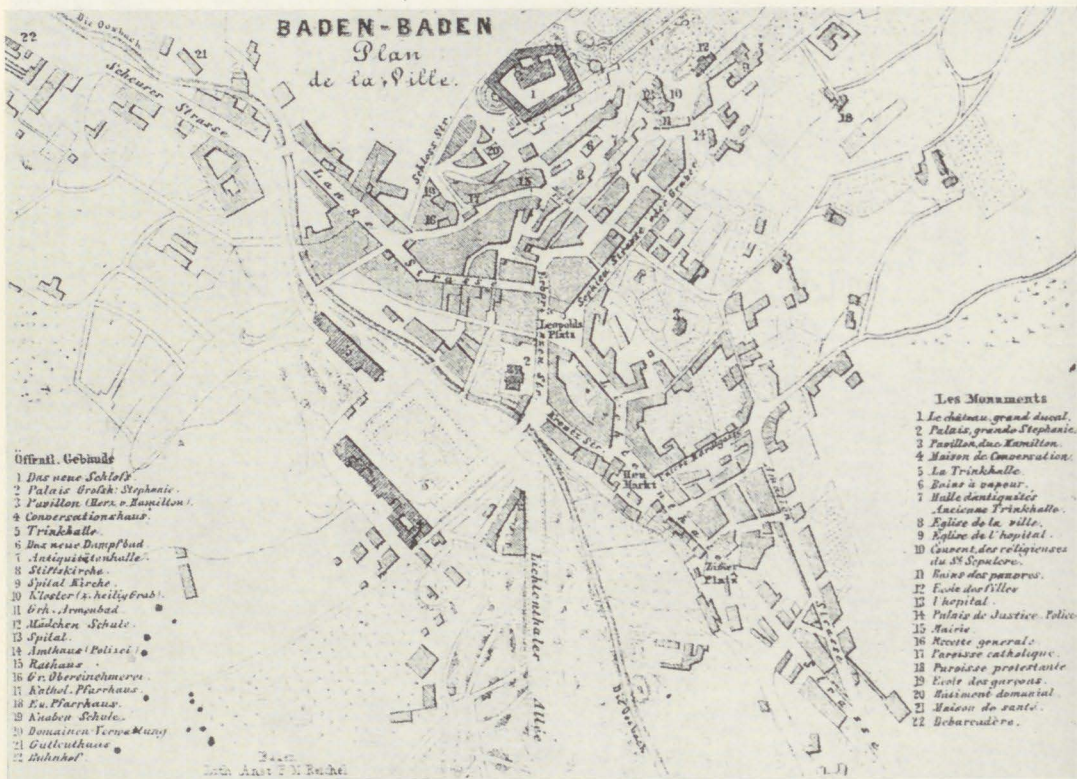


Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr.: 82/169

BADEN-BADEN IN DER MAIREVOLUTION 1849

Auf lokaler wie regionaler Ebene spielte der internationale Kurort in der sogenannten Mairevolution 1849 eine bedeutende, bisher weitgehend unbekannte Rolle: Brentano war hier vor seiner Regierungsübernahme zur Kur; Gemeinderat, Engerer und Größerer Bürgerausschuß anerkannten die Offenburger Beschlüsse; Oos wurde Ausgangspunkt der Volksbe-

waffung und Wolff Zivilkommissar und erster demokratisch gewählter Bürgermeister und Landtagsabgeordneter der Stadt. Daß ausgerechnet die Stadt, die von den Fremden lebte, zu einer der „übel gesinntesten Städte des Landes“¹ wurde, war bisher nicht bekannt. Vielmehr war von einer „Revolution mit Nachmittagskonzert“ in der Stadt der Reichen und Adligen, in der Gastgewerbe und Bauwirtschaft florierten, die Rede. Mit der damaligen politischen Lage hat sich die Forschung nur in



Plan de la ville aus Album Reichel: Les Hotels à Baden-Baden

Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr.: 82/169

Ansätzen auseinandergesetzt². Noch heute fällt die Assoziation Baden-Baden mit Revolution schwer.

Es wird Aufgabe dieses Aufsatzes sein, die Beteiligung Baden-Badens an den Ereignissen Mitte des Jahres 1849 aufzuzeigen. Vor allem sollen hier aus der Lokal- und Regionalgeschichte heraus zwei Männer näher beleuchtet werden: Lorenz Brentano und Christoph Wolff.

I. BRENTANO IN BADEN-BADEN

und die Offenburger Versammlung

12./13. Mai 1849

Nachdem die Ende März 1849 verabschiedete Reichsverfassung am Widerstand des zum Kaiser gewählten Königs von Preußen gescheitert war, fand am 12. Mai in Offenburg ein Landeskongress der demokratischen Volksvereine Badens statt, dem am Sonntag, den 13. Mai eine große Volksversammlung zur

Durchführung der Reichsverfassung folgte. Auch in Baden-Baden hatte sich ein Volksverein Ende Februar 1849 gegründet, an dessen Spitze der Abgeordnete der II. Kammer, Christoph Wolff stand. Lorenz Brentano wurde in Offenburg als Vorsitzender des Landesausschusses der Volksvereine zur Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Er war nach dem nach Amerika geflüchteten Hecker der populärste Oppositionelle im Land. Trotzdem verwundert eine Tatsache: Brentano war im Gegensatz zu Wolff nicht in Offenburg, der Vorsitzende der Volksvereine war nicht vor Ort! Waren es Vorbehalte gegenüber dem Organisator von Offenburg, Amand Goegg und seiner Freunde, sah er den Zeitpunkt zu verfrüht an oder setzte er einzig und allein auf demokratische Beschlüsse einer neu zu wählenden Kammer? Machte die Flucht von Großherzog Leopold einen Strich durch seine Pläne?

Nach einer Schilderung von Victor von Scheffel versammelten sich etwa 35 000 Bür-

ger aus ganz Baden in Offenburg, „ehrenfeste und solide Landsleute“ und „Wirtshauspolitiker“. Es existieren aber auch Schilderungen vom Reichskommissar Raveaux, einem der führenden Demokraten im Deutschland jener Zeit, der dem „Toben und Rasen“ in Offenburg distanziert gegenüberstand.

Das zentral gelegene Offenburg, durch die Eisenbahnlinie im Rheintal gut zu erreichen, war bereits schon zweimal Schauplatz von Volksversammlungen: Am 12. September 1847 verkündeten die „Entschiedenen Freunde der Verfassung“ mit den „Forderungen des Volkes“ dreizehn liberal-demokratische und soziale Forderungen und am 19. März 1848 verlangten 20 000 Teilnehmer aus Baden die Verwirklichung weitergehender Reformen.

Anfangs Mai 1849 weilte Lorenz Brentano in Baden-Baden beim Geistwirt und Volksvereiner Joseph Siefert zur Kur. Nach seinen eigenen Angaben hatte ihn die Verteidigung von Struve und Blind in Freiburg erschöpft³. War die „Krankheit fingiert“ wie manch einer seiner Kritiker argwöhnte? Keine Frage war es, daß ohne Brentano als Führer nichts zu errei-

chen war. Er war populär, intelligent, ein guter Redner, es gab keine personelle Alternative. Auch der Kommissar der Frankfurter Reichsregierung Franz Raveaux wußte, daß einzig und allein Brentano in der angespannten Situation in der sich Land und Bund befanden, in der Lage war die emotionale wie politische Bewegung zu steuern. So suchte bereits am Sonntagnachmittag des 13. Mai Raveaux Brentano in Baden-Baden auf: „So traf ihn am 13. ein Schreiben des Advocaten Wolff, das ihm sein Wirth von Offenburg überbrachte; so traf ihn Raveaux. Beide forderten dringend, er möge nach Offenburg kommen und die Leitung des revolutionären ‚Landesausschusses‘ übernehmen; er zögerte, und seine Neigung zum Entschlusse konnte unmöglich wachsen, als er die Namen seiner Collegen im Landesausschusse überschaute. Kannte er doch seine Leute besser, als jeder andere – . . .“⁴. Außerdem wurde er noch von den badischen Abgeordneten Fehrenbach und Schütz aufgesucht, er blieb aber in Baden-Baden.

Wenn man obigem Urteil des „liberalen“ Professor Häusser noch mißtrauen kann, be-



Les Hotels à Baden-Baden: Geist

Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr. 82/169

legt Brentanos „Ansprache an das badische Volk“ aus den Kanton Zürich dessen Bedenken: „... ich wollte den Kampf für die Freiheit rein halten von allen unsauberen Bestrebungen, ich wollte die heilige Sache nicht schänden lassen durch verabscheuungswürdige Handlungen, ich wollte Ordnung handhaben und die Freiheit der Person, so wie die Unverletzlichkeit des Eigenthums, schützen“⁵. Am gleichen Sonntag, den 13. Mai fuhr Raveaux zu Minister Bekk nach Karlsruhe: „Er (Raveaux, D. B.) bemerkte, er habe schon viele Volksversammlungen besucht und selbst dabei agitirt, ein solches Toben und Rasen wie in Offenburg sei ihm aber noch bei keiner Versammlung vorgekommen“⁶. Da es letztlich um die Frage Republik (sprich Revolution im heutigen Sinne) oder Reichsverfassungskampagne ging, fällt es schwer, Brentano als Revolutionär zu charakterisieren. Als Revolutionär wurde er jedoch zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Dieses Spannungsfeld wird nun im weiteren untersucht werden.

Die „entschiedenen“ Demokraten wollten die Republik und damit die Revolution. Brentano und die „entschieden Freisinnigen“ wie auch Teile der liberal konstitutionellen Anhänger der Vaterländischen Vereine ging es um die bedrohte Reichsverfassung. Koalitionsangebote der gemäßigten, konstitutionellen Liberalen („Vereiniget Euch in der Mitte, haltet fest an der Reichsverfassung; gegen das einige Volk sind die Könige schwach;“) wurden von Goegg z. T. sogar fadenscheinig abgewehrt. Unter anderem wurden die Verhandlungen im Zähringer Hof als geheim erklärt, ausgerechnet von engagierten Volksvereinlern, deren Sitzungen im Gegensatz zu den Vaterländischen öffentlich waren. Meiner Meinung nach ein schwerwiegender Fehler, steht doch eine Revolution ohne Mehrheiten und entsprechender breiter Bewußtseinslage auf schwachen Füßen. Einig war man sich in Offenburg und Teilen des Landes darin: Das liberal-konstitutionelle badische Ministerium unter Bekk sollte durch ein fortschrittlicheres ersetzt (Brentano), bzw. gestürzt (Goegg) werden. Der legale Weg von vorgezogenen Neuwahlen scheiterte jedoch im Frühjahr 1849, daher wurde im Mai in Offenburg erneut die Auflösung der badischen Ständekammer und die Wahl einer demokratischen verfassungsgebenden Versammlung

gefordert. Den „entschiedenen“ Demokraten um Amand Goegg war in Offenburg jedoch nicht an Kompromissen gelegen. Sie waren aber, wie Goegg selbst in seinen „nachträglich authentischen Aufschlüssen“ schreibt, in der Minderheit: „Bei der Abstimmung entschied sich die Mehrheit gegen die Proklamierung der Republik, was seinen Grund hauptsächlich darin hatte, daß die von den Vereinen gesandten Kongreßmitglieder meistens ältere vermögliche Familienväter waren, die im Augenblick vor einer solch kühnen Tat erschranken; ...; daß endlich Brentano von Baden-Baden aus ... in einem an den Kongreß gerichteten Schreiben sich entschieden gegen die Republik aussprach“. Damit sind Äußerungen, in Offenburg wäre die Republik ausgerufen worden, widerlegt. Die Mehrheit und ihr Führer Brentano waren (noch) nicht „reif“ für diese in der Tat revolutionäre Forderung. Nur die jungen Leute um Goegg forderten eine offene Erklärung für die Republik. Wolff führt in seiner Verteidigungsschrift aus, daß er „keinen Einfluß auf die Köpfe gehabt hat, die dieses Projekt ausgebrütet haben“. Es gab also mindestens zwei Gruppierungen am 12. und 13. Mai in Offenburg: zur Aktion drängende Republikaner und besonnene freisinnige Demokraten, demokratische Reformer. Wie paradox die damalige Situation war, zeigt dies: Eine unumstrittene Forderung von Offenburg war die Berufung von Brentano als Minister, und selbst dieser seinem Wunsch entsprechenden Forderung gab Brentano nur zögernd nach.

Der erste Vorsitzende des Landesausschusses Brentano wie der zweite Vorsitzende Goegg, der in Offenburg eine radikalere Richtung vertrat, zeigten sich in der folgenden Regierungsverantwortung als Vertreter eines gemäßigt-legalen Wegs. Dieser begann am Tag nach der großen Offenburger Volksversammlung in Baden-Baden.

II BRENTANO IN BADEN-BADEN und die Übernahme der Regierung 14. Mai 1849

Die Dynamik der Bewegung war nicht mehr zu kontrollieren, die Ereignisse überschlugen sich: Im Vorfeld der Offenburger Versammlung meuterten die badischen Soldaten in den Gar-

nisionsstädten, am Sonntagabend des 13. Mai wollte Goegg an der Spitze des Landesausschusses in Rastatt die Republik ausrufen, in derselben Nacht floh Großherzog Leopold aus Karlsruhe und Gustav Struve wurde von der Bruchsaler Bürgerwehr aus dem Gefängnis befreit⁷. Als Struve am 14. Mai frühmorgens nach Rastatt fuhr, wurde ihm der Zutritt wie Tags zuvor vielen Freischärlern verweigert. Er fuhr mit der Eisenbahn („Extrazug“) nach Baden-Baden zu Brentano, der noch im Bett im Gasthaus „Geist“ lag. Struve, begleitet von den „Bürgern“ Rehmann⁸, Blind⁹ und Metternich¹⁰ und einer großen Menschenmenge, richtete eine kurze, flammende Rede an Brentano, der erst jetzt bereit war, „um Schlimmeres zu verhüten“ (Kapitel I), als „Garant für einen friedfertigen Fortgang der Bewegung“ den Vorsitz des Landesausschusses und damit die Regierung zu übernehmen¹¹.

Im „Esprit“, wie der Geist den damaligen Gepflogenheiten entsprechend hieß, begann also der revolutionärste Akt der Deutschen Revolution am Montagmorgen des 14. Mai. In der Nacht zuvor verlangten 150 Arbeiter Waffen vom Gemeinderat¹². Sie kamen von der Offenburger Versammlung zurück und wollten

wie Amand Goegg nach Rastatt ziehen, wohl um die Republik auszurufen.

Es war Wolff, der zu den Arbeitern sprach, ihrem Drängen nicht nachgab sondern die Entscheidung vertagte. Wie Brentano übernahm er Verantwortung im nun plötzlich entstandenen Machtvakuum im Land. Ebenso unterließ er wie Brentano revolutionäre Gesten und Reden in dieser Situation. Die Revolution kam nicht in Fahrt, entwickelte wenig Dynamik. Dies lag nicht allein nur in der Person des Oppositionsführer Brentano, der seit Mitte 1848 den nach Amerika geflohenen Hecker als Oppositionsführer ersetzte, sondern auch im allgemeinen Bewußtsein im Land: Jeder verstand unter Freiheit etwas anderes. Nur eine Minderheit an der Basis war radikaler als ihr Führer. Brentano nutzte seine plötzlich ihm zugefallene Macht nicht im Sinne eines Struve. Letztendlich stellte der sich offen gegen Brentano und befand sich damit unfreiwillig auf Seiten der Reaktion.

Am 14. Mai bestieg Brentano wohl im 1845 eröffneten Stichbahnhof Baden noch zusammen mit Struve einen „Extrazug“, der sie nach Rastatt bringen sollte. Nächste Station war bereits Oos, das zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingemeindet war. Hier war der Sammelpunkt der Auszugswilligen und „Sitz der Ortskommandatur“ zur Organisation der Volksbewaffnung: „In Baden-Baden wurden die erforderlichen Befehle zu Bewirkung einer allgemeinen Volkserhebung erlassen“ schrieb Struve in seiner 1849 erschienen Geschichte¹³.

In Oos sammelten sich die zur Aktion entschlossenen Männer, Rastatt war bereits „überfüllt“. Die Baden-Badener und Lichtentäler mußten jedoch am Abend wieder nach Hause, da sich in und um Oos „zu Tausende“ bewaffnete und unbewaffnete „waffenfähige Männer aus der Umgegend“ eingefunden hatten. Der gemäßigte „Beobachter von Baden“ meldet am 15. Mai: „Die hiesige Stadt hat seit zwei Tagen ihr lange gewohntes Festtagskleid abgelegt und der Rührigkeit und dem Ernste unserer Zeit mit reger Theilnahme Platz gemacht. Der neue deutsche Geist hat über den weltbekannten Kurort jene Gewalt ausgeübt, der zu dem werktätigsten Eifer seine Bürger für die patriotische Erhebung entflammt... und mit welcher aufrichtigen Sympathie sämtliche

* **Baden**, 14. März. Die von der Offenburger Volksversammlung Rückkehrenden wurden gestern Abend unter Fackelschein und Musik vom Bahnhof in die Stadt geleitet. Etwa gegen 150 Arbeiter hatten auf die Nachrichten von Offenburger Waffen vom Gemeinderath begehrt, um nach Rastatt zu ziehen. Da die Waffen nicht vorräthig, und der Zugang in der Nacht nicht ausführbar, so wurde auf eine Ansprache des Bürger Wolff die Angelegenheit bis heute vertagt, und auf Anordnung des Ausschusses des Volksvereins die Bürger G. Müller und Spörlein an den Landesausschuß heute früh nach Rastatt gesendet, um zu fragen, ob dieser unbewaffnete Zugang nothwendig und Waffen für die Zukommenden daselbst vorräthig seyen. Die Antwort ist noch nicht zurück. (9 Uhr Morgens.)

Heute Morgen um 8 Uhr langten unerwartet die Bürger G. Struve, Blind und Rehmann (von Offenburger) von Rastatt mit einem Extrazuge hier an, und begaben sich zu ihrem Freunde Brentano.

Rastatter Dragoner haben die beiden politischen Gefangenen Struve und Blind gestern in Bruchsal befreit und nach Rastatt gebracht. So wird uns berichtet. Nach Verlauf einer Stunde sind die genannten Bürger in Begleitung Brentanos nach Rastatt mit einem Extrazuge zurückgekehrt, wofelbst der Landesausschuß seit gestern permanent seinen Sitz hat.

An das Volk in Baden!

Mitbürger!

Deutsche Sammlungen
BADEN-BADEN.

Der Landes-Ausschuß der Volks-Bereine in Baden hat sich vorerst nach dem Beschluß der heutigen großen Volks-Versammlung nach Rastatt begeben und war Zeuge, wie die sämtlichen in Offenburg gefaßten Beschlüsse mit allgemeinem Beifall von den Bürgern und namentlich von dem sämtlichen Militär, unsern wackern Brüdern, gleichfalls angenommen wurden. Der Vice-Präsident des Landes-Ausschusses hat insbesondere unsre Brüder, die Soldaten, überzeugt, daß diese Beschlüsse, wenn sie ausgeführt werden, ja nur zur Anbahnung der Freiheit und Einheit unseres gesammten deutschen Vaterlandes, und zunächst für unser Baden, zu einem freien und doch geordneten, den Bürger erleichternden Zustand führen.

Bürger, unsre Brüder, die Soldaten nahmen diese Worte mit Begeisterung auf und gelobten, auf der morgen stattfindenden allgemeinen Versammlung zahlreich zu erscheinen, um definitive Beschlüsse über die Ausführung der Offenburgiger Forderungen fassen zu können. Der in Offenburg gewesene Reichskommissär Kaveaux hat die Beschlüsse selber gebilligt.

Ihr Bürger alle, im Lande Baden, habt Vertrauen zu den Anordnungen des Landesauschusses, unterstützt ihn aber auch mit aller Kraft und schaaret Euch zu Tausenden um ihn.

Rastatt ist von Menschen überfüllt, Ihr könnt nicht hineingelangen. Sammelt Euch in der Gegend von Doss und Baden, wir werden bei Euch sein.

Rastatt den 13. Mai 1849.

Für den Landes-Ausschuß:

Goegg.
Bernier.
Hoff.
Richter.
Steinmeß.
Stay.

Degen.
Happel.
Rehmann.
Bannwarth, } Soldaten der Ra-
Cordel, } statter Garnison.

18 N: 659

Mitbürger!

Dreizehn Monate harten Kampfes, dreizehn Monate schwerer Opfer sind verüber. In solcher Zeit hat uns nur die Hoffnung aufrecht erhalten, daß unser schönes Vaterland die Freiheit erringen, und daß ein Bruderband alle Deutschen umschlingen werde. Doch kaum ist die deutsche Verfassung endgültig von den Vertretern der Nation festgestellt, so tritt die Verschwörung der Könige, ihre landesverrätherische Verbindung mit dem Czaren von Rußland zur Knechtung des deutschen Volkes, welches im vorigen März seine Großmuth behätigt hat — es tritt die Contrerevolution feck und unverschleiert hervor. Nochmals soll die absolute Fürstentherrschaft begründet, nochmals sollen die Ketten geschmiedet werden, die wir im März verfloffenen Jahres zerrissen haben.

Mitbürger! In einem solchen Kampfe konnte die tapfere Armee, konnten unsere und eure Brüder nicht zweifelhaft seyn, daß ihre Pflicht sie auf die Seite des Volkes rief; sie haben es erkannt, daß sie, die Söhne des Vaterlandes, für die Freiheit des Volkes, für die Einheit der deutschen Lande, und für die Größe der Nation fechten sollen. **Die Armee hat sich daher mit uns verbunden.** Sie kämpft nicht gegen das Volk, sie kämpft nur gegen die Feinde der Freiheit und des Vaterlandes.

Diese Verbindung des Heeres mit dem Volk war offenbar kein Grund, daß der Großherzog geflohen ist, wozu ihm verrätherische Minister den Rath gegeben, die dann die Regierung verlassen und die Geschäfte des Landes dem Ungefähr anheimstellten. Mitbürger! Eingedenk der Verpflichtung, die wir gegenüber der großen Landesversammlung in Offenburg übernommen, und folgend dem Rufe der Gemeindebehörde hiesiger Stadt, sind wir heute Mittag an der Spitze unserer braven Soldaten hier eingezogen. Wir werden unsere Kräfte daran setzen, bei der Erringung eines vollkommnen Staatszustandes die volle Freiheit der Person und den Schutz des Eigenthums zu wahren. Wir werden Alles aufbieten, um die Regierungsmaschine im Gang zu erhalten; wir werden auf dem Platze bleiben, den die Pflicht und der Ruf des Volkes uns angewiesen, bis das Volk selbst über die Regierung das Nöthige verfügt hat.

Mitbürger! unsere Aufgabe ist eine schwierige. Aber wir fühlen in uns den kräftigen Willen, sie zu lösen. Unterstützt uns überall in unserm Beginnen, und wir zweifeln nicht, daß die Freiheit zum Siege gelangen wird.

Der Landesauschuß;
und Namens desselben:

Brentano. Heinrich Hoff. Richter. A. Voegg. Werner. Rehmann.

Karlsruhe, den 14. Mai 1849.

An sämtliche Gemeindebehörden des Landes.

In Folge der letzten Ereignisse haben viele Soldaten des badischen Armeekorps ihre Garnisonsorte verlassen. Dieselben werden hiermit aufgefordert, so schnell als möglich zu ihren Heeresabtheilungen wieder zurückzukehren, um der Sache der Freiheit nützlich zu seyn.

Alle Gemeinden des Landes werden beauftragt, die Soldaten, welche ihre Garnisonsorte verlassen haben, mit allen ihnen zustehenden Mitteln in ihre Garnisonsorte zurückzubringen.

Im Auftrag der Exekutivkommission:

Sichfeld.

Karlsruhe, 14. Mai 1849.

Aufforderung an die Offiziere.

Sämmtliche Offiziere, die in Folge der jüngsten Ereignisse nicht mehr bei ihren Jahnen stehen, werden aufgefordert, sich dem Kriegsministerium zur Verfügung zu stellen, in so fern ihnen die Freiheit des Volkes und das Wohl des großen deutschen Vaterlandes am Herzen liegt, und sie sich zu deren Verteidigung verpflichtet fühlen.

Im Auftrag der Exekutivkommission:

Sichfeld.

Einwohner den (Offenburger, D. B.) Beschlüssen . . . nachzukommen sich bestreben, möge Beweis sein, daß eine flüchtige Sammlung für die im Bahnhofe zu Oos sich sammelnde Wehrmannschaft die Summe von 147 fl. in wenigen Viertelstunden abwarf, ohngeachtet den großen und augenblicklich verabfolgten Gaben an Lebensmitteln aller Art, um den Zuzüger für die Verteidigung der Reichsverfassung wenigstens jene Bequemlichkeit zu schaffen, den der kurze Augenblick zuließ“.

Brentano „machte“ Struve zum Ortskommandanten von Oos, mit einer Vollmacht des Landesausschusses. Damit wollte er wohl den umtriebigen und machtbewußten Republikaner Struve von den unmittelbaren Regierungsgeschäften fernhalten. Nur kurze Zeit gelang ihm dies. Am selben Montagvormittag des 14. Mai sprach dann Lorenz Brentano vom Rathaus in Rastatt zum Volk¹⁴. Er vereidigte die Bürger und Soldaten auf die Reichsverfassung, rief aber nicht die Republik aus und zog dann mit dem Landesausschuß in der Residenz Karlsruhe ein: „Brentano übernahm die Regierung. In der Konsequenz des Offenburger Programms hätte nun die offizielle Absetzung des Großherzogs und die Proklamierung der Republik gelegen, doch nichts von allem geschah¹⁵“.

In einem Flugblatt des Landesausschusses an die Mitbürger vom selben Tag heißt es: „Wir werden unsere Kräfte daran setzen, bei der Erringung eines volksmäßigen Staatszustandes die volle Freiheit der Person und den Schutz des Eigentums zu wahren. Wir werden Alles aufbieten, um die Regierungsmaschine im Gang zu erhalten (! D. B.); wir werden auf dem Platze bleiben, den die Pflicht und der Ruf des Volkes uns angewiesen, bis das Volk selbst über die Regierung das Nöthige verfügt hat¹⁶“.

Das war nicht die Sprache entschiedener Revolutionäre, gleichwohl hat an diesem Tag die Freiheitsbewegung über die alten Kräfte gesiegt: „So übernahm der Landesausschuß die Regierung eines Staates, der formal das Großherzogtum Baden blieb, seinem Charakter nach aber eine durch revolutionären Akt etablierte Republik war, die jedoch diesen Namen mit Sorgfalt vermied¹⁷“.

„Die von Goeggs Gruppe eingeleitete Entwicklung war in wenigen Stunden über das von Brentano ersehnte Ziel hinausgeschossen.

Brentano war nun nicht, wie er gewollt hatte, an der Spitze einer neuen großherzoglichen Regierung, sondern sah sich in die Rolle des Chefs einer Revolutionsregierung gedrängt¹⁸.

Festzuhalten bleibt, in Baden-Baden übernahm Brentano auf vielseitiges Drängen die Macht und die ersten Befehle zur Volksbewaffnung wurden hier erlassen. Der Kurort und vor allem das Gasthaus „Geist“¹⁹ spielte neben dem Ooser Bahnhof eine entscheidende Rolle in der Badischen Revolution.

III BRENTANO UND WOLFF

Verhältnis Wolff zu Hecker und Brentano

Der gebürtige Mannheimer Johann *Christoph Wolff*²⁰, Rechtsanwalt in Baden-Baden, war nach eigenen Aussagen Schul- und Studienfreund der beiden in der Badischen Revolution führenden Advokaten Lorenz Brentano und Friedrich Hecker. In einer „Entgegnung“ gegenüber seinen Baden-Badener Wahlmännern von 1848 in der Mittelrheinischen Zeitung vom 8. April 1849 führt er sein Verhältnis zu Beiden näher aus: Seit er die Hochschule verlassen habe, stand er mit *Hecker* „in keinem weiteren Verhältnisse, als in dem der Jugendfreunde, die sich als solche begrüßen, wenn sie zusammentreffen, was bei mir und Hecker seit längerer Zeit nicht mehr der Fall war“. Diese Auskunft erteilte er zum Zeitpunkt des Heckermarsches 1848, den er nicht billigte, da „die politische Bildung in vielen Gauen Deutschlands zu weit zurück, manche Provinzen sind ganz ohne solche!“ Nach diesem politischen Glaubensbekenntnis wurde Wolff, der 1837 mit 27 Jahren das Bürgerrecht in Baden-Baden erhielt, im April 1848 einstimmig in die II. Kammer gewählt. Er bezeichnete sich damals als „entschieden freisinnig“, „ich huldige dem entschiedensten Fortschritt, die Volkssouveränität auf breitester Grundlage ist das Ziel meiner politischen Wünsche und Bestrebungen“, er stehe „immer auf dem Boden der Reichsverfassung“²¹. Damit war klar, daß die Baden-Badener Wahlmänner einen „Linken“ in die Kammer schickten, aus der damaligen euphorischen „Märzstimmung“ heraus verstehbar. Bei der Acherner Volksversammlung vom 10. Sep-

Popales.

* **Baden, 17. April.** In Ehren des ausgetretenen Abgeordneten Wolff fand gestern Abend Seitens vieler seiner Urwähler und politischer Gesinnungsfreunde ein glänzender Fackelzug mit Musik und Gesang statt. Ein unabsehbarer Zug von mehr als 600 Theilnehmern, mit Musik an der Spitze, bewegte sich von der Doser Vorstadt her zu der Wohnung des Gefeierten. Nachdem der Bürger Göringer in kurzen Worten wie folgt:

„Bürger! Anfeindungen, Verdächtigungen, das soll der Lohn sein für die wahren Vertreter des Volkes, für seine Freunde! — So soll es sein nach Mancher Wünsche — so ist es aber nicht! Wir Bürger sind hier versammelt unsern bisherigen Abgeordneten den Beweis zu bringen, daß die Liebe, die Achtung des Volkes nur dem Manne zu Theil wird, der es mit dem Volke redlich meint, der seinen redlichen Willen durch die That bewährt hat. Darum den bisherigen Vertreter unserer Stadt, unserem Mitbürger Wolff als Beweis unseres Vertrauens, als Beweis unserer Hochachtung ein dreifaches Hoch!“

die Gefühle der Anwesenden ausgesprochen, trug die Liedertafel einige patriotische Gefänge vor. Bürger Wolff dankte in beredten Worten, und mit einem dreimaligen Hoch auf den Sprecher setzte der Fackelzug seinen Umzug weiter fort durch die Stadt, zog dann unter lautem Hoch abermals an der Wohnung des Bürgers Wolff vorüber. Die reichen Theilnehmer des Zuges blieben bis tief in die Nacht in mehreren Gasthäusern vertheilt in ungetrübtem Großbeisammen.

M. R. Z. vom 17. 4. 1849

tember 1848 wurde Wolff „erwählt“, den nach Amerika fahrenden Hecker in Straßburg zu verabschieden.

Sein Verhältnis zu dem am 4. November 1813 ebenfalls in Mannheim geborenen Brentano im Frühjahr 1848 schildert er weniger eindeutig: „Mit Hecker und Brentano stehe ich in keiner politischen Verbindung. Ich kenne, wie Andere, ihre Politik aus ihrem parlamentarischen Wirken“. Da er aber mit Brentano „im Geschäftsverkehr steht“ („Er ist mein Prokurator bei dem Hofgericht“) und seine freisinnige politische Grundhaltung teilt, ist anzunehmen, daß auch politische Gespräche mit seinem ehemaligen Jugendfreund geführt wurden. Wolff war im April 1848, vor dem Losschlagen Hecker's an der Umorganisation des Baden-Badener Bürgervereins in einen „Politischen Bürgerverein“ als dessen Sekretär führend beteiligt. In ihm waren Ende April über 100 politisch denkende Bürger der Stadt unter dem Motto „Freiheit und Einheit des Vaterlandes durch Gesetz und Ordnung“ organisiert.²²

Seit seiner Vereidigung am 1. Mai 1848 in der II. Kammer war seine Verbindung zu dem 3 Jahre jüngeren Brentano auf jeden Fall eng und politisch. Ein Jahr später begründet er in einem offenen Brief an die Urwähler der Stadt

Baden-Baden seinen Austritt aus dem Parlament: „Wer meine politischen Ansichten und Gesinnungen mit dem Verhalten der Mehrheit dieser Kammer vergleicht, für den bedarf es keiner Angabe von Gründen meines Austritts“.²³

Inzwischen war er Vorstand des Volksvereins Baden-Baden geworden, der nach seiner Gründung Ende Februar 1849 zu diesem Zeitpunkt 114 Mitglieder hatte²⁴. Brentano war sein Landesvorsitzender, ohne Zweifel eine enge politische Verbindung. Beide waren jedoch keine hyperaktiven Revolutionsprediger sondern Realpolitiker, die um den Bewußtseinsstand der Bevölkerung, ihrer Mitstreiter und Gegner Bescheid wußten: Zur Durchsetzung und Verwirklichung der Reichsverfassung bereit, gewaltsame Aktionen ablehnend, rechtlich denkend und das Fernziel Republik als neue Staatsform im Kopf. So verwundert das Zögern Brentano's in Baden-Baden während der Offenburger Versammlung im Mai nicht, ist Wolff's Zurückhaltung in Offenburg verständlich²⁵.

Häusser schreibt in seinen 1851 gedruckten „Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution“ über die progressiven Advokaten in Bezug auf Offenburg:

„Diejenigen Führer und Anstifter selbst, die unter dem Trosse der revolutionären Partei noch verhältnißmäßig etwas mehr Einsicht und Talent besaßen, bereuten jetzt schon den mühsam vorbereiteten Sieg und konnten es kaum verhehlen, daß sie an dem Erfolge vollständig verzweifelten. In dieser Lage befanden sich fast ohne Ausnahme die Advocaten; und dieser Unglaube, dies Mißtrauen in die eigene Sache, dieser Mangel an wirklichem Fanatismus war der Fluch, der sich ihrem ganzen revolutionären Thun an die Fersen heftete“.

IV REICHsverfassung ODER REPUBLIK?

Baden-Baden und die Revolution

In den ersten Verlautbarungen Brentano's nach der Regierungsübernahme am Montag, den 14. Mai 1849 besitzt die Durchführung der Reichsverfassung absolute Priorität. Es ist frag-

lich, ob die Teilnehmer in Offenburg wußten, daß Baden Anfang Mai die von der Paulskirche verabschiedete Reichsverfassung anerkannte. Oder ging es den Organisatoren um Goegg am 12. und 13. Mai gar nicht mehr um einschneidende Reformen, sondern um eine „socialdemokratische“ Republik? Die entschiedensten Radikalen um Struve und seinen „Club des entschiedenen Fortschritts“ und Männern wie Friedrich Neff, Stay und Steinmetz, unterstützt durch herbeigeeilte Kämpfer wie Johann Philipp Becker oder A. C. Wiesner bildeten jedoch 1849 nur eine kleine Minderheit. Die absolute Mehrheit der Freiheitlichen und Demokraten stand hinter Brentano. Sie standen auf dem Boden der Reichsverfassung. Daher war es nur konsequent, daß die im Juni neu gewählte konstituierende Landesversammlung eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. „Zwischen Brentano, der sich geschickt die Führungsrolle in der Revolutionsregierung gesichert hatte, und einer Gruppe ‚entschiedener‘ Demokraten um Struve verschärften sich die Gegensätze rasch. Warfen die ‚Entschiedenen‘ Brentano mangelnde revolutionäre Konsequenz vor, so verwies Brentano darauf, daß er die Politik mache, die von der Mehrheit der badischen Demokraten und auch des Heeres gewünscht werde“²⁶.

Während des Heckerzuges im April 1848 fanden in Baden-Baden schon nachweisbar öffentliche politische Diskussionen statt, wobei es auch um die Frage Republik oder konstitutionelle Monarchie ging. Die Baden-Badener Bürger und ihre volljährigen Bürgersöhne traten damals mehrheitlich für die Parole des neu organisierten „politischen Bürgerverein“ ein: Freiheit und Einheit des Vaterlandes durch Gesetz und Ordnung. Über die Einstellungen der Bürgerrechtslosen, Saisonkräfte, Dienstboten, Gewerbsgehilfen und Arbeiter wissen wir weniger²⁷. In der florierenden Dienstleistungstadt jener Zeit dürften es ein großer Teil der damaligen Einwohner gewesen sein. Sie besaßen in der Regel weder das Bürgerrecht noch soziale Absicherung. Hier ist der Wunsch nach Neuerungen grundsätzlicher Art anzunehmen. Kritisch wurde die neue Regierung und ihr Repräsentant Wolff in Baden-Baden von den „Väterländischen“ beurteilt. Vorsitzender des Politischen Bürgervereins war Bürgermeister

Jörger, auch der Kommandant der Bürgerwehr Grosholz und einige Kommunalpolitiker standen dem demokratischen Volksverein kritisch gegenüber. Entschiedene Gegner jeglicher Neuerungen wie Prof. Eckerle fanden sich nur wenige in der Stadt. Warum die Offenburger Beschlüsse letztendlich von allen politischen Gremien in der Stadt angenommen wurden, läßt sich heute nicht mit Bestimmtheit erklären.

Bereits am Morgen des 14. Mai sprach sich die Sommerhauptstadt Europas für die Prinzipien und Beschlüsse der Offenburger Versammlung aus! Zuerst stimmten in außerordentlicher Sitzung um 8.00 Uhr der Gemeinderat, absolut dominiert von gemäßigten Liberalen, und der Engere Bürgerausschuß „auf Vorlage und Verlesung“ den Offenburger Beschlüssen zu. Der sog. „Größerer Bürgerausschuß“ (Gemeinderat, kleiner Bürgerausschuß und über 80 besonders gewählte Bürger aus den Klassen der Höchst-, Mittel- und Niederstbesteuerten) schloß sich später an. Damit wurde analog von Offenburg gefordert:

1. Die Anerkennung der Reichsverfassung durch die Regierung (bereits erfolgt)
2. Die Entlassung der Minister und Auflösung der Ständekammer
3. Die Volksbewaffnung
4. Die Aufhebung sämtlicher Grundlasten
5. Die Einführung von Geschworenengerichten
6. Die Abschaffung des alten Steuerwesens
7. Die Errichtung einer Nationalbank und eines Landespensionsfond.

Der Großherzog war geflohen, Brentano und seine Freunde sahen sich nun plötzlich an der Spitze einer neuen Landesregierung ohne Großherzog über sich. „Der eigentliche demokratische Neubeginn sollte durch Neuwahlen zu einem einkammerigen Landesparlament, der 74 Sitze zählenden ‚Konstituierenden Landesversammlung‘, eingeleitet werden“²⁸. Im Mai 1849, nach dem entstandenen Machtvakuum im Lande, ging es Brentano zuerst darum, die erhaltene Macht abzusichern. Einmal geschah dies durch die allgemeine Volksbewaffnung und zum andern durch die Ernennung von Zivilkommissaren auf lokaler und regiona-

Bekanntmachung.

Die in unserm Lande gegenwärtig stattfindende Bewegung heunruhigt viele Gemüther. Wir, die in den Geist dieser Bewegung näher einzudringen Gelegenheit hatten, können den hier verweilenden Fremden und allen Andern, welche nicht Gelegenheit hatten, Kenntniß von dem Geiste zu erlangen, der die Führer jener Bewegung und die Mannschaft bejezt, zu ihrer Beruhigung die Versicherung ertheilen, daß ihre Person und Eigenthum heilig gehalten werden, sie auch sonst in keiner Weise eine andere Belästigung zu fürchten haben, als welche die notwendige Folge einer Erhebung ist, wie die gegenwärtige, und die in jeder andern Stadt empfindlicher sein würde als hier.

Baden, den 14. Mai 1849.

Im Namen des Volksvereins.
Der Vorstand Wolff.

Bekanntmachung vom 14. 5. Vorstand Wolff

M. R. Z. vom 15. 5. 1849

ler Ebene. Sie erhielten außerordentliche Vollmachten angesichts des passiven Widerstandes der badischen Bürokratie und dem zu erwartenden Angriff der Bundestruppen. Als seine Vertrauensperson im Amtsbezirk Baden ernannte Brentano am 20. Mai 1849 seinen Parteifreund Christoph Wolff.

Nun wurde auch in Baden-Baden der neu entstanden Situation entsprechend Wehr- und Sicherheitsausschüsse gebildet und freiwillige Gelder zur Volksbewaffnung gesammelt. Eine revolutionäre Situation war entstanden. Zuerst wurde jedoch die Sicherheit im Kurort organisiert, denn darin waren sich alle einig: Baden-Baden lebte von den Fremden, die schon 1848 ausblieben. 1848 kamen schon 15 000 Kurgäste weniger als 1847 (33 000). Im gesamten Jahr 1849 waren es 14 646, gegenüber 33 623 im darauffolgenden 1850.

Wir haben oben Brentano unterstellt, daß die Realisierung der Reichsverfassung sein oberstes Ziel war. Genauso dürfte es im Amtsbezirk Baden gewesen sein. Der Frankfurter Abgeordnete des Amtsbezirk Baden-Baden, Mittermaier, und der in Baden-Baden geborene Karl Damm haben die Reichsverfassung mitunterzeichnet, die Ablehnung durch den König von Preußen stieß auf allgemeines Unverständnis. Mit dem Scheitern der Paulskirche brach die Argumentation der konstitutionellen Liberalen, des Politischen Bürgervereins Baden-Badens, zusammen. Diese Dynamik der Ereig-

nisse führte dazu, daß manch gemäßigter Vaterländische sich mit dem Volksvereiner solidarisierte. Wolff sprach davon, daß er in „Sog der Ereignisse hineingezogen wurde“. Das galt wohl für alle sich in der Verantwortung fühlenden Bürger der Stadt. Für Baden-Baden galt es nun in erster Linie, die „Volksouveränität auf breitester Ebene“, wie Wolff es formulierte, zu realisieren. Es war im Auftrag der neuen Landesregierung eine neue, „revolutionäre“ Zivilverwaltung im damaligen Amtsbezirk Baden zu errichten. Wolff ordnete diese Aufgabe stets der strikten Einhaltung von „Gesetzlichkeit und Ordnung“ im internationalen Kurort unter. Unterstützt wurde er vom Arzt Dr. Frech und vom Stadtverrechner Schnepf. Die 55 Mitglieder des „Engeren Ausschusses des Sicherheitsausschusses“ wurden für dieses Amt später angeklagt! „In Baden-Baden wurde der Freiheit nicht nur – wie im März 1848 – zugeprostet, ein großer Teil der Bevölkerung stellte sich der Situation nach der Offenburger Versammlung und der Flucht des Großherzogs im Mai 1849“²⁹.

Alle weaffenfähige Männer, also auch Saisonarbeiter, Gewerbsgehülphen, Dienstboten und Arbeiter zogen zum Kampf:

Das 1. Aufgebot der Stadt Baden-Baden marschierte umgehend Richtung Karlsruhe, eine Abteilung unter Anton Hippmann vereinigte sich mit dem Volkwehrebataillon von Lahr und Offenburg und kämpfte für Einheit und Freiheit als eines der ersten an der Bergstraße im Norden des Landes. Unvorbereitet standen sie an der hessischen Grenze: In einem Brief an den „Major der Badner Bürgerwehr“ Grosholz vom 24. Mai bat Hippmann um geeignete Waffen (!) und „um Zusendung einiger Baarschaft von Seite des Gemeinderaths, da wir ohne alle Mittel sitzen, nur die allgemeine Klage Geld ist“³⁰.

Der Kampf für die Reichsverfassung wurde zu einem Überlebenskampf, die pfälzische Republik, die Neckar- und die Murglinie wurden von den vom Großherzog Leopold zu Hilfe gerufenen Bundestruppen überrollt. Oos wurde Zeuge des letzten offenen Gefechts des pfälzisch-badischen Aufstandes Ende Juni 1849. So war Baden-Baden auch nur kurz Schauplatz von nationaler Bedeutung: Seit dem 20. Juni befanden sich über 40 Mitglieder

Baden-Baden.

HEIL

unserem geliebten Mitbürger und Patrioten Christoph Wolff.

Von dem treu ergebenen
Bürger Emil Weiß.

Die unser Recht und Weisheit zu streiten,
Wirst Du im Kampf uns stets voran,
Ein andrer gut wird wir dich hüten,
So lang dein Geist uns wirken kann.



Du standest fest, mit edlem Muth
Und trugst geduldig Feindes Hohn,
Denn deine Sache war die Gute,
Sie warb Dir unsre Lieb zum Lohn.

Heil dir!

Was jene Kamer einst gesprochen
Sie dich mit Tapf und Scham zu belachen,
Hat ihnen selbst den Mut gekrochen,
Sprücht hat dich des Volkes Macht!

das Volk.

In Anerkennung der im 1. Württembergischen Verordnungs-Blatt vom 25. d. d. 1849
unser geliebten Mitbürger und treuen Patrioten Emil Wolff,
am 19. Mai 1849 zum Civil-Commissar des 1. Württembergischen Verordnungs-Blatt vom 25. d. d. 1849
angewiesen worden ist, dass die Bekanntheit aller Bürger in demselben

dem obigen Verordnungs-Blatt vom 25. d. d. 1849
die Bürger der Amtsbezirk Rastatt, Baden und Gerssbach an der Mügg
unser allberechteten Civil-Commissar Wolff am 25. Juni 1849 mit 254 Stimmen unter 408 Stimmberechtigten als Abgeordneter
in die constituirende Versammlung.

Unserem geliebten Civil-Commissar und Abgeordneten Wolff unser Hochachtung und volles Vertrauen für sein that-
kräftiges volkfreundliches Thun aber insbesondere noch zu bezeugen, erwählten ihn seine Mitbürger am 11. Juni des Jahres 1849
mit 254 Stimmen

zum Bürgermeister der Stadt Baden.
Ehre! dem Ehre gebührt.



Urkunde „Heil unserm geliebten Mitbürger Wolff“

Baden-Baden, 2. Juli. Wie bekannt, bildet unser Korps, etwa 20,000 Mann stark, den rechten Flügel und hat einzig und allein die Aufgabe, den Feind zu umgeben, die versprengten Theile zu vernichten und den weiteren Rückzug durch Baden und resp. einen Einfall in Württemberg zu verhindern. In dieser Eigenschaft kamen wir am 29. vor Bernsbach, wo sich die Freischaaaren (denn keine regulären Truppen haben wir vor uns) festgesetzt hatten. Der Ort wurde in Brand geschossen, die Freischaaaren daraus vertrieben und ebenso in entgegengesetzter Weise Ottenau, wo sich etwa 100 bis 150 bayerische (pfälzische) Soldaten gesetzt hatten. Diese schlugen sich mit einem Heldennutze, der einzig in seiner Art sein mag. Fast den ganzen Mittag hielten diese Tapfern (ich ehre die Tapferkeit auch am Feinde) unsere Marschkolonne auf, wären aber freilich auch gefangen worden, wenn einige zum Vordringen beorderte heftige Kompagnien rascher diesen Befehl vollzogen hätten. Indessen wurden doch etwa 12 dieser bayerischen Soldaten nebst einigen Freischärlern gefangen mitgebracht, lauter hübsche jugendliche Leute. Ihr Loos ist bedauernswerth, da man glaubt, eingefangene Soldaten würden empfangen. Am 30. rüdten wir durch Baden, wo der Empfänger, wie überall, ohne das leiseste Zeichen von Freude starb; nicht einmal ein einziger Klappen weißes Tuch, welches doch, wenn auch sichtbar gezwungen, hier und da in einem Dorke, dahinter ein trauerndes altes Mütterchen, sichtbar war. Ueberhaupt ist dieser Eindrud in den bairischen Orten ein herzbrechender. Kein freundliches Gesicht, tiefer Kummer überall, nur alte Leute und Kinder sichtbar, und dabei doch in ihrer Herzengüte den verletzten Soldaten beim Durchmarsch auf ihr Begehren Wasser oder Milch reichend. Eine halbe Stunde hinter Baden, bei Dos, hatten wir ein Gefecht zu bestehen, bei welchem die Freischaaaren mit heldenmüthiger Kühnheit nassauische Infanterie und medlenburgische Schützen aus dem Dorke schlugen und letzteren zwei Geschütze abnahmen. Die Medlenburger rüdten sich später für diese Schmach und erschossen einen blutjungen Menschen, dessen Papiere ihn als einen Hauptmann der Freischaaaren auswiesen, an der Ghauffsee auf dem Felde. Dos, kaum zwei Stunden von Rastatt gelegen, wurde zuletzt doch von uns besetzt und hier und in Baden zwei Rasttage gemacht. Morgen marschirt der ganze linke Flügel, der aus 2 Regimentern Bayern, 2 $\frac{1}{2}$ Regimentern Württemberger, 1 Regiment Kurheffen, 3 $\frac{1}{2}$ Regimentern Hessen, Frankfurter, Medlenburger, Hohenzollern, 1 Bataillon Preußen, nebst entsprechender Kavallerie und Artillerie besteht, nach Donauschingen, circa 40 Stunden von hier, wo wir in 6 Tagen einzuweisen müssen, um hier den Freischaaaren den Weg zu verlegen. Bedauernswerth selbst für den Feind ist es, wenn man sieht, wie diese Leute zu Tode gehert werden, wie sie sich leicht zerstreuen könnten, um auf diese Weise ihre Heimath einzeln zu erreichen, aber statt dessen lieber den größten Entbehrungen und Strapazen und endlichem Tod entgegengehen, als feige Flucht zu ergreifen.

M. R. Z. vom 17. 4. 1849

der in Stuttgart gewaltsam gesprengten Reste der Frankfurter Nationalversammlung in der Stadt, darunter alle 5 Mitglieder der sog. Deutschen Reichsregentschaft, die ihr Hauptquartier im „Zähringer Hof“ hatten.

Wolff wurde zum ersten demokratisch gewählten Bürgermeister und Landtagsabgeordneten von Stadt und Amtsbezirk Baden-Baden. „Diese Wahl war mein Unglück. Sie warf mich in den Strom der politischen Ereignisse“³¹. In der zweiten öffentlichen Sitzung der verfassungsgebenden Versammlung vom 11. Juni 1849 wird Wolff als dritter Sekretär gewählt, in

der Geheimsitzung um 20.00 Uhr fehlt er aus mir nicht bekannten Gründen. In der achten Sitzung vom 16. Juni muß ein neuer dritter Sekretär gewählt werden, da Wolff sich „durch seine sonstigen Berufsgeschäfte für behindert erklärt“ hatte³². War dies ein Rückzug oder war er überlastet? Unbestreitbar bleibt, daß wesentliche Bestandteile unserer heutigen demokratischen Kultur von dem Weggefährten Brentano's auf den Weg gebracht wurden und mit seinem Namen verbunden sind. Baden-Baden stand nicht am Rande, sondern nahm aktiv am Völkerfrühling teil, die Offenburger Beschlüsse wurden von den damaligen Gremien anerkannt, was aus heutiger Sicht einer Sensation gleichkommt, da weder Brentano noch der Baden-Badener Wolff an ihnen unmittelbar beteiligt waren, ja sie in ihrem Zustandekommen wie in ihrer Konsequenz billigten. Selbst der in Offenburg weilende Wolff dürfte über den plötzlichen revolutionären Elan seiner Mitbürger verwundert gewesen sein.

Das letzte offene Gefecht dieser Revolution, vor der Kapitulation von Rastatt, fand in und um Oos statt. Es gelang noch, die anrückenden Bundestruppen ein Letztesmal aufzuhalten um für viele Freiheitskämpfer einen unblutigen Rückzug zu sichern. Über 40 Tote müssen im Gebiet der heutigen Weststadt und Oos, vor allem an der Jagdhäuser Allee angenommen werden. „Ruhe und Ordnung“, aber nicht im Sinne von Christoph Wolff, wurden unter dem Oberbefehl des späteren deutschen Kaisers „wiederhergestellt“. Der Amtsbezirk Baden mußte erfahren, daß Freiheit niemanden als Geschenk zuteil wird. Der Kampf für die Freiheit wurde zur Pflicht, da es keine parlamentarischen Alternativen mehr gab. Brentano und Wolff mußten fliehen und wurden zu Zuchthaus verurteilt. Seither sind sie mit dem in Deutschland negativ belasteten Wort Revolutionäre „behaftet“ . . .

Christian Gottlob Abt schrieb 1849 „vom revolutionären Standpunkt aus beleuchtet“: „So endete eine Revolution, welche unter den günstigsten Verhältnissen begonnen, ganz Deutschland hätte anders gestalten können, wenn sie richtig geleitet worden. Schreibt auf den Grabstein: ‚Durch Advokaten verpfuscht‘³³“. So einleuchtend diese Analyse klingt, so falsch ist sie auch. Schon Robert

Blum nannte den Heckerputsch ein „entsetzliches Verbrechen“, weil er den Siegeslauf des deutschen Volkes aufgehalten hatte³⁴. Es ist müßig, heute diese Frage zu diskutieren: Unsere beiden Advokaten waren keine „Pfuscher“ sondern oppositionelle Realpolitiker, deren politischer Überzeugung und streng rechtliches Denken jeglicher Aktionismus oder gar Gewaltaktionen abholt waren. Die Badische Revolution läßt sich meiner Meinung nach besser an der viel zu wenig bekannten Persönlichkeit Lorenz Brentano und seiner Mitstreiter charakterisieren. Seit 1849 spielen die „populären“ Hecker und Struve keine entscheidende Rolle mehr, da sie bereits 1848 flohen (Hecker bereits im April!) oder inhaftiert waren. Der „radicale Advocat vom herkömmlichen badischen Gepräge“³⁵, Lorenz Brentano, war aufs engste und am Längsten mit dem damaligen Geschehen verbunden. Wir würden damit auch ein realistischeres Bild der damaligen Vorgänge erhalten, die nur aus der damaligen Zeit heraus adäquat zu verstehen sind: Von „Revolutionären“, zum Teil wider Willen, aber auf jeden Fall von Vorbildern für unsere heutige, viel zu selbstverständliche, auf jeden Fall zu wenig geschätzte und gelebte Demokratie.

Anmerkungen

- 1 Christian Pabst: Der Feldzug gegen die badisch-pfälzische Insurrection. Darmstadt 1850. Seite 334.
- 2 z. B.: Baden-Badener Stadtgeschichtliche Blätter Nr. 5 vom Juni 1957. H.: Revolution mit Nachmittagskonzert – „Die gemütlichste, unblutigste Revolution“ – Das Jahr 1849 in Baden-Baden oder W. Carganico, Baden-Baden in der Revolution in: *Aquae* 89 (Hrsg.: Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden e. V.). Ausnahme: K. Jörger, Schicksale ehemaliger Acht- undvierziger in: *Die Ortenau* 1963. Zur neueren Forschung vgl: D. Baeuerle, Gab es 1848/1849 in Baden-Baden eine Revolution? in: *Aquae* 96 und Vortrag K. Hochstuhl wie Anmerkung 11. In der überregionalen Literatur dieses Jahrhunderts sucht man Baden-Baden meist vergeblich.
- 3 Deutsche Chronik für das Jahr 1849. Berlin 1850. Seite 5 f.
Der Wirt Joseph Siefert (geb. 1803) war in Offen- burg und überbrachte seinem Gast Brentano am 13. Mai ein Schreiben von Wolff. Siefert war ein stadtbekannter Demokrat, Mitglied des Volksvereins, Hauptmann des 2. Fähnleins und Verwal-

tungsausschußmitglied der Bürgerwehr, Mitglied des Engeren Sicherheitsausschusses. Beim Hemsbacher Gefecht am 30. Mai 1849 war er als Abgeordneter der Stadt „mit Lebensgefahr im heftigsten Scharmützel gewesen“. Er soll an einer Krankheit, die er sich in den Kasematten in Rastatt holte gestorben sein.

In einer anonymen Anzeige wird der Geist als „Übersitz“ bezeichnet, „wo sich alle Demokrater und Beamten in einem Nebenzimmer versammeln“

- 4 Franz Raveaux: Mittheilungen über die Badische Revolution. Frankfurt 1850. Seite 12. Zitat aus Ludwig Häusser: *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution*. Heidelberg 1851. Seite 325.
- 5 Deutsche Chronik wie Anmerkung 3.
- 6 J. B. Bekk: *Die Bewegung in Baden*. Mannheim 1850. Seite 300.
- 7 Gustav Struve: *Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden*. Nachdruck Freiburg 1980. Seite 163. Stadt Rastatt (Stadtarchiv) Hrsg.: *Rastatt in der badischen Revolution 1848/49*. Rastatt 1996.
- 8 Rehmann war in Offenburg Gemeinderat und Vorsitzender der Volksvereins. „Heute Morgen um 8 Uhr langten unerwartet die Bürger G. Struve, Blind und Rehmann (von Offenburg) von Rastatt mit einem Extrazuge hier an, und begaben sich zu ihrem Freunde Brentano“. *Mittelrheinische Zeitung* (M. R. Z.) vom 14. 5. 1849. War Mitglied des Landesausschusses. 1854 findet sich ein Eduard Rehmann wie Wolff als politischer Flüchtling in Zürich (GLA 339/945).
- 9 Karl Blind (1826–1907), nahm am Hecker- und Struvezug 1848 teil, wie Struve zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt und mit ihm aus dem Gefängnis Bruchsal befreit. Unterzeichnete mit Struve ein Schreiben an den Gemeinderat zu Balg: „Oos Bahnhof, 14. Mai. Sie werden hiermit dringend aufgefordert, Ihre Mannschaft mit den Waffen und der Munition augenblicklich nach Oos, dem Sammelplatz des Volksheeres, zu schicken, von wo aus die Rechte, wie sie zu Offenburg neuerdings beschlossenen, verfochten werden sollen“. Häusser wie Anm. 4, Seite 357.
- 10 Germain Metternich (1811–1862) war mit Blind, Struve und dessen Ehefrau(!) in Baden-Baden (GLA 339/943). Agitator des Frankfurter Volksaufstandes vom 18. September 1848. Nachdem sich Struve und Blind „in Folge der Vorgänge in Karlsruhe“ dorthin begaben, erhielt Metternich Struve's Vollmacht (M. R. Z. vom 15. 5. 1849). Nach Struve wie Anm. 7, Seite 165 war auch noch der junge Revolutionär Gustav Adolf Schlöffel (1828–21. 6. 1849 Gefecht bei Waghäusel) bei der Delegation zu Brentano dabei.
- 11 Vortrag von Kurt Hochstuhl bei der VHS/Badischen Heimat Baden-Baden am 25. 2. 1997. Alfred Frei-/Kurt Hochstuhl: *Wegbereiter der Demokratie*. Karlsruhe 1997.
- 12 *Mittelrheinische Zeitung* vom 14. Mai 1849. Die Meldung ist irrtümlich „Baden, 14. März“ datiert.

- Die M. R. Z. hieß bis 31. März 1849 Allgemeine Badzeitung und wurde von Georg Muhl herausgegeben. In dem gebundenen Jahresband 1849 (unvollständig) wurden diese revolutionären Vorgänge herausgeschnitten. Auf dem zweiten Blatt, Seite 160 ist ein Zettel eingeklebt. . . . blieben aus der Zeit der Arrestation hiesiger 33 Bürger“. Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr.: 12104.
- Die Vorgänge in Baden-Baden finden sich auch im gemäßigten Mannheimer Journal vom 16. und 17. Mai wörtlich abgedruckt und waren somit landesweit bekannt. Amtmann v. Theobald erwähnt 120 Turner und Arbeiter, aber nicht Wolff (GLA 339/943).
- 13 G. Struve wie Anm. 7, Seite 165.
 - 14 Vgl.: C. B. A. Fickler: In Rastatt 1849. 1852, Rastatt 1899 2. Auflage und Albert Förderer: Erinnerungen aus Rastatt. Lahr 1881. Franz Simon Meyer's Tagebücher, Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr. 78/167.
 - 15 Tilmann Koops in GEW (Hrsg.): Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Karlsruhe 1990. Seite 20.
 - 16 Flugblatt in: Tagebücher des Bankier Meyer wie Anm. 14. Derselbe Aufruf auch in: Karlsruher Zeitung – Organ des Landesausschusses vom 15. 5. 1849, M. R. Z. vom 16. 5. 1849, Mannheimer Journal vom 17. 5. 1849.
 - 17 Günter Richter: Revolution und Gegenrevolution in Baden 1849 in: ZGO 119, Karlsruhe 1970. Seite 392.
 - 18 Franz. X. Vollmer: Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden. Frankfurt 1979. Seite 157.
 - 19 Vgl. Anm. 3.
 - 20 Johann *Christoph* Wolff: geb. 26. 2. 1810 Mannheim, gest. 7. 7. 1901 Baden-Baden. Mitglied Schützengesellschaft, Politischer Bürgerverein (1848 Sekretär) dann Volksverein.
1848 Größerer Bürgerausschuß (Classe der Niederstbesteuerten), Mitglied II. Kammer (11. 4. 1849 Austritt). 20. 5. 1849 Civil-Comissair, 22. 5. Wahlkommissar, 3. 6. mit überwältigender Mehrheit in constituierende Versammlung gewählt, 11. 6. mit 385 gegen 250 des bisherigen Bürgermeisters Jörger zum Bürgermeister gewählt. Flucht in die Schweiz, am 2. 11. 1857 wieder Wohnsitz in Baden-Baden. In der ORTENAU 1997 erscheint ein Aufsatz von Haehling von Lanzenuer über Wolff. In der lokalen Nachkriegsforschung wird sein Vorname stets mit „Christian“ angegeben! A. Rößler (Aus Badens Vergangenheit) Badeblatt 1908 und K. Jörger in der Ortenau 1963 sind Ausnahmen.
 - 21 GLA 240/2528 und M. R. Z. vom 8. 4. 1849
Mit seiner skeptischen Haltung Hecker gegenüber stand Wolff nicht allein; Robert Blum schrieb am 3. Mai 1848 an seine Frau: „Hecker und Struve haben das Land verraten nach dem Gesetz – das wäre Kleinigkeit; aber sie haben das Volk verraten durch ihre wahnsinnige Erhebung; es ist mitten im Siegeslauf aufgehalten; das ist ein entsetzliches Verbrechen.“ Tim Klein: 1848 Der Vorkampf. Ebenhausen-München und Leipzig 1914. Seite 256.
 - 22 Stadtmuseum Baden-Baden Inv. Nr. 2354.
 - 23 M. R. Z. vom 13. 4. 1849.
 - 24 In seiner Verteidigungsschrift führt er aus, er sei nicht der „Stifter“ des Baden-Badener Volksvereins gewesen und bestreitet auch eine aktive und führende Rolle. Über die „Abwiegelungstendenzen“ der Verteidigungsakten vgl.: F. X. Vollmer in „Die Ortenau“ 1996, Seite 314. Nur in der M. R. Z. vom 15. 5. 1849 ist jedoch vom Vorstand Wolff die Rede.
 - 25 Am 10. 2. 1849 verließ z. B. Wolff mit Brentano die II. Kammer vor einer Abstimmung: Bekk wie Anm. 6. Seite 273.
 - 26 Franz X. Vollmer: Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden. Frankfurt 1979. Seite 157.
 - 27 D. Baeuerle in *Aquae* 96 wie Anm. 2. Seiten 25, 28 und 37.
 - 28 F. X. Vollmer in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.). Badische Geschichte. Stuttgart 1979. Seite 59.
 - 29 D. Baeuerle in *Aquae* 96 wie Anm. 2, Seite 36. Darin auch mehr über Jacob Schnepf: Seite 42, Anm. 43 und Margot Fuss, Seite 45 ff.
 - 30 Stadtarchiv Baden-Baden 25 – 16/71. In diesem Schreiben wird Grosholz mit „Herr“ und nicht „Bürger“ angedredet.
 - 31 Verteidigungsschrift GLA 240/2528.
 - 32 Sonja-Maria Bauer: Die verfassungsgebende Versammlung in der Badischen Revolution von 1849. Düsseldorf 1991. Seiten 208, 211, 238 und 273.
 - 33 Abt: Die Revolution in Baden und die Demokraten. Herisau 1849. Seite 167.
 - 34 Vgl. Anmerkung 21.
 - 35 L. Häusser wie Anm. 4. Seite 398/399.

Anschrift des Autors:
Dieter Baeuerle
Stephanienstraße 52
76530 Baden-Baden



Lorenz Brentano



Amand Goegg

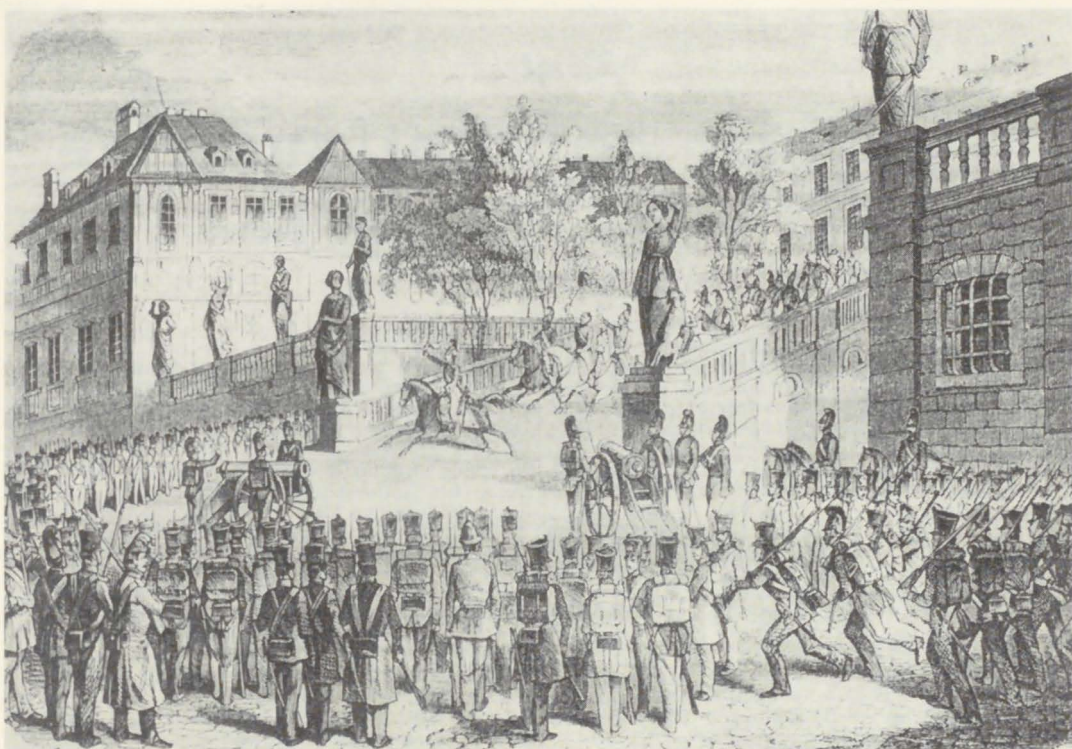
Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr.: 1345



Germain Metternich!

Germain Metternich

Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr.: 10556



Der Volksverein zu Nonnenweier an

sämmtliche Volksvereine in Baden.

(Wegen überhäuftem eilenden Materials verspätet.)

Mitbürger: Von den Strahlen des Blizes, einer abermaligen Erhebung, welche in Stuttgart begonnen und in Berlin entzündete, deren Funken sich nunmehr bereits über ganz Deutschland ausgebreitet und in kurzer Zeit die lichter lohen Flammen der Volkssouveränität, als die einzige Vollstreckerin der Gewalt, die Dynastien Deutschlands zu verzehren droht; hat zugleich unsere sog. Vaterländer schwer getroffen, sie scheinen zur Einsicht gekommen zu sein, daß sie unter dem Einflusse Bess und Mathy in ihrem Uebermuth die Lanze gegen das Volk so weit ausgeworfen haben, daß ihr verdienter Lohn nur ein gleiches Loos wie jenes des dänischen Christian VIII. sein kann.

„Schon fangen sie an ihre Heimath den „Vaterländischen Verein“ zu verlängnen.

Schon fangen sie an ihre Führer anzuklagen.

Schon liebäugeln sie mit den Beschlüssen ihrer Gegner. Schon schleichen sie wie verwirrte Schaafse in die Lager der Volksvereine. Schon suchen sie dort Freunde für sich zu gewinnen. Schon suchen sie ihren Verläumdungen gegen das Volk, mit ihren zum Scheine verfaßten letzten Beschlüssen eine andere Farbe zu leihen, um dadurch für ihren Mandat

an Farbe und Schnitt die Anhänglichkeit volksthümlicher Bestrebungen zu gewinnen.“

Wie lange wird das dauern?

Was wird ihre Absicht sein?

Um im Fall der Noth mit dem erborgten Aushängeschild ungehindert als Spione in das Lager ihrer Gegner Eingang zu finden, dieselbe verrathen zu können und dadurch ihres Sieges sicher zu werden.

Der hiesige Volksverein fordert daher sämmtliche Volksvereine Badens auf:

- 1) Laßt Euch durch die jesuitische Verstellung, verbunden mit vaterländischer Angst und Gefahr Eurer Todfeinde, nicht irre leiten, (seht die Wölfe nicht als Schaafse an.)
- 2) Gebt ihnen auch nicht die geringste Gelegenheit, worin sie Eurerseits eine Annäherung erkennen können; (denkt ein Jahr zurück.)
- 3) Wer in die Reihen des Volksvereines treten will, der muß sich unbedingt dessen Statuten unterwerfen, eine Vermittlung auf halbem Wege mit den Vaterländischen soll und kann nicht stattfinden.

„So beschloffen in der öffentlichen Versammlung des Volksvereins zu Nonnenweier den 5. Mai 1849.“

Der Vorsitzende: **Buchmüller.**

Weil, Schriftführer.

Weitere

Ansprache des Volksvereins an die Einwohner der Stadt Baden.

Baden, den 10. März. Ungeachtet der versöhnlichen Sprache eines Mitglieds des Vaterlandsvereins im hiesigen Wochenblatte vom 7. d. M. dauern doch die gehässigsten Ausfälle andrer Mitglieder dieses Vereins gegen den Volksverein fort. Es sind Nachtulennaturen, die das Licht scheuen, daher man sie überall auf Winkelzügen ertappt. Bald kommen ihre Artikel von Baden, bald von Bühl, bald vom Oberrhein. Die Fabrik aller dieser Artikel ist aber in Baden zu suchen.

Der Vaterlandsverein ist zu beklagen, daß sich gerade, wenn auch seine heftigsten, leidenschaftlichsten, doch unbesonnensten, unpopulärsten Mitglieder zum großen Verdrusse der Mehrheit der Vereinsmitglieder als seine Vorkämpfer aufwerfen. Zum Verdrusse der Mehrheit sagen wir, denn gerade diese Männer sind es, die man eben wegen ihrer Leidenschaftlichkeit, Unbesonnenheit und sonstigen Blößen von Vorstandstellen fern zu halten, im Vereine selbst sehr beflissen war.

Der Vaterlandsverein ist gewiß versucht, anzurufen: „Gott behüte uns vor unsern Freunden! Mit den Gegnern wollen wir suchen selbst fertig zu werden.“

Ein Muster ihrer publicistischen Klopffechtereien haben diese Leute neuerlich wieder in dem Mannheimer Journal (abgedruckt in der Allg. Badzeitung vom 7. d. M.) geliefert.

Zuerst wird dort die Lüge erfunden: „Der Volksverein hätte alle Mittel aufgeboten, um die hiesigen Einwohner von der Theilnahme an der Gründung des Vaterlandsvereins abzuhalten — sobald greift man zu perfider Verdächtigung und gemeiner Schmäbung, indem man die Volksvereine „wählerische Haufen nennt, vor denen man Ordnung und Sitte, Freiheit und Wohlstand schützen muß.“

Diese niederträchtigen Herausforderungen charakterisiren die Verfasser solcher Schmähartikel zur Genüge, und es bedarf eben zu ihrer Charakteristik keines weitern Wortes. Aber eine Zusammenstellung des Benehmens des Vaterlandsvereins gegenüber dem Benehmen des Volksvereins wird doch dadurch zu unserem Leidwesen hervorgerufen, und man mag dann eine vergleichende Betrachtung anstellen:

Der Volksverein hat noch nie durch öffentliche Aufforderungen zum Beitritt Proselyten zu machen gesucht. Er ist überhaupt nicht in öffentlichen Blättern aufgetreten, außer um sich zu vertheidigen. Er hat Vorstand und Ausschuß in allgemeiner (directer) Wahl ernannt.

Anderer des Vaterlandsverein. Sein erstes öffentliches Auftreten begann mit Proselytenmacherei. Privatim wurde sie emsig fortgesetzt. Wir könnten es mit Beispielen belegen. Der Vaterlandsverein haschte offen nach Volksthumlichkeit; denn er forderte jeden sich hier aufhaltenden Deutschen von wenigstens 21 Jahren zum Beitritt auf. Damit aber auf diese Weise der Verein nicht zu viele demokratische Elemente erhalte (man fürchtete lächerlicher Weise den Beitritt vieler Turner und Mitglieder des Arbeitervereins), und damit den Vätern der Stadt unter solchen Umständen nicht das patriarchalische Scepter entrissen werde, mußte man ein Mittel finden, um dieser Gefahr zu begegnen. Man ließ daher nicht direct, ja nicht einmal freie indirecte Wahlen zu; sondern die Patriarchen schlugen sich und einige andere „wohlgestante“ Bürger, 25 an der Zahl, in der Generalversammlung vor, damit aus ihnen 19 in's Comité gewählt werden sollten. Man achtete die Versammlung so wenig, daß man nicht einmal darüber abstimmen ließ, ob sie denn mit dieser Wahlart zufrieden sei. Auf diese Weise suchte man sich die althergebrachte Herrschaft zu sichern. Freilich mußte diese unvolksthümliche Manipulation bemäntelt werden und dazu diente der Vorwand „das Wählen in andrer Art hält zu lange auf.“

Sobald über den Vorwurf, der Volksverein hätte sich bemüht, Einwohner von der Theilnahme am Vaterlandsverein abzuhalten.

Wenn nun aber jene übermüthigen litterarischen Proletarier das Monopol in Anspruch nehmen, die Wächter der Sitte und Ordnung zu sein, so muß man ihnen Angesichts dieser Redheit zurufen: Denkt einmal eure Biographie durch und die Schaamröthe muß euch hochroth in's Gesicht steigen, wenn dies überhaupt noch möglich ist. —

Der Volksverein hat öffentlich erklärt, daß seine Sitzungen öffentlich sind. Jedermann hat als Hörer Zutritt. Er hat das Licht nicht zu scheuen. Hat man von dem Vaterlandsverein Gleiches gehört? Bis jetzt hat er die Heimlichkeit der Deffentlichkeit vorgezogen.

Ist es dem Vaterlandsverein Ernst damit, daß er unnöthige Aufreizungen hasse, so desavouire er Personen, die sich aus allen Kräften bestreben, das Gegentheil glauben zu machen.

Der Volksverein.

№ 983. Historische Sammlungen
BADEN-BADEN.

Druckt in der W. Wuhl'schen Buchdruckerei in Baden.

Flugblatt des Volksvereins vom 10. März 1849

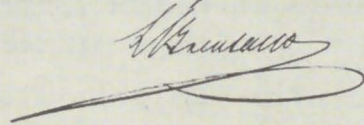
Stadtmuseum Baden-Baden Inv.Nr.: 983

Die provisorische Regierung.
Ministerium des Innern.

Carlsruhe, den 2. Juni 1849.

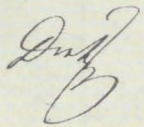
Auf Ihren Bericht, vom 31. Mai,
bezüglichen mit der Hinsicht,
daß wir in dem besondern Besichtigung
genaueres Werk dieses nicht
für erforderlich angesehen.

Ihr Vorstand.





Gegeben am 5/6 49.

Zu dem Akten
M



An
den Civilcommissar Wagner
Wolff zu Baden.



Militärisches
Tagebuch aus Baden.

Von

A. C. Wiesner,



vormals kais. kön. österr. Offizier und Capltän im Generalstaabe
der badischen Volkswehr.

Il faut connaitre pour user ou s'abstenir.
Lucien.

Büch.

Buchdruckerei von G. Köhler.

1849.



Baden-Baden, am 27. Juni.

Wir sind schon heute früh um 6 Uhr unter dem Jubel der Einwohnerschaft hier eingerückt. Von allen Städten und Orten, durch welche wir bisher marschirt waren, kam uns Baden, unzweifelhaft mit der ungeschminktesten und wärmsten Theilnahme entgegen, was wohl immerhin aus dem Grunde bemerkenswerth sein dürfte, weil dieser größte Kurort Deutschlands fast ausschließlich der reaktionären Geld-Bourgeoisie und Aristokratie seine Wohlhabenheit zu verdanken hat. — Bei unserm Einzuge wurden wir mit stürmischem Hurrahrufen, mit Fahnen- und Tücherschwenken empfangen; ja aus einem Fenster fielen uns aus schönen patriotischen Damenhänden sogar Blumen zu. Die Mannschaft wurde von der Bürgerschaft gratis einquartirt und auf das Beste und Reichlichste mit Wein, Fleisch und Brot betheilt. Eine halbe Stunde nach unserm Einrücken sagte ich meinem Corps ein herzliches Lebewohl und ermahnte die braven Leute — wenn es mir eine anderweltige Berufspflicht nicht erlauben sollte; zu ihnen zurückzukehren — zur fernern Ausdauer an der Sache der Freiheit und des Vaterlandes!

Aus: A. C. Wiesner. Militärisches Tagebuch aus Baden, Zürich 1849, Seite 75

Alfred Georg Frei · Kurt Hochstuhl

G. Braun



Wegbereiter der Demokratie

Die badische Revolution 1848/49
Der Traum von der Freiheit



Leben und Wirken des Revolutionärs und mehrfachen Bürgermeisters Philipp Thiebauth (1811–1887) im alten, nahe der jungen Residenz Karlsruhe gelegenen Landstädtchen Ettlingen

Schon viele Zeitgenossen der französischen Revolution (1789–1799) waren sich einig, daß mit den Vorgängen in Frankreich eine – wie Goethe sagte – „neue Epoche der Weltgeschichte“ ihren Anfang genommen habe. Damals begann die moderne Zeit, die auch uns heute Lebende noch bestimmt.

Der Funke der Revolution löste in Frankreich im Verlauf weniger Jahre das Erproben aller möglichen Staatsformen aus. Der Krieg, als Verteidigungskrieg gegen die Intervention der feudal-absolutistischen Mächte begonnen, weitete sich nach seinen Erfolgen zum ideologischen Befreiungskrieg aus (Friede den Hütten, Krieg den Palästen), um dann in einem nationalen Eroberungskrieg umzuschlagen, der für die Machtausdehnung Frankreichs zur Beherrschung des damaligen Europas geführt hatte. In wenigen Jahren durchlief das französische Nationalbewußtsein alle Stufen vom patriotischen Opfergeist in der Stunde der Bedrängnis über das Hochgefühl, eine patriotische Mission zu erfüllen, bis zum Genuß nationaler Macht und Überlegenheit. Die jeweiligen Machthaber verstanden es, diese Gefühlszustände ideologisch zu überhöhen und propagandistisch auszuwerten.

Napoleon, von der Dämonie der Macht (G. Ritter) getrieben, nahm auf die politischen Bedürfnisse und das Selbstwertgefühl der besiegten Völker Europas im allgemeinen wenig Rücksicht und erweckte Widerstände, die die

französische Vorherrschaft bedrohte und ab 1813 besiegte.

Es entstand ein Nationalismus, der auf die Einmaligkeit des eigenen Volkes ausgerichtet war und wenig Raum für allgemeine Menschheitsideale entwickelte. Er ließ sich in seiner Skepsis gegenüber den kosmopolitischen demokratischen Idealen der Revolution leicht konservativ-monarchischen Zielsetzungen dienstbar machen. Die Befreiungskriege gegen Napoleon (1813/14) gerieten bald unter die Kontrolle der alten monarchistischen Staatsgewalten. Schließlich siegten fürstliche Truppen nicht Volksheere, wenn auch besonders in Preußen mutige Reformen einer „Revolution von oben“ eingeleitet wurden, weil sich zeigte, daß ein moderner Staat nicht ohne die freie Teilnahme seiner Bürger gedeihen könne und dessen Führung durch Impulse aus der Mitte der Bevölkerung ergänzt werden müsse. Doch, als die siegreichen Truppen aus Frankreich zurückkehrten, wurde es um die weiteren Pläne merkwürdig still. Die preußischen Reformen blieben Stückwerk. Sie brachten die wirtschaftliche Modernisierung zwar ein gehöriges Stück voran, trugen zur Verankerung politischer Verantwortung der Staatsbürger aber wenig bei, ein Mißverhältnis, das die deutsche Entwicklung noch ein volles Jahrhundert bestimmen sollte.

Der österreichische Staatskanzler Metternich wurde die beherrschende Figur des Wie-

ner Kongresses (1814/15), auf dem Fürsten oder ihre Gesandten die Neuordnung Europas aushandelten unter den Prinzipien: „Restauration-Legitimation-Solidarität“.

Metternich verabscheute die Volkssouveränität als Wurzel der Anarchie oder der Diktatur¹. Er erwartete den gesellschaftlichen Fortschritt allein von der Autorität monarchischer Regierungen. Dem gegenüber stellte der badische Liberale Karl von Rotteck 1837 das „demokratische Prinzip“:

„Nur aus der aufrichtigen Befreundung mit dem demokratischen Prinzip kann das Heil, können Versöhnung und Friede hervorgehen. Es will mehr nicht, als daß gegenüber der Regierung das Volk für etwas zähle, d. h. auf einem eigenen, gesicherten Rechtsboden stehe. . . . Es ist hiernach in bezug auf die Staatsverfassung oder Regierungsform kein anderes als das konstitutionelle Prinzip, und in bezug auf die gesamte übrige politische und Rechtsgesetzgebung kein anderes als jene des Vernunftrechts“.

Durch diesen Gegensatz wurde dann das 19. Jahrhundert weitgehend geprägt. In seinen 40-er Jahren beherrschten drei Probleme die politische Szene:

1. Die Verfassungsfrage, die Forderung nach einem gerechten Ausgleich von monarchischer Autorität und Volkssouveränität.
2. Die nationale Frage, die Forderung nach nationaler Einheit und Unabhängigkeit, wo immer sie nicht bestand.
3. Die soziale Frage, die Forderung nach vollständiger Bauernbefreiung und sozialer Sicherung der freien Lohnarbeiter².

WIE WIRKTEN SICH DIESE SPANNUNGEN AUF DIE DAMALS NOCH BEGRENZTE LEBENSWELT EINES KLEINEN, NAHE DER RESIDENZ KARLSRUHE GELEGENEN LANDSTÄDTCHENS ETTLINGEN AUS?

Um 1818 lebten in Ettlingen in insgesamt 371 Gebäuden fast 3000 Einwohner in „engen,

finsternen, dazu noch gekrümmten Gäßchen; ihre Anzahl beläuft sich auf vierundzwanzig, nebst mehreren Winkeln. . . . (sie) besitzt nur eine Hauptstraße“ aber genoß damals in Karlsruhe den Ruf, ein besonders erfrischendes Klima zu besitzen (der „Albtäler“ streicht besonders am Abend als kalter Fallwind herunter³).

Fürstlicher Glanz durch den kurzfristigen Witwensitz der Großherzogin Stephanie (Napoleons Adoptivtochter) in den Jahren 1819/20 wurde weitergeführt durch das Wohnen des Freiherrn von Berstett in der Villa Watthalden, der als Staatsminister 1818 auf dem Kongreß der Heiligen Allianz in Aachen eine günstige Regelung der bisher umstrittenen Erbfolge und die Sicherung des badischen Großherzogtums in seinem territorialen Bestand erreicht hatte. Als Befürworter der damals liberalsten Verfassung (1818) eines Staats des Deutschen Bundes schwenkte er aber nach diesem Erfolg wieder um und versuchte, die Rechte, die dem Volk eingeräumt waren, wieder einzuschränken⁴. 1826 wurde der mit ihm befreundete Metternich in der Villa Watthalden empfangen. Damals war es v. Berstett gelungen, den ersten Landtag 1819/23, in dem tüchtige und freisinnige Männer wie der Ettlinger Bürgermeister Franz Anton Buhl die Interessen des Bürgertums mit Sachkenntnis, Energie und Rednergabe vertraten, in eine Versammlung freier Leute, die sich beeilten, die von der Regierung zugelassenen Vorlagen untertänigst zu bewilligen, umzuwandeln⁵.

Hans Fenske teilt das Ringen zwischen Exekutive und Legislative in den Jahren 1818/48 in 5 Phasen ein⁶:

1. Bis 1822 lief ein lebhaftes Ringen der beiden Faktoren, wobei Großherzog und Regierung ihre Möglichkeiten in ihrem Sinn interpretierten.
2. 1822–1830 bestand ein deutliches Übergewicht der Exekutive. Die Regierung wollte die Volkvertretung möglichst wenig hervortreten lassen. Es wurde weniger geleistet als nötig gewesen wäre.
3. 1830–1841 ergab sich „der ehrliche Wille zur Zusammenarbeit“, auch wenn sich Konflikte nicht ausschlossen. Daher war die Legislative Ertrag dieses Jahrzehnts beachtlich, der wegen ihrer deutschlandpolitischen Orientierung Aufmerksamkeit weit

über das Großherzogtum hinaus gefunden hat⁷.

4. Diese Position fiel der liberale Opposition wieder zu, als Großherzog Leopold 1830 den repressiven Kurs aufgab⁸.

Da aber schon 1835 der hochkonservative v. Blittersdorf, dem die Mehrheit der II. Kammer zu mächtig geworden war, Außenminister geworden war und mehrfach über die Grenzen seines Ressorts hinausgriff, endete die 4. Phase mit der Erkenntnis, daß das Bemühen um konstruktive Zusammenarbeit dem Lande dienlicher sei, als der Versuch, einen möglichst weiten Bereich der Exekutive abzustecken, mit der Rückkehr zur Praxis der 30-er Jahre⁹.

5. Phase 1843–48. Ab dort stand eine ehrliche Handhabung des Konstitutionalismus nicht mehr im Zweifel – Fenske formuliert diese Lage – „Es kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden, daß selbst ein so hochkonservativer Mann wie v. Blittersdorf jetzt davon sprach, das repäsentative System müsse anerkannt werden, die Regierung die Majorität für sich haben. Die Ernennung eines Liberalen zum Innenminister war die ausdrückliche Konsequenz dieser Einsicht. Die Liberalen haben in knapp anderhalb Jahrzehnten sehr viel an Boden gewonnen. Wenn die konstitutionelle Balance nicht noch stärker als schon zur Kammer hin gravitierte, so mit Rücksicht auf ein denkbares Eingreifen des Bundes“¹⁰.

POLITISCHE STRÖMUNGEN IN DIESEN JAHREN IN ETTLINGEN – LEBEN UND WIRKEN PHILIPP THIEBAUTS BIS 1849

Gleich nach Erlaß der Verfassung 1818 war das Gasthaus Sonne in Ettlingen Treffpunkt der Liberalen um den oben schon genannten Ludwig von Liebenstein. Der dortige Gastwirt war der Vater Philipp Thiebauts, dessen Vorfahren Ende des 17. Jahrhunderts aus Saarbours (Lothringen) in die von Krieg und Brand stark daniederliegende Stadt gekommen waren. Er stieg bald zum „Küchenmeister“ (Leiter des fürstlichen Haushalts) der Markgräfin Si-

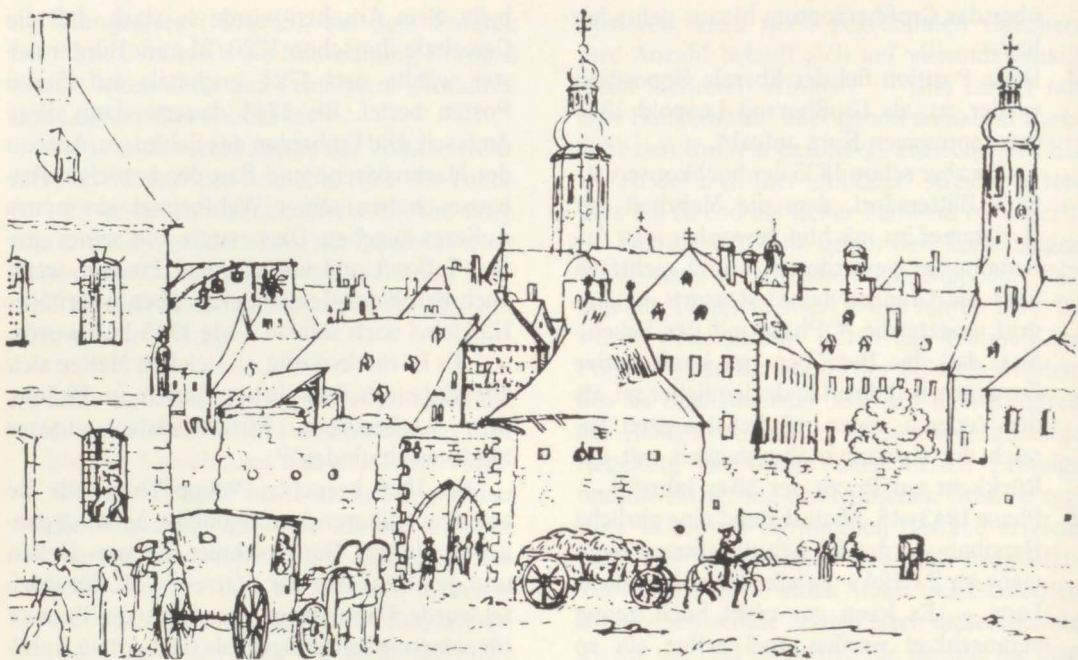
bylla. Sein Ansehen wurde so stark, daß die Gemeinde ihn schon 1720/21 zum Bürgermeister wählte und 1724 nochmals auf diesen Posten berief. Bis 1744 dauerte dann diese Amtszeit. Die Umbauten des Schlosses, Ausbau der Martinskirche und Bau des barocken Rathauses haben seiner Wahlheimat ein neues Äußeres gegeben. Dies zeugte von seiner großen Tatkraft und umsichtigen Handeln, wenn auch Kritik des Gemeinderats über autoritäres Handeln nach seinem Tode 1745 laut wurde.

„Es ist merkwürdig, in welchen Maßen sich alle Eigenschaften dieses Ahnen in Philipp, dem nachmaligen Bürgermeister unserer Stadt, wiederfinden“¹¹.

Bis 1826 besuchte Philipp Thiebauth die aus dem früheren Jesuitenkolleg hervorgegangene Höhere Bürgerschule, die vom Dekan und den Kaplänen der Pfarrei St. Martin geleitet wurde. Dann zog er, um sich in der Fremde für seinen späteren Beruf als Gastwirt auszubilden, nach Frankreich und die Westschweiz, schon damals klassische Länder des gastronomischen Gewerbes. Der Küchenjunge und Kellner eignete sich nicht nur die Kenntnisse seines Berufes an, im stets umrührigen Frankreich hatte er revolutionäres Gedankengut in sich aufgenommen und in der Schweiz die Wirklichkeit einer demokratischen Lebensordnung kennengelernt. So kehrte er 1829 in seine Heimat zurück, erfüllt von Ideen und Gedanken, die damals ihren Träger mehr als verächtlich machten“¹².

Nach dem lebhaft begrüßten Regierungsantritt Großherzogs Leopold im Frühjahr 1830 unternahm dieser im Sommer eine Rundreise durch sein Land und traf in Ettlingen ein, wobei der Sonnenwirtssohn mit eigenen berittenen Freunden als Bürgerkavallerie mit langem schwazen Rock, schwarzen Dreispitz mit badischer Konkarde, über der Brust ein breite Schärpe mit den badischen Landesfarben dem Fürst entgegenritten. Merkwürdiger Zufall, daß Hut und Konkarde ebenso wie Rock und Schärpe zusammen die Farbenkombination Schwarz, Rot und Gold ergaben, die damals verbotenen Farben der deutschen Freiheits- und Einheitsbewegung!¹³.

Es ist denkbar, daß der junge Sonnenwirtssohn unter dem milden und verfassungsfreundlichen Leopold zum wohlgestimmten Bürger



DAS PFORZHEIMER TOR, Zeichnung von Baer, 1810

Ganz links das Gasthaus zur Sonne (beachte das Wirtsschild mit den Zeichen der hier verkehrenden Zünfte); Vor dem Gasthaus hält eine vornehme Kutsche, der herbeieilende Wirt ist Philipps Vater; am Fenster seine Mutter. Man blickt auf das Pforzheimer Tor mit dem Wächter. Dahinter Gebäude des ehemaligen Lichtentaler Hofes, rechts vom Tor das Jesuitenkolleg (heute Finanzamt). Hinten die überhöht gezeichneten Türme von St. Martin und dem Rathaus. Von rechts waschen Frauen in dem durch ein Mäuerchen gesicherten Stadtgraben (vgl. unten), zudem ein Treppchen hinabführt. Hart neben dem Gasthaus sieht man einen über die Stadtmauer hängenden Aborterker.

einer konstitutionellen Monarchie geworden wäre. Seine sofort eingeleiteten Maßnahmen zur Wiederherstellung der alten badischen Verfassung und die freisinnigen Landtage seiner ersten drei Regierungsjahre erregten den Widerstand des Deutschen Bundes, den immer noch der Wiener Staatskanzler Metternich beherrschte. Der Bund erklärte das freiheitliche Pressegesetz Badens für unvereinbar mit dem des Bundes. Schon im Sommer 1832 mußte es zurückgezogen werden. Im Gegenzug wurde eine Bundesreform das Ziel der freiheitlich Denkenden im Badenerland. In der II. Kammer und im Lande selbst entstand eine Oppositionsgruppe, die zunächst noch Liberale und Radikale vereinigte. Die einen hofften, im Bund mit den einsichtigen Fürsten die Demokratie als konstitutionelle Monarchie – etwa wie bis heute in Nordeuropa, England, und den Niederlanden – verwirklichen zu können, die anderen, die Radikalen, glaubten nicht mehr an diese

Möglichkeit. Sie strebten nach einer republikanischen Verfassung und damit nach dem Sturz der Fürsten. An diesem Zwiespalt ist in der Hauptsache wohl die demokratische Bewegung 1848/49 gescheitert¹⁴.

Über die Anfänge der demokratischen Bewegung in Ettlingen und damit über Thiebauths Wirkung berichtet eine Eingabe von acht Ettlinger Bürgern im Januar 1847 an den Großherzog¹⁵.

STIFTER UND BEFÖRDERER ALL UNSERES UNHEILS

„Der Stifter und Beförderer all unseres Unheils ist und bleibt der dortige Sonnenwirt und Gemeinderat Philipp Thiebauth. Nach empfangener Erziehung in der französischen Schweiz (Zeit der Lehre 1826–29) kehrte derselbe vor etwa 16 Jahren in seine Vaterstadt zurück und bezeichnete sein erstes politische

Auftreten damit, daß er die in seiner Erziehungsanstalt(!) empfangenen republikanische Grundsätze zu verbreiten suchte, wozu ihm die Wirtschaft die beste Gelegenheit darbot.“

Thiebauth hatte durch seine Werbetätigkeit erreicht, daß der Wahlkreis 24 (Ettlingen und Rastatt-Land) bei der im Jahr 1842 stattfindenden Wahl den Senior der Demokraten, Adam von Itzstein, Hofgerichtsrat aus Mannheim, in den Landtag entsandte. Wahrscheinlich hat Thiebauth selbst auf seine Wahl verzichtet, weil v. Itzstein in seinem Wahlkreis Schwetzingen verdrängt worden war.

Die Eingabe an den Großherzog endet daher:

„Aus Dankbarkeit hierfür zogen die Demokraten Thiebauth ganz in ihr Interesse und er ist seither eines ihrer tätigsten Mitglieder geworden. Durch diese Stütze aufgemuntert, entfaltete er seine Tätigkeit mit dem größten Erfolge“.

Gemäß der von der Landesleitung in Mannheim herausgegebenen Richtlinien gründete Thiebauth zunächst ab 1837 harmlos oder harmlos scheinende Vereine oder Verbände beispielsweise einer „Lesegesellschaft“, der besonders viele bürgerliche „Honoratioren“ angehörten, dann 1842 ein „Schwarzes Reiterkorps“, für das er aber nach Genehmigung seiner Statuten durch das Bezirksamt, vom Innenministerium wieder zurückgepiffen wurde, da „Ettlingen wegen seiner geographischen Lage zur Heranziehung des Corps kaum in Betracht komme“.

Dem jungen Sonnenwirt war es natürlich nicht entgangen, was der wirkliche Grund dieser Verweigerung war, denn die Behörde hatte erfahren, daß die jungen Leute 1842 bei einem Ausritt auf den (revolutionären) Gemeinderat in Durlach ein „Vivat“ ausgerufen hatten.

Thiebauth hatte wohl erkannt, daß er verdeckter vorgehen mußte. Deshalb rief er einen Gesangverein (Liedertafel) ins Leben (1842). Die zunächst verweigerte Billigung durch die Behörde konnte überwunden werden durch die Berufung eines Rechtsanwalts als Vorsitzender. Die Vereinsfarben zeigte weder offen noch verborgene Revolutionssymbole¹⁶. Wenn nach den regelmäßigen Proben die Kehle angefeuchtet wurde und bei dieser Gelegenheit manch kräftiges Männerwort fiel, wem ging dies etwas an?

1847 rief Thiebauth ein Freiwilliges Feuerwehrcorps ins Leben, wobei ein Turnverein zur Handhabung der Feuerspritze angeschlossen wurde. Den Vorsitz dieser Gruppe übernahm Thiebauth selbst.

Ettlingens politisch aktiver Bevölkerungsteil war in Vereinen und Verbänden – auch in der Bürgermiliz – organisiert, die alle unter dem maßgeblichen Einfluß des Sonnenwirts standen. Seit Herbst 1847 war er der ungekrönte Herrscher der Stadt: der Gemeinderat setzte sich fast ausnahmslos aus seinen Anhängern zusammen, auch der Bürgermeister stand politisch ganz auf seiner Seite. Thiebauth stand persönlich mit den führenden Männern der revolutionären Bewegung in Fühlung, die am 12. Sept. 1847 unter Führung des Mannheimer Rechtsanwalt Friedrich Hecker auf einer Versammlung in Offenburg beschlossen hatten, mit der Gründung demokratischer Volksvereine im Stillen voranzuschreiten. Und das war in Ettlingen nach den oben beschriebenen Vorbereitungen bald möglich.

Als im Frühjahr 1848 die Nachricht von der Vertreibung des französischen Königs Louis-Philipp und der Errichtung einer Republik eintraf, erhielt die liberale Bewegung in Deutschland den seit langem erwarteten Antrieb. Als im März in einigen großen Hauptstädten – Berlin, Wien, München – Volksaufstände ausbrachen, machten die bisher konservativen Regierungen liberalen Kabinetten Platz und diese verwirklichten unverzüglich die wichtigsten Märzforderungen: Presse- und Versammlungsfreiheit, Geschworenengerichte, Wahl verfassungsgebender Versammlungen. Selbst der bisherige Bundestag erklärte sich mit dem Zusammentritt eines „Vorparlaments“ einverstanden, das eine deutsche Nationalversammlung zur Festsetzung einer neuen Reichsverfassung einberufen sollte. Nach wenigen Wochen konnte am 18. Mai das erste deutsche Parlament zur Eröffnungssitzung in der Frankfurter Paulskirche zusammentreten. Es verdankte ihre Entstehung nicht allein der revolutionären Usurpation (Machtergreifung), sondern auch der Zustimmung der deutschen Einzelstaatsregierungen. Nach unterschiedlichen, in der Regel allgemeinem Wahlrecht der Männer gewählt, setzte sich dieses Parlament zumeist aus bürgerlichen



Flugblatt aus dem Ettlinger Wahlkampf 1846

Unter dem Bild ist folgendes Gespräch wiedergegeben:

Der radikale Gemeinderat (unnötig zu sagen, daß damit Thiebauth gemeint ist):

„Greule, Ihr werdet doch bei den Wahlen für uns stimmen!“

Der treue Gänsehirt: „Nein, Herr Rath, ich halte an meinem alten Glauben und bleibe treu meinem Fürsten.“

Der radikale Gemeinderat: „Ihr Leute wißt nicht, um was es geht: Es geht nicht um die Religion, sondern wenn Ihr die alten Landstände nicht mehr wählt, so kommt eine Steuererhöhung.“

Der treue Gänsehirt: „Die Steuererhöhung macht mir nichts, ich habe nichts, versteuer auch nichts.“

Der radikale Gemeinderat: „Greule, stimmt Ihr nicht mit dem Gemeinderat, so tut der Euch von Eurem Dienst.“

Der treue Gänsehirt: „Das tut nichts, da müßt Ihr mich aus der Stadtkasse erhalten. So, habt's schon gehört? Ich bin ein alter Soldat, meinem Glauben bleib ich treu und meinem Fürsten!“

Honorationen zusammen. Vorher beschloß man am 19. März in Offenburg – wieder unter Heckers Vorsitz – die „Volksvereine“ offen ins Leben zu rufen. In Ettligen legte Thiebauth auf der Generalversammlung der Liedertafel eine Beschlußfassung vor, nach der diese sich zu einem Volksverein konstituieren sollte. Natürlich erteilte die Regierung die erforderliche Bewilligung nicht, aber in diesen Tagen fragte man schon gar nicht danach. Mitte April schlugen die radikalsten Demokratenführer Hecker und Struve in Verkennung der tatsächlichen Lage von Südbaden zusammen mit einer Legion aus Frankreich einen Putsch gegen die Regierung los, erlitten aber bei Kandern eine

Niederlage gegen badische Truppen. Nur bis Offenburg spürte man von diesem Versuch. Das übrige Land blieb ruhig, Hecker und Struve flohen in die Schweiz^{16a}, die demokratischen Volksvereine wurden offiziell aufgelöst, sie entstanden aber im Juni überall wieder, ab jetzt leitete der Mannheimer Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter Brentano die badischen Demokraten.

DEMOKRATENTAG IN ETTLINGEN

Diese traten in Ettligen am 16. Juli 1848 zu einem süddeutschen Demokratentag zusammen. Vor allem aus Nordbaden strömten schon



ETTLINGEN IM JAHR 1848, gesehen vom Gebiet bei der Karlsruher Straße. Lauterturm, St. Martinskirche, Rathausurm, ganz rechts die untere Buhlsche Papiermühle, vorn die ummauerten Gärten zwischen Scheffelstraße und Buhlstraße.

am Morgen einige hundert Menschen in die Stadt, von den Häusern wehten die Fahnen in den Farben Schwarz, Rot, Gold mit Tafeln, auf denen markige Sprüche zu lesen waren. Nach dem festlichen Empfang durch Bürgermeister, Gemeinderat und Bezirksförster schlugen die Ettlinger die Demokraten über alles hoch an, meldete der Bericht des Ettlinger Oberamtsmann Beck an die Karlsruher Behörde. Nach kurzen Ansprachen, die die Menge fanatisierte, fährt Beck fort, „zogen sich 500–600 Demokraten zu einer geheimen Beratung zurück. Das Amt glaubte die Themen ermittelt zu haben:

1. ob die Auflösung der II. Badischen Kammer nicht ratsam erscheine (die Kammer hatte seit Herbst wieder eine regierungsfreundliche Mehrheit)
2. daß das Einkammersystem in ganz Deutschland Geltung erhalte. (Abschaffung der konservativen Adelsvertreter)
3. daß die Vorrechte abgeschafft werden (Gleichheit aller)
4. wie es zu machen sei, daß eine allgemeine politische Amnestie erteilt wird (Hecker

und Struve u. a. sollten also zurückkehren dürfen.)

Die Versammlung befaßte sich noch weiter damit, daß alle Eide – besonders der Treueid gegenüber Fürsten – sittenwidrig und daher nicht rechtsverbindlich seien. (Der Begriff des Hoch- und Landesverrats wurde damit in Frage gestellt).

Dann blieb es aber ohne Ausschreitungen. Doch der Bericht endet: „Besonders sind es die Turnvereine, welche von ihrem ursprünglichen Zweck ganz abgekommen sind, indem sie alle mit Politik sich befassen.“ Das führte wieder zum Verbot der Volksvereine, aber in der Praxis wird festgestellt, daß die Leitung der Demokraten von Mannheim aus mehr Einfluß auf das Volk habe als die Regierung in Karlsruhe¹⁷.

Inzwischen waren nach Frankfurt viele Hoffnungen gerichtet. Doch wurde im Lauf des Sommers deutlich, daß sich die Stellung der Fürsten, besonders in Berlin und dann im Oktober in Wien zuvor bei der schleswig-holsteinischen Frage wieder gefestigt hatte¹⁸.

ENTSCHEIDUNG: GROSS- ODER KLEIN-DEUTSCHLAND

Österreich verlangte, daß auch seine nicht-deutschen Kronländer in den Verband des zu schaffenden Deutschen Reiches aufgenommen werden. Wegen der Ablehnung dieser Forderung entschied man sich für die „kleindeutsche“ Lösung und für den preußischen König als erblichen Monarchen. Doch dieser lehnte mit der Begründung ab, daß er nur aus der Hand seiner deutschen Mitfürsten diese Krone annehmen könne.

Vorher hatte in Ettlingen Philipp Thiebauth auch den Vorsitz des Bezirksausschusses der Volkvereine übernommen. Als man sich Ende April 1848 den Mißerfolg der Frankfurter Paulskirche eingestehen mußte, forderten die Radikalen, sofort die Republik auszurufen. Die Radikalen hatten inzwischen das Hauptgewicht ihrer Agitationen auf die Soldaten verlegt, daneben war das ganze Land mit nunmehr 400 Volkvereinen überzogen, verstärkt durch Arbeiter- und Turnvereine. Diese wurden aber noch einmal unter der Führung des gemäßigten Landesvorsitzenden Brentano, der eine allmähliche Änderung auf legalem Weg erstrebte, aufgerufen zur Ladung einer allgemeinen Volksversammlung nach Offenburg mit der deutlichen Ankündigung:

„Mitbürger, die bedrohliche Lage unseres Vaterlandes macht es notwendig, daß das Volk sich bereit hält, sein Recht und seine Freiheit mit den Waffen zu schirmen. Jeden Tag, jede Stunde kann Euch dazu aufrufen!..“

Nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König und durch die Ablehnung der Reichsverfassung durch die großen Staaten (Preußen und Österreich) zeichnete sich die Auflösung der Nationalversammlung deutlich ab. In letzter Not forderte daher diese am 4. Mai alle Regierungen und Gemeinden, alles zu tun, um die Reichsverfassung zur Anerkennung zu bringen. Die badische Regierung erkannte sie unter dem Einfluß der leitenden Liberalen an. Am 10. Mai beschloß man, die badischen Truppen, Bürgerwehren und die Bürger selbst auf sie zu vereidigen und jeden Angriff auf sie abzuwehren. Man wollte die Umwandlung in einen Verfassungsstaat vorantreiben und den Radikalen zuvorkommen, die

sich als Schützer der Frankfurter Verfassung aufführten, aber in Wirklichkeit den Umsturz zur Republik anstrebten.

Am 12. 5. trat eine interne Vorkonferenz in Offenburg zursammen. Noch einmal – auch in Abwesenheit Brentanos, der sich in Baden-Baden einer Kur unterzog, erreichten die Gemäßigten, daß eine Abordnung nach Karlsruhe geschickt werde, um dort ihre Forderungen zu überbringen¹⁸.

Erst nach Ablehnung dieser sollte von Offenburg aus eine verfassungsgebende Versammlung einberufen werden. In der Frühe des 13. Mai traf diese Abordnung bei dem leitenden Minister Beck ein, der lehnte ab wie auch beim folgenden Ministerrat mit der Anwesenheit des Großherzogs. Die Abordnung – von Rotteck, Thiebauth, Rebmann – fuhr nach Offenburg zurück in eine brodelnde Stadt, in der sich 30 000 Menschen versammelt hatten.

DIE REVOLUTION BRICHT AUS!

Schon vor der Rückkehr dieser Delegation errangen die Radikalen die Mehrheit. Die Forderungen der Volksversammlung sollte durch einen Landesausschuß durchgeführt werden (Thiebauth gehörte diesem nicht an).

Die Ablehnung der Regierung erzeugte bei den Massen tiefste Entrüstung. Durch feierliches Gelöbniß schritt man zur Tat.

Die Revolution war ausgebrochen. Die Truppen begannen zu meutern. Struve wurde aus dem Gefängnis in Bruchsal befreit. Die meuternde Garnison holte den Landesausschuß in die Bundesfestung Rastatt.

Brentano, der offensichtlich von den Ereignissen überrascht wurde, stellte sich, „um geordnete Zustände aufrecht zu erhalten“,¹⁹ an die Spitze der Bewegung. In der Nacht vom 13. zum 14. Mai war der Großherzog vor seinen meuternden Truppen, auf der Protze einer Kanone sitzend, durch den nördlichen Hardtwald über Germersheim ins Elsaß und von dort nach Frankfurt geflohen. Auf Forderung des Karlsruher Gemeinderats zog schon am 14. Mai der erweiterte Landesausschuß in Karlsruhe ein, um die Zügel der Regierung zu ergreifen. In diesem Ausschuß wurde auch Thiebauth berufen, um dort bei Abstimmungen die Gemä-



Thiebauth, Mitglied des badischen Landesausschusses.

PHILIPP THIEBAUTH ALS MINISTER DER REVOLUTIONSREGIERUNG
Lithographie aus der Leipziger Illustrierten Zeitung 1849

ßigten um Brentano zu unterstützen. Der Landesausschuß sollte bis zur Durchführung einer Wahl die Funktion eines Parlaments ausüben. Er berief eine provisorische Regierung, an dessen Spitze Brentano stand. Nachdem am 3. Juni im Land Baden Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung stattgefunden hatten, war Thiebauth im Wahlkreis Ettlingen-Karlsruhe gewählt. Als der Sieg der gemäßigten Kräfte innerhalb der Revolutionäre in Karlsruhe bekannt wurde, war man erleichtert, zumal ein großer Teil der Bevölkerung unter die rechtmäßige Gewalt zurückkehren wollte.

DIE GEMÄSSIGTEN DEMOKRATEN GEGEN GEWALT

Noch einmal wurde versucht, die Revolution ohne Gewalt und Zerstörung durchzuführen (Revolution von oben). In Karlsruhe verbreitete sich das Gerücht, Brentano stehe geheim mit dem Prinzen Friedrich v. Baden (dem späteren Großherzog) in Verhandlung und versuche, dem Land den Bürgerkrieg und eine feindliche Besetzung zu ersparen. Tatsächlich erschien am 12. Juni vor dem „Reichsministerium“, das die Nationalversammlung eingesetzt hatte, Hofgerichtsrat Christ und ein Ettlinger Fabrikant²⁰. Dieser berichtete: „Am 8. Juni seien in Karlsruhe etwa 15 Personen zusammengekommen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie eine möglichst unblutige Lösung der badischen Verhältnisse herbeigeführt werden könne. Er warnte vor einem Einmarsch der Preußen, eine Restauration der Dynastie durch preußische Bajonette werde ein bleibendes Odium für die Dynastie erzeugen.“ Sein Vorschlag lief darauf hinaus, daß der sowieso kränkelnde Großherzog Leopold zugunsten seines Sohnes Friedrich abdanken möge, „da sich für diesen sowohl beim Volk wie bei den Soldaten eine große Anhänglichkeit finde“. Auch Brentano habe mündlich seine Zustimmung gegeben.

VERMITTLUNG ZU SPÄT!

• Doch zu jenem Zeitpunkt war es für eine Vermittlung schon zu spät.

Am 9. Juni hatte der Großherzog von Frankfurt aus das Standrecht über Baden verkündet.

Das bedeutete sofortige Erschießung der ergriffenen „Rädelsführer“. Zugleich sammelten sich Truppen des Deutschen Bundes, den der Großherzog zu Hilfe gebeten hatte, an der Nordgrenze des Landes. Nachdem die Badener beim Versuch, nach Frankfurt vorzustoßen bei Heppenheim zurückgewiesen wurden, versuchten sie, die Neckarlinie zu halten. Davor versammelten sich zwei preußische Armeekorps, dazu noch kleinere Kontingente anderer Bundesstaaten, an Stärke und Bewaffnung doppelt überlegen. Dazu kündigte am 10. Juni der Reichsverweser, Erzherzog Johann, den Einmarsch dieser Truppen an. Immer mehr der gewählten Volksvertreter bieben den Sitzungen des Landesausschusses fern. Auch Philipp Thiebauth, damals für einige Tage für den nach Stuttgart geeilten Außenminister Fickler, der versucht hatte, die dortigen Demokraten zum Aufstand zu bewegen und dabei verhaftet worden war, zum provisorischen Minister ernannt, mußte gespürt ha-



DER REVOLUTIONÄR IM BIEDERMEIERRAHMEN,
F. J. Springer, genannt „der rote Springer“ (später
Begründer des heute noch bestehenden Weinhauses)



F. J. SPRINGER IN DER SCHLACHT VON KÄFERTAL 1849, Zeichnung koloriert.

Vorn: Springer in der blauen Revolutionärsbluse mit roter Kravatte, Bart und Heckerhut, mit dem Ladestock Pulver ins Gewehr stoßend, an der Hüfte das Pulverhorn. Im Hintergrund links anstürmende Preußen mit Pickelhaube, rechts Artillerie der Aufständischen mit roter Farbe.



LAGER DER AUFSTÄNDISCHEN 1849

(farbige Lithographie).

Das Bild zeigt die malerische Aufmachung der Revolutionstruppen.

ben, wie schwierig die Lage für die Badener sich entwickelte, denn er verkaufte Schuldscheine von Leuten, denen er Geld geliehen hatte, und übertrug seinen Immobilienbesitz an seine Verwandten. Schon am 15. Juni wurde nach zum Teil heftigen Gefechten bei Großsachsen und am 16. Juni bei Käfertal die Neckarlinie eingedrückt, dazu überquerten die Preußen am 20. Juni bei Phillipsburg den Rhein. Nach dem Gefecht bei Waghäusel drängten sie die Revolutionäre auf die Linie Karlsruhe-Durlach zurück.

Thiebauth hatte sich mit einem Teil der Regierung in Offenburg getroffen, wobei man aber nicht mehr beschlußfähig war, weil die meisten derer nach Freiburg weitergeeilt waren.

Am 28. Juni kam es dort zu einer stürmischen Sitzung über die Frage, ob man Kapitulationsverhandlungen einleiten sollte. Brentano, der dies anstrebte, vielleicht schon eingeleitet hatte, unterlag den Radikalen unter Struve. Darauf legte er seine Ämter nieder und floh, um einer Verhaftung durch Struves Anhänger zu entgehen mit „zwei treuen Freunden“ – der eine war Philipp Thiebauth – über den

Schwarzwald in die Schweiz. Dessen Mitteilung²¹ „Wir werden sobald wir die Überzeugung haben, daß diese Partei (er meinte die Radikalen unter Struve) keine Terrorismus übt, wieder in unser Vaterland zurückkehren und der Sache der Freiheit dienen. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß weder schlechte Motive noch eine schlechte Handlung Brentano bewogen hat, sich auf einige Tage von Freiburg zu entfernen“.

Dieser Brief war datiert an dem Tage, an dem die Preußen in Ettlingen einmarschierten, von dort eine Division über Spessart bis Michelbach-Herrenalb-Käppele vorschickten, während ihr Gros über Malsch nach Süden vorrückte, um die Festung Rastatt anzugreifen und einzuschließen. Fast einen Monat leisteten dort etwa 6000 Freischärler erbitterten Widerstand. Als diese einsehen mußten, daß von Südbaden kein Entsatz erreicht werden konnte, kapitulierte die Festung am 23. Juli 1849.

Die Abrechnung mit den Besiegten konnte beginnen. Der Großherzog hatte der militärischen Gewalt die Durchführung der Strafmaß-

nahmen – den preußische Truppen, die noch bis 1852 das Land besetzt hielten – übertragen.

DIE ABRECHNUNG MIT DEN BESIEGTEN

Von den Standgerichten wurden viele zum Tod oder zu Zuchthausstrafen von 5 bis 15 Jahren verurteilt. Einzelne von ihnen kamen auch mit Geldstrafen davon; 845 Teilnehmer der Revolution, viele bei Abwesenheit, abgeurteilt. Teilweise zogen sich die Gerichtsverhandlungen über mehrere Jahre hin, besonders in den Fällen, in denen es den Beklagten gelungen war, ins Ausland zu fliehen. Als Beweis der Schuld in diesen Verfahren galt bereits das Abonnement einer der Revolutionszeitungen²¹.

SIEG DER REAKTION

Mit der Niederlage der Frankfurter Nationalversammlung – ihre Mitglieder wurden von den Einzelstaaten zurückgerufen, ein kleiner Teil zog sich nach Stuttgart zurück, wurde



Preußische Kavallerie führte Gefangene ab, kol. Lithographie (GLA 65/76)

aber dort vom Militär auseinandergetrieben – scheiterte auch die Revolution in den jeweiligen Staaten. Die preußische und österreichische Regierungen lösten ihre verfassungsgebenden Parlamente auf und erließen oktroyierte (aufgezwungene) Verfassungen mit einigen Rechtsgarantien, tasteten aber die Vorrechte bisheriger Führungseliten nicht an. Ebenso erwiesen sich auch die Widersprüche zwischen dem Nationalitätenprinzip und dem Anspruch jeder Nation auf politische Selbständigkeit und dem Behauptungswillen der historisch gewachsenen Staaten als unüberbrückbar. Keine Regierung und kein Parlament war bereit, um die Rechte fremder Nationalitäten willen auf eigene Machtpositionen zu verzichten oder gar staatlicher Selbstauflösung zuzustimmen²².

Auch die soziale Frage wurde nur teilweise bewältigt. Zwar erlangten in allen deutschen Staaten die noch hörigen Bauern die persönliche Freiheit, in Preußen kam die schon 1807 begonnene Bauernbefreiung endlich zum Abschluß. Aber den von der beginnenden Industrialisierung von der Verelendung bedrohter Handwerkern und Facharbeitern stand man ratlos gegenüber, obwohl das „Kommunistische Manifest“ mit seiner vernichtenden Kapitalismuskritik noch am Vorabend der Märzrevolution (Marx 1848) erschienen war. Dennoch jagten die sozialistischen Forderungen dieser Zeit dem deutschen Bürgertum einen solchen Schrecken ein, daß es sich erneut unter den Schutz der alten Obrigkeit begab, von denen es Ordnung und Sicherung ihres Besitzstandes erwarten konnte. Dazu trennte man die beiden Ziele Einheit und Freiheit voneinander und nahm mit der Erreichung der Einheit (Reich unter Führung Preußens) die Einschränkung der freien Selbstbestimmung hin. Auch die nationalen Bewegungen verloren ihren revolutionären Impuls. Die siegreichen früheren politischen Kräfte nahmen sich ihrer an und erfüllten sie mit machtsstaatlichen Inhalten. Der egalitär-demokratische Gedanke wurde nach „links“ gedrängt und fand seine politische Heimat fortan vor allem im Sozialismus und Linksliberalismus²³.

Auch in Ettlingen triumphierten die politischen Gegner. Am 2. Juli 1849 wurde der bisherige Gemeinderat suspendiert, Ende des Monats auch der Bürgermeister samt dem Bür-

gerausschuß, erster der Suspendierten war der Sonnenwirt Thiebauth, der „Landesaufwiegler“, notiert Johann Ulrich, der damalige Stadtbaumeister.

Deftige „Aufstandskosten“ vermehrten den noch von Napoleons Kriegen hochbelasteten Stadthaushalt. Preußen stellte vom badischen Staat für seine Hilfe eine Rechnung von 2 614 000 Talern. Der Staat versuchte, bei den Aufständigen zu konfiszieren, was an Vermögenswerten vorhanden war. Oft gaben einsichtige Beamten günstige Beurteilungen für die Verurteilten und versuchten durch listige Winkelzüge, zu harte Lasten abzuwenden, viele (in diesen Jahren etwa 80 000 oft junge Menschen) entzogen sich durch Auswanderung diesen Belastungen. Auch der „Rädelsführer“ Philipp Thiebauth hatte es vorgezogen, im Ausland (Schweiz-England) zu bleiben. Nach öffentlich ausgeschriebener Fahndung wurde er am 2. 2. 1850 aus Baden ausgebürgert, sein Vermögen konfisziert. Doch durch geschickt rechtlich abgesicherte Verteilung erhielt die Staatskasse erst 1853 endlich ganze 110 Gulden zugewiesen. Er selbst verdiente sich in Lausanne als Kellner seinen Unterhalt, etwa 10 000 badische Flüchtlinge lebten damals in der Schweiz meist in den Zentren Basel, Bern und Genf. Thiebauth stand ein eifrigem Briefwechsel mit seinen Freunden. Um die Mitte der fünfziger Jahre wurde Thiebauth Pächter eines kleinen Hotels in Liverpool, in dem sich Vertriebene aus vielen Ländern zur Überfahrt in die USA sammelten. Mehrfach hat er in diesen Jahren Ettlingen heimlich besucht, teilweise diente er als Reiseleiter.

Das blieb solange, bis am 9. 8. 1862 der Großherzog Friedrich, der ab 1856 dies Amt übernommen hatte, eine allgemeine Amnestie für die am Aufstand der Jahre 1848/49 Beteiligten erließ. Der Ettlinger Gemeinderat trug Thiebauth wieder in das Bürgerbuch der Stadt ein. Auch die Liedertafel wurde wieder gegründet sowie ein Bürgerverein, ab 1865 folgte ein „Arbeiterbildungsverein“, weitere Vereine folgten.

Eine „Neue Ära“ hatte begonnen. Friedrich war entscheidend während seiner Heidelberger Studienzeit geprägt worden. Dort hatte er eine Gruppe liberal eingestellter Studenten kennengelernt, die jetzt zur Führung der liberalen



F. Ullrich

Größe des Pfandes und wird bezogen auf Kinder
geworden das Glied der Eltern der
Gemeinde und das Heil der

P. Thiebauth

PHILIPP THIEBAUTH, 1875

Lithographie von F. Ullrich, mit eigenhändig geschriebenem Kernspruch und Name des Bürgermeisters²⁴.

II. Kammermehrheit gehörten. Ihr führender Kopf v. Roggenbach hatte erreicht, daß die frühere Oppositionspartei sich in eine Regierungspartei wandelte, wodurch de facto das parlamentarische Regierungssystem praktiziert wurde, wenn auch ab 1853 ein scharfer innenpolitischer Konflikt mit der katholischen Kirche sich zu einem „Kulturkampf“ steigerte.

PHILIPP THIEBAUTH, BÜRGERMEISTER VON ETTLINGEN

Nach mehreren geheimen Aufhalten, besonders nach einem recht freundlich gestalteten Besuch seiner beiden Töchter in Ettlingen, kehrte Thiebauth im Januar 1868 in seine geliebte Heimat zurück. Ein Jahr später kandidierte er schon in Ettlingen für den Posten als Bürgermeister und wurde auch vom großen Bürgerausschuß gewählt, im Jahr darauf nach Änderung der Gemeindeordnung vom 4. 1. 1870 sogar mit einer Mehrheit von 90% der gesamten Bürgerschaft. Thiebauth erste Periode als Bürgermeister dauerte bis 1879 (Wiederwahl 1876) und war angefüllt von vielen Problemen: Erhaltung der Unteroffiziersschule, Wasserleitungen, Stadterweiterung durch weitgehende Beseitigung der Stadtmauer, Planung einer Bahn nach Karlsruhe und deren Verlängerung nach Herrenalb, Gaswerk, Kriegerdenkmal, besonders das 1875 errichtete heutige Schulgebäude „Thiebauthschule“; Verschönerungsverein zur Belebung des Fremdenverkehrs. Aber all dies kostete Geld. In der Stadt befürchtete man die Erhebung einer Gemeinde-Umlage, weil die Verschuldung die halbe Millionengrenze schon über 30% überstiegen hatte. Dazu verletzte das oft ungezügelte und emotionale Temperament des Bürgermeisters viele. Das führte zu Spannungen bis zur Entlassungsverfügung durch den übergeordneten Bezirksrat, man strich ihn sogar aus der Liste der für den Gemeinderat Wählbaren. In Ettlingen kehrten Ruhe und Solidarität ein; aber dann wurde diese doch unerträglich, und im Jahre 1885 endete die Wahl mit einem Stimmenverhältnis von 6:1 zugunsten von Thiebauth; der alte Bürgermeister war wieder da. Aber nur bis zum Ostersonntag 1887; ein altes Herzleiden hatte sein Leben beendet.

Anmerkungen

1. Informationen zur pol. Bildung Nr. 163, Das 19. Jahrhundert – Monarchie – Demokratie – Nationalstaat, 1/1981 – S. 9.
2. Nach dem Sturz der Monarchie in Frankreich gewannen die Sozialisten (Louis Blanc) Einfluß durch ihren Anspruch auf Arbeit als Bürgerrecht. (Nationalwerkstätten. Deren baldige Auflösung führte zu heftigen Straßenkämpfen.
3. Nach D. H. Stemmermann „Philipp Thiebauth, Revolutionär und Bürgermeister – Ettlingen in den politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts.“ Geschichte der Stadt Ettlingen Bd. IV. Verlag G. Braun KA 1964 S. 10. – Weiter zitiert mit Stem.
4. Stern. S. 41
5. Nach H. Fenske – „175 Jahre Badische Verfassung“ Badenia-Verl. Karlsruhe 1993 – S. 30/31
6. Fenske (siehe oben) S. 40/41
7. R. Albiez „Badische Liberalität als Verfassungsprinzip.“ „Bad. Heimat.“ KA 1993. S. 585 folgende + 1994, S. 171–183
- 8./9./10. Fenske S. 40/41
- 11./12./13. Stem. S. 11 + S. 16/17
14. Die Frage Monarchie oder Republik stellte sich im Nov. 1918 erneut. Es ist bemerkenswert, daß der Führer der MSP, Friedrich Ebert, diese Frage bei der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung lösen wollte durch Volksentscheid. Ph. Scheidemann kam ihm aber am 09. 11. 18 durch eigenmächtige Verkündigung der Republik zuvor.
- 15./16./17. Stem. S. 19/20 + S. 21 + 39
- 16.a Nach seiner Flucht in die Schweiz hatte v. Struwe einen 2. Einfall nach Baden unternommen, war aber wiederum von bad. Truppen geschlagen und gefangengenommen worden. In Berlin, später auch in Wien hatten sich die Fürsten mit Hilfe der ihnen ergebenden Truppen durchgesetzt. Preußen hatte mit Dänemark gegen den Willen der Nationalversammlung einen Waffenstillstand geschlossen (Druck von England + Rußland)
- 18./19./20. Stem. S. 39, S. 41 + S. 44.
21. Von den preuß. Strafgerichten wurden viele Revolutionäre zum Tod (21 nach der Kapitulation, etwa 35 bei der Flucht, etwa 100 gefallen bei der Belagerung – Nach den kath. + ev. Kirchenbüchern) oder zu Zuchthausstrafen von 5–15 Jahren verurteilt. Einzelne kamen auch mit Geldstrafen davon. Insgesamt wurden 845 Teilnehmer an der Revolution, manche in Abwesenheit, abgeurteilt. Die Gerichtsverhandlungen zogen sich über mehrere Jahre dahin . . . für die Fälle, in denen es den Schuldigen gelungen war, ins Ausland zu fliehen. So wurden z. B. einige Ärzte + Apotheker erst 1852 wegen ihrer Aktivität verurteilt. Als Beweis galt in diesen Verfahren bereits das Abonnement einer der Revolutionszeitungen. (GLA abgedruckt im „Baden, Land, Staat + Volk“. 1806–1871 „Herausgeg. von GLA, KA 1980 – 236/16007) S. 142. Totenliste in Rastatt im Revolutionsjahr 1848/49 – Gedenkblätter zur Jahrhundertfeier 1949 von H. Kraemer Rastatt 1949, S. 70-83.

22. Info a. O. S. 17 „Nationale Freiheitsbewegungen“
 23. Info a. O. S. 17 „Die gescheiterte Revolution“ Zur Frage der Aufgabe der Selbstbestimmung für Ordnung und Sicherung des Besitzstandes und dessen Vermehrung in der Zeit des Wirtschaftswunders“ und der Entstehung unseres Bundeslandes. Uwe Uffelmann „Identitätsstiftung in Südwestdeutschland.“ Idstein 1996 Schulz-Kirchner Verlag
 24. Gute Schulen und gut erzogene Kinder gründen das Glück der Eltern, der Gemeinde und des Staates.

Anschrift des Autors:
 Robert Albiez
 Kapellenweg 60
 76275 Ettlingen

„Die Badische Revolution 1848/49“



Ausführungen:

Silber polierte Platte, 999/Feinsilber,

Ø 35 mm, 15 g, 45,- DM incl. Etui

Gold polierte Platte, 986 fein,

Ø 20 mm, 3,49 g, 215,- DM incl. Holzetui

Tombak-Medaille, handpatiniert,

Ø 35 mm, 15,- DM incl. Etui

Sparkasse Karlsruhe





Ein „Hort der politischen Wühlereien“

Das Dreisamtal in der Revolution von 1848/49*

In seinen Erinnerungen an die ersten Revolutionsmonate 1848 in Freiburg äußert Wilhelm Chezy, ein zu seiner Zeit bekannter Journalist, seine Ansicht über die ländliche Bevölkerung während der Aufstände von 1848/49, indem er feststellt, „daß die Bauern sich dergestalt für etwas und dann wieder gegen etwas ereiferten, ohne nur im Entferntesten zu wissen, was Eines oder das Andere bedeute.“¹ Wie Chezy urteilten damals viele bürgerlich-liberale Zeitgenossen. So wird den Bauern aus dem Umland von Freiburg vorgehalten, sie hätten sich dem Heckerzug nur angeschlossen, weil sie dachten, es springe dabei ein herrschaftliches Haus in der Stadt oder luxuriöse Möbel für sie heraus.² Man sprach vom dummen, trägen und politisch ungebildeten Landvolk.

Bis heute ist die Rolle der ländlichen Bevölkerung 1848/49 nur unzureichend bekannt, vielmehr wird die Revolution in erster Linie als städtisches Ereignis dargestellt. Die großen Volksversammlungen in Mannheim, Offenburg und Freiburg, Konstanz als das radikale Zentrum der Revolutionäre im Bodenseeraum oder die Meuterei der Soldaten in der Rastatter Festung waren für die revolutionäre Entwicklung im Großherzogtum Baden gewiß entscheidend. Doch konnte eine umfassende Aufstandsbewegung in einem Land, dessen Bevölkerung zu drei Vierteln außerhalb der Städte lebte, nicht auf die städtische Einwohnerschaft beschränkt bleiben. In der Tat kam ein Großteil der Teilnehmer aus ländlichen Gebieten.³ Am Beispiel des Dreisamtals östlich der Stadt Freiburg, das sich auf die heutigen Gemeinden Buchenbach, Kirchzarten, Oberried und Stegen erstreckt, soll im folgenden gezeigt werden, was die revolutionären Ereignisse für eine

ländliche Bevölkerung bedeutete. Es sollen Antworten gegeben werden auf die Fragen nach den Beteiligten unter der Einwohnerschaft und nach dem besonderen Charakter der revolutionären Bewegung in dieser Region.⁴

Der Anstoß kam von außen. Dem politischen Umsturz in Paris im Februar 1848 folgten zunächst große Versammlungen in Mannheim, Offenburg und anderen Städten. Für das Dreisamtal war die 15 000-Einwohnerstadt Freiburg das nächste und richtungweisende Zentrum der revolutionären Bewegung.⁵ Mitglieder der – überwiegend aus Studenten bestehenden – Freiburger Turnerschaft, deren radikaldemokratische Gesinnung im März 1848 offenbar wurde, ließen sich des öfteren auch in den Wirtsstuben des Dreisamtals sehen.⁶ Sie waren es, die in den ersten Wochen revolutionäres Gedankengut in die Talgemeinden trugen. Da und dort äußerten sich dann auch einheimische Bauern verärgert über die herrschenden politischen Zustände; so wird Christian Steinhard beispielsweise, einem Gemeinderat und Landwirt aus Wagensteig, vorgeworfen, er habe „in öffentlichem Wirthshaus auf gemeine Weise über unsere Regierung geschimpft“.⁷ Besonders empörend empfand Pfarrverweser Faller von Kirchzarten allerdings die Meinungsäußerungen des Lehrers Andreas Heck von Zarten. Mit ihm hatte er schon seit längerem ständige Auseinandersetzungen;⁸ nun sei der Lehrer „ein intimer Freund des oft u. viel in Zarten u. Kirchzarten Lärm machenden Turner-Vereins von Freyburg“ geworden und habe „im [Gasthaus] Rößle zu Zarten öftere Reden im Sinne dieser Brüder vor Bürgern u. Burschen daselbst aus

dem Orte Zarten“ gehalten.⁹ Die radikalen Demokraten, zu denen Heck sich zählte,¹⁰ wandten sich nicht nur gegen die bestehende politische Ordnung, sondern auch gegen Bevormundung seitens der Kirchen. Sie forderten eine konsequente „Demokratisierung“ der staatlichen Organisation, manche von ihnen sogar eine republikanische Verfassung für Deutschland, und die unbedingte Trennung von Kirche und Staat. So ist zu vermuten, daß es vor allem die kirchenkritischen Äußerungen Hecks waren, die den Pfarrverweser erregten und zu bösen Anklageschriften anstifteten.¹¹

Neben Lehrer Heck und dem Wagensteiger Gemeinderat fand die radikaldemokratische Partei weitere Anhänger im Dreisamtal. So dürfte es nicht überrascht haben, daß man als Veranstaltungsort für eine überregionale Volksversammlung am 2. April 1848 das Dorf Kirchzarten im Zentrum des Tales wählte.¹² Auf dem dortigen Schulplatz versammelte sich nach dem sonntäglichen Gottesdienst eine größere Menschenmenge: „Sämtliche Bürgermeister und sonstigen Bürger aus dem Kirchzarter Thal“, wie das Dreisamtal damals hieß, zahlreiche Lehrer, der gesamte Gemeinderat von Kirchzarten, Honoratioren wie zwei Ärzte und ein Steueraufseher, selbst Teilnehmer aus den nahen Ortschaften Littenweiler und Hinterzarten folgten den Einladungen. Und schließlich erschienen auch einige Freiburger Turner. Sie waren vermutlich die Veranstalter der Versammlung und hielten, ebenso wie Lehrer Heck, vom Schulhaus herab revolutionäre Ansprachen an die Menge. Festlichen Charakter verlieh der Zusammenkunft die örtliche Musikkapelle.

Ausdrücklich knüpften die Redner an die Beschlüsse der zwei Wochen vorher, am 19. März, in Offenburg abgehaltenen gesamtbadischen Versammlung an und verpflichteten die Anwesenden damit auf den radikalen Kurs: Hier trafen sich die „Ganzen“, man wollte keine halbherzigen Reformen, sondern die Revolution. Und Revolution, das heißt radikale Umgestaltung der Verhältnisse, sollte vor der eigenen Haustür beginnen. So beriet man in Kirchzarten über eine Petition um Aufhebung der bäuerlichen Lasten, forderte die „Abschaffung des Amtsboten Meder von Freiburg und des Straßenmeister Lickert von St. Märgen“ – we-

gen der ihnen zustehenden hohen Gebühren – und verlangte freihals: „Weg mit dem Herrn Geheimrat Jägerschmitt von Freiburg“. Gustav Jägerschmid, der greise Vorstand des für das Dreisamtal zuständigen Bezirksamts „Freiburg-Land“, war seinen Untertanen weniger persönlich als in seiner Eigenschaft als obrigkeitlicher Vertreter der badischen Regierung verhaßt. Ähnlich wie im Dreisamtal wurden in diesen Tagen in vielen Gegenden des Landes wachsende Bürokratiekritik und Klagen über „Vielregiererei“ und „Bevormundung“ durch die staatlichen Beamten laut; vielerorts wurden die Amtsmänner im März und April 1848 sogar gezwungen, ihre Stellen zu räumen.¹³ Tatsächlich sprach am Tag nach der Volksversammlung „eine Deputation von 15–20 Bürgern aus dem Kirchzarterthale wegen der [...] Angelegenheit im Großherzoglichen Landamt bei dem Amtsvorstand Herrn Jägerschmid“ vor. Doch fehlten ihr die nötigen Zwangsmittel, um ihrer Forderung den entsprechenden Nachdruck zu verleihen: „Geheimer Rath Jägerschmid soll derselben geantwortet haben, daß er nicht von ihnen angestellt worden sei, daher sie auch nicht das Recht hätten, ihn abzusezen, worauf sie sich entfernten.“¹⁴ So blieb damit die Volksversammlung vom 2. April ohne konkrete Folgen; für die lokalen Demokraten bedeutete sie jedoch eine Demonstration ihres neuerworbenen Einflusses und die Möglichkeit, ihre Ziele vor einem großen Forum zu artikulieren. Indem sie kommunalpolitische Fragen und das Problem der Ablösung feudaler Lasten ansprachen, hofften sie, die Zuhörerschaft für sich zu gewinnen.

Zwei Wochen später zeigte sich, daß es der radikalen Partei gelungen war, sich in der Bevölkerung und in den politischen Entscheidungsgremien des Dreisamtales Unterstützung zu sichern. Am 12. April 1848 war nach der Verhaftung des radikaldemokratischen Redakteurs der Tageszeitung „Seebblätter“, Joseph Fickler, in Konstanz der sogenannte Heckerzug gestartet. Über das Kinzigtal, das Höllental und das Rheintal sollten vier bewaffnete Kolonnen in Richtung Karlsruhe vordringen, um in der Residenzstadt die Macht zu übernehmen. Doch der erhoffte Zuzug aus der Bevölkerung blieb weitgehend aus, und nach der Niederlage der Heckerschar gegen badische und hessische

Linientruppen am 20. April bei Kandern konnte der Zug als gescheitert gelten. Davon unbeeinträchtigt zog jedoch die Abteilung unter Leutnant Sigel von Todtnau aus weiter mit dem Ziel, Freiburg einzunehmen und den Zug fortzusetzen. Am 22. gelangten die Aufständischen nachmittags über die verschneiten Berge an den Schauinsland und beanspruchten Nachtquartier in Grieslhübel. Auch Hofgrund sollte 900 Einquartierungen erhalten. Wie berichtet wird, wiesen die Hofgrunder das Begehren anfangs ab, „als man aber nachher vernahm, daß eine ziemliche Macht dieser Freischaaren von Muggenbrunn her anrückte und dieselben ihre Anforderungen mit Drohungen und Gewalt ausführen wollten, so willigte man endlich in ihr Begehren, um die Gemeinde vor Mord und Brand zu retten.“¹⁵

In Freiburg bereiteten unterdessen die verschiedenen Parteien die Ankunft des Sigel'schen Zuges vor. Zur Sicherung der Stadt kamen hessische und badische Einheiten unter dem Oberbefehl des badischen Generalleutnants Hoffmann an, erhielten aber Befehl, sogleich ins Dreisamtal abzumarschieren, dort Stellung zu beziehen und die Kontrolle über die Straße durchs Höllental zu übernehmen.¹⁶ Vermutlich wurden die Truppen vor allem deswegen aus Freiburg abgezogen, weil die Stimmung in der Stadt auf Seiten Heckers lag. Auf Karsamstag, den 22. April, lud der Kreis Ausschuß der (radikaldemokratischen) Volksvereine zu einer bewaffneten Versammlung auf den Freiburger Karlsplatz ein. Obwohl die Stadt Freiburg erklärt hatte, im drohenden Konflikt neutral zu bleiben, beschloß man nun, die Kolonne Leutnant Sigels unbedingt und mit Waffengewalt zu unterstützen. Freiburg war in der Hand der radikalen Demokraten.

Zur gleichen Zeit schickte die Leitung des städtischen Vaterländischen Vereins schriftliche Mitteilungen an die umliegenden Gemeinden mit der Aufforderung, sich den Freischaren bewaffnet anzuschließen und nach Freiburg zu kommen, wo das Gefecht gegen die bereitstehenden Linientruppen in den folgenden Tagen erwartet wurde. Daraufhin berief der Kirchzartener Bürgermeister Andreas Schweizer, „veranlaßt durch Drohungen“, wie er später vorgab,¹⁷ eine Gemeindeversammlung ein. Es wurde der Beschluß gefaßt, das

Erste Aufgebot von Kirchzarten – die ledigen 18- bis 30jährigen Männer – bewaffnet unter der Führung des jungen „Fortuna“-Wirts Lorenz Riesterer nach Freiburg zu schicken; jedem Teilnehmer wurde der Betrag von einem Gulden zugesagt. Ähnlich gelang es in Oberried dem Gemeinderat Hermann Josef Ertel, „viele bewaffnete Bursche“ dafür zu gewinnen.¹⁸ Aufgebote stellten weiterhin die Gemeinden Stegen und Wagensteig.¹⁹ Ohne Zweifel verfügten die örtlichen Radikalen zu diesem Zeitpunkt über größten Einfluß auf die politischen Gremien der meisten Dreisamtalgemeinden.

In Zarten versammelten sich am Abend des 22. April die wehrfähigen Männer im Gasthaus „Röble“. Dort ergriff Lehrer Heck, der bekanntermaßen „schon damals als ein Anhänger der republikanischen Parthei galt“,²⁰ das Wort und drang darauf, daß auch Zarten sich am bevorstehenden Gefecht beteiligte: „Man nennt Euch ‚Buben‘, sprach der begeisterte Republikaner Lehrer Heck; aber ihr seyd Männer, mehr Männer, als manche Verheirathete, die das nicht wagen, für die goldene Hecker-Freyheit ihre Stimme abzugeben und das Gewehr zu ergreifen,“²¹ so zitiert der Kirchzartener Pfarrverweser Faller die einprägsame Rede des Dorflehrers. Und mit solchen Worten konnte Heck seine Zuhörer für die Ziele der Aufständischen gewinnen: Am folgenden Tag zog die Zartener Abteilung wie die anderen aus dem Dreisamtal nach Freiburg, um für die Revolution zu kämpfen. Auf ein Haus in der Stadt oder luxuriöse Möbel aber dürften sie dabei nicht spekuliert haben. Sie unterstützten die Sache Heckers aus ideellen und politischen Motiven, sie kämpften – nach den Worten des Zartener Lehrers zu urteilen – für eine Freiheit, in der auch der einfache Mann, unabhängig von seinem sozialen Rang, geehrt und geachtet werden würde.

Am Ostersonntag, den 23. April, gelangte die Kolonne Leutnant Sigels in Günsterstal an. In Freiburg, das sich nun vollständig in Händen der bewaffneten Freischaren befand, außerhalb jedoch von den regulären Truppen eingeschlossen war, mußte eine Entscheidung fallen. Die Bürgerwehrabteilungen aus dem Dreisamtal, die am Vormittag angerückt waren, bezogen wohl geschlossen Stellung am verbar-



Gasthaus „Röble“ in Zarten um 1900. Der Wirt Johann Georg Bank war Parteigänger der radikalen Demokraten und Mitglied des Volksvereins. Hier kehrten die Freiburger Turner ein, Lehrer Heck hielt hier seine Reden. Am 11. Februar 1849 wurde im „Röble“ der Volksverein für Zarten-Kirchzarten gegründet, und vor dem Gebäude exerzierte im Juni 1849 die Zartener Bürgerwehr.

rikadierten Schwabentor.²² Mit Erscheinen der Vorhut der Sigel-Schar entbrannte der Kampf, den die Parteien, ohne daß er entschieden war, bei Anbruch der Dunkelheit unterbrechen mußten. Am folgenden Ostermontag mißlang der Versuch Sigels, sich mit den Freischaren in der Stadt zu vereinigen; er wurde von den aus dem Dreisamtal heranrückenden badischen und hessischen Einheiten angegriffen und vernichtend geschlagen. Gleichzeitig drangen die Regierungstruppen von mehreren Seiten in die Stadt ein, am Abend des 24. April war Freiburg wieder unter ihrer Kontrolle. Die Freischärler dagegen flohen in die umliegenden Wälder; ein großer Teil wandte sich wieder über Hofgrund seiner jeweiligen Heimat zu.²³

Die Folgen der Niederlage des Aprilaufstandes waren für die radikaldemokratische Partei in Baden verheerend. Während sich die Führer des Aufstandes, ins Ausland geflohen, nur all-

mählich wieder organisierten, begann die konsolidierte Landesregierung mit der Verfolgung derjenigen, „welche aus freiem Willen Antheil [genommen hatten, der] Anstifter, Anführer und Aufwiegler“;²⁴ soweit sie gefaßt werden konnten. Aus dem Dreisamtal sind die Namen von zehn Teilnehmern bekannt, gegen die gerichtliche Untersuchungen eingeleitet wurden. Acht davon waren Handwerker und Bauern, drei bekleideten das Amt des Bürgermeisters und wurden vermutlich, wie der Kirchzartener Bürgermeister Schweizer, dafür zur Verantwortung gezogen, daß sie eine Gemeindeversammlung abhielten, in welcher der bewaffnete Auszug beschlossen wurde.²⁵

Der Einfluß der Radikalen war indes nicht nur in Frankfurt und Karlsruhe geschwächt, auch auf kommunaler Ebene hielten sie sich im Sommer 1848 sehr zurück. Das waren günstige Voraussetzungen für die Konservativen, nun

ihrerseits die Initiative zu ergreifen. Pfarrverweser Martin Faller von Kirchzarten, erklärter Gegner der demokratischen Revolution, erkannte die günstige Situation und betrieb im Juli 1848 die Gründung eines katholischen Vereines für das Gebiet der Pfarrei Kirchzarten. Sein Bemühen, die politische Führungsschicht in diesen Verein einzubinden und damit auf den eher konservativ ausgerichteten politischen Katholizismus Buß'scher Prägung zu verpflichten, war erfolgreich: Den Vorstand des Kirchzartener Katholischen Vereins stellen – mit einer Ausnahme – sämtliche Bürgermeister der Pfarrei. Auffällig ist, daß auch Bürgermeister Schweizer von Kirchzarten und sein Stegenerer Kollege vertreten waren, die wegen ihrer Beteiligung am Aprilaufstand in gerichtlicher Untersuchung standen. Haben sie sich desillusioniert von der demokratischen Partei abgewandt? Jedenfalls ist nichts davon bekannt, daß sie in den folgenden Monaten die Revolution wieder unterstützt hätten. Mit der Vereinsgründung schien es nun Pfarrverweser Faller gelungen, das konservative Lager zu organisieren. Allerdings wurde der Katholische Verein von Kirchzarten nie politisch aktiv; neben dem Gründungsprotokoll und einem Antwortschreiben des erfreuten Franz Joseph Buß sind keine weiteren Unterlagen überliefert.²⁶

Mit dem Erstarken der konservativen Kräfte beruhigte sich auch die Stimmung im Dreisamtal; für die Zeit zwischen Mai 1848 und Januar 1849 gibt es nur spärliche Nachrichten über revolutionäre Aktivitäten in dieser Region. Aufmerksam verfolgte man dagegen die Entwicklungen im restlichen Deutschland, vor allem die Verhandlungen in der Frankfurter Paulskirche. Auf reges Interesse stießen außerdem die Diskussionen um eine Amnestierung der Beteiligten am Heckeraufstand; das am 15. August 1848 auf großen politischen Druck hin verkündete Amnestiedekret wurde letztlich auf alle Angeschuldigten aus dem Dreisamtal angewandt.²⁷ Doch sagt dies wenig über die tatsächliche Straffälligkeit der einzelnen Personen aus: Die meisten von ihnen beteiligten sich im Mai 1849 abermals an der revolutionären Erhebung.

Zurückhaltend, aber nicht tatenlos verhielten sich die badischen Radikaldemokraten im Herbst und Winter 1848/49. Insbesondere der

Mannheimer Zollamtsassistent Amand Goegg machte sich in diesen Wochen an die Neuorganisation des demokratischen Vereinswesens. Mit einem dichten, das ganze Land überspannenden Netz von Volksvereinen schufen sich die Republikaner eine schlagkräftige Waffe gegen die alten Gewalten. Auf einer Versammlung in Renchen riefen sie im Dezember 1848 den provisorischen „Landesausschuß der badischen Volksvereine“ ins Leben, an dessen Spitze Lorenz Brentano stand. Anfang Januar 1849 wandte sich dieser an „erprobte Volks-Freunde“ mit dem Auftrag, vor Ort für die Gründung von Volksvereinen Sorge zu tragen und über die Einrichtung von Kreisvereinen Verbindung unter den einzelnen Gruppen zu schaffen.²⁸ In Freiburg setzte man diese Anweisungen sofort um: Am 29. Januar gründete sich der Freiburger Volksverein unter dem Vorsitz des Advokaten Karl v. Rotteck, eines Sohnes des bekannten liberalen Staatsrechtlers und Historikers. Karl v. Rotteck übernahm gleichzeitig die Leitung des Kreis Ausschusses der Volksvereine im Oberrheinkreis²⁹ und bemühte sich eifrig um die Gründung weiterer Vereine in diesem Gebiet.

Schon knapp zwei Wochen nach der Gründung des Freiburger Volksvereins setzte v. Rotteck eine Versammlung in Kirchzarten an, auf der auch ein Zweigverein für das Dreisamtal gegründet werden sollte.³⁰ Er beauftragte den ehemaligen Bürgermeister von Zarten, Josef Tritschler, und den „Fortuna“-Wirt Lorenz Riesterer mit der Organisation und ließ ein Zirkular mit den entsprechenden Einladungen verschicken: Am 11. Februar 1849 sollten sich die Teilnehmer um 11 Uhr – wiederum nach dem sonntäglichen Gottesdienst – im Gasthaus „Fortuna“ einfinden.³¹ Doch dazu kam es nicht: In Kirchzarten formierte sich unerwartet – und für viele unerklärlich – eine starke Opposition gegen das Vorhaben. Kaum waren die Absichten v. Rottecks bekannt geworden, berief Bürgermeister Schweizer eine Gemeindeversammlung ein; dort faßten die Kirchzartener Bürger mit überwältigender Mehrheit den Beschluß, „daß die Gemeinde jene ‚Volksversammlung‘ nicht zulassen werde“.³² Auch die Gemeinde Burg habe sich, wie die „Neue Freiburger Zeitung“ später berichtete, „gegen ein solches Treiben energisch ausgesprochen und sich mit

jener in Kirchzarten zu gegenseitiger Unterstützung verabredet.“³³ Der Freiburger Volksverein wurde aufgefordert, „zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten“ von seinem Vorhaben abzusehen. V. Rotteck, im Bewußtsein der wachsenden Macht der radikalen Partei, gab sich damit nicht zufrieden. Energisch protestierte er beim Freiburger Landamt und forderte militärischen Beistand gegen die Kirchzartener Bürgerwache: Im Vorgehen der Kirchzartener sah er das Grundrecht der Versammlungsfreiheit verletzt. Amtsvorstand Jägerschmid wies die Beschwerde zurück und versprach lediglich, für Ruhe und Ordnung zu sorgen – ohne anzudeuten, was er darunter verstand. Weiter wurde nichts unternommen.

Am 11. Februar stellten sich am frühen Vormittag „etwa 60 handfeste Kirchzarter Bürger, um ihrem Gemeindebeschluß einigen Nachdruck zu verschaffen, mit Stöcken bewaffnet in der Nähe des Ortes auf“,³⁴ auf keinen Fall sollte die geplante Versammlung in Kirchzarten stattfinden. „Auch war auf dem Glockenthurm [der Kirchzartener Pfarrkirche] ein Mann postiert, um, sollte militärische Hilfe, welche in Burg bereit stand, nöthig werden, diese hievon durch ein Zeichen mit der Glocke schnell benachrichtigen zu können.“³⁵ In Burg hatte nämlich mit einer Abteilung von 36 Dragonern Amtmann Jägerschmid, trotz seiner 65 Jahre, persönlich Stellung bezogen. Das so abgesicherte Gasthaus „Fortuna“, in welchem der



Gasthaus „Fortuna“ in Kirchzarten um 1930. Lorenz Riesterer, der junge ledige „Fortuna“-Wirt war Anführer der Kirchzartener Freischar am 23. April 1848 beim Kampf in Freiburg und trat 1849 dem Volksverein bei. In der „Fortuna“ sollte am 11. Februar eine Versammlung der radikalen Demokraten abgehalten werden, die durch die Kirchzartener Bürgerschaft gewaltsam verhindert wurde.

Wirt mit mehreren Gesinnungsgenossen die Freiburger Abordnung erwartete, war für sie nicht mehr zugänglich. Noch auf dem Weg nach Kirchzarten entschieden sich die Freiburger daraufhin, die Versammlung nach Zarten zu verlegen.

Am folgenden Tag konnte ein Beobachter melden, daß die Volksversammlung von Kirchzarten „durch die energische Haltung der Gemeinde gänzlich mißglückt ist“. ³⁶ Der Vorfall wurde daraufhin von der konservativen und liberalen Presse aufgegriffen und leidenschaftlich kommentiert: „Unser Landvolk erwacht wieder aus dem Taumel, in den es theilweise durch das von den Wühlern ihm beigebrachte Gift versetzt worden ist. Die kräftigen Naturen unserer Gebirgsbewohner konnten nicht auf lange von demselben niedergehalten werden: der in ihnen wohnende gesunde Verstand kommt wieder zum Erwachen.“ ³⁷ Liberale und Konservative sahen in der verhinderten Volksversammlung von Kirchzarten einen Beleg dafür, daß das Volk an der Basis nicht mehr hinter der revolutionären Partei stand. Für Kirchzarten trifft diese Feststellung zu diesem Zeitpunkt sicher zu; Bürgermeister Schweizer und die Bürger von Kirchzarten demonstrierten mit ihrem ungewöhnlichen Auftreten unmißverständlich ihre Ablehnung gegenüber der radikaldemokratischen Partei. Ihr Ziel war es, den Ort von „radikaler Wühlerei“, wie die Tätigkeit der republikanisch gesinnten Demokraten abschätzig bezeichnet wurde, freizuhalten. Doch das gelang ihnen auf Dauer nicht, da sowohl in Kirchzarten selbst als auch in mehreren anderen Gemeinden des Dreisamtales das radikale Lager mehr und mehr Einfluß zurückgewann.

Gerade am Fortgang der Ereignisse des 11. Februar zeigt sich, wie wenig die lokalen Demokraten bereit waren, angesichts der militärischen Übermacht zu resignieren. In kleinerem Rahmen zwar und nicht wie geplant in Kirchzarten, wurde die Versammlung nun im Gasthaus „Rößle“ in Zarten abgehalten. Nachdem sich die Freiburger Abordnung – mehrere führende Mitglieder des Freiburger Volksvereins – und die Demokraten aus Kirchzarten und Zarten im „Rößle“ eingefunden hatten, wurde die Gründung zweier Volksvereine vollzogen: eines für den unteren Teil des Dreisam-

tales („Zartener Volksverein“, für Kirchzarten und Zarten) und eines für das obere Dreisamtal („Eschbacher Volksverein“, für Eschbach und St. Peter). ³⁸ Über den letzteren ist nicht mehr bekannt als die Namen der Vorstandsmitglieder. Der Zartener Volksverein war mit angeblich 60 Mitgliedern ³⁹ allerdings eine ernst zu nehmende politische Größe. Geleitet wurde er von einem Geometer aus Kirchzarten, Karl Wilhelm Reber, und dem ehemaligen Zartener Bürgermeister Josef Tritschler. Im Vorstand engagierten sich außerdem die Wirte der Gasthäuser „Fortuna“ und „Rößle“ sowie Lehrer Heck von Zarten; vier der acht namentlich bekannten Mitglieder standen 1848 bereits wegen Beteiligung am Aprilaufstand in Untersuchung. Wer also diesem Verein beitrug, zählte sich zu den entschiedenen Demokraten.

Anfangs traf man sich regelmäßig „bald in der Fortuna zu Kirchzarten u. bald im Rößle zu Zarten“. ⁴⁰ Bei den Zusammenkünften wurde Zeitung gelesen und diskutiert, der Kontakt mit dem Kreisverein und den Größen des Freiburger Volksvereins dürfte immer aufrecht erhalten worden sein. Daneben wurde auch Geselligkeit gepflegt; so erinnert sich später ein Mitglied, daß die Versammlungen regelmäßig mit einem Tarock-Spiel endeten. ⁴¹ Die Stimmung im Verein war, nach den Ereignissen am 11. Februar, gegen Bürgermeister und Gemeinderat von Kirchzarten gerichtet. Dem allgemeinen Unmut der Mitglieder wollte Geometer Reber mit einem offenen Brief Luft verschaffen, den er als „Angriff auf den Kirchzartener Gemeinderath“ verfaßte und drucken lassen wollte. ⁴² Allerdings kam sein Vorhaben nicht zur Ausführung.

Das war allerdings völlig neu und wahrlich revolutionär, daß eine Organisation außerhalb des in der Gemeindeordnung festgeschriebenen verfassungsmäßigen Bodens eigenmächtig Politik betrieb und nicht nur neben den, sondern sogar gegen die etablierten Gemeindebehörden arbeitete. Die Gründung des Volksvereins wie seine öffentliche Wirksamkeit sprengte die bestehende politische Ordnung, sie war ein revolutionärer Akt. Derartige Entwicklungen im Dreisamtal hatte Amtmann Gustav Jägerschmid im Blick, als er unmittelbar nach der Niederschlagung der Revolution urteilte: „Bekanntlich ist Kirchzarten und Zarten der Hort

der politischen Wühlereien im Laufe des vorigen Jahres [1848] gewesen, und es haben sich mehrere Einwohner dieser Gemeinden sehr thätig erwiesen und den Saamen der aufrührerischen Bewegung im Kirchzarter Thal damals ausgestreut. Manche [...] hielten den einmal betretenen Weg auch in diesem Jahre ein, nur daß sie mit mehr Vorsicht zur Werke gingen und im Versteck desto mehr operierten.“⁴³

Die Ereignisse um die Gründung des Volksvereins für Zarten und Kirchzarten erhellen, wie dargestellt, schlaglichtartig das politische Macht- und Kräfteverhältnis zwischen dem radikalen und dem konservativen Lager im Dreisamtal. Wie stand es jedoch um den gemäßigten Liberalismus, der andernorts große Bedeutung hatte, in den Parlamenten von Karlsruhe und Frankfurt sogar dominierte? Von ihm war bisher nicht die Rede, und er wird auch im folgenden nicht im Mittelpunkt stehen: Im Dreisamtal war der gemäßigte Liberalismus keine ernstzunehmende politische Kraft. Anders stand es in Freiburg. Dort rief Bürgermeister Joseph v. Rotteck Anfang Februar 1849 zur Gründung eines konstitutionellen Vaterländischen Vereins auf. Es gelang ihm, zahlreiche angesehene Bürger in diesen Verein einzubinden; sogar Erzbischof Hermann von Vicari ließ sich als Mitglied einschreiben. Zwar traten auch zwei Kirchzarterner Bürger, der Bezirksförster Friedrich Gerwig und Landwirt Josef Schweizer, dem Freiburger Vaterländischen Verein bei,⁴⁴ doch sie können nicht als repräsentative Vertreter der Dreisamtaler Bevölkerung gelten. So läßt sich in diesem Rahmen nur thesenartig festhalten, daß der gemäßigte Liberalismus überhaupt eher ein städtisch-bürgerliches Phänomen war und mit seinen Inhalten und Zielen auch in erster Linie diese Bevölkerungsgruppe ansprach. Die radikale Partei dagegen wandte sich bewußt und engagiert auch an ländliche Adressaten; das spiegelt sich wider in der Vereinszugehörigkeit der Dreisamtaler: zwei Mitgliedern des Freiburger Vaterländischen Vereins standen 60 Personen im Volksverein von Zarten-Kirchzarten gegenüber.

Der weitere Fortgang der Ereignisse wurde wesentlich von der gesamtbadischen Entwicklung bestimmt. Die radikale Partei unter Lorenz Brentano gewann mehr und mehr an Einfluß, nicht zuletzt über das gut organisierte

Netz von Volksvereinen im ganzen Land. Auslöser für die letzte und erfolgreichste revolutionäre Erhebung war die Ablehnung der Kaiserkrone durch König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen. In der Folge lancierten die linken Demokraten in Sachsen und der Pfalz revolutionäre Aufstände. Anfang Mai 1849 errang ein provisorischer Landesausschuß die Macht in der Rheinpfalz, große Teile der pfälzischen Armee meuterten. Auch in Baden formierte sich das radikale Lager. Der provisorische Landesausschuß der Volksvereine rief zur Unterstützung der pfälzischen Erhebung auf und ordnete die Mobilmachung und Ausrüstung der Bürgerwehren in den Gemeinden an. Am 12. und 13. Mai 1849 veranstaltete er in Offenburg einen Landeskongreß und eine vielbesuchte Volksversammlung – zum Abgeordneten für den Kongreß wurde im Bereich des Freiburger Landamts Karl Wilhelm Reber aus Kirchzarten bestimmt, der Vorsitzende des dortigen Volksvereines.⁴⁵ Zur gleichen Zeit meuterten in der größten badischen Garnison, der Rastatter Festung, die Soldaten. Angesichts dieser Entwicklungen floh Großherzog Leopold am Abend des 13. Mai außer Landes, der größte Teil seiner Regierung folgte ihm. Feierlich zog am folgenden Tag der Landesausschuß in Karlsruhe ein, benannte und bevollmächtigte eine „Exekutivkommission“ mit Lorenz Brentano an der Spitze, aus der sich dann die provisorische Regierung für das revolutionäre Baden bildete.

Innerhalb kurzer Zeit erfolgte daraufhin die politische und administrative Neugestaltung Badens: So wurden auf Anfang Juni Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung angesetzt. Noch am Abend des 13. Mai traf von der Offenburger Versammlung im Auftrag des Landesausschusses der Advokat Karl Friedrich Heunisch in Freiburg ein, um das neugeschaffene Amt des „Civil- und Militärkommissärs des Oberrheinkreises“ zu übernehmen. Für den Bereich des Stadt- und Landamts Freiburg wurde der erst 25jährige Jurastudent Josef Schinzinger aus Freiburg zum Zivilkommissar ernannt.

Nachdem der geflohene Großherzog die Frankfurter Zentralgewalt und den preußischen König um militärische Hilfe gegen die Revolutionäre gebeten hatte, rückten preußische und reichsdeutsche Einheiten an die badi-

Der Civil- und Militär-Commissär des Oberrhein-Kreises

an das

Bürgermeisteramt zu *Kirchzarten*.

Die Mannschaft des ersten Aufgebots Ihrer Gemeinde gehört zur *1^{ten}* Compagnie des *1^{ten}* Bataillons. Zu dieser Compagnie ist noch eingetheilt die Mannschaft der Orte: *Wienhausen, Guffeln, St. Margen, Oberrain, Guffeln, Reigels, Dörfling* und Sammelplatz der Compagnie ist *Reigels*.

Sie haben nun sofort am *11^{ten}* d. M. Ihre sämtliche Mannschaft, die zum ersten Aufgebot gehört, auf dem Sammelplatz aufzustellen.

Die Instruktoren, welche in den einzelnen Gemeinden vorhanden sind, begeben sich ebenfalls an den Sammelplatz und exerziren die Compagnie nach den hierüber bestehenden Reglements. Die Mannschaft muß wenigstens 4 Tage am Sammelplatz vereint sein, und die Uebungen sind unausgesetzt in dieser Zeit vorzunehmen.

Die Instruktoren haben einen unter sich zu wählen, welcher über die gesammte Compagnie vorläufig den Befehl übernimmt.

Der zum Führer der Compagnie Ernante hat mir die nöthigen Meldungen zu machen.

Die Mannschaft der Compagnie ist in dem Sammelplatz einzunquartieren.

Wienhausen den 2. Juni 1849.

Heunisch

GEMEINDE	<i>Kirchzarten</i>
AKTEN	<i>A. IX.</i>
	<i>1818-1854.</i>

schen Grenze. Die provisorische Regierung mußte sich auf einen Verteidigungskrieg einstellen und drang daher nachdrücklich auf die Ausrüstung und Mobilisierung der Bürgerwehren in allen Gemeinden. Sie beauftragte damit die Zivilkommissare in ihren jeweiligen Amtsbezirken und setzte sogenannte „Rekrutierungskommissäre“ ein. Im Dreisamtal scheint Geometer Reber ein solches Amt bekleidet zu haben: Von ihm wird berichtet, daß er *„die Volkswehr sich zur besondern Angelegenheit machte, für ihre Bewaffnung in öffentlicher Versammlung sprach, sich wie ein Rekrutierungs-offizier im ganzen Thal benahm, Instruktionen beischaffte, den Exerzierplatz eigenmächtig anwies . . .“*⁴⁶ Auch in anderen Orten wurden nun Wehrmannschaften aufgestellt und, meist unter der Anleitung erfahrener Soldaten, militärisch ausgebildet. Für die Bezahlung dieser Instruktoren mußten die Gemeinden ebenso selbst aufkommen wie für die Ausrüstung und den Kauf von Waffen für die Mannschaften; häufig überstieg das ihre finanziellen Möglichkeiten. So bezeichnete sich die Gemeinde Falkensteig als für die *„Anschaffung der Armatur für Bürgerwehr zu arm“* und bat den Zivilkommissar, dafür Staatsgelder zu beschaffen.⁴⁷ Doch statt dieser Bitte zu entsprechen, erhöhten die revolutionären Behörden den Druck auf die Gemeinden: Ende Mai und im Juni befahl der Oberkommissar die Wehrabteilungen zur Inspektion vor seinen Amtssitz nach Freiburg, wo Ausrüstung und Bewaffnung kontrolliert wurden.⁴⁸ Bei einer solchen Gelegenheit kam es Mitte Juni zum Eklat, als die Mannschaft von Zarten unbewaffnet erschien; unter Strafandrohung forderte Heunisch die sofortige Bewaffnung der Wehrmänner.⁴⁹ Die Zartener, denen die offiziellen Gewehrpreise zu hoch erschienen, organisierten sich daraufhin eigenständig Waffen: Am 19. und 20. Juni beschaffte eine Abordnung aus Zarten in Basel 24 Gewehre zu einem billigeren Preis – 450 Gulden mußte sie immerhin noch dafür bezahlen.⁵⁰ Mehrere Gemeinden nahmen im Glauben, die Ausgaben würden ihnen bald von der Staatskasse ersetzt werden, hohe Kredite für den Kauf neuer Waffen auf.⁵¹

Der Machtwechsel veränderte schlagartig auch die Situation auf kommunaler Ebene: Nun standen die Republikaner und ihre Gesinnungs-

genossen wieder obenauf, im Dreisamtal entfalteten sie in den folgenden Wochen noch einmal rege Aktivität. Das zeigte sich nicht nur bei den Bemühungen um die Bürgerbewaffnung. Auch im Wahlkampf Ende Mai engagierten sich die lokalen Radikaldemokraten erfolgreich; bei einer Wahlversammlung in Kirchzarten hielt beispielsweise Geometer Karl Wilhelm Reber, seit der Offenburger Versammlung die herausragende revolutionäre Führungspersönlichkeit im Tal, eine Rede, *„in welcher er die Führer der revolutionären Parthei als Candidaten zu empfehlen suchte“*.⁵² Natürlich kam in der Bevölkerung die Frage auf, weshalb man die neue Regierung unterstützen sollte und was man sich von ihr erwarten konnte. Auf eine solche Frage gab Gemeinderat Hermann Josef Ertel in Oberried eine eigenwillige Antwort, indem er behauptete, daß, *„wenn der Zweck [die politische Umgestaltung] erreicht werde, keine Steuern mehr gezahlt werden dürfe“*.⁵³ Die Aussicht auf Steuerfreiheit, so unrealistisch sie war, mag auf einige Bewohner großen Reiz ausgeübt haben. Doch es existierten auch andere Argumentationen. Auf dem Exerzierplatz in Zarten hielt Mitte Juni Lehrer Heck der Bürgerwehrmannschaft eine Ansprache, die sehr an seine Rede vom April 1848 erinnerte. Er forderte die Männer auf *„zu kämpfen für die Freiheit, indem man [euch] nicht als Buben sondern als Männer betrachten werde“*.⁵⁴ *„Man achte die Leute jetzt besser als früher, man sei, wenn [. . .] einer vom Pferde gefallen, jetzt besorgter um den Mann als um das Pferd, während es früher umgekehrt war. Es sei ein Vortheil, wenn auch nicht unmittelbar für uns, doch für die Zukünftigen, für die Freiheit einzustehen“*,⁵⁵ so gaben zwei Bürgerwehrmänner die Rede des Dorflehrers später wieder. Heck verband mit seinen politischen Auffassungen, für die das Schlüsselwort „Freiheit“ steht, Vorstellungen von einem verbesserten gesamtgesellschaftlichen Klima, welches die Errichtung einer Republik mit sich bringen würde. Mündigkeit und Würde des Menschen, wie sie von der Aufklärung gefordert worden waren, stehen als Ideal hinter solchen Anschauungen.

Unterdessen hatte die militärische Intervention in Baden begonnen. Am 15. Juni überquerten preußische Einheiten die badische Grenze bei Weinheim und rückten siegreich vor. Die

entscheidende Schlacht am 21. Juni bei Waghäusel konnten sie für sich entscheiden; unter den zahlreichen Toten der badischen Revolutionsarmee war auch Soldat Karl Rombach aus Eschbach zu beklagen.⁵⁶ Nach den Niederlagen an der Murg waren die badischen Streitkräfte in ständigem Rückzug begriffen; Anfang Juli sammelten sie sich in Freiburg – desillusioniert, erschöpft, vielfach ohne Waffen und Ausrüstung. Leutnant Sigel, seit dem 1. Juli Oberbe-

fehlshaber über die revolutionären Truppen, plante noch die Verteidigung des Schwarzwaldes.⁵⁷ In aller Eile ließ er die Truppen notdürftig ausrüsten und ordnete Zwangsrequirierungen an. So drangen am 3. und 4. Juli Bürgerwehrmannschaften in das Schloß des Grafen v. Kageneck in Stegen ein und verlangten von den Bediensteten „in barschem Tone“ Pferde und Lebensmittel.⁵⁸ Erst unter Drohungen bekamen sie das so dringend benötigte Kriegsmaterial –

(1757)

U r t h e i l

Crim. S.-G.-Nr. 2492 II. Seu.

J. U. G.

gegen

Geometer Karl Wilhelm Reber von Kirchzarten, wegen Theilnahme am Hochverrath, wird auf geflogene Untersuchung zu Recht erkannt:

„Geometer Karl Wilhelm Reber von Kirchzarten sei der Theilnahme an dem im Mai v. J. im Großherzogthum ausgebrochenen hochverräterischen Aufruhr für schuldig zu erklären, daher zu einer Arbeitshausstrafe von zwei Jahren und zum Ersatz des durch den Aufruhr verursachten Schadens unter sammtverbindlicher Haftbarkeit mit den übrigen Theilnehmern, sowie zur Tragung der Untersuchungs- und Straferstehungskosten zu verurtheilen.“

B. R. W.

Dessen zur Urkunde ist gegenwärtiges Urtheil nach Verordnung des Großherzogl. Bad. Hofgerichts des Oberrheinkreises ausgefertigt und mit dem größern Gerichtsiniegel versehen worden.

So geschehen, Freiburg den 14. März 1850.

Reber. (L. S.) v. Freydorf.

Nr. 8151. Dieses Urtheil wird dem auf flüchtigem Fuße sich befindlichen Angeschuldigten auf diesem Wege verkündet.

Freiburg den 22. März 1850.

Großherzogl. Landam.
Hägelin.

mußten sich jedoch nach der Niederschlagung der Revolution wegen dieser „Plünderung“, „Lebensmittelpressung“ und „Requisition von Pferden“ vor Gericht verantworten.

Am 4. Juli marschierten die meisten der in Freiburg befindlichen badischen Streitkräfte durch das Höllental in Richtung Neustadt ab. Vielen war klar, daß dieser Krieg nicht mehr zu gewinnen war; sie versuchten, sich abzusetzen. Dagegen gingen die Gewalthaber und ihre Gesinnungsgenossen im Dreisamtal mit aller Schärfe vor: So habe der Bürgermeister von Falkensteig „verloffene Soldaten etc. arretiert [...] und an die Freischärler befördert“.⁵⁹ Zahlreiche weitere Demokraten im Dreisamtal beteiligten sich an derartigen Aktionen und versuchten, die Soldaten vom Desertieren abzuhalten.

Den Vormarsch der Preußen konnten sie damit jedoch nicht mehr aufhalten. Am 7. Juli 1849 rückten diese mit Prinz Wilhelm, dem späteren deutschen Kaiser, und General von Hirschfeld an der Spitze siegreich in Freiburg ein und übernahmen die Kontrolle über Stadt und Umfeld. Die Reste der badischen Armee leisteten keinen Widerstand mehr und flohen größtenteils über die Schweizer Grenze. Mit ihnen brachten sich auch die Führer des Maiaufstandes und zahlreiche Parteigänger in Sicherheit. „Aus Furcht vor militärischer Gefangenschaft“, wie er später aussagte, begab sich, zusammen mit „Fortuna“-Wirt Lorenz Riesterer und Schneider Josef Frei aus Kirchzarten, Geometer Karl Wilhelm Reber vorübergehend ins Schweizer Exil.⁶⁰ Preußische Einheiten, im Dreisamtal in Privathäusern untergebracht, führten bald nach ihrer Ankunft eine vollständige Entwaffnung der Bevölkerung durch; was die Gemeinden im Juni mit teurem Geld angeschafft hatten, verloren sie damit kaum einen Monat später ersatzlos wieder.

So ging die Revolution auch im Dreisamtal als unerfüllter „Traum von der Freiheit“ zu Ende.⁶¹ Die Bilanz der aufregenden Monate war ernüchternd. Karl Wilhelm Reber und der Zartener Lehrer Andreas Heck landeten wegen ihrer „Theilnahme am Hochverrath“ von 1848/49 im Bruchsaler Zuchthaus.⁶² Gegen weitere 15 Bürger wurden Untersuchungsverfahren eingeleitet, und 23 Gemeindebeamte sahen sich wegen ihrer Beteiligung der Stellen entzogen. Insgesamt sind 65 Personen aus dem

Dreisamtal als Teilnehmer an den Aufständen von 1848/49 in den Akten erfaßt. Die meisten von ihnen waren Landwirte und Handwerker. Auffällig ist die hohe Beteiligung von Gemeindebeamten: von den 65 Beteiligten waren mindestens 26 (40%) aktive Bürgermeister, Gemeinderäte, Rechner oder Ratschreiber. Sie hatten die besten politischen Vorkenntnisse und Erfahrungen und bildeten sowohl die gesellschaftliche wie auch die politische Elite in den kleinen Landgemeinden.

Die Gruppe der fünf Hauptbeteiligten im Dreisamtal (Hermann Josef Ertel aus Oberried, Andreas Heck und Josef Tritschler aus Zarten, Karl Wilhelm Reber und „Fortuna“-Wirt Lorenz Riesterer aus Kirchzarten) zeichnete sich durch ihren hohen Bildungsstand aus: Zwei von ihnen hatten ein Studium an der Freiburger Universität, Andreas Heck eine gründliche Lehrerausbildung hinter sich. Sie waren diejenigen, die der Bevölkerung des Dreisamtales die revolutionären Inhalte nahebrachten.

Somit stellt sich die Bevölkerung des Dreisamtales, besonders der Teil, der sich an der Revolution von 1848/49 beteiligte, nicht als dummes, träges oder politisch ungebildetes Landvolk dar – gerade die Revolution brachte ja einen beträchtlichen Politisierungsschub. Die Träger der revolutionären Erhebung waren größtenteils die politische und intellektuelle Elite. So findet sich das eingangs wiedergegebene Urteil des liberalen Zeitungsmannes Wilhelm Chezy in keiner Weise bestätigt. Stattdessen könnte man, in Abwandlung des Zitats, formulieren: Es ereiferten sich große Teile der ländlichen Bevölkerung für die Sache der Revolutionäre, und sie wußten, worum es dabei ging.

Anmerkungen

- * Der folgende Aufsatz basiert auf einer Examensarbeit, die der Autor im Frühjahr 1997 bei Herrn Prof. Dr. Hans Fenske am Historischen Seminar der Universität Freiburg i. Br. angefertigt hat. Sie trägt den Titel: Die Revolution von 1848/49 im Dreisamtal.

- tal. Wissenschaftliche Arbeit für die Zulassung zur Prüfung für das Lehramt an Gymnasien, 1997. Für einzelne Nachweise und Argumentationsgänge sei darauf verwiesen. Exemplare dieser Examensarbeit sind bei Herrn Prof. Dr. Fenske sowie bei den Gemeindeverwaltungen Buchenbach, Kirchzarten, Oberried und Stegen einzusehen.
- 1 Chezy, Wilhelm. Erinnerungen aus meinem Leben. 2. Buch 4. Bd.: Freiburg im Breisgau vom Frühjahr 1847 bis zum Herbst 1848. Schaffhausen 1864, S. 30.
 - 2 So formuliert in einem Zeitungsartikel mit dem Titel Die republikanische Bewegung im badischen Ober-rheinkreis. In: Morgenblatt für gebildete Leser (Intelligenzblatt), Jahrgang 1848, Nr. 126–132, hier Nr. 132. Vgl. ganz ähnliche Berichte aus dem Stutt-garter Raum bei Scharfe, Martin: ... Die Erwartung, daß „Nun Alles Frei Sey“ ... Politisch-rechtliche Vorstellungen und Erwartungen von Angehörigen der unteren Volksklassen Württembergs in den Jah-ren 1848 und 1849. In: Das Recht der kleinen Leute. Beiträge zur rechtlichen Volkskunde. Festschrift für Karl-Sigismund Kramer, hrsg. von Konrad Köstlin und Kai-Detlev Sievers. Berlin 1976, S. 188.
 - 3 Genaue Zahlenverhältnisse ließen sich etwa anhand der Revolutionskartei Heinrich Raabs ausmachen. Angaben aus dieser Computerdatei, die sämtliche in Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe erwähn-ten Teilnehmer an der Revolution zu erfassen sucht, liegen der vorliegenden Arbeit zugrunde. Mehr als 50 000 Namen von Teilnehmern aus ganz Baden, aus Stadt und Land, aber auch von außer-halb des Großherzogtums sind dort zusammenge-tragen.
 - 4 Zur Sprache kommen sollen im folgenden die Be-sonderheiten der Entwicklung im Dreisamtal; die Revolution von 1848/49 wird dabei verstanden als Ereigniskette und Wandlungsprozeß für die Ein-wohner dieser Region, eingebettet in ihre ganz spezifische Lebenswelt. Die allgemeine revolutionä-re Entwicklung wird dagegen nur angesprochen, wenn sie für das Verständnis wichtig ist.
 - 5 Vgl. Haumann, Heiko: Traum und Wirklichkeit. Die Revolution von 1848/49 in Freiburg. In: Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, hrsg. von Heiko Haumann und Hans Schadeck. 3. Bd.: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart. Stuttgart 1992, S. 93–110; Chezy: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 1–125; Beleuchtung der Ereignisse und Zustände in Freiburg während der Monate April und Mai 1848. Freiburg 1848.
 - 6 Vgl. GLA 255/362: 173 u. 176; GLA 255/364: 27.
 - 7 GLA 234/2058: 110.
 - 8 Vgl. GLA 240/1716; GLA 255/362; GLA 255/363.
 - 9 Zitate aus GLA 255/362: 176.
 - 10 Hecks Äußerung bezeichneten ihn „als einen Mann, dessen sich die Radikalen von reinsten Wasser nicht zu schämen haben“, wie es Fallers Nachfolger Pfarrer Bilharz ausdrückte; was der Lehrer von sich gab, käme einer „radikalen Negation aller Religion“ gleich. GLA 255/364: 15.
 - 11 So GLA 255/362: 174–177.
 - 12 Vgl. GLA 255/364: 27 f.; GLA 255/362: 176; GLA 76/3894 (Schreiben vom 9. und 10. April 1848); GLA 236/2244 (Bericht des Gendarmen Hangs von Kirchzarten vom 3. April 1848); GLA 240/1716: 38 ff. (Bericht des Lehrers Heck).
 - 13 Vgl. Eibach, Joachim: Der Staat vor Ort. Amtmänner und Bürger im 19. Jahrhundert am Beispiel Badens (Historische Studien 14). Frankfurt, New York 1994; Wunder, Bernd: Die badische Beamtenschaft wäh-rend der Revolution von 1848/49. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 135 (1987), S. 273–290; auch eine derzeit in Konstanz entstehende Dissertation von Maciejewski, Jürgen: Die badi-schen Ämter im März 1848 – Bürokratiekritischer Protest in Baden bei Ausbruch der Revolution von 1848/49 (Arbeitstitel).
 - 14 GLA 236/2244 (Schreiben vom 4. April 1848).
 - 15 GLA 313/3860 (Bericht des Bürgermeisteramts Hofgrund vom 25. April 1848).
 - 16 Vgl. z. B. Bekk, Johann Baptist: Die Bewegung in Baden. Vom Ende des Februar 1848 bis zur Mitte des März 1849. Mannheim 1850, S. 166; Erlebnisse aus dem Jahre 1848, mitgeteilt aus den Aufzeich-nungen eines alten Freiburgers. In: Heimatklänge aus alter und neuer Zeit. Beilage zur Freiburger Tagespost (1916) Nr. 5, S. 6 f.; Taddey, Gerhard: Württemberger in Baden 1848. Die militärischen Operationen beim Aufstand Heckers. In: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 31 (1972), S. 330; Hess, Gustav: Südbaden vor und während der Revolution im Frühjahr 1848. Phil.-Diss. Frei-burg 1922, S. 194 ff.
 - 17 GLA 234/2058: 333.
 - 18 GLA 76/6599 (Meldung des Gendarmen Hertig vom 11. Juli 1850).
 - 19 GLA 234/2058: 110 f.; Gemeindearchiv Wagensteig IV/2, Fasc. 3.
 - 20 GLA 255/362: 203.
 - 21 GLA 255/362: 177.
 - 22 GLA 234/2057: 146; GLA 255/362: 176 f.; GLA 234/1912: 39; GLA 236/8535: 236; GLA 234/2058: 216; GLA 234/10199: 49 f. Vgl. auch Groll, Karin: Eine verpaßte Chance? Das Gefecht bei Günterstal in Augenzeugenberichten und Erinnerungen. In: Badische Heimat 70 (1990), S. 567–576.
 - 23 Wie Anm. 15.
 - 24 Zitiert aus der großherzoglichen Verordnung über die Verhängung des Kriegsrechts vom 23. April 1848, Gemeindearchiv Hofgrund XIII/2.
 - 25 GLA 234/2058: 333.
 - 26 Pfarrarchiv Kirchzarten XIX/421.
 - 27 GLA 234/2057: 154; GLA 234/2058: 110 f., 216 f., 324 f., 333 f., 370 u. 379; GLA 240/1912: 39; Ge-meindearchiv Wagensteig IV/2, Fasc. 3.
 - 28 Stadtarchiv Freiburg, Dvd 7680: Flugblatt vom 8. Januar 1849. Vgl. dazu Canevali, Ralph Chester: Revolution in Baden 1848–1849. The role of politi-cal associations. Phil.-Diss. Cambridge/Massachu-setts 1984, bes. S. 268 ff.

- 29 Vgl. Haumann: Traum und Wirklichkeit (wie Anm. 5), S. 105.
- 30 GLA 236/2246 (Schreiben vom 12. Februar 1849); Neue Freiburger Zeitung vom 13. und 14. Februar 1849; Karlsruher Zeitung vom 14. und 15. Februar 1849; Oberrheinische Zeitung vom 17. Februar 1849; GLA 255/364: 15, 21–27, 29; GLA 255/362: 48,137; Canevali: Revolution (wie Anm. 28), S. 272.
- 31 Neben der Gründung des Vereins sollten am 11. Februar in Kirchzarten auch Unterschriften unter eine Petition gesammelt werden, mit der die Auflösung der badischen Kammern gefordert wurde. Seit Sommer 1848 versuchten die radikalen Demokraten, eine Neuwahl der Karlsruher Parlamente zu erzwingen, die nicht, wie in anderen Ländern, während der Märzrevolution neu besetzt worden waren.
- 32 Oberrheinische Zeitung vom 17. Februar 1849; vgl. Neue Freiburger Zeitung vom 14. Februar 1849: „Von den 79 Mitgliedern der Bürgerversammlung erklärten sich 72 mit eigenhändiger Namensunterschrift, daß sie von einer Volksversammlung nichts wissen und sich gar nicht betheiligen (betheiligen) wollen“. 7 haben ihre Stimmen nicht abgegeben.“ Das erwähnte Protokoll ist nicht erhalten.
- 33 Neue Freiburger Zeitung vom 13. Februar 1849.
- 34 Karlsruher Zeitung vom 15. Februar 1849.
- 35 GLA 236/2246 (Schreiben vom 12. Februar 1849).
- 36 Ebd.
- 37 Karlsruher Zeitung vom 14. Februar 1849.
- 38 GLA 255/364: 26–29; GLA 255/362; Oberrheinische Zeitung vom 17. Februar 1849; GLA 236/8509: 25; GLA 236/8208: 90.
- 39 GLA 255/362: 146 (Aussage des amtierenden Bürgermeisters Bank von Zarten).
- 40 GLA 255/362: 140.
- 41 GLA 255/362: 138.
- 42 Ebd.
- 43 GLA 255/364: 32.
- 44 Vgl. die Mitgliederliste dieses Vereins in der Flugblattsammlung der Universität Freiburg, Hp 4542, p.
- 45 GLA 234/1912: 39 u. 67; GLA 240/2164: 14.
- 46 GLA 240/2164: 14.
- 47 Gemeindearchiv Falkensteig, Bücher C VIII 1 (Bürgerversammlungsbuch), I. Bd. S. 121, Eintrag zum 17. Juni 1849.
- 48 Neue Freiburger Zeitung vom 29. Mai und vom 1. Juni 1849; Staatsarchiv Freiburg B 702/13, Fasc. 169: 4, Fasc. 161: 3; GLA 255/362.
- 49 GLA 255/362: 70–106, 147, 191.
- 50 GLA 255/362; Gemeindearchiv Zarten, Gemeindecrechnungen 1849 (Beilage 109).
- 51 Oberried nahm einen Kredit von 900 fl. auf; Gemeindearchiv Oberried 191.8, Schreiben vom 13. November 1857. Eschbach verschuldete sich in einer Höhe von 700 fl.; Staatsarchiv Freiburg B 702/13, Fasc. 28: 4.
- 52 GLA 234/1912: 67; auch GLA 234/1912: 39; GLA 240/2164: 14.
- 53 Wie Anm. 18.
- 54 GLA 255/362: 18.
- 55 GLA 255/362: 31.
- 56 Eintrag ins Familienbuch von Eschbach: Karl Rombach (geb. am 15. 7. 1827), Sohn des Georg Rombach und der Anna geb. Pfaff, „kam als Soldat nach der Aussage eines Augenzeugen bei der badischen Mairevolution 1849 in einem Gefechte gegen die Preußen [...] bei Waghäusel [um] und ist dort begraben.“
- 57 Vgl. dazu Hoch Franz X.: Freiburg unter dem Militäraufstand 1849. In: Breisgauer Chronik 7 (1916), S. 68 ff.; Voß, Wilhelm: Der Feldzug in der Pfalz und in Baden im Jahre 1849. Berlin 1903, S. 365 ff.
- 58 GLA 234/1692; GLA 240/1521; GLA 236/8213: 119 f., 134; GLA 200/1929: 45 f.; GLA 234/1683: 4.
- 59 GLA 255/362: 2.
- 60 GLA 234/1912: 3. Vgl. auch GLA 234/10211: 29; GLA 236/8577: 117.
- 61 Vgl. den Buchtitel von Franz Xaver Vollmer: Der Traum von der Freiheit. Vormärz und 48er Revolution in Süddeutschland in zeitgenössischen Bildern. Stuttgart 1983.
- 62 Das Urteil gegen Reber in GLA 234/1912: 1 ff. sowie GLA 240/2164: 1 ff. Das Urteil gegen Heck in GLA 255/362: 233 sowie GLA 240/1716: 2 f. Beide wurden vorzeitig aus der Haft entlassen.

Anschrift des Autors:
 Claudius Heitz
 Am Bühl 1
 79199 Kirchzarten



Die Jahre 1848/49 im Kraichgau

Anmerkungen zum Revolutionsgeschehen in einem Teilstück des Großherzogtums Baden

Als ich im Jahre 1952, als Vikar von Mannheim kommend, Pfarrer in Ehrstädt und Grombach wurde, da war es mir, als ob ich im Kraichgau in eine andere Welt gelangt wäre, so zumindestens erlebte ich diese Gegend damals, im Vergleich zu dem, was mir bisher in meinem Leben bekannt geworden war. Obwohl in einer ländlichen Region, dem elsässischen Hanauerland, dem Kraichgau strukturmäßig ähnlich, aufgewachsen, kam mir diese Welt der ehemaligen Standes- und Grundherren, die dazu noch als Patrone in verschiedenen evangelischen Kirchengemeinden fungierten, ziemlich fremdartig vor. Im Laufe der Jahre und Jahrzehnte, die ich seither im Kraichgau verbrachte, wurde mir das dann noch deutlicher. Hatten diese Adelsgeschlechter nach 1918 auch keine reale Macht mehr, so bestanden doch noch aus früheren Zeiten Verhaltensweisen bei den Leuten, bei den älteren namentlich, die das Erscheinungsbild in den Dörfern, aber auch in den Städtchen bestimmten: man spürte das, wenn man mit den Leuten ins Gespräch kam. Schnell wurde mir auch klar, daß das mit der großherzoglich – badischen Vergangenheit und deren rechtlichen Zuständen zusammenhing, daß es sozusagen ein Rest davon war, der sich hier erhalten hatte. Nicht zu übersehen war auch ein gewisser Stolz bei den Menschen, die hier heimisch sind, und das gerade in den Grenzregionen zu Württemberg, in denen ich von damals bis heute leben und wirken sollte. Diese Menschen aus dem Kraichgau wußten – und wissen es noch –, wer sie sind. In den Städtchen der ganzen Region – in Bretten und Eppingen mehr noch als in Sinsheim – kommt das zum Ausdruck im Namen der Straßen und Plätze, bei den Denkmälern und Bauten – auch im

Melanchthonhaus in Bretten – und Erinnerungstafeln, die man heute noch vorfindet.

Das war die eine Seite, die mir bei den Menschen des Kraichgaus auffiel, ein anderer Zug erschloß sich mir dann auch noch nach und nach: man sprach von einer „heckerischen“ Gesinnung, und man meinte damit die revolutionäre Gesinnung aus den Jahren 1848/49, den Stolz bei den Leuten konnte man nicht überhören, wenn die Bezeichnung „heckerisch“ fiel. In Eppingen, wo es den Namen „Hecker“ (diese sind aber nicht mit dem fraglichen Hecker verwandt) zuhauf gibt, hatte man zur Unterscheidung und auch für jene aus dieser Sippe, die besonders temperamentvoll waren, den Übernamen „Hecker-Struve“ (in dieser Doppelbezeichnung) zur Hand, was sich dann sogar in die nächste Generationen bis in unsere Tage weiter vererbte. Und wenn jetzt 1997 in eine Zuschrift an die „Brettener Nachrichten“ im Blick auf Flehinger Vorkommnisse die rhetorische Frage gestellt wird „Weht Heckers Geist in Flehingen?“, so ist das ein Beweis dafür, daß diese Erinnerung an die Ereignisse von 1848/49 heute noch in manchen Kreisen im Kraichgau geläufig ist.

Bald merkte ich, daß jene, die den alten großherzoglich-badischen Verhältnissen nachtrauerten, und die anderen, die auf die revolutionären Taten ihrer Altvorderen stolz waren, miteinander lebten, man sah sich auch nicht mehr im Gegensatz zueinander. Im Laufe der Jahrzehnte hatten sich die Spitzen bei denen abgeschliffen, die 1848/49 noch gegeneinander gerichtet waren.

Beides, die revolutionäre Gesinnung und deren Ausführung, aber auch die großherzogliche Tradition, gehört zur Geschichte des Kraichgaus. Waren es zur Zeit der Bauernkriege 1525 nicht auch viele, die sich im Haufen um



gerwehrmänner im Jahr 1849

den Pfaffen und Bauernführer Anton Eisenhut, der aus dem Zabergäu kam, anschlossen auf dem Weg zum Feuerlegen an der Burg auf dem Steinsberg und zur Plünderung des Benediktinerklosters in Sinsheim! Aber Samuel Friedrich Sauter, der Dichter des Kraichgaus, in dem man das Urbild des Biedermeiers erkennt, der in seinem ganzen Wesen auch Spiegelbild des Menschen der Gegend ist, hat als Gegenpol dazu seinem tiefsten Wunsche nach Wohlbehütetsein in der grund- und standsherrlichen Ordnung Ausdruck gegeben, wenn er zur Vermählung und zum Regierungsantritt des Grafen Maximilian von Wolf Metternich zu Gracht, dem Herren von Flehingen, 1796, nach den Unruhen, die nach der Französischen Revolution 1789 entstanden, dichtet: „Ja wir hoffen, Graf, daß Du nicht minder als der beste Herr Dich uns erzeigst, Daß Du, wie ein Vater seine Kinder Uns regierst und stets Dein Ohr uns zeigst . . . Ach, es wird doch der gerechte Himmel auch einmal dem Aufruhr Einhalt thun, Daß wir können, frei vom Schreckengetümmel Wieder froh in unseren Hütten ruhn“. Dem Geist der Zeit folgend, schien diese Haltung die Regel zu sein bei den Menschen der Gegend, aber im Untergrund braute sich schon zusammen, was dann 1848/49 an den Aufstand aus den Bauernkriegen erinnern sollte.

Jetzt, da wir uns dem 150. Jubiläum dieses Revolutionsgeschehens von 1848/49 nähern, ist es angebracht, uns auf dieses Ereignis einzustimmen, ich habe für diese Einstimmung den Kraichgau gewählt, weil ich der Meinung bin, daß er im Gesamtrahmen des badischen Revolutionsgeschehens von 1848/49 etwas Modellhaftes an sich hat. Darüber hinaus haben einige der Hauptakteure der Vorgänge von vor 1848/49 mit dem Kraichgau zu tun: Friedrich Hecker mit Eichtersheim, Franz Sigel mit Sinsheim und Pfarrer Georg Friedrich Schlatter, der von 1844 bis 1849 als evangelischer Pfarrer in Mühlbach gewirkt hat; ich weiß, daß sich ihr Wirken nicht nur auf den Kraichgau beschränkt, auch stellt der Kraichgau wieder keine Einheit dar. Etwas hat dieser Raum aber doch gemeinsam: dieses nämlich, daß er, einschließlich der reichsritterschaftlichen Territorien, unter der Ägide der Kurpfalz, stand, bevor er dem badischen Großherzogtum im Jahre 1806 einverleibt und eines seiner anhänglich-

sten Gebiete wurde. Daß sich einiges von den Ereignissen 1848/49 im Raum des Kraichgaus abgespielt hat, sei auch noch vermerkt, es war dann doch nicht ausschlaggebend.

Eine Annäherung an diese Ereignisse von 1848/49 ist im Kraichgau nach dem 2. Weltkrieg selbst erfolgt: es wurde in Eichtersheim eine Gedächtnisstube für Friedrich Hecker eingerichtet, in Sinsheim gedachte man des Franz Sigel, wenn ein Jubiläum von ihm anstand. In Büchern, Aufsätzen, die teilweise auf Ansprachen zurückgehen, ist man dem Thema der Revolution von 1848/49 in der Gegend nachgegangen: Karl Dettling, Mühlbach, hat 1980 ein Buch zum Doppelthema „Die Revolution 1848/49 im Amtsbezirk Eppingen“ und „Georg Friedrich Schlatter aus Weinheim, 1799–1875: Ein Leben für Freiheit und Menschenwürde“ veröffentlicht; Karl Tubach, Sulzfeld, hat zu unserem Thema 1982 den Aufsatz beigesteuert. „Der Volksaufstand im Revolutionsjahr 1848 in Sulzfeld“; ich habe 1994 die „Geschichte der Bürgerwehr der Stadt Bretten“ mit dem Kapitel „Revolution 1848/49“ vorgelegt. Aus der Stadt Sinsheim liegt von 1992 eine Dokumentation von Holger Friedrich unter dem Titel „Der Traum von der Freiheit“ mit dem Untertitel: „Sinsheims Bürger im Kampf um Demokratie und Nationalstaat“ vor. Den Höhepunkt der Öffentlichkeitsarbeit auf diesem Gebiet bildete im Jahr 1992 zweifelsohne die Aufführung eines Stückes durch eine Laiengruppe aus Sinsheim zum Thema: „Szenen und Lieder aus den Revolutionsjahren 1848/49“. Diese Aufführung war äußerlich ein großer Erfolg, sie wurde gekonnt und wirkungsvoll ein paarmal dargeboten und gab Anlaß zur Reflektion in vielen Kreisen der Kraichgauer Bevölkerung. Diese Darbietung und alle Veröffentlichungen haben sich minutiös an den Quellen orientiert. Der Verlauf in den verschiedenen Orten, auf die wir hier eingehen, hat sich nicht einheitlich abgespielt, die Verschiedenartigkeit in diesen Orten des Kraichgaus macht auch wieder den Reiz dieses Geschehens von damals aus.

II

Schon öfters ist die Frage gestellt worden, wieso es dazu kommen konnte, daß damals im



Erinnerung an das Jahr 1848, Städtisches Reiss-Museum Mannheim

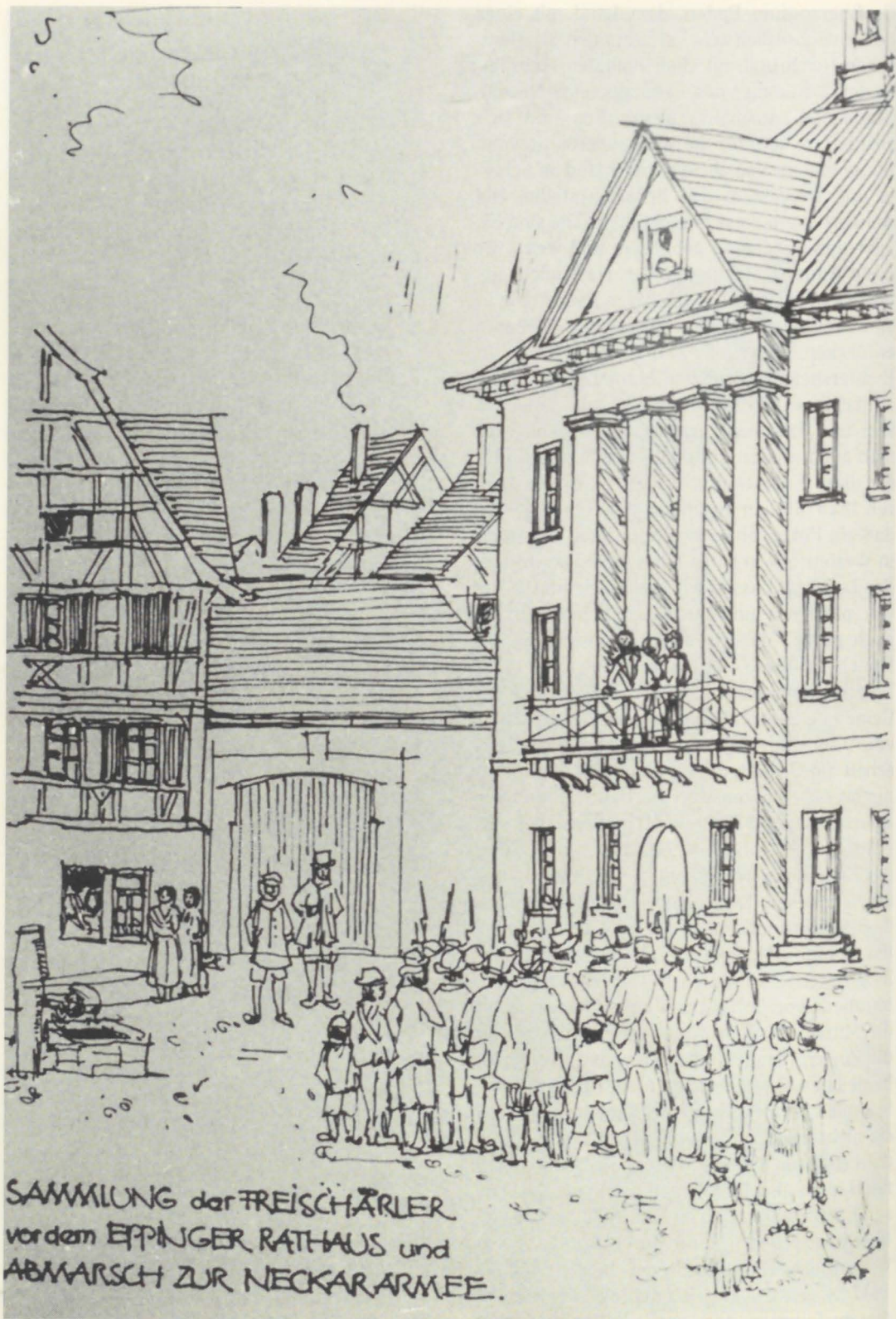
Großherzogtum Baden, dem Land mit einer der fortschrittlichsten Verfassungen im Deutschen Reich und mit einer liberalen Mehrheit in der 2. Kammer des Landtags, eine Revolution dieses Ausmaßes ausbrechen und sich ausbreiten konnte, die alle anderen Revolutionsversuche damals in Deutschland an Schärfe und Brisanz in den Schatten stellte. Die Antworten auf diese berechnete Frage sind bis jetzt unbefriedigend geblieben, und wenn wir diese Anfrage auf das Gebiet des Kraichgau beziehen, auf diesen fruchtbaren Landstrich, in dem man immer wieder toskanische Elemente entdecken wollte, – Friedrich Ratzel, der in Eichersheim jugendliche Lehrjahre verbrachte, hat in seinen Erinnerungen von „Glücksinseln und Träumen“ gesprochen, – dann wird man auch wieder Mühe haben, eine Erklärung für diese Entwicklung in den Revolutionsjahren 1848/49 hier zu finden, abgesehen davon, daß ein Potential an revolutionärer Gesinnung in Westeuropa in jenen Jahrzehnten sowieso in der Luft lag. Lassen wir die Geschehnisse Revue passieren und auch den Hintergründen nachspüren, die zu dieser Entwicklung im Kraichgau 1848/49 geführt haben.

Hier können zuerst einige Hinweise aus der Gemeinde Sulzfeld dienlich sein. Sulzfeld ist eine Gemeinde, die von altersher eine Herrschaft am Ort hat, die bis heute im Ort Einfluß nimmt – bemerkenswert ist, daß während der Bauernkriege 1525 diese Herrschaft aber verschont blieb. Von Karl Tubach hören wir, daß die Einwohner von Sulzfeld – es waren Bauern, vor allem Tagelöhner – bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, unter der Last des Zehnten stöhnten. Und als die Zehntlasten ab 1833/34 größtenteils abgeschafft worden waren, hatten die zuvor Abhängigen im Ort wieder nicht die Mittel, um ihren Anteil an der Ablöse und die Zinsen für die aufgenommenen Kredite zu begleichen. Zudem wachten die Rentamtbeamten mit unerbitterlicher Strenge darüber, daß sie nicht zu kurz kamen, auch waren die Feudalrechte am Ort zu diesem Zeitpunkt 1848 noch nicht alle aufgehoben. Die Lage der ganzen Landbevölkerung im Kraichgau wurde darüberhinaus bedrückend durch katastrophale Witterungsverhältnisse in den Jahren 1845 bis 1847: es gab langanhaltende Regenperioden in diesem Zeitraum, dazu große Kälteperioden im



Figurine und Uniform eines Badischen Freischärlers um 1848/49

Winter und eine abnorme Trockenheit im Frühjahr, eine Kartoffelkrankheit gesellte sich noch hinzu, die eine Fäulnis der Früchte mit sich brachte und auch das Getreide gedieh



SAMMILUNG der FREISCHÄRLER
vordem EPPINGER RATHAUS und
ABMARSCH ZUR NECKARARMEE.

schlecht. Mißernten waren die Folge und damit verbunden eine große Not: Man lebte am Rande einer Hungersnot, der Futtermangel dezimierte den Viehbestand. Cholera ging auch unter den Menschen um und raffte manche dahin. Das alles zusammen bewirkte eine erschreckende Verarmung, diese sozialen Mißstände führten zu einer allgemeinen Unzufriedenheit unter der Bevölkerung auch in Sulzfeld.

Die Gemeinde Sulzfeld war auf diesem Gebiet in jenen Jahren kein Einzelfall im Kraichgau, mag es in den Städtchen Bretten und Eppingen diese extremen sozialen Mißstände nicht gegeben haben, so war die Not in vielen Dörfern, aber auch im Städtchen Sinsheim bedrängend: in Sinsheim mußte eine Suppenanstalt, was etwas ganz Neues für die Gegend bedeutete, eingerichtet werden, um die Ärmsten zu versorgen. Die Bauern der Gegend waren gezwungen Kredite aufzunehmen, um ihre Ablösung begleichen zu können, hierbei kam es vor, daß Juden als Kreditgeber – so kann man es den Akten entnehmen – schamlos an den Ausleihern gehandelt haben. Der Zorn der Bevölkerung richtete sich handgreiflich gegen diesen jüdischen Zinswucher und bedrohte jüdisches Gut und Eigentum mitsamt dem Leben, z. B. in Bretten, Neckarbischofsheim, Richen, Berwangen, Mühlbach und Neidenstein. Aber auch der örtliche Adel wurde zum Ziel dieses Zornes, denn dieser hatte ja an den meisten Orten weithin das Sagen. Ohne vorerst schlimme Folgen verlief der Auflauf eines aufgebracht Bauernhaufens aus Steinsfurt zum Schloß Neuhaus und anschließend daran zur Stiftsschaffnei in Sinsheim: man verlangte von beiden Stellen die Befreiung von Abgaben, die unterschriftlich wohl gewährt, nachher aber widerrufen wurde. Die Volksseele wütete vornehmlich gegen die Stiftsschaffnei in Sinsheim, der man Anhäufung von Gütern vorhielt, ob man daraus eine antikirchliche Einstellung folgern kann, ist direkt nicht auszumachen, obwohl bis in unsere Tage hinein eine spürbare Animosität gegenüber der kirchlichen Stiftsverwaltung, die später nach Heidelberg verlegt wurde, unter den Bauern im Kraichgau vorhanden ist. Bei der Stiftsverwaltung sollen damals die Verantwortlichen sehr hartherzig eingestellt gewesen sein.

Für das Gebiet des Kraichgaus darf man darum mit Fug und Recht sagen, daß die sozial-ökonomischen Mißstände und die verzweifelte Lage der Menschen in der Gegend zur revolutionären Gesinnung stark beigetragen und diese zu den Übergriffen geführt haben.

Am drastischsten waren die Übergriffe 1848 in Sulzfeld, im Ort selbst und auf dem benachbarten Neuhaus, der zum Besitz der Göler von Ravensburg gehört: da gab es Plünderungen und Zerstörungen am adligen Gut, die ins Kriminelle hineinreichten. Diese Übergriffe wurden erst nach der Zerschlagung der Revolution 1848/49 mit hohen Strafen für die Rädelsführer und Mitwirkenden geahndet: das hat in Sulzfeld für Jahrzehnte nachher eine Mißstimmung erzeugt, davon konnte man noch bis in unsere Tage hinein etwas wahrnehmen. Interessant mag noch sein, daß nach den Ereignissen von 1848 in Sulzfeld die Mitwirkung der Sulzfelder bei den Ereignissen von 1849, auf die es ankam, minimal, schier nicht existent war. Aber auch das muß man gebührend herausstellen: das Verhältnis zwischen der Herrschaft und der Bevölkerung in Sulzfeld hat sich in den Jahrzehnten nachher zum Guten entwickelt.

Das Städtchen Sinsheim, das man von vielen Aspekten her als Mittelpunkt des Kraichgaus bezeichnen kann, hat in der Vorgeschichte der Revolution von 1848/49 und in ihrem Verlauf nicht nur für die Gegend selbst, sondern für die Revolution insgesamt eine wichtige Rolle gespielt: in Sinsheim ist einiges vor sich gegangen, was Aufmerksamkeit verdient. Die sozial ungunstigen Mißstände in Sinsheim sind schon erwähnt worden, sie allein aber haben nicht dazu geführt, daß die revolutionären Gedanken sich dort vornehmlich ausbreiteten. Der republikanische Geist hatte in Sinsheim einen großen Teil der Bevölkerung ergriffen: es waren z. T. verantwortliche Repräsentanten aus dem Ort, die diese republikanischen Gedanken ins Volk hineintrugen und dessen Stimmung anheizten. Soziale Mißstände, Unzufriedenheit und republikanische Gedankengänge hatten sich hier zu einer Einstellung vereinigt, die nur organisatorisch befähigter Menschen bedurfte, um in der Öffentlichkeit ideell wirksam werden zu können. Man hatte in Sinsheim wohl den liberalen Friedrich Daniel Bassier-

mann in die 2. Kammer des Landtags gewählt, aber durch diesen konnten diese republikanischen Impulse nicht fruchtbar gemacht werden. Immer mehr Einfluß gewann Friedrich Hecker und sein radikal – revolutionärer Kreis, dessen Ideen in manchen Zirkeln in Sinsheim Anklang und Nachahmer fanden, Hecker blieb über Eichtersheim, seinem Geburtsort, der Gegend des Kraichgau immer innerlich verbunden. Zum geistigen Kopf dieser republikanischen Bewegung in Sinsheim wurde der Apotheker Carl Gustav Mayer, der aus Heilbronn stammte, ein Bruder des Arztes und berühmten Physikers Robert Mayer, der hingegen auf der konservativen Seite damals stand. Carl Gustav Mayer zur Seite hatte sich der Färbermeister Eduard Speiser eingereiht, der im Gegensatz zum radikalen Mayer ein ausgleichender Mann war, von dem wir später noch hören werden. Es war insgesamt eine imposante Schar, die sich um diese republikanischen Ideen in Sinsheim zusammenfand. Sinsheim wurde so zu einem richtigen Stützpunkt der Revolution in der Gegend. Die Gegenposition, der „Vaterländische Verein“, ließ in Sinsheim aber auch nicht lange auf sich warten, mehr als 200 Sinsheimer Bürger bekannten sich zu ihm, geistiger Führer war hier Pfarrer Karl Wilckens, der Schwiegersohn von Dekan Karl Wilhelmi, der dieser Seite auch gewogen war. Im Vaterländischen Verein kam die Anerkennung der Obrigkeit – das war das großherzoglich-badische Herrscherhaus – zur Geltung. Zwischen den beiden Clans ist es in Sinsheim nicht nur zur geistigen Auseinandersetzung, sondern auch zu Handgreiflichkeiten gekommen.

Der republikanische Klub von Sinsheim war eifrig bei der Sache, er organisierte einige spektakuläre Aktionen, am bekanntesten ist der „Sinsheimer Zug“ nach Heidelberg, Ende April 1848. Die Sinsheimer hatten vor, sich in Heidelberg mit der dortigen Bürgerwehr zu vereinen und mit dieser für eine deutsche Republik zu demonstrieren, diese sogar zu proklamieren. Die Sinsheimer erlebten bei dieser Aktion aber eine Überraschung: sie wurden selbst von der Heidelberger Bürgerwehr entwaffnet, dabei ernteten sie Hohn und Spott; eine Sache, die ernst gemeint war, wurde zur Parodie. Einige der Teilnehmer aus Sinsheim

wurden darauf inhaftiert, der Apotheker Mayer, der Organisator des Ganzen, mußte das Weite suchen. Die Sinsheimer ließen sich nun keineswegs beirren, es war das nur ein Vorspiel zu Umfassenderem, das bevorstand.

III

Wir müssen die ganze Entwicklung im Großherzogtum nun heranziehen. Die entscheidenden Ereignisse folgten jetzt erst. Zuerst schlug im April 1848 „der Heckerzug“ im Südbadischen fehl, und auch der „Struve-Putsch“ im September 1848 endete kläglich bei Staufen. Carl Gustav Mayer und Carl Bauer, die beiden republikanischen Anführer aus Sinsheim, wurden nach dem Struve-Putsch wohl gefangengenommen, kamen aber mit relativ geringen Strafen davon; sie wurden bald wieder freigelassen. Und wer nun gemeint hatte, daß die revolutionären Gedanken jetzt Schaden nehmen würden nach diesen mißglückten Aktionen, der wurde eines Besseren belehrt: im Kraichgau, wie überhaupt im ganzen Großherzogtum Baden, ertönte sogar noch stärker der Ruf nach Freiheit und verfestigte sich der republikanische Gedanke. Von Amand Goegg aus Renchen, durch Werbung geschickt organisiert, entstanden im Lande, so auch im Kraichgau, demokratische Gruppen, „Volksvereine“ genannt, 400 an der Zahl sollen es gewesen sein mit 35 000 Mitgliedern im ganzen Lande, diese entstanden parallel zu den „Bürgerwehren“, die sich nun vermehrten und zu den alten schon vorhandenen Bürgerwehren stießen. Dem Geist der Zeit folgend wurden diese bald „Volkswehren“ genannt. Diese Neugründungen sollten im Lande dem Willen nach Demokratie Nachdruck verleihen, man kann sich unter ihnen so etwas wie revolutionäre Zellen vorstellen. Der Gedanke der Volksbewaffnung entsprang französischem Vorbild, der „levée en masse“ von 1789. Inwieweit sich diese „Volkswehren“ überall wirkungsvoll in Szene setzen konnten, ist nicht mehr auszumachen.

In Sinsheim auf jeden Fall bröckelte die Front der Anhänger der konstitutionellen Monarchie zu Gunsten der „Volksvereine“ ab, zumal ja der „Frankfurter Nationalversammlung“ kein rechter Erfolg beschieden war. 1848 wur-

den von der großherzoglichen Regierung die Volksvereine noch verboten, es war eine Verordnung, die weithin ins Leere ging. Die Presse, die im ganzen Lande, auch im Kraichgau, sich mehr und mehr durchsetzte – vor allem von Durlach und Mannheim aus – stand fast durchgängig auf Seiten der demokratischen und republikanischen Bewegung.

Um die Mitte 1848 und dann 1849 setzte eine järe Entwicklung ein, die in ihren Phasen nicht mehr leicht rekonstruierbar ist, sogar die Soldaten der Festung Rastatt und andere soldatische Einheiten meuterten und wurden von den revolutionären Gedanken erfaßt, man hat den Eindruck, daß hier manches ansteckend wirkte. Großherzog Leopold verließ am 14./15. Mai 1849 die Residenz Karlsruhe, diese war nun in der Hand der Revolutionäre, am 15. Juni 1849 wird in Karlsruhe „eine provisorische Regierung“ unter Ludwig Brentano ausgerufen. Um etwas von der Dramatik, aber auch von der Kompliziertheit jener Tage und Wochen aufzuzeigen, ist es gut, wenn wir die Entwicklung bei der Bürgerwehr Bretten in aller Knappheit darstellen.

Eine „Bürgerwehr“ bestand in Bretten nicht erst seit der Vorrevolutionszeit von 1848/49, sie hat gar nichts damit zu tun. Die offizielle Gründung der Bürgerwehr Bretten erfolgte als „Bürgermilitairkorps“, von der großherzoglichen Verwaltung lanziert, im Jahre 1824 und das im Zusammenhang mit dem „Freischießen“ in der Stadt Bretten, kurpfälzische und markgräfliche Traditionen wirken hier nach. Der Bürgerwehr waren von Anfang an Ordnungs- und Repräsentationsfunktionen übertragen worden. Diese Bürgerwehr Bretten hatte ab 1824 eine wechselhafte Entwicklung, die großherzoglich-badische Regierung und Verwaltung hielt große Stücke auf die im Lande existierenden Bürgerwehren, so auch auf die von Bretten. Zum 1. April 1848 befahl ein Gesetz der großherzoglichen Regierung – es ist das nach dem „Heckerzug“ – Bürgerwehren aufzustellen, mit dem Ziel „der Verteidigung des Vaterlandes“, die Bürgerwehrpflicht wurde dabei auf das 21. bis 25. Lebensjahr festgelegt. Damit bekamen die alten Bürgerwehren, die im Lande bestanden und die bisher unpolitisch waren, ein politisches Gesicht und Gewicht. In Bretten waren in dieser Zeit unmittelbar vor

den Jahren 1848/49 innerhalb der Bürgerschaft auch demokratisch-republikanische Strömungen vorhanden, teilweise waren diese auch in einem „Volksverein“ organisiert, Ideen von Hecker bewegten manche Leute. Da die Stelle des Bürgerwehrkommandanten im Jahre 1848 unbesetzt war, wurde auf Wunsch der Stadt Bretten der „erfahrene und unbescholten“ Posthalter und Gastgeber zum „Ritter“ Ludwig Paravicini, Nachkomme von Glaubensflüchtlingen aus dem Veltlin, zum Kommandanten der Bürgerwehr gewählt. Dieser hatte damals schon und später noch mehr viele öffentliche Ämter inne, u. a. ist er später Landtags- und Reichstagsabgeordneter geworden, politisch, von heute aus gesehen, eher national-liberalen Zuschnitts, damals aber durchaus in den Gedanken der konstitutionellen Monarchie fußend. In der Bürgerwehr Bretten gab es auch Vertreter der Radikaldemokraten.

Ludwig Paravicini hatte das Kommandantenamt der Bürgerwehr Bretten aus bürgerlichem Pflichtgefühl heraus übernommen, er hielt aber Distanz zum Gedanken der Volkswehr und den demokratisch-revolutionären Bestrebungen der Volksvereine. Anfänglich kamen zum Exerzieren etwa 300 Mann zusammen und das regelmäßig in der Woche, nach und nach erlahmte die Bereitschaft zum Dienst, ein Exerziermeister aus Karlsruhe leitete wohl die Ausbildung der Leute, aber nicht mit dem nötigen Erfolg. Unter Ludwig Paravicini leistet die Bürgerwehr Bretten den Eid zuerst auf den Großherzog, dann aber, obwohl Paravicini als Kommandant einige Einwände hatte, auch auf die „provisorische Regierung“. Ludwig Paravicini hat in allem was er tat, pragmatisch gehandelt: er ist einer jener Vertreter in der Stadt Bretten und im Großherzogtum Baden, die in ihrer Einstellung innerlich gespalten sind – wie hoch deren Zahl war, läßt sich wohl nicht mehr ermitteln –, auf keinen Fall strebte er einen Aufstand an, obwohl er durchaus offen war für liberale Ideen. Man kann sich unter diesen Umständen leicht vorstellen, daß Ludwig Paravicini in seinen Entschlüssen, die er im Blick auf die Bürgerwehr Bretten zu treffen hatte, nicht radikal handeln konnte. Unter diesen Umständen ist es aufschlußreich, den Weg der Bürgerwehr Bretten weiter zu verfolgen.

Mitglieder der Volksvereine

(Entnommen den Unterlagen des Generallandesarchiv's Karlsruhe)

Ort	Namen	Stand	Aufgabe im VV
Eppingen	Kirsch Wilhelm August Thomä Niebergall Julius Eisele Korn David Doll Fuhrmann Bitterich Bitterich Franz Fischer Ihle Gurlit Johann	Ratschreiber Gemeinderat Aktuar Amtsrevisor- assistent Rechtskandidat Kaufmann Schuster Landwirt Engelwirt Sattler Flaschner Chirurg	Vorstand Vorstand Schriftführer Schriftführer Schriftführer
Gemmingen	Rupp Wollet Karl Volz J.M.	Bürgermeister Bäcker Schmied	Vorstand Schriftführer
Mühlbach	Veith Wiesendanger	Lehrer ev. Lehrer kath.	Vorstand Schriftführer
Stebbach	Brian Kahn Bernhard Kahn Hermann	Lehrer ev.	Vorstand Schriftführer Schriftführer
Sulzfeld	Gillarion Luz Marx Nüssle Steiner Fr. Haas Klingenfuß	Seemüller Lehrer ev. Gemeinderat Gemeinderat Lammwirt Akzisor	Vorstand Schriftführer
Richen	Hörn Johann Ziegler Brehm Andreas	Schreiner Bürgermeister Schreiner	Vorstand Vorstand Schriftführer
Elsenz ^{x)}	Sauer Weber Gottfried	Hilfslehrer	Vorstand Vorstand

^{x)} Von Elsenz sind noch folgende Stiftungsmitglieder bekannt:

Michael Hörn, Georg Volz, Johann Bentz, Johann Bockhorn, Georg Benz, Benz (Lammwirt), Lämmlein, alt, (Kaufmann), Georg Kraut, Daniel Maier, Valentin Emmerich, Johann Volz, Holzwarth (Schwanenwirt) und Beurer (Chirurg).

IV

1849 hat die provisorische Regierung in Karlsruhe die Einberufung der Bürgerwehren im Lande beschlossen. In Sinsheim, wo Bürgerwehr und Volksverein übereinstimmten, und auch der Gedanke eines Kampfes für die Freiheit und die Demokratie trotz der Blamage von April 1848 in Heidelberg keinen Schaden genommen hatte, war die Bereitschaft, sich am erneuten Kampf zu beteiligen, ungebrochen vorhanden. Die Bürgerwehr Sinsheim und was damit zusammenhängt kann in der zweiten Hälfte von Mai 1849 einen spektakulären Erfolg erzielen: unter Assistenz der Bürgerwehr aus Kirchartd aus dem Badischen und der württembergischen Bürgerwehr Heilbronn und Freischärlern kann sie in Fürfeld auf württembergischen Boden, hart an der badischen Grenze, die eidestreu, aus Karlsruhe geflohenen badischen Truppen unter dem Kriegsminister, General Friedrich Hoffmann, entwaffnen. Das ist ein Erfolg für die Verbündeten der Revolution: Sinsheim – so könnte man sagen – ist damit für zwei Tage, am 17./18. Mai 1849, das Zentrum der Revolutionskämpfe, man könnte sogar sagen: ein Sieg für die badischen Revolutionäre ist in greifbare Nähe gerückt. Dieser Sieg, auch wenn er vielleicht nicht im erbitterten Kampf erfochten wurde, hat die revolutionäre Bewegung vorerst sichtbarlich gestärkt. In Eppingen wird im Mai 1849 von der Bürgerwehr „Generalmarsch“ angeordnet, aber da war zuerst noch nicht klar, wer hier Kommandant sein sollte, Ludwig Hochstetter, Wilhelm August Kirsch oder Bibliothekar Lother. In Eppingen kam es in der Zeit der provisorischen Regierung zu Ausschreitungen: Beamte wurden abgesetzt, Diakonus Rippmann mußte nach Kleingartach ins Württembergische fliehen, um sicher zu sein. Kommandant Kirsch, der sich durchsetzte mußte dann aber den Bürgerwehmännern Strafe androhen, damit sie seiner Aufforderung Folge leisteten.

Kehren wir zur Bürgerwehr Bretten zurück, diese ist es ja, die am meisten Tradition hat. Dort wird's ernst. Am 10. Juni 1849 ist das erste Aufgebot der Bürgerwehr Bretten nach Karlsruhe abgerückt, das zweite sollte folgen, was aber nie geschehen ist. Ludwig Paravicini hat großen Wert auf eine gute Ordnung beim

Aufmarsch und beim Marsch unterwegs nach Karlsruhe gelegt. In Karlsruhe wurde zuerst exerziert, aber dort legte Ludwig Paravicini schon gleich sein Amt als Kommandant der Bürgerwehr Bretten nieder und kehrte in seine Heimatstadt zurück. Gewehre und Munition hatte man sich noch in Bretten von Karlsruhe besorgt. Aus Bretten und Umgebung waren etwa 1000 Bürgerwehrleute nach Karlsruhe ausgerückt, man hatte auch versucht, württembergische Gesinnungsgenossen zu gewinnen, diesem Ansinnen war aber kein Erfolg beschieden. Nach der Quittierung des Dienstes durch Ludwig Paravicini nahm die Disziplin in der Bürgerwehr Bretten Schaden: einige der Leute entfernten sich nach Hause. Was die Aufrüstung und die Kampffähigkeit anbelangt, so konnte man den Brettener Bürgerwehrluten kein befriedigendes Zeugnis ausstellen, die Bereitschaft, in den Kampf zu ziehen, war auch nicht ausgeprägt entwickelt. War es nicht auch eine Zumutung und geradezu fahrlässig, ohne Zielvorstellung in den Kampf zu ziehen! Ludwig Paravicini kann man keinen Vorwurf machen, er hatte ja nur aus Pflichtgefühl seiner Heimatstadt gegenüber diesen Auftrag übernommen, er wollte das Beste aus der Sache machen, was ihm dann aber nicht möglich war, weil er nicht ganz hinter der Sache stand, für die er sich mit der Bürgerwehr Bretten einsetzen sollte. Diese Bürgerwehr Bretten stand in einer zwiespältigen Situation, es war auch niemand sonst vorhanden, der aus diesem Zwiespalt herausführen konnte. Anders hat sich die Bürgerwehr Sinsheim und diejenigen, die zu ihr gestoßen waren, in dieser Zeit, Ende Mai/Anfang Juni 1849, verhalten, daran wird wieder deutlich, daß in einem relativ engen Raum, in dem die Verhältnisse sehr ähnlich sind, Menschen jeweils anders reagieren – damals auch schon –, wenn es um elementare Dinge des Lebens geht. Zusammen mit regulären badischen Truppen, die sich den Revolutionären angeschlossen hatten, mit Freischärlern und Freiwilligen aus vieler Herren Länder, auch Angehörigen anderer Bürgerwehren, wird die Bürgerwehr Sinsheim zum Kampf aufgeboten. Die Revolution mobilisiert in Sinsheim alles Verfügbare, das ist auch notwendig, denn der Aufmarsch der von Großherzog Leopold herbeigerufenen Preußen (und anderer Reichs-

truppen) am Rhein und Neckar ist erfolgt. Das erste Sinsheimer Aufgebot mit 853 Wehrmännern, die mit Steinschloßgewehren, Säbeln, Sensen, Beilen, Messern u. a. bewaffnet sind, bricht zwischen dem 13. und 14. Juni 1849 von Sinsheim aus auf, eine Fahne, von Sinsheimer Jungfrauen gefertigt und bestickt, mit der Aufschrift „Entweder – Oder“, wird den Ausrückenden vorangetragen, man kann schon sagen: hier ist eine gewisse Begeisterung vorhanden.

An dieser Stelle tritt nun Franz Sigel auf den Plan, der beim Heckerzug im Südbadischen dabei gewesen war und in die Schweiz abgedrängt, dann nach Baden zurückgekehrt war. Dieser hat am 19. Mai 1849 von Landesausschuß den Auftrag erhalten – er ist ja ausgebildeter Offizier –, einen Operationsplan für die Kriegsführung der Revolutionäre zu erstellen, einige Zeit fungiert er auch als Kriegsminister, – Franz Sigel ist zu diesem Zeitpunkt gerade 25 Jahre alt. An der Spitze einer Schwadron badischer Dragoner marschiert Franz Sigel nach Hessen hinein, wird aber in Heppenheim an der Bergstraße von den hessischen Soldaten in die Flucht geschlagen. Man muß Franz Sigel, wenn man das alles zur Kenntnis nimmt, Tapferkeit und Mut attestieren, er hat das in seinem späteren Wirken in den USA ja auch gezeigt. Dem Sinsheimer Aufgebot hatten sich auch Hanauer Turner und Bürgerwehrleute aus Heilbronn angeschlossen, es geht mit diesem Aufgebot Richtung Neckargemünd und Hirschhorn, dort stößt es zur 5. Division unter Johann Philipp Becker, der für die Volks- oder Bürgerwehren zuständig ist. Sechs badische Divisionen mit jeweils 4000 Mann (24 000) stehen mit Mittelpunkt Neckargemünd 70 000 Mann preußischer Truppen gegenüber. Das war von vorneherein ein Mißverhältnis für die bevorstehende Auseinandersetzung, denn am 15. Juni 1849 wurde von der provisorischen Regierung in Karlsruhe der Kriegszustand für das ganze badische Land erklärt.

V

Jetzt galt es für die badischen revolutionären Truppen, für die an der Rhein/Neckarfront wie für die an der Front um Karlsruhe, die jeweils zusammengesetzt waren aus regulären

Truppenteilen, aus Volks- und Bürgerwehren und aus Freischärlern, sich im wirklichen Kampf zu bewähren. Längs der Neckarlinie leistete die badische Volksarmee vom 15. bis zum 18. Juni 1849 gegen einen übermächtigen Gegner erbitterten Widerstand, hier waren auch die Sinsheimer mit eingesetzt. Von der provisorischen Regierung wurde jetzt der polnische Offizier Ludwig Mieroslawski zum Oberkommandierenden der badischen Volksarmee ernannt, Franz Sigel ist ihm unterstellt. Am 20. Juni 1849 setzten preußische Truppen bei Germersheim über den Rhein und stießen bis Bruchsal, bzw. Waghäusel vor. Die nördliche Neckarfront und der hinhaltende Abwehrkampf dort wurden damit zweitrangig. In einer Blitzaktion verlegen Mieroslawski und Sigel das Hauptkontingent der badischen Truppen vom Neckar mit Hilfe der Eisenbahn des Rheintals in der Nacht vom 20. zum 21. Juni 1849 nach Waghäusel, um der Umklammerung durch die preußischen Truppen zu entgehen. Hier in Waghäusel in der Rheinebene an einem bis dato unbekanntem kleinen Ort wird sich nun das Schicksal dieses revolutionären Aufstandes von 1848/49 entscheiden. In der badischen Geschichte wird dieser Ort fortan zum Begriff werden. Das Gefecht wogt hin und her, nach anfänglichen Vorteilen für die revolutionären badischen Truppen behielten dann doch die an Zahl überlegenen preußischen Truppen die Oberhand: damit war der Revolution im Großherzogtum Baden der Todesstoß versetzt. Die Leute der Bürgerwehr Bretten und Umgebung waren in Waghäusel, ohne daß sie aber eingreifen mußten, mitbeteiligt, auch für sie war der Einsatz beendet, nachdem die Entscheidung gefallen war. Alle, die mit der Brettener Bürgerwehr ausgezogen waren, sind wieder heil in ihre Heimorte zurückgekommen.

Ludwig Paravicini, der in einer späteren Zeit einen Bericht über die ganzen damaligen Geschehnisse, die mit der Bürgerwehr Bretten zusammenhängen, dabei aber auch die Kämpfe um Waghäusel mit in seinen Bericht einbezieht, niedergeschrieben hat, urteilt in diesem Bericht lakonisch: „Die Bürgerwehr – es gilt das für die Brettener zuerst und wohl auch für die anderen Bürgerwehren – war mangelhaft bewaffnet und eingübt und zu nichts zu verwenden.“ Das ist eine harte Aussage, sie mag

der Wahrheit in der Beurteilung der Rolle der Bürgerwehren in dieser Zeit nahekommen, obwohl Ludwig Paravicini nicht als Spezialist für militärische Fragen angesprochen werden kann. Zum Gefecht in Waghäusel haben militärische Experten später Stellung bezogen, sie bescheinigen einigen Volkswehrataillonen und hier dem ersten Aufgebot, aber auch Einheiten von Freischärlern, daß sie sich überraschend gut geschlagen hätten, obwohl nicht bis zum letzten Blutstropfen gekämpft wurde. Was die Verluste in diesem Gefecht bei Waghäusel anbelangt, haben wir nur zuverlässige Zahlen über die preußischen Truppen.

Im Wiesentaler Park im Waghäusel steht das Husarendenkmal zu Ehren der gefallenen Preußen, das 1851 eingeweiht wurde, es erinnert u. a. an die sieben Husaren, die am 19. Juni 1849 im Gefecht an der Straße nach Philippsburg gefallen sind. Auf dem alten Waghäuseler Friedhof findet man noch das Grab des am 22. Juni 1849 gefallenen preußischen Infanterie-Hauptmanns Friedrich August Liebermann von Sonnenberg. An die auch im Gefecht gefallenen 20 Freischärler erinnert kein Denkmal. Zwei Bürger aus Wiesental sind erschossen worden, als die Preußen im Dorf einzogen. Es war nach 1849 nicht schicklich, die auf Seiten der aufständischen Gefallenen zu ehren, so findet man für diese auch keine zu ihrem Andenken errichtete Grabsteine – auch in der Gegend nicht. Auch in die Kirchenbücher sollten diese Gefallenen nicht eingetragen werden, eine solche Weisung gab es, auf diese Weise fanden diese Menschen keine weitere Erwähnung. Nach den katholischen Pfarrakten und der Überlieferung läßt sich schließen, daß ein Teil der Einwohner von Waghäusel – genaues läßt sich heute nicht mehr ausmachen – auf der Seite der Aufständischen stand oder mit ihnen sympathisierte. Überbleibsel aus jener Zeit sind kaum mehr in Waghäusel und der Gegend vorhanden: Im Heimatmuseum Wiesental gibt es eine Husarenuniform von damals und nach Originalen angefertigte Freischärlerkleidung zu sehen. Die eingemauerten Kugeln von 1849 über dem Sakristeieingang in Wiesental sind mit dem Brand der Kirche im Jahre 1945 verschwunden.

Vom Schicksal des Brettener Bürgerwehraufgebots nach dem Gefecht von Waghäusel

haben wir gehört, wie ging es aber nach dem Gefecht von Waghäusel mit dem Sinsheimer und dem Eppinger Aufgebot zu? Der Neckararmee, so weit sie nicht nach Waghäusel abgezogen worden war, in der sich innerhalb der Becker'schen Division das Sinsheimer Aufgebot befand, blieb nur der Rückzug nach Heidelberg offen. Angehörige dieses Aufgebots haben bald die kämpfende Truppe verlassen und sind heimgekehrt. Da die Preußen die Reste dieser Neckarfront bedrohten, machten sich die badischen Truppen in Richtung Sinsheim auf, wo am 22. Juni 1849 die ersten von ihnen eintrafen – man schätzte deren Zahl noch auf 15–18 000 Mann. Preußische Truppen stießen, von Waghäusel kommend, über Langenbrücken in den Kraichgau vor, Reichstruppen, vornehmlich Hessen, marschierten von Waibstadt her Sinsheim zu: man plante von beiden Seiten aus die Aufständischen einzukreisen. Unmittelbar vor Sinsheim entwickelte sich zwischen Sigels Division, die den Abzug der Revolutionäre deckte, noch einmal ein Scharmützelgefecht. Dann ergießen sich die geschlagenen revolutionären Truppen über den Kraichgau hinweg, passieren Eppingen, um in Bretten einen gewissen Sammelpunkt zu erreichen. Bei diesem Durchzug zeigen sich diese Truppen nicht gerade von der besten Seite: in Bretten eignete sich eine kleine Einheit auf abenteuerliche Weise die Domänenkasse an. Über Durlach wird die Murgstellung erreicht, wo man sich aber auch nicht festsetzen konnte. Franz Sigel ist es, der den Rest dieser aufständischen badischen Truppen in die Schweiz führt. 5500 Soldaten sind in der Festung Rastatt eingeschlossen, diese kapitulieren am 23. Juli 1849 und ergeben sich auf „Gnade und Ungnade“ den preußischen Truppen.

Großherzog Leopold kehrt am 18. August 1849 wieder in seine Residenz Karlsruhe zurück.

Wie aber Teile des Bataillons von Major Ludwig Hochstetter aus Eppingen nach der Kapitulation nach Rastatt gelangen konnten, ist unklar und wohl mit der allgemeinen Verwirrung unter den geschlagenen Revolutionären zu erklären. Im Kraichgau sollte das dicke Ende für manche Beteiligten jetzt noch kommen: sofern diese nicht ins Ausland fliehen

konnten, gab es saftige Bestrafungen u. a. zehn Jahre Zuchthaus (in Bruchsal) für Pfarrer Georg Friedrich Schlatter, der auch aus dem Amt entfernt wurde. Nach einer späteren Darstellung (in „Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1848 und 1849“) von Franz Sigel, 1902 herausgegeben, sollen 5000 Volkswehrleute an den Kämpfen in Waghäusel teilgenommen haben, die Mehrzahl dieser Leute war aus dem Kraichgau, was ja auch wieder zeigt, daß diese Gegend stark mit diesen Ereignissen von 1848/49 zu tun hatte. Die großherzogliche Regierung versuchte nach 1848/49 diese ganzen Ereignisse aus dem Gedächtnis der Leute zu verdrängen, was nur zum Teil im Kraichgau gelungen ist: dort hat gerade das Volk unter den handelnden Personen jener Jahre besonders Friedrich Hecker als populäre Erscheinung im Gedächtnis behalten: Aber das erfolgte auch im Kraichgau: daß von aktiven Leuten des Aufstandes einigen nach dem gewonnenen Krieg von 1870/71 wieder in die damalige Gesellschaft integriert wurden und sogar in der Öffentlichkeit eine Rolle spielen konnten in diesen Jahrzehnten. Das auffälligste Beispiel hierfür ist Eduard Speiser, der zum Bürgermeister in Sinsheim gewählt wurde und dort von 1881–89 als solcher amtierte, er hat noch weitere Ämter innegehabt: er war u. a. evangelischer Kirchengemeinderat, Mitglied des Bezirksrates, Gründer und Kommandant der Feuerwehr und Mitbegründer des Vorschußvereins, der späteren Volksbank, und Gründer des Gewerbevereins, alles in Sinsheim. Eduard Speiser ist ein beredtes Beispiel dafür, daß 1848/49 fähige Leute in führenden Stellungen bei den badischen Revolutionären mitgemacht haben. Daß die Bevölkerung diese Revolution später positiv sanktionierte, ist von Bedeutung, aber noch beachtlicher ist es, daß die großherzoglichen Behörden auch hier eine gewisse Großzügigkeit walten ließen und Leute danach nach ihren richtigen Fähigkeiten einschätzten. Auch das wird dazu beigetragen haben, daß sich gerade im Kraichgau das Andenken an großherzogliche Zeiten und die Erinnerung an die

Revolution inklusive der Popularität eines Friedrich Hecker, den man auch wieder als einen Hiesigen betrachtete, zu einer Einheit in der späteren Erinnerung verschmolzen haben. Das mag weiter damit zusammenhängen, daß Großherzog Friedrich I. (er regierte von 1853 bis 1907) sich einer großen Liberalität befleißigte und die Nähe zum Volk suchte, zumal sich mit der Zeit auch Gegensätzliches zur Verklärung vereinigte.

Das Verhalten im Kraichgau vor den Revolutionsjahren 1848/49 und während diesen Jahren war bei den Bewohnern keineswegs einheitlich: es gab viel Begeisterung an manchen Stellen, was mit hohen Erwartungen verknüpft war. Und es war auch so, daß sich in dieser Revolution ein Drang nach sozialer Gerechtigkeit äußerte, der durchaus berechtigt war.

Vieles von dem, was wir aufgezeigt haben, blieb in der Erinnerung bei den Menschen im Kraichgau haften, oftmals war es auch nur Anekdotisches, dem man Positives abgewann. Dieses vereinigte sich mit der guten Erinnerung an die großherzoglich-badische Zeit. Man erzählte bis in die letzten Jahrzehnte hinein in den Ortschaften des Kraichgaus von Vorfahren, die auf der einen oder der anderen Seite dabeigewesen waren. Trotz eklatanter Schwächen in der praktischen Umsetzung der anerkanntswerten Überzeugung im Kampf um gesellschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung im Zusammenleben der Menschen werden wir gerade diesen Menschen im Kraichgau, die darum kämpften, unsere Anerkennung nicht versagen können. Die Gegend des Kraichgau kann uns zur Einstimmung zum 150. Jubiläum dieser Ereignisse bestens dienlich sein.

Anschrift des Autors:
Michael Ertz
Reuchlinstraße 14b
75015 Bretten



Georg Herwegh, die Pariser deutsch-demokratische Legion und ihr Zug im badischen Oberland im April 1848

Die Pariser deutsch-demokratische Legion ist mit dem Namen des Dichters Georg Herwegh untrennbar verbunden. Es ist im Rahmen der folgenden Abhandlung aber leider nicht möglich, Herwegh als politischen Dichter, als die „eiserne Lerche“, wie ihn Heinrich Heine genannt hat, zu würdigen, wenn auch diese wesentlichste Seite seines Lebens zwangsläufig anklingen wird. Um die Bedeutung Herweghs für die Legion – man spricht oft von der Herwegh-Legion und vom Herwegh-Zug – und die Gründe für seinen Entschluß, die politische Leitung zu übernehmen, aufzuzeigen, sei nun sein Lebenslauf an den Anfang des folgenden Aufsatzes gestellt.

I. GEORG HERWEGH

Georg Herwegh wurde am 31. Mai 1817 in Stuttgart als Sohn eines Gastwirts geboren. Trotz der ärmlichen Verhältnisse, in denen er aufwuchs, konnte der begabte Junge das Gymnasium in Stuttgart, die Lateinschule Balingen besuchen und absolvierte dann anschließend einen vierjährigen Vorbereitungskurs an der Maulbronner Klosterschule. Dann trat Herwegh 1835 in das berühmte Tübinger Stift ein und begann das Studium der Theologie. Der inzwischen politisch erwachte junge Mann kam bald in Konflikt mit der strengen Stiftsordnung. Die pietistischen Erzieher konnten oppositionelle Schriften nicht völlig aus dem Stift heraushalten, die Herwegh unter der Schulbank las, so z. B. Börnes Briefe aus Paris oder die Reden, die auf dem Hambacher Fest gehalten worden waren.¹ Er wurde schon nach

einem Jahr wegen Widersetzlichkeit gegen die Ordnung aus dem Stift gewiesen. Er wechselte zum Jurastudium über und gab 1837 das Studium überhaupt auf, um in Stuttgart als Schriftsteller, Kritiker und Übersetzer zu arbeiten. Er schrieb für die Zeitschrift „Europa“ von August Lewald und begann mit der Übersetzung der Werke Alphonse de Lamartines.

Herwegh wurde zunächst vom Militärdienst befreit, wurde aber nach einem Streit mit einem Offizier wieder einberufen. Der militärische Zwang war dem sensiblen Herwegh verhaßt, er sah im Militärwesen ein Instrument politischer Unterdrückung. So entzog er sich der Einberufung durch die Flucht in die Schweiz und fand Unterkunft in Emmishofen (Thurgau) bei Konstanz. Dort lebte er von den Erträgen seiner dichterischen und literaturkritischen Arbeit. Er schrieb vor allem für die „Deutsche Volkshalle“, welche der berühmte „Hambacher“ Johann Georg August Wirth herausgab. Bemerkenswert ist, daß Herwegh in jener Zeit die Literaturkritik in die Kritik politischer Zustände wandelte. 1839 und 1840 verfaßte Herwegh vorzügliche und in einem mit einem glänzenden Stil geschriebene Rezensionen und Gedichte, welche dann 1845 als „Gedichte und kritische Aufsätze aus den Jahren 1839 und 1840“ veröffentlicht wurden. Kennzeichnend für jene Jahre ist, daß Herwegh mit Energie und Leidenschaft für die demokratischen Prinzipien der neueren Literatur, das Recht der „Poesie der Hütte“ und die Notwendigkeit der Opposition des Dichters gegen den Staat eintrat.

Bald wurde Herwegh die „Volkshalle“ zu wenig radikal, er trat von der Mitarbeit zurück

und ging nach Zürich (1840). Hier schrieb er die „Gedichte eines Lebendigen“. Mit diesem Titel wollte er den Fürsten Pückler-Muskau treffen, der 1830 seine „Briefe eines Verstorbenen“ veröffentlicht hatte.

Der Erfolg der Gedichte übertraf alle Erwartungen, keine andere deutsche Lyriksammlung hat diesen je erreicht. Sie erregten hohes Aufsehen und machten Herwegh mit einem Schlage berühmt. Bis 1843 erreichten die Gedichte sieben Auflagen, sie wurden zu einem Bestseller der Zeit. Woran lag dies? „In Herweghs Gedichten haben wir sämtliche Losungsworte seiner Zeit versammelt. Freiheit und Tat, Kampf und Parteilichkeit, Aufbruch und Fortschritt. (...)“² Mit ihren Forderungen nach einer (etwas verschwommen definierten) Freiheit und Einheit und mit ihren sangbaren Versen trafen sie die Stimmung des Vormärz so genau, daß besonders die junge Generation in ihnen die Widerspiegelung ihrer Hoffnungen sah.

*Wenn alle Welt den Mut verlor,
Die Fehde zu beginnen,
Tritt du, mein Volk, den Völkern vor,
Laß du dein Herzblut rinnen!
Gib uns den Mann, der das Panier
Der neuen Zeit erfasse,
Und durch Europa brechen wir
Der Freiheit eine Gasse!*

Oder wenn es im „Aufruf“ (1841) heißt:

*„Reißt die Kreuze aus der Erden!
Alle sollen Schwerter werden,
Gott im Himmel wird's verzeihn.
Gen Tyrannen und Philister!
Auch das Schwert hat seine Priester,
Und wir wollen Priester sein!“*

Dann ist das ein zündender Aufruf.

Im „Lied vom Hasse“ (1841) stehen die Verse:

*„Und wo es noch Tyrannen gibt,
Die laß uns keck erfassen;
Wir haben lang genug geliebt
Und wollen endlich lassen!“*

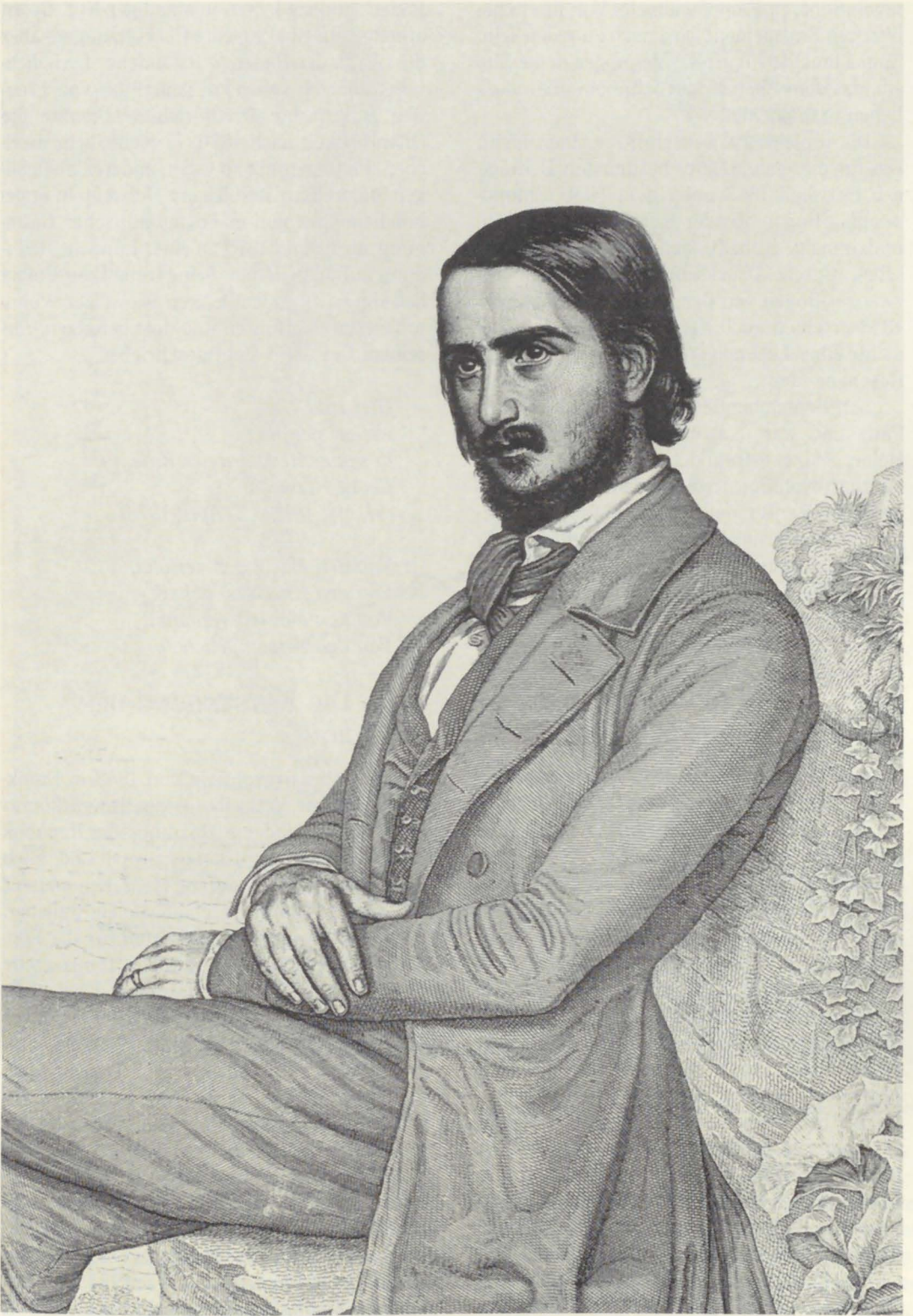
Und noch im „Bundeslied für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ vom Jahre 1863 ruft Herwegh:

*„Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will!“*

Verse, die ihre Aktualität bis heute nicht verloren haben.³

Vom Herbst 1841 bis Frühjahr 1842 hielt sich Herwegh in Paris auf. Zurückgekehrt, faßte er den Plan zur Herausgabe einer eigenen Zeitschrift „Deutscher Bote aus der Schweiz“, in der er den in Deutschland von der Zensur Verfolgten eine Plattform bieten wollte. Dann unternahm er von Zürich aus jene Werbereise durch Deutschland, die zu einem wahren Triumphzug wurde. In Jena, Leipzig, Dresden, Berlin wurde er mit Ehren überhäuft. Herwegh empfand es wohl als Gipfel der Auszeichnung, als ihn König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen im November 1842 zu einer Audienz bat, die er annahm und deshalb von der liberalen Opposition scharf kritisiert wurde. Die Audienz verlief gut, und der König verabschiedete Herwegh als einen „ehrlichen Feind“. Dieser reiste weiter nach Königsberg, empfing neue Ehren, aber gleichzeitig wurde vom preußischen Ministerium den Studenten untersagt, an jeder öffentlichen Feier für Herwegh teilzunehmen. Auch wurde der Verkauf des geplanten „Deutschen Boten aus der Schweiz“ in Preußen verboten. Herwegh schrieb dem König einen empörten Brief, der durch eine Indiskretion veröffentlicht wurde. Die Folgen waren verheerend. Herwegh wurde aus Preußen ausgewiesen (23. 12. 1842) und mußte nach Zürich zurück, vielfach geschmäht selbst von politischen Freunden. Zürich lehnte nun Herweghs Gesuch um Niederlassung ab, aber er erhielt dann im April 1843 das Bürgerrecht im Kanton Baselland.

In Berlin hatte Herwegh Emma Siegmund kennengelernt, die Tochter eines reichen Seidenhändlers, verlobt sich im November 1842 mit ihr und heiratete sie im April 1843. Das war der größte Glücksgriff seines Lebens. Emma war eine außergewöhnlich gebildete und musisch begabte Frau, die sich ganz Herweghs



Georg Herwegh

Aquae 93. Beiträge zur Geschichte der Stadt und des Kurortes Baden-Baden, Heft 26, 1993

revolutionären Kampf widmete. Von ihrem politischen Engagement wird noch zu reden sein. Emma brachte ein großes Vermögen in die Ehe ein, das dem Ehepaar auf Jahre ein luxuriöses Leben ermöglichte.

Die projektierte Zeitschrift erschien nicht. Die für die ersten Hefte bestimmten Beiträge gab Herwegh 1843 unter dem Titel „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz“ heraus, einundzwanzig deshalb, weil nach dem preußischen Gesetz Druckschriften von mehr als zwanzig Bogen von der Zensur befreit waren. 1843 erschien auch der Zweite Titel der „Gedichte eines Lebendigen“, der aber nur geringe Resonanz fand.

Seit September 1843 lebte das Ehepaar in Paris und war u. a. mit V. Hugo, Béranger, Heine, Marx befreundet. Bei Ausbruch der Februarrevolution 1848 wurde Herwegh Präsident der Pariser deutsch-demokratischen Legion. Tief deprimiert durch die Niederlage in der Revolution in Baden und verwickelt in einen Skandal wegen seiner Liebe zu Natalie Herzen, Frau seines Freundes Alexander Herzen, einer der bedeutendsten und einflußreichsten politischen Autoren Rußlands im 19. Jahrhundert, lebte Herwegh bis 1849 in Paris, dann in Genf, seit 1851 in Zürich. Er hatte viel von seinem Ansehen verloren.

Inzwischen war das große Vermögen der Frau durch das außerordentlich aufwendige Leben der Herweghs verbraucht. Not kehrte ein, die ihn später zum Verkauf seiner großen Bibliothek zwang und die einst so reiche und stolze Frau Emma mußte Bettelbriefe schreiben. Dem Broterwerb diente Herweghs Mitarbeit am „Bieler Handelscourier“ und am „Zürcher Wochenblatt“. Man unterhielt freundschaftliche Beziehungen zu Gottfried Keller, Richard Wagner, Friedrich Liszt und zu Ferdinand Lasalle. Durch dessen Einfluß trat Herwegh dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ bei. Nach Lasalles Tod trat er wieder aus, und sein politisches Denken näherte sich Marx und Engels. Ab 1869 unterstützte er den revolutionären Flügel der SPD, deren Mitglied er wurde. Aufgrund einer Amnestie konnte Herwegh 1866 nach Deutschland zurückkehren. Hoffnungen auf Professuren in Neapel und Zürich zerschlugen sich. Schließlich fand Herwegh mit seiner Frau Zuflucht in Baden-

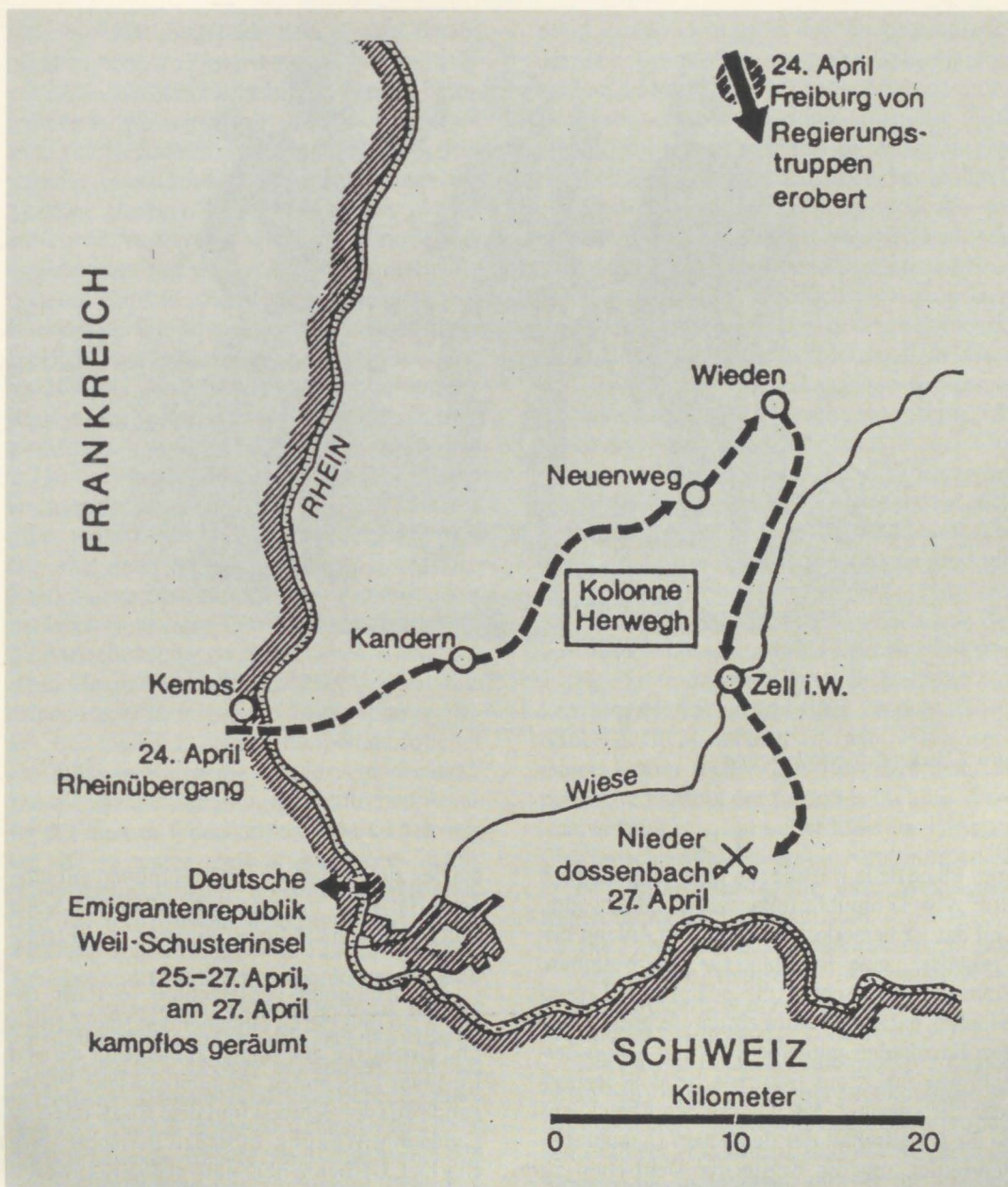
Baden, und sie lebten in ständiger Not. Georg arbeitete an Shakespeare-Übersetzungen, aber die in Baden-Baden entstandene Lyrikdichtung, die sich vehement gegen das von Preußen beherrschte Reich richtete, konnte die Öffentlichkeit nach 1870/71 nicht mehr erreichen. Im Gegensatz zu vielen anderen ehemaligen Mitstreitern starb Georg Herwegh in ungebrochener revolutionär-demokratischer Gesinnung am 7. April 1875 an einer Lungenentzündung in Baden-Baden. Seine treue Frau Emma ließ ihn nach seinem letzten Schweizer Wohnort Liestal überführen und dort beisetzen. Auf seinem Grabstein steht geschrieben:

*Hier ruht
wie er' gewollt
in seiner Heimat freier Erde
Georg Herwegh
(31. Mai 1817 – 7. April 1875)*

*Von den Mächtigen verfolgt,
Von den Knechten gehaßt,
Von den Meisten verkannt,
Von den Seinen geliebt.⁴*

II. DIE ENTSTEHUNG DER LEGION

Die Februarrevolution von 1848 in Frankreich, die zur Vertreibung des Bürgerkönigs Louis Philipp und zur Ausrufung der Republik führte, erschütterte ganz Europa und blieb nicht ohne Wirkung auf die Menschen anderer Nationen, die in Paris lebten. Polen, Italiener, Engländer u.v.m. demonstrierten für die Freiheit, sandten Adressen an das französische Volk, und die Deutschen wollten dabei nicht zurückstehen.⁵ Man muß bei den Vorgängen beachten, daß sich 1847 etwa 6212 Spanier, 4606 Polen, 640 Italiener, 178 Deutsche als politische Flüchtlinge in Paris aufhielten, ein großes revolutionäres Potential. Insgesamt lebten damals 80 000 Deutsche in der französischen Hauptstadt, zum größten Teil Geschäften nachgehend.⁶ Adalbert von Bornstedt, alter politischer Flüchtling und ehemaliger Redakteur der „Deutschen Brüsseler Zeitung“ besuchte Georg Herwegh, der ja seit 1843 in Paris lebte, und nahm ihn mit zu einer Versammlung der Deutschen im Café de Mulhouse, um eine



Der Weg der Herwegh-Legion

Bad. Geschichte vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, Hrsg. Landeszentrale f. politische Bildung Baden-Württemberg, 1979

Adresse an das französische Volk zu beraten. Die Versammlung war mit 400 Deutschen gut besucht. Herwegh setzte die Adresse auf und lud alle in Paris lebenden deutschen Demokraten auf den 6. März in den Saal Valentino ein, 4000 kamen. Zwei Tage nach der Versammlung

fanden sich etwa 6000 Deutsche auf dem Place de Caroussel ein, und man zog zum Hôtel de ville, wo Herwegh seine Adresse überreichte, die von den Mitgliedern der provisorischen Regierung begeistert angenommen wurde. Die Menge marschierte dann voll Enthusiasmus



Struve.

Hecker.

Schimmelpenninck.

*Führer der republ. Freyschützen
im badischen Oberlande 1848.*

Struve-Hecker-Schimmelpenninck

GLA J-GH/G3

zum Place de la Bastille mit dem einstimmigen Ruf: „Vive la républic universelle!“⁴⁷ Man wollte, und das ist bemerkenswert für den Anfang der Ereignisse, eine Republik für alle Nationen. Viele der Deutschen, die später die Legion bildeten, hatten bei den Februarereignissen auf den Barrikaden mitgefochten, und schon deshalb war ihnen das französische Volk freundschaftlich gesinnt. Noch am selben Abend wurde die Gesellschaft der deutschen Demokraten gegründet, um die Kräfte der Deutschen zu vereinen. Zweck der Vereinigung war: „Alles anzuwenden, um die Demokratie in Deutschland zur Geltung zu bringen und jede Volkserhebung mit Waffengewalt zu unterstützen.“ Und Georg Herwegh übernahm die Präsidentschaft. Herwegh war von der Aufforderung, dieses Amt zu übernehmen, die ihm Bornstedt im Auftrage Hunderter von Handwerkern überbrachte, nicht begeistert. Er wußte um das Risiko, das er eingehen mußte. Er wäre am liebsten nach Deutschland gegangen, um dort

bei den sich anbahnenden Ereignissen mitzureden. Herwegh hielt es dann aber für seine Pflicht, dem vielseitigen Wunsche zu entsprechen.

Beunruhigung verursachten in Paris die aus Wien und Berlin eingehenden Nachrichten und Briefe, die aus Baden kamen und die von Unruhen berichteten. Republikanische Propaganda aus der Schweiz und dem Elsaß taten im Lande ihre Wirkung. In Baden herrschte Unsicherheit. Gerüchte über eine geplante Invasion von Westen oder Süden her breitete sich aus. Man wußte, daß am 16. März bei einer Versammlung des Deutschen Demokratischen Klubs in Paris beschlossen worden war, daß 5000 bis 6000 deutsche und polnische Arbeiter sich am 21. bzw. 22. März an der badischen Grenze versammeln sollten, um den Kern einer Invasionsarmee zu bilden.⁸ Das französische Auswärtige Amt machte dem badischen Gesandten die offiziöse Mitteilung von dem existierenden Plan. Dem Gesandten wurde vom

Innenminister mitgeteilt, daß er den Befehl gegeben habe, im Departement Bas Rhin dafür zu sorgen, daß das badische Gebiet nicht betreten würde. Warnungen an die Badische Regierung kamen auch von anderer Seite. So berichtete der preußische Gesandte von Arnim am 24. März, Heckers Macht sei dergestalt, „daß er mit einem Worte, was vielleicht schon ausgesprochen ist, aus dem südlichen Deutschland und aus dem Elsaß, wo nach den neuesten Nachrichten die zahlreichen deutschen Fabrikarbeiter entlassen wurden, ein Heer von mehr als 20 000 verzweifelter und fanatisierter Proletarier unter seinem Befehl vereinigen können (. . .).“⁹

In der Tat gingen starke Befürchtungen von den in Thann, Mühlhausen und Schlettstadt entlassenen deutschen Fabrikarbeitern aus, die über den Rhein gingen und nach Norden zogen. Die französische Regierung war natürlich froh, diese Arbeitslosen loszuwerden, die badische hingegen mußte sehen, wie sie mit diesen Leuten fertig wurde. Man ließ nur Einzelne, Unverdächtige und Unbewaffnete herein, und täglich kamen so hungernde Arbeiter an. Auch in Karlsruhe wurde demonstriert.¹⁰ Um die soziale Situation der deutschen Arbeiter in Frankreich noch etwas mehr zu beleuchten, ist zu sagen, daß in jener Zeit 50 000 französische Arbeiter arbeitslos waren, und sich die französische Regierung deshalb gezwungen sah, den größten Teil der fremden Arbeiter und Handwerker zugunsten der eigenen zu entlassen. Tausende Deutsche wurden so auf die Straße gesetzt, die sich der deutsch-demokratischen Legion zuwandten und das eigentliche radikale republikanische Element bildeten. Nach dem französischen Gesetz hatte jeder arbeitslose fremde Staatsangehörige den Anspruch, von der Regierung eine Geldunterstützung bis zum Erreichen der Landesgrenze zu erhalten. Unterstützt wurden alle Deutschen, auch Karl Marx erhielt Unterstützung für seine Kommunisten. Hauptzweck dieser Unterstützungsaktion war natürlich, möglichst schnell die arbeitslosen Ausländer über die Grenze zu bringen.

Am 25. März wurde in Paris die allgemeine Verbrüderung der Republikaner sämtlicher Nationen mit großer Begeisterung beschlossen. Man erhielt Geld, Verpflegung und Klei-

dung. Zur Erleichterung der Versorgung, und um dem Drängen der ungeduldigen Männer nachzugeben, marschierte eine Kolonne unter dem Kommando von Schimmelpenning ohne festen Plan nach Straßburg ab, denn ein großer Teil der sich nun bildenden bewaffneten „Deutsch-demokratischen Legion“ wollte so schnell wie möglich nach Deutschland, um dort den Brüdern zu helfen und für die Freiheit zu kämpfen. Vergeblich versuchte Herwegh, diese Avantgarde zurückzuhalten. Die Nachrichten von den Revolutionen in Wien und Berlin erzeugten eine große Erregung, die Männer ließen sich nicht vom Abmarsch abhalten.¹¹

Eine größere Kolonne setzte sich also Anfang April 1848 in Marsch. Dabei waren auch Franzosen, Schweizer, Polen, Italiener, Ungarn, einige Russen, ein Amerikaner und ein Türke! Die Kolonne erhielt unter dem Vorwand, friedlich heimkehren zu wollen, von der französischen Regierung auf dem Marsche freies Quartier und jeder Mann täglich einen Franken. Der Marsch führte über Chalons, Vitry, Nancy nach Straßburg, wo man Mitte April eintraf.¹² Nun reiste auch Herwegh, dem die politische Leitung der Legion – und nur diese – anvertraut war, mit seiner Frau aus Paris ab. Gleich nach seiner Ankunft in Straßburg erließ er eine Proklamation, die ihrer Wichtigkeit wegen teilweise zitiert sein soll:

*Die Pariser deutsch demokratische Legion
An unsere deutschen Mitkämpfer aus
Frankreich und der Schweiz
und an das deutsche Volk.*

Die Pariser deutsch demokratische Legion ist an den Ufern des Rheins angekommen; sie hat hier deutsche Freiheits-Legionen aus anderen Städten Frankreichs und der Schweiz gefunden, alle gekommen, um für die Freiheit des deutschen Volkes zu fechten. (. . .) Wir sind keine Freischaren! Wir sind deutsche Demokraten, wollen Alles für das Volk, Alles durch das Volk! Wir wollen die deutsche Republik mit dem Völker verbindenden Wahlspruch: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! Wir sind ein wohlgerüstetes Hilfskorps im Dienste des deutschen Volkes, bereit für Deutschlands Freiheit und Größe zu fechten bis auf den letzten Mann, gegen innere und äußere Feinde. Kampfgerüstet stehen wir am Rheine, und

doch treibt uns nicht blinde, ungestüme Kampfeslust, wir wünschen, daß unserer Mission eine friedliche sein könne, daß der Sieg ohne Blut, die Freiheit ohne Menschenopfer errungen werden möge. (. . .) Deutsche Brüder in der Heimat! Eure Brüder aus der Fremde, aus der Verbannung, nahen, empfängt sie als Freunde! Wir gedachten niemals als Feinde auf deutschen Boden zu treten, niemals Euch die Freiheit aufzudringen, niemals Euren freien Willen zu beschränken, noch Euer Eigentum anzutasten. Wir sind Eure Freunde und Bundesgenossen. Wir kämpfen nur Eure Kämpfe, wollen nur Euren Sieg, mag dieser nun auf friedlichem Wege oder mit dem Schwerte erfochten werden. Die Armeen der Fürsten umgeben Euch von allen Seiten; schätzt Euch glücklich, daß auch eine Armee der Freiheit in Eurer Nähe steht. Sobald ihr uns ruft, wird sie über den Rhein in Eure Mitte eilen und Eure Reihen verstärken; sie wird mit Ordnung und Manneszucht, mit Begeisterung und Freiheitsliebe den letzten entscheidenden Kampf für die Geschicke Deutschlands fechten helfen.“ Das mag genügen. Im ganzen ist diese Proklamation eine klare Formulierung der politischen Zielsetzung Herweghs und ein Glaubensbekenntnis dazu.¹³

Straßburg war zu einem politisch-revolutionären Zentrum geworden. Außer den Deutschen sammelten sich dort etwa 1500 Polen, welche die polnische Legion bildeten. Herwegh rechnete mit den Polen zusammen auf ein Korps von 4000 bis 5000 Mann.

Um sich selbst ein Bild der Zustände in Deutschland zu machen, wollte Herwegh nach Frankfurt reisen.¹⁴ Dies war aber nicht möglich, weil er in Baden sofort verhaftet worden wäre. Da sprang seine tapfere Frau Emma in die Bresche, wurde zur Botschafterin der Legion und reiste nach Mannheim ab, um mit den führenden Republikanern Kontakt aufzunehmen. Sie fand Hecker dort nicht mehr, erstattete Meldung in Straßburg und machte sich am 14. April erneut auf die Reise nach Konstanz und weiter nach Engen und fand Hecker endlich, gerade als er abmarschieren wollte. Sie schilderte ihm die Lage der Legion, die Ungeduld der Männer, die des Wartens überdrüssig waren und bat Hecker, Ort und Zeit des Zusammentreffens zu bestimmen. Sie erhielt von ihm

den Auftrag, mit den republikanischen Führern in Lörrach Verbindung aufzunehmen! Diese sollten sich am 17. April in Bewegung setzen. Becker, der in der Schweiz die deutschen Republikaner kommandierte, sollte sich ihnen anschließen, um Herwegh den Rheinübergang zu ermöglichen. „Wo der am leichtesten auszuführen, werden jene, die in der Nähe sind, dann schon bestimmen und Herwegh die nötigen Depeschen ungesäumt zukommen lassen“ (S. 161). Die Depeschen kamen nicht, man wartete vergebens.

Auf eine Falschmeldung hin, Hecker sei bereits in Freiburg, reiste die tapfere Frau Herwegh wieder ab, um Klarheit zu schaffen. Hecker zu finden, war fast unmöglich. Sie war den ganzen Tag bei Regen auf den verschneiten Gebirgspfaden entlang auf einem kleinen, offenen Bretterwagen unterwegs. Gegen 8 Uhr abends traf sie in Zell ein, machte einen kurzen Halt im „Löwen“, fuhr weiter nach Lörrach, wo die ganze Stadt auf den Beinen war und fand Hecker schließlich doch noch in Kandern. Es war in der Nacht vor dem Gefecht auf der Scheideck. Emma gelang es, im Trubel des Lagers Hecker zu sprechen und ihm drastisch die Lage in Straßburg zu schildern. Sie sagte ihm deutlich, daß die Mannschaft der ewigen Vertröstungen leid sei und daß es nur noch drei Wege gebe, nämlich zu verhungern, auseinanderzugehen, oder sich ihm, Hecker, in kürzester Zeit anzuschließen. Hecker sagte bei diesem Gespräch: „So sagen Sie Herwegh, rufen könne ich ihn nicht, aber wenn er kommen wolle, und recht bald und in recht großer Anzahl, soll mir's lieb sein.“ Man traf die Abmachung, daß sich die Legion marschfertig machen solle, um bis Sonntag früh in Banzenheim um 10.00 Uhr eintreffen zu können, das noch auf französischem Gebiet liegt. Geht's Hecker gut, werden Freiburger Turner zum Empfang der Legion da sein, um gemeinsam nach Freiburg zu ziehen, geht es schlecht, erhält Herwegh eine Depesche, die ihm genau den Ort angibt, wo er in kürzester Zeit sein soll.

Diese Berichte der Reisen von Emma Herwegh beruhen auf ihren Angaben. Gustav Struve sieht die Ereignisse aus etwas anderem Blickwinkel, und er präzisiert vor allem die Einstellung Heckers der Legion gegenüber, die tatsächlich nicht ganz zu verstehen ist. Struve

sagte aus, daß Hecker Emma Herwegh unumwunden erklärte, „daß es immer sein Wunsch gewesen, die Erhebung des deutschen Volkes von innen heraus zu bewerkstelligen, und erst, wenn Resultate erzielt worden seien, den Anschluß der in Frankreich zusammengetretenen deutschen Mitbürger an das Revolutionsheer in Anspruch zu nehmen. Hecker legte ohne Zweifel großes Gewicht auf die von der Reaktion ausgestreuten lügenhaften Gerüchte, denen zufolge die Pariser deutsche Legion aus Raubgesindel und Abenteurern der schlimmsten Art zusammengesetzt sein sollte. Natürlich glaubte er selbst diese Lügen nicht, aber er berücksichtigte sie insofern, als er nicht glaubte, der durch dieselben teilweise mißleiteten öffentlichen Meinung mit Entschiedenheit d. h. durch die Tat, durch rasches Heranziehen der deutschen Bruderschar entgegentreten zu können.“ Noch deutlicher wird Struve mit folgenden Feststellungen: „Ein zweites Mal stellte sich Frau Herwegh wieder ein, welcher Hecker jedoch wiederholte, er habe die deutsche Legion nicht aufgefordert zu kommen und werde sie auch jetzt nicht rufen, so wenig er verhindern könne, daß sie über den Rhein käme. Auf diese Weise wurde sogar im Augenblicke der dringendsten Gefahr eine bereite Hilfe von Hecker, wenn nicht zurückgewiesen, doch nicht benützt, während fürwahr eine Vereinigung aller Streitkräfte der Republikaner kaum hingereicht haben würde, den fürstlichen Söldnerscharen die Spitze zu bieten.“¹⁵

Die Situation in Straßburg wurde täglich schwieriger. Die Legion geriet in Geldnot, und der Minister Lamartin, dessen Werke Herwegh einst übersetzt hatte, wandte sich gegen das Ziel der Legion, alles aufzuwenden, um in Deutschland die Demokratie zur Geltung zu bringen und jede Volksbewegung mit Waffengewalt zu unterstützen. Auf seinen Befehl verweigerte der Regierungskommissar der Legion nun den Aufenthalt in Straßburg. Alle weiteren Maßnahmen zeigen die Anstrengungen der Straßburger Behörden, die Legion möglichst schnell abzuschieben und einen Einfall in Baden zu verhindern. Badische Kommissare machten dazu Vorschläge, die aber abgelehnt wurden, verständlich. Man bot den Legionären freie Eisenbahnfahrt und ausreichende Reiseunterstützungen an, wenn sie einzeln, fried-

lich, durch einen Tauschein ausgewiesen in ihre Heimat zurückkehren wollten!¹⁶

Die sich weiter zuspitzende Situation veranlaßten Herwegh, mit Basel zu verhandeln, vergeblich, man ließ die Legion nicht in die Schweiz.

Der 50er Ausschuß in Frankfurt sandte die Herren Venedey und Schwarz nach Straßburg, als sie am 15. April ankamen, war kein Legionär mehr da. Der erste Trupp von etwa 250 Mann war Richtung Basel abgezogen, die weiteren sollten folgen.¹⁷ Man war in Richtung Hünningen aufgebrochen. In Banzenheim vereinigte man sich mit dem nachfolgenden Bataillon. Die Bewaffnung war äußerst mangelhaft, kaum 200 hatten Gewehre, die anderen waren mit Sensen oder sogar nur mit Stecken versehen.¹⁸ Bei den Deutschen gingen auch manche mit dem Herwegh-Zug, die nicht daran dachten, gegen die Fürsten zu kämpfen. Sie kamen unentgeltlich an die Grenze und machten dann von der Erlaubnis der badischen Regierung Gebrauch, daß deutsche unbewaffnete Arbeiter in kleinen Gruppen nach Haus zurückkehren durften. Die Legion schrumpfte so schon auf 1000 Mann zusammen.¹⁹

In Banzenheim fand man zunächst keine Depesche vor, auch am zweiten Tage nicht. Das war ein schlechtes Zeichen, und man vermutete, daß Hecker in großer Gefahr sei. Das Comité der Legion beschloß deshalb, in der nächsten Nacht auch ohne Aufforderung über den Rhein zu gehen. Da traf am 23. April eine Depesche Sigels ein, welche die Legion zur Hilfe rief mit der Anweisung, so schnell wie möglich nach Todtnau zu marschieren, um sich dort mit seiner Heerschar zu vereinigen, Waffen und Munition seien vorhanden. Sigel wollte seine 3000 Mann mit der Legion verstärken und Anschluß an das Heckersche Korps suchen. Endlich war ein klarer Befehl da.²⁰

Da man gewillt war, in einen Kampf zu ziehen, war eine militärische Gliederung der Legion Voraussetzung dazu. Sie sah folgendermaßen aus:

Politischer	
Präsident:	Georg Herwegh
Vizepräsident:	Adalbert von Bornstedt, früherer preußischer Offizier

- General en chef: Karl Börnstein, früherer Feldwebel in österreichischen Diensten
- Chef des Generalstabes: Otto von Corvin-Wierbitzky, früherer preußischer Offizier
- Oberst und Regimentschef: Von Löwenfels, früherer preußischer Offizier
- Stabsarzt: Dr. Rode, preußischer Arzt aus Stolberg
1. Bataillon: Major Arndt, dann Mushaker, nach dessen Tod bei Dossenheim Vizepräsident Bornstedt
2. Bataillon: Major Hörter
3. Bataillon: Major Delaporte aus Amiens
4. Bataillon: Major Reinhard Schimmelpenning

Jedes Bataillon bestand aus 4 Kompanien, jede von einem Hauptmann befehligt, also 16 Hauptleute und 16 Kompanien; die Kompanie war mindestens 50 Mann stark und sollte allmählich auf 100 gebracht werden. Diese klare Gliederung wirkt aber bei der verhältnismäßig geringen Zahl der Legionäre doch überzogen. Ob sie sich bewährt hat, zeigen die folgenden Ereignisse.²¹

III. ÜBERGANG DER LEGION ÜBER DEN RHEIN UND IHR MARSCH IM BADISCHEN OBERLAND

In der Nacht vom 23. auf den 24. April 1848, es war die Nacht von Ostersonntag auf Ostermontag, setzte die Legion auf Kähnen bei Kleinkems über den Rhein. Der Übergang gelang problemlos. Corvin berichtet darüber folgendes: „Die Abteilung der Legion, welche über den Rhein geführt wurde, belief sich auf nicht mehr als ungefähr 653 Mann; als es ernst wurde, hatte sich eine Menge Leute heimlich entfernt. (. . .) Herwegh und seine Frau zogen an unserer Spitze, letztere in Männerkleidung. Sie trug schwarze Tuchpantalone und eine schwarze Sammetbluse mit einem Ledergürtel, in welchem zwei kleine Terzerole und ein

Dolch steckten, wahrscheinlich, um ihren Dichter zu beschützen, der nur eine Doppelpistole mit sich führte, deren einer damaszierter Lauf gesprungen war, als ich sie mit einer Patrone probierte, die mir Herwegh zu diesem Ende gegeben hatte. Als Kopfbedeckung trug Frau Herwegh einen breitkrempigen schwarzen Hut ohne Kokarde oder Feder; das blondbraune Haar war nach Männerweise geordnet. Ihre äußere Erscheinung war nicht eben auffallend, denn wir sahen alle abenteuerlich genug aus, man hielt sie für einen halbwüchsigen Jungen. Der glücklich vollbrachte Übergang über den Rhein macht mir und uns allen ein großes Vergnügen, besonders da wir wußten, daß seit vier Wochen ein bedeutendes Truppenkorps eigens zu dem Zwecke aufgestellt war, ihn zu verhindern. (. . .)“²²

Nach dem Rheinübergang empfing die Führung der Legion die katastrophale Nachricht von dem für Hecker traurigen Ausgang des Gefechtes auf der Scheideck. Die Gesamtsituation der Revolution in Baden 1848 hatte sich dadurch entscheidend verändert. Für die Legion galt es daher, so rasch wie möglich in Todtnau Anschluß an Sigel zu gewinnen. Sie marschierte bei strömenden Regen über Blansingen nach Tannenkirch und gelangte gegen zwei Uhr nach Kandern. Da Hecker geflohen war, marschierte man über die verschneiten Gebirgskämme schnell weiter und machte mit einbrechender Nacht Quartier in Vogelbach und Marzell. Obwohl man einen sehr langen Marsch hinter sich hatte, brach man am frühen Morgen wieder auf, um am gleichen Tage Todtnau zu erreichen. Man überschritt den Köhlgarten und gelangte über Münsterhalden durch das Untermünstertal nach Mulden. Es war gegen Mittag, als man das Dorf erreichte und hielt eine mehrstündige Rast, die durch eine falsche Alarmmeldung und Barrikadenbau noch verlängert wurde. Es wurde klar, daß man an diesem Tage Todtnau nicht mehr erreichen konnte. Man marschierte nun durch das Obere Münstertal und von da zurück nach Wieden. Hier war für die hungrigen Männer das zweite Nachtquartier. Wer da oben schon gewandert ist, kann sich vorstellen, welchen bösen Marsch die Legion hinter sich hatte. Es ging steile Berghänge hinauf und wieder hinunter, knietiefer Schnee, Eis, Steingeröll muß-

ten überwunden werden. Wie die Freischärler diese Strapazen bewältigten, nötigt hohen Respekt ab. Diese enormen Marschleistungen beweisen, daß sich die Legion noch in guter Verfassung befand.

In Wieden trat nun die tragische Wende in der Geschichte der Pariser deutsch-demokratischen Legion ein. Hier erreichte sie die Nachricht, daß Sigel in Todtnau nicht auf sie gewartet hatte, sondern nach Freiburg gezogen, die Stadt angegriffen und geschlagen worden war. Das war eine niederschmetternde Nachricht, die Konsequenzen und neue Entschlüsse erforderte. Die Legion befand sich nun in einer ausweglosen Lage. Die Hoffnung auf das Gelingen des urursprünglichen Planes, für die Republik in Baden zu kämpfen, war zerronnen. Hauptmann Lipp, der Gegner der Freischar bei Dossenbach, urteilte: „Allein, verlassen im Gebirge umherirrend, auf der einen Seite badische und hessische, auf der anderen Seite Württemberger Truppen im Anmarsch, konnte die Legion keinen anderen Entschluß fassen, als mit Vermeidung jeglichen Gefechtes die Brücke zu Rheinfeldern und die Schweiz zu erreichen.“²³ Auch die Führung der Legion kam zu der gleichen Beurteilung der Situation, nämlich mit der schlecht bewaffneten Schar so schnell wie möglich und mit Vermeidung jeglichen Kampfes in die Schweiz zu kommen.²⁴ Nun mußte sich die Führung bei dem gefährlichen Weg durch hessische, nassauische, badische, württembergische Truppen zeigen, was sie zu leisten vermochte.

Ein weiterer böser Marsch begann. Inzwischen hatten die Württemberger Todtnau besetzt und Vorposten bis nach Schönau aufgestellt. Damit verbaute man der Legion den Weg durch das Wiesental. Sie marschierte am 26. April um den Belchen und über Gebirgswege in die dort talwärts liegenden Ortschaften. Eine Stunde vor Zell erfuhr man von dem Durchmarsch der Württemberger nach Schopfheim und rückte auf die Nachricht, daß Zell unbesetzt sei, in das Städtchen ein. Emma Herwegh gibt dazu folgenden drastischen Bericht: „Endlich nach achtzehnstündigem Marsch kamen wir halbtot vor Hunger und Müdigkeit (denn auf dem ganzen Weg hatten wir kaum hie und da ein Stück trocken Brot bekommen) am Abend des 26. in Zell ein in der

Hoffnung, hier übernachten zu können, aber auch das sollte uns nicht werden.“²⁵ Und warum nicht? Die Württemberger unter dem Kommando des Obersten von Brand waren mit zwei Bataillonen des Infanterieregimentes, einer Schwadron Reiterei und zwei Sechspfündern (Geschützen) über Zell bis Schopfheim vorgeückt. Das Gros der Truppen befand sich noch in Präg und Schönau. Eine weitere Kolonne des Generals von Baumbach war bereits in Säckingen eingetroffen. Dies waren die Stellungen der Württemberger, als die Legion abends um sieben Uhr in Zell einzog. Eine ganz bedrohliche Situation für die Männer, denn die Württemberger konnten in den allernächsten Stunden den „Sack zumachen“, und die Freischar war darin gefangen.²⁶

Es ist verständlich, daß die Zeller um ihre Stadt zwischen den Fronten bangten. Emma Herwegh berichtet über den Aufenthalt im Städtchen: „Kaum sahen uns die Bürger von Zell (. . .), als sich in der Hauptstraße Tür und Läden eiligst schlossen, und nicht lange, so trat der Bürgermeister zu Herwegh heran und beschwor ihn mit Tränen in den Augen, seine Stadt zu verschonen. (. . .) Tief im Tal gelegen und rings von hohen, waldigen Bergen eingeschlossen, bot die Stadt dem Feinde alle erdenklichen Vorteile. Er brauchte nur die Höhen zu besetzen, um von dort, ohne Verlust eines Mannes den ganzen Ort in einen Aschenhaufen zu verwandeln. Mit Hilfe von Barrikaden hätten wir uns vielleicht auf einige Stunden oder gar einen Tag gegen einen Talangriff verteidigen können, später jedoch unfehlbar unterliegen müssen, und ein fruchtloser Kampf war wenigstens für Herwegh, dem es weder auf einen unsinnigen coup de main noch ein militärisches Bravourstück ankam, nicht verlockend genug, ihm zulieb das Leben so viel guter Menschen leichtsinnig zu opfern und den gewaltigen Ernst der politischen Bedeutung der Expedition darüber zu vergessen.“²⁷

Herwegh, Bornstedt, Corvin waren der Meinung, daß trotz der großen Ermattung – bei dem größten Teil der Mannschaft hatte sich das Verlangen nach Ruhe bis zur „wahren Leidenschaft gesteigert“, und außer Schlaf war ihnen alles einerlei – noch in der Nacht aufzubrechen, um die Schweiz zu erreichen. Alle Offiziere waren nicht der gleichen Meinung.

Man hielt Kriegsrat, bei dem man zunächst zu keiner Einigung kam. Das dauerte der couragierten Frau Herwegh zu lange. Sie berichtet weiter: „Während noch so hin und her diskutiert wurde (. . .), sprang ich, da der Boden vor Ungeduld längst unter den Füßen brannte, ohne ein Wort zu sagen die Treppe hinab auf die Straße, wo die verschiedenen Bataillons noch aufgestellt standen. Der Regimentsarzt Dr. B. (Anm.: Bode) folgte mir. Man trug soeben Wein und Brot herbei, das Einzige, was in der Eile vorrätig und freilich nicht genügend war, die leeren Magen zu füllen. Ich trat zu ihnen heran, sagte jedem, wie die Sachen stünden, worüber das Comité eben berate, und bat sie endlich, mir, die auf eigenem Antrieb zu ihnen getreten, offen zu sagen, ob sie vorzögen, unter diesen Aussichten in Zell Quartier zu machen oder noch diese Nacht weiterzuziehen. Bis Rheinfeldern sind's drei volle Stunden, und der Weg dorthin ist sehr beschwerlich. Sie müssen sich jetzt fragen, ob ihre Kräfte noch so weit ausreichen und sie noch so viel moralischen Mut haben, die Müdigkeit bis dahin zu überwinden oder nicht. (. . .) Da war kein Einziger, der nicht geantwortet hätte: Wir gehen und gleich, wenn's sein muß.“²⁸

Frau Herwegh kehrte schnell zum Comité zurück und verkündete, daß alle gehen und keiner zurückbleiben wolle. Inzwischen aber hatte man sich dahingehend geeinigt, daß man nach ein paar Stunden Ruhe um Mitternacht abmarschieren wolle. Und so geschah es auch. Man verließ das Wiesental, marschierte am südwestlichen Fuße der Hohen Möhr vorbei ins Wehratal hinunter nach Hasel, dann wieder hinauf bis auf die Höhe des Dinkelberges. Von dort führte der Weg stets in südwestlicher Richtung nach Oberdossenbach hinab, wo man über Riedmatt nach Rheinfeldern gelangen wollte.²⁹ Mit Fackeln und Laternen versehen war man auf dem Marsch, über den Emma Herwegh berichtet: „Sternloser hatte ich den Himmel nie gesehen, er hing wie eine schwarze dichte Masse über uns, die dem kleinsten Lichtstrahl den Durchblick wehrte. Mit vieler Mühe erreichten wir das Stadttor, denn man konnte kaum seinen Vordermann, geschweige die Führer erkennen, welche uns den nächsten Weg übers Gebirge zeigen sollten und schnell vor-

anliefen.“³⁰ Die Lichter, die man mit sich führte, und die in der Nacht leuchteten, zeigten nach E. Herweghs Meinung dem Feinde die Flucht und die Richtung, welche diese nahm. Und nun folgt die berühmte Geschichte, deren Wahrheitsgehalt heute nicht mehr nachgeprüft werden und die auch von zwei Seiten aus betrachtet werden kann. E. Herweghs Version lautet so: „Um den Württemberger Soldaten sicher auf die Spur zu helfen, warfen unsere Führer, welche mit ihnen unter einer Decke steckten, zur genaueren Bezeichnung unseres Marsches Kieselsteine hinter sich (Anm.: Das entspricht sicher nicht den Tatsachen. Was sollen Kieselsteine bei solchen Wegeverhältnissen in stockdunkler Nacht! Die Männer hätten sie sowieso in den Dreck getreten.) und führten uns, um dem Feind den Vorsprung möglich zu machen, statt den direkten Weg, der nur drei Stunden von Rheinfeldern entfernt, so geschickt neun volle Stunden lang kreuz und quer, daß wir statt um zwei Uhr morgens erst gegen 11 Uhr vormittags in Dossenbach ankamen, einem kleinen Dorf, dreiviertel Stunden diesseits des Rheines gelegen.“ Hauptmann Lipp, erfahrener Soldat, sieht das späte Erreichen Dossenbachs anders und begründet dies mit militärischen Argumenten. Er weist darauf hin, daß sich bei diesem Marsch durch die übermüdeten Männer die Marschordnung völlig aufgelöst habe und die Legion nur noch in Trüppchen marschierte und sich die ganze Kolonne auf eine Straßenlänge von einer halben Stunde verzettelte. Lipp berichtet ferner, daß die Offiziere ohne Ansehen und Gewalt gewesen seien und nichts so gefürchtet hätten wie das Passieren von Ortschaften. Es kostete sie eine unbeschreibliche Anstrengung, die Legion, welche sich im Orte zerstreute und sich mit Essen und Trinken gütlich tat, wieder zusammen und in Bewegung zu bringen. Auf diese Weise wird auch jenes Geheimnis gelöst sein, warum die Legion zu drei Reisetunden volle sieben Stunden gebraucht hat bis sie früh um achteinhalb Uhr in Oberdossenbach ankam.³¹

Wie dem auch sei, sieben oder neun Stunden durch Wasser, knöcheltiefen Schnee und Eis waren eine entsetzliche Strapaze. Die Erschöpfung der Leute war so groß, daß „sie

mitten im Wasser oder auf Steinen liegen geblieben, um nur auf Sekunden auszuruhen.“³² Als man in Dossenbach ankam, zerstreute sich die Mannschaft in der üblichen Weise im Dorf, um Hunger und Durst zu stillen. Die Dorfbewohner brachten freiwillig und ohne Aufforderung Speck und Schinken in großen Mengen. Das war so außergewöhnlich, daß Georg Herwegh Verrat fürchtete, weil er glaubte, daß die Dorfbewohner es mit den Soldaten hielten und die Legion zeitlich festbinden wollten und durch den Aufenthalt in Dossenbach das Militär noch rechtzeitig heranzubringen. Obwohl die Legion so spät im Dorfe ankam, hätte ihr Zeitvorsprung noch gut gereicht, ungeschoren über den Rhein zu kommen. Aber es dauerte mehr als eine wertvolle Stunde bis die Männer sich endlich in den Wald hinaufzogen und dort sammelten und lagerten. Die Schicksalsstunde der Pariser deutsch-demokratischen Legion zog herauf.

IV. DAS GEFECHT BEI DOSSENBACH UND DAS ENDE DER LEGION

Die sich nun überstürzenden Ereignisse finden in Emma Herwegh und Hauptmann Lipp zwei Berichterstatter, die diese ganz unmittelbar miterlebten. Da beide den gegnerischen Seiten angehörten, sind ihre Berichte natürlich nicht konform, stimmen aber in wichtigen Teilen überein. Emma Herwegh schildert, wie die Legion sich auf einem großen, freien Platz eingangs des Waldes lagerte und die Männer teilweise noch frühstückten. „Plötzlich wird (...) auf unseren Vorposten geschossen. Im selben Moment springt ein Bote atemlos zu Herwegh, der in der Nähe meines Wagens stand, um ihm zu melden, daß der Offizier unseres ersten Vorpostens, Muschack (Anm.: auch Musacker und Mushacker geschrieben) bereits tödlich verwundet worden sei. Bei die-



Gefecht bei Dossenbach

GLA JG-D/1

ser Nachricht erhebt sich die ganze Legion wie ein Mann. Wer denkt an Hunger, wer an Schlaf! Wie rasend schlägt unser Tambour (ein Franzose) den Wirbel, und auf den einstimmigen Schrei: Aux armes! Aux armes! stürzen alle zum Wald hinaus, dem Feind entgegen, der am Abhang des Hügels hinter Steinhaufen verschantzt lag.“³³

Was war geschehen? Eine Patrouille der 6. Kompanie (Hauptmann Lipp) des 6. Wttbg. Regiments war auf dem Dinkelberg eingetroffen und auf den Vorposten der Legion gestoßen. Da die gesamte Kompanie unter Führung des Hauptmanns noch nicht heran war, hätte die Legion mit diesem Gegner leicht fertig werden müssen. Warum dies nicht gelang, analysierte Emma Herwegh erstaunlich richtig. Sie stellte fest: „Von irgendeinem militärischen Kommando war in diesem Augenblick, dem einzigen während des ganzen Zuges, wo er unentbehrlich gewesen wäre, keine Rede. Der General hatte den Kopf verloren und sah aus der Ferne gelassen mit an, daß die Unseren sich dem Feind in die Arme warfen, statt ihn in den Wald zu locken, wo das Ganze auf ein Tirailleurgefecht hinausgelaufen wäre, in dem wir durch die bessere Stellung begünstigt, alle Vorteile gehabt hätten. Auf diese Weise entspann sich kein geregelter Kampf, sondern ein großes Duell.“

Mit diesen Feststellungen werden die Schwächen der Führung, ihre Unfähigkeit, aufgedeckt, die, wenn man von Sigel und wenigen anderen absieht, vor allem auch für Hecker und Struve gelten. Hauptmann Lipp hatte im Dossenbacher Tal wegen des ungünstigen Windes nichts vom Beginn des Gefechtes gehört. Er wurde alarmiert und zog mit der halben Kompanie auf die Anhöhe, die andere Hälfte der Kompanie rückte unter Leutnant von Palm gegen das Dorf. Lipp erkannte das Gefecht der 300 Meter vor ihm am Rain liegenden Patrouille, die es zu retten galt. Er rückte mit den inzwischen angekommenen Soldaten gegen die Steinriegel vor, ging dort in Stellung und erwartete den Angriff der unter Trommelwirbel, Schießen und Geschrei heranstürmenden Freischärler. Eine wohlgezielte Salve der Soldaten hatte Erfolg, Verwundete stürzten nieder und wurden zur Ambulanz im Wald getragen. Die Schar der Freischärler

verdünnte sich, manche eilten dem Walde zu, andere suchten hinter Bäumen Deckung. Inzwischen traf auch die andere Hälfte der Kompanie am Kampfplatz ein. Die Gefechtspause wurde von der Legion benützt, ihre Kompanien neu zu ordnen. Sie hatte die numerische Unterlegenheit des Gegners erkannt – die Kompanie zählte 137 Mann – und setzte zu einem neuen Angriff an. Vizepräsident Bornstedt übernahm für den gefallenen Musacker das Kommando über das 1. Bataillon. Er zog den Württembergern in die rechte Flanke. Das 2. Bataillon (Hörter) folgte dem 1., das 3. Bataillon (Delaporte) dem 4. Diese Bataillone rückten nun gegen die Württemberger vor. Sie hatten, so Lipp, „keine taktische Gliederung und rückten auf Indianerweise in unregelmäßigen Haufen vor, deckenden Terrainfalten nachziehend; ihre Schützen schwärmten in einem großen Bogen voran von Stellung zu Stellung, gedeckt durch die Obstbäume. (...) Die drei ersten Bataillone waren also weniger durch bestimmte Befehle geleitet, sie trieben sich vielmehr in lockeren Haufen instinktmäßig hin und her. Alles schrie, jeder wollte kommandieren und vermehrte das Durcheinander, so daß trotz dem Mute, der viele der Legion beseelte, die innere Bindung und Leitung abhandkam, und ein lähmendes Mißtrauen in die eigene Kraft sie um die letzte energische Anwendung derselben im entscheidenden Augenblick brachte.“

Die Württemberger hatten nicht mehr mit der Erneuerung des Kampfes gerechnet. Sie verhielten sich diszipliniert ruhig und feuerten erst, wenn der Gegner nahe genug herangekommen war. Die Legion erlitt Verluste an Toten und Verwundeten, die Schwärme zogen sich zurück und suchten hinter den Bäumen Deckung. Nun bahnte sich das an, was Emma Herwegh das große Duell nannte. Gerade als Hauptmann Lipp den Befehl zum Sammeln der Kompanie geben wollte, meldete ihm Leutnant von Palm, daß ein großer Haufen Sensenmänner ihm in die linke Flanke rücke. Das war das Sensenbataillon Schimmelpennings. Der Hauptmann wollte nun den Außenposten von 15 Mann näher an die Kompanie heranziehen, aber dazu war es zu spät. „Der Schimmelpenningsche Schlachthaufen rückte im Sturmschritt heran und versprengte den Posten der Württemberger,



Gefecht bei Dossenbach. Zweikampf Lipp-Schimmelpenning

GLA J-G-D/3

die ins Dossenbacher Tal flüchteten. Die Sensenmänner hatten die Anhöhe erreicht und schöpften kurz Atem, um dann den nächsten Posten der Württemberger zu stürmen, der sich mit der Legion herumschoß und nichts von der Gefahr bemerkte.“ Schimmelpenning stürmte seinen Männern voran. Die Entscheidung begann. Dazu Hauptmann Lipp: „Die hohe athletische Gestalt Schimmelpennings und der Hauptmann, mit heftiger Stimme den Seinen ein ‚Vorwärts‘ zrufend, stürzten mit erhobenen Klingen gegeneinander und maßen sich Streich um Streich. Die Schar der Legionäre geriet ins Zaudern, ihre Schützen feuerten ihre Gewehre ab, und noch hatte die Soldaten ihren Hauptmann nicht erreicht. Es war ein gar kleiner, aber verhängnisvoller, folgenschwerer Moment, der im Zweikampf der Anführer ein ganz mittelalterliches Gepräge trug. Der Fall des Einen oder Anderen warf so Vieles in die Wagschale moralischer Entmutigung oder Erhebung.

Schimmelpenning wurde bald vom Hauptmann durch die Hutkrempe und über den Kopf

in die Schläfe herab so getroffen, daß er zu Boden sank; aber seine Klingenspitze, aus der verhängten Parade den Hieb abwehrend, drang im Moment des Streiches dem Hauptmann in den Säbelkorb, durch den kleinen Finger, und schnitt, am goldenen Ringe abgleitend, in die Weichteile der drei anderen Finger ein. Sensenmänner kamen herbeigesprungen, von denen der nächste seine Sense aufhob, um sie dem Hauptmann in den Kopf zu schlagen. In der Kampfeshitze hatte dieser die Folgen der Verwundung an der rechten Hand nicht gefühlt, daher sich der Säbel beim Parieren der Sense den kraftlos gewordenen Fingern entwand und zu Boden fiel, so daß der Hauptmann die Sense mit der blutenden Hand auf die Seite schlug und eine zweite Schnittwunde an der inneren Handfläche erhielt. Doch sollte dieser Sensenmann nicht zum zweiten Male mit seiner Sense ausholen, er sank von dem ersten Soldaten (Mäuse), der den Hauptmann erreichte, mit dem Bajonett durch die Brust gestochen, zusammen. Der Hauptmann bückte sich schnell

zu Boden, den Säbel mit der linken Hand ergreifend, parierte zugleich die Sense eines anderen Legionärs, der ihm mähend gegen den Hals kam, und schon denselben von der Pulsader gegen das Kinn angeschnitten hatte. Durch Ausweichen mit dem Kopf und in die Höherwerfen des linken Armes rettete sich der Hauptmann glücklich von der Enthauptung und trug eine Sensenschnittwunde auf der linken Hand davon, auch war der linke Arm durch den Sensenschlag zerbläut, der Rockärmel zerrissen. Der Hauptmann schlug nun mit dem Säbel in der linken Faust, welche trotz der Verwundung bei Kräften blieb, rechts und links gegen die andringenden Sensenmänner um sich. Die Hitze des Angriffs hatte nachgelassen. Schimmelpenning, der zu sich gekommen und zu neuem Kampfe gegen die Soldaten stürzte, erhielt einen Bajonettstich durch den Mund und Nacken, zu gleicher Zeit einen zweiten durch die Brust und stürzte leblos und ohne einen Laut zusammen (. . .)³⁴

Schimmelpenning, ebenbürtiger Gegner des Hauptmanns und ebenso tapfer wie dieser

war tot. Er war ein Mann, der Bewunderung abnötigt. Der Ausgang des Duells entschied das Gefecht. Die Nachricht vom Tode Schimmelpennings verbreitete sich schnell in der Legion, die das Feuertreffen fortgesetzt hatte und in Erwartung des Flankenstoßes von Schimmelpenning den letzten entscheidenden Sturm verzögerte. Der sich anbietende gleichzeitige kombinierte Angriff fand nicht statt. Die Legionäre zogen sich zurück, das Gefecht löste sich auf.

Siegrist gibt in seiner Schrift (1926 herausgegeben) für den Verlauf des Gefechtes einen Augenzeugen an. Es ist dies der damals 86jährige Dossenbacher Bürger Albert Gentner, der mit erstaunlich geistiger Frische den dramatischen Vorgang beschreibt. Sein Bericht bestätigt in weiten Teilen die Aussagen Frau Herweghs und Lipps. Er ergänzt auch, daß die Legionäre von den Bauern erfahren haben, daß am Morgen vor nicht langer Zeit eine „Reitergeschwader“ und kurz darauf eine Infanterie-Kompanie von Schopfheim kommend, durch das Dorf nach Niederschwörstadt mar-



Gedenktafel für die gefallenen Freischärler bei der Kirche Dossenbach

Foto L. Vögely

schiert sei. Trotz dieser beunruhigenden Nachricht sei es nur mit großer Mühe gelungen, die Männer aus den Häusern heraus und auf das Sträßchen zu bringen, das von Dossenbach in südwestlicher Richtung zuerst über die Hochebene und dann hinab nach Riedmatt im Rheintal führt. Der Zeitzeuge beschreibt dann das Gefecht in seinem schon bekannten Ablauf, das er durch nähere geographische Angaben ergänzt: „Korrekt wie auf dem Exerzierplatz beschießen die Württemberger über eine ziemlich tiefe Bodensenkung hinweg auf eine Entfernung von mehreren hundert Metern den ihnen auf der ‚Bloßhalde‘ gegenüberliegenden Feind. Es kommt ihnen zugut, daß in ihrer eigenen Stellung, sie trug den Flurnamen ‚Höhhalde‘, sich in regelmäßigen Abständen vortreffliche Deckungen finden.“

Zum Ende des Gefechtes sagt Gentner auch aus, daß die Kompanie durch einen Reiteroffizier nach Schopfheim zurückbeordert wurde. Dieser war gleich zu Beginn des Kampfes nach Niederschwörstadt zurück geritten und hatte Hilfe geholt. Ein Offizier und 70 Mann stiegen in aller Eile auf Waldwegen die steilen Hänge hinauf, fielen der Freischar in den Rücken und entschieden so endgültig das Gefecht.³⁵ Eine Bestätigung dafür ist weder bei Herwegh noch bei Lipp zu finden.

Es ist doch von großer Tragik, wenn man sich vorstellt, daß die Legionäre von Paris nach Straßburg marschiert waren, dann die furchtbaren Anstrengungen beim Zug durch den Schwarzwald auf sich genommen hatten und ihnen dann eine Stunde, welche Müdigkeit, Hunger und Durst gebieterisch erforderten, kurz vor der Schweizer Grenze das Erreichen dieses Zieles verhinderte. Die Legion ließ zehn Tote auf dem Kampfplatz zurück, sehr viele Männer wurden verwundet, 375 Freischärler gefangen, und der Rest zerstreute sich. Das war das Ende der Pariser deutsch-demokratischen Legion, die mit so großen Hoffnungen ausgezogen war und so kläglich enden mußte.

Die Verluste der Württemberger sind nicht genau anzugeben. Emma Herwegh spricht von 40 Toten, eine Zahl, die sicher zu hoch ist. Corvin berichtet folgendermaßen über den Ausgang des Gefechtes: „Während des andert-halb Stunden dauernden Gefechtes sind einige dreißig unserer Leute gefallen, doch wurden in

Dossenbach selbst nur neun begraben, die übrigen fand man wohl später. Mehrere der Fliehenden ertranken im Rhein, als sie schwimmend die Schweiz erreichen wollten; einen hängten die Württemberger im Walde. Diese waren durch ihren ziemlich bedeutenden Verlust erbittert und benahmen sich mit einer Grausamkeit, die mir bei den sonst gutmütigen Schwaben sehr auffallend war. Der eine Wagen mit den Verwundeten fiel in ihre Hände. Sie ermordeten nicht nur diese, sondern auch den armen Bauer, welcher sie fuhr, und stachen sogar die Pferde tot.“³⁶

Dieser Bericht ist so emotionsgeladen, daß man ihn relativieren muß. Corvin degradiert die Württemberger Soldaten zu grausam wütenden Menschen, die sie sicher nicht waren. Daß sie aber mit aller Gründlichkeit und Wut die flüchtenden Freischärler suchten und jagten und diese nicht mit Samthandschuhen anfaßten, stimmt. Gustav Struve, der natürlich ganz eindeutig auf der Seite der Freischärler steht, nannte das Gefecht bei Dossenbach keine Schlacht, sondern ein Schlachten und reine Hetzjagd. Typisch für Struve ist seine Schlußfolgerung: „Hätten die Württemberger Söldlinge ihren Blutdurst zu mäßigen vermocht, so hätte in wenigen Stunden schon die ganze Pariser deutsch-demokratische Legion das deutsche Gebiet geräumt gehabt. Allein es galt, sich ein Verdienst bei den Tyrannen zu erwerben, und wer nach diesem strebt, darf Menschenblut nicht hoch anschlagen.“³⁷ Der letzte Satz enthält eine bittere Wahrheit, die sich durch die neue deutsche Geschichte selbst beweist.

Zu den wirklich Gejagten der Legion gehörte das Ehepaar Herwegh, auf dessen Ergreifung 4000 Gulden Belohnung ausgesetzt waren. Die Hetzjagd ging sofort nach beendetem Kampfe an, Schutz bot nur noch Delaporte, der 35 Mann dem Ehepaar nachfolgen ließ. Diese Männer beschäftigten die Württemberger so lange, daß die Herweghs die nötige Zeit zu ihrer Rettung gewannen. Sie liefen bergauf und bergab, bis sie schließlich Karsau erreichten. Am ersten Bauernhaus baten sie um Asyl. Der Bauer bot ihnen zwar eine Tasse Kaffee an, lehnt aber eine Beherbergung ab und schickte sie ins Getreidefeld. Emma Herwegh erzählt: „Während wir wohl eine halbe Stunde mitten

im Korn versteckt liegen, sprengt eine Eskadron Ulanen nach der anderen immer dicht am Acker vorbei, um Herwegh ausfindig zu machen. (. . .) Nach einer Weile wird es still. Ich hebe den Kopf aus dem Korn, um die nächste Umgebung zu rekognoszieren und um zu sehen, ob wir ohne Gefahr weiterwandern können, aber vor uns lag nichts als eine weite, heiße Ebene, so recht behaglich und von allen Seiten von der Sonne beschienen, und eh' wir die nicht passiert und das ferne Gebirg erreicht hatten, konnten wir tausendmal in die Hände unserer Feinde fallen.“ Schließlich wagten sie doch den Aufbruch, und kaum hatten sie das Feld verlassen, kam ein Bauer – Jakob Bannwarth aus Karsau – auf sie zu und bot ihnen Obdach in seinem Hause an. Die Eheleute bekamen zu essen, und man gab ihnen alte Bauernkleider und schickte sie bis zum Abend zum Arbeiten auf das Feld. Mitten in diesen Vorbereitungen kam eine Patrouille geritten und umzingelte das Haus. Herweghs versteckten sich hinter alten Fässern, während der Bauer um das Leben redete und die Ulanen endlich abzogen mit der Drohung, wieder zu kommen und das Haus zu durchsuchen. Drei Stunden arbeiteten Georg und Emma Herwegh, jeder auf einer anderen Seite des Ackers, ohne zu sprechen und ständig von vorbeireitenden Soldaten bedroht. Nach Sonnenuntergang brachte ihnen der Bauer Brot und Wein aufs Feld und hieß sie, ihm auf der Hauptstraße nach Rheinfeldern langsam zu folgen. Er selbst fuhr mit einem oxsenbespannten Wagen voran. Er erzählte, daß die Württemberger tatsächlich sein Haus bis auf den kleinsten Winkel durchsucht hätten. „Darauf verließ er uns, und eine halbe Stunde später kam er uns mit seinem Wagen in Begleitung eines anderen Mannes entgegen, der uns an dem Württemberger Posten auf der Rheinfelder Brücke vorbeiführen sollte. Hätte man uns dort angehalten, so würde er uns für seine Tagelöhner ausgegeben haben. Aber die Schwaben merkten nichts, obschon wir ihnen mit unserer Heugabeln dicht an der Nase vorbeizogen, und so erreichten wir glücklich das Schweizergebiet, auf dem eine große Zahl der Unseren schon viele Stunden vor uns ein sicheres Asyl gefunden hatten.“³⁸ Die Rettung war dank des selbstlosen und der eigenen Gefahr nicht achtenden

Karsauer Bauern Bannwarth glücklich vollzogen.

V. DIE „DEUTSCHE REPUBLIK“ AUF DER SCHUSTERINSEL VOM 25. BIS 27. APRIL 1848

Mit den folgenden Betrachtungen werden die allerletzten Ereignisse des Aufstandes vom April 1848 geschildert. Am 20. April 1848 hatten sich in Hünigen, also auf französischem Gebiet, zahlreiche deutsche Handwerksgehlen angesammelt, die alle den Herwegh-Zug mitmachen wollten. Sie waren zum Teil von Basel, teils aus der inneren Schweiz gekommen und hatten waffenlos die französische Grenze überschritten. Die Hoffnung auf Bewaffnung durch die französische Regierung erfüllte sich nicht, auch Herwegh kam nicht, der ja an einer ganz anderen Stelle ins Badische eingefallen war. Zu diesen Männern gesellten sich noch Angehörige der Pariser deutsch-demokratischen Legion, die vor dem 22. April, dem Tag des Abgangs der Hauptmasse der Legion aus Straßburg, sich von ihr getrennt und allein das Elsaß hinaufgezogen waren. Weitere Verstärkung kam durch Nachzügler der Legion, die, von Paris kommend, diese nicht mehr in Straßburg vorfanden und sich auf den Weg nach der Schweizer Grenze gemacht hatten. Hinzu traten noch Flüchtlinge der Kolonnen Heckers, Struves und Sigels nach deren Niederlagen. Sie waren auf direktem Weg oder über die Schweiz nach Hünigen gelangt.

Am Dienstag, 24. 4. 1848, marschierte ein Kontingent von etwa 250 Freischärlern, vermutlich um Herwegh zu suchen, von Hünigen über die Schiffsbrücke nach der Schusterinsel und von dort rheinabwärts nach Kirchen, ohne daß die französischen Behörden diesen Einfall nach Baden verhindert hätten. In Kirchen kehrte man wieder um – auf wessen Befehl ist unklar – und erreichte gegen Abend wieder die Schusterinsel. Man besetzte diese weiter, vielleicht wollte man Herwegh, dessen Rheinübergang bekannt geworden war, so einen Rückhalt bieten. Diese 200 bis 300 Mann bildeten die „Deutsche Republik“ auf der Schusterinsel, Kommandant war August Willich (1810–1878),



Die deutsche Republik auf der Schusterinsel

GLA JG-S/15

der bekannte Freischarenführer und ehemalige preußische Artillerieoffizier.

Damals war der Rhein, der die umbuschte Schusterinsel landeinwärts umgrenzte, noch nicht aufgefüllt, so daß eine wirkliche Insel vorhanden war, die eine natürliche Sicherheit bot. Die Besatzung verstärkte noch ihre Stellung, indem sie hohe Pappeln fällte, damit Verhaue errichtet und Schanzen aufwarf. „Ihre Vorposten standen bis in die Nähe der Leopoldshöhe, die nach dem Großherzog hieß, den sie bekämpfen wollten. Ein Schiffmeister der schwimmenden Brücke, der aus Baden stammte, half ihnen, indem er von Großhünigen Werkzeug brachte. Große Mengen von Stroh wurden zur Zubereitung der Nachtlager auf die Insel geschleppt, die Gemeinde Weil, in deren Bann die Insel liegt, sorgte für Nahrung und Erfrischung. Auch Groß- und Kleinhünigen sandten Brot und Wein, so daß die Freischärler aus drei Ländern ihre Verpflegung bezogen.“ Aus dem nur zwei Kilometer ent-

fernten Basel kamen sehr viele Leute und schauten dem Lagerleben auf der Insel zu.

Im übrigen waren die Männer schlecht bewaffnet und in ihrer Zielsetzung ziemlich kopflös. Am 25., 26. und 27. April verweilte man tatenlos auf der Insel. Am Abend des 27. April erhielten sie durch Flüchtlinge die Nachricht von der Niederlage Herweghs bei Dossenbach. Die Lage auf der Insel wurde bedrohlich, man stand allein, und die Württemberger konnten jederzeit eintreffen. Auch die französischen Behörden drückten nun auf den Abmarsch der Freischärler. Man sah nun ein, daß ein weiteres Verbleiben auf der Insel sinnlos war. Und so zogen sie am 27. April abends um neun Uhr nach Hünigen hinüber, nachdem sie vorher ihre Gewehre abgeschossen hatten, denn mit geladener Waffe durften sie das französische Staatsgebiet nicht betreten. Damit war der ganze deutsche Boden von den letzten Republikanischen Heerscharen geräumt. „Keine zwölf Stunden, nachdem die ersten Schüsse in

Dossenbach aufgeknattert, war die letzte Szene im letzten Akt des Heckerschen Trauerspiels ausgespielt, der erste badische Aufstand war zu Ende.³⁹

Hecker selbst war mindestens einen Tag und eine Nacht in Hünningen, französische Abgesandte verhandelten mit ihm über das weitere Schicksal der Republikaner. Auch Struve stellte sich ein und andere wichtige Freischarführer. Man beschloß die Schaffung eines Zentralausschusses, der die Angelegenheiten der Flüchtlinge ordnen sollte. Hecker weigerte sich, im Ausschuß mitzuarbeiten mit seiner alten, starren Meinung, „daß man französische Hilfe unter keinen Umständen in Anspruch nehmen werde.“ Das war in der aussichtslosen Lage der Flüchtlinge nicht annehmbar. Man bemüht sich um den sicheren Abzug der Freiheitskämpfer auf französischem Gebiet. Nach der Niederlage in Dossenbach kamen viele Mitglieder der ehemaligen Pariser deutsch-demokratischen Legion nach Straßburg, auch Struve, Sigel und Mögling erschienen. Hecker hatte schon vorher von dort Abschied von Deutschland und Europa genommen. So wurde Straßburg nun im umgekehrten Sinne zum Sprungbrett nach dem Inneren Frankreichs, England und den USA der wenige Tage vorher so hoffnungsvoll von der schönen Stadt aufgebrochenen Revolutionäre.⁴⁰

- 13 M. Herwegh, S. 154 ff.
- 14 Alles weitere M. Herwegh S. 157 ff.
- 15 Struve, S. 51 und 58
- 16 Siehe dazu Struve S. 92, Valentin I S. 487/488, M. Herwegh S. 157
- 17 Valentin I, S. 488
- 18 Struve, S. 32, Lipp, S. 35
- 19 Siegfried, S. 51 ff.
- 20 M. Herwegh, S. 186
- 21 Lipp, S. 35
- 22 Zitiert nach Dreßen S. 57
- 23 Lipp, S. 41 f.
- 24 M. Herwegh, S. 185
- 25 M. Herwegh, S. 188 f.
- 26 Lipp, S. 54
- 27 M. Herwegh, S. 189 ff.
- 28 M. Herwegh, S. 192/193
- 29 Siegfried, S. 59, Lipp, S. 52
- 30 M. Herwegh, S. 194 f.
- 31 Lipp, S. 54
- 32 M. Herwegh, S. 195
- 33 M. Herwegh, S. 196 ff.
- 34 Zu dem ganzen Ablauf des Gefechtes vergl. M. Herwegh S. 196 f., und Lipp, zitiert bei Lautenschlager S. 137–148
- 35 Siegfried, S. 59 ff.
- 36 Zitiert nach Dreßen S. 66
- 37 Struve, S. 95
- 38 Alle Angaben der Flucht nach M. Herwegh S. 201 ff.
- 39 Alle Zitate und Ablauf der Ereignisse nach Siegfried S. 66–69
- 40 Struve, S. 96 ff.

Anmerkungen

- 1 Deuchert, S. 109–113
- 2 Borst, darin Gert Ulding „Die politische Provinz im Aufstand“, S. 250/251
- 3 Alle Gedichte zitiert nach Reclam-Universalbibliothek Nr. 5341 (2)
- 4 Allgem. Dt. Biographie, 12. Bd., S. 252–256, Neue Dt. Biographie, 8. Bd., S. 723–726, Knobloch S. 64–74
- 5 Struve, S. 89 ff.
- 6 Valentin I, S. 603, Anm. Nr. 29
- 7 M. Herwegh, S. 131 f.
- 8 Valentin I, S. 487 f.
- 9 Real, S. 63
- 10 Valentin I, S. 483
- 11 Lipp, S. 16 ff.
- 12 Lipp, S. 20

Literaturnachweis

- 1 Allgemeine Deutsche Biographie, 12. Band, Nachdruck der 1. Auflage von 1880, Berlin 1969
- 2 Neue Deutsche Biographie, 8. Band, Berlin 1969
- 3 Blos, Wilhelm: Die Deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849, 2. Nachdruck der 1893 erschienenen Auflage. Berlin-Bonn 1979
- 4 Borst, Otto, Hrsg.: Aufruhr und Entsagung. Vormärz 1815–1848 in Baden-Wttbg. Stuttgarter Symposium Band 2, Stuttgart 1992
- 5 Deuchert, Norbert: Vom Hambacher Fest zur badischen Revolution. Politische Presse und Anfänge deutscher Demokratie 1832–1848/49, Stuttgart 1893
- 6 Dreßen, Wolfgang: 1848–1849, Bürgerkrieg in Baden. Chronik einer verlorenen Revolution, Berlin (Wagenbach) 1975
- 7 Hagenmeyer, K.: Die Revolutionsjahre 1848/49. Schilderungen aufgrund eigener Anschauung und persönlicher Erlebnisse. Karlsruhe 1899

- 8 Herwegh, Georg: Werke in drei Teilen, Hrsg. Hermann Tardel, Berlin 1909; Gedichte und Prosa, Auswahl, Stuttgart, Reclam, 1975; Gedichte eines Lebendigen, Leipzig 1905; Reißt die Kreuze aus der Erden, Gedichte, Berlin (Rohwold) 1920; Literatur und Politik, Hrsg. Katharina Mommsen, Insel, Frankfurt 1909
- 9 Herwegh, Marcel, Hrsg.: Briefe von und an Georg Herwegh 1848, München 1898. Darin „Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris. Von einer Hochverräterin“ (Emma Herwegh)
- 10 Knobloch, Hans Jörg: Die eiserne Lerche Georg Herwegh. Eine Nachbetrachtung zu seinem 150. Geburtstag. Ekkhart-Jahrbuch 1968
- 11 Lautenschlager, Friedrich, Hrsg.: Volksstaat und Einherrschaft 1848–1849. Dokumente aus der badischen Revolution. Konstanz 1920
- 12 Lipp, Franz, Hauptmann im Königl.-Württembergischen 6. Infanterie-Regiment: Georg Herweghs viertägige Irr- und Wanderschaft mit der Pariser deutsch-demokratischen Legion in Deutschland und deren Ende durch die Württemberger bei Dossenbach. Zur Erinnerung an die Zustände im Frühjahr 1848. Stuttgart 1850
- 13 Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat. Verlag Beck, München, 4. Aufl., 1987
- 14 Monz, Heinz: Reminiszenzen zur Zeit Georg Herweghs in Baden-Baden – ein Nachtrag. Aquae 93, Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden, Beiträge zur Geschichte der Stadt und des Kurortes Baden-Baden, Heft 26, 1993
- 15 Real, Willy: Die Revolution in Baden 1848/49. Stuttgart (Kohlhammer) 1983
- 16 Siegfried, Paul: Basel und der erste badische Aufstand im April 1848 (Basel im neuen Bund II); 104. Neujahrsblatt, herausgegeben von der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützi-gen, 1926
- 17 Struve, Gustav: Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden 1848/1849. Veränderter Nachdruck der Ausgabe Bern 1849. Freiburg (Rombach) 1980
- 18 Valentin, Veit: Geschichte der deutschen Revolution 1848/1849. 1. Band, Köln–Berlin 1970
- 19 Vögely, Ludwig: Hecker hoch! Dein Name schallet . . . Friedrich Hecker zum 100. Todestag am 24. März 1981. Badische Heimat (Mein Heimatland), 61. Jg., 1981

Anschrift des Autors:
Ludwig Vögely
Tiefentalstraße 35
76228 Karlsruhe



Zur Geschichte Heidelbergs – NEU

- Heidelberger Altstadtbrunnen.** 112 S., 65 Abb., '96, 32,-
- Heidelberger Schulgeschichte(n).** Vergangenheit und Gegenwart in kurzen Porträts. Heidelberger Schulen stellen sich vor. 75 S., 44 Abb., '96, 25,-
- Pädagogium · Lyceum · Gymnasium.** 450 Jahre Kurfürst-Friedrich-Gymnasium. 411 S., 51 Abb., '96, 49,-
- Fraugestalten.** Soziales Engagement in Heidelberg
134 S., 7 Abb., '95, 28,-
- Mühlhausen, Christian Stock.** Vom Heidelb. Arbeitersekretär zum hess. Ministerpräsidenten. 175 S., 31 Abb., '96, 34,-
- Heinemann, Heidelberg,** 544 S., 59 Abb., 3. Aufl. '96, 39,-
- Pfaff, Heidelberg und Umgebung.** 382 S., 112 Abb., '95, 39,-
- Geschichte der Juden in Heidelberg.** 651 S., 49 Abb., '96, 64,-
- Oscar Vulpius · Leben und Werk.** 244 S., 138 Abb., '97, 64,-
- Debon, Der Weingott und die Blaue Blume.** Dichter zu Gast in Heidelberg. 314 S., 48 Abb., '95, 58,-
- Debon, Das Heidelberger Jahr Joseph von Eichendorffs.**
282 S., 41 Abb., 3. Aufl. '96, 48,-
- Debon, Es gab einen Lehrer in Lehrte.** Limericks von Ernst Fabian. 238 S. mit 60 Zeichnungen von Jules Stauber, '97, 29,-
- Liebers/Ginsbach, Spuk in Heidelberg.** 136 S., 80 Abb.,
2. Aufl. '96, 36,-
- Liebers/Wilz, König Titi.** [Tagebuch als Lieblingshund der
Liselotte von der Pfalz]. 67 S., 46 Abb., '96, 19,80

Verlag Brigitte Guderjahn · Heidelberg



Amand Goegg – Revolutionär mit kühlem Kopf und heißem Herzen

Bei manchem revolutionären „Achtundvierziger“ möchte man im Rückblick zweifeln, ob ihm die Bezeichnung „Revolutionär“ zu Recht zukommt. Bei Amand Goegg gibt es darüber kaum Zweifel. Er erscheint geradezu als der Musterfall eines Revolutionärs, und zwar eines solchen, der den Umsturz plant, ihn organisatorisch vorbereitet und in der Praxis zu führen gewillt ist. Er hat mit Worten und mit Taten für die Freiheit gekämpft.

Was hat den Mann dazu motiviert und fähig gemacht? Wie wird einer zum Revolutionär? Wir besitzen von Amand Goegg „Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die Badische Revolution von 1849“, in denen der Autor Rechenschaft ablegt über sich selbst und das, was in Baden vor rund 150 Jahren den Namen „Revolution“ verdiente. In diesem Rückblick erklärt er seinen Entschluß, im Dezember 1848 die Initiative zur Neuorganisation der „demokratischen“ Bewegung zu ergreifen, mit der Zerstrittenheit der Volksvereine unter der laschen Führung von Florian Mördes in Mannheim. Bis dahin habe er „nur anonym für die demokratische Sache gewirkt“. Freilich hatte der damals Achtundzwanzigjährige seine politische Grundrichtung bereits als Heidelberger Student gezeigt, als er 1843 bei der Feier aus Anlaß der 25jährigen Geltung der badischen Verfassung „im Namen seiner Commilitonen aus allen deutschen Gauen“ den Antrag stellte (und zwar „trotz der Einsprache der anwesenden höheren Beamten und Professoren“), „die Agitation für Erlangung einer deutschen Nationalversammlung auf die Tagesordnung“ zu setzen. Wie kam er dazu?

Amand Goegg wurde am 7. April des Jahres 1820 in Renchen geboren. Er stammte aus

einer angesehenen, durchaus wohlhabenden Kleinstadtfamilie. Der Vater hatte ein Handelsgeschäft, er betrieb eine Ziegelei und eine Käserei. Die Kinder hatten von klein an mitzuhelfen und lernten so das Arbeitsleben kennen. Gefördert wurde aber auch der Bildungsweg der Kinder. Amand Geck (bzw. Goegg, wie der Name seit 1840 geschrieben wurde) konnte das Gymnasium in Freiburg, später in Karlsruhe besuchen. Politisch war man in der Familie Geck/Goegg liberal und neigte der „Bewegungspartei“ zu. Als Schüler der gymnasialen Oberstufe organisierte Amand Goegg, der stets mit guten Zeugnissen auffiel, literarisch-politische Zirkel, und das setzte er offenbar im Studium fort.

Der Vater hatte gewünscht, Amand sollte etwas Nützliches studieren. Also wählte er die Cameralwissenschaften, eine Art Politische Ökonomie. Er studierte in Freiburg (bei Karl Theodor Welcker), München und Heidelberg, wo er u. a. bei Ludwig Häusser ein Kolleg über die Französische Revolution besuchte. In Karlsruhe legte er schließlich an der Polytechnischen Lehranstalt (der späteren Technischen Hochschule) 1844 das Examen als Cameralist (Finanz- und Steuerfachmann bzw. Volkswirt) ab. In Heidelberg war er dem liberalen Geist einer „Reformuniversität“ begegnet, freilich in einer gemäßigten Form. Sollten doch die meisten Studenten gerade hier für eine Tätigkeit im Staatsdienst (oder zu Pfarrern der evangelischen Landeskirche) ausgebildet werden.

Wichtige Impulse für sein politisches Denken erhielt Amand Goegg im Rahmen einer achtmonatigen Studienreise, zu der ihn als Volontär (d. h. Referendar) das badische Finanzministerium beurlaubt hatte und die ihn

Academisches

Studien-Zeugniß.

Herr Stud. ~~an~~ Amand Goegg
aus München hat im Sommer-
Semester 1843 auf der Großherzoglich Badischen
Universität Heidelberg meine Vorlesungen

über

Geschichte der Französischen
Revolution

mit ausgedehnter Fleiß
und rühmlicher Aufmerksamkeit
besucht, welches ich hiermit pflichtmäßig be-
zeuge.

Heidelberg den 12ten Aug. 1843

L. Haubner,

mit dem sozio-ökonomischen Wandel in westeuropäischen Ländern sowie mit dem dort bestehenden Arbeiterelend konfrontierte. Bekanntlich hatte schon Franz Joseph Buß (politisch eher der Gegenpartei angehörend) seine sozialpolitische Kritik an den Verhältnissen im Vormärz 1837 mit Beobachtungen in Frankreich und England begründet.

Offenbar hat Goeggs innere Entwicklung zum engagierten „Linken“ seinen Ursprung in den Impulsen, die von Westeuropa kamen. Es scheint im übrigen, daß er auch mit der antiklerikalen sowie liberal-demokratischen Richtung der Deutschkatholiken sympathisierte. Im Schweizerischen Sonderbundskrieg sah er die „finsternen“ Kräfte der Jesuiten als Anstifter. Aus dem katholischen Milieu, dem er entstammte, hat er sich frühzeitig gelöst und fand zu einem humanistischen Welt- und Menschenbild, das stark idealistische Züge trug und von einer sozialethisch begründeten Hoffnung auf Befreiung aller Menschen von Not und Elend geprägt war. Von einem elementaren Gerechtigkeitssinn getragen, hatte er den Wunsch, „das Los der allgemeinen Menschheit zu verbessern“, wie er in einem Brief dem Mitstreiter Franz Sigel schrieb.

Solche Erfahrungen und Grundhaltungen ließen den jungen Zollamtsassistenten, der seit dem Sommer 1847 in Mannheim wirkte, fast zwangsläufig zum Anhänger der „demokratischen“ Bewegung um Gustav von Struve und Friedrich Hecker werden. In Mannheim zeigte sich in den 1840er Jahren die Dynamik der Modernisierung am stärksten von allen Städten in Baden. Die Stadt hatte mit rund 25 000 Einwohnern die höchste Bevölkerungszahl aller Städte im Land. Sie profitierte von der Entwicklung der Dampfschiffahrt, die seit 1827 auf dem nach und nach durch Tulla regulierten Rhein möglich war. Als 1840 der Mannheimer Hafen eröffnet wurde, wirkte das wie die Proklamation des Industriezeitalters in Baden. Im gleichen Jahr wurde die erste Eisenbahnlinie in Baden von Mannheim nach Heidelberg in Betrieb genommen. Mannheim war im Begriff, zum Antriebszentrum des wirtschaftlichen und politischen Fortschritts in Baden zu werden. Der Handel drängte auf Anschluß an größere Wirtschaftsräume und damit auf die nationale Einigung Deutschlands. Dies war der Nährbo-

den für die beiden Leitvorstellungen der „bürgerlichen“ Aufbruchsbewegung von 1848: Freiheit und Einheit.

Die Erfolge der Volkserhebung im März 1848 haben Amand Goegg wie die Liberalen aller Schattierung beflügelt. Verlauf und Scheitern des Heckerzuges im April 1848 haben ihn und die „linken“ Liberalen ernüchert. Die kurzfristige Gemeinsamkeit von „Demokraten“, die einen Umbau des Staates zur Republik wollten, und den „Konstitutionellen“, die ihre Ziele auf eine Fortentwicklung der Verfassungen beschränkten, brach auseinander. An der Basis, wo die Politisierung breiter Schichten zur Bildung Vaterländischer Vereine in den meisten Gemeinden geführt hatte, sammelten nun die „demokratischen Vereine“ die Anhänger der „Linken“ bzw. der Republikaner, während die Vaterlandsvereine eine eher konservative Wendung nahmen. Die „demokratischen Vereine“ wurden zeitweise verboten, konnten sich aber unter dem Etikett „Volksvereine“ stabilisieren, zumal die Behörden nur halbherzig gegen sie vorgingen. Mit der Proklamation der Grundrechte durch die Frankfurter Paulskirche im Dezember 1848 (und der Zustimmung der badischen Regierung zu diesem Teil der künftigen Reichsverfassung) bekamen die „Volksvereine“ weiteren Auftrieb, zumal die Nationalversammlung gerade das Recht auf Versammlungs- und Vereinsfreiheit in den §§ 161 und 162 ausdrücklich verankert hatte.

Zu eben diesem Zeitpunkt trat Amand Goegg entschieden in das politische Geschäft ein. Bis dahin hatte er nach eigenen Worten nur als Mitläufer „für die demokratische Sache gewirkt“. Von den prominenten Anführern der badischen „Demokraten“ befanden sich damals Hecker in der Emigration, Struve im Gefängnis, Lorenz Brentano als „linker“ Abgeordneter in der Paulskirche bzw. im Karlsruher Landtag. Der Mannheimer Volksverein, der zugleich die Zentrale der badischen Volksvereine bildete, wurde von Florian Mördes in einer, wie Goegg empfand, viel zu ineffizienten Weise geleitet. Nun nahm er die Dinge entschieden selbst in die Hand, setzte nach eigener Aussage seine Beamtenstelle aufs Spiel und lud in einer spontanen Entscheidung brieflich rund 150 „der angesehensten demokratischen Bürger“ (so seine Worte) auf den zweiten Weihnachts-



Amand Goegg nach einer Bleistiftzeichnung von Irminger, 1849

tag 1848 in sein Heimatstädtchen Renchen zu einer Versammlung ein. Der Appell fand breite Zustimmung.

Die in Renchen Versammelten beschlossen eine neue Organisation der Volksvereine, die dadurch praktisch zu einer politischen Partei wurden. Amand Goegg ließ sich von den Vertretern zu einer landesweiten Aktivierung der Vereins- bzw. Parteiarbeit legitimieren und ging sogleich nach seiner Rückkehr in Mannheim an die Arbeit. Die Renchener Versammlung hatte auf Vorschlag Goeggs den Mannheimern empfohlen, Lorenz Brentano zum neuen Vorsitzenden und Amand Goegg zu dessen Stellvertreter zu wählen. Diesen Wünschen wurde sogleich entsprochen. Da aber Brentano in Karlsruhe weilte und die Parlamentsarbeit der Vereinsführung vorzog, konnte der 28jährige Amand Goegg faktisch ganz souverän sein Konzept verwirklichen.

Er verordnete den Volksvereinen die Bildung einzelner Ortsgruppen, gewann Vertrauensleute zu deren Führung und verlangte, die Mitglieder namentlich zu erfassen und zu regelmäßigem Beitrag zu verpflichten. Ein hierarchischer Aufbau mit Bezirks- und Kreis Ausschüssen und einem Landesauschuß an der Spitze gab der „Partei“ feste Strukturen. Mit regelmäßigen Versammlungen sowie mit einem flächendeckenden Informationssystem in Form regelmäßiger „Flugblätter“ hielt Goegg die „Agitation“ in Gang. Er wirkte in seinem Büro in Mannheim in einem leidenschaftlichen Engagement, arbeitete Tag und Nacht und versuchte, wie er in einem Flugblatt vom 7. Januar 1849 formulierte, „alle Volksfreunde“ dazu zu bringen, „am großen und wichtigen Werke der Organisation des Volkes mitzuwirken zur vollständigen Erringung unserer Freiheit“. Goegg erwies sich in den ersten Monaten des Jahres 1849 als präziser Techniker der Revolution, die er nun entschieden vorantreiben wollte. In kurzer Zeit hatten sich nach seinen eigenen Worten „in Folge der neuen Vereinsorganisation über 400 Volksvereine mit circa 35 000 Mitgliedern gebildet“, außerdem waren zahlreiche Arbeiter- und Turnvereine als Zweigvereine angeschlossen worden. Allein der Mannheimer Volksverein zählte rund 2000 Mitglieder.

Selbst Gegner der Bewegung mußten bald zugeben, daß die Volksvereine eine Art Gegen-

oder Parallelregierung in Baden (zumindest in einzelnen Gemeinden) bildeten, ohne die politisch nichts zu bewirken war. Um so schärfer wurde freilich auch die gegen die Volksvereine gerichtete Propaganda der Konservativen und „Konstitutionellen“. Man beschimpfte die „Demokraten“ als Pöbel und unterstellte, daß sich nur „Angehörige der untersten Volksklasse“ in den Volksvereinen sammelten. In Wirklichkeit bildeten Handwerksgelesen zwar den tragenden Kern der Bewegung, doch gehörten ihr auch Handwerker und Bauern, Lehrer und Studenten, Wirte und Kaufleute an, und nicht selten wurden Orts- oder Bezirksvereine von Honoratioren geleitet. Eine der Hauptaufgaben der Vereine sah Goegg in der Errichtung von Bürgerwehren bis in die kleinsten Dörfer sowie die Wahl von demokratisch gesinnten Offizieren. Außerdem betrieb Goegg eine systematische Agitation beim Militär, um so die bewaffnete Gewalt im Land für die radikal-demokratische Sache zu gewinnen. Dabei kam ihm eine wachsende Aversion der Soldaten und Unteroffiziere gegen die Offizierskaste und gegen die Regierung zugute. In frechen Parolen hieß es in Flugschriften z. B. „Nur ein Narr wird noch diesen feigen Buben, den Offizieren, Gehorsam leisten.“ und: „Weib, nimm Arsenik und vergifte ihnen [den Offizieren] ihre Speisen und Getränke! Mann, greife zum Dolch und Schwert und kehre sie in ihren Eingeweiden um!“ In Petitionen verlangten die Volksvereine die Auflösung des Parlaments in Karlsruhe. Die den Demokraten zugeneigten Abgeordneten wurden aufgefordert, ihr Mandat niederzulegen und aus dem Landtag auszutreten. Tatsächlich verließen Brentano und weitere 17 Deputierte im März 1849 die Kammer in Karlsruhe.

Am 4. Mai 1849 schließlich veröffentlichte Goegg einen Aufruf an alle Volksvereine, am Samstag, den 12. Mai, zu einem Landeskongreß in Offenburg zusammenzukommen. Auf den darauf folgenden Tag beraumte er eine Volksversammlung in Offenburg an, „zu deren Besuch das gesammte Volk in allen Theilen Badens aufgefordert wird. Es handelt sich um die Berathung der gegenwärtigen Lage unseres gesammten Vaterlandes. Der Gegenstand ist groß, der Augenblick ist wichtig. Es fehle kein Freund des Volkes!“ So hieß es in dem Aufruf. Diese 3. Offenburger Versammlung

Die Landesversammlung in Offenburg

erklärt:

Deutschland befindet sich fortwährend im Zustand voller Revolution, auf's neue hervorgerufen durch die Angriffe der größeren deutschen Fürsten auf die von der deutschen Nationalversammlung endgültig beschlossene Reichsverfassung und die Freiheit überhaupt. — Die deutschen Fürsten haben sich zur Unterdrückung der Freiheit verschworen und verbunden; der Hoherrath an Volk und Vaterland liegt offen zu Tage; es ist klar, daß sie sogar Rußlands sämmtliche Armeen zur Unterdrückung der Freiheit zur Hilfe rufen. — Die Deutschen befinden sich also im Stande der Nothwehr, sie müssen sich verbinden, um die Freiheit zu retten; sie müssen dem Angriff der fürstlichen Rebellen den bewaffneten Widerstand entgegenstellen.

Die deutschen Stämme haben die Verpflichtung, sich gegenseitig die Freiheit zu gewährleisten, um den Grundfab der Volkssouveränität vollkommen durchzuführen; sie müssen sich daher unterstützen überall, wo sie angegriffen werden. —

Das badische Volk wird daher die Volksbewegung in der Pfalz mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen.

Die Landesversammlung des badischen Volkes in Offenburg hat nach vorhergegangener Berathung die folgenden Anträge in dem Landescongresse der Volksvereine, nach ferner satzungsmäßiger öffentlicher Berathung, wobei Abgeordnete aus allen Landestheilen vertreten waren, nach fernerer ausführlicher Discussion in der Versammlung des Volkes

beschlossen:

- 1) Die Regierung muß die Reichsverfassung, wie sie nun nach der durch die Erezgnisse beseitigten Oberhauptfrage feststeht, unbedingt anerkennen und mit der ganzen bewaffneten Macht deren Durchführung in anderen deutschen Staaten zunächst in der bairischen Pfalz unterstützen.
- 2) Das gegenwärtige Ministerium ist sofort zu entlassen, und Bürger Brentano, Obergerichtsadvocat zu Mannheim, und Bürger Peter, Reichstagsabgeordneter von Konstanz mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen.
- 3) Es muß alsbald unter sofortiger Auflösung der jetzigen Ständekammern eine verfassungsgebende Landesversammlung berufen werden, welche in sich die gesammte Rechts- und Machtvollkommenheit des badischen Volkes vereinigt; — diese Landesversammlung soll gewählt werden von und aus den sämmtlichen volljährigen Staatsbürgern des Landes und zwar unter Verbehaltung der für die bisherige II. Kammer bestehenden Wahlbezirke. —
- 4) Es muß ohne allen Verzug die Volksbewaffnung auf Staatskosten in's Leben gerufen werden, und es sind alle ledigen Männer von 18 — 30 Jahren als erstes Ausgebot sofort mobil zu machen. — Alle diejenigen Gemeindebehörden, welche nicht alsbald die Bewaffnung ihrer Bürger anordnen, sind augenblicklich abzusetzen.
- 5) Die politischen Flüchtlinge sind sofort zurückzurufen, die politischen Militär- und Zivilgefangenen zu entlassen und alle politischen Prozesse nieder zu schlagen; — namentlich verlangen wir aber auch die Entlassung derjenigen Militärgefangenen, welche in Folge der politischen Bewegungen wegen sogenannter Disziplinär- und Insubordinationsvergehen bestraft wurden. —
- 6) Die Militärgerichtsbarkeit muß aufgehoben werden. —
- 7) Bei dem Heere soll eine freie Wahl der Officiere stattfinden.
- 8) Wir verlangen alsbaldige Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr.
- 9) Es müssen sämmtliche Grundlasten unenigentlich aufgehoben werden.
- 10) Es müssen die Gemeinden unbedingt selbstständig erklärt werden, sowohl was die Verwaltung des Gemeindevermögens, als die Wahl der Gemeindevertreter betrifft; es müssen alsbald im ganzen Lande neue Wahlen für die Gemeindevertretung stattfinden.
- 11) Es werden sämmtliche von den s. g. Kammern in Karlsruhe seit dem 17. Januar d. J. gefaßten Beschlüsse für null und nichtig erklärt und darunter namentlich das s. g. Wahlgesetz vom 10. v. M., welches einen förmlichen Angriff auf die in den Reichsgesetzen gegebenen Bestimmungen enthält.
- 12) Die Geschworenengerichte sind augenblicklich einzuführen und kein einziger Criminal-Proceß darf mehr von Staatsrichtern entschieden werden.
- 13) Die alte Verwaltungs-Bürokratie muß abgeschafft werden und an ihre Stelle die freie Verwaltung der Gemeinden oder andern Körperschaften treten.
- 14) Errichtung einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau zum Schutze gegen das Uebergewicht der großen Kapitalisten.
- 15) Abschaffung des alten Steuerwesens, hierfür Einführung einer progressiven Einkommensteuer nebst Beibehaltung der Zölle.
- 16) Errichtung eines großen Landespensionsfonds, aus dem jeder arbeitsunfähig gewordene Bürger unterstützt werden kann. — Hierdurch fällt der besondere Pensionsfond für die Staatsdiener von selbst weg.

Der Landesausschuß der Volksvereine besteht aus folgenden Mitgliedern:

A. Brentano von Mannheim.
I. Fidler von Konstanz.
A. Goege von Mannheim.
Peter von Konstanz.
Bernert von Oberkirch.
Rehmann von Offenburg.
Stay von Heidelberg.
Wilmann von Pföhren.
F. Steinmez von Durlach.
Bernvogel von Kenzingen.
Richter von Albern.
Degen von Mannheim.
F. Ritter von Karlsruhe.
J. Starck von Lottstetten. } Soldaten aus der Garnison in Rastatt.

Als Ersatzmänner wurden gewählt:
H. Hoff von Mannheim.
Lorent von Freiburg.
F. Rottel von Freiburg.
Happel von Mannheim.
Jungmann von Mosbach.
Kiefer von Emmendingen.

Ersatzmänner der Soldaten:
Aurelius Cordel aus Mühllypsburg.
Sebastian Bannwarth aus Bleichheim, Amt Kenzingen.

Derselbe wird beauftragt, die nöthigen Anordnungen zur Durchführung dieser Beschlüsse mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu treffen, und von dem Ergebniß der heutigen Landesversammlung dem Landesausschuß in Rheinbayern, sowie den Landesausschüssen der übrigen Nachbarstaaten sofort Nachricht zu geben. Offenburg, den 13. Mai 1849.

Im Namen der Landes-Versammlung.

Goege

sollte nach Goeggs Absicht zu einer „Heerschau der Volkspartei“ werden.

Als am Samstag, den 12. Mai, die Delegierten der Bezirksvereine nach Offenburg kamen, war Brentano nicht anwesend. So lag die Organisation und Leitung der Tagung ganz in Goeggs Händen. Die Beratungen konzentrierten sich bald auf die Frage der künftigen Staatsform, für die man kämpfen wollte. Die Mehrheit verweigerte sich Goeggs Antrag, die Republik zu proklamieren. Man beschloß indes, die Karlsruher Regierung zum Rücktritt aufzufordern, Neuwahlen zu verlangen und auf die Amnestie der politischen Gefangenen zu dringen. War das der Auftakt zum politischen Umsturz? Vermutlich wollte Goegg die Haltung der Volksversammlung am folgenden Tag abwarten.

Doch nun trafen Nachrichten aus Rastatt ein, die dortige Garnison sei offen zu den radikalen Demokraten übergetreten, habe widerstrebende Offiziere verjagt und „Volksfreunde“ zu Vorgesetzten gewählt. Eine Abordnung der revolutionären Soldaten erschien in Offenburg. Goegg empfing sie am Bahnhof mit revolutionären Parolen und forderte sie auf, bei der Volksversammlung am Nachmittag für die Republik zu stimmen. Ausgewählte Vertrauensleute geleiteten inzwischen die Menschenmenge, die in die Stadt strömte, zum zentralen Versammlungsort. Dort verkündete Goegg den rund 40 000 Versammelten: „Deutschland befindet sich fortwährend im Zustande voller Revolution, aufs neue hervorgehoben durch die Angriffe der größeren deutschen Fürsten auf die von der deutschen Nationalversammlung endgültig beschlossene Reichsverfassung und die Freiheit überhaupt. Die deutschen Fürsten haben sich zur Unterdrückung der Freiheit verschworen und verbunden . . . Die Deutschen befinden sich also im Stande der Nothwehr, sie müssen sich verbinden, um die Freiheit zu retten; sie müssen dem Angriff der fürstlichen Rebellen den bewaffneten Widerstand entgegensetzen . . .“

Anschließend legte er der enthusiastisch gestimmten Versammlung ein 16-Punkte-Programm vor, das er in der Nacht zum Sonntag formuliert hatte. Darin wurde u. a. die unbedingte Zustimmung der Landesregierung zur Paulskirchenverfassung gefordert, ferner eine

neue Regierung, die Auflösung des Landtags mit nachfolgenden Neuwahlen, eine Volksbewaffnung auf Staatskosten, die entschädigungslose Aufhebung der Grundlasten, die Bildung von Geschworenengerichten für alle Strafverfahren, ferner – dies war neu und zielte auf eine tiefgreifende Sozialreform – die Einrichtung einer Nationalbank zum Schutz gegen die Macht der „Kapitalisten“, die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer und die Schaffung eines Landespensionsfonds zur Finanzierung einer Volksrente. Die Versammlung stimmte unter stürmischem Beifall zu. Doch die Proklamation der Republik unterblieb. Ein neuer Landesausschuß wurde gewählt; ihm gehörten 22 Mitglieder an (in den folgenden Tagen kamen weitere sieben hinzu). An der Spitze stand wiederum Lorenz Brentano.

Man zog nach Rastatt, wo endlich auch Brentano eintraf, und am nächsten Morgen ging es weiter nach Karlsruhe. Von dort waren der Großherzog und seine Regierung nach Frankfurt geflohen. Auf Drängen des Karlsruher Stadtrats übernahm der Landesausschuß die volle Regierungsgewalt im Land. Man bildete auf Anraten des inzwischen aus dem Gefängnis befreiten Struve einen Vollzugsausschuß mit Ressortministerien. Brentano wurde Regierungschef, Joseph Ignaz Peter wurde Justizminister, Goegg erhielt das Finanzministerium. Vergeblich hatte Goegg darauf gedrängt, nun endlich die Republik auszurufen. Die Mehrheit wollte Sicherheit und Ordnung. Die bestehende Verwaltung blieb unangetastet, und die Beamten behielten ihre Posten. Einige Punkte aus dem „Offenburger Programm“ versuchte man, per Dekret zu realisieren. Die sozialpolitischen Forderungen kamen nicht zum Zug. Dem Finanzminister Goegg fehlte das Geld. Gegen die etablierten Finanzräte vermochte er sich nicht durchzusetzen, und Papiergeld zu drucken wie einst die französische Revolutionsregierung, schien ihm verfrüht.

Auch der Appell, den Goegg an alle Gemeinden im Land richtete, die Bürgerwehren mit Hilfe patriotischer Geldspenden zu bewaffnen, schlug fehl. Von den regulären Einheiten des badischen Militärs hielten rund 15 000 Mann zur neuen Regierung. Etwa die gleiche Zahl brachten die Bürgerwehren zusammen.

Allenthalben fehlte es an geschulten Offizieren. Das Oberkommando übernahm zunächst Franz Sigel. Vergeblich versuchte er, die aufständischen Pfälzer zu einem gemeinsamen militärischen Vormarsch gegen Frankfurt zu bewegen. Von dort hatte der Reichsverweser eine Interventionsarmee gegen die badischen Revolutionäre in Marsch gesetzt, während die noch übrig gebliebenen Abgeordneten der Paulskirche sich als Rumpfparlament nach Stuttgart begaben. Am 5. Juni erklärte Sigel den Kriegszustand für das Land. Wenige Tage darauf übertrug die Provisorische Regierung in Karlsruhe, die am 1. Juni den Vollzugsausschuß abgelöst hatte, den Oberbefehl dem polnischen Exilgeneral Mieroslawski. Amand Goegg legte sein Ministeramt nieder und begab sich gleichsam als Politikommissar zu den Truppen an die Front.

Inzwischen war nach entsprechenden Wahlen die Verfassungsgebende Landesversammlung am 10. Juni in Karlsruhe konstituiert worden. Sie löste die Provisorische Regierung auf und übertrug die Macht einem Triumvirat von drei Diktatoren: Brentano, Goegg und Werner. Praktische Regierungsarbeit konnte das Gremium kaum leisten. Die überlegenen Streitkräfte der aus Preußen, Hessen und Württemberg anrückenden Reichstruppen waren der badischen Revolutionsarmee in allen Belangen überlegen. Nicht wenige der badischen Freischärler waren nur unter Drohungen dem Aufruf gefolgt, unter die Waffen zu treten. Auch die politische Führung der Revolution war gespalten in Anhänger des gemäßigten Kurses, den Brentano verfocht, und andere, die um alles oder nichts kämpfen wollten. Goegg, der zu letzterem neigte, ohne dabei immer konsequent zu handeln, fand zwar einzelne Mitstreiter wie Franz Sigel oder Johann Philipp Becker, blieb aber ohne breite Unterstützung.

Nach mehreren Niederlagen und einem Rückzug seiner Truppen bis Offenburg legte Mieroslawski am 1. Juli 1849 das Kommando nieder. Sigel führte die Einheiten über den Schwarzwald nach Donaueschingen, um in der Baar eine neue Verteidigungsstellung aufzubauen. Inzwischen war die Regierung von Karlsruhe nach Freiburg geflüchtet und löste sich dort auf; Brentano begab sich ins Exil in die Schweiz. Goegg blieb schließlich als einzi-

ger der drei Diktatoren noch zur Weiterführung des revolutionären Krieges bereit. Er hoffte, mit der Proklamation einer „sozialdemokratischen Republik“ das Blatt nochmals wenden zu können. Vergeblich. Sigel mußte mit seinen Einheiten den Rückzug zur Schweizer Grenze antreten, die er bei Tiengen am 11. Juli überschritt.

Goegg hatte ein weiteres Revolutionscorps nach Konstanz geführt. Dort hielt er vor den rund 1200 Soldaten, die ihm gefolgt waren, eine letzte Rede und dankte ihnen für die „Tapferkeit und Ausdauer im Dienste der Revolution“. „Besiegt, nicht gebeugt, verlassen wir das Vaterland, und eure Taten sind der Grundstein zum künftigen, freien, einigen Teutschland!“ rief er ihnen am Ende seiner Rede zu. Wie er sich später erinnerte, war die Wirkung der Worte mitreißend: „Tief ergriffen stimmte die ganze Versammlung in ein Hoch auf das teutsche Vaterland ein. Die Trommeln wirbelten, der Feind rückte gegen die Stadt, und in geordnetem Zuge betrat der Rest der badischen Freiheitsarmee den neutralen, gastlichen Boden der freien Schweiz.“ So lautet sein später verfaßter Bericht.

Goegg hatte kurz vor der „Offenburger Versammlung“ Anfang Mai 1849 seinen Staatsdienst quittiert. Jetzt erhielt er Berufsverbot in Baden, wurde des Landesverrats angeklagt und in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Außerdem sollte er Schadensersatz leisten für Gelder, die er als Finanzminister der Provisorischen Regierung ausgegeben hatte. Als Emigrant hielt sich Goegg zuerst in Zürich und Genf und dann in Paris auf, wo er auf Intervention des badischen Botschafters ausgewiesen wurde. Er ging daraufhin nach London und vorübergehend in die USA. Er wirkte an der Gründung eines „Völkerbundes“ („Alliance des Peuples“) im Winter 1849/50 mit und gründete einen Agitationsverein gegen das Privateigentum. Wie viele, die sich an der Badischen Revolution beteiligt hatten, schrieb er einen historischen Rückblick auf die Ereignisse; auch plante er, eine Sozialgeschichte der Menschheit zu verfassen. 1853 kehrte er schließlich nach Genf zurück. Dort schloß sich ihm Marie Pouchoulin an, eine hochgebildete Frauenrechtlerin, die er nach deren Scheidung 1856 heiratete. Er begann nun, eine bürgerli-

che Existenz aufzubauen, gründete eine Spiegelfabrik und erhielt für ein neues Verfahren zur Versilberung eine Goldmedaille in Paris. Die Stadt Genf verlieh ihm das Ehrenbürgerrecht, eine Auszeichnung, mit der das Genfer Patriziat höchst sparsam umzugehen pflegte.

Stufenweise wurden nach dem Regierungsantritt von Großherzog Friedrich I. den nach der Revolution Verurteilten ihre Strafen erlassen. Für Goegg wurde die Amnestie erst 1862 wirksam. Nun kehrte er in seine Heimat zurück. Er ließ sich in Offenburg nieder, wo er die Leitung einer Glasfabrik übernahm. Er engagierte sich in der sich formierenden Arbeiterbewegung und befaßte sich mit Grundfragen der politischen Theorie. In einer 1876 anonym veröffentlichten Neuauflage seines Rückblicks auf die Badische Revolution entfaltete er seine politischen Leitvorstellungen nochmals in ausgereifter Systematik. Sie entsprachen in weiten Teilen dem Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, der Goegg wohl damals beigetreten war. Er übernahm in jener Zeit auch die Vormundschaft für seinen Neffen Adolf Geck, den späteren Vorsitzenden der badischen SPD bzw. USPD.

Einen direkten Einfluß auf die politische Entwicklung hat Goegg nicht mehr nehmen können. Seit Mitte der 1880er Jahre lebte er zurückgezogen in seiner Geburtsstadt Renchen, wo er am 21. Juli 1897 verstorben ist. Sein Grabstein bezeichnet ihn als „Minister und Diktator der Badischen Republik von 1849“, als „Vorkämpfer der Demokratie, Sozialdemokratie“, als „Freidenker von konsequenter charakterlicher Gesinnung, verbunden mit Herzensgüte . . . stets zur Belehrung und im Interesse des arbeitenden Volkes tätig.“

Leben und Wirken dieses Mannes fanden seit je das Interesse all derer, die sich mit der Badischen Revolution auseinandergesetzt haben, der Zeitgenossen (wie Carl Abt, Johann Philipp Becker, Franz Sigel u. a.), der Gesinnungsgenossen (wie Wilhelm Bloß oder Franz Mehring), der Landsleute (wie Anton Fendrich oder Otto Kähni), der Landeshistoriker (wie Friedrich Lautenschlager, Rolf Gustav Haebler, Günther Haselier oder Franz X. Vollmer). Von Iris Dinkelacker erschien 1976 eine Dokumentation seines Lebens in dem Sammelband „Um

Renchen und Grimmelshausen“, gestützt auf die Quellen im GLA Karlsruhe wie auf Teile des Nachlasses von Amand Goegg in privatem Besitz.

Obwohl man Amand Goegg in der einschlägigen Literatur so oft begegnet, bleibt das Urteil über seine Bedeutung als „Revolutionär“ in der Schwebe. Er zeigte sich verbal seit dem Frühjahr 1849 als Sozialrevolutionär und entschiedener Republikaner. Beides verstand er selbst wie viele Zeitgenossen als Grundposition aller „Demokraten“. Freilich blieb er in der praktischen Politik bestimmt von einem eher idealistischen Bild von einer gerechten Gesellschaft, die ohne Gewalt und Krieg auskommen könnte. Im Grunde hielt er auch als Revolutionär an rechtsstaatlichen Grundsätzen fest. Wie die meisten Führungskräfte in der Badischen Revolution mußte er erfahren, daß hinter dem enthusiastischen „Aufbruch zur Freiheit“ die widersprüchlichsten Erwartungen und Interessen standen und daß weder die Führung, noch viel weniger „das Volk“ einen Konsens darüber fanden, welche Art Freiheit es denn zu erkämpfen galt.

Literaturhinweise

- Anonym (= Amand Goegg): Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die Badische Revolution von 1849, deren Entstehung, politischen und militärischen Verlauf. Nebst einem Nachtrag. Zürich 1876
- Friedrich Weech: Amand Goegg, in: Badische Biographien V, Heidelberg 1906, S. 208 ff.
- Friedrich Lautenschlager: Amand Goegg, ein badischer Achtundvierziger. Zur Hundertjahrfeier der deutschen Revolution von 1848/49, in: ZGO 96, 1948, S. 19–36
- Engelbert Strobel: Amand Goegg, Republikaner aus Überzeugung, in: Badische Heimat 49, 1969, S. 165–167
- Iris Dinkelacker: Amand Goegg 1820–1897. Biographische Dokumentation, in: Um Renchen und Grimmelshausen (Grimmelshausen-Archiv Bd. 1). Renchen 1976, S. 149–235
- Berta Rahm: Marie Goegg (geb. Pouchoulin). Schaffhausen 1993
- Wolfgang Hug: Amand Goegg, in: Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, hrsg. v. Manfred Asendorf und Rolf von Bockel. Stuttgart 1997, S. 209–211

Anschrift des Autors:
Prof. Wolfgang Hug
Hagenmattenstraße 20
79117 Freiburg



Spendenaufruf!

An die Mitglieder und Freunde des Landesvereins
„BADISCHE HEIMAT“

Unser schönes, in das Denkmalsbuch eingetragene Haus „Badische Heimat“ wurde im Jahre 1926 von dem bekannten Architekten Carl Anton Meckel erbaut. Um den Sitz des Landesvereins in Freiburg zu halten, stellte die Stadt das Grundstück Hansjakobstr. 12 mit 911 qm in Erbpacht zur Bebauung zur Verfügung. Der Erbpachtvertrag wurde am 1. September 1925 auf 70 Jahre geschlossen, endete also am 31. August 1995. Der Landesverein mußte deshalb einen weiteren Vertrag bis zum Jahre 2020 abschließen, der eine enorme Erhöhung des Erbpachtzinses brachte. Mit weiteren Erhöhungen ist zu rechnen. Die Stadt Freiburg ist bereit, das Grundstück für DM 546 600,- an den Landesverein zu verkaufen. Durch eine hochherzige Stiftung, Mithilfe der Ortsgruppen und Eigenmittel ist der Grundstock zum Kauf vorhanden. Notwendig aber ist noch ein Darlehen bis zu DM 350 000,-, das wir derzeit zu günstigen Konditionen aufnehmen können.

LIEBE MITGLIEDER UND FREUNDE DER BADISCHEN HEIMAT:

So wie in den Jahren 1925/1926 unsere Mitglieder einmütig zusammengeholfen haben, um den Bau des Hauses zu ermöglichen, müssen wir jetzt zusammenstehen, um das Grundstück, worauf es steht, erwerben zu können.

Sie spenden für die Unabhängigkeit des Landesvereins und helfen damit, seine Zukunft zu sichern!

Umfangreiche Vorarbeiten sind bereits geleistet, um aus unserem Haus eine Stätte heimat- und landeskundlicher Forschung zu schaffen. Die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Institutionen ist gewährleistet.

Jeder Betrag, der gespendet wird, ist willkommen!

Helfen Sie bitte mit, Sponsoren zu gewinnen!

Sprechen Sie Ihre Bekannten und Geschäftspartner an!

Der Landesvorstand ist sicher, daß er sich auf seine Mitglieder und Freunde, auf die „badische Familie“, verlassen kann!

Spenden sind zu überweisen auf das Konto der Stadt Freiburg Nr. 20 100 12 bei der Sparkasse Freiburg, BLZ: 680 501 01.

Bitte, den Vermerk „Spende für die Badische Heimat“ nicht vergessen.

Ihr Landesvorstand

**»DES VOLKES FREIHEIT«,
DIE REVOLUTIONÄRE VON OFFENBURG 1847/49**
Ausstellung im Spitalspeicher und in der St. Andreas-Kirche,
Fischmarkt/Steinstraße in Offenburg.

ÖFFNUNGSZEITEN:

Montag bis Mittwoch, Samstag und Sonntag 10 – 18 Uhr
Donnerstag, Freitag 10 – 19 Uhr

AUSSTELLUNGEN IN:

Offenburg • 12. September 1997 bis 18. Januar 1998
Buchen • 9. März 1998 bis 27. September 1998
Lörrach • 20. April 1998 bis 10. Januar 1999
Hohenasperg • 15. Mai 1998 bis 18. Oktober 1998
Reutlingen • 20. September 1998 bis 24. Januar 1999
Oberschwaben • Frühjahr 1999
Stuttgart • Frühsommer 1999

**BESUCHERBETREUUNG
NACH TELEFONISCHER ANMELDUNG:**

Haus der Geschichte Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 129 • 70191 Stuttgart
Tel. 0711/25009-300 • Fax 0711/25009-325

Zur Ausstellung erscheint ein Katalog.



Haus der
Geschichte
Baden-
Württemberg



Ausstellung des Hauses der Geschichte
Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Stadt
Offenburg vom 12. September 1997 bis 18. Januar 1998.

bis 18.1.1998

»Des Volkes Freiheit«

12.9.1997

Die
Revolutionäre
von
Offenburg
1847/49

... ist Programm
in Offenburg bei der
Revolution und
Volksbewegung vor
150 Jahren

Offenburg, 12. September 1847: Die radikalen badischen Liberalen um ihren Anführer Friedrich Hecker haben bei ihrem Treffen im Gasthaus »Salmen« vor allem eines im Sinn: den »Todesstoß« für die Regierung und deren gemäßigte Gefolgsleute. Rund 900 Anhänger aus allen Schichten schließen ein politisches Bündnis und bringen das erste liberaldemokratische und soziale Programm der deutschen Opposition zuwege, die »Forderungen des Volkes«.

Offenburg, 19. März 1848: Etwa 20.000 Menschen machen die Stadt zum Schauplatz einer revolutionären Massenversammlung. Ihr Ziel: ein deutsches Parlament und das Ende der Fürstenmacht. Die Teilnehmer wählen Friedrich Hecker zum Obmann der Bewegung.

Freiheit

Des Volkes

Medaille für Verdienste um die Heimat für Björn Kommer ✓

Björn Kommer, stellvertretender Vorsitzender der Ortsgruppe Mannheim der „Badischen Heimat“, erhielt aus den Händen von Ministerin Annette Schavan bei den Heimattagen 1996 in

Weil der Stadt die „Medaille des Landes Baden-Württemberg für besondere Verdienste um die Heimat“. Björn Kommer, beruflich zuletzt Justitiar der Handwerkskammer Mannheim, war Anfang der 70er Jahre einer der Aktiven der „Bürgerinitiative Hauptfeuerwache“, der es gelang, die bereits zum Abbruch an die „Neue Heimat“ verkaufte alte Hauptfeuerwache in Mannheim zu retten; heute eine wichtige Stätte Mannheimer Kulturlebens. 1978 wurde er zum Anreger

und Mitbegründer der Initiative zur Wiederherstellung des Bibliothekssaals im Mannheimer Schloß; eine Aufgabe, die allerdings immer noch auf ihre Erfüllung wartet. Auf seine Anregung wurde sodann von der „Badischen Heimat“ die Initiativgruppe „Feudenheimer Ortsbild“ gegründet, die in der Folgezeit unter seinem Vorsitz sich zu zahlreichen Baumaßnahmen im Mannheimer Vorort Feudenheim äußerte und

erheblichen Einfluß nahm auf die Erhaltung und – soweit unvermeidbar – auf eine wenigstens angepaßte Fortentwicklung des Feudenheimer Ortsbilds. Zu danken ist Björn Kommer die Rettung mehrerer Kleindenkmale.

Großen Einsatz erbrachte er auch für den Naturschutz. Die Verhinderung des „Rhein-Neckar-Schnell-Weg“ (B 38) durch die Feudenheimer Au, statt dessen deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet und die Ausweisung des „Egelwasser“ als Naturschutzgebiet sind ihm als Mitstreiter zu verdanken.

Für diese Leistungen hat Björn Kommer zum Jahresbeginn 1997 auch den Rhendukaten der Stadt Mannheim erhalten.

Für die CDU langjähriges Mitglied im Feudenheimer Bezirksbeirat kennt Björn Kommer bei seinem Einsatz für Denkmal- und Naturschutz, für Mannheim und für sein Feudenheim keine Parteigrenzen; Parteizugehörigkeiten waren und sind für ihn unwichtig; ihm gelingt es immer, für seine Anliegen „große Koalitionen“ aller Parteien zu finden.

Helmut E. Gräßlin



Für Freiheit und Demokratie Badische Parlamentsgeschichte 1818—1933 auf CD-ROM

Das Stadtarchiv Karlsruhe gibt anlässlich der bevorstehenden Veranstaltungen zum Jubiläum „150 Jahre Revolution 1848/49 in Baden-Württemberg“ eine CD-ROM zur Badischen Landtagsgeschichte heraus, die in dieser Form das erste derartige Angebot für alle an der badischen Landesgeschichte Interessierten darstellt. Die CD-ROM wird vom Stadtarchiv Karlsruhe herausgegeben in Verbindung mit dem Generallandesarchiv Karlsruhe und den folgenden Institutionen, die ebenfalls Bildvorlagen zur Verfügung stellten: Bundesarchiv Koblenz, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Landesbildstelle Baden, Stadtarchiv Baden-Baden, Stadtarchiv Bülh, Stadtarchiv Freiburg, Stadtarchiv Heidelberg, Stadtarchiv Konstanz, Stadtarchiv Mannheim, Stadtarchiv Offenburg, Stadtarchiv Pforzheim, Südwestfunk Baden-Baden.

Die 1819 erstmals zusammengetretene badische Volksvertretung, die „Ständeversammlung“, tagte seit 1822 in einem eigens für das Parlament errichteten Gebäude – dem Ständehaus. Immer wieder gingen von dort wichtige Impulse für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland aus. Das Ständehaus wird deshalb auch als „die Wiege des deutschen Parlamentarismus“ bezeichnet.

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten verlor das Parlament 1933 seine demokratische Funktion, 1944 fiel das Gebäude einem Bombenangriff zum Opfer. Die Ruine wurde 1961 abgerissen. Im März 1991 beschloß der Karlsruher Gemeinderat, auf dem Grundstück des Ständehauses einen Neubau zu errichten. Dieses 1993 feierlich eröffnete „Neue Ständehaus“ beherbergt die Stadtbibliothek

und die „Erinnerungsstätte Ständehaus“, die mit dem Informationssystem und einer Ausstellung die Geschichte des badischen Parlaments präsentiert. Das Informationssystem, das nun als CD-ROM veröffentlicht wird, befaßt sich lebendig und zeitgemäß mit der badischen Parlamentsgeschichte. Dazu tragen bei:

- Neun Kurzfilme, die die Geschichte des Parlaments und seines Gebäudes multimedial vorstellen,
- die Lebensdaten bzw. Biographien von mehr als 1200 Parlamentariern und Staatsmännern,
- eine Chronik mit 370 Eintragungen von der Entstehung des Großherzogtums Baden bis zur Einweihung des „Neuen Ständehauses“,
- 100 Stichworte zur badischen Geschichte (Chronik und Stichworte sind mit zahlreichen Abbildungen illustriert),
- animierte Grafiken der Landtagswahlergebnisse 1919–1929,

der Zugriff auf Dokumente wie Urkunden, Debattenbeiträge, Filmausschnitte, Revolutionslieder und Karikaturen,

- Grafiken mit der Lage von 154 Orten Badens. Von jedem Ort besteht die Zugriffsmöglichkeit auf die Biographien der hier gewählten Parlamentarier,
- 120 Presseartikel, die die öffentliche Diskussion um den Abriß der Ruine und den Neubau des Ständehauses dokumentieren,
- 600 Buchtitel zur badischen Geschichte, die über ein Personen- und Schlagwortregister erschlossen sind.

Um einen komfortablen Zugang zu den ca. 2800 Informationseinheiten zu ermöglichen,

sind diese durch ca. 7600 Querverweise miteinander verknüpft. Auf diese Weise können sich die Besucher und Besucherinnen durch beliebiges Auswählen von Querverweisen ganz individuell in kurzer Zeit umfassend über historische Zusammenhänge informieren: 1000 Wege in die badische Landesgeschichte.

Die CD-ROM soll in allen Orten zum Preis von DM 39,- angeboten werden, in denen Aktivitäten anlässlich 150 Jahre Revolution 1848/

49 stattfinden. Sie ist darüber hinaus beim Stadtarchiv Karlsruhe und bei informedia zu beziehen.

Informationen bei: Stadtarchiv Karlsruhe, Markgrafenstraße 29, 76124 Karlsruhe, Öffnungszeiten: Mo–Mi 8.30–15.30 Uhr, Do 8.30–18.00 Uhr, Tel. (07 21) 1 33-42 25, Fax (07 21) 1 33-42 99.

für *Freiheit und Demokratie*

Badische Parlamentsgeschichte 1818 -1933

Die Chronik

zur demokratischen Bewegung seit 1818 mit

Biographien, historischen Film- und Tonaufnahmen, Wahlergebnissen, Bilddokumenten und einer umfassenden Bibliographie.



Buchbesprechungen

Franz X. Vollmer: *Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution.* 568 S., ca. 100 Abb., DM 48,—, Braun Buchverlag, Karlsruhe 1997

Offenburgs große Zeit wird bei den Veranstaltungen zum 150. Jubiläum der badischen Revolution 1848/49 in vielfältiger Weise lebendig. Eine Arbeitsgruppe unter dem Ettlinger Oberbürgermeister Offele entwickelte eine Konzeption zur projektübergreifenden Öffentlichkeitsarbeit für die Jubiläumsveranstaltungen in Baden-Württemberg. Dieser Arbeitsgruppe gehörten Vertreter des Städtetages Baden-Württemberg, der Technologieregion Karlsruhe, des Badischen Landesmuseums, des Hauses der Geschichte Baden-Württembergs, des Landesmuseums für Technik und Arbeit, der Stadt Offenburg und des Ministeriums an. Sie beschloß die Einrichtung einer Geschäftsstelle, die Informationen zu den geplanten Einzelprojekten sammelt und sie den Veranstaltern zur Verfügung stellt. Die Geschäftsstelle hat inzwischen den Infobrief Nr. 1 (Mai '97) „Für die Freiheit streiten“ herausgebracht. Dieser gibt einen umfassenden Überblick über die Planungen im Lande und die großen Ausstellungsprojekte, z. B. das Landesmuseum für Technik und Arbeit, Mannheim, mit seinem „Zug durch die Revolution“, eine rollende Wanderausstellung von Februar '98 bis Juli '99, oder vom Haus der Geschichte Baden-Württembergs. „Die Revolution von 1848/49 in Baden-Württemberg“, ein dezentrales Ausstellungsprojekt in folgenden historischen Orten: Offenburg, Buchen, Lörach, Kasematten der Festung Hohenasperg, Reutlingen und Stuttgart.

Interessant sind die geplanten oder bereits vorliegenden Buchprojekte. Die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalarchivare beim Baden-Württembergischen Städtetag gibt das im Karlsruher Stadtarchiv entstehende Buch „Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg“ heraus, das im Oktober 1997 erscheinen soll.

Außerordentlich aktiv ist die Offenburger Initiative „150 Jahre deutsche Revolution“. Im Rahmen ihrer produktiven Tätigkeit wird zum großen Offenburger Freiheitsfest vom 12.–14. September 1997 die Arbeit von Rainer Schimpf „Offenburg zwischen freier Reichsstadt und Revolution“ erscheinen. Bereits erschienen sind die anschaulichen, großartig bebilderten und zum Allgemeinverständnis der Revolutionsereignisse beitragenden Hefte „Offenburger Freiheitsheft“ (Michael Friedemann) und „Offenburger Freiheitsblätter“ (Hans Joachim Fliedner), die im Buchhandel zu je DM 12,— zu erhalten sind.

Auf die wichtigste Neuerscheinung soll nun im folgenden eingegangen werden. Es ist das Buch von Franz X. Vollmer „Offenburg 1848/49“.

Wenn ein so profunder Kenner jener Revolutionsjahre und ebenso geschätzter Autor zur Feder greift, dann ist etwas Überdurchschnittliches als Ergebnis zu erwarten. Und in der Tat, die Stadt Offenburg kann sich glücklich schätzen, in Prof. Vollmer einen Wissenschaftler gewonnen zu haben, der die bedeutende Rolle der Stadt in der Revolutionszeit gültig zur Darstellung bringt. Dabei erweist sich Franz X. Vollmer als ein Autor, der wissenschaftlich exakte Darstellung der Ereignisse mit lesbarer, fesselnder Schilderung zu verbinden weiß, eine nicht gerade häufig anzutreffende Kunst.

Im Mittelpunkt des Buches stehen die drei großen Ereignisse, die mit der Stadt untrennbar verbunden sind:

Die Versammlung im „Salmen“ am 12. September 1847 und die dort verkündeten „13 Forderungen des Volkes“, das „Offenburger Programm“, die große Landesvolksversammlung am 19. März 1848 und die weitere große Volksversammlung am 13. Mai 1849.

„Hinzu kommt das Verhalten Offenburgs während des Aprilaufstandes 1848, konkret: der Versuch der Ausrufung der Republik und die anschließende neutrale Entwicklung der Stadt Offenburg“ (S. 11).

Es war dabei zu zeigen, daß sich Offenburger Bürger mit ihrem Bürgermeister – hier vor allem Gustav Réé – und Gemeinderat bei dem Ringen um mehr Freiheit und Demokratie sich überdurchschnittlich engagierten. Aber auch dabei ging es Prof. Vollmer um mehr Nuancierung, um die Mehrschichtigkeit der Ereignisse. Er stellt dazu fest: „Zur Revolution 1848/49 gehören mehrere Handlungsstränge und Problemstellungen, und man wird ihr Wesen nicht erfassen, wenn nicht beide Folgen der Aufklärung – gemäßigter Liberalismus mit dem Ziel von Reformen und demokratischer Republikanismus mit dem Endziel der Revolution – in ihrem Antagonismus und Wettstreit nebeneinander behandelt werden“ (S. 14). Dadurch wird das Bild Offenburgs als „weltberühmtes Demagognest“ differenzierter und seine Vorreiterrolle bei den sich anbahnenden Ereignissen, deren politische Tendenzen sichtbar.

Das große Verdienst Vollmers ist es nun, alle historischen Begebenheiten, die ja weit über die Stadt hinausreichen und in einem gesamtbadischen Rahmen gesehen werden müssen, ganz auf Offenburg selbst bezogen zu haben. Dadurch entstand neben einer „fachwissenschaftlich abgesicherten“ Revolutionsgeschichte die Erfassung der lokalen Ereignisse, die das Buch zu einer Stadtgeschichte ganz spezieller Art mit der Darstellung der aktiven Bürger und ihrer Schicksale in jener sturmbewegten Zeit machen.

Das Werk ist diesen Zielen entsprechend gegliedert: Die Situation Offenburgs am Vorabend der Revolution von 1848/49, die Märzrevolution, die

Frage der zukünftigen Staatsform, die Entwicklung vom Mai 1848 bis April 1849, der Volksaufstand von 1849, nach der Niederschlagung des Volksaufstandes, Rückblick. Und dann folgen die für Offenburg so wichtigen und bisher noch nie erforschten Kurzbiographien, Lebensbilder und Gruppenstrukturen der am revolutionären Geschehen Beteiligten mit ihren z. T. sehr tragischen Schicksalen.

Der Autor hat eine intensive Forschungs- und Arbeitsleistung vollbringen müssen, um den außerordentlich facettenreichen Stoff – immer im Hinblick auf Offenburg – bewältigen zu können. Die Stadt, die durch ihre zentrale Lage in der Mitte des Großherzogtums Baden war dazu ausersehen, Schauplatz großer Volksversammlungen zu sein, die richtungsweisend für die demokratische Entwicklung geworden sind. Und Vollmer zieht den Schluß: „Hier entwickelten die an totale Veränderung der Regierungsform, drängenden Demokraten ihre Forderungen, die so modern waren, daß sie noch heute, nach 150 Jahren, zum demokratischen Grundkonsens gehören. Daß sie für die gemäßigten Liberalen, die sich realpolitisch an dem vorerst Möglichen orientierten, zu radikal waren, verhinderte das Zusammengehen von Demokraten und Liberalen . . .“ (S. 268). Und deshalb saßen am Schlusse „beide Kinder der Aufklärung auf der Anklagebank“.

Uns Heutigen bleibt der Respekt und die Hochachtung für die Offenburger Männer und Frauen, die für Einheit und Freiheit Leben, Hab und Gut eingesetzt haben mit allen bitteren Konsequenzen. Ihre Ziele sind, wenn auch auf anderem Wege, weitgehend erreicht, und es gilt, diese zu sichern, eine bleibende Aufgabe! Abschließend soll Gustav Heine mann zu Wort kommen: „Wir haben heute das großartige Angebot einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen, sozialen Demokratie in unsrem Grundgesetz. (. . .) Wir müssen in der Geschichte unseres Volkes nach jenen Männern spüren und ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen, die dafür gelebt und gekämpft haben, damit das deutsche Volk politisch und moralisch verantwortlich sein Leben und seine Ordnung selbst gestalten kann.“ (Zitiert nach „Offenburger Freiheitsheft“ S. 2).

Der Stadt Offenburg ist zu diesem Buch von Franz X. Vollmer zu gratulieren. Ein beeindruckendes Stück Stadtgeschichte ist in diesem Werk vorbildlich aufgearbeitet. Ludwig Vögely

Alfred Georg Frei, Kurt Hochstuhl: Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution 1848/49. Der Traum von der Freiheit. 188 S., Broschur, DM 20,-, Braun Buchverlag, Karlsruhe 1997

Das Revolutionsjubiläum wirft seinen unübersehbaren Schatten auf die Publikation von Aufsätzen, Heften, Büchern, Almanachs und rollende Ausstellungen durchfahren das Land, die Singener Hekkergruppe hat Hochkonjunktur. Es belebt das historische Gewissen im Lande ungemein, und so mehren sich eben die Darstellungen der Revolution 1848/49.

A. G. Frei und K. Hochstuhl haben nun ein Buch mit dem anspruchsvollen Titel „Wegbereiter der Revolution“ veröffentlicht. Damit stellen sie im ersten Teil ihrer Publikation den äußerst komplexen Stoff der Ursachen der Revolution und deren Verfechter in den Mittelpunkt, während der zweite Teil dann den Untertiteln „Die badische Revolution 1848/49“ und „Der Traum von der Freiheit“ gerecht zu werden versucht. Dementsprechend heißt dann das Eingangskapitel des Buches „Staatsgründer, Le bemann, Bürger, Bauern, Handwerker. Ein Panorama der badischen Gesellschaft.“ Vorgestellt werden mit ihren Biographien Sigmund von Reitzenstein, Moritz von Haber, Friedrich Daniel Bassermann, Gustav von Struve, die Sulzfelder Bauern, der Schuhmacher Simper Speer aus Konstanz. Wegbereiter der Revolution? Mit diesem Querschnitt werden die Autoren dem Titel ihres Buches nicht gerecht. Dem Haberskandal, dessen unterhaltsame Beschreibung zeigen soll, auf welch schwachen Fundamenten der badische Staat und seine Gesellschaft standen, wird mehr Raum eingeräumt als Gustav Struve. Daß K. Hochstuhl den Kampf der Sulzfelder Bauern gegen ihre Standesherrn, die Göler von Ravensburg, in das Buch einbringt, ist verständlich, basiert doch diese Abhandlung auf der von ihm erarbeiteten Ortsgeschichte von Sulzfeld, die demnächst erscheinen wird. Wolfgang von Hippel hat sich in seinem lesenswerten Aufsatz „Hunger und die Revolution im Großherzogtum Baden“ (Beiträge zur Landeskunde, regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 3. Juni 1997) dieser Problematik angenommen und festgestellt, daß derartige Krisen, hauptsächlich schwere wirtschaftliche Krisen, harte Belastungsproben für Staat und Gesellschaft darstellen. Hippel kommt letztendlich zu dem Schluß: „So war die Teuerungskrise zwar nicht eigentlich der zündende Funke, der in ein explosives Gemisch politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme fiel, aber sie hat in der gegebenen Situation das ihre zur Destabilisierung der bestehenden Ordnung beigetragen, sie hat das umfassende Krisengefühl der Zeitgenossen, deren Sorge vor sozialer Unruhe und teilweise auch die Bereitschaft zu revolutionärer ‚Tat‘ verstärkt, und sie hat nicht zuletzt das Potential für die sogenannte ‚Basisrevolution‘ oder ‚Straßenpolitik‘ der klein- und unterbürgerlichen Schichten während der Revolutionsjahre 1848/49 vergrößert“ (S. 13). Dies gilt uneingeschränkt auch für die Sulzfelder Unruhen.

Man muß die Kunst des hier nicht leichten geistigen „Brückenschlages“ beherrschen, um zu verstehen, daß die Autoren mit den o. a. Darstellungen die Forderungen nach einem „einheitlichen Deutschland, nach Freiheit und dem Einsatz für soziale Rechte“ deutlich machen wollte.

Den umfänglich größeren Teil der Schrift nimmt die Beschreibung der Stationen der badischen Revolution ein. Er ist auch weniger problematisch, weil der Verlauf der Revolution von ihren Anfängen an bis hin zu ihrem Scheitern und den sich daraus ergebenden Folgen eben festliegt. Das Vorgehen der Autoren war dadurch gegeben: a) Ein kleines Hambacher Fest. Von der Offenburger Versammlung 1847 bis zum Hecker-Zug. b) Steht wirklich Deutsch-

land im Frühlingsflor? Die Demokratiebewegung 1848. c) Von der Reichsverfassungskampagne zur Revolution. Baden im Frühsommer 1849. d) Militär in der Revolution. e) Schlaf mein Kind, schlaf leis . . . Die Reaktion in Baden. f) Schlußbetrachtung. Es folgen abschließend Literaturhinweise und Anmerkungen.

Wer mehr über die skizzenhaft geschilderten Offenburger Großereignisse informiert sein will, der findet diese Informationen in dem neuen Buch von Prof. Franz X. Vollmer „Offenburg 1848/49“. Dem Leser wird dabei deutlich klar, daß mehrere Handlungsstränge und Problemstellungen zur Revolution gehören und um diese verstehen zu können, müssen „beide Folgen der Aufklärung – gemäßigter Liberalismus mit dem Ziel von Reformen und demokratischer Republikanismus mit dem Endziel der Revolution – in ihrem Antagonismus und Wettstreit nebeneinander behandelt werden“ (S. 40). Das sind Forderungen, die meist nicht genau genug beachtet werden.

Der Ablauf der Ereignisse wird oft in „volkstümlicher“ Sprache dargeboten (z. B. wenn von einer „Nachrichtenbombe“ die Rede ist, oder die Preußen die badische Revolution zerquetschten). Aber die Schilderung gewinnt auch an Intensität, so bei der Erörterung der Ursachen der Militärmeuterei. Auch daß der Herwegh-Zug ausführlich behandelt wird, ist erfreulich, wird dieser doch meist stiefmütterlich behandelt. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß keine neuen Forschungsergebnisse vorgelegt werden, dies entspricht auch gar nicht dem Zweck des Buches. Wünschenswert wären genaue Anmerkungen an Ort und Stelle gewesen.

Fazit: Wer sich also über den Verlauf der Badischen Revolution 1848/49 orientieren und gleichzeitig ohne lesemüde zu werden informiert sein will, der möge zu diesem preiswerten Buch greifen.

Ludwig Vögely

Kurt Gressler, Erfahrungen zur Ahnenforschung der Geschlechter „Gessler“, 1996

Wir haben voriges Jahr (Bad. Heimat, 1996/2) von der bemerkenswerten genealogischen Ausstellung von Kurt Gessler, Elsenz, in der Alten Universität in Eppingen berichtet, bei der dieser mit großen Schautafeln und Stammbäumen die Sippe der „Gressler“ und ihre Seitenlinien dargestellt hat; er hatte zwölf Stamm- und Ahnentafeln aufgestellt, in denen 2000 Namen aus 450 Jahren angeführt waren. In der Gressler-Linie waren 13, in der Klebsattel-Linie 15 und in der Hockenberger-Linie Generationen dokumentiert. Jetzt legt Kurt Gressler ein 200 seitiges Buch vor, in denen er seine „Erfahrungen“ bei dieser Arbeit, bei den Recherchen, der Zusammenstellung und Ausführung wiedergibt. Mit den Stammbäumen, Ahnentafeln, den Zitaten und Geschichten aus der Familiengeschichte, den Wappen der Familie und der Orte, aus denen die Angeführten kommen, ist dieses Buch eine wahre Fundgrube an Erkenntnissen, Erfahrungen und Hinweisen für alle, die als Hobby-Genealogen im Kraichgau tätig sind.

Ein Großteil der Orte aus dem Kraichgau werden dahin angeführt, die Beziehungen gehen aber auch in die angrenzenden Städte. Und etwas ganz Besonderes stellen die Angaben über „Gressler“ in ganz Deutschland, veranschaulicht durch eine Graphik, dar, auch die Auswanderer nach Amerika sind berücksichtigt. Kurt Gressler gibt gerne Auskunft über seine Arbeit, seine Anschrift ist: 75031 Eppingen-Elsenz, Sinsheimer Straße 54. Michael Ertz

Matzen, Raymond, Kleines Lexikon elsässischer Schimpfwörter, Le Verger-Verlag; 1996

Raymond Matzen, den Lesern der „Badischen Heimat“ wohlbekannt, kompetent sowohl als Dialektologe wie als Dialektdichter im Elsaß, ist unermüdet in seinen Forschungen. Nun legt er eine Anthologie saftiger elsässischer Schimpfwörter vor und versucht dabei ihre Bedeutung und ihre Herkunft zu deuten. Dazu liefert der Illustrator Charly Barat humoristische Bilder, die die Aussagen noch unterstreichen. Ohne zu übertreiben darf man wohl sagen, daß das Land zwischen Rhein und Vogesen, was deftige Ausdrücke anbelangt, einen bevorzugten Platz unter den deutschen Mundarten einnimmt und zudem sich vorzüglich für Anzüglichkeiten eignet. Bis vor kurzen waren diese von Matzen gesammelten Ausdrücke noch in Gebrauch, es wäre schade, wenn sie, von der Macht der Entwicklung überrollt, verlorengingen. Interessant mag es für die angrenzenden Gebiete – etwa in Baden und in der Pfalz – sein, diese Ausdrücke aus dem Elsaß mit denen bei ihnen heimischen zu vergleichen, man stößt dabei öfters auf Gemeinsamkeiten. Michael Ertz

Claude Vigée, Soufflenheim, Poèmes/Gedichte, Wunderhorn-Verlag, Heidelberg; 1996

Ein Wortspiel mit dem französischen Namen des Ortes „Sufflenheim“, dem Töpferdorf im Unterelsaß, in der Art eines jüdischen Midrasch, dient Claude Vigée (geb. als Claude Strauss 1921 in Bischweiler), dem jüdischen Dichter aus dem Elsaß, zur Veröffentlichung einer Auswahl seiner Gedichte zum Leben aus der Zeit nach 1945. Claude Vigée, der in der Skala französischschreibender Dichter heute ganz oben steht, hat auch in seiner elsässischen Mundart uns wesentliche dichterische Anregungen geschenkt, die Vergangenes ansprechen, aber auch Mut zum Leben heute machen: Claude Vigée sieht seine elsässische Mundart, die er als Kind lernte, als Grundlage seines dichterischen Seins und sogar als Urerlebnis, von dem er zehrt. Die Gedichte von Claude Vigée werden in diesem vorzüglich aufgemachten Büchlein, das mit einer klugen Einführung in das Leben und das Werk Vigées durch Adrien Finck versehen ist, durch Adrien Finck, Maryse Staiber und Lutz Stehl ins Deutsche übersetzt, man darf sagen, daß dies gelungen ist nach Inhalt und Rhythmus der beiden Sprachen. Es ist auch nicht übertrieben, wenn man diese Übersetzung an die

Carlo Schmidts von Baudelaire und Rimbaud und – ins Französische – der Gedichte Rilkes von Maurice Betz anreicht. Michael Ertz

Eugène Philipps, Der kulturelle Anspruch des Elsaß, SALDE/MEDIA;1996

Es ist unerlässlich, daß wir auch in badischen Landen von der kulturellen Entwicklung im Elsaß Genaueres erfahren, denn immerhin sind die Elsässer die Nachbarn von der Geographie her und ist durch Jahrhunderte hindurch die geistige Entwicklung in beiden Landstrichen doch parallel verlaufen. So dürfen und müssen wir dem Autor dankbar sein, daß er von heutiger Warte aus unter Berücksichtigung der historischen Gegebenheiten Aufschluß gibt gegeben hat, wie es zur heutigen Situation im Elsaß gekommen ist und jetzt nun in diesem Buch versucht, einen Ausblick zu geben darauf, wie er sich ein Elsaß in seiner Doppelkultur vorstellt, was diesem Aufgabe und auch möglich sein sollte. Eugène Philipps unternimmt das als ein engagierter Elsässer und als Kenner der elsässischen Geschichte und Kulturgeschichte. Und das gerade im Blick auf Europa als eine Einheit und auch, um wirklich die Mission zwischen Frankreich und Deutschland erfüllen zu können. Waren die drei Veröffentlichungen von Philipps ein Bekenntnis, so darf man auch dieses Buch, das auch die mühsamen Bemühungen in elsässischen Kreisen nach 1945 aufzeigt, wieder dem Erbe des Landes und der Menschen gerecht zu werden, wieder in diese Kategorie einreihen: man merkt, daß der, der das schreibt, dabei war. Das Buch ist notwendigerweise französisch geschrieben, da eines der vorhergehenden Bücher von Philipps ins Deutsche übersetzt worden ist, wagen wir den Wunsch, daß um der Sache willen das auch bei diesem Buch geschieht. Michael Ertz

André Maria Weckmann, SALDE, Straßburg, 1996

Weckmann hat es sich zur Aufgabe gemacht, für die Verwendung in den Gottesdiensten der Kirchen im Elsaß und auch in Deutsch-Lothringen „elsässer-deutsche literarische Texte zum geistlichen Gebrauch“ zu liefern. François Arnold hat diese sehr gefällig aufgemachten Hefte illustriert. Angefangen hat Weckmann mit „Passionszeit“, dann mit „Adventszeit“ und jetzt ist „Maria“ gefolgt. Es ist Weckmann gelungen, die Plastizität des elsässischen Dialekts für das geistliche und liturgische Geschehen fruchtbar zu machen: es wirkt alles natürlich und es zeigt sich, daß das Elsässerdeutsch auch für den Gottesdienst in den Kirchen – in beiden – geeignet ist und den tiefsten Gehalt der biblischen Aussagen trifft. Ein Glossar der mundartlichen Ausdrücke hilft auch zum Verständnis, vor allem denen, die das Elsässische nicht als Muttersprache sprechen. Michael Ertz

Karl Otto Watzinger: Ludwig Frank. Ein deutscher Politiker jüdischer Herkunft. Mit einer Edition Ludwig Frank im Spiegel neuer Quellen, bearbeitet von Michael Caroli, Jörg Schadt und Beate Zerfaß. Quellen und Darstellungen zur Mannheimer Stadtgeschichte Band 3. Thorbecke Sigmaringen, 1995

Der aus einer jüdischen Familien stammende Ludwig Frank wurde am 23. Mai 1874 in Nonnenweiler (Schwanau) bei Kehl geboren, einem Ort, das damals eine starke jüdische Gemeinde hatte, aber das Zusammenleben von gegenseitiger Toleranz geprägt war. Das war eine wichtige Erfahrung für den Jungen, und der evangelische Geistliche bereitete ihn für das Gymnasium vor, das er in Lahr besuchte. Er wurde Mitglied des Lessing-Vereins, der in sozialistischer Richtung geführt wurde und lernte Bebel, Engels, Kautsky u. a. kennen. So kam er früh zum Sozialismus. Frank hielt am 22. 7. 1893 als Primus die Abiturientenrede mit dem Thema „Die Bedeutung Lessings in seiner Zeit“. Seine Ausführungen erregten landesweit Aufsehen und hätten ihn beinahe das Reifezeugnis gekostet. 1893 begann Frank das Jurastudium in Freiburg und leistete anschließend seine Wehrpflicht ab. Dann studierte er in Berlin weiter und hörte u. a. über die deutsche Sozialgesetzgebung und Kritik des Sozialismus. Die beiden letzten Semester absolvierte Frank wieder in Freiburg, wo er an der Gründung des sozialwissenschaftlichen Studentenvereins beteiligt war. Die 1. Staatsprüfung legte er 1897 ab und war anschließend Rechtspraktikant beim Amtsgericht Lahr, ohne Gehalt. Frank erhielt keine geldlichen Zuwendungen aus dem Elternhaus und lebte von Privatunterricht und von Zuschüssen von Verwandten. Er war in dauernder Geldnot, und so war seine Bitte um Verwendung mit Gehalt verständlich. Er erhielt dann eine Jahresvergütung von 1200 Mark bei seiner Tätigkeit in Staufen, Mosbach und Waldshut. 1899 promovierte Ludwig Frank mit dem Thema „Die Innungen in Baden,“ legte 1900 das 2. juristische Staatsexamen ab und ließ sich im gleichen Jahre als Rechtsanwalt in Mannheim nieder. Vermutlich war er schon Sozialdemokrat als er in die Stadt kam, sein unaufhaltsamer Aufstieg in der Partei begann. Schon 1903 nahm er an dem Parteitag in Dresden teil, 1904 am Amsterdamer Sozialistenkongreß. Dort empfing er die Anregung zur Gründung des „Vereins junger Arbeiter“, der sich schnell von Mannheim aus über Süddeutschland ausbreitete. Der Arbeiterjugendbewegung galt zeit lebens Franks besondere Aufmerksamkeit. 1904 wurde er in den Mannheimer Bürgerausschuß gewählt, 1905 in die Zweite Kammer der Ständevertretung Badens in Karlsruhe und zog 1907 für den Wahlkreis Mannheim in den Reichstag ein. Frank gehörte vielen Vereinigungen an. Er war Mitglied des Vereins für Volksbildung und zählte zu den Gründern der Gartenvorstadt-Genossenschaft. Weiter war er Mitglied der Friedensgesellschaft, des Bundes der Bodenreformer, der Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke und aktives Mitglied des jüdischen Gesangsvereins „Liederkrantz.“ „Durch derartige Aktivitäten auf vielen Gebieten des sozialen

und kulturellen Lebens, neben seiner umfangreichen Anwaltspraxis und seinen drei politischen Mandaten, war er über seine Partei hinaus eine geachtete Persönlichkeit seiner Wahlheimat Mannheim.“ (S. 16)

Bald wurde Ludwig Frank zum führenden Kopf der Sozialdemokratie, ein Mann, der geprägt war von der liberalen Kultur seiner badischen Heimat. Er sah als Hauptaufgabe seiner Politik die Annäherung der Arbeiterbewegung an den Staat, um dadurch die Mitwirkung an den Institutionen zu erlangen. Frank wollte so den Umbau des Staates erreichen und wurde zum bedeutendsten Vertreter des Reformismus in der damaligen SPD. Mann kann diese in den Jahren 1890–1914 in drei Flügeln einteilen. Ganz links standen die Revolutionäre um Rosa Luxemburg, in der Mitte die orthodoxen konservativen Marxisten mit August Bebel und Kurt Kautsky, rechts sind die Revisionisten mit Eduard Bernstein einzuordnen, und in ihrer Nähe sind die Reformisten aus Süddeutschland und in den Gewerkschaften festzulegen. In Baden selbst erreichte Ludwig Frank zusammen mit Wilhelm Kolb die Fundamente für die sozialdemokratische Großblockpolitik. Das bedeutete ein Bündnis mit den Nationalliberalen, das sich bewährte und den Sozialdemokraten Erfolge bei den Landtagswahlen einbrachte, so z. B. 1909.

Frank war ein Pragmatiker, ein tief überzeugter Demokrat und ein glänzender Redner. Er fühlte sich nur seinem Gewissen verpflichtet, und die Vornehmheit seiner Gesinnung, die Toleranz dem politischen Gegner gegenüber, wurden gerühmt. Er praktizierte eine den jeweiligen Zuständen angepaßte Politik. Phrasen waren ihm verhaßt, ihm galt die Politik der Tat. Kennzeichnend dafür ist der Kampf um die Budgetbewilligung auf den Parteitag der SPD 1905 und 1910.

Im Reichstag kämpfte Ludwig Frank hauptsächlich für die Reform des Wahlrechtes, vor allem um die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen.

Ganz selbstverständlich setzte sich Frank für den Erhalt des Friedens ein, besonders für die deutsch-französische Verständigung, als 1913 die Kriegsgefahr näher rückte. Er war ein Freund von Jaurès, dessen Tod ihn tief erschütterte. Hauptsächlich auf die Anregungen Franks hin kamen die Zusammenkünfte deutscher und französischer Parlamentarier 1913 in Bern und 1914 in Basel zustande. Als dann der Krieg ausbrach, hielt es Ludwig Frank für seine patriotische Pflicht, als Kriegsfreiwilliger ins Feld zu ziehen. Aus der gleichen Haltung heraus hatte er mit seiner Fraktion am 4. August 1918 im Reichstag für die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt. Ihm ging es auch darum, zu beweisen, daß die Sozialdemokraten keine „vaterlandslosen Gesellen“ waren und erhoffte sich durch diese Haltung positive politische Auswirkungen.

Ludwig Frank fiel am 3. September 1914 in Lothringen und ruht dort in einem Massengrab. Theodor Heuß, der mit ihm befreundet war, schrieb schon 1914 von ihm: „Die deutsche Sozialdemokratie verlor einen ihrer fähigsten Köpfe, die badische ihr Haupt. (...) Die deutsche Volkszukunft verlor einen ihrer stärksten Führer.“

Alle bisher gemachten Ausführungen, die auch dem Andenken Ludwig Franks dienen, hat der Autor prägnant dargestellt. Er führt aber weiter und zeigt Ludwig Frank im Spiegel neuer Quellen. Das sind Artikel und Reden, die wichtigen Briefe, sein Testament, die Suche nach dem Grab, Nachrufe und Erinnerungen. Ungedruckte Quellen, Literatur und eindrucksvolle Fotografien vervollständigen das Buch, das jeden politisch Interessierten ansprechen wird, weil es ein gutes Stück badischer und deutscher Parlamentsgeschichte darstellt. Ludwig Vögely

Karl-Heinz Debacher: Regionales Geschichtsbewußtsein. Historische Vereine am Oberrhein unter besonderer Berücksichtigung des „Historischen Vereins für Mittelbaden“, 310 S. Verlag des Hist. Vereins für Mittelbaden, Sonderveröffentlichung, Offenburg 1996

Das von Karl-Heinz Debacher verfaßte Werk ist seine Dissertation im Fach Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, sein Doktorvater war unser geschätzter Beirat Prof. Dr. Wolfgang Hug. Debacher wurde 1996 promoviert und ist seit 1984 im Schuldienst.

Der Autor muß des Themas wegen weit ausholen. Er kommt ohne einleitende Untersuchungen über Geschichtsbewußtsein und Regionalgeschichte, Definition des Geschichtsvereins an sich und die Beschreibung der deutschen Geschichtsvereine vor dem 1. Weltkrieg und ihre Aufgabenstellung nicht aus. Danach geht Debacher die landesgeschichtliche Forschung in Südwestdeutschland im 19. Jhd. an, um dann zu den Geschichtsvereinen des Großherzogtums Baden zu kommen: 1826 die „Gesellschaft zur Beförderung der Geschichtskund in Freiburg“, (bis 1848), 1830 die „Gesellschaft zur Erforschung der vaterländischen Denkmale der Vorzeit“ (bis 1857) des Sinsheimer Dekans Wilhelmi. Als erster landesweiter Geschichtsverein entstand der „Altertumsverein für das Großherzogtum Baden“, dessen führender Kopf August von Bayer war und der ursprünglich als Sammelbecken für die zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstandenen Regionalvereine gedacht war.

Die Revolution von 1848/49 und die Jahre danach brachten tiefe Einschnitte in das Bestehen der Geschichtsvereine. Viele hörten auf zu existieren, der Altertumsverein löste sich 1866 auf. Aber es erhoben sich Wiedergründungen, Neugründungen aus den „politischen Ruinen“, z. B. in Mannheim, Freiburg, Donaueschingen und der Karlsruher „Geschichts- und Altertumsverein.“ Besondere Verhältnisse in Baden mußte der Autor in seine Arbeit einbeziehen. Bedeutungsvoll war natürlich das Verhältnis der badischen Großherzöge zu den Geschichtsvereinen, das durchaus verschieden und natürlich in Beziehung des Hauses Baden und seiner Geschichte manifestiert war. Der Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in dieser Richtung diente das 1803 geschaffene Generallandesarchiv, dessen bekanntester Direktor Franz Joseph Mone war. Ab 1850 erschien dann (bis heute) die „Zeitschrift für

Geschichte des Oberrheins“ (ZGO). Großherzog Friedrich, der eine sehr sensible Geschichtsauffassung hatte, wenn es um sein Haus ging, veranlaßte zur besseren Vermittlung badischer Geschichte die Gründung der „Badischen historischen Kommission“, die ohne jede Beachtung der vorhandenen Geschichtsvereine erfolgte.

Nach diesen umfangreichen Untersuchungen kommt der Autor zur Geschichte des „Historischen Vereins für Mittelbaden.“ Es war Prof. Dr. Max Wingenroth, welcher die Initiative ergriff. Wingenroth, der damals noch in Karlsruhe tätig war, war ein umfassend gebildeter Mann, ein Mann der Kunst- und Altertumsdenkmäler, der Architektur, der Denkmalpflege. Von hier ab stellen die Ausführungen Debachers auch ein Stück Geschichte der „Badischen Heimat“ dar, für die wir ihm dankbar sind. Wingenroth zur Seite standen Prof. Sauer, Dr. Ernst Batzler, Carl Frowin Mayer, Kreissekretär, welche das gleiche Ziel hatten, nämlich die Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler. Der zu bildende Verein sollte keine Konkurrenz zu den anderen Vereinen sein. Eine führende Rolle übernahm Dr. Batzler, ebenfalls ein Mann umfassender Bildung und ausgestattet mit Energie und Durchsetzungsvermögen. Die Gründungsversammlung fand am 8. Mai 1910 in Offenburg statt, der Verein trug den Namen „Geschichts- und Altertumsverein der Ortenau und angrenzender Gebiete.“

Sofort nach der Gründung entstanden Differenzen um Zweck und Ziele des Vereins, vor allem als die Satzung 1910 ohne Einberufung einer Hauptversammlung geändert und veröffentlicht wurde. Das ging hauptsächlich auf das Konto Batzlers. Der Verein wurde in „Historischer Verein für Mittelbaden“ umbenannt, und die Vereinszeitschrift erhielt den Namen „Ortenau“. Gegen diesen eigenmächtigen Eingriff in die Satzung wandten sich vor allem Wingenroth und Mayer, die ihre Hauptinteressengebiete nicht mehr genügend vertreten sahen. Nach langem Tauziehen wurde die geänderte Satzung dann doch am 26. April 1911 angenommen. Das hatte Folgen.

Prof. Wingenroth, inzwischen Konservator der städtischen Sammlungen Freiburg, wandte sich nun ganz der 1909 gegründeten „Badischen Heimat“ zu. Das war für den jungen Landesverein ein besonderer Glücksfall. In den Zeitschriften „Badische Heimat“ und „Mein Heimatland“ konnte Wingenroth alle seine Interessen und Fähigkeiten einbringen, und nach dem Tode von Hermann Flamm 1915 übernahm er beide Zeitschriften, zu denen noch das „Ekkhart-Jahrbuch“ und die „Heimatblätter vom Bodensee zum Main“ hinzukamen. Mit Max Wingenroth hatte der „Historische Verein für Mittelbaden“ eine Persönlichkeit mit ungewöhnlichen Kenntnissen und ebensolcher Arbeitskraft verloren. Aber es ist auch sicher, daß in diesem Verein zwei so ausgeprägte Persönlichkeiten wie Wingenroth und Batzler keinen Platz nebeneinander haben konnten.

Sehr interessant sind die Fusionsbestrebungen des badischen Kultusministeriums. Alle im Lande heimatkundlich tätigen Vereine und Verbände sollten unter Führung der „Badischen Heimat“ verbunden bzw. angegliedert werden. Die Haltung der

„Badischen Heimat“ diesen Bestrebungen gegenüber war natürlich positiv. Die Hauptgegenwehr aber kam vom „Historischen Verein für Mittelbaden“. Batzler sah in Wingenroth den Initiator dieser Pläne, was nicht erwiesen ist. Er argumentierte, daß der Verein seine Existenzfähigkeit bewiesen und ganz verschiedene Ziele habe. Die Fusionsbestrebungen blieben letzten Endes erfolglos, besonders nach dem Tode Wingenroths im Jahre 1922.

Der Autor hat den Beziehungen des „historischen Vereins für Mittelbaden“ zur „Badischen Heimat“ ein eigenes Kapitel gewidmet. Hierbei ist weiterhin die Haltung Batzlers interessant, der seine Abwehrstellung nie aufgab mit z. T. lächerlichen Argumenten. So meinte er z. B., daß Wingenroth den Zusammenschluß der Vereine deshalb betrieb, damit die „Badische Heimat“ aus ihren Schulden herauskomme. Dabei hat er nicht sehen wollen, daß unser Landesverein in jener Zeit über 14 000 Mitglieder hatte und seit 1926 ein prächtiges Haus sein Eigen nannte und in Prof. Fischer einen geistig exzellenten Vorsitzenden und in H. E. Busse einen ungemein dynamischen Stellvertreter und Schriftleiter hatte. Batzler kam nie von seiner Eifersucht los, er empfand nach wie vor eine Rivalität der beiden Vereine und wachte über deren gänzlicher Trennung. Es klingt wie Anachronismus, daß er nichts dagegen hatte, daß Mitglieder sich in beiden Vereinen engagierten und für sie Beiträge lieferten. Das ist heute eine Selbstverständlichkeit, und trotzdem ist festzustellen, daß Aufsätze für die „Badische Heimat“ aus dem Gebiet der Ortenau selten sind. Fast nur, wenn es um große Ereignisse (Z. B. 150jähriges Jubiläum der Revolution 1848/49) oder herausragende Publikationen geht, wendet man sich an sie, so die landesweite Verbreitung ihrer Hefte nützend. Im Übrigen hat Batzler den Tribut für seine Haltung bezahlen müssen, wenn man z. B. an das Gerangel um die Besetzung der Stelle des Bezirkspflegers der Kunst- und Altertumsdenkmale im Amtsbezirk Offenburg denkt. Daß er im III. Reich auf Betreiben des Kreisleiters und wegen seiner jüdischen Frau aus dem Schuldienst entfernt und alle Ämter im Historischen Verein niederlegen mußte, haben ihm auch seine Gegner nicht gewünscht. Seine hohen Verdienste um den „Historischen Verein für Mittelbaden“ bleiben unbestritten.

Dr. Debacher vollendet in den folgenden Kapiteln den Weg des „Historischen Vereins für Mittelbaden“ bis zur Gegenwart. Das bedeutet: Inflation, Besetzung Offenburgs durch die Franzosen (Februar 1923 bis August 1924), Auswirkungen der Wirtschaftskrise, finanzielle Probleme und Mitgliederchwund. Es bedeutet weiter eine eindeutige Haltung des Vereins in den zwanziger Jahren, der sich anschloß an die Reihe derer, die im besetzten Gebiet das Deutschtum stärken wollten und darin einen erzieherischen Auftrag sahen. Der Verein erlebte die NS-Zeit besser als etwa andere Vereine, sein Vorsitzender wurde frühzeitig Parteimitglied und milderte so die Gleichschaltung. Man unterstützte den Plan des Kultusministers Wacker, der als Ortenauer den Heimatvereinen immer Schutz bot, eine „Arbeitsgemeinschaft der badischen Heimatvereine“ unter Führung des Unterrichtsministeriums zu bilden.

Man stellte sich eben rückhaltslos hinter die Ziele des neuen Reiches und war „durchzogen vom NS-Geist,“ wie eben andere Heimatvereine auch. Deshalb war auch die Haltung des Vereins klar, als das Elsaß wieder an das Reich fiel, das Elsaß als „Herzland und Schildmauer des Reiches.“ (S. 254) Aber, und das wird mit Anerkennung gesagt, hat der Historische Verein durch die Zeit des Dritten Reiches seine Selbständigkeit bewahrt. Das Jahr 1945 aber brachte sein Ende und die Auflösung. Doch schon im Mai 1947 konnte der Verein wieder gegründet werden und arbeitet seither kontinuierlich und sehr effektiv für die Belange der Ortenau.

Damit kann die Betrachtung des vorliegenden Bandes abgeschlossen werden. Sie fiel deshalb so ausführlich und mehr beschreibend aus, weil die Schrift der Geschichte der „Badischen Heimat“ stark tangiert und so auch für den Landesverein von großem Interesse ist. Der Autor hat manches bisher Unbekannte durch seine Forschung an den Tag gebracht. So stellt seine Dissertation eine wertvolle Bereicherung des „regionalen Geschichtsbewußtseins“ dar und füllt eine historische Lücke aus. Dem „Historischen Verein für Mittelbaden“ aber ist zu gratulieren, daß er nun eine wissenschaftliche Erarbeitung seiner Geschichte besitzt. Sein finanzielles Engagement hat sich gelohnt. Gelohnt hat sich die jahrelange Arbeit auch für den Autor. Er hat ein schönes Beispiel dafür gegeben, wie man sensible historische Vorgänge engagiert bewältigen und darstellen kann.

Ludwig Vögely

Gerhard Wilhelm Steinbach, Hrsg.: a) Samuel Friedrich Sauter, Volkslieder und andere Reime vom Verfasser des Krämermichel, Heidelberg 1811 bei Gottlieb Braun, Neuauflage Zaisenhäuser 1994 b) Samuel Friedrich Sauter: Die sämtlichen Gedichte. Karlsruhe 1815 bei Creuzbauer und Hasper. Nachdruck der Urausgabe Zaisenhäuser 1995. Beide Bücher erschienen im Selbstverlag des Heimat-, Kultur- und Trachtenvereins e. V. Zaisenhäuser.

Samuel Friedrich Sauter, Schulmeister, Dorfpoet und Urbild des Biedermeier, der poetische Klassiker des Kraichgaus, wurde am 10. November 1766 in Flehingen geboren. Er erlernte bei seinem Schwager Balthasar Ulmer in Unteröwisheim das Schulmeisterhandwerk und war anschließend Provisor (Gehilfe) in Bissingen a. d. E. tätig. Sauter heiratete 1791 Susanne Schikhardt aus Unteröwisheim und hatte schließlich eine neunköpfige Familie zu ernähren. Von 1786 bis 1816 war er evangelischer Lehrer in Flehingen und wechselte besserer Besoldung und besserer Schulverhältnisse wegen nach Zaisenhäuser, wo er von 1816 bis 1841 amtierte. Nach 55 Dienstjahren kehrte Sauter an seinen Heimatort Flehingen zurück und starb dort 1846 im Alter von 80 Jahren.

Was Sauter aus allen anderen Kollegen heraus hob, war sein poetisches Talent, das er unermüdet versuchte, in Gedichte umzusetzen. Bei ihm stand Pegasus selten still, wenn er ihm auch manchmal die

Sporen geben mußte. Die große Zahl seiner hinterlassenen Gedichte beweist dies. Es gab nichts in seinem bescheidenen dörflichen Leben, das ihm nicht Anlaß zu einem Gedicht gegeben hätte. Seine Welt war das „friedliche Örtle“, wo man am Sonntag „kein Kärtle“ anrührte, in die Kirche ging und in der Bibel las. So finden sich unter den Gedichten Sauters wenige große Ereignisse, da sein Dichten dem Alltag des Dorfes und der näheren Umgebung galt: den Jahreszeiten, Hochwasser, dem Bad in Zaisenhäuser, einem Brand in Kürnbach, dem Melancthonfest 1830 in Bretten u. v. m. Sauter waren Auftraggedichte willkommen, besserten sie doch die Haushaltskasse ein wenig auf. Übrigens war sein derartiges erstes Gedicht das sehr bekannt gewesene vom „Krämermichel.“ Daß diese Gedichte nicht alle hochklassig sind, ist beinahe selbstverständlich, aber sie sind wertvoll als zeitgeschichtliche Dokumente und ergeben in der Summe eine kleine dörfliche Kulturgeschichte.

1811 erschien bei Gottlieb Braun, Heidelberg, die erste Gedichtsammlung Sauters, die „Volkslieder und andere Reime vom Verfasser des Krämermichels.“ Ein Jahr vor seinem Tode gab Sauter dann auf Drängen seiner Freunde und auf eigene Kosten „Die sämtlichen Gedichte des alten Dorfschulmeisters Samuel Friedrich Sauter“ heraus. (Karlsruhe 1845) Diese Sammlung enthält die Mehrzahl der Gedichte aus dem Büchlein von 1811. Am volkstümlichsten daraus wurde wohl das „Kartoffellied“, das früher in jedem Lesebuch stand. Sauter war und wollte kein großer Dichter sein. Aber einmal in seinem Leben schuf er ein Lied reiner Poesie. Es ist dies der „Wachtelschlag“, den Beethoven und Schubert vertont haben und ihm so zur Unsterblichkeit verhalfen.

Es ist schön, daß Samuel Friedrich Sauter im Kraichgau wieder neu entdeckt wurde, z. T. auch aus Anlaß seines 150. Todestages. Dem Herausgeber G. W. Steinbach gebührt aufrichtigen Dank, daß er die beiden Sauterschen Bücher wieder aufgelegt und so den vielen Interessenten die Möglichkeit gegeben hat, Sauters Gedichte in der Originalfassung zu lesen. Dadurch wurde dem Poeten der Ehrenplatz in seiner Heimat gesichert, den er verdient hat, denn er war

„Ein Ehrenmann! Verbeug dich fein vor solchem Dorfschulmeisterlein!“ Ludwig Vögely

Markus Manfred Jung, Hrsg. für die Muettersprach-Gesellschaft: Welleweg-selleweg. Eine Anthologie mit Texten von 33 zeitgenössischen Mundartautoren aus Baden. 285 S., DM 28,—. Drey-Verlag, Am Buck 2, 77793 Gutach, 1996

Es war wohl an der Zeit, nach dem Verlauf von etwa zehn Jahren wieder eine Anthologie herauszugeben, welche die Entwicklung der alemannischen Mundartdichtung deutlich macht. In der nun vorliegenden kommen 33 Autoren zu Wort, eine natürlich subjektive Auswahl, denn kein Herausgeber kann alle erfassen, die sich der alemannischen Sprache als Mittel ihrer schriftlichen Ausdrucksform bedienen.

Es ist ebenso selbstverständlich, daß das Niveau der in der Anthologie veröffentlichten Lyrik und Prosa nicht gleichbleibend hoch sein kann. Das ist auch nicht so wichtig, wichtig ist die Bemühung um die alemannische Sprache, denn in der Mundart – so Goethe – schöpft die Seele ihren Atem, sie ist nicht nur die Sprache der Mutter, sondern auch die Mutter der Sprache, wie Martin Heidegger das einmal formuliert hat. Und so kann man die in der Anthologie gebotenen Gedichte und Erzählungen als ernste Beschäftigung mit der Mundart bezeichnen, der Mundart, die mit ihren reichen Ausdrucksmöglichkeiten fast allein schon dichtet, trifft man nur das „Zauberwort.“ J. P. Hebel, in dessen Nachfolge sich die meisten alemannischen Dichter wähnen, hat dies in unübertroffener Weise getroffen.

Der Anthologie liegt ein bewährtes Konzept zugrunde. Die Autorinnen und Autoren stellen sich mit Bild und ganz individuellen handschriftlichen Aussagen über sich selbst vor. Dann folgen die Texte. Die Reihenfolge ergibt sich sinnvoll dem Verlauf des Rheines nach, „trennender und verbindender Faktor des alem. Raumes zugleich.“ (Hrsg.) So entstehen folgende Schwerpunkte: Die Bodensee-gegend um Radolfzell, die „Hebel-Burte-Jung Region“ Wiesental und oberes Markgräflerland, der Wirkungsbereich um Freiburg und Kaiserstuhl. Biographisches über die Autoren findet man im Anhang.

Jeder Autor und jede Autorin ist mit mehreren Stücken vertreten. Schön ist es, daß eine ganze Reihe bisher unveröffentlichter oder für die Anthologie geschriebener Texte zu finden sind. Mit anderen Worten heißt dies, daß neben den „Altmeistern“ wie Gerhard Jung, Paul Nunnenmacher, Bruno Epple oder Philipp Brucker z. B. viele Autoren vertreten sind, die es verdienen, bekanntgemacht und gefördert zu werden.

Es finden sich im Vorwort des Herausgebers auch nachdenklich machende Überlegungen, die sich mit der Entwicklung der alemannischen Mundart befassen. „Aber es kommt einem auch Wehmut an, wenn man sieht, daß mit der aus dem Wettbewerb 1974 hervorgegangenen Generation der 'Jungen Mundart' keine 'Moderne Mundart' eine deutlich jüngere Generation mehr entstanden ist. Nach wie vor sind die übriggebliebenen 'Hailiecher', die heute Vierzigjährigen, und etwa Gleichaltrige die aktuellen 'Jungen.'“ Ohne über dieses Problem im Rahmen dieser Besprechung weiter zu philosophieren, etwa wie man Anlässe schaffen könnte, daß junge Leute wieder mehr in der Mundart schreiben, muß man doch zugeben, daß es ganz allgemein den Mundartdichtern schwer fällt, sich aktuellen Themen in moderner Ausdrucksweise in der Mundart anzunehmen. Viele können das aus ihrer Mentalität heraus einfach nicht und bleiben bei ihren bewährten Betrachtungen der Natur und des menschlichen Daseins in all seinen Schattierungen, wo sei es zur Meisterschaft gebracht haben. Andererseits ist aber zu bedenken, daß jede Sprache den Zeitströmungen unterworfen ist. Sprache ist nicht statisch, sondern dynamisch. Und so muß man wohl oder übel auch den Jargon der Jugend, den sie heute spricht, die spürbar veränderte Umgangssprache u. v. m. in die Mundart übernehmen und akzeptieren und mit diesen neuen Dimensionen auch experimentieren. Muß

man dieses? Es sei als Überlegung in den Raum gestellt, denn an diese Problemen schieden sich die Geister.

Die Anthologie „Welleweg-selleweg“ ist ein verdienstvolles Werk, weil sie die ganze Breite der alemannischen Mundart in ihrer Schönheit, aber auch in ihrer Problematik aufzeigt. Möge sie eine weite Verbreitung finden und junge Autoren ermuntern, sich mit ihrer schönen Mundart auseinanderzusetzen und sich ihrer anzunehmen.

Ludwig Vögely

Brigitte Heck: Festzug. Der Karlsruher Historische Festzug von 1881. Volkskundliche Veröffentlichungen des Badischen Landesmuseums Karlsruhe, Band 4. Hrsg. von Harald Siebenmorgen. Thorbecke-Verlag Sigmaringen, 1997

Die hier anzuzeigende Schrift ist der Katalog zur Ausstellung im Bad Landesmuseum Karlsruhe vom 8. März bis 22. Juni 1997. Frau Brigitte Heck, MA, ist Volkskundlerin am Landesmuseum und hat sich seit Jahren „bereits vielfach mit der Rezeptionsgeschichte traditioneller Volkskultur in Wissenschaft, Sammlungsgeschichte und Folklorismus in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts beschäftigt.“ (H. Siebenmorgen, S. 7) Damit ist sie als berufene Kennerin der Materie ausgewiesen, um Ausstellung und Katalog gleichermaßen gut zu präsentieren.

Die größte öffentliche Huldigung für Großherzog Friedrich I. und seiner Gemahlin Luise war der große Festzug, den die Stadt Karlsruhe am 22. September 1881 anl. der Silberhochzeit des Fürstenpaares und der Eheschließung der Tochter Viktoria mit Gustav Adolf von Schweden inszenierte. Diese Veranstaltung gewann ihre besondere Bedeutung durch die Anwesenheit der kaiserlichen Eltern der Großherzogin und vieler anderer hoher Gäste. Über 100 000 Menschen sahen den Festzug, der sich am Schloß vorbei bewegte und der zu einer triumphalen Huldigung des badischen Fürstenpaares wurde. Es ist deshalb nicht überraschend, daß der Großherzog durch den Auftrag, einen dreiteiligen Gemäldezyklus zu schaffen, dieses Ereignis für alle Zeiten dokumentieren wollte. Die sehr großformatigen Gemälde schufen die Maler Johann Baptist Tuttiné und Heinrich Issel. Die drei Gemälde, die später im Schloß zugänglich waren, kam 1919 in den persönlichen Besitz der Markgrafen. Nun konnten sie 1995 aus dem Baden-Badener Ausverkauf des Hauses Baden als „Objekte oberster Priorität“ schon im Vorfeld der Auktion für das Badische Landesmuseum wieder erworben werden. Sie sind damit wieder an ihren ursprünglichen Ort zurückgekehrt. Das war Grund genug, ihnen eine Ausstellung zu widmen und diese durch viele andere Objekte wertvoll zu ergänzen.

Der Karlsruher Festzug von 1881 hatte sieben Abteilungen. Den Höhepunkt bildete die Abteilung VI mit dem Aufzug der badischen Trachten, die eine besonders große öffentliche Resonanz hatten. Auf die Darstellung dieser Abteilung allein konzentrierten sich Tuttiné und Issel mit ihren Bildern. Diese drei Gemälde mit den Trachtenträgern und Trachtenträgerinnen aus dem ganzen badischen Land zeigen

den Zug der grünen, silbernen und goldenen Hochzeit. Für die Volkskunde sind die Bilder von unschätzbarem Wert, denn sie zeigen die badischen Trachten zu einer Zeit, wo sie eigentlich schon nicht mehr getragen wurden. Es kostete die Veranstalter keine geringer Mühe, die Gruppen mit Trachten auszurüsten, sie nach Karlsruhe zu bringen und sie dort unterzubringen. Die Gemälde wirkten sich sehr positiv bei der Wiederbesinnung auf die alten Trachten aus, wie sie auch dem nach der Reichsgründung verstärktem Heimatbewußtsein dienten.

Johann Baptist Tuttiné war der Organisator der Abteilung VI des Festzuges. Er schuf nach jahrelanger Vorarbeit das Bild „Zug der goldenen Hochzeit“. Dieses hervorragende Gemälde zeigt neben den Hauensteiner Trachten die hohen Herrschaften erkennbar auf dem Balkon des Schlosses. Tuttiné starb ganz überraschend am 23. August 1899. Heinrich Issel malte dann, Tuttinés Vorarbeiten nützend, den Zug der grünen und silbernen Hochzeit.

Brigitte Heck hat in dem Katalog die Bilder des Karlsruher Festzuges von 1881, den Festzug selbst und die ganzen Feierlichkeiten mit großer Sachkenntnis erläutert. Die Gesamtschau dienen die Kapitel Geschichte historischer Festzüge im 19. Jahrhundert, die Karlsruher Hochzeitsfeierlichkeiten vom 18.–24. 9. 1881, der Historische Festzug vom 22. 9. 1881, der Gemäldezyklus, die Schaustellung badischer Trachten und ihre künstlerische Darstellung bis 1881, zwei Künstler als Organisatoren und Chronisten des Karlsruher Festzuges (Leben und Schaffen Tuttinés und Issels), die Geschichte der Karlsruher Trachtenbilder. Dann folgt abschließend der Katalogteil mit penibler Beschreibung der ausgestellten Objekte. Die Schrift ist hervorragend bebildert und läßt hinsichtlich Inhalt und Gestaltung keine Wünsche offen. Sie gehört in die Hand eines jeden Volkskundlers und Liebhabers unserer alten badischen Trachten.

Ludwig Vögely

Der Büchertisch

von Ludwig Vögely

Ursula Kröll: Schmiede und Schamanen. Von Meteoriten, Bergleuten und Zauberschmieden. 164 S. mit zahlr. Abb. DM 33,- Waldkircher Verlag, 1996

Ihrem Buch über die Glaskunst im Schwarzwald hat nun Ursula Kröll ein solches über die Schmiede nachfolgen lassen. Damit hat sie zwei Themen bearbeitet, die für den Schwarzwald von eminenter Bedeutung sind, oder sollte man besser sagen, waren?

Schmiede und ihre Kunst, das sind faszinierende historische und volkskundliche Themen. Nicht ohne Grund haben sich Mythologie und Sagen mit den Schmieden, den Beherrschern des Feuers und der Metalle und Erze beschäftigt. Man maß diesen Männern übersinnliche und heilende Kräfte zu, die als Demiurgen in fernen Zeiten die Meteorsteine bearbeiteten, Boten der Götter und mit himmlischer Energie geladen. Wer denkt dabei nicht an Wieland, den Schmied oder an den jungen Siegfried. Schmiede hatten als Waffenschmiede eine entscheidende Bedeutung, und sie veränderten die bäuerliche Struktur durch ihre Fertigung bäuerlicher Geräte. Und heute noch ist der Hufschmied gefragt.

Unser Land kann auf ein frühes Schmiedehandwerk zurückblicken, schon Kelten und Römer nutzten unsere Erzlagerstätten. Davon berichtet die Autorin z. B. anhand der Hammerschmiede in Lahr-Reichenbach, der Schmiede von Muckental-Kenzingen, der Beinweiler Eisenschmiede oder den Eisenwerken in Kandern oder in Hausen i. W. Das gut bebilderte Buch ist eine anregende und unterhaltsame Lektüre für jeden Freund der Landesgeschichte.

Karlheinz Gräter: Der Wald immergrün. Eine kleine Kulturgeschichte von Baum und Strauch. 112 S., DRW-Verlag Leinfelden-Echterdingen, 1996

Um es vorweg zu sagen: Das ist ein schönes, gut geschriebenes, gut illustriertes Büchlein, das der Freund der Bäume gerne zur Hand nehmen wird. Der Aufsatz „Waldaspekte“, das der Autor den Bäumen voranstellt, schildert den Wald in seinem Werden und Vergehen durch die Zeiten, von der Bedeutung des Waldes für die Germanen bis hin zum heutigen Waldsterben. Das gibt auch Gelegenheit, auf das Bild des Waldes in der Literatur in den aufeinander folgenden Epochen hinzuweisen. Im Einzelnen stellt der Autor vor: Buche, Hainbuche, Eiche, Esche, Birke, Ahorn, Erle, Elsbeere, Fichte, Tanne, Kiefer, Eibe, Lärche, Stechpalme, Seidelbast, Wacholder, Heidelbeere, Brombeere und die vom Aberglauben umgebene Mistel. In diesem Buch

kommt alles zu einem Recht: Wald und Baum als wirtschaftliche Faktoren, die Bäume im Leben der Menschen, Volkskunde, Mystik, Sage und Lied.

Franz Sales Meszmer: a) Mosbach in der badischen Pfalz, wortbildlich und bildwörtlich. 128 S., 17 farbige, 8 schwarz-weiße Abb., 30 Bildvignetten, dazu 4 Farbtafeln mit 20 Initialen, betitelt „Das Heidejahr“, Tafelteil mit 9 Seiten Erläuterungen zu 34 Tafeln. DM 26,80. Verlag Laub, 74834 Elztal-Dallau, 1996

b) Flora von Mosbach. Verbreitungsatlas aller gefährdeter, geschützter sowie weiterer charakteristischer Gefäßpflanzen und thermophiler Erdflechten. 160 S., DM 27,-. Verlag Laub, 1995

Dipl.-Ing. Meszmer ist ein Mann mit einem vielseitigen Interessenkreis und vielfachen Begabungen. Auf der einen Seite steht der Naturwissenschaftler mit seinem sehr erfolgreichen Engagement für Natur- und Landschaftsschutz in allen Facetten, auf der anderen Seite ist er eine sehr poetische Persönlichkeit, begabt für Sprache und Lyrik und ausgerüstet mit einem beachtlichen zeichnerischen und malerischen Talent. Beide Seiten harmonisieren in Meszmer, was sich auch in seinen bisherigen Veröffentlichungen zeigt, z. B. in „Des Schönen hatten wir viel“. Die künstlerische Tätigkeit des Autors schlägt sich dann nieder in Miniaturmalerei, Aphorismen, Kurzgeschichten und Gedichten. Und in diesem Zusammenklang hat Meszmer nun das außergewöhnliche Mosbacher Buch geschaffen. Es gibt wohl keine Stadt, der ein ähnliches Werk geschenkt wurde. Die Geschichte Mosbachs wird knapp, aber ausreichend erzählt. Das vorliegende Buch stellt nach den Worten des Autors einen Querschnitt, gewissermaßen eine Ährenlese des von ihm bisher über Mosbach Geschaffenen dar, wortbildlich und bildwörtlich. Darin habe ich auch die Rekonstruktionen und Ergebnisse historischer Forschung, die in der Literatur zerstreut zu finden sind, in einem Tafel-Teil zusammengestellt. Kann der erste Buchteil etwa mit dem Wort ‚gedichtet‘ umschrieben werden, so der zweite mit dem Wort ‚berichtet‘“ (S. 9).

Die Texte sind poetisch, und der Autor wendet hauptsächlich die Gedichtform des Ritornells an, um eine starke Dichte zu erreichen. Das gelingt ihm durchweg. Er hat das Buch selbst hervorragend illustriert und erweist sich dabei als ein ausgezeichnete Grafiker und Maler, beispielsweise im „Heidejahr.“

Das Buch über die Flora von Mosbach füllt eine Lücke aus, denn bisher lag noch kein Florenverzeichnis des Mosbacher Gebietes vor. Die Erfassung

der Flora ist gerade heute notwendiger denn je, denn die Veränderungen, welche der Mensch der Natur seit 1945 zugefügt hat, sind gravierend. Die Einflüsse der Industrie und Wirtschaft trugen wesentlich dazu bei. Mesznerns Beobachtungen und Forschungen erstrecken sich über den Zeitraum von 1945 bis in die Gegenwart. Seine dokumentarische, für Biologie, Naturschützer wichtige wissenschaftliche Arbeit zeigt, was an Flora heute im Gebiet von Mosbach noch vorhanden, aber auch, was inzwischen verloren gegangen ist. Eine von hoher Sachkenntnis geprägte, eindrucksvolle Dokumentation!

a) Hrsg.: Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Verbindung mit der Landeshauptstadt Stuttgart von Otto Borst: Minderheiten in der Geschichte Südwestdeutschlands. Stuttgarter Symposion, Band 3, 280 S., DM 19,80. Silberburgverlag Tübingen, 1996

b) Hrsg.: Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Verbindung mit der Landeshauptstadt Stuttgart von Otto Borst: Ein Jahrhundert beginnt – Baden-Württemberg 1890–1914. Stuttgarter Symposion Band 4, 256 S., DM 19,80. Silberburgverlag Tübingen, 1996

a) Die in diesem Band, der unter der bewährten Leitung von Prof. Dr. Otto Borst herausgegeben wurde, vereinigten Beiträge wurden von versierten Fachleuten verfaßt und gehen zum Teil auf Vorträge zurück, die beim Stuttgarter Symposion gehalten wurden. Sie behandeln alle das wichtige Thema der Minderheiten in unserem Lande ab dem Mittelalter bis zur heutigen Zeit. Das ergibt in der Summe eine außerordentlich interessante und lehrreiche Lektüre. Es ist sehr nützlich, wenn man an das Schicksal der Juden, Sinti und Romas, der geistig Behinderten, Waldenser, Homosexuellen, Zwangsarbeiter, Gauner und Räuberbande und andere Ausgegrenzten erinnert wird. Wenn auch die Aktualität der dreizehn Aufsätze unterschiedlich ist, so weisen doch viele einen Gegenwartsbezug auf und zeigen, daß auch in unserer aufgeklärten Zeit Randgruppen – und es sind oft noch die gleichen – existieren, die unserer helfenden Aufmerksamkeit bedürfen. In dieser Schrift wird positive Aufklärungsarbeit geleistet. Das sehr preiswerte Buch ist mit seinen thematisierten Problemen auch ein wichtiger Baustein in der Landesgeschichte und wendet sich nicht nur an die politischen Verantwortlichen, sondern an alle.

b) Der Beginn eines neuen Jahrhunderts ist immer ein großes Ereignis, Anlaß zu einer Rück- und Vorschau, geeignet zu einer Bilanzziehung. Und so gibt Otto Borst in seinem glänzend geschriebenen einleitenden Beitrag „Silvester 1900“ den Blick frei in die sehr differenzierten Verhaltensweisen in der Neujahrsnacht. Für Baden gilt, daß mit der Eingliederung in das Deutsche Reich die staatliche Souveränität weitgehend abgegeben wurde und das Land „jetzt wieder am unselbständigsten von der augenblicklichen verständigenationalen und äußerlichen Zeitströmung beherrscht“ wird (S. 18/19). Dann werden in zwölf Aufsätzen die eigentlichen Probleme

erörtert: Die südwestdeutschen Bundesstaaten in bayrischen Gesandtschaftsberichten, die Beziehungen zwischen dem Elsaß und Baden, die Verfassungsreformen von 1904 und 1906, die Universitäten um 1900, Theater zwischen Ambition und Anpassung, der badische und württembergische Kunstverein, Industrie und Handel, Arbeit als Werktagshiligung, die Großherz.-Badischen und Königl.-Württembergischen Sozialdemokraten, Schreibmaschine-Morsetaste-Telephon, Requisiten der Frauenarbeit in Baden und abschließend Arbeiteralltag am Bodensee. Es wird trotz der Beschränkung der staatlichen Souveränität das nach der Jahrhundertwende beginnende Eigenleben der beiden Staaten dargelegt und der Aufschwung in den oben angeführten Gebieten aufgezeigt. „Von dieser Zwischenepoche, die erste jetzt richtig sichtbar wird, zehren wir noch heute.“ (Presseinfo) Auch dieser wichtige Band ist zu einem außerordentlich günstigen Preis zu erhalten.

Konrad Exner-Seemann: Parlamentsarbeit im Zeitalter der konstitutionellen Monarchie. Rupert Rohrhurst, Ehrenbürger der Stadt Heidelberg und Präsident der badischen Abgeordnetenversammlung. 94 S., Verlag Regionalkultur 76698 Ubstadt-Weiher, 1996

Nachdem Dr. Exner-Seemann sich mit seiner Schrift über Josef Ziegelmayr mit der badischen Landtags- und Kommunalpolitik im frühen 20. Jahrhundert befaßt hat, fügt er nun am Beispiel des Präsidenten der badischen Abgeordnetenversammlung und Ehrenbürger der Stadt Heidelberg, Rupert Rohrhurst, eine neue Arbeit über die Parlamentsarbeit im Zeitalter der konstitutionellen Monarchie hinzu. Äußerer Anlaß, sich an den in Vergessenheit geratenen evangelischen Theologen und Politiker zu erinnern, war das 800-jährige Jubiläum der Stadt Heidelberg, die bei dieser Gelegenheit auch an ihren Ehrenbürger zu denken hatte.

Damit setzt der Autor seine verdienstvollen Bemühungen um angesehene Persönlichkeiten fort, welche die Landes- und Kommunalpolitik stark beeinflusst haben und in Gefahr sind, der Vergessenheit anheim zu fallen. Dies gilt nicht zuletzt für Rupert Rohrhurst, der im badischen Landtag von 1899 bis 1918 Abgeordneter und von 1909 bis 1917 Präsident der hoch angesehenen Zweiten Kammer war.

Der aus einfachen Verhältnissen stammende evangelische Theologe und Mitglied der nationalliberalen Partei war ein ausgezeichnete Debattenredner und als Parlamentspräsident ganz allgemein geschätzt. Anhand der Sitzungsperioden des Landtages ab 1899 zeigt der Verfasser den Ablauf routinemäßiger Parlamentsarbeit und damit einen Teil badischer Geschichte in einer politisch bewegten Zeit. Rohrhurst beschäftigte sich hauptsächlich mit der Kultur, dem Unterrichtswesen, aber auch mit Eisenbahn, Verwaltung und Petitionen. Mit Überzeugungskraft vertrat er seine Ansichten, immer nobel gegen den politischen Gegner. Rohrhurst, der im Zivilberuf begeisterter Religionslehrer war, senkte z. B. die Maximalzahl einer Klasse von 130 auf 70

Schüler und verbesserte das Einkommen der Volksschullehrer, beeinflusste maßgeblich Bau und Einweihung der Heidelberger Lehrerbildungsanstalt und den Bau einer neuen Universitätsbibliothek. Als evang. Theologe setzte er sich für seine Religion als Unterrichtsfach ein und war Mitglied der Interessenvertretung der deutschen Protestanten des Evangelischen Bundes.

Nebenberuflich lehrte Rohrhurst am theologischen Seminar der Universität Heidelberg. Seine pädagogische und wissenschaftliche Tätigkeit befähigte ihn zur Leitung der Heidelberger Volksschulen, er war von 1909 bis 1925 Kreisschulrat. Eine vielseitige ehrenamtliche Tätigkeit für die Stadt und ihre Bürger kam hinzu. Er erhielt Orden und Auszeichnungen und durfte sich Geheimer Hofrat nennen. Zu seinem 90. Geburtstag verlieh die Stadt Heidelberg Rupert Rohrhurst das Ehrenbürgerrecht.

Was hier summarisch geschildert werden mußte, gibt dem Buch seine Bedeutung. Es läßt eine Epoche parlamentarischer Demokratie zwischen der Jahrhundertwende und dem 1. Weltkrieg lebendig werden und würdigt einen noblen Politiker und Menschen.

Manfred Bosch, Adelheid Enderle, Heinz Fischer, Reinhard Valenta: Der Hochrhein – Landschaft und Alltagsleben in alten Photographien. 120 S., 112 Abb., DM 38,— Braun-Verlag, Karlsruhe, 1997

Historische Photographien sind des Nachdenkens wert. In ihnen liegt einerseits die Verklärung der Vergangenheit, der „heilen Welt“, in der es die Konflikte der heutigen Zeit angeblich nicht gegeben hat. Andererseits zeigen die Aufnahmen den Unterschied zwischen gestern und heute in allen möglichen Varianten, landschaftlich, sozial bis in die Familie hinein, die industrielle Arbeitswelt und bäuerliches Leben, Feste und Bräuche usw. der Städte und Dörfer am Hochrhein, etwa in der Zeit zwischen 1880 und 1960. Hinzu kommen die grenzüberschreitenden Probleme der Hochrheinlandschaft. Alte Photographien zeigen, daß nichts so bleibt, wie es einmal war, sie decken Differenzen auf zwischen einst und heute. „Aber der Schmerz der Vergänglichkeit kann auch positive Wirkungen haben. Dann ist die Differenz Anlaß für genaues Hinsehen, denn das Nachdenken über die Gründe und Umstände der Veränderungen und die Bilanzierung der Gewinne und Verluste folgt. So kann die historische Photographie nutzbar gemacht werden für die Fragen unserer Zeit.“ (Valenta S. 8)

Das vorliegende Buch wird diesen Gedanken gerecht. Die Aufnahmen werden von fundierten, interessanten Beiträgen der vier Autoren gut unterstützt. Sie sind tatsächlich Fenster, die den Blick in die Vergangenheit erlauben: Kraftwerkbau, Flößerei und Salmenfischerei, Bau der Bahnlinie Waldshut-Basel, Landwirtschaft, Textilindustrie, chemische und metallverarbeitende Industrie, Alltag, Wohn- und Arbeitswelt, Feste und Feiern, Brauchtum, die damals unverbrauchte Landschaft usw. Diese beein-

druckenden Photographien zeigen nicht nur die Schönheit der charaktvollen Landschaft am Hochrhein, sie zeigen auch die Härte vergangener Zeiten, wo hinter der Idylle oft bittere Armut herrschte.

Das ist ein Bildband, der die üblichen x wie Pilze aus dem Boden schießenden Bücher gleicher Provenienz weit übertrifft, weil es eingefahrene Geleise völlig vermeidet.

Sebastian Bock, Lothar A. Böhler, Hrsg. im Auftrag der Adelhausenstiftung: Das Haus „Zum schönen Eck“ in Freiburg i. Br. von Johann Christian Wentzinger (1710–1797). Dokumentation der bauhistorischen Untersuchungen, Konservierung, Restaurierung und Umnützung 1989–1993, 136 S., viele s/w, farbige Abb. u. Pläne, Freiburg 1996

Die vorliegende Schrift leitet der Herausgeber folgendermaßen ein: „Wenn ein altes Gebäude mit wertvoller historischer Substanz einer neuen Nutzung zugeführt werden soll, ergeben sich eine ganze Reihe an Aufgaben und Problemstellungen.“ Und er fährt fort mit der wichtigsten Frage der Finanzierung und weist auf das ebenso wichtige Problem hin, ob und unter welchen Voraussetzungen das Bauwerk für den neuen Zweck geeignet ist, d. h. z. B. Sicherung der baulichen Substanz und der inneren Ausstattung und die Prüfung, ob die neue Nutzung mit den Gegebenheiten abgestimmt werden kann. Auch die Untersuchung von Schäden und was erhaltenswert ist oder nicht, welche Veränderungen und Umgestaltungen im Laufe der Jahrzehnte vorgenommen wurden, kommt hinzu. Die Reihe schwieriger Entscheidungen ließe sich fortsetzen, besonders wenn es sich um das bedeutendste bürgerliche Wohngebäude des 18. Jahrhunderts in Freiburg handelt, um das „Zum Schönen Eck“ genannte ehemalige Haus des Künstlers und Wohltäters Johann Christian Wentzinger, das „Wentzingerhaus“. Dieses Haus, das auf dem einst repräsentativsten Bauplatz Freiburgs, dem Münsterplatz steht, hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich, bis es 1988 in den Besitz der Adelhausenstiftung Freiburg kam. Jahre vorher schon begann die Überlegung, in dieses Haus das neue Museum für Stadtgeschichte unterzubringen, die Planungen liefen an, bis dann 1993 mit Hilfe des Landesdenkmalamtes die Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten beginnen konnten. Diese für die breite Öffentlichkeit zu dokumentieren, ist der Zweck des vorliegenden umfassenden Berichtes.

Um die getroffenen Maßnahmen von allen Seiten her in ihrer Problemstellung zu beleuchten, dienen die Ausführungen der beteiligten Fachleute. Diese Beiträge ergeben in der Summe einen hervorragenden Überblick über Geschichte, Restaurierung und Umnützung des Wentzingerhauses und beweisen ebenso effektiv die interdisziplinäre Zusammenarbeit der beteiligten Stellen. Beeindruckend ist ebenfalls das hohe handwerkliche Können, das da am Werke war und mit für eine repräsentative, schöne Unterbringung des Museums für Stadtgeschichte sorgte. Die fundierten Beiträge, die anspruchsvolle Gestaltung und die sehr gute Bebil-

zung machen diese Dokumentation zu einer beispielhaften Schrift über ein gelungenes, schwieriges städtebauliches Unternehmen.

Kurt Klein: Burgen Schlösser und Ruinen: Zeugen der Vergangenheit im Ortenaukreis. Offenburg, Reiff, Schwarzwaldverlag 1997, ISBN 3-922663-8, spiralgeb., 14,80 DM.

Von Bergen, Burgen, Rittern und Ruinen. Reise mit Kurt Klein in eine romantische Vergangenheit.

Es hat bestimmt noch Platz im Rucksack neben dem Wanderführer, Kurt Kleins Büchlein „Burgen, Schlösser und Ruinen“ mit dem Untertitel „Zeugen der Vergangenheit im Ortenaukreis“. Und da gehört es auch hin, werden wir doch bei Fahrten oder Wanderungen von markanten Punkten, zu denen Burgen, Schlösser und Ruinen vor allem zählen, magisch angezogen. Oder noch besser: Man bezieht das romantische Ziel in die Vorbereitung ein, weil Entdeckerfreude nun einmal erst dann vollkommen wird, wenn ein Minimum an Wissen vorhanden ist.

Bislang haben sich vor allem Historiker und die Verfasser von Ortschroniken mit den steinernen Zeugen der Vergangenheit befaßt, fleißig, gewissenhaft und umfassend. Zu umfassend oft für den Ausflügler oder Wanderfreund. Kurt Klein nun hat in seinem 18. (Achtzehnten!) Buch das rechte Maß das aussagekräftige Wort und Bild gefunden, um

eine Ortenau-Anthologie gewissermaßen „von Burgen Zinne aus“ zu schaffen, die unsere Region als historische Landschaft mit ganz eigenem Charakter ausweist.

Der Heimatpreisträger des Ortenaukreises wollte sich, so seine eigenen Worte, mit dieser Veröffentlichung des Preises würdig erweisen. Das war, nebenbei gesagt, nicht vonnöten. Kurt Klein hat den Nachweis für Heimatkenntnis und -liebe längst in vielfältiger Weise erbracht. Aber er hat auch hier wieder einmal gezeigt, wie vorzüglich er es versteht, seinen Mitmenschen die Schönheiten der Heimat auf seine unverwechselbare Weise nahezubringen. Natürlich konnte sich der Verfasser auf frühere Veröffentlichungen, nicht zuletzt auf die Burgenbände des Historischen Vereins für Mittelbaden, stützen. Aber wer, wie er, die Heimatlandschaft so intensiv „erfährt“ und erwandert, weiß nicht nur darüber zu schreiben, was „war“, sondern auch über das „Ist“. Man kann sich ihm also unbesehen anvertrauen, wenn ein Burgberg krönender Abschluß oder Höhepunkt einer Fahrt oder Wanderung sein soll.

Wer „seine Burg“ in der alphabetischen Abfolge nicht gleich finden sollte, kann sich der übersichtlichen Bildkarte auf der vorletzten Doppelseite des Bändchens bedienen. Alles in allem: 100 Schlösser, Burgen und Ruinen auf 130 Buchseiten sind ein kleiner Schatz, der bereits gehoben ist und dessen Gehalt an Information, Entdeckerfreude und romantisch-nostalgischer Rückbesinnung dem aufgeschlossenen Leser und Betrachter einmal mehr die Heimat nahebringen kann.

Erich Hermann

Autoren dieses Heftes

Robert Albiez

Dieter Baeuerle

Marga Burkhard

Michael Ertz

Helmut E. Gräßlin

Rainer Gutjahr

Heinrich Hauß

Claudius Heitz

Prof. Wolfgang Hug

Dr. Leonhard Müller

Norbert Möller

Wolfgang Piereth

Dr. Heinz Schmitt

Ludwig Vögely